

# **Die politische und wirtschaftliche Transformation der Ukraine: Vom Ende der Sowjetunion bis zum Ausbruch der Majdan-Proteste im November 2013**

**Dissertation**

zur

Erlangung des akademischen Grades

doctor rerum politicarum (**Dr. rer. pol.**)

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Universität Rostock

vorgelegt von

Martin Redlich, M.A., geb. am 01.12.1989 in Rostock

aus Rostock

Rostock, 23.05.2018

**Gutachter:**

1. Gutachter:

PD MDg. Dr. habil. Friedhelm B. Meyer zu Natrup

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock

2. Gutachter;

Prof. Dr. Jörn Dosch

Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Universität Rostock

**Datum der Einreichung:** 23.05.2018

**Datum der Verteidigung:** 11.07.2018

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Einleitung .....	7
2. Forschungsstand und Datenlage .....	9
3. Methodisches Vorgehen .....	15
4. Transformation – eine theoretische Grundlage .....	17
4.1. Regierung, Regime, Staat, System .....	18
4.1.1. Regierung .....	19
4.1.2. Regime .....	21
4.1.3. Staat .....	26
4.1.4. System .....	32
4.2. Regimewandel, Regimewechsel, Transition, Transformation .....	34
4.2.1. Regimewandel .....	34
4.2.2. Regimewechsel .....	35
4.2.3. Transition .....	35
4.2.4. Transformation .....	39
4.2.4.1. Wirtschaftliche Transformation .....	40
4.2.4.2. Gesellschaftliche Transformation .....	44
4.3. Transformationstheorien .....	47
4.3.1. Systemtheorien .....	51
4.3.1.1. Parsons‘ Systemtheorie .....	53
4.3.1.2. Luhmanns autopoietische Systemtheorie .....	57
4.3.1.3. Modernisierungstheorien .....	61
4.3.2. Strukturtheorien .....	70
4.3.2.1. Neomarxistischer Strukturalismus .....	71
4.3.2.2. Das Theorem der Machtdispersion .....	79
4.3.3. Kulturtheorien .....	82
4.3.3.1. Kultur – eine Begriffsdefinition .....	82
4.3.3.2. Zivilisationstypen .....	84

4.3.4. Akteurstheorien.....	87
4.3.4.1. Deskriptiv-empirische Akteurstheorie .....	89
4.3.4.2. Rational-Choice-Ansatz .....	92
4.3.4.3. Kritik .....	93
4.4. Die besonderen Funktionen der Massen und Eliten .....	94
4.5. Von der Diktatur zur Demokratie – Die Schritte der Transformation.....	98
4.5.1. Ende der Autokratie .....	101
4.5.1.1. Ursachen.....	101
4.5.1.2. Szenarien des Ablaufs des Endes der Autokratie.....	105
4.5.2. Demokratisierung .....	107
4.5.3. Konsolidierung.....	111
4.5.3.1. Konstitutionelle Konsolidierung .....	111
4.5.3.2. Repräsentative Konsolidierung .....	115
4.5.3.3. Verhaltenskonsolidierung.....	117
4.5.3.4. Konsolidierung der Bürgergesellschaft.....	117
4.6. Besonderheiten der osteuropäischen Transformation.....	119
4.6.1. Staatsbildung.....	120
4.6.2. Politische Transformation .....	121
4.6.3. Wirtschaftliche Transformation .....	122
5. Überblick der ukrainischen Geschichte.....	125
5.1. Geographische Einordnung .....	125
5.2. Definition Ukraine .....	127
5.3. Geschichte der Ukraine .....	129
5.3.1. Slawen.....	130
5.3.2. Galizien-Wolhynien als Bindeglied und die Herrschaft Polens und Litauens.....	137
5.3.3. Krim-Khanat und Kosaken .....	139
5.3.4. Russische Vorherrschaft .....	143
5.3.5. Österreichische Herrschaft.....	144

5.3.6. Anfänge der ukrainischen Nationalbewegung bis 1848 .....	146
5.3.7. Nationalbewegung bis 1914.....	147
5.3.8. Erster Weltkrieg und Unabhängigkeit .....	150
5.3.9. Unter sowjetischer Herrschaft.....	154
5.3.10. Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzung.....	157
5.3.11. Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik und Unabhängigkeit .....	159
6. Transformation 1991-2002.....	167
6.1. Politische Transformation.....	167
6.1.1. Verfassung .....	168
6.1.2. Parlament .....	173
6.1.3. Präsident und Regierung .....	187
6.1.4. Parteien .....	201
6.1.5. Eliten, Clans und Oligarchen .....	207
6.1.6. Zusammenfassung.....	217
6.2. Wirtschaftliche Transformation.....	221
6.2.1. Finanzen .....	222
6.2.2. Privatisierungen .....	231
6.2.3. Unternehmertum .....	236
6.2.4. Makroökonomische Veränderungen .....	238
6.2.5. Zusammenfassung.....	250
6.3. Zwischenbilanz .....	252
7. Transformation 2003-2013.....	256
7.1. Politische Transformation.....	256
7.1.1. Parlament .....	256
7.1.2. Präsident und Regierung .....	274
7.1.3. Parteien .....	299
7.1.4. Oligarchen.....	306
7.1.5. Zusammenfassung.....	312

7.2. Wirtschaftliche Transformation.....	316
7.2.1. Finanzen.....	316
7.2.2. Unternehmen und Privatisierung .....	323
7.2.3. Makroökonomische Veränderungen .....	327
7.2.4. Zusammenfassung.....	337
7.3. Zwischenbilanz.....	339
8. Schlussbetrachtung.....	342
9. Ausblick .....	353
10. Abkürzungsverzeichnis .....	357
11. Quellen und verwendete Literatur.....	359
12. Danksagung.....	394
13. Anhang .....	395
14. Eidesstaatliche Versicherung .....	403

## **1. Einleitung**

Kiew, 22.02.2014: Das ukrainische Parlament stimmt für die Absetzung des Staatspräsidenten Wiktor Janukowytsch. Vier Monate Demonstrationen mit zahlreichen Verletzten und vielen Toten hatten die ukrainische Gesellschaft nachhaltig geprägt. Knapp einen Monat später, im März 2014, stimmten die Bewohner der Krim in einem fragwürdigen Referendum für die Angliederung an Russland. Donezk und Luhansk, zwei ostukrainische Oblasten, erklärten sich zu eigenständigen Volksrepubliken. Es kam zu einem Bürgerkrieg, der weite Teile der Ostukraine zerstörte und tausenden Menschen das Leben kostete.

Auslöser für die Proteste gegen Janukowytsch war dessen Entscheidung, das Assoziierungsabkommen mit der EU nicht unterzeichnen zu wollen. Am 22.11.2013, neun Jahre nach dem Ausbruch der „Orangen Revolution“, versammelten sich hunderte Ukrainer auf dem Majdan, um für das Assoziierungsabkommen und die Annäherung an die EU zu demonstrieren. In den folgenden Wochen wurden die Proteste in ihrer Teilnehmerzahl größer und änderten ihren Charakter. Der allgemeine Unmut über die Regierung und die politischen Zustände in der Ukraine traten in den Vordergrund. Ab der Jahreswende kam es zunehmend zu Gewalt. Demonstranten warfen Molotowcocktails und bewaffneten sich, die Polizei schoss mit Scharfschützen auf Protestteilnehmer. Anders als bei der „Orangen Revolution“ 2004 blieb es nicht friedlich, es wurde geschossen und Menschen starben. Den Charakter der Proteste drückte Kai Ehlers folgendermaßen aus: „Obwohl die Demonstrierenden darin einig sind, gegen wen sie protestieren, kann von einer gemeinsamen Idee für die Zukunft der Ukraine keine Rede sein.“<sup>1</sup> Dass die Proteste sich an der Frage der vertieften Kooperation mit der EU entzündeten, mag für viele Beobachter überraschend gewesen sein. Ihre schnelle Wandlung hin zu einer Bewegung, die sich gegen zentrale politische Akteure und Institutionen des politischen Systems richtete, kann jedoch als eine logische Folge der Entwicklung der Ukraine seit dem Ende der Sowjetunion betrachtet werden.

Diese Arbeit will an diesem Punkt ansetzen und sowohl den politischen als auch den wirtschaftlichen Wandlungsprozess der Ukraine von ihrer Unabhängig 1991 bis zum Ausbruch der Proteste auf Majdan im November 2013 aufzeigen. Die Ukraine, als einer der vielen Nachfolgestaaten der UdSSR, war im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion mit eigenen Problemen konfrontiert. Ökonomisch und politisch musste sich das Land neu aufstellen, ohne dabei auf frühere Demokratieerfahrungen zurückgreifen zu können. Das Ende des Ostblocks ließ viele Transformationsforscher glauben, dass eine Entwicklung der früheren

---

<sup>1</sup> Ehlers, Kai: Eurasische vs. Europäische Union, in: Dathe, Claudia und Rostek, Andreas (Hrsg.): Majdan! Ukraine, Europa, Bonn 2014, S. 91.

kommunistischen Staaten hin zu Demokratien westlicher Prägung eine zwangsläufige Entwicklung darstellen würde. Während die Staaten des Baltikums, Polen und Tschechien schnelle Fortschritte in ihrem politischen und ökonomischen Systemwechsel vornahmen und 2004 Mitglieder der Europäischen Union wurden, stagnierte in anderen Staaten die demokratische Entwicklung. Russland und Belarus verdeutlichten, dass die Konsolidierung des demokratischen Systems nicht zwingend erfolgreich sein musste und dass eine schrittweise Rückentwicklung in autokratische Strukturen durchaus möglich war. Manche Annahmen der Systemtheoretiker, welche noch bei den Entwicklungen der Demokratien in Lateinamerika und Südeuropa Gültigkeit besaßen, griffen bei einigen osteuropäischen Staaten ins Leere.

Die ökonomische und politische Entwicklung der Ukraine in den ersten ca. 25 Jahren ihrer Eigenstaatlichkeit soll systematisch dargestellt werden. Im Fokus stehen dabei Verfassung, Legislative, Exekutive, Parteien, sowie Oligarchen und Clans. Auf der ökonomischen Seite werden die Aspekte der Finanzstruktur, des Unternehmertums und allgemeine makroökonomische Rahmendaten analysiert. Verschiedene Transformationstheorien werden dabei zur Hilfe genommen, um die Prozesse in den jeweiligen Bereichen einzuordnen und mit Blick auf den erfolgreichen Systemwechsel im politischen und ökonomischen Sinn zu bewerten. Schlussendlich gilt es aufzuzeigen, an welchen Punkten die Systemtransformation der Ukraine versagt und warum das Land am Vorabend der Majdan-Proteste über keine gefestigte Demokratie verfügte. Um der Arbeit eine Relevanz über den „Euromajdan“ hinaus zu verleihen, werden am Ende Handlungsempfehlungen aufgelistet, die zur Stabilisierung der ukrainischen Demokratie einen Beitrag leisten könnten. Dem Autor ist dabei durchaus bewusst, dass im Zuge des Bürgerkrieges und weiteren Geschehnissen nach der Absetzung Janukowytschs Entscheidungen getroffen wurden, die sich sowohl positiv als auch negativ auf die Entwicklung der ukrainischen Demokratie ausgewirkt haben. Dennoch bestehen abseits davon zahlreiche Defizite, welche das Land angehen sollte, um die demokratische Konsolidierung doch noch auf einen erfolgreichen Weg zu bringen.



## **2. Forschungsstand und Datenlage**

In der Geschichte der Menschheit war der Wechsel von Staatsoberhäuptern, Regierungschefs oder auch des politischen Systems an sich eine durchgehende Konstante. Nicht nur das 19. und speziell das 20. Jahrhundert haben belegt, dass politische Systemwechsel das Resultat von Unruhen, Revolten und Revolutionen sind und nicht nur einen Staat betreffen können, sondern die Möglichkeit besitzt, auf ganze Regionen überzugreifen. Mit dem Einsetzen der amerikanischen und französischen Revolutionen begann eine Epoche der demokratischen Bewegung, die sich über das gesamte 19. Jahrhundert erstreckte und mit Mussolinis Marsch auf Rom kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sein abruptes Ende fand.<sup>2</sup> Huntington bezeichnete diese Phase als „Demokratisierungswelle“. „A wave of democratization is a group of transitions from nondemocratic to democratic regimes that occur within a specified period of time and the significantly outnumber transitions in the opposite direction during that period of time.“<sup>3</sup> Huntington definiert drei Demokratisierungswellen, auf welche jeweils eine autokratische Gegenbewegung folgte. Die erste Welle erstreckte sich vom Auslaufen des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Im Anschluss daran erfolgte eine autoritäre Gegenwelle, welche in Europa und Lateinamerika zur Machtübernahme durch Faschisten und Militärregime führte. Mit dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg begann die zweite Demokratisierungswelle, welche bis Mitte der 1960er anhielt und vor allem die früheren gegnerischen Staaten der Alliierten im Zweiten Weltkrieg (Deutschland, Italien, Japan) zu Demokratien umwandelte. Die zweite Gegenwelle betraf vorrangig die lateinamerikanischen Staaten und ließ hier erneut Militärdiktaturen entstehen. Ab 1974 setzte die dritte Demokratisierungswelle ein und führte zur Ablösung der autoritären Regime in Portugal, Spanien, Griechenland und der Staaten Lateinamerikas. Huntington war einer der ersten Vertreter der versuchte, länderübergreifende Demokratiebewegungen systematisch zu verorten.

Die Auseinandersetzungen mit Demokratien an sich und dem Wechsel von Diktaturen zu Demokratien begann jedoch schon früher. Aristoteles sammelte verschiedene Verfassungen und systematisierte sie nach qualitativen Aspekten.<sup>4</sup> Als Resultat konnte er sechs verschiedene Herrschaftsformen aufzeigen: Tyrannis, Monarchie, Oligarchie, Aristokratie, Demokratie und Politie. Im Zuge der Aufklärung und der mit ihr verbundenen Kritik am Absolutismus und der Ständeordnung lebten Demokratietheorien neu auf. John Locke

---

<sup>2</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 17.

<sup>3</sup> Huntington, Samuel P.: The third wave – Democratization in the Late Twentieth Century, London 1991, S. 15.

<sup>4</sup> Vgl. Aristoteles: Politik, Zürich 1970.

kritisierte in seiner Schrift „Zwei Abhandlungen über die Regierung“ die absolute Monarchie und entwirft einen Naturzustand in dem jeder das Recht auf Leben, Freiheit und Besitz innehat.<sup>5</sup> Das Ziel des Gemeinwesens bestand für Locke darin, mittels eines Gesellschaftsvertrags, das Leben, die Freiheit und den Besitz der Bürger zu schützen. Montesquieu entwarf das Modell der Gewaltenteilung, welche sich später zu einem zentralen Element demokratischer Staaten durchsetzen sollte.<sup>6</sup> Seine Grundannahme wurde von Riklin treffend zusammengefasst: „Weil der Mensch, der Macht hat, zum Machtmissbrauch neigt, wenn er nicht auf Grenzen stößt, ist es zwingend, dass die Macht auf mehrere Machttäger verteilt wird, die sich wechselseitig am Machtmissbrauch hindern“<sup>7</sup>. Rousseaus Gesellschaftsvertrag beeinflusste die Französische Revolution nachhaltig. In diesem hielt er fest, dass Beschränkung von Freiheitsrechten in einem Vertrag festgehalten werden müssen und der Zustimmung des jeweiligen Mitglieds bedürfen, oder anders ausgedrückt: „Finde eine Form des Zusammenschlusses, die mit ihrer ganzen gemeinsamen Kraft die Person und das Vermögen jedes einzelnen Mitglieds verteidigt und schützt durch die doch jeder, indem er sich mit allen vereinigt, nur sich selbst gehorcht und genauso frei bleibt wie zuvor“<sup>8</sup>. Karl Marx gelang es, „eine an Hegel geschulte geschichtsphilosophische Konstruktion mit ausgreifenden historisch-empirischen Analysen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Dynamiken in einem weitgehend kohärenten Gesamtgebäude zusammenzuführen und eine erste sozialwissenschaftliche Theorie gesellschaftlicher Entwicklung zu formulieren.“<sup>9</sup> Er zeichnete eine Dialektik des Widerspruchs zwischen Produktionsverhältnissen und den Produktionskräften. An einem bestimmten Punkt widersprechen sich die Produktionsentwicklung und die Produktivkraftentwicklung, folglich kommt es zu neuen Produktionsweisen. Gleichzeitig bildet die Produktionsweise die Basis für verfasste politische und rechtliche Situation der Gesellschaft und prägt dazu noch das gesellschaftliche Bewusstsein. Die Basis ist jedoch einem ständigen Wandel unterzogen und führt entsprechend zur Ablösung der Gesellschaftsformen.<sup>10</sup> Marx zeigt den Zusammenhang zwischen technischer, kognitiver und gesellschaftlicher Entwicklung auf und war damit prägend für die Entwicklung späteren Transformationstheorien.

Die eigentliche Transformationsforschung mit expliziten Theoriedebatten begann Mitte des 20. Jahrhunderts. Parsons und Lipset prägten die frühe Debatte. Ersterer entwarf ein

---

<sup>5</sup> Vgl. Locke, John: Zwei Abhandlungen über die Regierung, 5. Auflage, Suhrkamp, Frankfurt (am Main) 1992.

<sup>6</sup> Vgl. Montesquieu, Charles-Louis de: Vom Geist der Gesetze, Stuttgart 1965.

<sup>7</sup> Riklin, Alois: Machtteilung, Geschichte der Mischverfassung, Darmstadt 2006, S. 290.

<sup>8</sup> Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart 1986, S. 6.

<sup>9</sup> Merkel, Wolfgang; Brückner, Julian und Wagener, Hans-Jürgen: System, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 12.

<sup>10</sup> Vgl. Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1961.

Konstrukt für die Systemtheorie, in welcher er die Ausdifferenzierung sozialer Teilsysteme (Politik, Wirtschaft, soziale Gemeinschaft, Kultur) und die Ausbildung von Universalien für den Aufbau moderner Gesellschaften beschrieb.<sup>11</sup> Lipset hingegen griff die Überlegungen von Marx auf und untersuchte den Zusammenhang zwischen demokratischer Verfasstheit eines Staates und seines sozioökonomischen Entwicklungsniveaus.<sup>12</sup> Insbesondere Lipset beschrieb mit seiner Theorie einen staatlichen Entwicklungsweg, welcher zwangsläufig in einer demokratischen Endvariante münden musste.<sup>13</sup> Solch lineare Entwicklungen spiegeln jedoch nur eine Möglichkeit von vielen wider. Die Theorien von Parsons und Lipset reihten sich in jene von Moore<sup>14</sup> und Huntington<sup>15</sup> ein, da sie makrosoziologische Ansätze verfolgten. Erst ab den 1980er Jahren fand eine Fokusverschiebung in Richtung Konzepten mit mikropolitologisch-akteurstheoretischer Ausrichtung statt. Przeworski<sup>16</sup>, Schmitter und O'Donnell<sup>17</sup> waren prägend für die Neuausrichtung der Transformationsforschung. Der akteurstheoretische Fokus eröffnete dabei die Möglichkeit, kurzfristige Dynamiken im Laufe des Transformationsprozesses besser einzuordnen. Das Ungleichgewicht innerhalb der Transformationstheorien wurde erst nach dem Ende des Kalten Krieges überwunden. Insgesamt führte der Zusammenbruch des Ostblocks zu einer Wiederbelebung der Transformationsforschung. Die bis dahin herrschende Sowjetologie und Osteuropaforschung verlor ihre Grundlage und musste sich der Frage zuwenden, warum in diesen Staaten die kommunistischen Regime innerhalb eines kurzen Zeitraums gänzlich zusammenbrachen.<sup>18</sup> Akteurs-, Struktur-, Kultur- und Systemtheorien fanden ab den 1990er Jahren gleichrangige Beachtung in den Transformationsanalysen. Speziell für den deutschsprachigen Raum setzten Wolfgang Merkel<sup>19</sup>, Hans-Jürgen Puhle<sup>20</sup> und Raj Kollmorgen<sup>21</sup> wegweisende Standards, die

---

<sup>11</sup> Vgl. Parsons, Talcott: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln 1971.

<sup>12</sup> Vgl. Lipset, Seymour: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. *The American Political Science Review*. Vol 53. No. 1. Berkeley 1959.

<sup>13</sup> Vgl. Lipset, Seymour: *Political Man – The Social Bases of Politics*. Garden City. New York 1960.

<sup>14</sup> Vgl. Moore, Barrington: *Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie: Die Rolle von Grundbesitzern und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt*. Frankfurt (am Main) 1987.

<sup>15</sup> Vgl. Huntington, Samuel P.: *Political Order in Changing Societies*. Seventh Printing. Yale University 1968.

<sup>16</sup> Vgl. Przeworski, Adam: *The Games of Transition*. In: Mainwaring, Scott/ O'Donnell, Guillermo/ Valenzuela, J. Samuel: *Issues in Democratic Consolidation. The New South American Democracies in Comparative Perspective*, Notre Dame 1992.

<sup>17</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. und Whitehead, Laurence (Hrsg.): *Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. Baltimore 1986.

<sup>18</sup> Vgl. Schwanitz, Simone: *Transformationsforschung: Area Studies versus Politikwissenschaft? Plädoyer für einen akteurstheoretischen Ansatz*, Berlin 1997, S. 1.

<sup>19</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden 2010.

<sup>20</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Eicher, Claudia und Thiery, Peter: *Defekte Demokratie. Band 1: Theorie*. Opladen 2003.

bis heute Gültigkeit besitzen. Neueste Untersuchungen lösen sich zunehmend von einer gesamtstaatlichen bzw. gesamtgesellschaftlichen Analyse und fokussieren sich auf Teilbereiche von Transformationsstaaten bzw. -prozessen und vergleichen diese mit anderen Nationen. Die Forschungsbereiche sind dabei äußerst vielfältig und reichen von allgemeinen Privatisierungsprozessen<sup>22</sup>, über den Wandel von Interessensvertretungen mittels Verbänden<sup>23</sup>, der Transformation einzelner Städte<sup>24</sup> bis hin zur Chancengerechtigkeit zwischen den Geschlechtern<sup>25</sup>. Diese Untersuchungen sind zwar teilweise auf Mikrobereiche konzentriert, sie geben dennoch interessante Einblicke in Transformationsstaaten und erlauben in einem begrenzten Umfang Rückschlüsse auf die gesamtstaatliche Situation.

Seit der Jahrtausendwende haben unterschiedliche Institute verschiedene Indizes entwickelt, um den Transformationsgrad bzw. die Stabilität und Qualität des politischen und wirtschaftlichen Systems zu messen, darzustellen und vergleichbar zu machen. Der vielleicht bekannteste ist der alle zwei Jahre erscheinende „Bertelsmann Transformation Index“. Dieser analysiert sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Transformation von über 120 Staaten und vergibt dabei ein Ranking in verschiedenen Unterkategorien, die beispielsweise Rechtstaatlichkeit, politische Partizipation, Privateigentum und Nachhaltigkeit umfassen.<sup>26</sup> Andere Indizes sind etwa der von „The Economist“ ausgearbeitete „Democracy Index“<sup>27</sup>, der „Freedom in the world“<sup>28</sup>, welcher herausgegeben wird von der Nichtregierungsorganisation „Freedom House“ und der im Auftrag der Weltbank alle fünf Jahr erstellte „Worldwide Governance Indicator“<sup>29</sup>. Des Weiteren muss der alle drei Jahre erscheinende „Global Report“<sup>30</sup> genannt werden. Diesen erstellt das „Center for Systemic Peace“, welches der Leitung von Monty G. Marshall, einem führenden Mitglied in der früheren „State Failure Task Force“, untersteht. Alle Indizes versuchen, mittels mathematischer Formeln, ein

---

<sup>21</sup> Vgl. Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015.

<sup>22</sup> Vgl. Eckert, Florian: Vom Plan zum Markt – Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa, Wiesbaden 2008.

<sup>23</sup> Vgl. Zeitler, Benjamin: Verbandliche Interessenvertretung und Mitgestaltung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten, Wiesbaden 2011.

<sup>24</sup> Vgl. Erdmann, Anja: Städtische Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa – Stadtentwicklung zwischen Wachstum und Schrumpfung am Beispiel Łódź und Gdańsk, Wiesbaden 2014.

<sup>25</sup> Vgl. Klenner, Christina und Leiber, Simone (Hrsg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa: Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten, Wiesbaden 2009.

<sup>26</sup> Vgl. Bertelsmann Transformation Index: <https://www.bti-project.org/de/daten/rankings/status-index/>

<sup>27</sup> Vgl. The Economist Intelligence Unit's Democracy Index: <https://infographics.economist.com/2018/DemocracyIndex/>

<sup>28</sup> Vgl. Freedom House: Freedom in the world <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2018>

<sup>29</sup> Vgl. The World Bank Group: Worldwide Governance Indicators: <http://info.worldbank.org/governance/WGI/#reports>

<sup>30</sup> Vgl. Center for Systemic Peace: Global Report Series: <http://www.systemicpeace.org/globalreport.html>

Ranking einzelner Nationen zu erstellen. Aus diesem sollen die Nachhaltigkeit des Transformationsprozesses, die Qualität des herrschenden politischen Systems und die Wahrscheinlichkeit eines staatlichen Zusammenbruchs ablesbar sein. Zwar schafft die Vergabe von Platzierungen eine gewisse Vergleichbarkeit von unterschiedlichen Staaten, allerdings reduziert sie auch komplexe politische, gesellschaftliche und ökonomische Prozesse einer Nation und versucht, sie in einer Zahl darzustellen. Der Verfasser dieser Arbeit sieht die Darstellung von gesellschaftlichen Wandlungsprozessen und insbesondere die der Transformation mittels mathematischer Formeln und Rankings kritisch. Folglich wird bei der Analyse der Ukraine kein Rückgriff auf die oben genannten oder anderweitigen Indizes erfolgen. Generell sei jedoch angemerkt, dass Indizes zur Messung der Veränderungen in Politik und Wirtschaft eine gewisse Rechtfertigung besitzen und in manchen wissenschaftlichen Bereichen anerkannt wurden. Nach der Meinung des Verfassers sollten Indizes bei der Transformationsanalyse benutzt werden, um eine erste grobe Verortung des zu untersuchenden Staats bzw. der Region vorzunehmen. Für spezifische Analysen reichen diese Indizes jedoch nicht aus.

Konkret für die Ukraine lässt sich festhalten, dass die wissenschaftliche Untersuchung des Landes heute auf einem guten Niveau ist. In den 1990er Jahren bestand hier noch ein deutliches Defizit. Das Ende des Kalten Krieges stellte der Politik- und Wirtschaftswissenschaft eine Fülle an Staaten zur Untersuchung von Transformationsprozessen zur Verfügung. Die Ukraine wurde in diesem Zusammenhang nicht so intensiv untersucht wie etwa Russland, Polen, Tschechien oder Ungarn. Folglich ist die Datenlage für die Ukraine, was die 1990er Jahre betrifft, nicht immer vollständig. Selbst das Statistikamt der Ukraine<sup>31</sup> kann in vielen Bereichen nur Daten ab 1995 zur Verfügung stellen, was eine ganzzeitliche Betrachtung des Landes erschwert. Oftmals werden, insbesondere ökonomische Daten, allein durch ukrainische Behörden erhoben und beispielsweise an die Weltbank und andere internationale Organisationen weitergegeben. Speziell für die 1990er Jahre lässt sich festhalten, dass diese Daten in den seltensten Fällen von unabhängigen Dritten verifiziert wurden und daher kritisch betrachtet werden sollten. Ab der Jahrtausendwende, vor allem mit dem Ausbruch der „Orangen Revolution“ erfuhr die Ukraine eine mediale und wissenschaftliche Aufwertung. Dies hat nicht nur zu einer besseren gesamtstaatlichen Analyse des Landes geführt, sondern es auch ermöglicht, einen spezifischen Einblick in Vorgänge von einzelnen Oblasten, Regionen und Städten zu erhalten.

---

<sup>31</sup> Statistikamt der Ukraine: <https://ukrstat.org/en>

Die Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung<sup>32</sup> und der Friedrich-Ebert-Stiftung<sup>33</sup> haben zu dieser positiven Entwicklung ebenso beigetragen, wie die seit 2006 erscheinenden Ukraine-Analysen<sup>34</sup>, welche im Auftrag der „Forschungsstelle Osteuropa“ der Universität Bremen herausgegeben werden. Aber auch andere Einrichtungen, z.B. die „Stiftung Wissenschaft und Politik“ oder die „Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.“, welche die Zeitschrift „Osteuropa“ herausgibt, haben der wissenschaftlichen Betrachtung der Ukraine einen kontinuierlichen Charakter verliehen. Allerdings hatte die Einbeziehung der Ukraine in wissenschaftliche Untersuchungen und statistische Erhebungen nicht immer positive Effekte. Bei der Recherche für die Arbeit stieß der Verfasser auf Organisationen, deren Datenerhebung sich als undurchsichtig und teilweise nicht nachvollziehbar darstellte. Stellvertretend sei hierbei der „World Mining Congress“<sup>35</sup> genannt. Dieser gibt jährlich einen Bericht heraus, in welchem er die Bergbauaktivitäten in verschiedenen Bereichen der letzten sechs Jahre für alle Länder der Welt zusammenfasst. Dabei stellte sich heraus, dass die Angaben für die Ukraine in aufeinanderfolgenden Berichten erheblich voneinander abwichen und daher in dieser Arbeit nicht verwendet werden konnten. Abgesehen davon kann die wissenschaftliche Erschließung der Ukraine als durchgehend gut bezeichnet werden. Eine Vielzahl an Publikationen bietet eine verlässliche Einsicht in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Umwelt, Religion und weitere Bereiche des Landes. Bei Recherchen hinsichtlich des Bürgerkriegs und des Konflikts mit Russland war jedoch zu merken, dass eine objektive Berichterstattung in manchen Bereichen in den Hintergrund trat und stattdessen subjektive Meinungsbilder die Darstellung von Fakten beeinflussten. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Datenlage für die Ukraine ausreichend ist, um eine gesamtstaatliche Darstellung des Landes zu ermöglichen. Besteht jedoch das Bedürfnis nach einer detaillierten Analyse von Verhältnissen in einzelnen Regionen oder Oblasten, ist eine individuelle Erhebung vor Ort unumgänglich.

---

<sup>32</sup> Konrad-Adenauer-Stiftung: Auslandsbüro Ukraine <http://www.kas.de/ukraine/>

<sup>33</sup> Friedrich-Ebert-Stiftung: Büro Kiew <http://fes.kiev.ua/n/cms/42/?L=1>

<sup>34</sup> Ukraine-Analysen <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

<sup>35</sup> World Mining Congress <http://www.wmc.org.pl/>

### **3. Methodisches Vorgehen**

Zur Analyse des ukrainischen Transformationsprozesses wird in dieser Arbeit ein empirisch-analytischer Ansatz in Kombination mit einem makro-qualitativen und quantitativen Verfahren verfolgt. Der erste Abschnitt beschäftigt sich mit den unterschiedlichen Transformationstheorien. Zu Beginn erfolgt eine Definition von Termini, welche im Zuge von Transformationen regelmäßig gebraucht werden. Begriffe wie Regierung, Regime, Staat, System, Transition oder Transformation unterscheiden sich nicht nur in ihrer Bedeutung, sondern variieren auch in Bezug auf Akteure und die betreffenden Ebenen. Im Anschluss bietet die Arbeit einen Einblick in die vier Transformationstheorien: System-, Struktur-, Kultur- und Akteurstheorie. Bereits bei der Darstellung der Theorien werden entsprechende Schwächen der Konzepte aufgezeigt. Des Weiteren skizzierte die Arbeit einen allgemeinen Übergang von einem autokratischen hin zu einem demokratischen System und weist darüber hinaus auf die Besonderheiten der osteuropäischen Transformation hin.

Bevor der konkrete Transformationsprozess der Ukraine analysiert wird, erfolgt eine notwendiger Weise gekürzte Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Landes. Dies ist nach der Überzeugung des Autors unverzichtbar, um die Besonderheiten innerhalb des ukrainischen Transformationsprozesses besser nachzuvollziehen und einordnen zu können. Die spezifische Darstellung der Transformation der Ukraine ist in zwei zeitliche Abschnitte gegliedert. Die erste Periode setzt zum Ende der Sowjetunion an und reicht bis zur Parlamentswahl im Jahr 2002. Der zweite Abschnitt beginnt 2003 und endet mit dem Ausbruch der Majdan-Proteste im November 2013. Eine Unterteilung in die beiden Zeitabschnitte ist aus folgendem Grund gerechtfertigt: Die beiden Abschnitte beziehen sich auf einen Zeitraum von rund 10 Jahren. Hierdurch wird ein Vergleich zwischen der politischen und ökonomischen Entwicklung der Ukraine in den jeweiligen Dekaden deutlicher erkennbar, da keine gravierende zeitliche Varianz zwischen den beiden Zeiträumen besteht. An diesem Punkt kann bereits vorweggenommen werden, dass die politischen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse der Ukraine in den 1990er Jahren sich von denen ab der Jahrtausendwende sichtbar unterscheiden. Bei der Analyse der Transformation liegt das Hauptaugenmerk auf dem politischen und wirtschaftlichen Bereich. Im Fokus der Analyse des politischen Bereichs stehen dabei Verfassung, Parlament, Präsident, Regierung, Parteien, Oligarchen und Clans. Demgegenüber werden bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Sphäre die finanzökonomische Entwicklung des Landes dargestellt, sowie die Ebene des Unternehmertums, allgemeine Privatisierungsprozesse und makroökonomische Eckdaten. Die Ergebnisse werden an den zuvor dargestellten Transformationstheorien gespiegelt und ihr

Einfluss auf den Transformationsprozess aufgezeigt. System- und Strukturtheorie bilden hierbei das bevorzugte Analyseinstrument. An diesem Punkt soll darauf verwiesen werden, dass bei der Anwendung der Strukturtheorien, speziell bei der des neomarxistischen Strukturalismus, eine begrenzte Abwandlung der Theorie erfolgt. Barrington Moore gehörte zu den prägenden Verfassern des neomarxistischen Strukturalismus. Seine theoretischen Überlegungen beruhen jedoch auf dem marxistischen Klassenverständnis von Bourgeoisie und Proletariat.<sup>36</sup> Der von ihm beschriebene Kampf zwischen sozialen Klassen spiegelt den Konflikt zwischen zuvor genannten Klassen wider. Aus Sicht des Autors ist diese Klassenstruktur zu Beginn der ukrainischen Eigenstaatlichkeit nicht mehr vorzufinden. Gleichwohl verfügt die Analyse Moores bis heute über Relevanz. Um sie auf die Ukraine anzuwenden, werden daher die Klassen anders definiert. Auf der einen Seite werden politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger als eigene Klasse definiert. Diese stehen dem überwiegenden Teil der ukrainischen Bevölkerung gegenüber, welche jedoch nicht mehr unter die Definition des Proletariats fallen. Der zentrale Änderungspunkt betrifft somit die staatlich-administrative und ökonomische Elite, welche hier als eigene Klasse angesehen wird. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den beiden Dekaden wird in Zwischenfazit zusammengefasst. Im Anschluss an die Schlussbetrachtung unternimmt die Arbeit den Versuch, konkrete Handlungsempfehlungen aufzulisten, um dadurch den Transformationsprozess nachhaltig zu beeinflussen und die demokratische Konsolidierung zu einem positiven Abschluss zu bringen.

---

<sup>36</sup> Vgl. Moore, Barrington: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie: Die Rolle von Grundbesitzern und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt. Frankfurt (am Main) 1987.



#### **4. Transformation – eine theoretische Grundlage**

Mit dem Zusammenbruch der autoritären Regime in Osteuropa 1989/1990 erfuhr die Transformationsforschung einen neuen Aufschwung. Die Entwicklungen in Lateinamerika, Südeuropa und Ostasien in den 1970er Jahren wurden von den Sozialwissenschaftlern bereits intensiv untersucht. Der wiederauflebende Forschungszweig konnte nun auf eine Fülle von Fallbeispielen zugreifen, was neben einer „Flut sozialwissenschaftlicher Transformationsanalysen“<sup>37</sup> auch eine Differenzierung der begrifflichen Instrumentarien zur Folge hatte. In der deutschen Sprache entstanden sehr schnell Begriffe wie Transition, Transformation, Revolution, Zusammenbruch, Modernisierung, Liberalisierung, Demokratisierung, Konsolidierung, Regimewandel und Systemwechsel<sup>38</sup>. Allerdings wurden die verschiedenen Bezeichnungen nur unzureichend geklärt, zum Teil wurden unterschiedliche Termini als Synonym für den gleichen historischen Prozess benutzt. In der englischsprachigen Sozialwissenschaft etablierten sich die Begriffe transformation, replacement, transplacement<sup>39</sup>, transaction, breakdown und extrication<sup>40</sup>. Dies hatte zur Folge, dass es zu Konfusionen in der Transformationsforschung kam. Erst langsam erfolgte eine Einordnung und Definition der unterschiedlichen Begrifflichkeiten. Allerdings sind bis heute nicht alle Bezeichnungen eindeutig geklärt. Merkel verweist richtigerweise darauf, dass bei der Untersuchung von Transformationsprozessen auf der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ebene verschiedene Dimensionen beachtet werden müssen<sup>41</sup>. Die zentrale Frage ist, was analysiert werden soll: Was wird transformiert?<sup>42</sup> Eine klare Differenzierung zwischen Regierung, Regierungssystem, Regime, Staat und soziopolitischem System<sup>43</sup> ist dabei zwingend notwendig. Während eine Definition dieser einzelnen Bereiche relativ leicht fällt, kann es jedoch in der konkreten Untersuchung dazu kommen, dass sich mehrere Ebenen überlappen. So kann beispielweise bei einer Transformation des Regimes auch eine Wandlung der Regierung erfolgen, wenn beide Bereiche stark miteinander verflochten sind. Wenn die Frage nach dem Analysegegenstand beantwortet werden kann, muss geklärt werden in welcher Form und Geschwindigkeit sich die Transformation vollzieht. Die Wandlung einer

---

<sup>37</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 62.

<sup>38</sup> Vgl. ebd., S. 62.

<sup>39</sup> Vgl. Huntington, Samuel P.: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, London 1991.

<sup>40</sup> Vgl. Share, Donald und Mainwaring, Scott: Transition through Transaction: Democratization in Brazil and Spain, in: Selcher, Wayne A. (Hrsg.): Political Liberalization in Brazil: Dynamics, Dilemmas, and Future Prospects, Boulder, CO 1984, S. 175-216.

<sup>41</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 62.

<sup>42</sup> Vgl. ebd., S. 62.

<sup>43</sup> Vgl. ebd., S. 62.

Regierung, eines Regimes oder auch eines Staates erfolgt nie kontinuierlich mit der gleichen Geschwindigkeit, sondern in mehreren Etappen. Anfang und Ende der einzelnen Abschnitte müssen dabei nicht immer klar zu erkennen sein. Eine weitere Frage stellt sich in Bezug auf die verschiedenen Akteure.<sup>44</sup> Die Rolle und der Einfluss der unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Beteiligten bedürfen der spezifischen Analyse. Abschließend gilt es zu klären, ob es sich um eine Reform, einen Wandel, eine Revolution oder einen Wechsel handelt<sup>45</sup>. Auch an diesem Punkt ist es durchaus möglich, dass sich mehrere Vorgänge auf einmal vollziehen. So können spezifische Reformen einen Wandel in der Gesellschaft eines Staates auslösen, die mittel- bis langfristig zu einem Wechsel der politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Ordnung führen.

#### **4.1. Regierung, Regime, Staat, System**

Im vorherigen Abschnitt wurde bereits darauf hingewiesen, dass bei der Untersuchung von Transformationsvorgängen zwischen den verschiedenen politischen Ebenen unterschieden werden muss. Ein Regime ist stets größer und mächtiger als eine Regierung. Das soziopolitische Gesamtsystem umfasst mehr als nur den Staat, sondern auch die gesellschaftlichen Konstellationen innerhalb der Nation. Ebenso kann unter dem System die wirtschaftliche Ordnung eines Staates behandelt werden. Robert Fishman, ein amerikanischer Politikwissenschaftler, verwies als einer der ersten darauf, dass bei der Analyse von Transformationen zwischen Regime und Staat unterschieden werden muss<sup>46</sup>. Abhängig von der jeweiligen Ebene, die einem Wandel oder Wechsel unterzogen ist, ergeben sich unterschiedliche Probleme und Ergebnisse. „A regime may be thought of as the formal and informal organization of the center of political power, and of its relation with the broader society.“<sup>47</sup> Fishman verweist richtigerweise darauf, dass ein Regime einen formellen und einen nicht-formellen Charakter besitzt. Der formelle Rahmen besteht in der Regel aus der Regierung, welche durch Regimemitglieder gestellt wird. Der nicht-formelle Organisationpart des Regimes geht über die Regierung hinaus und kann Journalisten, Intellektuelle, Unternehmer oder auch Geistliche umfassen. „A regime determines who has access to political power, and how those who are in power deal with those who are not.“<sup>48</sup> Das Regime kann als die Schaltzentrale für den Zugang zur politischen Macht angesehen werden. Fishman

---

<sup>44</sup> Vgl. ebd., S. 62.

<sup>45</sup> Vgl. ebd., S. 62.

<sup>46</sup> Vgl. Fishman, Robert M.: Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition to Democracy, World Politics, Vol. 42, No. 3, Cambridge 1990, S. 422-440.

<sup>47</sup> Ebd., S. 428.

<sup>48</sup> Ebd., S. 428.

schlussfolgert richtig, dass bei der Unterscheidung zwischen Demokratie, Totalitarismus und Autoritarismus die Frage des Regimetyps an vorderster Stelle steht<sup>49</sup>. Allerdings wird der Begriff des Regimes kaum auf Demokratien angewendet. Im Laufe der Zeit hat sich die Bezeichnung Regime als Synonym für undemokratische und autoritäre Herrschaftssysteme etabliert. Über die Wissenschaft hinaus wird das Wort Regime automatisch mit negativen Eigenschaften verbunden. „Regimes are more permanent forms of political organization than specific government, but they are typically less permanent than the state.“<sup>50</sup> In autoritären Regimen kann es passieren, dass Regierungsmitglieder, oder auch die gesamte Regierung ausgetauscht wird, um den Machterhalt des Regimes zu sichern. „The state, by contrast, is a (normally) more permanent structure of domination and coordination including a coercive apparatus and the means to administer a society and extract resources from it.“<sup>51</sup> Im Folgenden wird auf die Unterschiede zwischen Regierung, Regime, Staat und System genauer eingegangen.

#### **4.1.1. Regierung**

Der Begriff Regierung leitet sich vom lateinischen Begriff *regere* ab und bedeutet lenken, leiten oder beherrschen. Die Regierung umfasst „allgemein die mit der Lenkung und Leitung eines politischen Gemeinwesens beauftragten Personen und Institutionen. Im weiteren Sinne bezeichnet [Regierung] die Leitungs- und Lenkungenfunktionen der vollziehenden Gewalt und der gesetzgebenden Gewalt. Im engeren Sinn bezeichnet [Regierung] die mit gesamtgesellschaftlich verbindlichen Leitungs- und Lenkungenfunktionen versehene politisch-administrative Spitze der Exekutive.“<sup>52</sup> Der Wechsel bzw. der Austausch von Regierungen ist im Allgemeinen unproblematisch. Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass durch freie Wahlen über den Verbleib der amtierenden Regierung entschieden wird. Der Regierungswechsel ist in demokratischen Staaten politische Normalität. Der Austausch von einzelnen Regierungsmitglieder oder der gesamten Regierung erfolgt auch in Autokratien. Dies geschieht jedoch nicht durch freie Wahlen, sondern auf Anordnung des jeweiligen Regimes. In Demokratien ist die Herrschaftszeit der Regierung zeitlich begrenzt. Der entsprechende Wahltermin ist der Zeitpunkt, zu dem, wenn die Wähler es so wollen, eine neue Regierung die Macht übernimmt. Im Gegensatz dazu erfolgt der Wechsel von Regierungen in Autokratien in der Regel unvorhergesehen. Ein Austausch der Mitglieder der

---

<sup>49</sup> Vgl. ebd., S. 428.

<sup>50</sup> Ebd., S. 428.

<sup>51</sup> Ebd., S. 428.

<sup>52</sup> Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S. 599.

Regierung geschieht in autokratischen Staaten z.B. durch den Tod von Regierungsmitgliedern (dies trifft auch auf Demokratien zu) oder wenn das Regime das Gefühl hat, dass die Regierung nicht mehr die Interessen des Regimes vertritt und sich emanzipiert. „In jungen Demokratien aber ist der erste richtungspolitische Wechsel in der Regierung ein aufschlussreicher Testfall für die Konsolidierungsfortschritte des neuen Systems.“<sup>53</sup> Wenn der Wechsel der Regierung reibungslos verläuft, trägt dies zu einer Stabilisierung der Demokratie bei. Samuel Huntington sieht im Wechsel von Regierungen ein Indiz dafür, wie stark die demokratische Ordnung etabliert und eingehalten wird. Der erste Regierungswechsel hat eine wichtige Bedeutung, insbesondere in symbolischer Hinsicht. Noch zentraler hält Huntington jedoch den zweiten Regierungswechsel. „A second turnover shows two things. First, two major groups of political leaders in the society are sufficiently committed to democracy to surrender office and power after losing an election. Second, both elites and publics are operating within the democratic system; when things go wrong you change the rulers, not the regime. Two turnovers is a tough test of democracy.“<sup>54</sup> Huntington bezieht sich mit seiner Aussage auf die parteipolitische Konstellation der Regierung. Eine neue Koalition, die die bisherige Opposition an die Macht bringt bzw. sie daran partizipieren lässt, fällt nach Huntingtons Definition auch unter einen Regierungswechsel. Zwar ist Huntingtons Sichtweise logisch und nachvollziehbar, allerdings weist sie auch Schwachstellen auf. Huntington bezieht seine Definition des Regierungswechsels auf die gesamtstaatliche Ebene. Am Beispiel Deutschlands würde das die Bundesregierung umfassen. Huntington vernachlässigt jedoch die föderale Ebene. In der Bundesrepublik Deutschland werden Landesregierungen ebenfalls regelmäßig durch das Votum der Wähler ausgetauscht. Die Landesebene spielt bei Huntingtons Analyse des Konsolidierungsgrads der Demokratie keine Rolle. Doch auch hier zeigt sich, wie gut die demokratischen Spielregeln von den verschiedenen Parteien und politischen Führern akzeptiert werden.

Wie bereits erwähnt erfolgen Regierungswechsel nicht nur in Demokratien, sondern auch in Systemen, die autoritär und totalitär geprägt sind. „Etwa wenn der Diktator oder die herrschende Partei, Junta oder Clique den Regierungschef auswechselt, um eine verschlissene und unpopuläre Regierung abzulösen.“<sup>55</sup> Der Austausch der Regierung muss nicht zwangsläufig zu einem Machtwechsel führen. Allerdings kann der Wechsel der Regierung in

---

<sup>53</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 63.

<sup>54</sup> Huntington, Samuel P.: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, London 1991, S. 267.

<sup>55</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 63.

einer Autokratie auch auf eine langfristige Richtungsänderung hinweisen. In autokratischen Staaten wird der Regierungswechsel vom Regime durchgeführt, um die eigene Macht zu sichern. Jedoch kann der Wechsel einer Regierung zu einer (vorübergehenden) Destabilisierung des Regimes führen.<sup>56</sup> Diese kurze Krisenphase ändert aber nichts an der Herrschaftsordnung des politischen Systems. Ein autokratischer Staat bleibt undemokratisch unabhängig davon, wer die Regierungsverantwortung trägt. „Verglichen mit einem Regime, Staat oder System bilden Regierungen die am wenigsten dauerhaften Formen der politischen Herrschaftsordnung.“<sup>57</sup>

#### **4.1.2. Regime**

Die Bezeichnung Regime beruht auf dem französischen Wort *régime*, was mit Regierung oder Regierungsform übersetzt werden kann. Manfred G. Schmidt definiert den Begriff Regime als „wertneutral-beschreibende Bezeichnung einer politischen Herrschaftsordnung oder Staatsform (Regimetyp).“<sup>58</sup> Es wird deutlich, dass das Regime mehr umfasst als die Regierung. Während die Regierung vorwiegend die Leitungs- und Lenkungenfunktionen der vollziehenden (exekutiven) Gewalt umfasst, bezieht das Regime die gesamte Herrschaftsordnung ein. Die gesamte Form der politischen Ausübung von Herrschaft wird unter dem Begriff des Regimes verstanden. „Regime verkörpern die Normen, Prinzipien und Verfahrensweisen der politischen Organisation des Staates, durch dessen Herrschaftsmonopol und Herrschaftsinstrumentarium Regierungen erst in die Lage versetzt werden zu regieren.“<sup>59</sup> Der Begriff Regime hat jedoch im Laufe der Zeit eine negative Assoziation erfahren. Heute wird Regime als „abschätzig gebrauchte Bezeichnung vor allem für autoritäre oder totalitäre Herrschaftssysteme, z.B. die ehemalige DDR oder den zur Staatsmacht gewordenen Nationalsozialismus“<sup>60</sup> verwendet. Dies trifft weniger auf die wissenschaftliche Verwendung als vielmehr auf die Alltagssprache zu. Die negative Konnotation hat sich aber bereits bis in die mediale Berichterstattung durchgesetzt. Wird über die Diktaturen oder autoritären Regime informiert, so wird fast durchgehend von Regimen gesprochen. Eine Anwendung auf demokratische Herrschaftssysteme findet nicht statt.

---

<sup>56</sup> Vgl. ebd., S. 63.

<sup>57</sup> Ebd., S. 63.

<sup>58</sup> Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S. 603.

<sup>59</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 64.

<sup>60</sup> Ebd., S. 603.

Michael Mann versteht unter einem Regime „an alliance of dominant ideological, economic, and military power actors, coordinated by the rulers of the state.“<sup>61</sup> Für ihn stehen also zentraler Figuren mit einer Machtfülle im Vordergrund. Es fällt jedoch auf, dass nach Manns Definition diese Akteure und ihre Aktionen von den übergeordneten Herrschern des Staates kontrolliert werden. Eine eigene Autonomie spricht Mann ihnen nicht zu.

Demgegenüber definiert Peter Calvert das Regime als „the name usually given to a government or sequence of governments in which power remains essentially in the hands of the same social group.“<sup>62</sup> Vergleicht man die Definition von Mann und Calvert so fällt auf, dass beide sich auf Gruppen von Menschen fokussieren, die über Macht verfügen. Sie sind losgelöst von jeglichem institutionellen Gefüge. Eine Verbindung zwischen den Herrschenden und den Institutionen des Staates sehen beide Autoren nicht. Dies ist jedoch gefährlich, da es die Interdependenz zwischen Akteuren und Institutionen komplett außer Acht lässt. „The [...] problem is present in connection with processes of installation – the setting up of a new regime type, in which different actors advance alternatives to the rules formerly structuring the political game – since the definitional battle on the formal and/or informal institutional arrangement is meaningless if institutions have no significant consequences.“<sup>63</sup>

Robert Fishman definiert das Regime, wie bereits erwähnt, als „the formal and informal organization of the center of political power, and of its relations with the broader society.“<sup>64</sup> Fishmans Definition verweist auf einen entscheidenden Unterschied zur Regierung: Das Regime muss, im Gegensatz zur Regierung, nicht nur formale Organisationsformen umfassen, sondern bezieht sich auch auf die informalen Ausformungen. Die Regierung kann als ein Teil des Regimes angesehen werden. Das Regime umfasst jedoch mehr als nur die exekutive Gewalt, sondern bezieht sich mindestens auf noch auf die legislative und in der Regel auch auf die judikative Gewalt.

Auf der anderen Seite müssen jene, die eine zentrale Rolle im Staatsapparat spielen, nicht zwangsläufig dem Regime angehören<sup>65</sup>. So kann beispielsweise das Militär, das eine wichtige Position in jedem Staat innehat, in manchen autoritären Regimen nur eine marginale Rolle spielen. „Intellectuals, policy advisers, and journalists, as well as former government officials – including well-known former ministers – all may be part of the political community in an

---

<sup>61</sup> Mann, Michael: *The Source of Social Power*, Vol. II: *The Rise of Classes and Nation-states, 1760-1914*, Cambridge 1993, S. 18.

<sup>62</sup> Pempel, T.J.: *Regime Shift: Comparative Dynamics of the Japanese Political Economy*, Ithaca 1998, S. 224.

<sup>63</sup> Skaaning, Svend-Erik: *Political Regimes and Their Changes: A Conceptual Framework*, Working Papers, Number 55, Center on Democracy, Development, and The Rule of Law, Stanford 2006, S. 5.

<sup>64</sup> Fishman, Robert M.: *Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition to Democracy*, *World Politics*, Vol. 42, No. 3, Cambridge 1990, S. 428.

<sup>65</sup> Vgl. ebd., S. 429.

authoritarian regime even if they hold no state office or duty.“<sup>66</sup> Solche Akteure können für jedes Regime, egal ob demokratisch oder autoritär oder diktatorisch, von zentraler Bedeutung sein. Sie dienen der Schaffung von Legitimität, verkörpern einen moralischen Kompass oder dienen als Berater für politische Strategien. Politische Macht ergibt sich nicht immer aus offiziellen politischen Ämtern. Dies trifft sowohl auf demokratische als auch auf autokratische Regime zu.

„By contrast, many centrally important state actors – for example, the judiciary and the civil service as well as the military – play little or no role in regime politics [...]. But their capacity to disrupt the regime, should they choose to ignore their traditional marginalization from politics, is clear to all and could be decisive in crucial moments, especially during a transition or attempted transition.“<sup>67</sup> Die Zukunft eines Regimes wird jedoch auch von jenen bestimmt, die diesem nicht zwangsläufig angehören müssen. Jedes Regime ist auf einen funktionierenden Staatsapparat angewiesen. Selbst die untergeordneten Ämter, Behörden und Verwaltungsbüros sind für das Überleben des Regimes unerlässlich. Weigern sie sich, Anordnungen zu folgen, zögern Arbeiten hinaus oder sabotieren bewusst bestimmte Abläufe, so wird der politische Wirkungskreis des Regimes erheblich beschränkt. Dies kann im Zweifel soweit führen, dass nicht nur das Regime, sondern der gesamte Staat in seiner Funktionsweise bedroht ist.

Das Regime bestimmt, wer Zugang zur politischen Macht erhält<sup>68</sup>. Des Weiteren definiert es „die Machtbeziehungen zwischen den Herrschaftseliten und das Verhältnis der Herrschaftsträger zu den Herrschaftsunterworfenen.“<sup>69</sup> An diesem Punkt wird deutlich, dass es sich bei dem Regime um zwei Dimensionen der Machtbeziehungen handelt. Auf der einen Seite geht es um die Ausformung der Beziehungen zwischen den herrschenden Eliten des Regimes. Hierbei ergeben sich Fragen wie: Wer bestimmt über die Vergabe von politischen Positionen? Werden die Posten nach entsprechender Qualifikation besetzt? Besteht eine gegenseitige Kontrolle der Eliten? Inwieweit besteht für die Herrschaftseliten eine Entscheidungs- und Durchsetzungsautonomie? Diese Fragen befassen sich vorrangig mit informalen Ausprägungen der politischen Herrschaftsordnung. So kann beispielsweise eine Partei oder ein kleiner Personenkreis über die Vergabe von politischen Positionen wachen und entscheiden, ohne dass dies in der Verfassung festgehalten sein muss.

---

<sup>66</sup> Ebd., S. 429.

<sup>67</sup> Ebd., S. 429.

<sup>68</sup> Vgl. ebd., S. 428.

<sup>69</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 63-64.

Auf der anderen Seite steht das Verhältnis zwischen den Herrschenden und den Beherrschten. Diese Ebene umfasst sowohl formale, als auch informale Ausprägungen der politischen Herrschaftsordnung. Die zentrale Frage lautet: Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Herrschaftsträger und Herrschaftsunterworfenen? Gibt es Möglichkeiten für die Beherrschten auf die Herrschenden einzuwirken (z.B. freie Wahlen, aktive Zivilgesellschaft, unabhängige Gerichte, garantierte Grundrechte, etc.)? Wenn es formale Möglichkeiten für die Herrschaftsunterworfenen gibt, das Agieren der Herrschenden zu beeinflussen, so ergibt sich die Frage, ob diese auch eingehalten und garantiert werden. Anhand der Beziehung zwischen den Herrschenden und den Beherrschten lassen sich die unterschiedlichen Ausformungen von Regimen definieren<sup>70</sup>. „The distinction between democracy, totalitarianism, and authoritarianism thus deal with the question of regime type.”<sup>71</sup> Juan Linz und Alfred Stepan unterscheiden zwischen vier Regimetypen: Demokratie, Autoritarismus, Totalitarismus und Sultanismus<sup>72</sup>.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass das Regime die formale und informale Ordnung der politischen Macht umfasst. Merkel verweist darauf, dass die Machtbeziehungen innerhalb des Regimes und zu der Bevölkerung einen bestimmten Grad der Institutionalisierung aufweisen müssen<sup>73</sup>. Dies bedeutet, dass es stets Regeln und offiziellen Verfahrensabläufen bedarf, die von den Herrschenden eingehalten werden. Eine klare Normierung, d.h. das Institutionalisieren des Verhaltens der Herrschaftsträger, ist daher unumgänglich. Durch eine Institutionalisierung bekommt das Regime eine gewisse Dauerhaftigkeit<sup>74</sup>. Die Bevölkerung ist eher gewillt, eine bestimmte Herrschaftsordnung zu akzeptieren, wenn es die Abläufe innerhalb des Herrschaftsapparates kennt und nachvollziehen kann. Dies sollte jedoch nicht mit Partizipation am politischen Prozess gleichgesetzt werden. Selbstverständlich schafft auch die Beteiligung an Politik in Form von Wahlen oder Volksentscheiden Akzeptanz für die Herrschaftsordnung. Allerdings können auch autoritäre Regime eine Legitimierung ihrer Herrschaft erzeugen, indem sie beispielsweise darauf verweisen, dass entsprechende politische Entscheidungen durch die herrschende Partei oder den Präsidenten getroffen

---

<sup>70</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. und Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore 1986, S. 73.

<sup>71</sup> Fishman, Robert M.: Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition to Democracy, World Politics, Vol. 42, No. 3, Cambridge 1990, S. 428.

<sup>72</sup> Vgl. Linz, Juan J. und Stepan, Alfred C.: Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe, Baltimore 1996.

<sup>73</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 64.

<sup>74</sup> Vgl. ebd., S. 64.



wurden. Politische Partizipation ist nicht zwingend notwendig, um die Bevölkerung davon zu überzeugen, die geltende Herrschaftsordnung anzuerkennen.

Ändert sich entweder die Machtbeziehung innerhalb des Regimes oder die Beziehung zwischen Herrschenden und Beherrschten, führt dies „zur Destabilisierung des Regimes und [kann] den Auftakt zum Regimewechsel bedeuten.“<sup>75</sup> Eine Entwicklung in beide Richtungen ist denkbar. Demokratien können zu autoritären oder totalitären Regimen werden, wenn sie die politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung abschaffen und die Grund- und Freiheitsrechte bestimmter Bevölkerungsgruppen oder des gesamten Volkes einschränken. Auf der anderen Seite ist es auch möglich, dass sich autoritäre Regime ändern und eine demokratische Herrschaftsordnung etablieren. Dabei ist es nicht von Bedeutung, ob dieser Wandel aus dem Regime selbst heraus entstanden ist oder durch Proteste der Bevölkerung oder den Druck von fremden Staaten und Mächten erzeugt wurde. „Ein Wechsel ist vollzogen, wenn sich Herrschaftszugang, Herrschaftsstruktur, Herrschaftsanspruch und Herrschaftsweise grundlegend geändert haben.“<sup>76</sup> Es ist unerheblich, ob dieser Wechsel evolutionär oder abrupt erfolgte. Entscheidend ist, ob sich der neue Zugang, die Struktur, der Anspruch und Weise der Herrschaft fundamental vom früheren Zustand unterscheiden.

Regime verkörpern eine dauerhafte Form der politischen Organisation von Herrschaft<sup>77</sup>. Sie weisen eine längere Lebensdauer als Regierungen auf. Regierungen, unabhängig, ob in demokratischen oder autoritären Staaten, werden regelmäßig ausgetauscht. Sie (die Regierungen) üben Macht aus „by accepting the rules constituting an established regime and without changing the basic structure of the state.“<sup>78</sup> Allerdings haben Regime kürzer Bestand als Staaten. „A state may remain in place even when regimes come and go [...].“<sup>79</sup> Als Beispiele lassen sich hier Deutschland, Italien und Japan anführen. Diese Staaten wurden in den 1930er und 1940er Jahren von autoritären und diktatorischen Regimen beherrscht, aber nach der Beseitigung der jeweiligen Regime im Laufe des Zweiten Weltkrieges blieben sie als Nationalstaaten bestehen. Ebenso kann auf die ehemaligen Ostblock-Staaten Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien verwiesen werden. Während des Kalten Krieges wurden diese Länder von kommunistisch-autoritären Regimen beherrscht, die aber insbesondere 1989/1990 entmachtet und durch demokratische Regime ersetzt wurden. Obwohl sich die Regime änderten blieben die Staaten als solche bestehen. „Somewhat less frequently, and only for

---

<sup>75</sup> Ebd., S. 64.

<sup>76</sup> Ebd., S. 64.

<sup>77</sup> Vgl. ebd., S. 64.

<sup>78</sup> Skaaning, Svend-Erik: Political Regimes and Their Changes: A Conceptual Framework, Working Papers, Number 55, Center on Democracy, Development, and The Rule of Law, Stanford 2006, S. 16-17.

<sup>79</sup> Fishman, Robert M.: Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition to Democracy, World Politics, Vol. 42, No. 3, Cambridge 1990, S. 428.

rather brief periods of time, a regime may remain relatively cohesive and determined to remain in power even as the state on which it relies crumbles away and loses its ability to resolve to coerce, administer, and extract resources.“<sup>80</sup>

### **4.1.3. Staat**

Transformationsprozesse umfassen nicht nur das Regime, sondern in der Regel auch den Staat. Das Wort Staat leitet sich vom lateinischen Wort *status* ab. Es bedeutet Zustand, Verfassung, Verhältnis oder Beschaffenheit.<sup>81</sup> „Etymologisch lässt sich der Begriff, vom indogermanischen ‚sta‘ (stehen oder stellen) herleiten und weist auf Stabilität von Verhältnissen hin.“<sup>82</sup> Im Englischen umfasst das Wort *state* sowohl den Staat, als auch den Zustand. Mit dem Begriff des Staates soll auf eine Dauerhaftigkeit einer (politischen) Gemeinwesens hingewiesen werden. „Er taucht daher auch zunächst nicht als Bezeichnung für das Gemeinwesen auf, sondern als Bezeichnung für bereits relativ festgefügte Organisationseinheiten innerhalb der sich entwickelnden Territorialstaaten, etwa im Begriff des Hofstaates.“<sup>83</sup>

Der Staat kann somit als eine Herrschaftsstruktur angesehen werden, die einen langfristigen Charakter aufweist. Er verfügt über Zwangsmittel, sowohl legitime als auch illegitime, die er benutzt, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.<sup>84</sup> Die Politikwissenschaft definiert den Staat als „die öffentlich-politische Institutionen zur Regelung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten eines Gemeinwesens, insb. ihr innere Aufbau und ihre äußere Form, die Aufgaben und Kompetenzen der mit Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung und Rechtsprechung beauftragten Einrichtungen und die Rechtsstellung der Bürger.“<sup>85</sup> Der Staat kann somit als ein Verwaltungsapparat verstanden werden, in dem sich Menschen institutionell zusammenschließen, um ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen. Eng verbunden mit dem Staat ist nach Ulf-Manuel Schubert der Souveränitätsbegriff.<sup>86</sup> Abgeleitet vom französischen Wort *souveraineté*, bedeutet es Oberhoheit, höchste Gewalt und Unabhängigkeit.<sup>87</sup> Seit dem Westfälischen Frieden von 1648 ist das Prinzip der Souveränität ein zentrales Element im internationalen System. Bis zum heutigen Tag genießen die

---

<sup>80</sup> Ebd., S. 428-429.

<sup>81</sup> Vgl. Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S. 665.

<sup>82</sup> Richter, Clemens: Collapsed States: Perspektiven nach dem Wegfall von Staatlichkeit, Leipzig 2011, S. 50.

<sup>83</sup> Ebd., S. 51.

<sup>84</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 64.

<sup>85</sup> Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S. 665.

<sup>86</sup> Schubert, Ulf-Manuel: Staatszerfall als Problem des internationalen Systems, Marburg 2005, S. 24.

<sup>87</sup> Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S. 642.

Territorialherrschaften eine besondere rechtliche Stellung. Nach dem Dreißigjährigen Krieg etablierte sich der moderne, europäische Staat als Idealbild eines Staates.<sup>88</sup> Andreas Anter kommt daher zu der Schlussfolgerung, dass es sich bei dem Staat um ein „spezifisch abendländisches Produkt“<sup>89</sup> handelt. Bis heute hat sich die Staatsdefinition von Max Weber in der Politikwissenschaft weitestgehend etabliert: „Staat ist diejenige menschliche Gesellschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes das Monopol legitimer physischer Gewalt für sich beansprucht.“<sup>90</sup>

Zwar wurde auch Webers Definition von den Erfahrungen der europäischen Nationalstaaten beeinflusst, dennoch ist sie bis heute anerkannt und wurde nur in einigen Punkten weiterentwickelt. Nach Webers Meinung existiert ein Staat dort, wo sich Menschen zusammenschließen. Dieser Zusammenschluss zu einer Gesellschaft muss in einem Gebiet erfolgen, das sich geografisch abgrenzen lässt. Nur in dem eigenen Gebiet besitzt die menschliche Gesellschaft das Monopol zur Gewalt. Folglich kann der Staat verstanden werden als „territorialer Herrschaftsverband, in dem ein definiertes Staatsgebiet und ein auf diesem ansässiges Staatsvolk durch effektive Staatsgewalt verwaltet werden.“<sup>91</sup>

Auch Svend-Erik Skaaning sieht den Staat als „a rather permanent set of public administrative, enforcing, and judging organization claiming and generally, possessing a monopoly on the authority to make binding decisions for a specific territory.“<sup>92</sup> Skaanings Definition ist stark an die von Max Weber angelehnt und verweist ebenso auf den Dreiklang von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt.

Bei einem Regimewechsel ändert sich nicht die Grundstruktur des Staates. Die Organisationsform bleibt in der Regel bestehen. Was sich wandelt, ist die Definition, welche staatlichen Zwangsmittel im Rahmen der Staatsgewalt als legitim und illegitim angesehen werden.<sup>93</sup> Dies betrifft aber nicht den Staat, sondern die Regimeart. Die formale Struktur des Staates bleibt bei einer politischen Transformation weitestgehend verschont. „The state [...] is a (normally) more permanent structure of domination and coordination including a coercive

---

<sup>88</sup> Vgl. Mutschler, Alexander: Eine Frage der Herrschaft, Münster 2002, S. 58.

<sup>89</sup> Anter, Andreas: Im Schatten des Leviathan – Staatlichkeit als Ordnungsidee und Ordnungsinstrument, in: Bendel, Petra (Hrsg.): Demokratie und Staatlichkeit – Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps, Wiesbaden 2003, S. 35.

<sup>90</sup> Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1980, S. 822.

<sup>91</sup> Richter, Clemens: Collapsed States: Perspektiven nach dem Wegfall von Staatlichkeit, Leipzig 2011, S. 61.

<sup>92</sup> Skaaning, Svend-Erik: Political Regimes and Their Changes: A Conceptual Framework, Working Papers, Number 55, Center on Democracy, Development, and The Rule of Law, Stanford 2006, S. 16.

<sup>93</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 64.

apparatus and the means to administer a society and extract resources from it.“<sup>94</sup> Sowohl demokratische als auch autokratische Staaten sind von ihrer Struktur sehr ähnlich. Der organisatorische Aufbau des Staates unterscheidet zwischen Demokratien und Autokratien kaum. Selbst die Grundpfeiler des Staates, in Form von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt, ändern sich bei einem Regimewechsel nur selten.

Das Staatsvolk umfasst alle Menschen, die über die Staatsangehörigkeit nachweisen können, dass sie Mitglied des entsprechenden Staates sind. In der Regel wird die Staatsangehörigkeit durch die Geburt innerhalb des Staates, auf dem Staatsgebiet, erworben, oder wenn die Eltern bereits die entsprechende Staatsangehörigkeit besitzen. In Abgrenzung zum Staatsvolk steht die Bevölkerung, welche „die Gesamtheit der Personen, die in einem Staatsgebiet ihren Wohnsitz haben, unabhängig davon, ob sie Staatsangehörige sind“<sup>95</sup> umfasst. Der Unterschied zwischen der Bevölkerung eines Staates und seinem Staatsvolk lässt sich an den Rechten und Pflichten erkennen. So dürfen zum Beispiel nur Staatsangehörige, also das Staatsvolk, an Wahlen teilnehmen. Auf der anderen Seite sind jene, die nicht Angehörige des Staates sind, in dem sie leben, von manchen Steuern befreit. Bei einem Regimewechsel bleibt der Zustand des Staatsvolkes unverändert. Jene, die unter einem autokratischen Regime dem Staatsvolk angehörten, bleiben dies auch in einem demokratischen System und umgekehrt. Als Ausnahme lässt sich die Zeit des Nationalsozialismus anführen, wo zur Anfangszeit prominente Gegner der Nationalsozialisten, wie etwa Albert Einstein, Hannah Arendt, Bertold Brecht oder auch Kurt Tucholsky ausgebürgert wurden und somit nicht mehr Teil des Staatsvolkes waren.

Das Staatsgebiet umfasst den „Raum, auf den sich die Gebietshoheit erstreckt.“<sup>96</sup> Dies schließt sowohl den Erdboden, als auch die Bodenschätze, Gewässer, Küstengebiete und den Luftraum ein. Innerhalb seines Gebietes verfügt der Staat über das alleinige Monopol der Gewalt. Bei einer Änderung des Regimetyps bleibt das Staatsgebiet ebenfalls unverändert. Eine Ausnahmeerscheinung bildet hierbei erneut Deutschland, das nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Gebietsverluste hinnehmen musste. Ebenso kann auf die UdSSR verwiesen werden. 1990 und 1991 spalteten sich ehemaligen Sowjetrepubliken ab und wurden zu eigenständigen Staaten.

Die dritte Komponente, die für die Existenz eines Staates von Bedeutung ist, ist die Staatsgewalt. Als Staatsgewalt versteht man in der Politikwissenschaft „die ordnende

---

<sup>94</sup> Fishman, Robert M.: Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition to Democracy, World Politics, Vol. 42, No. 3, Cambridge 1990, S. 428.

<sup>95</sup> Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik, Stuttgart 2004, S. 684.

<sup>96</sup> Meyers Enzyklopädisches Lexikon in 25 Bänden, Bd. 22, Mannheim 1978, S. 387.

Steuerung der zwischenmenschlichen Verhältnisse auf dem Staatsgebiet, die innerstaatlich zu einem geregelten Zusammenleben und international zur Handlungsfähigkeit des Staatenverbandes führt.“<sup>97</sup> Staatsgewalt, definiert als die Macht zur Herrschaft, kann stets nur im eigenen Territorium und auf das eigene Volk wirken. Die Institutionen des Staates erzwingen von der Bevölkerung ein Verhalten, das den Regeln der jeweiligen Gesellschaft folgt. Wo es zu ungesetzlichen Handlungen kommt, hat der Staat die Möglichkeit, Sanktionen zu verhängen. Die Androhung und Anwendung von physischer Gewalt ist dabei das letzte Mittel, das dem Staat zur Verfügung steht.

Staatsgewalt geht jedoch über physische Zwangsmaßnahmen hinaus. Sie beinhaltet ebenso die „Ausübung sämtlicher hoheitlicher Aufgaben, von der Verkehrsregelung über Grenzsicherung und Finanzverwaltung bis hin zur Gesetzgebung.“<sup>98</sup> Die Legitimität der Staatsgewalt und die Art und Weise wie sie erlangt wurde ist für die qualitative Bewertung der Staatsgewalt nicht von Bedeutung. Freie und gleiche Wahlen, Vererbung von Titeln oder eine gewaltsame Machtergreifung spielen für die Beurteilung der Effektivität der Staatsgewalt keine Rolle. „Nach dem Grundsatz der Effektivität muss die Staatsgewalt Aussicht auf Dauer haben, regelmäßig befolgt und gegenüber den Normverletzern durchgesetzt werden.“<sup>99</sup> Dies bedeutet, dass die Vorgaben des Staates befolgt werden und die Staatsmacht somit über Autorität im eigenen Staatsgebiet und über das Staatsvolk verfügt. Dies trifft nicht nur auf demokratische Staaten zu, sondern auch auf autokratische. Effektivität besteht dort, wo die Gesetze eingehalten werden. Für die Beurteilung ist es unbedeutend ob die Einhaltung der Gesetze auf freiwilliger Basis oder aus Angst vor Repressionen erfolgt. Allerdings muss Effektivität nicht bedeuten, dass alle Gesetze durchgehend eingehalten werden und es zu keinerlei Regelverstößen kommt. Ein bestimmter Grad an unwirksamer Staatsgewalt gibt es sowohl in Autokratien als auch Demokratien. Je größer der Freiraum der einzelnen Bürger ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass Regelverstöße begangen werden. Demokratische Staaten tolerieren, bis zu einem gewissen Ausmaß, Verletzungen der Regeln. Ebenso lassen Diktaturen Vergehen gegen die herrschenden Normen zu, beispielsweise in Form von politischen Witzen und kritischen Äußerungen in privaten Bereich.<sup>100</sup> Der Unterschied zwischen demokratisch und diktatorisch regierten Ländern besteht in der Toleranzgrenze in

---

<sup>97</sup> Richter, Clemens: *Collapsed States: Perspektiven nach dem Wegfall von Staatlichkeit*, Leipzig 2011, S. 64.

<sup>98</sup> Mutschler, Alexander: *Eine Frage der Herrschaft*, Münster 2002, S. 48.

<sup>99</sup> Schröder, Hinrich: *Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit failed und failing states*, Baden-Baden 2007, S. 56.

<sup>100</sup> Vgl. Richter, Clemens: *Collapsed States: Perspektiven nach dem Wegfall von Staatlichkeit*, Leipzig 2011, S. 75.

Bezug auf Regelverstöße. Demokratien ahnden nicht jede Gesetzesübertretung und greifen, im Gegensatz zu autokratischen Staaten, nicht zu drastischen Sanktionsmitteln.

Der formale Rahmen des Staates, der durch Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt gebildet wird, ist sowohl in Demokratien als auch Autokratien und Diktaturen gleichermaßen vorhanden. Bei einem Regimewechsel bleiben die formalen Grundlagen des Staates unverändert. Daneben muss jeder Staat gewisse Aufgaben erfüllen. Diese lassen sich in drei Bereiche unterteilen: Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität. Jeder Staat entscheidet individuell, welche Aufgaben er vorrangig und in welcher Art und Weise erfüllen will.

Die Gewährleistung von Sicherheit ist eine der wichtigsten Funktionen des Staates. Sowohl in autokratischen als auch demokratischen Staaten verfügt die Staatsmacht über das Monopol zur Anwendung von physischer Gewalt. Dies geschieht in Form der Polizei. Autokratien zeichnen sich jedoch dadurch aus, dass die Polizei politisch agiert und es einen inneren Geheimdienst gibt, der gegen Oppositionelle vorgeht. Zur Garantie der äußeren Sicherheit stützen sich demokratische und autokratische Staaten gleichermaßen auf das Militär.

Die zweite Aufgabe betrifft die Wohlfahrt und umfasst die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen. In diesem Punkt weist jeder Staat eine individuelle Ausprägung auf. Ein qualitativ, objektiver Unterschied zwischen autokratischen und demokratischen Regimen lässt sich am Punkt der staatlichen Wohlfahrtsleistungen nur schwer festmachen. Jeder Staat entscheidet selbst, welche Güter er seinen Bürgern zur Verfügung stellt und wie diese verteilt werden. Den Versuch einer Unterscheidung zwischen den staatlichen Dienstleistungen unternimmt Bernhard Seidl. Er unterscheidet zwischen technischen und sozialen Dienstleistungen. „Auf der rein technischen Seite sind dies Transport und Verkehr, Post, Telekommunikation und die Versorgung mit Wasser und Energie.“<sup>101</sup> Seidl argumentiert, dass der formale Aufbau und die technische Durchführung dieser Dienstleistungen überregional gleich seien und dadurch Vergleichbarkeit schaffe. Eine Gegenüberstellung der technischen Dienstleistungen der unterschiedlichen Staaten ist zwar möglich, hieraus ergeben sich aber keine qualitativen Rückschlüsse auf die Regimeart. Ein autokratisches Regime kann sich, ebenso wie ein demokratisches Regime, dazu entschließen, die Wasser- und Energieversorgung zu modernisieren oder die Telekommunikationsanalgen auszubauen.

Die sozialen Dienstleistungen lassen sich noch schwerer miteinander vergleichen. Das System von Gesundheit und Bildung unterscheiden sich zwischen Staaten, insbesondere zwischen Demokratien, erheblich. Demokratische Staaten mit einem breiten Parteispektrum zeichnen

---

<sup>101</sup> Seidl, Bernhard: Failing states – Der Kollaps staatlicher Institutionen und sozialer Regelungssysteme, in: Straßner, Alexander (Hrsg.): Wenn Staaten scheitern – Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden 2007, S. 39.

sich dadurch aus, dass die Sozialpolitik nach einem Regierungswechsel in vielen Punkten geändert wird. Eine internationale Gegenüberstellung im Bereich der Sozial-, Gesundheits- oder Kulturpolitik ist faktisch ohne Aussage. Da sich bereits demokratische Staaten in diesen Bereichen erheblich unterscheiden, ist ein Vergleich mit Autokratien sinnlos.

Die dritte Funktion, die ein Staat zu erfüllen hat, betrifft die Legitimität, also die Rechtfertigung seiner Herrschaft. „Legitimität ist vorhanden, wenn es dem System gelingt, im Volke die Überzeugung zu schaffen und zu erhalten, dass die bestehenden politischen Institutionen für die bestehende Gesellschaft die bestmöglichen sind.“<sup>102</sup> Lipsets Definition lässt sich sowohl auf Demokratie, als auch auf Autokratien anwenden. Legitimität wird auf verschiedene Art und Weise erlangt. Dies kann beispielsweise dadurch erfolgen, dass der Staat seine Aufgaben im Bereich der Sicherheit und Wohlfahrt, im Sinne der Bürger, ausreichend erfüllt. Seidl bezeichnet diese Form der Rechtfertigung zur Herrschaft als „Outputlegitimität“<sup>103</sup>. Die Bürger eines Staates werden ihn solange als legitim ansehen, wie er in der Lage ist, seine Aufgaben auszuführen. Der positive Aspekt der Outputlegitimität besteht darin, dass sie sich sowohl auf Demokratie und Autokratien gleichermaßen anwenden lässt. Autokratische Regime verfügen ebenfalls über Legitimität. Bürger, die in einer Diktatur leben, können davon überzeugt werden, dass die bestehende politische Ordnung die bestmöglich für sie ist. Demgegenüber steht die von Ulrich Schneckener aufgeworfene „Input-Legitimität“<sup>104</sup>. Schneckeners Ansicht bezieht sich auf die Partizipation der Bürger im politischen System. Seiner Ansicht nach ist die Legitimität eines Staates größer, je mehr politische Freiheiten gewährleistet und die Teilnahme an politischen Prozessen ermöglicht wird. Die Input-Legitimität lässt sich jedoch nur auf demokratische Systeme anwenden. Staaten, die als Demokratien bezeichnet werden können, geben den Bürgern die Möglichkeit, über freie und gleiche Wahlen die Möglichkeit, die Politik zu beeinflussen. Ferner steht es den Menschen frei, Parteien zu gründen bzw. bestehenden beizutreten, Demonstrationen zu organisieren, oder selbst für ein politisches Amt und Mandat zu kandidieren. Diese Partizipationsrechte gibt es in autokratischen Staaten allerdings nicht. Das Fehlen der Input-Legitimität muss aber nicht bedeuten, dass der Staat über keinerlei Rechtmäßigkeit verfügt. Ein Basiskonsens, der als innergesellschaftlicher Kitt dient, kann auf unterschiedliche Weise erreicht werden. Eine in sich geschlossene Ideologie oder ein äußeres Feindbild können das Staatsvolk davon überzeugen, dass es keine bessere Alternative zum bestehenden System gibt.

---

<sup>102</sup> Lipset, Seymour: Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, S. 70.

<sup>103</sup> Seidl, Bernhard: Failing states – Der Kollaps staatlicher Institutionen und sozialer Regelungssysteme, in: Straßner, Alexander (Hrsg.): Wenn Staaten scheitern – Theorie und Empirie des Staatszerfalls. Wiesbaden 2007, S. 34.

<sup>104</sup> Schneckener, Ulrich: Fragile Staatlichkeit, Baden-Baden 2006, S. 22.

Sowohl Demokratien als auch Autokratien sind in der Lage, Legitimität und damit Zustimmung zur Herrschaft zu erzeugen.

„Legitimacy [...] is not static“<sup>105</sup>, sondern ein fortlaufender Prozess. Jeder Staat, unabhängig ob er demokratisch oder diktatorisch regiert wird, muss sich an verändernde Verhältnisse anpassen. Dies betrifft auch das Erlangen von Legitimität. Die Anerkennung der Herrschaft muss kontinuierlich errungen werden.

Bei einem Regimewechsel bleiben der formale Rahmen des Staates, das Staatsgebiet, das Staatsvolk und die Staatsgewalt, weiter erhalten. Die Aufgaben des Staates, in Form von Sicherheit, Wohlfahrt und Legitimität ändern sich nach einem Austausch des Regimes nicht grundlegend. „So finden sich nach einem Regimewechsel häufig das staatliche Verwaltungspersonal und mitunter auch die alten politischen Eliten der ‚zweiten Reihe‘ in ihren Funktionsbereichen wieder.“<sup>106</sup> Als gute Beispiele lassen sich Deutschland und Italien anführen. In diesen Ländern wurde nach 1945 weite Teile der Justiz und Verwaltung in ihren Positionen belassen. Der Grund dafür liegt in der jahrelangen Erfahrung des Verwaltungspersonals. Ein kompletter Austausch der Verwaltungsangestellten nach einem Regimewechsel ist personell nicht zu leisten. Des Weiteren hätte dies eine langfristige Einarbeitungsphase zur Folge, die sich negativ auf den Verwaltungsablauf des Staates auswirken würde.

#### **4.1.4. System**

Über dem Staat steht das politische System. Es umfasst Regierung, Regime und Staat in gleicher Weise. In der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung gewann der Systembegriff mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Osteuropa erheblich an Bedeutung.<sup>107</sup> Transformationsansätze, die sich auf eine systemtheoretische Betrachtung stützen, zeigen „den Zusammenhang zwischen funktionalen Erfordernissen sozioökonomischer Systeme und der Herausbildung sozialer und politischer Strukturen, die diese Anforderungen erfüllen.“<sup>108</sup> Die Betrachtung des Systems eröffnet die Möglichkeit, mehrere Ebene, abseits des Regimes und des Staates, zu analysieren. Ein System zeichnet sich durch vielfältige Interdependenzen aus. Gerade die Transformationsprozesse in Osteuropa belegen, dass der Wandlungsprozess nicht nur die politische Ebene betreffen muss, sondern

---

<sup>105</sup> Ghani, Ashraf: Fixing failed states, Oxford 2008, S. 117.

<sup>106</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 64.

<sup>107</sup> Vgl., ebd., S. 64.

<sup>108</sup> Merkel, Wolfgang, Brückner, Julian und Wagener, Hans-Jürgen: System, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 33.



sich auch auf Wirtschaftsstrukturen und die Mentalität der Gesellschaft beziehen kann. Das Gesamtsystem kann im Zuge des Systembegriffs in einzelne Teilsysteme untergliedert werden, wie etwa das politische, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle.

Den Kern des systemtheoretischen Denkens bildet das politische System. Es umfasst „die Gesamtheit der Strukturen (Institutionen) und Regeln (Verfahren), die politische und gesellschaftliche Akteure (Parteien, Verbände, Organisationen, Individuen) in regelgeleitete Interaktionen zueinander setzt, um die systemerhaltenden Funktionen zu erfüllen und in einem beständigen Kreislauf zu reproduzieren.“<sup>109</sup>

Darüber hinaus ist der Systembegriff eng mit der Frage von Legitimität und Stabilität der politischen Ordnung verbunden. Die Fehlfunktion einzelner Teilsysteme, etwa der Wirtschaft, zeigen auf, wie groß deren Einfluss auf das Fortbestehen des Gesamtsystems ist. Das politische System steht nicht isoliert für sich alleine. Die Umwelt des politischen Systems (andere Staaten, Wirtschaft, Gesellschaft etc.) zwingen das System, „fortwährend erhebliche Anpassungs-, Wandlungs- und Innovationsleistungen [zu] erbringen.“<sup>110</sup> Die Abbildung 1 verdeutlicht, wie das politische System auf Forderungen und Unterstützung angewiesen ist, um Entscheidungen zu produzieren.

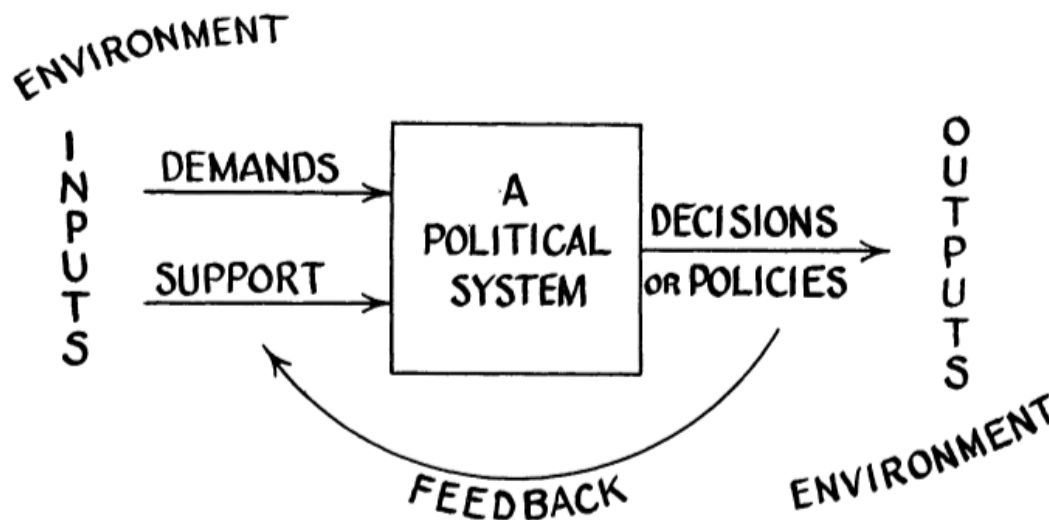


Abb. 1: Input-Output-Kreislauf des politischen Systems Quelle: Easton, David: World Politics, Vol. 9, No. 3. Cambridge 1957, S. 384.

Jedes Teilsystem der Umwelt stellt seine eigenen Forderungen an das politische System und unterstützt es auf verschiedene Art und Weise. So ist das Wirtschaftssystem in der Regel darauf aus, den Einfluss des Staates in seine Abläufe so gering wie möglich zu halten.

<sup>109</sup> Ebd., S. 33.

<sup>110</sup> Ebd., S. 34.

Entspricht der Staat oder die regierende Partei dem Wunsch, kann sie auf Unterstützung zum Beispiel in Form von Spenden hoffen.

Wie bereits erwähnt, ist der Systembegriff eng mit der Frage von Legitimität verbunden. Schafft es ein System nicht, genügend Legitimität zu erzeugen, gerät es in Bedrängnis. Fällt die Gesamtheit der Legitimität unter ein bestimmtes Maß, hat dies eine Instabilität des politischen Systems zur Folge, wodurch eine Transformation wahrscheinlicher wird. Dies trifft auf Demokratien und Diktaturen gleichermaßen zu. Transformationsprozesse sind keine Einbahnstraße. Demokratien können sich zu Diktaturen entwickeln, wie die Geschichte Deutschlands belegt. Allerdings wird in der Transformationsforschung vorrangig der Wechsel von Diktatur bzw. Autokratie zur Demokratie untersucht.

#### **4.2. Regimewandel, Regimewechsel, Transition, Transformation**

Der Übergang von einem Regimetyp zum anderen ist von Fall zu Fall verschieden. Der Regimewechsel ist ein individueller Vorgang. Zu unterscheiden ist zwischen dem Wandel und dem Wechsel eines Regimes. Abgrenzend davon stehen die Transition und die Transformation. Jeder einzelne Wandlungstyp unterscheidet sich vom anderen erheblich, sowohl im Hinblick auf den zeitlichen Horizont als auch auf die Auswirkungen auf das Gesamtsystem.

##### **4.2.1. Regimewandel**

Das Regime verkörpert, wie bereits erwähnt, „die Normen, Prinzipien und Verfahrensweisen der politischen Organisation des Staates, durch dessen Herrschaftsmonopol und Herrschaftsinstrumentarium Regierungen erst in die Lage versetzt werden zu regieren.“<sup>111</sup> Fangen die Strukturen und Funktionsweisen der Herrschaftsordnung an, sich grundlegend zu ändern, ist ein Regimewandel sehr wahrscheinlich. Der Prozess der Veränderung ist nicht abrupt, sondern evolutionär. Diese Entwicklung kann mehrere Monate und sogar Jahre umfassen. Ob am Ende des Prozesses ein neuer Regimetyp steht, ist offen. Ändern sich der Zugang, die Struktur, der Anspruch und die Art und Weise der Herrschaft grundlegend, kann von einem erfolgreichen Regimewandel gesprochen werden.<sup>112</sup> Die ausgehandelten Demokratisierungsprozesse in Spanien (1975-1978) oder auch Südkorea (1985-1987) sind Beispiele für einen langjährigen erfolgreichen Regimewandel. Ein neuer Regimetyp muss jedoch nicht zwingend das Ergebnis des Regimewandels sein. Werden im Zuge der Wandlung

---

<sup>111</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 64.

<sup>112</sup> Vgl. ebd., S. 65.

des Regimes innere und äußere Störelemente ausgeschaltet, kann es passieren, dass das alte Regime sich stabilisieren kann. Der begonnene Wandel des Regimes führt in diesen Fällen nicht zu einem Regimewechsel. Als Beispiel hierfür lässt sich der Prager Frühling von 1968 anführen.

#### **4.2.2. Regimewechsel**

Der Regimewandel lässt, ebenso wie der Systemwandel, die Frage offen, ob am Ende ein neues Regime oder ein neues System steht. Demgegenüber verweisen die Begriffe Regimewechsel und Systemwechsel eindeutig darauf, dass es sich um einen neuen Typus von System und Regime handelt. Hinweise auf eine mögliche Entwicklung zu einem neuen Regime können Wandlungstendenzen geben. Dabei ist es nicht von Bedeutung, ob diese evolutionär oder reforminduziert zustande gekommen sind. Der eindeutige und abgrenzbare Unterschied zwischen Regimewandel und Regimewechsel liegt im Zugang, der Struktur, dem Anspruch und der Art und Weise der Herrschaft. Ändern sich diese Kategorien fundamental, so muss von einem Regimewechsel gesprochen werden. Dabei sind Entwicklungen in zwei Richtungen möglich: demokratische Regime werden zu autokratischen Regimen oder autokratische Regime vollziehen einen Wechsel hin zu demokratischen Regimen. Gelingt dieser Wechsel nicht vollständig entstehen defekte Demokratien oder hybride Regime.<sup>113</sup> In diesem Fall handelt es sich um einen stagnierenden oder unvollständigen Regimewechsel. Die daraus entstehenden Regime lassen sich weder eindeutig als demokratisch noch autokratisch bezeichnen. Sie bilden Mischsysteme und sind besonders stark vom Staatszerfall bedroht.

#### **4.2.3. Transition**

Der Begriff der Transition tauchte in der politikwissenschaftlichen Literatur erstmals 1986 auf. Guillermo O'Donnell, Philippe Schmitter und Laurence Whitehead entwickelten ein gemeinsames Transformationskonzept, um die Demokratisierung in Südeuropa und Lateinamerika zu erklären.<sup>114</sup> Die Wissenschaftler definieren Transition als „the interval between one political regime and another.“<sup>115</sup> Transition umfasst den Übergang von einem Regimetyp oder einem Systemtyp zu einem anderen. Die weiteren Entwicklungen nach der Etablierung eines neuen Regimes spielen bei der Transition keine Rolle. „Transitions are delimited, on the one side, by the launching of the process of dissolution of an authoritarian

---

<sup>113</sup> Vgl. ebd., S. 66.

<sup>114</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe und Whitehead, Laurence: Transition from Authoritarian Rule – Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore 1986.

<sup>115</sup> Ebd., S. 6.

regime and, on the other, by the installation of some form of democracy, the return to some form of authoritarian rule, or the emerge of a revolutionary alternative.”<sup>116</sup> Die Transition befasst sich mit dem Prozess des Übergangs von einem Regimetyp zum anderen. Dies kann sowohl ein demokratisches Regime umfassen, das autokratisch wird, als auch ein autokratisches Regime, welches sich zu einem demokratischen wandelt. Es sei an dieser Stelle darauf verwiesen, dass ein Erfolg nicht automatisch garantiert ist. Welches politische System das Resultat des Transitionsprozesses ist, bleibt offen. Eine funktionierende Demokratie muss nicht in jedem Fall das Ergebnis der Transition sein. Die afrikanischen Beispiele zeigen, dass Transitionsprozesse ins Stocken geraten oder sogar im Sande verlaufen können. In diesem Zusammenhang entstanden Begriffe wie „blockierte Demokratie“<sup>117</sup> und die bis heute weit verbreitete Bezeichnung der „defekten Demokratie“<sup>118</sup>. Bei der Transition geht es „nur“ um den Wechsel zwischen zwei Regimetypen. Die formalen Definitionen für ein autokratisches bzw. demokratisches Regime stehen bei der Transition klar im Mittelpunkt. „The typical sign that the transition has begun comes when these authoritarian incumbents, for whatever reason, begin to modify their own rules in the direction of providing more secure guarantees for the rights of individuals and groups.”<sup>119</sup> Jegliche Entwicklungen die sich nach der Einrichtung eines neuen Regimes vollziehen, werden von der Transition nicht berücksichtigt. Ist eine Demokratie bzw. eine Autokratie formal etabliert, so ist der Transitionsprozess abgeschlossen. Aussagen über die Qualität des neuen Regimetyps, die Beständigkeit des neuen Systems oder die noch bevorstehenden Herausforderungen trifft die Transition nicht. In Abgrenzung dazu definieren O'Donnell, Schmitter und Whitehead die Begriffe „Liberalization“ und „Democratization“ für sich. Unter Liberalisierung verstehen die Autoren der Schaffung und Erweiterung von Rechten. „By liberalization we mean the process of making effective certain rights that protect both individuals and social groups from arbitrary or illegal acts committed by the state or third parties.”<sup>120</sup> Für die Individuen umfasst dies Rechte wie Bewegungsfreiheit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Schutz der Wohnung. Die Liberalisierung kann als ein Bestandteil der Transition angesehen werden, aber nur unter bestimmten Voraussetzungen. Zum einem umfasst die Liberalisierung autokratische Regime, die sich zu demokratischen Wandeln. In jenen Fällen, wo sich demokratische Staaten zu Autokratien entwickeln, müsste zwangsläufig von einer Deliberalisierung gesprochen werden.

<sup>116</sup> Ebd., S. 6.

<sup>117</sup> Schubert, Gunter und Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt, Opladen 1998.

<sup>118</sup> Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Eicher, Claudia und Thiery, Peter: Defekte Demokratie, Band 1: Theorie, Opladen 2003.

<sup>119</sup> O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe und Whitehead, Laurence: Transition from Authoritarian Rule – Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore 1986, S. 6.

<sup>120</sup> Ebd., S. 7.

Zum anderen muss die Liberalisierung, wenn sie als Teil der Transition verstanden werden soll, auf ihren tatsächlichen Charakter untersucht werden. So ist klar festzustellen, dass in autokratischen Staaten das Recht auf freie Meinungsäußerung, oder das Recht zu demonstrieren, faktisch nicht existieren. Demgegenüber sind diese zwei Rechte fundamentale Bestandteile der meisten Demokratien. Lässt ein autokratisches Regime im Zuge des Liberalisierungsprozess freie Meinungsäußerung und Demonstrationen zu, so ist dies auch ein klarer Teil der Transition. Allerdings muss die Frage geklärt werden, in welchem Rahmen dies passiert. So kann es durchaus möglich sein, dass in der autokratischen Verfassung bereits das Recht auf Demonstration und freie Meinungsäußerung verankert war, nur im täglichen Leben stets unterdrückt wurde. Im Zuge des Liberalisierungsprozess kann das autokratische Regime dazu übergehen, die in der Verfassung bereits garantierten Rechte zu achten. Eine weitere Möglichkeit besteht darin, dass es in der Verfassung kein explizites Recht auf freie Meinungsäußerung gibt, das autokratische Regime aber davon absieht, im Zuge des Liberalisierungsprozess und der Transition gegen solche Aktionen vorzugehen. Im besten Fall wird das Recht, zu demonstrieren und seine Meinung zu äußern, in der Verfassung verankert. An diesem Beispiel zeigt sich jedoch auch eine Zwickmühle auf. Die Transition schaut auf die formalen Aspekte von Autokratie und Demokratie. Es stellt sich die Frage, inwiefern O'Donnell und seine Kollegen einen Staat, in dem formal Meinungsfreiheit herrscht, diese aber im täglichen Leben verwehrt wird, als Autokratie oder Demokratie einstufen würden. Ein formaler Rahmen ist zwar unumgänglich, jedoch müssen die Rechte, die in der jeweiligen Verfassung verankert sind, auch tatsächlich garantiert werden. Ein demokratischer Staat, der die verfassungsmäßige Meinungsfreiheit seiner Bürger nicht aktiv umsetzt und sicherstellt, kann nicht als funktionierende Demokratie bezeichnet werden. Viele autokratische Staaten hatten oder haben in ihrer Verfassung das Recht auf freie Meinungsäußerung geschützt. Die Verfassung der DDR gestattete es ihren Bürgern, friedlich und frei zu demonstrieren. In Art. 9 Abs. 1 hieß es: „Alle Bürger haben das Recht, innerhalb der Schranken der für alle geltenden Gesetze ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern und sich zu diesem Zweck friedlich und unbewaffnet zu versammeln. Diese Freiheit wird durch kein Dienst- und Arbeitsverhältnis beschränkt; niemand darf benachteiligt werden, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.“<sup>121</sup> In der Realität wurden jedoch Demonstrationen verboten und wie an bekannten Beispielen vom 17. Juni 1953 gewaltsam niedergeschlagen. Auf der anderen Seite gelingt es auch Demokratien nicht durchgehend, sämtliche Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen. Verletzung von Grundrechten und die Einschränkungen von Freiheiten sind auch

---

<sup>121</sup> <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html#b1>

in Demokratien keine Seltenheit. Insbesondere die USA nahmen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eine Reihe von Grundrechtsbeschnidungen vor. Der Unterschied zwischen Demokratien und Autokratien besteht unter anderem auch darin, dass die Einschränkung von Freiheiten in Demokratien keinen systematischen Charakter hat.

Der Wirkungsgrad von Demokratien und von Autokratien kann sich nicht allein auf den formalen/verfassungsmäßigen Rahmen beschränken. Die tatsächliche Politik und wirkliche Garantie von Grundfreiheiten und Grundrechten muss analysiert werden, um zu entscheiden, ob es sich bei den jeweiligen Staaten um Autokratien oder Demokratien handelt.

Als weiteren Punkt zur Unterscheidung von Transition führen O'Donnell und seine Kollegen die Demokratisierung an. Die Autoren weisen darauf hin, dass es kein bestimmtes Set an Institutionen und Regeln gibt, die Demokratie unzweifelhaft beschreiben.<sup>122</sup> Demokratien bilden keinen homogenen Block, sondern unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Als kleinsten gemeinsamen Nenner unter Demokratien führen die Autoren „secret balloting, universal adult suffrage, regular elections, partisan competition, associational recognition and access, and executive accountability.“<sup>123</sup> Davon abgesehen haben die verschiedenen demokratischen Systeme über die Zeit eigene Besonderheiten entwickelt. So legen manchen Demokratien, wie beispielsweise die Schweiz, einen hohen Wert auf direktdemokratische Elemente. Demgegenüber sind die USA dafür bekannt, dass die Amtszeit des Präsidenten begrenzt ist, er nur zweimal gewählt werden kann. Selbst mit Blick auf das Kammerssystem ergeben sich erhebliche Unterschiede. Während die meisten Demokratien über ein Zweikammersystem verfügen, gibt es auch etablierte Demokratien, wie beispielsweise die skandinavischen Staaten, die mit nur einer Kammer als Parlament auskommen. „Democratization [...] refers to the process whereby the rules and procedures of citizenship are either applied to political institutions previously governed by other principles [...] or expanded to include persons not previously enjoying such rights and obligations [...] or extend to cover issues and institutions not previously subject to citizen participation [...]“<sup>124</sup> Es zeigt sich, dass Liberalisierung und Demokratisierung zwei unterschiedliche Prozesse sind, die sich auf verschiedenen Ebenen vollziehen. Gemein ist beiden, dass sie nicht unumkehrbar sind. Ein Staat, der dabei ist, sich zu liberalisieren und demokratisieren, kann diesen Prozess jederzeit verlangsamen, ihn zur Stagnation bringen oder Rückschritte machen. Die Transition umfasst somit vorrangig die Veränderungen von offensichtlichen Merkmalen von Regime-,

---

<sup>122</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe und Whitehead, Laurence: *Transition from Authoritarian Rule – Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore 1986, S. 8.

<sup>123</sup> Ebd., S. 8.

<sup>124</sup> Ebd., S. 8.

Staats- und Systemtypen. Sie (die Transition) beschreibt den formalen Wechsel von einem System A zu einem System B. Werden in einem System die formalen Kriterien (Gewaltenteilung, Mehrparteiensystem, regelmäßige Wahlen) für eine Demokratie eingeführt, gilt der Transitionsprozess als abgeschlossen. Somit lässt sich festhalten, dass die Transition einen festdefinierbaren Anfangs- und Endpunkt besitzt.

#### **4.2.4. Transformation**

Die Transformation kann als Oberbegriff verstanden werden. Sie umfasst „alle Formen, Zeitstrukturen und Aspekte des Systemwandels und Systemwechsel[s].“<sup>125</sup> Sandscheider verweist darauf, dass Transformation eine neue Bezeichnung für die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse ist.<sup>126</sup> Merkel versteht unter Transformation die Zusammenfassung von Regimewandel, Regimewechsel, Systemwandel, Systemwechsel und Transition.<sup>127</sup> „Unter Transformation wird [...] der substanzielle Wandel von Sozialsystemen verstanden.“<sup>128</sup> Es wird deutlich, dass Transformation einen grundlegenden Wandel umfasst. Dieser erstreckt sich über die politische Ebene hinaus und bezieht sich ebenso auf die soziale und ökonomische Ebene eines Staates. Im Gegensatz zur Transition umfasst die Transformation nicht nur den formalen Wechsel von einem System zum anderen, sondern konzentriert sich vielmehr auf politische, gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Veränderungen, die mit einem neuen System einhergehen. Bei der Transformationsforschung wird die Frage gestellt, ob die neuen Regeln gesellschaftlich akzeptiert, respektiert und eingehalten werden. So stellt sich beispielweise für das Parlament die Frage, inwiefern die neuen parlamentarischen Regeln bei allen Mitgliedern Zustimmung genießen. Andere Aspekte betreffen hierbei auch den reibungslosen Regierungswechsel, den Umgang mit Minderheiten und religiösen, sozialen und kulturellen Randgruppen und generell neue gesellschaftliche Spielregeln. Die Transformation bezieht sich somit auf einen langfristigen zeitlichen Horizont und besitzt keinen fest definierbaren Endpunkt.

---

<sup>125</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 66.

<sup>126</sup> Vgl. Sandscheider, Eberhard: Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, Opladen: Leske + Budrich 1995, S. 38.

<sup>127</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 66.

<sup>128</sup> Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen: Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Springer VS, Wiesbaden 2015, S. 14.

Płoszajski verweist darauf, dass die Transformation ein Prozess ist, der stark von Interaktion gekennzeichnet ist.<sup>129</sup> In diesem Prozess können kausale Mechanismen sowohl zur Ordnung führen, als auch in entgegengesetzter Richtung, Chaos erzeugen. Nach der Auffassung von Blok werden durch die Transformation vorrangig das Bewusstsein innerhalb der Gesellschaft, die Kultur und die soziale Struktur geändert. Erst in zweiter Instanz umfasst die Transformation auch die politische, wirtschaftliche und technologische Ebene.<sup>130</sup> Die Transformation verläuft dabei nicht in einem Vakuum, sondern wird durch andere Faktoren beeinflusst. Insbesondere die Globalisierung und die Weltkonjunktur können über den Erfolg oder Misserfolg eines Systemwechsels entscheiden. Befinden sich beispielsweise große Teile der Weltwirtschaft in der Rezession sind internationale Geldgeber weniger an Investitionen interessiert. Die sich in der Umwandlung befindende Wirtschaft des Transformationsstaates könnte massive Probleme haben, die erzeugten Produkte auf den Markt zu bringen. Eine starke Wirtschaftskrise über weite Teile des Transformationsprozesses würde die Unzufriedenheit in der Bevölkerung erhöhen und könnte zu Protesten führen, die die Wiederherstellung der früheren Ordnung verlangen.

#### **4.2.4.1. Wirtschaftliche Transformation**

Die Transformation lässt sich in eine ökonomische und eine gesellschaftliche einteilen.<sup>131</sup> Der russische Wirtschaftstheoretiker Bucharin verstand den Begriff im sozialökonomischen Sinn und beschrieb mit ihm die Umwandlung der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft.<sup>132</sup> Die Voraussetzung dafür bildet der komplette wirtschaftliche und politische Zusammenbruch der vorherigen Gesellschaft. Bucharin versteht die Transformation nicht als einen Prozess, der sich nur auf einen Bereich beschränkt. Im Gegenteil, er sieht die Transformation als eine Interdependenz unterschiedlicher Ebenen. „In den Gesellschafts- und insbesondere Wirtschaftswissenschaften wird von Transformation einer Wirtschaftsordnung oder eines Wirtschaftssystems dann gesprochen, wenn das bisherige System nicht in die gleiche oder eine andere Form übertragen, sondern wenn es total zerstört wird und dann etwas anderes entsteht, das mit dem alten nichts gemeinsam hat.“<sup>133</sup> Kloten definiert den

---

<sup>129</sup> Vgl. Płoszajski, Piotr: Polnische Reformen. Die schwere Kunst des Lernens und Vergessens, Lublin 1995, S. 64.

<sup>130</sup> Vgl. Blok, Zbigniew: Systemtransformation in Polen – Einige theoretische Reflexionen, WeltTrends – Zeitschrift für internationale Politik, Nr. 46, 13. Jahrgang, Potsdam 2005, S. 142.

<sup>131</sup> Vgl. Lee, Duck Ho: Die Umwandlung von sozialistischen zu kapitalistischen Gesellschaften in den postkommunistischen Ländern und die koreanische Einheit, Berlin 2002, S. 5.

<sup>132</sup> Vgl. Bucharin, Nikolai: Die Ökonomik der Transformationsperioden, Dietz-Verlag, Berlin 1990.

<sup>133</sup> Lee, Duck Ho: Die Umwandlung von sozialistischen zu kapitalistischen Gesellschaften in den postkommunistischen Ländern und die koreanische Einheit, Berlin 2002, S. 5.



ökonomischen Transformationsprozess als „durch politischen Gestaltungswillen und politisches Handeln ausgelöste[n] Prozess [...] der durch eine Substitution gegebener ordnungskonstituierender Merkmale durch andere einen ‚qualitativen‘ Sprung derart bewirkt, dass es zu einer Ablösung des alten Systems durch ein neues kommt.“<sup>134</sup> Nach Klotens Definition ist ein evolutionärer Prozess ausgeschlossen. Ebenso sind Änderungen einzelner Elemente, die einen reformierenden Charakter haben und nicht zu einer grundlegenden Änderungen des Systems führen, undenkbar. Schüller versteht Reformen als Korrektur von Ordnungssystemen innerhalb eines Wirtschaftstyps.<sup>135</sup> Demgegenüber beinhaltet die Transformation den Übergang von einem System zum anderen. Die Transformation des wirtschaftlichen Ordnungssystems umfasst jede Substitution von noch so kleinen ordnungskonstituierenden Merkmalen, durch welche ein neues Wirtschaftssystem des bisherige ablöst. Allerdings verweisen manche Forscher darauf, dass dieser Prozess erkennbar in Richtung Marktwirtschaft gehen sollte.<sup>136</sup>

Wilfried Fuhrmann versteht die ökonomische Transformation als einen „strukturbruchartige[n] Übergang von einem Wirtschaftssystem zu einem anderen, d.h. als der (schockartige oder graduelle) Wechsel aus einer zentralen Verwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft.“<sup>137</sup> Fuhrmann unterscheidet sich hierbei klar von Kloten, da er einen schrittweisen Wechsel des Wirtschaftssystems zulässt. Ebenso unterteilt er die Transformation der Ökonomie in drei Bereiche, den makroökonomischen, den mikroökonomischen und den institutionellen. Die makroökonomische Transformation konzentriert sich dabei auf den ordnungspolitischen Rahmen. Vordergründig geht es um die Errichtung einer Eigentumsordnung im privatwirtschaftlichen Sinn. Die Festlegung von nationalen Rechen- und Zahlungsmiteleinheiten muss dabei ebenso berücksichtigt werden, wie ein funktionierendes Wechselkurssystem und einer vertrauenswürdigen Bankenaufsicht.<sup>138</sup> Nicht zuletzt muss sich auch das Steuer- und Verwaltungssystem der neuen Wirtschaftsordnung anpassen. Nach Fuhrmanns Überzeugung haben die Förderung von Produktivität und Beschäftigung oberste Priorität.

Die mikroökonomische Transformation befasst sich demnach vor allem mit Direktinvestitionen und Unternehmensgründungen. Des Weiteren behandelt sie die Bildung

---

<sup>134</sup> Kloten, Norbert: Die Transformation von Wirtschaftsordnungen, Tübingen 1991, S. 8.

<sup>135</sup> Vgl. Schüller, Alfred: Problem des Übergangs von Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft, In: Schüller, Alfred: Zur Transformation von Wirtschaftssystemen: Von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft, Arbeitsbericht zum Systemvergleich, Nr. 15, Marburg 1990, S. 7.

<sup>136</sup> Vgl. Bohnet, A. und Ohly, C.: Zum gegenwärtigen Stand der Transformation – Eine Literaturstudie, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, Jg. 41, Heft 1, Köln 1991, S. 28.

<sup>137</sup> Fuhrmann, Wilfried: Verbraucherschutz im Transformationsprozess, Potsdam 2001, S. 1.

<sup>138</sup> Vgl., ebd., S. 1.

von Humankapital, Rechnungslegung und Bilanzierung, sowie das Risikomanagement. Das Ziel besteht darin, die herrschenden Knappheiten zu reduzieren und die Preise an den internationalen Standard anzupassen.

Bei der institutionellen Transformation geht es um die Bedeutung „von neuen Institutionen im Sinne von Normen, Regeln und Mechanismen.“<sup>139</sup> Fuhrmann verweist hier auf die Herausbildung von neuen Verhaltensweisen im Sinne der neu herrschenden Wirtschaftsordnung. Gleichzeitig wirft Fuhrmann das Problem auf, dass in der Transformationsforschung oftmals davon ausgegangen wird, dass sich mit einem neuen Wirtschaftssystem das Verhalten von Menschen automatisch ändert. Ein marktwirtschaftlich rationales Verhalten kann nicht über Nacht erlernt werden, sondern benötigt Zeit.<sup>140</sup> Alte Lebensmuster werden nur schrittweise geändert und nicht sofort durch die Möglichkeit des freien Güterverkehrs. Der Erfolg bzw. Misserfolg der wirtschaftlichen Transformation hängt im Wesentlichen von der Anpassungsfähigkeit der neuen Institutionen ab. Je länger dieser dauert, desto schwieriger wird eine Verhaltensänderung der Bürgerinnen und Bürger, die wiederum zu einer Kostensteigerung der Transformation führt und im schlimmsten Fall zu einem Scheitern des gesamten Umwandlungsprozesses führen kann.

Als ein Bindeglied zwischen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation führt Jakob Fruchtmann die Monetarisierung an.<sup>141</sup> In der Planwirtschaft der Ostblockstaaten hatte das Geld sowohl in seiner ökonomischen als auch in seiner sozialen Rolle nur eine geringe Bedeutung. Fruchtmann verweist richtigerweise darauf, dass im Transformationsprozess das Geld zu einem zentralen Faktor wird. „Durch die Abhängigkeit der Handlungsmöglichkeiten Aller von der Verfügbarkeit über Geld, wird Geld in einer freien monetären Wirtschaft zum neuen, alle Schichten und Bevölkerungsgruppen, und auch staatliche Akteure erfassenden Zweck nicht nur des ökonomischen Handelns.“<sup>142</sup> Die Handlungsmöglichkeit jeder Person hängt im Laufe der Transformation sehr stark von der Verfügbarkeit finanzieller Mittel ab. Der Verdienst von Geld wird somit zu der ersten Notwendigkeit für alle. Christoph Deutschmann geht noch einen Schritt weiter und vertritt die These, dass Geld einen fundamentalen Einfluss auf die Freiheit des einzelnen und seine Stellung in der Gesellschaft

---

<sup>139</sup> Ebd., S. 2.

<sup>140</sup> In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, dass die Vorstellung eines durchgehend rational agierenden Menschen im Sinne der Marktwirtschaft sowieso eine Wunschvorstellung ist. Der oft angeführte Homo Oeconomicus ist ein Idealbild, welches in der Realität so nicht anzutreffen ist.

<sup>141</sup> Vgl. Fruchtmann, Jakob: Transformation als Monetarisierungsprozess, Bremen 2015.

<sup>142</sup> Ebd., S. 1.

hat. „Money creates a vast variety of new social options for the individual, and of course also the reverse of the latter: debt.“<sup>143</sup>

Neben der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Transformationsprozessen, widmeten sich auch internationale Organisationen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfond (IWF) den bevorstehenden Herausforderungen. Basierend auf den Erfahrungen aus den Transformationsprozessen in Lateinamerika entwickelten die beiden Einrichtungen zu Beginn der 1990er Jahre eine Art Blaupause, um diese auf die osteuropäischen Staaten anzuwenden. Als Kernaussage bildeten sich drei Hauptpunkte heraus. Der erste umfasste die makroökonomische Stabilisierung. Hierbei sollte vor allem die starke Inflation bekämpft werden, sowie die Haushaltsdefizite. Beide Punkte, so waren sich Weltbank und IWF einig, müssten zügig angegangen werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu einer Marktwirtschaft zu unterstützen. Als zweiter Punkt sollte die Privatisierung angegangen werden. „Privatization creates a constituency for a market economy. Privatization should therefore proceed quickly even if it is flawed.“<sup>144</sup> Der letzte Aspekt umfasste die stabilen Währungskurse. Insbesondere der IWF als internationaler Geldgeber bestand darauf, dass die Länder die Geld von ihm erhielten, sich an die Vorgaben aus dem Washington Consensus hielten. In diesem Zusammenhang ging es somit vorrangig um die Geschwindigkeit und die Abfolge der Transformationsabschnitte. Eine zügige und umfassende Privatisierung staatlichen Eigentums wurde vom IWF und der Weltbank mehr unterstützt als ein bedächtiges Vorgehen in dieser Frage.

So sehr weite Teile der Literatur auch auf die Gleichzeitigkeit von Entwicklung zu Demokratie und freier Wirtschaft hinweisen, so lässt sich doch festhalten, dass es keinen kausalen Zusammenhang zwischen Demokratie und Marktwirtschaft gibt, der in beide Richtungen wirkt. Für die Demokratisierung einer Gesellschaft ist ein funktionierender Markt unumgänglich. Nur wenn die eigenen privatwirtschaftlichen Verhältnisse abgesichert sind, vor allem in finanzieller Hinsicht, sind die Menschen bereit, der Entwicklung ihres Landes hin zur Demokratie zu vertrauen oder sogar aktiv an ihr zu partizipieren. Umgekehrt ist aber eine Marktwirtschaft nicht zwingend auf die Existenz demokratischer Institutionen angewiesen. Lindblom verweist zu Recht darauf, dass in manchen Fällen eine Marktwirtschaft besser unter nicht demokratischen Regimen funktioniert, als unter demokratischen Staaten.<sup>145</sup>

---

<sup>143</sup> Deutschmann, Christoph: Capitalism as a Religion? An Unorthodox Analysis of Entrepreneurship, European Journal of Social Theory 4(4): 387-403, Tübingen 2001, S. 392.

<sup>144</sup> Gregory, Paul R.: Ten Years of Transformation, Frankfurter Institut für Transformationsstudien, Arbeitsberichte Nr. 12/99, Frankfurt (Oder) 1999, S. 4.

<sup>145</sup> Vgl. Lindblom, Charles Edward: Politics and Markets. The World's Political-Economic System, New York 1977, S. 5.

#### **4.2.4.2. Gesellschaftliche Transformation**

Gegenüber der wirtschaftlichen Transformation bezieht sich die gesellschaftliche Transformation auf die Abschaffung eines alten Regimes und die Etablierung eines neuen Regimes bzw. einer neuen politischen Ordnung. Dieser Prozess wird jedoch von O'Donnell und Schmitter als Transition bezeichnet.<sup>146</sup> Sie unterteilen die Transformation der Gesellschaft in zwei Phasen. Die erste Phase umfasst dabei den Wechsel des Regimes. Das alte Regime wird abgesetzt und durch ein neues ersetzt. Politische Institutionen, die der Machtausübung des neuen Regimes dienen, werden etabliert, sowie formale Rechte sichergestellt. Diese erste Phase der gesellschaftlichen Transformation wird meistens mit der Einsetzung einer neuen Verfassung abgeschlossen. Es lässt sich festhalten, dass hier die formalen Kriterien eines demokratischen bzw. autokratischen Regimes im Vordergrund stehen. In der zweiten Phase geht es um die soziale und ökonomische Ausgestaltung in der neuen Ordnung. Sie muss so gestaltet werden, dass die Bürger eine Verbesserung der Lebensqualität erfahren und dadurch eigene Ansprüche an die neuen Institutionen stellen. Vordergründig geht es hierbei um einen Konsens über die gemeinsamen Werte und Normen. Dieser Prozess ist sehr zeitintensiv und nicht immer klar von der ersten Phase abgrenzbar. Merkel und Lauth konzentrieren sich bei der gesellschaftlichen Transformation auf die Zivilgesellschaft und haben dabei drei Idealtypen entwickelt. In der Liberalisierungsphase entwickelt sich eine strategische Zivilgesellschaft, welche im Transitionsprozess zu einer konstruktiven Zivilgesellschaft wird und mit der Konsolidierung der neuen Staatsform zu einer reflexiven Zivilgesellschaft wird.<sup>147</sup> In autokratisch regierten Staaten fehlt es naturgemäß an (echten) Oppositionsparteien. Die Rolle der Regimeopposition fällt somit der Zivilgesellschaft zu. „Will die Zivilgesellschaft eine wirkungsvolle Opposition formieren, muss sie in der Lage sein, ihre internen Differenzen soweit zu kontrollieren, dass sie wirkungsvoll den Herrschaftsanspruch des alten autoritären Regimes herausfordern kann.“<sup>148</sup> Eine Dominanz von wenigen Akteuren ist für die Effizienz durchaus förderlich. Dies erleichtert es anderen Gruppen, sich anzuschließen und die Kräfte zu verbinden. Als Beispiel hierfür lässt sich die polnische Solidarność-Bewegung anführen. Ebenso ist eine zu frühe Konfrontation der Opposition mit der herrschenden Elite gefährlich. Um die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft nicht zu gefährden, ist ein nicht-demokratischer

---

<sup>146</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. und Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore 1986, S. 6.

<sup>147</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang und Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozess. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost, Politikwissenschaftliche Standpunkte, Bd. 3, Mainz 1997.

<sup>148</sup> Keane, John und Merkel, Wolfgang: Zivilgesellschaft, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Springer VS, Wiesbaden 2015, S. 450.

Binnenaufbau durchaus förderlich. Wo es keine Geschlossenheit und wirksame Reaktionsfähigkeit der Opposition gibt, ist die Durchsetzungskraft der Zivilgesellschaft faktisch nicht vorhanden. Ein gewisser Grad an Homogenität mit Blick auf die Zielsetzung (Überwindung der Autokratie und Etablierung der Demokratie) muss in dieser Phase vorausgesetzt werden.

Lösen sich die autokratischen Strukturen auf und der Transitionsprozess tritt ein, so erhält die Zivilgesellschaft einen konstruktiven Charakter. Die Übergangsphase ist gekennzeichnet von zahlreichen Handlungskorridoren, um die zukünftige Ausgestaltung des Staates zentral mitzubestimmen. Die Rolle der zivilgesellschaftlichen Akteure ändert sich dementsprechend. Stand zuvor noch der alleinige Kampf zur Abschaffung der Autokratie im Vordergrund, müssen nun demokratische Institutionen geschaffen werden. Das homogene Auftreten der Zivilgesellschaft zerbricht. In den Vordergrund treten Kommunikation, Zusammenarbeit, Diskussion und Kompromisse. Eine Differenzierung der politischen Zielsetzung wird erkennbar. Schritt für Schritt entstehen Einzelinteressen. Verschiedene Organisationen, die sich für spezifische Interessen einsetzen, formieren sich. Gilt es, den unterschiedlichen Akteuren auf friedlichem und konstruktivem Wege die Einzelinteressen zu artikulieren, ist die Anfangsphase des demokratischen Staates geglückt. Die Transition ist die Phase, in der Zivilgesellschaft im entscheidenden Maße die zukünftige Ausrichtung des Staates mitbestimmen kann.

Ist die Demokratie formal eingeführt, beginnt die Konsolidierungsphase. Die zivilgesellschaftliche Funktion ändert sich erneut. Die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur wird nun zu einer zentralen Aufgabe der Zivilgesellschaft. „Der Bedeutungsgewinn ziviler Tugenden und binnendemokratischer Ausprägung der Zivilgesellschaft soll so dazu beitragen, die deutlich zutage tretenden Partikularinteressen und unterschiedlichen Wertevorstellungen zivil und demokratieverträglich auch jenseits der staatlichen Sphäre zu gestalten.“<sup>149</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Zivilgesellschaft durchgehend darauf ausgerichtet sein muss, Kompromisse zu erzielen. Unterschiedliche Interessen, die gegensätzlich und vielleicht sogar unvereinbar mit einander sind, gehören ebenso zur Demokratie und müssen von ihr ausgehalten werden.

Das Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft ändert sich. Waren der Staat und seine Institutionen in der Autokratie vor allem ein Apparat der Unterdrückung, wird er in der Demokratie nun zu einem Garant für die rechtsstaatliche Ordnung. Folglich muss sich auch das Staatsverständnis der Zivilgesellschaft und seiner Akteure wandeln. Die Funktionen der

---

<sup>149</sup> Ebd., S. 452.

Zivilgesellschaft sind in der etablierten Demokratie andere als in der Autokratie oder der Transitionsphase. Jenseits der Funktion zukünftige Entscheidungsträger auszubilden, obliegt es der Zivilgesellschaft auch, die staatlichen Strukturen zu entlasten, vorrangig im sozialen Bereich. Die reflexive Zivilgesellschaft „versteht sich nicht als Alternative zur, sondern als komplementäre Ergänzung des demokratischen Staates.“<sup>150</sup> Somit werden die zivilgesellschaftlichen Akteure zu Impulsgebern, die demokratische Staaten von zentraler Bedeutung sind.

Der Wandel, den die Zivilgesellschaft durchläuft ist durchaus bemerkenswert. Fungiert sie in der Autokratie noch als homogene Masse, die vorwiegend die Etablierung demokratischer Verhältnisse zum Ziel hat, differenziert sie sich im Transitionsprozess. Partikularinteressen werden sichtbar, Aushandlungsprozesse entstehen und Kompromisse müssen gefunden werden. Die Ausgestaltung des zukünftigen demokratischen Staates wird zu einem gewissen Teil auch durch die zivilgesellschaftlichen Akteure mitbestimmt. Ist die Demokratie etabliert, obliegt es der Zivilgesellschaft, eine demokratische Kultur zu erschaffen, die ein langfristiges Bestehen des demokratischen Staates ermöglicht. Der zeitliche Horizont, in dem sich der Wandel der Zivilgesellschaft vollzieht, kann dabei sehr verschieden sein. So ist durchaus möglich, dass jene Akteure, die einst gegen die autokratischen Eliten kämpften, wenig später selbst über die Ausformung der Demokratie mitbestimmen und sich in den darauf folgenden Jahren in sozialen Organisationen betätigen oder sich für die Schaffung einer demokratischen Kultur einsetzen.

Während die Phasen der strategischen Zivilgesellschaft (während der autokratischen Herrschaft) und der konstruktiven Zivilgesellschaft (während des Transitionsprozesses) sich klar zeitlich einordnen lassen und irgendwann abgeschlossen sind, so ist die reflexive Zivilgesellschaft von fortlaufender Dauer. Eine lebendige und nachhaltige Demokratie ist auf eine aktive Zivilgesellschaft angewiesen. Allerdings darf es nicht das Ziel des demokratischen Staates sein, alle Interessen der Zivilgesellschaft gleichmäßig zu befriedigen oder stets einen Kompromiss zu erzielen. Wo dies gelingt, kann es für das Zusammenleben im Staat sehr hilfreich sein. Zur Demokratie gehört aber auch, dass die Mehrheit entscheidend und die Minderheit mit manchen Niederlagen leben muss. Auf der anderen Seite muss die Mehrheit auch akzeptieren, dass es ggf. Minderheitenschutz gibt und sie nicht willkürlich über die Köpfe der Minderheiten hinweg entscheiden können. Das demokratische Zusammenleben muss stets aufs Neue gelernt und geübt werden. Die Zivilgesellschaft ist dabei ein existentieller Bestandteil.

---

<sup>150</sup> Ebd., S. 452.

### **4.3. Transformationstheorien**

Bereits in den frühen Anfangsphasen der Transformationsforschung, in den 1950er und 1960er Jahren, war die Frage nach der entsprechenden Theorie eine entscheidende. Seymour Lipset war mit einer der ersten, der die Transformationsdebatte prägte. In seinem 1959 erschienenen Aufsatz verwies er auf die Verkettung zwischen dem Grad der wirtschaftlichen Entwicklung und der Beständigkeit der Demokratie. Lipset brachte dies in einer Formel zum Ausdruck: „Concretely, this means that the more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy.“<sup>151</sup> Für Lipset war klar, dass nur, wenn die Mehrheit der Gesellschaft über ein Mindestmaß an Wohlstand verfügt, Demokratie möglich ist. Wo jedoch umgekehrt die Masse arm ist und nur eine kleine Minderheit über großen Reichtum verfügt, entsteht entweder eine Oligarchie oder eine Tyrannei.<sup>152</sup>

Ein weiterer zentraler Vordenker der Transformationstheorie war der Soziologe Talcott Parsons. Er war daran interessiert, wie menschliches Verhalten beeinflusst wird. Parsons unterteilte viele Bereiche in Systeme, beispielsweise die Gesamtgesellschaft, Strukturen und Institutionen innerhalb der Gesellschaft oder auch kleine Subsysteme in Form von Familien und Individuen. Jedes System nach seiner Sicht in Interaktion mit den anderen. Jedes System hat bestimmte Bedürfnisse, die befriedigt werden müssen, um dessen Integrität und Fortdauer zu garantieren. „A social system consists in a plurality of individual actors interacting with each other in a situation which has at least a physical or environmental aspect, actors who are motivated in terms of a tendency to the ‘optimization of gratification’ and whose relation to their situations, including each other, is defined and mediated in terms of a system of culturally structured and shared symbols.“<sup>153</sup> Für Parsons besitzt jedes System gewisse Rollenbilder. Diese ergeben sich aus der Struktur des Systems und sind unabhängig von dem jeweils handelnden Individuum. So können beispielsweise Verwandtschaftsverhältnisse (Mutter, Vater, Schwester, Bruder, etc.) als ein Status betrachtet werden. Es gibt gewisse Regeln und Erwartungshaltungen die mit jedem Status einherkommen, unabhängig davon wie gut oder schlecht eine Person dafür geeignet ist, die Erwartung zu erfüllen. Ebenso ist die Gesellschaftsordnung darauf angewiesen, dass jeder einzelne seine Funktionen, die seine Rolle mit sich bringt, erfüllt. Dies ist notwendig, um die Gesamtordnung des Systems aufrechtzuerhalten. Insbesondere während der Kindheit, aber auch darüber hinaus, lernen die Individuen die herrschenden Normen und Werte kennen und welche Erwartungshaltungen an

---

<sup>151</sup> Lipset, Seymour: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, The American Political Science Review, Vol 53, No. 1, Berkeley 1959, S. 75.

<sup>152</sup> Vgl. ebd., S. 75.

<sup>153</sup> Parsons, Talcott: The Social System, New edition first published 1991, London 1991, S. 3.

entsprechende Stellungen in der Gesellschaft gestellt werden. In der modernen Gesellschaft besitzen die Menschen eine Fülle an Rollen und Funktionen. So kann eine Frau zum Beispiel innerhalb eines Tages die Rolle der Tochter, Mutter, Schwester, Ehefrau, Großmutter, Arbeitskollegin und Nachbarin ausfüllen. Jede dieser Rollen hat eigene Funktionen und verlangt ein jeweils spezifisches Handeln. Aus Parsons' Sicht ist dies jedoch ein positiver Aspekt eines Gesellschaftssystems. Wenn es jedoch zu viele Abweichungen gibt, so muss es soziale Kontrollmechanismen geben, um die Stabilität des Gesamtsystems zu gewährleisten. „The most important general conclusions are that without deliberate planning on anyone's part there have developed in our type of social system, and correspondingly in others, mechanisms which, within limits, are capable of forestalling and reversing the deep-lying tendencies for deviance to get into the vicious circle phase which puts it beyond the control of ordinary approval-disapproval and reward-punishment sanctions.“<sup>154</sup>

Ein weiteres Werk, das in diesem Zusammenhang für Aufsehen sorgt, ist das von Barrington Moore erschienene Buch „Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie“. Moore will die Frage klären, welches die Ursachen für Bauernrevolutionen sind. Des Weiteren interessiert ihn, welche Gesellschaftsstrukturen und historischen Ereignisse die Revolution von Bauern entweder fördern oder hemmen. Barrington Mooren verfasst eine neue These und widerspricht der Ansicht von Karl Marx, wonach die revolutionäre Kraft aus dem Proletariat komme. Die Bauernschaft ist für ihn mehr als ein Objekt der Geschichte, sondern eine wichtige Figur auf der geschichtlichen Entwicklung hin zur Moderne. Moore verharret mit seinem Blick jedoch nicht allein auf den Bauern, sondern er bezieht auch andere Klassen mit ein, insbesondere die Oberschicht und ihre Reaktion auf die Herausforderungen der wirtschaftlichen und politischen Modernisierung. Die in diesem Zusammenhang entstehenden sozialen Konflikte führen nach seiner Überzeugung zu einer Entwicklung hin zur Demokratie oder Diktatur. Daneben gibt es aus seiner Sicht auch Schlüsselkategorien, die ebenfalls für die Entwicklung der Herrschaftsstruktur von Bedeutung sind, etwa der Zeitpunkt der Industrialisierung, die Staatsstruktur, das Staatshandeln und die sozialen Klassen und ihre Machtverhältnisse untereinander und gegenüber dem Staat.<sup>155</sup> Eine alleinige Fokussierung auf gegenwärtige Erscheinungen, um Transformation zu erklären, reicht für ihn nicht aus. Die Handlungsspielräume eines jeden Akteurs werden nach seiner Meinung stark durch Ereignisse und Entscheidungen aus der Vergangenheit beeinflusst. Moore konzentriert sich in seinen Analysen vor allem auf die Macht des Staates gegenüber der Landaristokratie und

---

<sup>154</sup> Ebd., S. 216.

<sup>155</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Gibt es einen Königsweg in der Transformationsforschung?, In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, Opladen 1996, S. 312.



Bourgeoisie, die Macht der reaktionären Großgrundbesitzer, die relative Stärke der dominierenden Klassen in Stadt und Land und die sozialstrukturelle Veränderung der Bauernschaft.<sup>156</sup> Die Entwicklung einer Gesellschaft wird zentral durch die Ausprägung der einzelnen Machtkonstellationen bestimmt. Diese laufen nach seiner Überzeugung schließlich auf drei Varianten hinaus: Kommt es zu einer bürgerlichen Revolution, so ist sehr wahrscheinlich, dass diese zu der Etablierung einer parlamentarischen Demokratie im westlichen Sinne führen wird. Als Beispiele seien hier England, Frankreich und die USA genannt. Die zweite Möglichkeit umfasst eine konservative Revolution von oben. Hierbei zielt eine kleine herrschende Oberklasse darauf ab, eine Modernisierung im wirtschaftlichen und staatlich-bürokratischen Sinne durchzuführen, ohne die Sozialstruktur, die eine wichtige Grundlage für die eigene Vormachtstellung ist, zu verändern. Dies führt im Ergebnis zu einer faschistischen Diktatur, wie es sie beispielsweise in Japan oder Deutschland gab. Kommt es zu einer Bauernrevolution und somit der dritten Möglichkeit, so steht an deren Ende die Errichtung eines kommunistischen, totalitären Staates, mit den bekannten Beispielen Russland und China.<sup>157</sup>

Der vierte Vertreter, der die Transformationsdebatte der Anfangszeit prägt, ist Samuel Huntington. 1968 veröffentlicht er sein Buch mit dem Titel „Political Order in Changing Societies“. Darin beschäftigt er sich mit der Frage des Wandels von politischen System und politischen Institutionen. Aus Huntingtons Sicht sind politische Institutionen keine notwendige Voraussetzung, um wirtschaftliches Wachstum und Modernisierung herbeizuführen. „Economic development and political stability are two independent goals and progress toward one has no necessary connection with progress toward the other.“<sup>158</sup> Das wirtschaftliche Wachstum und die fortdauernde Modernisierung der Gesellschaft sind für ihn nicht an Institutionen geknüpft. Der Fortschritt zwingt sich der Bevölkerung und der Regierung auf, ohne auf die dafür eventuell notwendigen Voraussetzungen oder Institutionen zu warten. Dennoch sind staatliche Institutionen nach Huntingtons Meinung beim Wachstum ein entscheidendes Instrument. Modernisierung und Wachstum können seiner Ansicht nach dazu führen, dass Gesellschaften gespalten werden, wenn es keine starken Institutionen gibt, um diesen Prozess zu moderieren. Gute Institutionen sind nicht essentiell, um Wachstum anzuregen, allerdings kann ihre Abwesenheit dazu führen, dass bei fortschreitender Modernisierung, der Staat und die Gesellschaft gespalten werden und langanhaltende

---

<sup>156</sup> Vgl. Moore, Barrington: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie: Die Rolle von Grundbesitzern und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt, Frankfurt (am Main) 1987, S. 475ff.

<sup>157</sup> Vgl. ebd., S. 475.

<sup>158</sup> Huntington, Samuel P.: Political Order in Changing Societies, Seventh Printing, Yale University 1968, S. 6.

Konflikte auftreten.<sup>159</sup> Huntington konzentriert sich in seinen Untersuchungen auf Beispiele aus Lateinamerika und vergleicht sie mit Großbritannien, der Sowjetunion und den USA. Ihm fällt auf, dass es eine Lücke zwischen Lateinamerika und den anderen drei genannten Staaten der Nordhalbkugel gibt. Neben dem wirtschaftlichen Unterschied, der für ihn keine so große Rolle spielt, gibt es vor allem politische Differenzen. Die Regierungen in Lateinamerika sind seiner Meinung nach nicht in der Lage, zu regieren. Während es in den USA/GB/UdSSR ein Verständnis zwischen Regierung und Volk gibt, in Bezug auf das öffentliche Interesse und die Basis, auf der die politische Gesellschaft beruht, fehlt dieses weitgehend in den lateinamerikanischen Staaten.<sup>160</sup> Dies liegt seiner Meinung nach daran, dass es in den sogenannten Entwicklungsländern einen rapiden sozialen Wandel (z.B. Urbanisierung, steigende Alphabetisierung und Bildung, Industrialisierung, Aufstieg von Massenmedien) gab, gleichzeitig aber die Entwicklung der politischen Institutionen nur schleppend vorankam.<sup>161</sup> Folglich steigt durch die Modernisierung der Wille zur politischen Partizipation, noch bevor die Menschen überhaupt gelernt haben, wie sich organisieren und den politischen Prozess gestalten können. Dies führt dazu, dass es konkurrierende Vorstellungen gibt, diese aber nicht von staatlicher Seite moderiert werden und es zwangsläufig zur Instabilität kommt. Dieser Logik folgend kritisiert Huntington auch die moderne Entwicklungshilfe, die sich vorwiegend darauf konzentriert, wirtschaftliches Wachstum anzuregen, anstatt politische Stabilität zu schaffen. „The primary problem is not liberty but the creation of legitimate order. Men may, of course, have order without liberty, but they cannot have liberty without order.“<sup>162</sup> Insofern kann Huntingtons Ansicht als Gegenpol zu Lipsets gesehen werden. Während dieser eine gute wirtschaftliche Situation als Voraussetzung für Demokratien ansieht, spielt für Huntington die Festigkeit der politischen Institutionen eine zentrale Rolle, um die sozialen Spannungen, die mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Modernisierung einherkommen, abzufedern.

Alle hier vier genannten Autoren (Lipset, Parsons, Moore und Huntington) prägen in den 1950er und 1960er Jahren die Theoriebildung der Transformation entscheidend. Ihre Ansichten lassen sich dabei in den makrosoziologisch-funktionalistischen und den makrosoziologisch-strukturalistischen Konzepte der Transformationstheorie einteilen.<sup>163</sup> Auch in den 1970er Jahren ändert sich an den ausgearbeiteten Sichtweisen der genannten

---

<sup>159</sup> Vgl. ebd., S. 39-59.

<sup>160</sup> Vgl. ebd., S. 3.

<sup>161</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>162</sup> Ebd., S. 7-8.

<sup>163</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 67.

Autoren wenig. Mit den 1980er und 1990er Jahren gibt es einen Wandel in der Theoriedebatte. Mikropolitologisch-akteurstheoretische Konzepte finden Einzug in die Debatte und bestimmen diese zentral.<sup>164</sup> Schmitter<sup>165</sup>, O'Donnell<sup>166</sup> und Przeworski<sup>167</sup> sind dabei wichtige Vordenker. Mit dem Höhepunkt der Transformationsforschung im Laufe der 1990er Jahre bekommen die Akteurs-, Struktur- und Systemtheorien wieder ein gleichwertiges Gewicht in der Transformationstheorie. Vergleichende Untersuchungen prägen die Transformationsforschung, in denen die handlungstheoretischen, funktionalistischen, strukturalistischen und kulturalistischen Sichtweisen nahezu mit gleicher Wichtigkeit behandelt werden.<sup>168</sup> In diesem Zuge erfährt auch die deutsche Transformationsforschung eine Aufwertung. Veröffentlichungen von Klaus von Beyme<sup>169</sup>, Claus Offe<sup>170</sup> und Wolfgang Merkel<sup>171</sup> prägten die Debatte der deutschen Politikwissenschaft.

Die Transformationsforschung hat über Jahrzehnte hinweg immer wieder Veränderungen erfahren. Resultierend aus der Komplexität der Materie haben sich im Laufe der Zeit vier Haupttheoriestränge herausgebildet und bis heute behauptet: die Systemtheorie, die Strukturtheorie, die Kulturtheorie und die Akteurstheorie. Dabei können die Unterschiede zwischen den vier Ansätzen an manchen Stellen nicht größer sein. Allen ist jedoch gemein, dass sie versuchen zu erklären, worin die Ursachen, Erfolge und ggf. auch Misserfolge von demokratischen Systemwechseln liegen. Es sei vorweg gegriffen, dass keine Theorie die absolute Wahrheit aufdeckt und diesen auch nicht für sich in Anspruch nimmt. Im Folgenden soll nun genauer auf die vier verschiedenen Transformationstheorien eingegangen werden.

#### **4.3.1. Systemtheorien**

Wird die Transformation durch eine systemtheoretische Sichtweise analysiert, so erschließen sich vor allem Verbindungen von „funktionalen Erfordernissen sozioökonomischer Systeme und der Herausbildung von sozialen und politischen Strukturen, die diese Anforderungen

---

<sup>164</sup> Vgl. ebd., S. 67.

<sup>165</sup> Vgl. Schmitter, Philippe C.: The Consolidation of Political Democracies, Stanford 1994.

<sup>166</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. und Whitehead, Lurance (Hrsg.): Transition from Authoritarian Rule - Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Baltimore 1986.

<sup>167</sup> Vgl. Przeworski, Adam: Democracy and the Market – Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America, Cambridge 1991.

<sup>168</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 67.

<sup>169</sup> Vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt am Main 1994.

<sup>170</sup> Vgl. Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts, Frankfurt am Main 1994.

<sup>171</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang und Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie – Transformationen, Erfolgsbildungen, Entwicklungspfade, Opladen 1999.

erfüllen.“<sup>172</sup> Die systemtheoretische Betrachtungsweise besitzt zwei entscheidende Stärken. Auf der einen Seite zeigt sie die Fehlfunktionen des vorherigen Systems (in der Regel das autokratische) auf, die für den eintretenden Transformationsprozess von zentraler Bedeutung sind. Auf der anderen Seite kann mit ihrer Hilfe analysiert werden, wo das neue System (das demokratische) legitimatorischen und sozioökonomischen Handlungsbedarf aufweist.<sup>173</sup> Das systemtheoretische Untersuchen von Transformationsprozessen dreht sich dabei voranging um das politische System. Dieses umfasst „die Gesamtheit der Strukturen (Institutionen) und Regeln (Verfahren), die politische und gesellschaftliche Akteure (Parteien, Verbände, Organisationen, Individuen) in regelgeleitete Interaktionen zueinander setzt, um die systemerhaltenden Funktionen zu erfüllen und in einem beständigen Kreislauf zu reproduzieren.“<sup>174</sup> Wenn es gelingt, dass das System, die für sich notwendigen Funktionen verwirklicht werden und dies über einen beständigen Zeitraum, so ist das politische System in einer stabilen Verfassung. Ist dies jedoch nicht der Fall, dann verliert das System an Gleichgewicht und eine Transformation tritt ein. Autokratien können dann zu Demokratien werden und umgekehrt. Ebenso können Mischsysteme entstehen, welche das gesamte System soweit destabilisieren, dass der Staat als Ganzes scheitern kann.

Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks zum Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre rückte der Systembegriff der Transformationsforschung in den wissenschaftlichen Mittelpunkt. Bis zu diesem Zeitpunkt war die politikwissenschaftliche Transformationsforschung mit den Beispielen aus Lateinamerika und Südeuropa gut vertraut. In Griechenland, Spanien und Portugal umfasste der Transformationsprozess lediglich das politische Regime. Mit der einsetzenden Transformation in Osteuropa eröffneten sich nun auch neue Aspekte. Abseits der Frage der „Zugangsregeln zu politischen Machtpositionen, der internen Organisation politischer Herrschaft sowie dem Verhältnis der Herrschaftsträger zu den Herrschaftsunterworfenen [müssen] auch die wirtschaftlichen Strukturen und gesellschaftlichen Mentalitäten einem tiefgreifenden Wandel unterzogen werden.“<sup>175</sup> Die Komplexität dieses Vorganges lässt den Systembegriff mehr als angemessen erscheinen. Dies liegt einerseits daran, dass er weitergeht als die Begriffe des Regimes oder des Staates. Wie bereits erwähnt, bezieht sich der Regimebegriff vorwiegend auf den Herrschaftszugang und seine Form, während der Staatsbegriff sich auf Herrschaftsstruktur bezieht. Der Rückgriff auf

---

<sup>172</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 67.

<sup>173</sup> Vgl. ebd., S. 67.

<sup>174</sup> Merkel, Wolfgang; Brückner, Julian und Wagener, Hans-Jürgen: System, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 33.

<sup>175</sup> Ebd., S. 33.

die Bezeichnung System erlaubt es, die vielschichtigen Zusammenhänge und Abhängigkeiten zwischen den Bereichen der Politik, der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Kultur genauer zu erfassen. Daneben ist eine Benutzung auf singuläre Bereiche der Gesellschaft möglich. So kann beispielsweise das gesamte Wirtschaftssystem oder politische System genauer untersucht werden. Nicht zuletzt ist der Systembegriff mit der Frage der Legitimität und Stabilität eng verknüpft.<sup>176</sup> Durch die Verwendung des Begriffs des Systems können die Störfaktoren ausgemacht werden, die für die Störung des Gleichgewichts des Gesamtsystems verantwortlich sind.

Ein politisches System kann nur solange seine Stabilität bewahren, wie der innere Aufbau es den Akteuren zulässt, mit Hilfe der vorhandenen Strukturen die ständigen Herausforderungen zu bewältigen. Das Umfeld des Systems (andere Staaten, Wirtschaft) führen zu einem ständigen Wandel desselbigen. Das System muss in der Lage sein, auf diesen Wandel zu reagieren und sich anzupassen. Ist das politische System dazu in der Lage, ist die Stabilität gegeben.

Mit der systemtheoretischen Transformationsforschung soll die Frage geklärt werden, wie die Strukturen und Verfahrensweisen der demokratischen und autokratischen Systeme zu ihrer Stabilität beitragen.<sup>177</sup> Daneben soll mit ihrer Hilfe auch aufgezeigt werden, wie die Stabilität von Systemen beeinträchtigt wird und wie Systemwechsel erleichtert werden. Die Systemtheorie kann in drei Varianten unterteilt werden: Parsons' soziologische Systemtheorie, Luhmanns autopoietische Systemtheorie und die Modernisierungstheorie.

#### **4.3.1.1. Parsons' Systemtheorie**

Wie bereits erwähnt, kann Talcott Parsons als einer der zentralen Vordenker der frühen Transformationstheorie angesehen werden. Durch ihn wird das Theorem der funktionalen Differenzierung entworfen, mit dessen Hilfe erklärt wird, wie sich traditionale Gesellschaften zu modernen entwickeln. Der zentrale Punkt ist dabei nach Parsons' Überzeugung die funktionale Ausdifferenzierung von sozialen Teilsystemen: „Ausgehend von der industriellen Revolution setzte sich die Differenzierung von Ökonomie und politischer Herrschaft, politischem System und ziviler Gesellschaft sowie die Ablösung sozialer Normen von religiösen Begründungen in den westlichen Gesellschaften durch.“<sup>178</sup> Als Ergebnis dieses Prozesses entwickelt sich die Grundstruktur der modernen Gesellschaft. Der Weg dorthin

---

<sup>176</sup> Vgl. ebd., S. 34.

<sup>177</sup> Vgl. ebd., S. 34.

<sup>178</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 68.

führt nach Parsons' Ansicht über die Ausdifferenzierung vier zentraler Funktionssysteme: Wirtschaft (Anpassung), Politik (Zielerreichung), soziale Gemeinschaft (Integration) und Kultur (Erhaltung von Wertemustern). Konkret bedeutet dies folgendes: Jeder Bereich soll sich auf seine genuinen Aufgaben konzentrieren. Die Wirtschaft muss auf die (materiellen) Bedürfnisse der Menschen reagieren und sich dementsprechend anpassen. Demgegenüber muss die Politik Ziele definieren und versuchen, diese zu erreichen. Beispielsweise kann eine demokratisch gewählte Regierung das Ziel ausgeben, innerhalb einer Legislaturperiode die Armut zu halbieren und sich an dem Erfolg messen lassen. Die soziale Gemeinschaft muss sich darum kümmern, dass jedes Mitglied eine explizite Rolle zugewiesen bekommt und durchgehend ein Teil der Gesellschaft bleibt. Zuletzt muss die Kultur dafür Sorge tragen, dass die herrschenden Wertevorstellungen eingehalten und weitergegeben werden. Eine absolute Abschottung zwischen den Bereichen ist jedoch nicht wünschenswert. So muss die Politik durch entsprechende Gesetze die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft ermöglichen. Ebenso muss die soziale Gemeinschaft in der Lage sein, Erwartungen bzgl. Bestimmter Ziele an die politische Ebene zu richten. Auf der anderen Seite darf es kein zu starkes Übergewicht eines Bereichs geben. Wenn die Politik zu starke Kontrolle im Gebiet der Wirtschaft, der sozialen Gemeinschaft oder Kultur hat, so ist eine Ineffektivität sehr wahrscheinlich. Entsprechende Beispiele finden sich in den ehemaligen kommunistischen Diktaturen, wo die Politik alle Bereiche kontrollierte. Der Weg der Ausdifferenzierung der sozialen Teilsystem ist für Parsons unumgänglich, wenn traditionale Gesellschaften zu modernen werden wollen, er besitzt einen quasi universellen Charakter.

Jede Gesellschaft ist durch die Entwicklungen in dessen Umwelt herausgefordert, sich kontinuierlich zu wandeln und anzupassen. Um die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft an die Herausforderungen seiner Umwelt nicht zu verlieren, muss die Gesellschaft „evolutionäre Universalien“ herausbilden. Gelingt ihr dies, so ist sie in der Lage, ihre Anpassungsfähigkeit zu steigern und dadurch ihre Existenz langfristig zu sichern.<sup>179</sup> Wo dies allerdings nicht von Erfolg ist, führt die steigende Komplexität der Umwelt zu innergesellschaftlichen Konflikten und Krisen, welche den Fortbestand bedrohen können. Die wichtigsten Universalien für eine moderne Gesellschaft sind Bürokratie, Marktorganisation, universalistische Normen im Rechtssystem, demokratisches Assoziationsrecht und allgemeine freie Wahlen.<sup>180</sup> Sind diese evolutionären Universalien ganz oder größtenteils nicht vorhanden, so hat dies erhebliche Folgen für das politische System. Die komplexen Herausforderungen der Umwelt werden zur

---

<sup>179</sup> Vgl. Parsons, Talcott: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln 1971, S. 56.

<sup>180</sup> Vgl. ebd., S. 55ff.

Belastung für das politische System, da es sich nicht mehr anpassen kann. Folglich wird die Legitimität des Systems gemindert und es kommt zur Instabilität. Modernisierungen führen dazu, dass die Integration der Gesellschaft nicht länger durch die „autoritäre Oktroyierung sozialer Normen“<sup>181</sup> herbeigeführt werden kann. Das altbewährte Mittel des Zwangs, zur Annahme von Normen und Werten, verliert an Bedeutung. An seine Stelle tritt der moderne und demokratische Integrationsmodus. Dieser zeichnet sich dadurch aus, dass die Mitglieder der Gesellschaft die vorhandenen Werte reflektieren, anerkennen und sich selbst zu Eigen machen. Daraus lässt sich schließen, dass moderne und demokratische Gesellschaften ihre eigenen Werte, Normen und Verhaltensvorstellungen häufiger selbst reflektieren als traditionale und autokratische Gesellschaften. Wo eine Reflexion der eigenen Werte und Normen erfolgt, ist eine auf Konsens orientierte Lebensweise sehr wahrscheinlich.

Parsons definiert den Strukturwandel als Transformation der normativen Kultur. Um diesen Wandel eine Entwicklung zu einer modernen Gesellschaft zu ermöglichen, bedarf es Strukturen und Verfahren, die einen demokratischen Charakter aufweisen. Die wachsende funktionale Ausdifferenzierung der Gesellschaft führt zwangsläufig zur Notwendigkeit einer effektiven politischen Organisation. Neben der Kapazität der Verwaltung geht es hierbei vorrangig um die Unterstützung einer universalistischen Rechtsordnung.<sup>182</sup> „Nicht die allgemeine Legitimierung von Macht und Herrschaft ist die besondere Leistung demokratischer Institutionen, sondern die Vermittlung von Konsensus über die Ausübung von Macht und Herrschaft durch ganz bestimmte Personen und Gruppen und ganz bestimmte, bindende Entscheidungen. Keine Institution, die sich von den demokratischen Institutionen grundlegend unterscheidet, ist zu dieser Leistung in der Lage.“<sup>183</sup> Ein Grundproblem, welches sich aus dieser Sicht Parsons‘ ergibt, ist die universelle Stellung, die er den demokratischen Kerninstitutionen einräumt. Folgt man seiner Logik, so müssten jegliche Einschränkungen dieser Werte, egal ob religiös oder kulturell bedingt, als unmodern definieren und wären nicht zu akzeptieren.

Für die Stabilität des politischen Systems sind nach Parsons zwei Aspekte von essentieller Bedeutung: die funktionale Differenzierung der Gesellschaft, um den wachsenden Anforderungen der Umwelt zu genügen und die Legitimation der politischen Herrschaftsform

---

<sup>181</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 68.

<sup>182</sup> Vgl. Parsons, Talcott: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln 1971, S. 70.

<sup>183</sup> Ebd., S. 70.

durch die Gesellschaft.<sup>184</sup> In den Staaten des kommunistischen Ostblocks waren beide Aspekte nicht gegeben. Eine Legitimation der Herrschaft der kommunistischen Parteien nach demokratischem Verständnis gab es nicht. So fanden in DDR alle 4 bzw. 5 Jahre die Wahlen zur Volkskammer statt. Die Wahlbeteiligung lag durchgehend bei mindestens 98% und die Zustimmung zur Liste der Nationalen Front betrug stets 99%.<sup>185</sup> Es ist historisch unumstritten, dass die Ergebnisse der Volkskammerwahlen zwischen 1950 und 1986 nicht demokratisch zustande gekommen sind. Anstelle der Reflexion und Anerkennung von Werten griffen die Machthaber auf das vormoderne Mittel des Zwangs zurück und erklärten ihre Ideologie als die alleingültige. Ebenso erfolgte keine funktionale Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme. Die Politik war der bestimmende Teil. Wirtschaft, Kultur und soziale Gemeinschaft waren ihr unterworfen. Eine eigenständige Entwicklung dieser Teilsysteme hätte zu einer dezentralen Verlagerung der Informations- und Machtressourcen geführt.<sup>186</sup> Daraus resultierend wäre die politische Kontrolle den kommunistischen Machthabern schrittweise entglitten, was ihrem absoluten Herrschaftsanspruch fundamental entgegen stand. Mit wachsender totalitärer politischer Durchdringung der Gesellschaft durch die autokratischen Herrscher wird die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme stärker behindert.<sup>187</sup> Dies führt zwar einen gewissen Zeitraum dazu, dass die Herrschaftskontrolle geradezu perfekt ist, allerdings können kleinste Kontrollverluste dazu führen, dass eine weitreichende Destabilisierung eintritt, die das Ende des autokratischen Systems zur Folge hat. Es sei darauf verwiesen, dass es auch hier Ausnahmen gibt. So ermöglichte beispielsweise die kubanische Führung schrittweise die Nutzung von privaten Internetanschlüssen.<sup>188</sup> Gleichzeitig beharrt die Kommunistische Partei weiter auf ihrem Führungsanspruch. Generell lässt sich jedoch festhalten, dass bei einem z.T. auch nur marginalen Kontroll- und Herrschaftsverlust der autoritären Machthaber das gesamte System destabilisiert wird und zusammenbricht. Diese Verknüpfung wird nicht zuletzt in Luhmanns autopoietischer Systemtheorie klar belegt, auf die nun genauer eingegangen werden soll.

---

<sup>184</sup> Merkel, Wolfgang; Brückner, Julian und Wagener, Hans-Jürgen: System, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 35.

<sup>185</sup> Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, 4. Auflage, Oldenburg 2006, S. 32.

<sup>186</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang; Brückner, Julian und Wagener, Hans-Jürgen: System, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 35.

<sup>187</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 68-69.

<sup>188</sup> <http://www.tagesschau.de/ausland/kuba-internet-101.html>



#### **4.3.1.2. Luhmanns autopoietische Systemtheorie**

Die autopoietische Systemtheorie Luhmanns basiert zu großen Teilen auf Parsons' Theorem der funktionalen Differenzierung. Allerdings ist diese nach Luhmanns Überzeugung zu schwach konzipiert. Folglich ist sein eigene Systemtheorie sehr viel radikaler als jene von Parsons. Luhmann hält die Vorstellung, dass das politische System hierarchisch über den anderen gesellschaftlichen Teilsystemen steht, für nicht realistisch: „Vor allem muss man einsehen, dass Theorien der Hierarchie oder der Delegation oder der Dezentralisierung, die immer noch von einer Spitze oder einem Zentrum ausgehen, die heutigen Sachverhalte nicht adäquat erfassen können.“<sup>189</sup> Durch den Übergang von der stratifikatorischen, d.h. einer Ständegesellschaft, die nach hierarchischen Grundsätzen gegliedert ist, zur funktionalen differenzierten Gesellschaft ist eine politische Steuerungsinstanz, die den anderen gesellschaftlichen Teilsystemen übergeordnet ist, nicht mehr notwendig. Für Luhmann sind alle Teilsysteme gleichrangig und autonom. „Kein Funktionssystem kann für ein anderes einspringen; keines kann ein anderes ersetzen oder auch nur entlasten.“<sup>190</sup>

Luhmann orientiert sich an den Ausführungen Parsons' und betrachtet die Gesellschaft in nebeneinander angeordneten Subsystemen, z.B. Politik, Wirtschaft, Recht und Religion. Allerdings steht für Luhmann die Autonomie eben jener Subsysteme im Vordergrund. Keines, weder das wirtschaftliche, noch das politische oder ein anderes System, besitzt eine höhere Stellung bzw. ist einem anderen System übergeordnet. Dabei besitzt jedes Subsystem seine eigene Autonomie und reproduziert sich selbst. Darüber hinaus bildet jedes Gesellschaftssystem eigene Kommunikationscodes aus. Dieser ist binären Charakters. Unter Abb. 2 werden die Binärcodes für die einzelnen Subsysteme dargestellt.

<b>Sozialsystem</b>	<b>Code</b>
Wirtschaft	Zahlen / nicht zahlen
Politik	Regierung / Opposition
Recht	Recht / Unrecht
Wissenschaft	Wahr / falsch
Medizin	Krank / gesund

Abb. 2: Binärcode der sozialen Subsysteme, eigene Darstellung

<sup>189</sup> Luhmann, Niklas: Ökologische Kommunikation - Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen 1990, S. 202f.

<sup>190</sup> Ebd., S. 207.

Durch die aufgeführten Codes wird eine Kommunikation ermöglicht. Für Luhmann ist die Kommunikation das kleinste Element eines Teilsystems. Sie besteht aus einer „Synthese dreier Selektionen, nämlich von Information, Mitteilung und Verstehen.“<sup>191</sup> Die Einheit des jeweiligen Systems wird durch die Differenz des Codes gewährleistet. Hierbei werden immer beide Codeseiten gleichzeitig angesprochen.<sup>192</sup> Es ist wenig sinnvoll, von Recht zu sprechen, wenn es kein Unrecht gibt. Mit Hilfe der Codes sichern sich die Teilsysteme ihre Autonomie, gegen Übergriffe durch andere Codes, die effizienzmindernd wirken. Was nicht den systeminternen Code zugeordnet werden kann, wird in die Umwelt des Teilsystems eingeordnet.

Luhmanns binäre Codierung scheint zwar logisch, besitzt jedoch auch erhebliche Schwächen. Es reduziert die Wirklichkeit und seine Komplexität. Das System des Krankenhauses muss sich nicht nur auf die Codes gesund oder krank konzentrieren, sondern auch auf technische, juristische, betriebswirtschaftliche, chemische und weitere Fragen. Ebenso bietet Luhmanns Theorie keine Antwort, wie gesellschaftliche Teilsysteme mit Problemen umgehen, die von globalem Charakter sind und mehrere Bereiche betreffen. Luhmanns Logik folgend wäre Umweltverschmutzung das alleinige Problem der Ökologie.

Wie bereits erwähnt, sichern sich die Teilsysteme durch ihre spezifischen Codes ihre Autonomie. Eine komplette Abschottung ist jedoch nicht möglich. Luhmann hält es für nicht ausgeschlossen, dass das politische System beispielsweise in das Wirtschaftssystem eingreift. Wenn dies geschieht, so müssen diese Eingriffe jedoch „mit Entdifferenzierung, das heißt mit Verzicht auf die Vorteile der funktionalen Ausdifferenzierung bezahlt werden.“<sup>193</sup> Dabei spielt es keine Rolle, ob die Eingriffe politisch motiviert sind, wie in den kommunistischen Gesellschaften, oder religiös, wie beispielsweise im Iran. Je massiver und erzwungener der Eingriff des einen Subsystems auf das andere ist, desto gravierender sind die Folgen.

An dieser Stelle sei erneut auf die Schwachstellen von Luhmanns Logik verwiesen. Eine weitreichende Ausdifferenzierung der Teilsysteme kann zwar prinzipiell als wünschenswert angesehen werden, allerdings müssen auch hierbei negative Begleiterscheinung berücksichtigt werden. So kann beispielsweise eine zu große Autonomie des Wirtschaftssystems, das im Extremfall völlig losgelöst vom politischen System agiert, eigene Werte und Richtlinien entwickeln, die mit den restlichen Teilsystemen nicht kompatibel sind, ihnen vielleicht sogar

---

<sup>191</sup> Treibel, Annette: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart, 7., aktualisierte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 34.

<sup>192</sup> Vgl. Baraldi, Claudio; Corsi, Giancarlo und Esposito, Elena: GLU. Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme, 1. Auflage (Nachdruck), Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2006, S. 33ff.

<sup>193</sup> Luhmann, Niklas: Ökologische Kommunikation - Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen 1990, S. 207.

fundamental entgegenstehen. Dies hat sich nicht zuletzt mit der Finanzkrise von 2008 gezeigt, wo Hedgefonds und Banker über Jahre hinweg kaum Kontrollen und Richtlinien unterlagen und durch ihre Spekulationen weltweite Krisen auslösten. Eine zu starke Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme, weg von dem politischen, bietet eine Basis für religiösen Fundamentalismus und neoliberale Erscheinungen, an dessen Ende die totale Freiheit des Marktes steht. Ein gewisser Primat der Politik, nicht zuletzt in Demokratien, ist wünschenswert und notwendig, um die Freiheit und Sicherheit der Menschen zu garantieren und zu schützen.

Merkel bezieht Luhmanns Sichtweise auf die Transformationstheorie und kommt zu folgender Schlussfolgerung: „Je weiter politische Regime auf dem Kontinuum von idealer Demokratie und vollendetem Totalitarismus zum totalitären Pol tendieren, umso mehr legen sich politische Funktionsimperative über die teilsystemischen spezialisierten Codes, verhindern deren Übersetzung in Programme und hemmen damit die für die Effizienzsteigerung notwendige weitere funktionale Differenzierung gesellschaftlicher Teilsysteme wie dem Wirtschafts-, Rechts- und Wissenschaftssystem.“<sup>194</sup> Je länger sich die Politik auf die Bereiche aufoktroiert, insbesondere der Wirtschaft, desto größere Negativerscheinungen ergeben sich daraus. Insbesondere unter autokratischen Regimen wird das Wirtschaftssystem fast durchgehend vom politischen System beherrscht. Dies führt zu einer Effizienzminderung der Wirtschaft und sogar zu einem wirtschaftlichen Niedergang, der zwangsläufig auch zu einem Verlust der Legitimation der autoritären politischen Systeme führt. Der Code im Wirtschaftssystem garantiert „allein eine ökonomische Rationalität im Umgang mit knappen Gütern“<sup>195</sup>. Wird jedoch dieser Code, wie in den kommunistischen Gesellschaften, durch einen Code ersetzt, der allein der Herrschaftssicherung gilt, so ist ein Absteigen der Wirtschaft die logische Folge und führt automatisch zu einer politischen Krise. Detlef Pollack verdeutlicht dies am Beispiel der DDR. „Mit Hilfe der sozialistischen Ideologie wurde die gesamte Wirklichkeit über den dualen Code sozialistisch/nichtsozialistisch interpretiert und damit ein der Geschlossenheit des gesellschaftlichen Systems genau entsprechendes geschlossenes Weltbild geschaffen, das die Vielfalt der Wirklichkeit auf die codierte Alternativität reduzierte und alles, was nicht sozialistisch war, als antisozialistisch entwertete.“<sup>196</sup> Diese Denkweise findet sich nicht nur in

---

<sup>194</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 69.

<sup>195</sup> Ebd., S. 69.

<sup>196</sup> Pollack, Detlef: Das Ende einer Organisationsgesellschaft – Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, Zeitschrift für Soziologie, Jg. 19, Heft 4, Stuttgart 1990, S. 296.

der DDR, sondern in allen Staaten des ehemaligen Ostblocks. Der politische Code des sozialistisch/nichtsozialistisch beschränkte sich nicht nur auf die Politik, sondern griff auch über auf Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur, kurzum: auf nahezu jeden Bereich der gesellschaftlichen Teilsysteme. Die kommunistische Führung war der Überzeugung, dass sie die Selektionsleistungen der Subsysteme politisch, von oben her organisieren könne. „Mit der künstlichen und gewaltsamen Installierung des Staates als allzuständige Spitze der Gesellschaft wurden deren Teilsysteme zu eng an die Politik gekoppelt.“<sup>197</sup> Der häufig genannte Effizienzverlust trat zwangsläufig ein und führte zu Krisen in den Teilsystemen. Nicht zuletzt die wirtschaftlichen Probleme wirkten sich negativ auf das politische System aus. Die ausbleibende materielle Versorgung konnte den Verlust an Freiheitsrechten nicht mehr ausreichend kompensieren, was wiederum dazu führte, dass die Anpassungsbereitschaft der Bevölkerung weiter zurückging. „Das System wurde also durch dieselben Widersprüche geschwächt, deren Institutionalisierung es jahrzehntelang stabilisierte. Insofern führte gerade die Stabilisierung des in sich geschlossenen Systems zu seiner Destabilisierung, zu einer Art innerer Aushöhlung.“<sup>198</sup>

Die Überlegungen der Systemtheorien lassen sich folgender Maßen zusammenfassen: „Wird die funktionale Differenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme blockiert und verhindert, führt dies längerfristig zu Effizienz- und Legitimationskrisen, die die Stabilität solcher Systeme untergraben. Wird die funktionale Differenzierung jedoch von den autokratischen Herrschaftseliten zugelassen oder gar gefördert, ergeben sich daraus ebenso systemdestabilisierende Entwicklungen.“<sup>199</sup> So oder so ist eine Destabilisierung des autokratischen Systems zu erwarten. Entweder, da sie eine funktionale Differenzierung der Subsysteme verhindert oder zulässt. Dies trifft zwar auf die Mehrheit der ehemals kommunistischen Staaten Osteuropas zu, allerdings gibt es auch Ausnahmen. So wird Nordkorea weiterhin autokratisch reagiert und die kommunistische Partei, mit ihrem Familienclan an der Spitze, kontrolliert alle Bereiche der Gesellschaft. Auf der anderen Seite zeigen Kuba und Vietnam Anpassungen im Bereich der Wirtschaft. Insbesondere die vietnamesische Wirtschaft vollzieht seit längerem einen Wandel hin zur sozialen Marktwirtschaft, ohne dass der Führungsanspruch der regierenden Kommunisten angefasst wird. Die Auffassungen der Systemtheoretiker, wonach sowohl eine nur unzureichende

---

<sup>197</sup> Merkel, Wolfgang; Brückner, Julian und Wagoner, Hans-Jürgen: System, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagoner, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 40.

<sup>198</sup> Pollack, Detlef: Das Ende einer Organisationsgesellschaft – Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR, Zeitschrift für Soziologie, Jg. 19, Heft 4, Stuttgart 1990, S. 296.

<sup>199</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 70.

Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Teilsysteme genauso destabilisierend für Autokratien wirkt, wie eine zu rasche Differenzierung, wird in dem Konzept der Modernisierungstheorie aufgegriffen und genauer ausgearbeitet.

#### **4.3.1.3. Modernisierungstheorien**

Die Modernisierungstheorie ist in der Transformationsforschung eines der wichtigsten, gleichzeitig auch eines der umstrittensten Instrumente. Bereits in der Aufklärungsepoche des 18. Jahrhunderts können die Anfänge der Modernisierungstheorie gefunden werden. Die Klassiker der Sozialwissenschaften des 19. und 20. Jahrhunderts (Karl Marx, Max Weber, Émile Durkheim) müssen in diesem Zusammenhang auch Berücksichtigung finden. Die klassischen Modernisierungstheorien entstehen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, zu deren Hauptvertretern Seymour Martin Lipset, Talcott Parsons, David Lerner und Reinhard Bendix gehören, um hier nur einige zu nennen. Mit dem Ende der 1960er und dem Beginn der 1970er Jahre verloren die Modernisierungstheorien an Bedeutung und wurden durch die Akteurstheorie verdrängt, auf die später noch eingegangen wird. Erst mit den Umbrüchen in Osteuropa 1989/1990 und der mit ihr einhergehenden Demokratisierung lebten die Modernisierungstheorien wieder auf.<sup>200</sup> Die kritische Auseinandersetzung und teilweise Revision dieser Theorien dauert bis heute an.

Basierend auf Talcott Parsons' Ausführungen entwickelt Seymour Martin Lipset die modernisierungstheoretische Transformationsforschung. In seinem Aufsatz<sup>201</sup> von 1959 zeigt Lipset einen kausalen Zusammenhang zwischen der sozioökonomischen Entwicklung bzw. Grad der Modernisierung eines Landes und seinem demokratischen Fortschritt auf. Um dies zu verdeutlichen, nimmt Lipset die Länder Europas, Nordamerikas und Lateinamerikas. Er teilt sie in vier Kategorien ein: 1) stabile Demokratien, 2) instabile Demokratien und Diktaturen, 3) Demokratien und instabile Diktaturen und 4) stabile Diktaturen.<sup>202</sup> Die entstandenen Gruppen werden an Hand von sozioökonomischen Indikatoren verglichen. Hierzu nimmt Lipset das Einkommen pro Kopf, die Verbreitung von Kommunikationsmitteln (Telefon, Radio, Zeitung), Grad der Industrialisierung (Prozent der in der Landwirtschaft tätigen Männer, Energieverbrauch), Bildungsgrad und Urbanisierung.<sup>203</sup> Das Ergebnis ist, dass der sozioökonomische Entwicklungsstand von demokratisch regierten Staaten

---

<sup>200</sup> Einen guten Überblick über die Forschungslage der Modernisierungstheorie bietet: Muno, Wolfgang: Demokratie und Entwicklung: Eine Analyse neuer Studien, in: Nord-Süd aktuell 2001, XV(1), 2001, S. 105-118.

<sup>201</sup> Vgl. Lipset, Seymore: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy, The American Political Science Review, Vol 53, No. 1, Berkeley 1959.

<sup>202</sup> Vgl. Lipset, Martin Seymour: Political Man – The Social Bases of Politics, Garden City, New York 1960, S. 49.

<sup>203</sup> Vgl. ebd., S. 51-54.

fortgeschrittener ist als der von Autokratien. Dies führt Lipset zur folgenden Schlussfolgerung: „Perhaps the most common generalization linking political systems to other aspects of society has been that democracy is related to the state of economic development. The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy. From Aristotle down to the present, men have argued that only in a wealthy society in which relatively few citizens lived at a level of real poverty could there be a situation in which the mass of the population intelligently participate in politics and develop the self-restraint necessary to avoid succumbing to the appeals of irresponsible demagogues.”<sup>204</sup> Der Erfolg der Demokratisierung eines Landes hängt entscheidend mit seiner wirtschaftlichen Entwicklung und der Überwindung von Not und Armut zusammen. Je höher der Stand der sozioökonomischen Entwicklung ist, desto wahrscheinlicher ist, dass eine Gesellschaft demokratisiert werden kann. „Diese Korrelation wurde in Folge der klassischen Formulierung immer wieder an dem aggregierten ökonomischen Indikatoren des Bruttoinlandsprodukts (BIP) per capita und der Anzahl minimalistisch definierter Demokratien statistisch überprüft und hat sich nun über mehr als vier Jahrzehnte als außerordentlich robust erwiesen.“<sup>205</sup> Andere Soziologen und Politikwissenschaftler, wie Welzel<sup>206</sup>, Moore<sup>207</sup>, Vanhanen<sup>208</sup>, Dahl<sup>209</sup> und Cutright<sup>210</sup> haben zusammen mit vielen unterschiedlichen Forschern Lipsets Erkenntnisse belegt. Unzählige Statistiken haben die Korrelation zwischen Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung wiederholt nachgewiesen. „Die zahlreichen Studien zeigen deutlich, dass das wirtschaftliche Entwicklungsniveau (gemessen am BIP/capita) als die wichtigste einzelne Variable zur Erklärung des Demokratisierungsgrades eines Landes oder der Demokratie-Diktatur-Differenz auf globaler Ebene angesehen werden muss.“<sup>211</sup> Ein guter wirtschaftlicher Entwicklungsgrad dient quasi als Schutzmechanismus vor Autokratien. Als eine Ausnahme muss hier Deutschland im Jahr 1933 angesehen werden. Mit einer starken

---

<sup>204</sup> Ebd., S. 48-50.

<sup>205</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 70-71.

<sup>206</sup> Vgl. Welzel, Christian: Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen, 2. Auflage, Opladen 1996, S. 47-79.

<sup>207</sup> Vgl. Moore, Mick: Democracy and Development in Cross-National Perspective: A New Look at the Statistics, Democratization (Vol. 2) Issue 2, 1995, S. 1-19.

<sup>208</sup> Vgl. Vanhanen, Tatu: The Level of Democratization Related to Socioeconomic Variables in 147 States, 1980-1985, Scandinavian Political Studies (Vol. 12) Issue 2, 1989, S. 95-127.

<sup>209</sup> Vgl. Dahl, Robert A.: Polyarchy - Participation and Opposition, New Haven/London 1971.

<sup>210</sup> Cutright, Philips: National Political Development – Its Measurement and Social Correlates, in: Polsby, Nelson W.; Dentler, Robert A. und Smith, Pauls A. (Hrsg.): Politics and Social Life, Boston 1963, S. 569-581.

<sup>211</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 71.

Wirtschaft ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass das entsprechende Land ein demokratisches politisches System hat.

Aus Lipsets Sicht<sup>212</sup> verbergen sich hinter dem Indikator BIP/capita folgende soziale Sachverhalte:

- ein hohes sozioökonomisches Entwicklungsniveau, messbar an der Urbanisierung, dem allgemeinen Bildungsniveau und der Verbreitung von Informations- und Kommunikationsmitteln;
- eine Klassenstruktur, die es vielen Leuten ermöglicht, sozial aufzusteigen;
- eine starke Mittelschicht und eine Unterschicht, die nicht existenziell bedroht ist;
- guter Ausbildungsstand;
- System von egalitären Werten;
- hoher Grad an Organisation in Vereinen bzw. Verbänden.

Diese Faktoren sind für Lipset und seine Modernisierungstheorie jedoch kein zwingender Maßstab, um zu demokratischen Verhältnissen zu kommen bzw. solche zu attestieren. Staaten, die Lipsets Modernitätsattribute nicht aufweisen, können ebenso demokratische Institutionen und Verfahrensweisen entwickeln. Allerdings ist in diesen Ländern der Fortbestand der Demokratie sehr viel schwieriger und unwahrscheinlicher.

Die Verknüpfung von der Entwicklung der Wirtschaft auf der einen Seite und der Demokratie auf der anderen Seite lässt sich nach Merkels Auffassung folgendermaßen erklären: Eine positive Entwicklung der Wirtschaft führt sowohl zu einem wachsenden Bildungsniveau, als auch zu einer demokratischen Kultur. Die politischen Einstellungen der Bürger werden weniger extrem, nähern sich an und die Toleranz wächst. Dies hat zur Folge, dass die Regierung zurückhaltender gegenüber oppositionellen Einstellungen ist.<sup>213</sup> Ein erfolgreicher Demokratisierungsprozess hängt somit zum großen Teil von einem ausreichenden Bildungsniveau der Bevölkerung ab.

Die wachsende politische Mäßigung und Toleranz, resultierend aus dem Anstieg des Bildungslevels, wird durch einen gleichzeitig einsetzenden Wandel der Struktur der Sozialschicht unterstützt. Je mehr die Masse der Bevölkerung ein gutes Einkommen erzielt, desto stärker nehmen die Verteilungskämpfe ab. Diese Logik entspricht sehr stark der von Karl Marx, allerdings in anderer Richtung. Marx und Engels beschreiben im Kommunistischen Manifest, wie sich das Proletariat zur revolutionären Kraft entwickelt und

---

<sup>212</sup> Vgl. Lipset, Martin Seymour: Political Man – The Social Bases of Politics, Garden City, New York 1960, S. 45-72.

<sup>213</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 72.

die Bourgeoisie überwirft. Dies resultiert ihrer Meinung nach auch aus der sozialen Position des Proletariats. „Die Interessen, die Lebenslagen innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus, indem die Maschinerie mehr und mehr die Unterschiede der Arbeit verwischt und den Lohn fast überall auf ein niedriges Niveau herabdrückt.“<sup>214</sup> Durch die Verbesserung der Maschinen einerseits und die Konkurrenz innerhalb der Bourgeoisie, die sich vor allem durch niedrigere Preise zeigt, andererseits, „nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an.“<sup>215</sup> Die Aussagen von Karl Marx und Friedrich Engels belegen, dass der Konflikt zwischen Klassen bzw. sozialen Schichten zu einem großen Teil aus deren unterschiedlichen wirtschaftlichen Situation resultiert. Ein zu großer Unterschied zwischen den Wohlhabenden und der breiten Bevölkerung in finanzieller Hinsicht führt zu einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft, die zwangsläufig Schaden für die Demokratie an sich mitbringt. „Throughout history, whenever selfish elites monopolize economic growth and produce a polarization of incomes, the result is a loss of legitimacy and the rise of insurgent movements to overturn the social order that is no longer providing expected routine benefits.“<sup>216</sup> Allein ein Wirtschaftswachstum reicht nicht aus, um den Bildungsgrad zu erhöhen und Konflikte in der Gesellschaft abzumildern. Der durch die Wirtschaftsleistung und dem Wachsen der Wirtschaft erzeugte Wohlstand, vor allem in finanzieller Hinsicht, muss auch entsprechend umverteilt werden. Verfügt der Staat nur über niedrige Steuersätze, so hat dies zur Folge, dass der Gewinn allein im Unternehmen verbleibt. Um eine Korrelation zwischen der Wirtschaftsleistung eines Landes und dem Bildungsniveau seiner Bürger herzustellen, bedarf es entsprechender Umverteilungsmechanismen (in erster Linie Steuern, die anschließend in den Bildungssektor investiert werden). Umgekehrt ist ein stetiges Wirtschaftswachstum nicht zwingend notwendig, um den Bildungsgrad der Menschen zu erhöhen. Für das Bildungsniveau ist vor allem entscheidend, wie der Bildungssektor finanziert wird und wie er grundlegend organisiert ist. Als Beispiel kann hier auf die skandinavischen Staaten und ihr Bildungssystem verwiesen werden.

Führt eine starke Wirtschaftsleistung zu einem wachsenden Wohlstand für die Mehrheit der Bürger, so hat dies positive Auswirkungen für die Demokratie an sich. „Gestiegener gesellschaftlicher Wohlstand vermindert extreme ökonomische Ungleichheit, schwächt Standes-, Klassen- und Statusunterschiede, mäßigt den politischen Extremismus der unteren

---

<sup>214</sup> Marx, Karl und Engels, Friedrich: Manifest der Kommunisten Partei, Ausgabe von 1890, Dietz Verlag, Berlin 1982, S. 26-27.

<sup>215</sup> Ebd., S. 27.

<sup>216</sup> Goldstone, Jack A.: Why Trump: A quick primer for the world's elite, Russia Direct, 11.11.2016, <http://www.russia-direct.org/opinion/why-trump-quick-primer-worlds-elite>



und oberen Schichten und stärkt die Mittelschichten, die nach demokratischer Mitsprache verlangen.“<sup>217</sup> Darüber hinaus wächst die Bereitschaft der Bürger, sich in Vereinen und Verbänden zu organisieren. Dies hat zur Folge, dass die allgemeine politische Beteiligung größer wird und die demokratischen Werte Anerkennung bei der Mehrheit der Bevölkerung finden. Eine aktive Zivilgesellschaft ist zwingend notwendig, um eine eventuelle Monopolisierung der politischen Macht zu verhindern und die vorhandenen Freiheitsrechte zu verteidigen. Wirtschaftswachstum und ein guter sozioökonomischer Entwicklungsstand sind somit ein zentraler Bestandteil einer erfolgreichen Demokratisierung. Umgekehrt ist das größte Hindernis für die erfolgreiche Etablierung der Demokratie eine weit verbreitete Armut in der Bevölkerung. „Poverty is a principal and probably the principal obstacle to democratic development. The future of democracy depends on the future of economic development. Obstacles to economic development are obstacles to the expansion of democracy.“<sup>218</sup>

Der Zusammenhang zwischen der ökonomischen Modernisierung und der Demokratisierung ist allerdings keine Einbahnstraße. Eine Demokratie ist nicht zwingend auf eine Modernisierung der Ökonomie angewiesen, um zu entstehen oder zu bestehen. Allerdings erleichtert sie den Weg von der Autokratie zur Demokratie erheblich.

Trotz der vielfachen Belegung der Korrelation zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie gibt es dennoch kritische Stimmen. Mitte der 1990er Jahre waren es Przeworski und seine Kollegen, die eine neue Differenzierung in die Modernisierungsdebatte einbrachten.<sup>219</sup> In ihren Untersuchungen unterscheiden sie zwischen der „endogenen“ und „exogenen“ Modernisierungstheorie. Die endogene Variante vertritt die Ansicht der klassischen Modernisierungstheorie, wonach eine positive sozioökonomische Entwicklung eines autokratischen Staates die Chancen für den Eintritt einer Demokratisierung, statistisch gesehen, erhöht. Demgegenüber behauptet die exogene Theorie, dass nach der Etablierung der Demokratie, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung<sup>220</sup> der Gesellschaft zur Festigung der Demokratie beitragen. Basierend auf empirischen Untersuchungen von Demokratisierungsprozessen zwischen 1950 und 1990 kommen Przeworski und seine Kollegen zu dem Schluss, dass die endogene Variante der Modernisierungstheorie widerlegt

---

<sup>217</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 72.

<sup>218</sup> Huntington, Samuel P.: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, London 1991, S. 311.

<sup>219</sup> Vgl. Przeworski, Adam; Alvarez, Michael E.; Cheibub, José A. und Limogi, Fernando: Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990, Cambridge University Press, Cambridge 2000.

<sup>220</sup> Hierbei wird von einem Pro-Kopf-Einkommen ausgegangen, das höher ist als 6.000 US\$.

ist. Der Anstieg des Nationaleinkommens erhöht nicht automatisch die Wahrscheinlichkeit der Demokratisierung.<sup>221</sup> Hingegen ist in ihren Forschungsergebnissen die exogene Variante der Modernisierungstheorie bestätigt. „While the modernization theory was wrong in thinking that development under dictatorship breeds democracies, Lipset was correct to argue once established in a wealthy country, democracy is more likely to endure. Indeed we have found that once a country is sufficiently wealthy, with per capita income more than \$6,000 a year, democracy is certain to survive, come hell or high water.”<sup>222</sup> Nichtsdestotrotz können auch ärmere Länder, in denen das Pro-Kopf-Einkommen unter 1.000 US\$ liegt, zu Demokratien werden und diese aufrechterhalten, wenn die inneren und äußeren Bedingungen dies begünstigen. Allerdings trifft dies nur in den seltensten Fällen zu.

Carles Boix und Susan Carol Strokes führen Belege<sup>223</sup> für die endogene Modernisierungstheorie an und widersprechen damit Przeworski und seinen Kollegen. Basierend auf der gleichen Untersuchungsgrundlage wie Przeworski zeigen Boix und Strokes, dass Länder mit einem niedrigen und mittleren Nationaleinkommen, eine hohe Wahrscheinlichkeit der Demokratisierung aufzeigen. Die Annahme, dass Diktaturen, die ein BIP/capita über 6.000 US\$ aufweisen, ist keine automatische Widerlegung der endogenen Modernisierungstheorie. Vielmehr liegt es daran, dass in der Untersuchung die reichen Erdölexportländer des arabischen Raums stark überrepräsentiert sind. Als zweiten Schritt strecken Boix und Strokes die Datenbasis aus. Den von Przeworski nicht begründeten Startpunkt von 1950 verlagern sie in die Mitte des 19. Jahrhunderts, also in Zeit in der es noch so gut wie keine Demokratien gab. Gleichzeitig wird das Ende des Untersuchungszeitraums auf 2000 statt 1990 verschoben. Dies hat zur Folge, dass ein starker endogener Effekt nachgewiesen werden kann.<sup>224</sup>

Als Zwischenfazit lässt sich somit festhalten, dass die strukturalistische Modernisierungstheorie, basierend auf zahlreichen empirischen Testergebnissen, einen Beleg erbringen kann, dass Modernisierung im marktwirtschaftlichen Sinn die Entwicklung einer Gesellschaft hin zur Demokratie signifikant erleichtert. Eine sozioökonomische Modernisierung in einem autoritär regierten Staat führt mittelfristig zu einer Schwächung des

---

<sup>221</sup> Vgl. Przeworski, Adam; Alvarez, Michael E.; Cheibub, José A. und Limogi, Fernando: *Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*, Cambridge University Press, Cambridge 2000, S. 178.

<sup>222</sup> Przeworski, Adam; Alvarez, Michael E.; Cheibub, José A. und Limogi, Fernando: *What Makes Democracies Endure?*, *Journal of Democracy* (Vol. 7) 1, 1996, S. 49.

<sup>223</sup> Vgl. Boix, Carles und Strokes, Susan Carol: *Endogene Democracies*, *World Politics* 55 (July), 2003, S. 517-549.

<sup>224</sup> Vgl. ebd., S. 519.

Regimes. Das Land kommt, wie Huntington es bezeichnet, in eine „transition zone“<sup>225</sup>, in der ein Demokratisierungsprozess begünstigt wird und es ggf. zu einer Neuausrichtung des politischen Systems kommt. Nach dem Durchlaufen der Transitzone werden die Chancen der Konsolidierung vom Grad der wirtschaftlichen Modernisierung erheblich beeinflusst. Hierbei gilt, dass je moderner und fortschrittlicher diese ist, desto schneller bildet sich eine Mittelschicht. Diese sorgt auf der einen Seite dafür, dass die gegensätzlichen Klassenunterschiede innerhalb der Gesellschaft gemildert werden. Auf der anderen Seite haben der Ausbildungsgrad und die wirtschaftliche Stellung der Mittelschicht die Folge, dass sie mehr politische Partizipation einfordern und die Ausgestaltung der neuen Ordnung mitbestimmen wollen. Wirtschaftliche Fehlentscheidungen führen sowohl in der Demokratie als auch in der Autokratie zu einem Verlust an Legitimität. Schafft es eine Demokratie jedoch, Wirtschaftswachstum zu erzeugen und den gesellschaftlichen Wohlstand zu vergrößern, so stärkt dies die Legitimität. Anders sieht dies bei Autokratien aus. Ein wirtschaftliches Wachstum weckt das Bedürfnis von gesellschaftlichen Akteuren, sich politisch zu beteiligen. Dies ist nur möglich, wenn das bisherige autokratische Regime seine Existenzgrundlage aufgibt.

Mit Hilfe der Modernisierungstheorie wird ein Erklärungsrahmen für empirische Transformationsanalysen geschaffen. Transformation wird dabei verstanden als der beschleunigte Übergang von einer traditionellen Gesellschaft zur Moderne. Daraus ergeben sich Problemstellungen und Herausforderungen und verschiedene Lösungsansätze, die eine Modernisierung eher begünstigen oder verhindern. Basierend auf der Modernisierungstheorie wurden viele, empirisch belegte Forschungsergebnisse vorgelegt, die einen Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes und dessen Chancen zur Etablierung und Stabilisierung eines demokratischen Systems, nachweisen. Die Annahme der Modernisierungstheorie, die des „direkten Zusammenhang[s] zwischen wirtschaftlicher Entwicklung im Sinne von weit überdurchschnittlichem Wirtschaftswachstum und der Herausbildung von Demokratie“<sup>226</sup> hat sich sehr stark auf die Entwicklungspolitik ausgewirkt. Bis heute ist die Ansicht weit verbreitet, dass durch ein stetiges Wirtschaftswachstum und Modernisierung jene Strukturen zerstört werden, die sich als entwicklungshemmend darstellen. Mit Hilfe von ausländischen Investitionen würden sich dann die Produktivkräfte herausbilden, die sich in einer Mittelschicht zusammenfinden und demokratische Teilhabe

---

<sup>225</sup> Huntington, Samuel P.: Will more Countries become Democratic?, in: Political Science Quarterly, Vol. 99, (Summer 1984) 2, 1984, S. 201.

<sup>226</sup> Schmidt, Siegmund: Menschenrechte und Demokratie, in: Ihne, Hartmut und Wilhelm, Jürgen (Hrsg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1338, Bonn 2013, S. 279.

herbeiführen. „Unterstellt [wird] quasi ein Automatismus zwischen Modernisierung und Demokratie.“<sup>227</sup> Dies führt dazu, dass bis heute in Entwicklungsländern versucht wird, wirtschaftliches Wachstum zu forcieren, während gleichzeitig die politischen Strukturen und Einhaltung von Menschenrechten wenig berücksichtigt werden.

Auf theoretischer Seite weist die Modernisierungstheorie ebenfalls Schwächen auf. So sagt sie zwar, dass eine wirtschaftliche Modernisierung notwendig ist, um die Demokratisierung zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, allerdings gibt sie nicht an, wie hoch der entsprechende Modernisierungsgrad sein muss, damit der Übergang von Diktatur zur Demokratie beginnt. Die angeführte Bandbreite von 1.000 bis 6.000 US\$ Einkommen pro Kopf ist viel zu groß. Allein in der dritten Demokratisierungswelle lag das BIP/capita in Albanien 1993 beispielsweise bei 340 US\$, während Slowenien auf 6.500 US\$ kam.<sup>228</sup> Einen Erklärungsversuch für die Demokratisierungsbewegungen in unterentwickelten und armen Gesellschaften, wie zum Beispiel in Indien, kann die Theorie nicht liefern. Des Weiteren zeigen Beispiele wie Deutschland 1933, dass auch Länder, die sozioökonomisch hochentwickelt sind, einen Zusammenbruch des demokratischen Systems erleben können. Die Modernisierungstheorie vermag es nicht, diesen Widerspruch zu entkräften. Eine alleinige Fokussierung auf die ökonomische Situation eines Landes reicht nicht aus, um die Chancen der Demokratisierung zu erklären. Reiche Länder wie China oder Saudi-Arabien zeigen, dass Wohlstandsgesellschaften nicht automatisch demokratisch sein müssen. „Other factors, such as the force of historical incidents in domestic politics, cultural factors, events in neighboring countries, diffusion effects from elsewhere, leadership and movement behavior, can also effect the nature of polity.“<sup>229</sup> Kulturelle und religiöse Traditionen sind zentrale Bestandteile, um eine politische Kultur zu entwickeln, welche die demokratische Entwicklung eines Landes maßgeblich unterstützt. Auch Lipset kommt schließlich zu der Erkenntnis, dass „cultural factors appear even more important than economic ones.“<sup>230</sup> Daraus folgte eine bis heute anhaltende Debatte, ob und inwiefern es Kulturen gibt, die eine Entwicklung von Demokratien eher befördern oder verhindern. Insbesondere Samuel Huntington<sup>231</sup> hat diese Diskussion entscheidend mitbestimmt. Dabei lässt sich grundlegend festhalten, dass die Beziehung zwischen Kultur, Demokratie und Wirtschaft nicht starr ist. Ebenso wie die

---

<sup>227</sup> Ebd., S. 279.

<sup>228</sup> Vgl. Schmidt, Manfred G.: *Demokratiethorien. Eine Einführung*, 3. Auflage, Wiesbaden 2006, S. 467.

<sup>229</sup> Lipset, Seymour: *The Social Requisites of Democracy Revisited*, in: Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.): *Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Leske + Budrich, Opladen 1995, S. 307.

<sup>230</sup> Ebd., S. 292.

<sup>231</sup> Vgl. Huntington, Samuel P.: *Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, Spiegel-Verlag, Hamburg 2007.

politisch-demokratischen Systeme variieren, so sind auch Kulturen und Religionen sehr heterogen. Jede Religion enthält Aspekte, die sowohl förderlich für die Demokratie als auch antidemokratisch sind. Ebenso wie das Christentum nicht durchweg demokratiefreundlich ist, so ist auch der Islam nicht absolut demokratiefeindlich. Die auf religiösen Traditionen beruhenden Kulturen sind keineswegs statisch. Innerhalb einer Generation kann sich die Kultur einer Gesellschaft erheblich wandeln und mit ihr die Beziehung zur Demokratie. Selbst Huntington verweist darauf, dass „the most important force bringing about cultural changes is often economic development itself“<sup>232</sup>. Die komplexe und wechselseitige Verbundenheit zwischen Kultur und Wirtschaft wird in der klassischen Modernisierungstheorie der 1950er und 1960er Jahre nicht beachtet. Vielmehr gibt die Modernisierungstheorie einen langfristigen Trend auf globaler Ebene hin zur Demokratie an. Einen genauen Punkt, wo die Demokratisierung beginnt, vermag sie jedoch nicht zu erbringen. Die für die Transformation ebenso wichtige Frage der Akteurskonstellation und die Situation der jeweiligen Handlung, spielen in ihr keine Rolle. Der Fokus liegt auf der Mittelschicht und ihrer Partizipationsbereitschaft an demokratischen Prozessen und geht darüber nicht hinaus. Aussagen über politisch-institutionelle Arrangements und nicht zuletzt den internationale Kontext werden nicht getätigt.

Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Modernisierung einerseits und der demokratischen Konsolidierung andererseits ist „kausal, aber nicht monokausal“<sup>233</sup>. Zwar bestärken wirtschaftliches Wachstum und weitverbreiteter Wohlstand Demokratisierungsbewegungen, jedoch ist dieser Verknüpfung nicht durchweg zwingend vorhanden. So betont auch Larry Diamond: „Needless to say, this relationship is not entirely predictive, nor is it necessarily linear.“<sup>234</sup> Wie schon so oft angeführt, gibt es Beispiele auf beiden Seiten. Auf der einen Seite existieren extrem arme und unterentwickelte Staaten, die sich zu Demokratien entwickeln, auf der anderen Seite gibt es Fälle, wo Länder eine positive sozioökonomische Entwicklung aufweisen und gleichzeitig autoritär regiert werden. Eine nachhaltige Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft ist für die Etablierung von Demokratien zwar sehr vorteilhaft, jedoch keine zwingende Voraussetzung. Merkel kommt folglich zu der Erkenntnis, dass die Modernisierungstheorie keinen „deterministischen

---

<sup>232</sup> Huntington, Samuel P.: Democracy's Third Wave, *Journal for Democracy* 2(2), 1991, S. 30.

<sup>233</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 73.

<sup>234</sup> Diamond, Larry: Economic Development and Democracy Reconsidered, in: *American Behavioral Scientist*, Vol. 35, (March/June 1992) 4/5, 1992, S. 485.

Zusammenhang, sondern eine extrem signifikante Tendenz“<sup>235</sup> aufzeigt. Diamond teilt die gleiche Auffassung wie Merkel und sagt mit Blick auf die Schlussfolgerungen von Lipset: „The more well-to-do the people of a country, on average, the more likely they will favor, achieve, and maintain a democratic system for their country.“<sup>236</sup>

Die wertvollen Erkenntnisse der Modernisierungstheorie sind bis heute unumstritten. Allerdings reichen sie nicht aus, um alleinig einen Systemwechsel zu erklären. Insbesondere bei der Frage des politischen Handelns weist die Modernisierungstheorie erhebliche Lücken auf, die es zu füllen gilt. Hierzu müssen andere Transformationstheorien herangezogen werden. Im Folgenden soll die Strukturtheorie detailliert untersucht werden.

#### **4.3.2. Strukturtheorien**

Mit Hilfe der strukturalistischen Transformationsforschung wird untersucht, wie sich die Machtstrukturen einer Gesellschaft und ihre Verschiebung auf den Demokratisierungsprozess auswirken. In den 1960er und 1970er Jahren entsteht die Strukturtheorie, die sich bewusst als Gegenmodell zu der bis dahin geltenden Modernisierungstheorie versteht. Mit dem Zusammenbruch vieler demokratischer Staaten zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg und hierbei insbesondere Deutschland, wird von den Strukturtheoretikern als Beleg angeführt, dass eine positive sozioökonomische Entwicklung nicht automatisch zu einer demokratischen Entwicklung führen muss. Insbesondere mit der Etablierung von autoritären Regimen in gut entwickelten Schwellenländern wie Chile und Argentinien, werden die Schwächen der Modernisierungstheorie stärker diskutiert.

„Ausschlaggebend für die Entstehung strukturalistischer Erklärungsansätze [ist] in diesem Zusammenhang die Erkenntnis, dass das mit wachsendem Wohlstand und Bildung einhergehende Erstarken der Mittelschicht nicht notwendigerweise zur Verbreitung einer demokratischen politischen Kultur beiträgt, sondern je nach gesellschaftlichem Kontext und Interessenlage entweder demokratischen oder autokratischen Entwicklungen Vorschub leistet. Demokratisierung und Konsolidierung [sind] offensichtlich nicht das zwangsläufige Ergebnis eines universellen soziokulturellen Evolutionsprozesses, sondern lediglich eine mögliche Folge von komplexen Veränderungen der historisch gewachsenen Klassen- und

---

<sup>235</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 75.

<sup>236</sup> Diamond, Larry: Economic Development and Democracy Reconsidered, in: American Behavioral Scientist, Vol. 35, (March/June 1992) 4/5, 1992, S. 468.

Machtverhältnisse in einer Gesellschaft.“<sup>237</sup> Die strukturalistischen Transformationsforscher versuchen, mittels historischen Vergleichen zu erklären, warum Staaten entweder demokratisch oder autoritär werden. Das eigentliche Hauptaugenmerk liegt dabei, der Grundannahme von Karl Marx folgend, auf den Konflikten und den Machtspielen zwischen zwei Klassen. Beide Klassen stehen sich antagonistisch gegenüber und versuchen ihre Interessen durchzusetzen. Eine Transformation ist in der Logik der Strukturtheorie die Folge einer soziostrukturellen Veränderung der Wirtschaftsentwicklung, die neue Handlungsmöglichkeiten und Handlungsrestriktionen aufwirft. Die Strukturtheorie lässt sich in zwei Untertheorien, den neomarxistischen Strukturalismus und das Theorem der Machtdispersion unterteilen, auf die im Folgenden genauer eingegangen werden soll.

#### **4.3.2.1. Neomarxistischer Strukturalismus**

Aus der Sicht neomarxistischer Strukturalisten sind sowohl demokratische als autokratische Regime das Resultat von wirtschaftlichen Machtverhältnissen in einer Gesellschaft.<sup>238</sup> Wenn soziale Klassen um politische Macht kämpfen, so ist dies der Ausdruck eines tiefverwurzelten Verteilungskampfes. Dieser wiederum wird von der jeweils geltenden Gesellschaftsordnung vorgegeben. Kommt es zu einer Veränderung der Produktionsverhältnisse, wie beim Beispiel des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus, so führt dies zu neuen ökonomischen Ungleichheiten. Die bis dahin gültigen politischen Machtkonstellationen brechen in Folge der Neuordnung der Produktionsverhältnisse auf und öffnen den Raum für eine neue Machtverteilung. Wird im Rahmen dieses Prozesses das Machtverhältnis zwischen Herrschenden und Beherrschten annähernd ausgeglichen, so ist aus Sicht der neomarxistischen Transformationsforscher der Bedingung für das Entstehen von Demokratie erfüllt.<sup>239</sup>

Barrington Moore muss als einer der zentralen Entwickler des neomarxistischen Strukturalismus angesehen werden. 1969 versuchte er herauszufinden, welche Faktoren dazu führen, dass ein Staat sich zu einer Demokratie oder einer Diktatur entwickelt.<sup>240</sup> Dabei zeigt er drei unterschiedliche Wege auf, wie aus vorindustriellen Gesellschaften moderne werden. An erster Stelle stehen die bürgerlichen Revolutionen mit den Beispielen aus England, Frankreich oder auch den USA. Das Ergebnis dieser Entwicklung ist eine kapitalistische

---

<sup>237</sup> Brückner, Julian: Strukturalismus, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 99.

<sup>238</sup> Vgl. Rueschemeyer, Dietrich; Huber Stephens, Evelyn und Stephens, John D.: Capitalist Development and Democracy. Chicago: University of Chicago Press. Chicago 1992, S.5.

<sup>239</sup> Vgl. ebd., S. 75f.

<sup>240</sup> Vgl. Moore, Barrington: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie: Die Rolle von Grundbesitzern und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt. Frankfurt (am Main) 1987.

Demokratie. Die zweite Gruppe bildet die konservative Revolution von oben. Moore bezieht sich hierbei auf Deutschland und Japan. Im Zuge der Revolution von oben kommt es zu einem reaktionären Kapitalismus, der auf die Etablierung eines faschistischen und militaristischen Regimes hinausläuft. Als letzte Gruppe führt er die Bauernrevolution an, welche die veralteten Feudalstrukturen überwirft und ein kommunistisches System etabliert. Klassische Beispiele hierfür sind China und Russland.<sup>241</sup> Moores analytischer Fokus liegt auf den verschiedenen Ausgangsvoraussetzungen für eine Modernisierung. Nicht zuletzt der Übergang zur kommerziellen Landwirtschaft im 17. und 18. Jahrhundert ist aus seiner Sicht ein wesentlicher Bestandteil in dieser Entwicklung.

Um zu erklären, warum Staaten entweder Demokratien oder Diktaturen werden, bezieht sich Moore stark auf die innergesellschaftlichen sozialen Konflikte. Ein Blick allein auf die Verhältnisse in der Gegenwart reicht seiner Meinung nach dafür aber nicht aus. Der politische Handlungsspielraum eines jeden Akteurs wird durch Auswirkungen aus der Vergangenheit (mit)bestimmt. Zentrale Kategorien bilden dabei der Zeitpunkt der Industrialisierung, die Staatsstruktur, das Staatshandeln und die sozialen Klassen und ihr Verhältnis untereinander und zum Staat.<sup>242</sup> Um letztlich die Frage zu klären, ob ein demokratisches System erfolgreich etabliert werden kann oder nicht hängt für Moore von fünf Faktoren ab:

- die Verteilung der Macht innerhalb der Eliten;
- die ökonomische Basis der agrarischen Oberschicht;
- die Zusammensetzung von Klassenkoalitionen;
- die Verteilung der Macht zwischen sozialen Klassen;
- die Autonomie des Staates gegenüber den dominanten Klassen.<sup>243</sup>

Moore schreibt der Landwirtschaft und deren Entwicklung eine zentrale Rolle bei der Frage der Demokratisierung zu. Mit der Kommerzialisierung der Landwirtschaft erhält der Landadel eine starke Machtposition gegenüber der Krone. Um die neuen Steueraufkommen der Staatskasse zukommen zu lassen, gewährt die Krone dem Adel politische Mitspracherechte. „Zur Einführung der parlamentarischen Demokratie [kommt] es in der Folge jedoch nur, wenn die agrarische Oberschicht ihrerseits von einem starken, unabhängigen Wirtschaftsbürgertum im Zaum gehalten [wird].“<sup>244</sup> Der Absolutismus ist überwunden. Um

---

<sup>241</sup> Vgl. ebd., S. 13f.

<sup>242</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 76f.

<sup>243</sup> Vgl. Moore, Barrington: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie: Die Rolle von Grundbesitzern und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt. Frankfurt (am Main) 1987, S. 475ff.

<sup>244</sup> Brückner, Julian: Strukturalismus, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 101.



jedoch einen demokratischen Staat zu etablieren, muss die Landaristokratie kontrolliert werden. Die zentrale Rolle fällt dabei dem Wirtschaftsbürgertum zu. An diesem Punkt entscheidet sich, die weitere Entwicklung eines Staates. Besitzt die Bourgeoisie genügend wirtschaftliche Eigenständigkeit und muss nicht zusammen mit dem Landadel gegen die Arbeiter und Kleinbauern kämpfen, so wird ihr Verhalten demokratiefördernd sein.<sup>245</sup> Zu einer Entwicklung hin zum Faschismus kommt es dann, wenn die Wende hin zur kommerziellen Landwirtschaft durch arbeitsrepressive Mittel (z.B. Leibeigenschaft) erfolgt. Folglich ist das sich herausbildende Wirtschaftsbürgertum sehr schwach und hat nicht die Möglichkeit, eventuell vorhandene demokratische Elemente freizusetzen. Dieser Logik folgend führt der Weg zur Errichtung einer kommunistischen Diktatur über die zentralisierte königliche Agrarbürokratie. Eine kommerzielle Ausrichtung der Landwirtschaft erfolgt hier nicht. Anstelle eines Wirtschaftsbürgertums entsteht eine große Masse an besitzlosen Landarbeitern, welche die Grundlage für spätere Bauernrevolutionen legen.<sup>246</sup>

Moores Theorie ist bis heute nicht unumstritten. Insbesondere der Punkt, dass komplexe Transformationsvorgänge auf die Machtverhältnisse zwischen Landadel und Wirtschaftsbürgertum reduziert werden, gibt Anlass zu Kritik und hat zur Folge, dass seine Theorie weiterentwickelt wird. Eine der ersten, die Moores Ansätze überarbeitete, war Theda Skocpol.<sup>247</sup> Sie zeigt auf, dass bei Moore sowohl die Rolle des Staates, als auch das internationale Umfeld ausgeblendet werden. Ein eigenständiges Agieren von staatlichen Akteuren und Strukturen sieht Moore nicht, auch wenn eine Agrarbürokratie den Weg zur Demokratie verhindert. Ist die Staatselite wirtschaftlich unabhängig, kann sie mittels starker Repressionsmittel eine Revolution von oben gegen die agrarische Oberschicht durchsetzen.<sup>248</sup> Nicht nur eine starke Bürokratie, sondern auch ein schwacher Staat ist nach Skocpols Meinung in der Lage, den Landadel zu kontrollieren.<sup>249</sup> Der Staat muss viel stärker als „Schnittstelle zwischen nationalen und internationalen Machtbeziehungen“<sup>250</sup> betrachtet werden. Die von Moore aufgezeigten Wege entweder der demokratisch-bürgerlichen Revolution, der konservativ-reaktionären Revolution von oben oder der destruktiven Bauernrevolution können mit der Berücksichtigung des Staates eher als unterschiedlichen

---

<sup>245</sup> Vgl. ebd., S. 101.

<sup>246</sup> Vgl. ebd., S. 101.

<sup>247</sup> Vgl. Skocpol, Theda: A Critical Review of Barrington Moore's Social Origins of Dictatorship and Democracy. *Politics & Society* 4(1), 1973, S. 1-34.

<sup>248</sup> Vgl. ebd., S. 27.

<sup>249</sup> Als Beispiel führt Skocpol die Etablierung der parlamentarischen Demokratie in England im 18. Jahrhundert an. Vgl. ebd., S. 21f.

<sup>250</sup> Rueschemeyer, Dietrich; Huber Stephens, Evelyn und Stephens, John D.: *Capitalist Development and Democracy*. Chicago: University of Chicago Press. Chicago 1992, S.25.

Phasen eines Modernisierungsprozesses im welthistorischen Sinne verstanden werden. „The revolutionary methods of launching modernization adopted by the ‚Reactionary Capitalist‘ and ‚Communist‘ national political elites could be interpreted in large part as attempts to maintain substantive national political sovereignty in a modernizing world dominated by the earlier ‚Bourgeois‘ (economic and/or political) modernizers.“<sup>251</sup> Die Frage, ob eine Gesellschaft demokratisch oder diktatorisch wird, bestimmen nicht nur die Veränderungen der in ihr verwurzelten Klassen- und Machtverhältnisse. Insbesondere der Zeitpunkt der wirtschaftlichen Modernisierung (vor allem der Änderung der landwirtschaftlichen Verhältnisse) und die daraus resultierende Positionierung im internationalen Wirtschafts- und Staatensystem sind für den Erfolg und Misserfolg von Demokratisierungsprozessen entscheidend.

Die Anhänger der Weltsystem- und Dependenztheorie, u.a. Frank<sup>252</sup> und Cardoso<sup>253</sup> verknüpfen den Grad der wirtschaftlichen Abhängigkeit mit der Wahrscheinlichkeit der Demokratisierung. Insbesondere Bollen zeigt hierbei auf, dass global verteilte kapitalistische Arbeit massive Auswirkung auf innergesellschaftliche Ungleichheit und Demokratisierung hat.<sup>254</sup> Dies resultiert daraus, dass die industrialisierten Länder überwiegend der westlichen Welt zugeteilt werden können und demokratisch regiert werden. Demgegenüber sind jene Staaten, die einen ökonomischen Rückstand aufweisen und auf den Export von Rohstoffen angewiesen sind bzw. industrielle Schwellenländer sind, autokratisch regiert. Die kapitalistischen Staaten haben jedoch, resultierend aus ihrer wirtschaftlichen Stärke, einen erheblichen Einfluss auf die politischen und wirtschaftlichen Prozesse in den rückständigen Ländern. „Politische Ungleichheit [ist] aus dieser Sicht nicht die Folge sozioökonomischer Unterentwicklung, wie etwa die Modernisierungstheorie nahelegt. Vielmehr [entsteht] durch eine späte bzw. ungleiche Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft strukturelle Abhängigkeiten, die sowohl die sozioökonomische Entwicklung als auch die Demokratisierung dauerhaft [verhindern].“<sup>255</sup> Folglich kommt es zu einem Bündnis zwischen den bürgerlichen Eliten der kapitalistischen Länder und den traditionellen Eliten in den unterentwickelten Ländern. Während die kapitalistischen Gesellschaften von neuen Märkten,

---

<sup>251</sup> Skocpol, Theda: A Critical Review of Barrington Moore's Social Origins of Dictatorship and Democracy. *Politics & Society* 4(1), 1973, S. 32.

<sup>252</sup> Frank, André Gunder: *Capitalism and Underdevelopment in Latin America: Historical Studies of Chile and Brazil*. New York: Monthly Review Press. 2. überarb. und erw. Aufl., New York 1969.

<sup>253</sup> Cardoso, Fernando Henrique und Faletto, Enzo: *Dependency and Development in Latin America*. Berkeley, CA: University of California Press. Berkeley 1979.

<sup>254</sup> Vgl. Bollen, Kenneth: World System Position, Dependency, and Democracy: The Cross-National Evidence. *American Sociological Review* 48(4), 1983, S. 472ff.

<sup>255</sup> Brückner, Julian: Strukturalismus, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): *Handbuch Transformationsforschung*. Wiesbaden 2015, S. 103.

billigen Rohstoffen und Arbeitskräften profitieren, wird die Machtposition der Oligarchen in den Schwellenländern durch die kapitalistischen Staaten gestützt.<sup>256</sup> Eine Herausbildung der Wirtschaftsbürgertums, die als treibende Kraft der Demokratisierung agiert, findet nicht statt oder ist zu schwach, um Veränderungen zu erwirken. Ebenso verhält es sich mit der Arbeiterschaft, die entweder von den Oligarchen unterdrückt wird, oder über zu wenig Ressourcen und Organisationsformen verfügt, um eine ernsthafte Bedrohung für das autokratische Regime darzustellen. Somit ist für die Weltsystemtheorie vor allem die ungleiche Austauschbeziehung zwischen entwickelten und unterentwickelten Staaten das Haupthindernis für die Demokratisierung.

Demgegenüber konzentriert sich die Dependenztheorie auf die Bedeutung transnationaler Unternehmen und ihren Einfluss auf die Entwicklung von rückständigen Staaten.<sup>257</sup> Hierbei findet eine Verlagerung, weg von der Makro- hin zur wirtschaftlichen Mesoebene statt. Der Vorteil hierbei ist, dass dynamische Prozesse in den Abhängigkeitsverhältnissen besser erklärt werden können.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gründeten zahlreiche transnationale Konzerne Tochterunternehmen in industriellen Schwellenländern, um den Folgen einer möglichen protektionistischen Entwicklungspolitik zu entgehen und weiterhin Einfluss auf die expandierenden Märkte zu haben.<sup>258</sup> In Folge der Industrialisierung verlieren jedoch Agraroligarchen an Macht und werden zunehmend durch autokratische Regime ersetzt. Diese dienen in erster Linie der Verteidigung transnationaler Wirtschaftsinteressen. Resultierend aus sozialen und ökonomischen Krisen sieht das reiche, transnationale Bürgertum die weitere Existenz der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im kapitalistischen Sinn und die darauf aufbauende eigene sozioökonomische Stellung bedroht.<sup>259</sup> Anders als in der Modernisierungstheorie handelt das neue Bürgertum nicht demokratisch, sondern unterstützt den Machterhalt von autoritären Regimen. Die eigentliche Absicht dahinter ist, die Gesellschaft zu entpolitisieren und die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder zu beruhigen, um die eigene Vormachtstellung zu sichern.<sup>260</sup>

---

<sup>256</sup> Vgl. Bollen, Kenneth: World System Position, Dependency, and Democracy: The Cross-National Evidence. *American Sociological Review* 48(4), 1983, S. 470f.

<sup>257</sup> Vgl. Frank, André Gunder: The Development of Underdevelopment. *Monthly Review* 18(4), 1966, S. 17-31.

<sup>258</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo: Bureaucratic Authoritarianism: Argentina, 1966-1973, in *Comparative Perspective*, Berkeley, CA: University of California Press, Berkeley 1988, S. 11.

<sup>259</sup> Vgl. ebd., S. 15ff.

<sup>260</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo: Tensions in the Bureaucratic-Authoritarian State and the Question of Democracy. In: Collier, David (Hrsg.): *The New Authoritarianism in Latin America*, Princeton University Press, Princeton 1979, S. 291ff.

Mit Hilfe der Dependenz- und Weltsystemtheorie wird deutlich, „dass innergesellschaftliche Klassenverhältnisse stets in inter- bzw. transnationale Machtkonfigurationen eingebettet sind, die sowohl die Ressourcenausstattung als auch die Interessenlage kollektiver Akteure nachhaltig verändern können.“<sup>261</sup> Das Entstehen einer Bourgeoisie oder einer Arbeiterschaft in unterentwickelten Ländern führt nicht zwangsläufig zu einer Demokratisierung. Im Gegenteil: der Rückfall in autokratische Herrschaftsformen scheint in solchen Ländern der wahrscheinlichere Fall zu sein.

Nicht zuletzt hat Göran Therborn<sup>262</sup> darauf verwiesen, dass Bürgertum und Arbeiterbewegung bei der Demokratisierung unterschiedliche Rollen zukommen. Während durch das Bürgertum die Herrschaft dem Parlament übertragen wird, sorgt die Arbeiterbewegung dafür, dass das Wahlrecht allen (männlichen) Bevölkerungsteilen offen steht. Therborn weist hierbei auf eine Schwachstelle der historisch-strukturalistischen Transformationsforschung hin. Deren Hauptaugenmerk lag lange Zeit lediglich auf den Vorbedingungen für eine demokratische Entwicklung und nicht auf dem eigentlichen Demokratisierungsprozess.<sup>263</sup> In seinen Untersuchungen von 17 demokratischen Ländern kommt er dabei zu drei Entwicklungsmustern.<sup>264</sup>

Zum einen führen militärische Niederlagen, wie in Deutschland 1918, zu einer Reformation des Wahlrechts, um einen absoluten Kontrollverlust der alten Eliten zu verhindern. Eine demokratische Entwicklung kann es auch im Zuge der Mobilmachung für den Verteidigungsfall geben. „Vor dem Hintergrund externer Bedrohungen und einer erstarkenden Arbeiterbewegung nutzten beispielsweise die kanadische (1917) und die norwegische Bourgeoisie (1898) die Erweiterung des Wahlrechts gezielt als Mittel, um die Einführung der Wehrpflicht durchzusetzen oder den patriotischen Zusammenhalt im Allgemeinen zu fördern.“<sup>265</sup> Nicht zuletzt sind es vor allem innergesellschaftliche Prozesse, die eine Öffnung des Wahlrechts herbeiführen. Beispiele wie Australien und Dänemark belegen, dass ein guter Bündnispartner der Arbeiterbewegung eine unabhängige Klasse an landbesitzenden Bauern sein kann.

---

<sup>261</sup> Brückner, Julian: Strukturalismus, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 104.

<sup>262</sup> Vgl. Therborn, Göran: The Rule of Capital and the Rise of Democracy, New Left Review 103, 1977. S. 3-41.

<sup>263</sup> Vgl. ebd., S. 6.

<sup>264</sup> Vgl. ebd., S. 19ff.

<sup>265</sup> Brückner, Julian: Strukturalismus, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 105.

Eine weitere große Modifizierung der Thesen von Moore erfolgt 1992 von Rueschemeyer und seinen Kollegen.<sup>266</sup> Die Forscher versuchen, den modernisierungstheoretischen Ansatz zwischen ökonomischer Entwicklung und Demokratisierung aus der Sicht des neomarxistischen Strukturalismus zu belegen. Ihrer Meinung nach werden die Chancen der Demokratisierung maßgeblich durch drei Komponenten bestimmt:

- Mikroebene: Machtverhältnis zwischen herrschenden und beherrschten Klassen;
- Mesoebene: Machtverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft;
- Makroebene: transnationale Machtstrukturen und deren Einfluss auf die Mikro- und Mesoebene.<sup>267</sup>

Rueschemeyer und seine Kollegen schließen sich den Ansichten von Moore an, wonach die Großgrundbesitzer und ihr Bedarf an billigen Arbeitskräften ein Haupthindernis im Demokratisierungsprozess darstellen.<sup>268</sup> Um eine demokratische Entwicklung zu ermöglichen, muss sowohl die politische als auch die ökonomische Vormachtstellung der Großgrundbesitzer gebrochen werden. Ebenso ist es nötig, dass sie keine Kontrolle mehr über den Staatsapparat haben. Damit dies eintritt, ist eine kapitalistische Entwicklung zwingend notwendig. Durch den Kapitalismus, entsteht eine Mittelschicht und eine Arbeiterschaft. Insbesondere die Arbeiter verfügen über ein großes Drohpotential und können somit die Demokratisierung entscheidend voran bringen. Wenn hingegen die Klassenstruktur nur eine schwache Arbeiterschicht aufweist, können Kleinbürger und Mittelschicht die Funktion der demokratiefordernden Kraft übernehmen. Rueschemeyer verweist jedoch darauf, dass die beiden genannten Gruppen nur dann für Demokratie eintreten, wenn die politische und ökonomische Teilhabe der Arbeiter nicht zu einer Bedrohung ihres eigenen Status werden.<sup>269</sup> Das Bürgertum begnügt sich somit vorwiegend mit der Parlamentarisierung der Herrschaft, wo hingegen die Arbeiter eine weitreichende Demokratisierung, in Form von freien und allgemeinen Wahlen, fordern.

Mit Blick auf die Mesoebene nehmen Rueschemeyer und seine Mitautoren die Überlegungen von Theda Skocpol auf, wonach die Staatselite als eigene Interessensgruppe gesehen werden muss. „Je größer ihre materielle Unabhängigkeit von den Wirtschaftseliten ist und je mehr sie über einen ideologisch geeinten und hierarchisch integrierten Staats- und Repressionsapparat verfügt, desto ausgeprägter sind Autonomie und Eigeninteresse des Staates und umso höher

---

<sup>266</sup> Vgl. Rueschemeyer, Dietrich; Huber Stephens, Evelyn und Stephens, John D.: Capitalist Development and Democracy. Chicago: University of Chicago Press. Chicago 1992.

<sup>267</sup> Vgl. ebd., S. 5.

<sup>268</sup> Vgl. ebd., S. 6.

<sup>269</sup> Vgl. ebd., S. 282.

ist die Wahrscheinlichkeit, dass es zur Etablierung eines autoritären Regimes kommt.“<sup>270</sup> Die interne Organisation des staatlichen Gewaltmonopols ist dabei von entscheidender Bedeutung. Eine nicht vorhandene zivile Kontrolle der Sicherheitsorgane führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Demokratie. „[While] state autonomy vis-à-vis the dominant classes is a necessary condition of effective democracy, the same state strength that contributes to this outcome may enable the state to overpower the pro-democratic forces in the rest of the society. Processes of democratization, then, must steer between the Scylla of a dependence of the state on the dominant classes that is incompatible with democracy and the Charybdis of a state machinery too strong to be democratically tamed.“<sup>271</sup> Eine starke Zivilgesellschaft, die ihrerseits viele autonome Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Verbände aufweist, ist als Gegengewicht zum Staat unumgänglich. Der Erfolg einer Demokratisierung hängt somit maßgeblich auch von dem Machtverhältnis zwischen der Zivilgesellschaft und dem Staat ab.

In Abgrenzung zur Weltsystem- und Dependenztheorie sehen Rueschemeyer und seine Kollegen keine zwingende Verknüpfung zwischen der möglichen Demokratisierung eines Landes und seiner Stellung im internationalen Wirtschafts- und Staatensystem. Der Zusammenhang zwischen den transnationalen Machtstrukturen und den jeweiligen Strukturen einer Gesellschaft sind sehr kompliziert. Eine Entwicklung hin zur Demokratie oder Autokratie wird nur indirekt beeinflusst.<sup>272</sup> Die These von Göran Therborn aufgreifend, teilen Rueschemeyer und andere die Ansicht, dass Kriege dem demokratischen Prozess Vorschub leisten können. Um die unteren Gesellschaftsschichten für den Kampf zu gewinnen, bedarf es in der Regel politischer Zugeständnisse. Darüber hinaus führen militärische Niederlagen, wie am Beispiel Deutschlands 1918, dazu, dass die bisherigen autokratischen Herrschaftsstrukturen aufbrechen und Demokratiebewegungen erheblichen Einfluss gewinnen. Demgegenüber wirken ökonomische Abhängigkeiten demokratiehemmend. „Während der Export von Agrarprodukten und Rohstoffen vor allem die Machtbasis der reaktionären Großgrundbesitzer stärkt, verhindert die fehlende bzw. abhängige Industrialisierung darüber hinaus meist auch das Entstehen einer organisierten Arbeiterbewegung, die eine Demokratisierung von unten erzwingen könnte.“<sup>273</sup> Ist die Abhängigkeit eine geopolitische, so ist dies meistens auch nicht förderlich für die

<sup>270</sup> Brückner, Julian: Strukturalismus, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 107.

<sup>271</sup> Rueschemeyer, Dietrich; Huber Stephens, Evelyn und Stephens, John D.: Capitalist Development and Democracy. Chicago: University of Chicago Press. Chicago 1992, S. 66.

<sup>272</sup> Vgl. ebd., S. 69ff.

<sup>273</sup> Brückner, Julian: Strukturalismus, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 108.

Demokratie. Wenn externe Militärinterventionen oder ausländische Mächte den staatlichen Repressionsapparat unterstützen, führt dies zu einem Ungleichgewicht zwischen Staat und Zivilgesellschaft, was die Demokratisierung erheblich erschwert.<sup>274</sup>

#### **4.3.2.2. Das Theorem der Machtdispersion**

Die bisher ausgeführten Thesen der Strukturtheorie lassen sich durch die Überlegungen von Tatu Vanhanen<sup>275</sup> mit seinem Machtressourcen- und Machtdispersionsansatz gut ergänzen. „Vanhanen greift die modernisierungstheoretische Grundthese einer zunehmenden Pluralisierung und Differenzierung sozioökonomischer Strukturen auf und kombiniert sie mit weitergehenden Annahmen zur Machtverteilung, die er im Sinne einer Evolutionstheorie der Demokratisierung interpretiert.“<sup>276</sup> Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen sind durchgehend daran interessiert, ihre eigene Macht zu maximieren, egal mit welchen Mitteln. „Politische Systeme sind indes nichts anderes als geronnene Machtstrukturen.“<sup>277</sup> Die Überlebenschancen eines politischen Systems sind dann am wahrscheinlichsten, wenn es eine annähernde Gleichheit zwischen den Machtstrukturen und den innergesellschaftlichen Machtverhältnissen gibt.<sup>278</sup> Mit Hilfe eines natürlichen Selektionsprozesses kommt es dazu, dass die politischen Machtstrukturen auch den wirklichen Machtressourcen entsprechen. Vanhanen greift Dahls Konzept der Polyarchie auf und kommt zu der Schlussfolgerung: „Je breiter die Streuung der Machtressourcen in einer Gesellschaft, umso höher ist deren Demokratisierungsgrad.“<sup>279</sup> Dieser Logik folgend muss auch der umgekehrte Fall zutreffen und zwar, dass eine zunehmende Konzentration von Machtressourcen in einer gesellschaftlichen Gruppe, die Demokratisierungschancen erheblich mindert und eine Entwicklung zu einem autokratischen System wahrscheinlicher wird. Der Prozess der Demokratisierung führt dann zum Erfolg, wenn die sozialen und wirtschaftlichen Machtressourcen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen so verteilt sind, dass weder eine Unterdrückung einer Gruppe zustande kommt, noch eine soziale oder politische

---

<sup>274</sup> Rueschemeyer, Dietrich; Huber Stephens, Evelyn und Stephens, John D.: Capitalist Development and Democracy. Chicago: University of Chicago Press. Chicago 1992, S. 9.

<sup>275</sup> Vgl. Vanhanen, Tatu: The Emergence of Democracy: A Comparative Study of 119 States, 1850-1979, Societas Scientiarum Fennica, Helsinki 1984.

<sup>276</sup> Brückner, Julian: Strukturalismus, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 108.

<sup>277</sup> Ebd., S. 109.

<sup>278</sup> Vgl. Vanhanen, Tatu: The Emergence of Democracy: A Comparative Study of 119 States, 1850-1979, Societas Scientiarum Fennica, Helsinki 1984, S. 18.

<sup>279</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 77.

Hegemonialstellung einer Schicht möglich ist.<sup>280</sup> Demokratie ist für Vanhanen das Resultat eines rationalen Kompromisses zwischen gesellschaftlichen Gruppen, die gegenseitig um politische Macht kämpfen. Eine ausgewogene Verteilung der Machtressourcen erhöht die Wahrscheinlichkeit des demokratischen Kompromisses.<sup>281</sup>

Vanhanen hat, um eine empirische Erfassung des Grades der Ausbreitung der Machtressourcen zu ermöglichen, einen eigenen Index entwickelt. Sein „Index of Power Resources“ (IPR) oder auch „Machtressourcenindex“ genannt, liefert eine Vielzahl an Länderbeispielen<sup>282</sup>, die eine vergleichende Untersuchung zulassen. Sein Index setzt sich aus drei Komponenten zusammen, welche die Verbreitung von wirtschaftlichen, kognitiven und beruflichen Ressourcen in der Gesellschaft messen. Diese werden mit Hilfe des Grades der Urbanisierung, der Verteilung von Wissens- und Bildungsressourcen, der Verteilung von Landbesitz und anderen ökonomischen Faktoren ermittelt. Durch das Heranziehen von sechs Variablen<sup>283</sup> werden diese operationalisiert und durch Multiplikatoren zusammengesetzt.<sup>284</sup> Der Untersuchungszeitraum reicht bis 1850 zurück und geht zuletzt bis 2007. Allerdings sind die Daten von 1850 bis 1998 nur begrenzt vorhanden. Die Spannweite der Ergebnisse liegt zwischen 0 und 100. Im letzten Index von 2007 ist Finnland der Spitzenreiter mit 76,6 Punkten, gefolgt von Südkorea mit 76,1. Die skandinavischen Staaten Schweden und Norwegen belegen Platz drei und vier mit jeweils 74,9 und 73,8 Punkten. Am schlechtesten schneidet Mali mit 3,9 Punkten ab. Auf den hinteren Plätzen sind des Weiteren der Tschad mit 5,2 Punkten und Afghanistan mit 7,1.<sup>285</sup>

Es sei darauf hingewiesen, dass jegliche mathematische Operationalisierung von politischen und wirtschaftlichen Vorgängen zur Erklärung von Demokratisierungsfortschritten mit Vorsicht behandelt werden sollte. Vanhanens Index vermittelt eine Genauigkeit, die mit den tatsächlichen Gegebenheiten eines Landes nicht immer übereinstimmen müssen und können. Nichtsdestotrotz sind die Erkenntnisse aus seinem Index interessant. Eine breite Verteilung von Machtressourcen geht einher mit einem signifikanten Grad der Demokratisierung. Der umgekehrte Fall trifft gleichermaßen zu. Eine Bündelung von Machtressourcen ist schädlich

---

<sup>280</sup> Vgl. Vanhanen, Tatu: The Level of Democratization Related to Socioeconomic Variables in 147 States, 1980-1985. Scandinavian Political Studies (Vol. 12) Issue 2. 1989, S. 102.

<sup>281</sup> Vgl. Vanhanen, Tatu (Hrsg.): Strategies of Democratization, Taylor & Francis, Washington DC 1992, S. 21.

<sup>282</sup> Im letzten IPR von 2007 sind 172 Staaten aufgeführt.

<sup>283</sup> Die sechs Variablen lauten: 1. Anteil der Stadtbevölkerung an Gesamtbevölkerung; 2. Anteil der landwirtschaftlich Tätigen Bevölkerung; 3. Anzahl Studenten pro 100.000 Einwohner; 4. Alphabetisierungsgrad; 5. Flächenanteil der Bauernhöfe in Familienbesitz; 6. Grad der Dezentralisierung von nichtagrarischen wirtschaftlichen Ressourcen

<sup>284</sup> Für eine ausführliche Erläuterung des Index of Power Resources siehe:

<http://www.fsd.uta.fi/en/data/catalogue/FSD1216/meF1216e.html>

<sup>285</sup> Der komplette Datensatz findet sich unter folgendem Link:

[https://services.fsd.uta.fi/catalogue/FSD1216?tab=download&lang=en&study\\_language=en](https://services.fsd.uta.fi/catalogue/FSD1216?tab=download&lang=en&study_language=en)



für die Demokratie eines Landes und lässt autokratische Regime erstarken. Insbesondere mit dem Blick auf die Analysen der Modernisierungstheorie besitzt Vanhanens Machtressourcenindex eine neue Aussagekraft. Transformationsanalysen, die auf einer modernisierungstheoretischen Sichtweise beruhen, konzentrieren sich vorwiegend auf den Indikator BIP/capita. Vanhanen geht über diesen Punkt hinaus und stellt die Verteilungsfrage, die für ihn beim Demokratisierungsgrad eine zentrale Rolle spielt.

Mit Hilfe der Strukturtheorien lassen sich die strukturellen und machtsstrukturellen Bedingungen einer Demokratisierung untersuchen. Sie relativieren den „determinierten Demokratisierungsoptimismus“<sup>286</sup> der Modernisierungstheoretiker. In der Modernisierungstheorie ist es vorrangig die Mittelschicht, die zur Demokratisierung beiträgt. Demgegenüber weisen die Strukturtheorien auf die Machtbeziehungen zwischen den unterschiedlichen Klassen und dem Staat hin. Ebenso untersuchen sie die Verteilung von Machtressourcen. Unterschiedliche Machtkonstellationen, egal ob sozial oder politisch, und ihr Einfluss auf die Demokratisierung eines Landes können dadurch klarer erfasst werden. Der Weg zur Demokratie ist dann sehr wahrscheinlich, wenn es eine starke Arbeiterschaft und Mittelschicht gibt, eine Bourgeoisie, die nicht oligarchisch ist, einer kaum vorhandenen Klasse an Großgrundbesitzern und eine weite Streuung von Machtressourcen. „Die Autonomie und Stärke des Staates selbst müssen groß genug sein, um seine Unabhängigkeit gegenüber den dominanten Klassen zu gewährleisten; gleichzeitig aber auch schwach genug, um die prodemokratischen Kräfte der Gesellschaft nicht unterdrücken zu können.“<sup>287</sup> Folglich ist eine Demokratisierung dann zum Scheitern verurteilt, wenn es eine starke Klasse an Großgrundbesitzern gibt, eine schwache Arbeiterschaft, eine kaum vorhandene Mittelschicht, zusammen mit einer den Staat dominierenden Landaristokratie, die dazu führt, dass die Machtressourcen extrem ungleich verteilt sind.

Ebenso wie die Modernisierungstheorie weist auch die Strukturtheorie klare Schwächen auf. Ein zentraler Kritikpunkt ist dabei, dass die komplexen Interessen von sozialen Klassen unterschätzt werden. Die Strukturtheorie folgt der Logik, dass soziale Klassen einheitlich handeln. Dies ist jedoch nicht durchweg der Fall. Eine soziale Klasse kann nicht gleichgesetzt werden mit einem einzelnen Akteur. Eine geschlossene kollektive Organisation einer jeden sozialen Schicht ist mehr als unwahrscheinlich. Das einheitliche Handeln einer Klasse ist ein Hauptpunkt der Strukturtheorie, der in der Realität aber kaum anzutreffen ist. Die

---

<sup>286</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 78.

<sup>287</sup> Ebd., S. 78-79.

Strukturtheorie blendet vollkommen aus, dass einzelne Gruppen, Eliten und Individuen im Lauf des Transformationsprozesses strategisch handeln können. Jede Beziehung zwischen Klassen, das Agieren des Staates und seiner Institutionen und nicht zuletzt die Verteilung von Macht hat auch einen religiös-kulturellen Hintergrund, der von der Strukturtheorie nicht erfasst wird. Die religiös-kulturellen Faktoren bei der Transformation sollen nun erläutert werden.

### **4.3.3. Kulturtheorien**

Die Geschichte der Menschheit ist durchweg von Veränderungen gekennzeichnet. Allerdings variieren Sequenz und Tempo der Veränderung erheblich. In den seltensten Fällen erfolgt ein Wechsel in der menschlichen Gesellschaft abrupt und revolutionär. Im Normalfall erfolgt die Entwicklung gradlinig und evolutionär. Dies kann jedoch so langwierig sein, dass eine Gesellschaft als stillstehend und träge wahrgenommen wird. Religiös-kulturelle Faktoren hatten und haben einen fundamentalen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungsprozesse. Nicht zuletzt mit Huntingtons Buch „Kampf der Kulturen“<sup>288</sup> wird die Frage nach den kulturellen Voraussetzungen der Demokratie wieder stärker thematisiert. Die Analyse von religiös-kulturellen Traditionen im Zuge des Demokratisierungsprozesses ist deshalb von Bedeutung, da sie, anders als politische Institutionen und gesellschaftliche Strukturen, von abrupten Veränderungen unberührt bleiben.<sup>289</sup> „Cultural factors deriving from varying histories are extraordinarily difficult to manipulate. Political institutions – including electoral systems and constitutional agreements – are more easily changed.“<sup>290</sup> Die Beseitigung von ggf. demokratiefeindlichen Aspekten einer Kultur kann nur ein langfristiger Prozess sein. Bevor auf verschiedene Teile der Kulturtheorien eingegangen werden soll, muss zunächst eine Definition des Kulturbegriffs erfolgen.

#### **4.3.3.1. Kultur – eine Begriffsdefinition**

Eine allumfassende Definition von Kultur gestaltet sich schwierig, da sie sich auf zahlreiche Bereiche des sozialen Lebens bezieht. Im Hinblick auf die Transformationsforschung erscheint die Definition von Edward Tylor hilfreich: „Culture, or civilization, taken in its broad, ethnographic sense, is that complex whole which includes knowledge, belief, art,

---

<sup>288</sup> Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Spiegel-Verlag. Hamburg 2007.

<sup>289</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 79.

<sup>290</sup> Lipset, Seymour Martin; Kyung-Ryung, Seong und Torres, John C.: A Comparative Analysis of the Social Requisites of Democracy, International Journal Science (45) 2, 1993, S. 137.

morals, law, custom, and any other capabilities and habits acquired by man as a member of society.”<sup>291</sup> Tylors Definition weist einen globalen Charakter auf findet Anklang bei Anthropologen und Soziologen des 19. Jahrhunderts. Der Logik dieser Definition folgend sind Transformationen vorwiegend kulturelle Prozesse.

Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser weitläufigen Diskussion hat zur Entwicklung von zwei Definitionen geführt, die den Kulturbegriff enger fassen. Nach der sozialpsychologischen Strategie besteht Kultur aus „attitudes, beliefs, values and skills which are current in an entire population, as well as those special propensities and patterns which may be found within separate parts of that population”<sup>292</sup>. Demgegenüber wird in der semiotischen Strategie die Kultur verstanden als „an historically transmitted pattern of meanings embodied in symbols, a system of inherited conceptions expressed in symbolic forms by means of which men communicate, perpetuate, and develop their knowledge about and attitudes toward life”<sup>293</sup>. In dem sozialpsychologischen Ansatz geht es vordergründig um die subjektive politische Orientierung und inwieweit diese bei der Etablierung von Demokratien hilfreich ist oder nicht. Der semiotische Ansatz fokussiert sich auf „kulturelle Praktiken wie Rituale, Textproduktionen und –performenzen usw., durch die politische Entrepreneure die Ansichten und Denkweisen der Bevölkerung zu beeinflussen suchen, um etwa Demokratie zu unterstützen oder zu dämonisieren.“<sup>294</sup>

Alle Annahmen haben die Gemeinsamkeit, dass sie Kultur als etwas betrachten, das durch Kommunikation entsteht und wiederum selbst die einzelnen Einstellungen der Menschen formt. Die Kommunikation besteht dabei aus drei Komponenten: einem Sender, einer Mitteilung und einem Empfänger. Der semiotische Ansatz fokussiert sich dabei auf den Sender und die Mitteilung. In vielen Studien wird sich allein auf den dritten Aspekt, den Empfänger konzentriert. Mittels Surveys und Abfragen von Einstellungen innerhalb der Bevölkerung wird sehr oft ein Bild der politischen Kultur eines Landes gezeichnet. Diese ist jedoch unvollständig. Sie zeigt nur den Effekt der Kultur, jedoch nicht wie sie an sich funktioniert und welchen Einfluss die Erzeuger von kulturellen Mitteilungen haben.<sup>295</sup>

---

<sup>291</sup> Tylor, Edward Burnett: Primitive Culture – Researches into the development of mythology, philosophy, religion, art and custom, Vol. 1, London 1871, S. 1.

<sup>292</sup> Almond, Gabriel A. und Powell, Jr., G. Bingham: Comparative Politics: A Developmental Approach. Boston 1966, S. 23.

<sup>293</sup> Geertz, Clifford: The Interpretation of Cultures. New York 1973, S. 89.

<sup>294</sup> Kubtk, Jan: Kulturtheoretische Ansätze, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 112.

<sup>295</sup> Vgl. ebd., S. 113.

#### **4.3.3.2. Zivilisationstypen**

Als grundlegende Aussage kann festgehalten werden, dass eine Kultur, welche auf fundamentalistisch-religiösen Elementen basiert, ein Hindernis bei der Verbreitung von demokratiekonformen Normen und Werten darstellt. Diese Aussage lässt sich auf zwei verschiedenen Wegen formulieren, einer stark restriktiven und einer moderaten. Der restriktiven These liegt die Annahme zu Grunde, „dass nur die ‚westliche Kultur‘ eine förderliche Basis für die Demokratie abgibt und die (liberale) Demokratie für nicht westliche Gesellschaften untauglich ist.“<sup>296</sup> Auf den ersten Blick scheint die Entwicklung der westlichen Staatenwelt diese Aussage zu unterstützen. Dreht man die These jedoch um, so kann sie schnell widerlegt werden, da nicht alle Demokratien auf westlichen Normen basieren. Klassische Beispiele stellen die ostasiatischen Demokratien in Japan, Südkorea und Taiwan dar. Das mehrheitlich hinduistische Indien ist ebenfalls ein Beleg dafür, dass erfolgreiche Demokratien nicht zwangsläufig westlicher Prägung sein müssen.

Die moderate These besagt, dass einige religiöse Kulturen existieren, die in ihrer Haltung gegenüber Demokratien entweder als positiv oder als skeptisch bis hin zu feindlich eingestuft werden können. Insbesondere Huntington kann als einer der Hauptvertreter dieser Sichtweise angesehen werden. Er zeigt in seinem „Kampf der Kulturen“ acht Zivilisationstypen auf und ordnet sie entsprechend ihrer Demokratiefreundlichkeit. Dabei ergibt sich folgende Reihenfolge:

1. westliche Kultur (Liberalismus, Protestantismus)
2. lateinamerikanische Kultur (Katholizismus)
3. japanische Kultur
4. slawisch-orthodoxe Kultur
5. hinduistische Kultur
6. afrikanische Kultur
7. konfuzianische Kultur
8. islamische Kultur

Für Huntington sind insbesondere die ersten drei Kulturtypen sehr gut geeignet, um westliche Demokratieformen zu etablieren. Demgegenüber befinden sich die slawisch-orthodoxe, die hinduistische und die afrikanische Kultur in einem Schwebestadium. Sie sind nicht grundsätzlich demokratiefeindlich, allerdings sind sie für die Errichtung von Demokratien auch nicht extrem förderlich. Die konfuzianische Kultur und die des Islam werden von

---

<sup>296</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 80.

Huntington als unvereinbar mit der Demokratie und seinen Grundwerten angesehen. Mit Blick auf die konfuzianische Kultur konstatiert Huntington, dass die Gruppe über dem Individuum steht, Autorität stärkeres Gewicht trägt als Freiheit und traditionale Verantwortlichkeit Vorrang vor den rechtsstaatlichen Rechten genießt. Darüber hinaus zeichnet sich nach seiner Meinung die konfuzianisch geprägte Gesellschaft mehr durch Harmonie aus und weniger durch gegenseitigen Wettbewerb.<sup>297</sup> Insbesondere Fukuyama<sup>298</sup> verweist darauf, dass der Konfuzianismus Elemente besitzt, die mit demokratischen Grundsätzen kompatibel sind. Die Bildung und Ausbildung besitzt in der konfuzianischen Gesellschaft einen nicht zu unterschätzenden Stellenwert. Wird dieser Punkt auf die Modernisierungstheorie angewandt, wo der Bildungsgrad eine zentrale Weiche im Demokratisierungsprozess darstellt, so kommt man zu dem Schluss, dass konfuzianisch geprägte Gesellschaften eine gute Chance für eine Demokratisierung besitzen. Anders als über weite Strecken des Christentums ist der Konfuzianismus durch eine relativ weit verbreitete Toleranz gekennzeichnet, was für die Etablierung einer Demokratie selbstverständlich von Bedeutung ist. Des Weiteren weist der Konfuzianismus eine relativ egalitäre Prägung auf. Nicht zuletzt hat dem Konfuzianismus chinesischer Prägung „nicht die staatliche Autorität den höchsten Wert, sondern die Familie.“<sup>299</sup> Eine problemlose Demokratietauglichkeit kann dem Konfuzianismus zwar nicht unterstellt werden, allerdings trifft auch Huntingtons These, wonach eine konfuzianische Demokratie ein „contradiction in terms“<sup>300</sup> sei, ebenso wenig zu.

Im Gegensatz dazu stellen sich die Vereinbarkeit von Demokratie und Islam, insbesondere in seiner fundamentalistischen Variante, von sehr schwierig bis klar widersprüchlich dar. „Denn in dem Maße, wie politische Legitimität aus religiösen Prinzipien begründet, die konkrete Politik nicht demokratisch wandelbaren Präferenzen, sondern überzeitlich geltenden Dogmen verpflichtet und von islamischen Geistlichen kontrolliert wird, gibt es keine Versöhnungsmöglichkeit mit der Demokratie, deren Politik ja gerade der Kontingenz periodisch stattfindenden Wahlen unterworfen ist.“<sup>301</sup> Mit Blick auf den arabisch-islamischen Raum lässt sich feststellen, dass kein Land in diesem Bereich als demokratisch beschrieben

---

<sup>297</sup> Vgl. ebd., S. 81.

<sup>298</sup> Vgl. Fukuyama, Francis: Confucianism and Democracy, *Journal of Democracy* (6) 2, 1995, S. 20-33.

<sup>299</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 81.

<sup>300</sup> Huntington, Samuel P.: *The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century*. London 1991, S. 6.

<sup>301</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 82.

werden kann. Nur die Türkei kann auf eine gewisse Zeit eines demokratischen Systems zurückblicken. Im Unterschied zu anderen mehrheitlich muslimischen Staaten zeichnet sich die Türkei durch einen starken Säkularismus aus. Jedoch lassen sich auch außerhalb der arabischen Welt Beispiele finden, wo Islam und Demokratie keinen Widerspruch darstellen müssen. Indonesien mit seinem gemäßigten Islam beweist, dass ein Land mehrheitlich muslimisch sein kann und gleichzeitig über demokratische Strukturen verfügt. Allerdings muss angemerkt werden, dass die indonesische Demokratie nicht mit der von westlichen Staaten verglichen werden kann. Der Islam als Religion ist mit der Demokratie vereinbar. Dies belegen auch die zahlreichen muslimisch gläubigen Menschen, die in den fest etablierten Demokratien auf der Welt leben. Jedoch sind die fundamentalistischen Ausprägungen des Islam ein klarer Widerspruch zur demokratischen Grundidee. Dies trifft aber nicht nur auf den Islam allein zu, sondern auf alle Religionen. Wo vermeintlich göttliches Recht für sich einen höheren Anspruch reklamiert als die rechtsstaatlich demokratische Ordnung, muss sie entschieden als demokratiefeindlich angesehen werden.

Nicht zuletzt ist auch die Frage der Trennung von Staat und Religion mit Blick auf die Wahrscheinlichkeit von Demokratisierungsprozessen eine durchaus strittige. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass eine stabile Demokratie nicht zwangsweise eine strikte Trennung von Staat und Religion benötigt. So hängt in bayrischen Klassenzimmern ein Kreuz. In den USA werden die Fragen von Abtreibung und die Ehe von Homosexuellen aus religiösen Beweggründen und mit religiösen Argumenten geführt. Dies liegt nicht zuletzt an der identitätsstiftenden Eigenschaft der Religion. „Alle wichtigen politischen Fragen tangieren letztlich auch das individuelle und kollektive Bewusstsein und lösen dabei religiöse Empfindungen aus. Solange Religion auf die Identität von Menschen einwirkt, solange wird sie auch in der Politik von Bedeutung sein.“<sup>302</sup> Ist jedoch eine Gesellschaft mehrheitlich säkular geprägt, müssen religiöse Gemeinschaften akzeptieren, dass Entscheidungen, die demokratisch entstanden sind, einen höheren Stellenwert besitzen. Verwehrt sich jedoch eine Religion dagegen und beansprucht für sich, die letzte Entscheidung zu treffen, so ist dies ein klares Hindernis im Demokratisierungsprozess. Für eine stabile Demokratie ist die Trennung von Staat und Religion nicht entscheidend, jedoch wünschenswert.

Abseits der religiösen Prägung sind es auch die Werte einer Gesellschaft, die sozialen Traditionen und historische Erfahrungen, welche sich auf das Staatsverständnis und die Demokratisierungsprozesse auswirken. Politische Institutionen sind nur so lange stabil, wie es eine Zivilkultur gibt, die weitreichend demokratiefreundlich eingestellt ist. Insbesondere

---

<sup>302</sup> Khan, Muqtedar: Demokratie und islamische Staatlichkeit, APuZ 26-27/2007, S. 19.

Demokratien, die sich noch in ihrer Gründungsphase befinden, sind an diesem Punkt mit einem klaren Problem konfrontiert. „Während Verfassungen, politische Institutionen, Parteien und Verbände auch in kurzen Fristen konstruiert, gegründet und organisiert werden können, lassen sich demokratiestützende Werte und Verhaltensweisen der Gesellschaft nicht am Reißbrett von Sozialingenieuren entwerfen.“<sup>303</sup> Putnam spricht hier von einem sozialen Kapital<sup>304</sup>, das mit Hilfe eines langen zivilgesellschaftlichen Engagements erlernt werden muss. Wenn es einer Gesellschaft gelingt, dass es in ihr zu einer zivilen Selbstorganisation kommt und sowohl informelle Normen als auch gegenseitiges Vertrauen den täglichen Umgang prägen, sie wirkt sich dies positiv auf den demokratischen Aufbauprozess aus. Denn zum einen wirkt eine Gesellschaft, die ein respektvolles Verhalten untereinander aufweist, zivilisierend auf die staatliche Herrschaft. Zum anderen stabilisiert sie auch die neuen Institutionen der Demokratie und gibt ihnen die Kraft, in die Gesellschaft zu wirken.

Je stärker das Vertrauen in einer Gesellschaft ist, desto größer ist in ihr auch die Bereitschaft zu sozialer Kooperation. Andersrum wird durch eine stabile Kooperation das Vertrauen weiter aufgebaut und gefestigt. Konkret auf Demokratien angewendet heißt dies, dass wenn gesellschaftliche Institutionen die politischen Institutionen der Demokratie stärken können, so ist dies auch umgekehrt möglich.<sup>305</sup> Eine politische Stärkung, basierend auf der Unterstützung durch gesellschaftliche Institutionen kann innerhalb kurzer Zeit passieren. Der Aufbau von gesellschaftlichen Institutionen durch politische Institutionen hingegen erstreckt sich über eine sehr viel längere Zeitperiode.

Das soziale Kapital wirkt sich durchweg positiv auf den Konsolidierungsgrad von Demokratien aus. Je mehr Bürger ein demokratiefreundliches Denken und Handeln an den Tag legen, desto unwahrscheinlicher ist der Fortbestand des autokratischen Regimes und desto größer ist die Chance der jungen Demokratie, zu überleben.

#### **4.3.4. Akteurstheorien**

Die bisher erläuterten Theorien beziehen sich vorwiegend auf die Makroebene. In Abgrenzung zur Modernisierungs-, Kultur- und Strukturtheorie verfolgen die Akteurstheorien einen Ansatz, der sich auf die Meso- und Mikroebene bezieht. Resultierend aus der zeitlichen Unbestimmtheit der anderen drei Theorien liefern die Akteurstheorien neue Erkenntnisse. Die

---

<sup>303</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 83.

<sup>304</sup> Vgl. Putnam, Robert D.: Making Democracy Work - Civic Tradition in Modern Italy, Princeton 1993.

<sup>305</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 83.

mit Hilfe der Modernisierungs-, Struktur- und Kulturtheorie erworbenen Schlüsse werden durch die Akteurstheorien nicht verworfen. Vielmehr nehmen sie diese als Struktur, um die etwaigen Handlungen von Akteuren auf Seiten der Demokratiebewegung und der autokratischen Gegenseite zu evaluieren. „Man könnte gar argumentieren, wenn ein notwendiges Minimum ökonomischer, kultureller und struktureller Voraussetzungen gegeben ist, sind politische Strategien, Allianzen und Handlungen umso wichtiger, je weiter diese notwendigen von den hinreichende Bedingungen erfolgreicher Demokratisierung entfernt sind.“<sup>306</sup>

Wie bereits erläutert, sehen Struktur-, Modernisierungs- und Kulturtheorie bestimmte Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen, um eine Demokratisierung erfolgreich zu initiieren oder auch abzuschließen. Die Akteurstheorien sehen diesen Determinismus nicht. Allen Akteuren, das heißt jedem Individuum und jeder Gruppe werden „trotz struktureller Zwänge, in denen sie sich bewegen, Entscheidungen und Handlungsoptionen zugestanden.“<sup>307</sup> Verhaltensweisen, welche eine Demokratisierung begünstigen, sind für sie vor allem das Resultat von situationsabhängigen Neueinschätzungen von Strategien und Handlungsoptionen durch zentrale Akteure. Dies bedeutet kurz gefasst, dass sich zentral wichtige Personen dann dafür entscheiden, demokratische Prozesse einzuleiten, wenn sie den richtigen strategischen Zeitpunkt gekommen sehen. Die ökonomischen, kulturellen und soziostrukturellen Umstände werden zwar nicht negiert, spielen aber keine übergeordnete Rolle. Folglich ist die Frage des Erfolgs der Demokratisierung keine der Strukturen des jeweiligen Landes, sondern die der individuellen subjektiven Analyse, Strategie und Handlung von zentralen Akteuren. Die im Laufe des Transformationsprozesses immer wieder wechselnden Bündnisse und Prozesse lassen sich somit eindeutiger erklären.<sup>308</sup> Das Akteurshandeln ist dabei vor allem das Handeln von Eliten. Die Partizipation der breiten Masse erfolgt nur für kurze Zeit. Ebenso bilden die Strukturen des sozioökonomischen Systems, die politischen Institutionen, historische Erfahrungen und internationale Einflüsse nur einen Handlungskorridor, innerhalb dessen, zentrale Eliten auf Seiten der Demokratiebewegung und des autokratischen Regimes ihre individuellen Ziele verfolgen.<sup>309</sup> Im Laufe der Zeit haben sich zwei große Hauptstränge der

---

<sup>306</sup> Ebd., S. 84.

<sup>307</sup> Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transitionsprozessen, In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung, Opladen 1996, S. 87.

<sup>308</sup> Vgl. Karl, Terry L. und Schmitter, Philippe C.: Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe, International Science Journal 128, 1991, S. 270.

<sup>309</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 84.



Akteurstheorien herausgebildet: die deskriptiv-empirische Akteurstheorie und der Rational-Choice-Ansatz.

#### **4.3.4.1. Deskriptiv-empirische Akteurstheorie**

Der zentrale Punkt der deskriptiv-empirischen Akteurstheorie besteht in der Veränderung der Zusammensetzung der handelnden Personen während des Transformationsprozesses. „Trotz ihrer scheinbaren Stärke weisen alle Diktaturen Schwachstellen auf – interne Ineffizienzen, persönliche Rivalitäten, institutionelle Defizite sowie Konflikte zwischen Organisationen und Abteilungen. Diese Schwachstellen führen dazu, dass das Regime an Effektivität verliert und anfälliger gegenüber veränderten Bedingungen und gezieltem Widerstand wird.“<sup>310</sup> Als Resultat daraus kann es zu einer Liberalisierung kommen. Das bisherige Bedrohungspotential der autoritären Machthaber verringert sich. Folglich können oppositionelle Vereinigungen freier agieren und ihre Forderungen offener artikulieren. Ist das alte autokratische Regime bereit, demokratische Prozesse einzuleiten und der Opposition weite Teile der Machtbefugnisse zu übertragen, so resultiert dies vor allem aus einem rationalen Kostenkalkül.

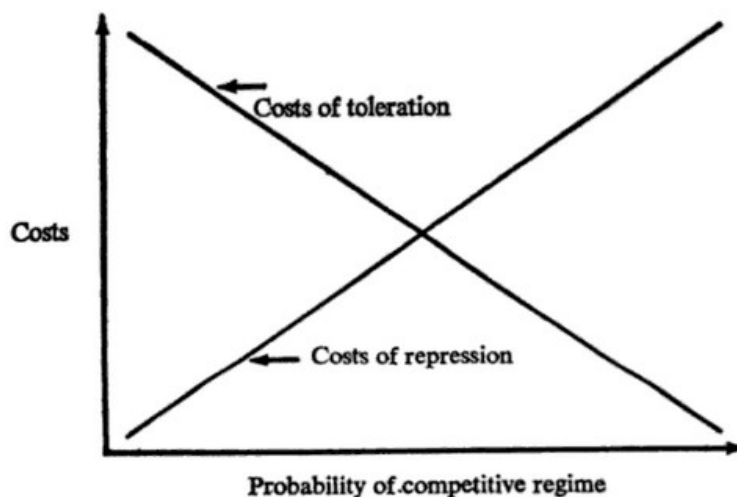


Abb. 3: Konnexität zwischen Kosten der Unterdrückung und Wahrscheinlichkeit eines demokratischen Regimes, Quelle: Dahl, Robert A.: Polyarchy - Participation and Opposition, New Haven/London 1971, S. 16.

Mit Hilfe der Abbildung 3 wird deutlich, ab welchem Punkt sich ein autoritäres Regime für eine Demokratisierung entscheiden würde. Ist das autokratische Regime stabil und in sich geschlossen, so sind die Kosten für die Unterdrückung der Opposition sehr niedrig, während

<sup>310</sup> Sharp, Gene: Von der Diktatur zur Demokratie – Ein Leitfaden für die Befreiung, München 2008, S. 42.

die Kosten für die Tolerierung anderer Meinungen sehr hoch sind. Kommt es zu Unstimmigkeiten und Konflikten innerhalb des Regimes, gewinnen oppositionelle Kräfte ggf. an Spielraum. Die Kosten der Tolerierung sinken, während die Kosten zur Unterdrückung zunehmen. Ist der Punkt erreicht, wo die sozialen und politischen Kosten für die Unterdrückung größer sind als jener der Tolerierung, so ist sehr wahrscheinlich, dass die autokratischen Eliten einer Demokratisierung zulassen.

Während des Demokratisierungsprozesses ändern sich auch die Akteure der Opposition. Zu Beginn sind es vorwiegend Massenbewegungen, die Druck auf das autoritäre Regime ausüben und den Wandlungsprozess einläuten. Zu einem späteren Zeitpunkt übernehmen Eliten oder Parteien den Aushandlungsprozess mit alten Machthabern. An dem Verhandlungstisch treffen zwei Gruppen aufeinander. Auf Seiten der Opposition sind das diejenigen, die prinzipiell verhandlungsbereit sind. Das Regime entsendet jene Mitglieder, die Reformen grundsätzlich nicht ablehnend gegenüber stehen. Die Verhandlungen, sowie der Transitionsprozess generell, finden in einer Zeit statt, die politisch ungewiss sind. „Die genauen Machtverhältnisse sind den Akteuren unbekannt, politische Regeln (rules of the game), Machtressourcen und Strategien verändern sich ständig.“<sup>311</sup> Mit Hilfe der Demokratisierung wird die Ungewissheit in Gewissheit umgewandelt. Dies geschieht dadurch, dass die Vertreter beider Seiten, die der Opposition und des Regimes, ein Abkommen schließen, in welchem sie festhalten, was die Inhalte und Grenzen des Demokratisierungsprozesses sind. Zwei zentrale Aspekte dabei sind sowohl die Freiheit und Rechte der Bürger, als auch die Schaffung der Möglichkeit zur politischen Partizipation in wichtigen politischen Bereichen.<sup>312</sup> Insbesondere während der Revolutionen von 1989 in Osteuropa erfolgte dieser Aushandlungsprozess und das Schließen von Pakten an Runden Tischen. Eine Demokratisierung ist aber nicht zwangsweise auf eine Vereinbarung zwischen Regime und Opposition angewiesen. Kommt es zu einem abrupten Ende der Herrschaft der bisherigen Machthaber, wie beispielsweise in der Tschechoslowakei 1989, so ist die Schließung eines Paktes nicht mehr möglich, da die Opposition keine Gegenseite mehr besitzt, mit der sie eine Herrschaftsteilung aushandeln kann.

Die Pakte müssen nicht nur politischer Natur sein, sondern können sich auch auf die soziale oder ökonomische Ebene beziehen. Jeglicher Pakt besitzt den Vorteil, dass insbesondere in der Anfangszeit der Transformation Meinungsverschiedenheiten, die für den

---

<sup>311</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 85.

<sup>312</sup> Vgl. Dahl, Robert A.: Polyarchy - Participation and Opposition, New Haven/London 1971, S. 5ff.

Demokratisierungsprozess insgesamt schädlich sein können, eingegrenzt werden. „Pakte sind am wahrscheinlichsten, wenn weder die autoritären noch die oppositionellen Eliten über die Ressourcen verfügen, einseitig ihre Interessen durchsetzen zu können.“<sup>313</sup> Kritiker bemängeln, dass die Pakte einen undemokratischen Charakter aufweisen, da sie die breite Masse ausschließen und somit der Idee der Demokratisierung entgegenstehen. Nichtsdestotrotz kann festgehalten werden, dass mit Hilfe eines früh ausgehandelten Paktes zwischen Regime und Opposition politische Konflikte abgemildert werden und eine erfolgreiche Demokratisierung wahrscheinlicher wird.

Die Entscheidung von zentralen Akteuren, den demokratischen Transformationsprozess zu unterstützen, beruht letztendlich auf einer Kalkulation zwischen den Kosten und Nutzen. Sind die Kosten zur Aufrechterhaltung der Diktatur größer als der Nutzen eines demokratischen Systems, so wird mit großer Wahrscheinlichkeit ein Pakt geschlossen, der letztendlich eine politische Machtübertragung an die demokratische Opposition beinhaltet wird. Um dies zu erreichen, muss das Regime aber bereits in Hardliner, jene die keinerlei Veränderung wollen und Softliner, jene die zu Verhandlungen bereit sind, gespalten sein. Eine Spaltung allein reicht aber nicht aus. Vielmehr müssen jene Vertreter des Regimes, die zu Verhandlungen bereit sind, die tatsächliche Möglichkeit haben, ein Treffen mit der Opposition herbeizuführen. Dies ist entweder möglich, wenn die Softliner in dem Regime stärker vertreten sind als die Hardliner, oder die Hardliner von den Vorteilen eines Paktes mit der demokratischen Opposition überzeugt werden können. Die eingeleitete Öffnung des Systems muss jedoch auch von Gesellschaft wahrgenommen werden und zur Bildung eines ernsthaften oppositionellen Flügels führen. Auf Seiten der Opposition wird es in der Regel auch zum Entstehen von unterschiedlichen Gruppen kommen. Die reformwilligen Regimeeliten müssen zusammen mit den moderaten Vertretern der Opposition eine geschlossene Einheit bilden, die einen nachhaltigen Willen für einen Demokratisierungsprozess erkennen lassen. Denn sowohl auf Seiten des Regimes als auch auf Seiten der Opposition müssen die moderaten Kräfte stets die Oberhand haben und die Hardliner neutralisieren. Die Errichtung der Demokratie erfolgt, wenn die demokratische Opposition zusammen mit dem autokratischen Regime einen Pakt schließt, der einen konkreten Fahrplan zur demokratischen Transformation beinhaltet.

---

<sup>313</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 85.

#### **4.3.4.2. Rational-Choice-Ansatz**

Die Vertreter des Rational-Choice-Ansatzes kritisieren die Auffassung der deskriptiv-empirischen Akteurstheorie, wonach Akteure ihr Handeln ausschließlich nach ihren Interessen und Strategien ausrichten. Ein Liberalisierungsprozess lässt sich vielmehr auf die Abwechslung von verschiedenen strategischen Situationen zurückführen.<sup>314</sup> In jeder Situation gibt es politische Akteure, die sich auf eine bestimmte Art und Weise zusammensetzen und eigene Interessen verfolgen. Der Rational-Choice-Ansatz geht davon aus, dass sich alle Teilnehmer rational verhalten. Das Ziel besteht weiterhin darin, den eigenen Nutzen unter Abschätzung der zu erwartenden Kosten zu maximieren. Jegliches Handeln findet dabei unter Bedingungen statt, die das Ergebnis von früheren Aktionen sind. Die Situationen sind somit einem ständigen Wechsel ausgesetzt. Wie sich die Situationen entwickeln, wird dabei vorwiegend von den Akteuren selbst (mit)bestimmt. Allerdings sind die handelnden Personen nicht zuletzt während der Transformationszeit einer großen Unwissenheit bzgl. der zukünftigen Entwicklung ausgesetzt. Alle eventuell bestehen alternativen Optionen können dabei möglicherweise nicht erkannt werden. Darüber hinaus müssen nicht jedem Akteur sämtliche Informationen zugänglich sein. Ein striktes rationales Verhalten in jeder Situation kann somit nicht vorausgesetzt werden.<sup>315</sup> Das Entstehen einer Demokratie ist dabei das mögliche Ergebnis politischer Konflikte.<sup>316</sup>

Der rational-choice-Ansatz betont zwar, dass die Transformation das Ergebnis des rationalen Handelns von den beteiligten Akteuren ist, allerdings gibt es hierbei auch Ausnahmen. Dem Großteil der autoritären Eliten, nicht zuletzt den Hardlinern, kann unterstellt werden, dass ihr Handeln darauf ausgerichtet ist, das autokratische System zu bewahren. Es kann dabei aber nicht ausgeschlossen werden, dass es zu Fehlkalkulationen kommt und durch eine falsche Einschätzung der eigenen Macht ungewollt Prozesse gestartet werden, die einen Transitionsprozess herbeiführen.

In den meisten Fällen geht der Demokratisierung einer Gesellschaft, eine Liberalisierungsphase voraus. „Zur Liberalisierung des autokratischen Systems und damit zum Auftakt demokratischer Systemwechsel kommt es nur, wenn die moderat eingestellten Kräfte innerhalb des niedergehenden autokratischen Regimes der Fehlkalkulation erliegen,

---

<sup>314</sup> Vgl. Przeworski, Adam: The Games of Transition, In: Mainwaring, Scott/ O'Donnell, Guillermo/ Valenzuela, J. Samuel: Issues in Democratic Consolidation. The New South American Democracies in Comparative Perspective, Notre Dame 1992, S. 106.

<sup>315</sup> Vgl. Schwanitz, Simone: Transformationsforschung – Area Studies versus Politikwissenschaft? Plädoyer für einen akteurstheoretischen Ansatz, Berlin 1997, S. 19.

<sup>316</sup> Vgl. Przeworski, Adam: The Games of Transition, In: Mainwaring, Scott/ O'Donnell, Guillermo/ Valenzuela, J. Samuel: Issues in Democratic Consolidation. The New South American Democracies in Comparative Perspective, Notre Dame 1992, S. 106.

Transformation sei ein von oben kontrollierbares Projekt, das vor seinem finalen Ergebnis (Demokratie) ohne erhebliche politische Kosten angehalten werden kann, wenn die Interessen (oder gar die Existenz) der alten Regimeeliten substantiell bedroht sind.“<sup>317</sup> Jedoch gibt es auch hierbei Ausnahmen. So wurden die Liberalisierungsprozesse in Deutschland, Italien und Japan nach 1945 nicht durch die alten Regimeeliten eingeleitet, sondern entstanden durch den Zusammenbruch des autokratischen Systems in Folge des verlorenen Krieges. Ebenso kann auf Rumänien im Jahre 1989 verwiesen werden, wo die kommunistische Führung nach den Massenprotesten zurücktrat und die demokratische Opposition auf einmal an der Macht war. Wie bereits bei der deskriptiv-empirischen Akteurstheorie angeführt, so geht auch der rational-choice-Ansatz davon aus, dass es zu einem Pakt zwischen den reformbereiten Kräften des Regimes und den gemäßigten Teilen der Opposition kommt. Dies geschieht, wenn beide Seiten, nicht zuletzt die Opposition, über wichtige Machtressourcen verfügen.

#### **4.3.4.3. Kritik**

Ein unwiderlegbarer Vorteil der Akteurstheorien besteht darin, dass sie den Fokus auf die handelnden Personen legen. Jede Transformation wird von Menschen gestaltet. Die Transformation und ihr Ausgang werden zu großen Teilen von zentralen Akteuren und ihren Entscheidungen, egal ob rational oder nicht, herbeigeführt und beeinflusst. Allerdings reicht der alleinige Blick auf die Akteure nicht aus, um die Transformation insgesamt zu erklären. Die Akteurstheorien sprechen den Individuen einen erheblichen Freiraum zu und lassen sie zum Teil losgelöst von deren Umwelt erscheinen. Ebenso läuft die Akteurstheorie die Gefahr, die komplexe Materie der Transformation zu sehr zu vereinfachen. Jegliche Entscheidungen treffen die Akteure „nicht unabhängig von ihrem wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umfeld. Ihre Handlungen sind ebenso Reaktionen auf strukturelle und institutionelle Gegebenheiten wie beispielsweise das unsichere Rechtssystem, eine kaum konsolidierte Demokratie und ein Wirtschaftssystem, in dem illegale Transaktionen eine große Rolle spielen.“<sup>318</sup> Der Handlungsspielraum aller Akteure ist durch Restriktionen beschränkt. Je nach Situation können sich Gestaltungsmöglichkeiten der Akteure verändern. Ein Blick auf die Kultur-, System- und Strukturtheorie ist dabei unabdingbar. Denn nicht zuletzt konzentriert sich die Akteurstheorie sehr stark auf die Mikroebene. Des Weiteren besitzt die Akteurstheorie die entscheidende Schwachstelle, dass das Ziel des demokratischen

---

<sup>317</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 87.

<sup>318</sup> Schwanitz, Simone: Transformationsforschung – Area Studies versus Politikwissenschaft? Plädoyer für einen akteurstheoretischen Ansatz, Berlin 1997, S. 20.

Systems von vornherein festgelegt wird. Ist die Untersuchung allein darauf ausgerichtet, werden nur jene Variablen berücksichtigt, die sich positiv auf die demokratische Entwicklung auswirken. Die Zielbestimmungen der Akteurstheorie sind demnach erheblich normativ ausgerichtet.

Nichtsdestotrotz bieten die Handlungs- und Akteurstheorien einen zentralen Vorteil: Sie verlassen die generelle „Ebene ökonomischer, struktureller und kultureller Voraussetzungen demokratischer Systemwechsel“<sup>319</sup> und zeigen die spezifischen Situation der handelnden Personen auf. Eine Transformation, egal ob erfolgreich oder nicht, hängt, wie bereits angesprochen, von einzelnen Akteuren und deren Entscheidungen ab. Modellierungen anhand der Spieltheorie bieten hierbei die Möglichkeit, die strategisch beeinflussten Spiele zwischen Opposition und Regime zu begreifen. Ebenso kann sie einen „Einblick in den rationalen, kognitiven Formierungsprozess strategischer Präferenzen und politischer Handlungen gewähren.“<sup>320</sup> Allerdings sind die Handlungs- und Akteurstheorien nur bedingt fähig, generalisiert zu werden. Vielmehr müssen sie auf die konkreten Transformationssituationen angewendet werden.

#### **4.4. Die besonderen Funktionen der Massen und Eliten**

Nicht zuletzt die Akteurstheorien geben, wie der Name nahe legt, den Akteuren eine zentrale Rolle während des Transformationsprozesses. Dabei fällt auf, dass die Eliten eine viel größere Bedeutung spielen, als eine Masse von Menschen. Allerdings ist dies nicht durchgehend der Fall. Betrachtet man Lipsets Modernisierungstheorie, so fällt auf, dass Akteure für ihn nur eine marginale Rolle spielen.<sup>321</sup> Es kann argumentiert werden, dass für ihn die Eliten für die Erzeugung des für die Demokratie notwendigen sozioökonomischen Niveaus verantwortlich sind. Ein Bezug auf die Masse findet bei ihm, wenn überhaupt, so nur mit dem Blick auf die demokratieförderliche Mittelschicht statt.

Demgegenüber bezieht sich Barrington Moore sehr viel intensiver auf die Akteure. Die sozialen Klassen, welche aus der Industrialisierung entstehen, und ihre Machtverhältnisse entscheiden über die Erfolgchancen der Demokratisierung.<sup>322</sup> Eine klassische Unterscheidung zwischen Eliten und Massen trifft er jedoch nicht. Er schreibt den

---

<sup>319</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 88.

<sup>320</sup> Ebd., S. 88.

<sup>321</sup> Vgl. Lipset, Seymour: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. The American Political Science Review. Vol 53. No. 1. Berkeley 1959.

<sup>322</sup> Vgl. Moore, Barrington: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie: Die Rolle von Grundbesitzern und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt. Frankfurt (am Main) 1987.

verschiedenen Klassen eine Präferenz zur Demokratie oder Autokratie zu. Merkel kritisiert dabei zu Recht, dass Moore „die historische Kontingenz für strategische Entscheidungen von Elitengruppen [unterschätzt], die bisweilen der schematischen Zuordnung von Klasseninteressen zur Staatsform zuwiderlaufen.“<sup>323</sup>

Als einer der ersten, der konkret auf das Verhalten von Eliten im Zuge des Demokratisierungsprozesses eingegangen ist, muss Dankwart Rustow genannt werden. Er stellt heraus, dass für die Errichtung und Aufrechterhaltung der Demokratie, ebenso wie für ihren möglichen Untergang, das Verhalten von Eliten entscheidend ist.<sup>324</sup> Rustow entwirft ein Vier-Phasen-Modell für den Prozess der Demokratisierung. Am Anfang, und für ihn eine notwendige Bedingung, steht die nationale Einheit.<sup>325</sup> Ist diese gegeben, bedarf es in der zweiten Phase eines Konfliktes. Dieser kann sowohl politischer als auch ökonomischer Natur sein. „The serious and prolonged nature of the struggle is likely to force the protagonists to rally around two banners. Hence polarization, rather than pluralism, is the hallmark of this preparatory phase.“<sup>326</sup> In der dritten Phase, der Etablierung von demokratischen Regeln, sind es die „political leaders“<sup>327</sup>, denen Rustow die entscheidende Rolle zukommen lässt. Innerhalb des Zeitraums, in dem es zur Errichtung der Demokratie kommt, „a small circle of leaders is likely to play a disproportionate role.“<sup>328</sup> In der vierten und letzten Phase geht es um das Erlernen und Annehmen von demokratischen Spielregeln sowohl durch die Eliten als auch durch die Bevölkerung. Nicht zuletzt in der beschriebenen vierten Phase kommt den Eliten eine wichtige Rolle zu. Sie sind es, die eine Vorbildfunktion haben und den Wählern zeigen müssen, dass man sich an die neuen Regeln halten muss.

Andere wichtige Transformationforscher wie Juan Linz und Alfred Stephan<sup>329</sup>, sowie O'Donnell und Schmitter<sup>330</sup>, haben den Eliten beim Demokratisierungsprozess eine wichtige Rolle zugeteilt. Linz und Stephan zeigen, dass Eliten für den Zusammenbruch von demokratischen Systemen verantwortlich sind. Ein Dissens innerhalb von zentralen Entscheidungsträgern kann sich auf Massenbewegungen übertragen, die wiederum die Demokratie entscheidend destabilisieren können. Demgegenüber betonen O'Donnell und

---

<sup>323</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 90.

<sup>324</sup> Vgl. Rustow, Dankwart: Transitions to Democracy – Toward a Dynamic Model, Comparative Politics, Vol. 2 No. 3, New York 1970.

<sup>325</sup> Vgl. ebd., S. 350-352.

<sup>326</sup> Ebd., S. 354.

<sup>327</sup> Ebd., S. 355.

<sup>328</sup> Ebd., S. 356.

<sup>329</sup> Vgl. Linz, Juan und Stephan, Alfred (Hrsg.): The Breakdown of Democratic Regimes, Baltimore 1978.

<sup>330</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. und Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore 1986.

Schmitter, dass für den erfolgreichen Transitionsprozess die Einstellungen von Eliten maßgeblich sind. Ein kluger und nachhaltiger Pakt zwischen Eliten kann das Entstehen einer demokratiefreundlichen Zivilgesellschaft sehr weit voranbringen.

Eine der wichtigsten Analysen in Bezug auf die Eliten liefern John Higley und Michael Burton. Sie argumentieren, dass „democratic transitions and breakdowns can be understood by studying basic continuities and changes in the internal relations of national elites.“<sup>331</sup> Sie zeigen dabei einen direkten Zusammenhang zwischen der Geschlossenheit der Eliten und der Stabilität des Regimes auf. Die Einwirkung durch äußere Faktoren, wie Kriege und interne Veränderungen wie die wirtschaftliche Situation oder der religiöse und kulturelle Hintergrund einer Gesellschaft wird von ihnen nicht ignoriert. Eliten sind für die beiden Autoren „persons who are able, by virtue of their authoritative positions in powerful organization and movements of whatever kind, to affect national political outcomes regularly and substantially.“<sup>332</sup> Die Bereiche, aus denen sie sich rekrutieren können, sind durchweg heterogen. Sie umfassen nicht nur Politik und Regierung, sondern auch Wirtschaft, Militär, Kultur oder auch soziale Organisationen. Higley und Burton unterteilen die Eliten in drei Gruppen: die Elite des Konsens, die ideologisch einheitliche Elite und die nicht geeinte Elite.<sup>333</sup> Die Eliten, welche auf Konsens aufbauen, zeichnen sich durch eine inklusive Integration und Konsensus der Werte aus. „These types of elites might take opposing policy stances in public, but consistently refrain from extending their disagreements to a point of violent conflict.“<sup>334</sup> Demgegenüber verfügen die nicht geeinten Eliten über kaum gemeinsame Werte. Sie vertrauen einander kaum und lösen ihre Konflikte regelmäßig durch die Anwendung von Gewalt. In Abgrenzung dazu treten die ideologisch einheitlichen Eliten vorwiegend in Autokratien auf. Sie verfügen über die gleichen Werte und verfolgen politischen Ziele, die sich kaum voneinander unterscheiden. In der Regel gehören die Eliten dann auch der Zentralpartei an. Für den Weg zur Demokratie oder deren Aufrechterhaltung ist die auf Konsens ausgerichtete Elite zweifelsfrei die zu bevorzugende. Nur wenn sich die Eliten auf die grundlegenden Spielregeln der Demokratie einigen können, ist es möglich, dass sich die junge Demokratie konsolidiert. Neben dem Kompromiss über das Verfahren sollte dies auch, wie bereits beschrieben, die Werte des Verfahrens und des späteren demokratischen Systems betreffen. Friedbert Rüb geht noch einen Schritt weiter und fordert

---

<sup>331</sup> Higley, John und Burton, Michael: *Democratic Transitions and Democratic Breakdowns – The Elite Variable*, Austin (Texas) 1988, S. 2.

<sup>332</sup> Ebd., S. 4.

<sup>333</sup> Vgl. Higley, John und Burton, Michael: *The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns*, *American Sociological Review*, No. 54, 1989.

<sup>334</sup> Daskalovski, Židas: *Elite Transformation and Democratic Transition in Macedonia and Slovenia*, *Balkanologie*, Vol. III, n°1, 1999, S. 2.



einen Konsens bezüglich des Programms und der notwendigsten Reformen.<sup>335</sup> Die Kompromisse zwischen den Eliten entstehen meistens durch wenige Einzelpersonen im Geheimen, die jedoch über eine weitreichende politische Erfahrung verfügen. Die Massen sind bei diesem Prozess weitestgehend ausgeschlossen. Allerdings beziehen die Eliten sie ins Kalkül mit ein und können sie auch für die eigene Zwecke instrumentalisieren. Elitekompromisse, auch wenn sie undemokratisch erscheinen, können insbesondere in der Gründungsphase der Demokratie von entscheidender Bedeutung sein. Ein tragfähiger Kompromiss eröffnet gute Chancen, dass die Demokratie Bestand haben wird. Kommt jedoch kein Übereinkommen zustande, so können autoritäre Herrschaftsformen an Auftrieb gewinnen und hybride Staatsformen entstehen.

Eliten sind zwar ein zentraler Bestandteil des Transformationsprozesses, allerdings dürfen die Mitwirkung der Massen und die sozialen Bewegungen in diesem Kontext nicht vernachlässigt werden. Nicht zuletzt in der Anfangsphase des Systemwechselprozesses kann eine starke Mobilisierung der Massen erfolgen. In dem Zeitraum, wo das autoritäre Regime dem Ende nahe ist und demokratische Strukturen geschaffen werden, ist die Massenmobilisierung am größten. Ein hoher Mobilisierungsgrad kann die Entscheidungen der Eliten erheblich verändern. Die Beispiele Polen und die DDR zeigen, dass sogar die Möglichkeit besteht, die Entwicklung der Transformation in großen Teilen zu bestimmen.

Mit der Einsetzung von demokratischen Institutionen geht auch die Mobilisierung zurück, denn insbesondere Verhandlungen über die Verfassung erfolgen in kleinen Kreisen. „Mit der Verabschiedung neuer Verfassungsnormen, der Etablierung demokratischer Institutionen und den demokratischen Gründungswahlen füllt sich ein zu Beginn der Transformation entstandenes Macht- und Institutionenvakuum.“<sup>336</sup> Im Zuge dessen entstehen neue Parteien, die über administrative und ökonomische Ressourcen verfügen. Neue Eliten bilden sich heraus, die im Parlament und der Regierung neue politische Richtungsentscheidungen treffen. Diese können zwar zu Beginn noch von den Forderungen der Massen beeinflusst sein, je weiter aber der Konsolidierungsgrad voranschreitet, desto geringer wird auch die Einflussnahme der Bevölkerung. Hinzu kommt ein gewisser Grad der Ernüchterung auf Seiten der Bürger. Der erhoffte Einfluss und die tatsächlichen Gestaltungsmöglichkeiten

---

<sup>335</sup> Vgl. Rüb, Friedbert W.: Zur Funktion und Bedeutung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 2 – Die Institutionalisierung der Demokratie, Wiesbaden 1996, S. 54.

<sup>336</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 90.

klaffen zum Teil weit auseinander. Dies führt letztlich auch dazu, dass einzelne Bürger sich stärker in den Privatbereich zurückziehen.<sup>337</sup>

Besteht zu Beginn der Demokratisierung die Mobilisierung vorwiegend aus sozialen Bewegungen, besteht die Chance, dass diese zu langfristigen Interessenverbänden werden, die den demokratischen Prozess dauerhaft begleiten. Eine Korrelation zwischen dem Grad der Mobilisierung der Massen und der Wahrscheinlichkeit der demokratischen Konsolidierung lässt sich dabei nicht feststellen. So war bei der Demokratisierung Westdeutschlands nach 1945 die Bevölkerung nicht beteiligt. Die Alliierten und einige deutsche Eliten entschieden zusammen über die Ausgestaltung der Demokratie Deutschlands. Ebenso war die Etablierung eines demokratischen Systems in Spanien nach 1975 ein Produkt der Entscheidungen der Eliten des Landes. Demgegenüber erlebte es der Nachbarstaat Spaniens, Portugal, ganz anders. Zwischen 1974 und 1976, der sogenannten „Nelkenrevolution“ war der Weg zur Demokratie im erheblichen Maße durch die Bewegung breiter Bevölkerungsteile gekennzeichnet. Beide Staaten der iberischen Halbinsel sind heute konsolidierte Demokratien. Zwar lässt sich kein Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Beteiligung der Massen und den demokratischen Konsolidierungschancen erkennen, allerdings wird das nationale Gedächtnis eines Landes durch die Mobilisierung der Massen nachhaltig geprägt.

#### **4.5. Von der Diktatur zur Demokratie – Die Schritte der Transformation**

Aus den bisherigen Ausführungen lässt sich schließen, dass die Transformation, vor allem wenn sie in Form eines Systemwechsels stattfindet, ein komplexes Phänomen ist, welches durch singuläre Erklärungsversuche nicht erfasst werden kann. Unabhängig davon, ob der Transformationsprozess durch die alten Eliten ausgelöst wurde, die Folge eines revolutionären Umsturzes ist oder aus der Implosion des bisherigen Systems resultiert, muss dieser stets detailliert und objektiv analysiert werden.

„Allgemein lässt sich ein Systemwechsel als das Intervall zwischen einem alten und einem neuen politischen System definieren.“<sup>338</sup> An diesem Punkt sei noch einmal darauf verwiesen, dass die Transformation und auch die Definition von Merkel Entwicklungen in beiden Richtungen einschließen. Sowohl die Entwicklung von der Diktatur zur Demokratie, welche mehrheitlich als Transformation verstanden wird, als auch die Umwandlung der Demokratie in eine Diktatur bzw. ein autokratisches System werden von dieser Definition abgedeckt. Die

---

<sup>337</sup> Vgl. Hirschman, Albert O.: Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Frankfurt am Main 1988, S. 101ff.

<sup>338</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 94.

Oktoberrevolution und in ihrer Folge die Errichtung der bolschewistischen Herrschaft in Russland und später der Sowjetunion sind ebenso eine Transformation, wie die Umwandlung der Weimarer Republik zur Diktatur durch die Nationalsozialisten. Was den Systemwechsel stets auszeichnet ist die Auflösung der alten politischen Herrschaftsstrukturen. Diese werden durch neue Strukturen ersetzt und stark abgeändert. Jegliche Strukturen, Funktionen und Mechanismen der Integration des bisherigen Systems werden abgeschafft und ersetzt. Ebenso sind die Institutionen einer erheblichen Umwandlung unterworfen. Im Zuge des Systemwechsels werden politische Strukturen erschaffen, die mit den Prinzipien und Normen des jeweils angestrebten politischen Systems einhergehen. Kommt es beispielsweise zu der Umwandlung eines demokratischen Systems in ein autoritäres, werden mit großer Wahrscheinlichkeit die Rechte des Parlaments, die Gewaltenteilung und die bürgerlichen Freiheits- und Grundrechte eingeschränkt. Umgekehrt wird in einem Prozess, in welchem aus einer Diktatur eine Demokratie werden soll, ein Parteienpluralismus sichergestellt und die Unabhängigkeit der Justiz gewährleistet.

Da diese Arbeit sich mit dem Transformationsprozess der Ukraine auseinandersetzen wird, soll sich in diesem Abschnitt auf den Wechsel von der Autokratie zur Demokratie konzentriert werden. Wolfgang Merkel grenzt den Wechsel von der Autokratie zur Demokratie nach zwei Seiten hin ab. Auf der einen Seite steht die beginnende Auflösung des autokratischen Regimes, auf der anderen Seite das etablierte demokratische System.<sup>339</sup> Zwischen beiden Seiten findet der Systemwechsel statt. Dieser besteht aus drei Phasen: dem Ende des autokratischen Regimes, der Institutionalisierung der Demokratie und der Konsolidierung der Demokratie.<sup>340</sup> Die genannten Phasen bilden lediglich Idealtypen, welche dazu dienen sollen, die analytische Auseinandersetzung zu erleichtern. In realen Transformationsprozessen ist eine klare Abgrenzung zwischen den Phasen kaum möglich und ein Überschneidung bzw. Gleichzeitigkeit höchst wahrscheinlich. Insbesondere zwischen der Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie ist eine exakte Trennung nicht durchgehend möglich. So braucht das Parteiensystem oftmals länger Zeit, um sich institutionalisieren, während sich Parlament und Regierung bereits in der Konsolidierungsphase befinden. Die Phase der Institutionalisierung kann dann als abgeschlossen angesehen werden, wenn die politischen Verhaltensmuster in gesetzliche Strukturen gegossen werden. Ebenso muss der Ablauf politischer Entscheidungen organisiert werden, wie auch der Zugang zur politischen Macht. Nicht zuletzt müssen die aufgestellten

---

<sup>339</sup> Ebd., S. 94.

<sup>340</sup> Ebd., S. 94.

Regeln von allen Beteiligten akzeptiert werden.<sup>341</sup> In der Regel ist der Institutionalisierungsprozess mit der Verabschiedung einer neuer Verfassung abgeschlossen. Bei der Analyse des Transformationsprozesses müssen auch eventuelle frühere Demokratieerfahrungen berücksichtigt werden. Verfügte ein Land, bevor es autoritär regiert wurde, bereits über demokratische Strukturen, kann auf diese bei der Neuinstitutionalisierung der Demokratie zurückgegriffen werden. Erfahrungen im Bereich der Institutionen können dabei genauso wertvoll sein, wie alte Eliten oder frühere zivilgesellschaftliche Akteure. Als Beispiel kann hier die Bundesrepublik angeführt werden. Theodor Heuss als erster Bundespräsident war in der Weimarer Republik Reichstagsabgeordneter. Konrad Adenauer war von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister von Köln und in der BRD der erste Bundeskanzler. Mit Blick auf die Verfassung versuchten die Verfasser des Grundgesetzes, an die Tradition der Weimarer Republik anzuknüpfen und gleichzeitig die Schwachstellen zu eliminieren, die es zuvor den Nationalsozialisten ermöglicht hatte, die Demokratie abzuschaffen. Bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes waren größtenteils Eliten beteiligt, die bereits vor 1933 auf unterschiedlichen Ebenen politisch aktiv waren. Die Erfahrungen von früheren demokratischen Akteuren sind in diesem Zusammenhang von erheblicher Bedeutung. Wird die Zeitspanne zwischen dem früheren demokratischen System und der neu zu etablierenden Demokratie zu groß, kann ggf. nicht auf das Wissen früherer demokratischer Akteure zurückgegriffen werden. Allerdings sind für die Rückbesinnung auf ehemalige demokratische Verhältnisse nicht nur frühere Eliten notwendig. Das kulturelle Gedächtnis einer Gesellschaft kann ebenfalls dazu beitragen. Als Beispiel kann hier Frankreich angeführt werden. 1789 wurde in Frankreich die erste freiheitliche Ordnung errichtet und 10 Jahre später von Napoleon zerschlagen. Erst 1870 konnte in Frankreich wieder ein stabiles demokratisches System aufgebaut werden. „Trotz Schreckensherrschaft und Konterrevolution hatten die Ideale von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit fast 100 Jahre im kulturellen Gedächtnis der Grand Nation überdauert.“<sup>342</sup> Dies war möglich, da die Revolution von 1789 sich nicht nur auf die Politik beschränkte, sondern auch die Kunst beeinflusste. Darauf weist auch die Kultursoziologin Birgit Menzel hin: „Dieser Moment der authentischen Erfahrung einer Stunde ‚Null‘, in der alles möglich scheint, in der alles anders ist, daran anzuknüpfen, das sind

---

<sup>341</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften, in: von Beyme, Klaus und Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS-Sonderheft 25, Opladen 1996, S. 36.

<sup>342</sup> Deutschlandfunk: Über Revolutionen im 20. Jahrhundert, in: Aus Kultur- und Sozialwissenschaften, Sendung vom 23.03.2017 von 20:10 Uhr bis 21:00 Uhr [http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2017/03/23/ueber\\_revolutionen\\_im\\_20jahrhundert\\_dlf\\_20170323\\_2030\\_cd33d4ab.mp3](http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2017/03/23/ueber_revolutionen_im_20jahrhundert_dlf_20170323_2030_cd33d4ab.mp3)

Erfahrungen, die unwiederbringlich sind und die können und werden in der Kunst verarbeitet.“<sup>343</sup>

Nicht nur ehemals demokratische Erfahrungen sind bei der Analyse des Transformationsprozesses wichtig, sondern auch der Charakter des autokratischen Regimes. Sowohl die Dauer der autoritären Herrschaft, als auch ihre konkrete Ausgestaltung können sich unter Umständen auf die Institutionalisierung und Konsolidierung der Demokratie auswirken. Ein autokratisches Regime, das jedoch einen gewissen Grad an Pluralität zulässt, kann später schneller und einfacher demokratisiert werden als jene Regime, die gewaltsam jegliche oppositionellen Ansätze unterdrückt haben. Dies ist zwar eine naheliegende Schlussfolgerung, jedoch keine zwingende Notwendigkeit. „Die rasche Konsolidierung der postkommunistischen Regime in Ostmitteleuropa nach dem Umsturz 1990 zeigt, dass unter günstigen aktuellen Bedingungen auch totalitäre Erblasten schnell überwunden werden können.“<sup>344</sup>

#### **4.5.1. Ende der Autokratie**

Jeder Transformationsprozess stellt eine eigenständige Entwicklung dar. In diesem sind auch das Ende des autokratischen Systems und die Etablierung der Demokratie Vorgänge, die sich unterschiedlich vollziehen. Im Nachfolgenden soll geklärt werden, warum die Autokratie zu einem Ende kommen kann.

##### **4.5.1.1. Ursachen**

Die Herbeiführung eines Systemwechsels hat zahlreiche Ursachen. Sie können sowohl interner als auch externer Natur sein. Zwar lassen sich allgemeine Gründe finden, warum es zu einer Transformation kommt, allerdings muss bei jeder Transformation eine spezifische Untersuchung erfolgen. Dennoch kann die Transformationsforschung auf zahlreiche Fallbeispiele zurückgreifen und daraus allgemeine Aussagen zu den Ursachen von Transformationen entwickeln. Die Gründe für das Ende eines autokratischen Systems können dabei in etwa mit denen für das Scheitern von Staaten insgesamt verglichen werden. Allerdings sei darauf verwiesen, dass die Ursachen für das Staatsscheitern tiefer liegen können und sich logischerweise auch stärker auf den Staat auswirken, als dies bei Systemwechseln der Fall ist.

---

<sup>343</sup> Ebd.

<sup>344</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 96.

Erhebliche Veränderungen im Bereich der Politik, der Wirtschaft oder im Sozialen, können Krisen herbeiführen, die für die Machthaber existenzbedrohend werden können. Die alleinige Konzentration auf die drei genannten Bereiche reicht jedoch nicht aus. Denn nicht zuletzt ist das Handeln bzw. Nicht-Handeln von Akteuren in diesem Zusammenhang wichtig. Auf der einen Seite reagieren die Eliten auf Veränderungen in unterschiedlichen Bereichen. Auf der anderen Seite sind Veränderungen auch das Resultat von Entscheidungen der Eliten.

Dabei hat jede strukturelle Veränderung einen eigenen Stellenwert. Ebenso verhält es sich mit dem politischen Gewicht der Akteure. Entscheidungen des Präsidenten oder von Ministern wirken sich sehr viel stärker auf das System aus als die eines einfachen Angestellten in einer Behörde. „Deshalb bedarf es immer der konkreten Analyse des Ineinandergreifens von strukturellen Veränderungen und politischen Handlungen, um den Zusammenbruch eines politischen Systems zu erklären.“<sup>345</sup>

Es lässt sich erkennen, dass bei der Untersuchung des Endes von Autokratien zwischen den Strukturen und Handlungen unterschieden werden muss. Beide Sphären sind nicht losgelöst voneinander, sondern beeinflussen sich gegenseitig. Der Handlungsspielraum, in welchem Akteure agieren können, wird durch die Strukturen vorgegeben. So bestimmt beispielsweise die Verfassung wie weit die Befugnisse des Parlaments oder der Regierung reichen dürfen. Umgekehrt können Akteure durch unterschiedliche Aktionen den eigenen Korridor des Handelns vergrößern und die Strukturen verändern.<sup>346</sup>

Wie schon angedeutet, können die Gründe für einen Systemwechsel sowohl intern vorhanden sein, als auch durch äußere Faktoren herbeigeführt werden. Eine klare Schwachstelle von Autokratien ist das Defizit an Legitimität. Das Wort Legitimität setzt sich aus zwei unterschiedlichen Begriffen zusammen. Zum einen kommt es vom lateinischen Wort *legitimus* = rechtmäßig und zum anderen vom französischen Wort *légitimité* = Rechtmäßigkeit.<sup>347</sup> Politikwissenschaftlich wird der Begriff für drei Bedeutungen verwendet: „1) Rechtmäßigkeit einer Herrschaftsordnung im Sinne der Bindung staatlichen und individuellen Handels an Gesetz und Verfassung, 2) Rechtmäßigkeit einer Herrschaftsordnung im Sinne ihrer durch allgemeine verbindliche Prinzipien begründeten Anerkennungswürdigkeit und für 3) die faktische Anerkennung einer Herrschaftsordnung seitens der Herrschaftsunterworfenen als rechtmäßig und verbindlich.“<sup>348</sup> Jeder Staat muss seine Herrschaft rechtfertigen bzw. diese als rechtmäßig darstellen. Oft wird lediglich

---

<sup>345</sup> Ebd., S. 97.

<sup>346</sup> Vgl. Giddens, Anthony: Die Konstitution der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1992, S. 77ff.

<sup>347</sup> Vgl. Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Alfred Körner Verlag. Stuttgart 2004, S. 412.

<sup>348</sup> Ebd., S. 412.

demokratischen Systemen Legitimität zugesprochen, während autokratischen Staaten diese versagt wird. Diese Ansicht greift jedoch zu kurz. Seymour Lipset führt richtig an: „Legitimität ist vorhanden, wenn es dem System gelingt, im Volke die Überzeugung zu schaffen und zu erhalten, dass die bestehenden politischen Institutionen für die betreffende Gesellschaft die bestmöglichen sind.“<sup>349</sup> Ebenso wie Demokratien können auch Diktaturen über Legitimität verfügen und ihre Bürger von der Notwendigkeit der geltenden Ordnung überzeugen. Allerdings unterscheiden sich Autokratien und Demokratien in der Hinsicht, wie sie Legitimität erzeugen. Demokratische Systeme gewinnen ihre Legitimität größtenteils auf der politischen Ebene. Mittels Beteiligung in Form von Wahlen und die damit verbundene Möglichkeit, die Machthaber zu ersetzen, ist der Kernbestandteil eines jeden demokratischen Systems. In diesem Bereich weisen Autokratien ein Defizit an Legitimität auf. Sie schließen nicht nur die Bevölkerung von der Herrschaft aus, sondern erheben darüber hinaus einen weitreichenden Herrschaftsanspruch und setzen diesen häufig mittels repressiver Instrumente durch.<sup>350</sup> Um dieses Defizit an politischer Legitimität im Vergleich zu demokratischen Systemen, zu kompensieren, fokussieren sich autokratische Regime häufig auf den wirtschaftlichen Bereich. Ein weitgehendes Angebot im Bereich der Wohlfahrt soll zu materiellen Wohlstand führen, der vom politischen Ausschluss ablenken soll. Unter Umständen kann die ökonomische Situation das einzige Standbein eines autokratischen Regimes sein. Bleibt jedoch eine positive wirtschaftliche Entwicklung aus, hat dies direkte Auswirkung auf die Herrschaftsträger.<sup>351</sup> Gravierende Krisen in der Wirtschaft führen zu gesellschaftlichen Protestbewegungen. An diesem Punkt kann die bereits beschriebene Spaltung der Eliten in Hard- und Softliner erfolgen. Die Softliner wollen auf die Proteste mit Liberalisierungen im politischen Bereich reagieren, während die Hardliner auf den Widerstand mit verstärkter Unterdrückung antworten wollen. Egal welche Reaktion schließlich vom Regime getroffen wird, die Folgen für die Stabilität der Machthaber können nicht abgeschätzt werden. Die Beispiele Polen und Russland in den 1980er Jahren zeigen, dass Liberalisierungen ein Ende der Autokratie herbeiführen können. In der DDR und Rumänien wurde 1989 mit verschärfter Repression auf die Proteste der Bevölkerung reagiert, was jedoch nicht verhindern konnte, dass auch sie überworfene wurden.

Folgt man der Logik der Modernisierungstheoretiker, welche in einem früheren Kapitel bereits dargelegt wurde, so kann auch eine erfolgreiche sozioökonomische Modernisierung

---

<sup>349</sup> Lipset, Seymour: Soziologie der Demokratie. Neuwied 1962, S. 70.

<sup>350</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 98.

<sup>351</sup> Vgl. Mutschler, Alexander: Eine Frage der Herrschaft, Münster 2002, S. 38.

das Ende des autokratischen Systems herbeiführen. Mit einer wachsenden Wirtschaft geht in der Regel auch ein höheres Bildungsniveau einher.<sup>352</sup> Aus der Agrarwirtschaft wird eine Industriewirtschaft. Großgrundbesitzer, die traditionell eher reaktionär ausgerichtet sind, verlieren an Bedeutung zugunsten des Proletariats und einer Mittelschicht. Diese beiden neuen Schichten verlangen nach politischer Mitsprache. Die Befriedigung der wirtschaftlichen Verhältnisse reicht nicht mehr aus, um über das politische Legitimitätsdefizit hinwegzutäuschen. Beide Gruppen werden somit zu einem Motor für politische Veränderungsprozesse. Dies war beispielsweise in Spanien in den 1970er und in Südkorea in den 1980er Jahren der Fall.

Die wirtschaftliche Entwicklung sowohl in eine positive als auch in eine negative Richtung kann die Stabilität des politischen Systems beeinflussen. Des Weiteren können zentrale politische Ereignisse eine ungeahnte Dynamik entwickeln. So hatte der Tod Francos 1975 erhebliche Auswirkungen auf das Ende seines Regimes in Spanien. Ereignet sich ein großes politisches Schlüsselereignis zu einer Zeit wo ein Legitimitätsdefizit besteht, ist das Ende des autokratischen Regimes sehr wahrscheinlich.

Autoritär regierte Staaten sind nicht losgelöst von ihrer Umwelt, folglich wirken sich auch äußere Faktoren auf die Stabilität des Systems aus. Die Niederlage in Kriegen ist hierbei ein klassisches Beispiel. Erfolgt die Niederlage des autokratischen Regimes in einem Konflikt mit demokratischen Staaten, so obliegt es meistens den demokratischen Siegern, den Aufbau der Demokratie einzuleiten oder zu überwachen. Dies trifft auf Deutschland und Japan ab 1945 zu. Des Weiteren kann eine humanitäre Intervention von mehreren Staaten gegen autokratische Regime zu deren Ende führen.<sup>353</sup> In seiner berühmten „Mission Accomplished“ Rede am 1. Mai 2003 auf der USS Abraham Lincoln verwies US-Präsident George W. Bush darauf, dass es darum ging, im Irak Demokratie einzuführen: „We are helping to rebuild Iraq, where the dictator built palaces for himself, instead of hospitals and schools. And we will stand with the new leaders of Iraq as they establish a government of, by, and for the Iraqi people. The transition from dictatorship to democracy will take time, but it is worth every effort. Our coalition will stay until our work is done. And then we will leave — and we will leave behind a free Iraq.“<sup>354</sup> Das explizite Ziel der Intervention im Irak bestand somit auch darin, eine Demokratie in diesem Land einzuführen.

---

<sup>352</sup> Vgl. Lipset, Martin Seymour: Political Man – The Social Bases of Politics, Garden City, New York 1960, S. 45-72.

<sup>353</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 99.

<sup>354</sup> CBS: <http://www.cbsnews.com/news/text-of-bush-speech-01-05-2003/>



Ein weiterer Grund für das Ende von autokratischen Regimen ist der Wegfall von externer Unterstützung. Dies war insbesondere mit dem Ende des Kalten Krieges der Fall. Um die eigenen Einflusszonen zu vergrößern, hatten sowohl die USA als auch die UdSSR zahlreiche Regime finanziell und militärisch unterstützt. Profiteure waren, neben den regulären Verbündeten in der NATO oder dem Warschauer Pakt, vor allem Länder in Südamerika und dem afrikanischen Kontinent. Mit dem Ende des Kalten Krieges wurde auch die als Entwicklungshilfe getarnte finanzielle Unterstützung der verbündeten Regime beendet. Die UdSSR war wirtschaftlich dazu nicht mehr in der Lage, während die USA kein weiteres Interesse an der Finanzierung der Entwicklungsstaaten hatten. „Die dramatische Erosion dieser Einkommensbasis führte zu einem Einbruch der finanziellen Integrität vieler Regierungen, und verschärfte so die politischen Krisen vieler Staaten.“<sup>355</sup> Der Wegfall der Finanzhilfen zwang viele Regierungen dazu, Leistungen zu kürzen, was zu einem weiteren Vertrauensverlust innerhalb der Bevölkerung führte.

Nicht zuletzt können sich schwache autokratische Regime gegenseitig „anstecken“. Dies lässt sich am deutlichsten in Osteuropa feststellen. Die kommunistischen Regime des Warschauer Paktes waren sowohl politisch, als auch wirtschaftlich und militärisch eng miteinander verbunden. Zwar hatte jedes Land seine eigenen politischen Unruhezeiten, wie etwa 1953 beim Volksaufstand in der DDR oder dem Prager Frühling 1968, allerdings verloren alle kommunistischen Regime des Ostblocks, außer der UdSSR, im Jahre 1989 ihr Herrschaftsmonopol.

#### **4.5.1.2. Szenarien des Ablaufs des Endes der Autokratie**

Wie ein autokratisches Regime überwunden wird, ist stets unterschiedlich. Die Ursachen für die Ablösung haben dabei auch Einfluss auf den möglichen Verlauf. Generell lässt sich festhalten, dass, je gravierender und tiefsitzender die Ursachen für das Ende des autokratischen Regimes sind, desto drastischer und schneller dieser Prozess sein wird.

Als zeitlich längste Variante muss der evolutionäre Prozess betrachtet werden. Hierbei erstreckt sich der Wandel des politischen Systems über mehrere Jahre und Jahrzehnte, ohne dass es einen dramatischen Schnitt in der historischen Entwicklung gibt. Die erste Demokratisierungswelle stellt hierfür ein klassisches Beispiel dar. Staaten in Europa und Nordamerika gehörten zu den ersten demokratisch verfassten Ländern. Allerdings war zu

---

<sup>355</sup> Schubert, Ulf-Manuel: Staatszerfall als Problem des internationalen Systems, Marburg 2005, S. 61-62.

Beginn das Wahlrecht sehr exklusiv gestaltet. Mit der Zeit wurde dieses erweitert und beispielsweise Frauen das Recht zu wählen gegeben.<sup>356</sup>

Ebenso ist es möglich, dass es die alten Eliten sind, welche den Systemwechsel einleiten und kontrollieren. Die Macht der alten autokratischen Eliten erstreckt sich auf zwei Bereiche. Zum einen bestimmen sie, auf welche Art und Weise sie ihre Macht abgeben. Zum anderen obliegt es ihnen, über die zukünftige Struktur des demokratischen Systems zu entscheiden. So ist es ihnen möglich, einen Teil ihrer politischen Macht in das neue System mitzunehmen. Spanien, Paraguay und Bulgarien bilden hierfür gute Beispiele. Diese Entwicklung ist jedoch nur möglich, wenn es keine zu tiefgehende Spaltung innerhalb des Regimes gibt.

Sind die Probleme innerhalb des Staates so groß, dass sie von den Eliten nicht mehr gelenkt und gelöst werden können, sind Proteste der Opposition unumgänglich. Ist das Regime gespalten oder gelähmt und verfügt die oppositionelle Seite über erhebliche Ressourcen, kann sie einen Systemwechsel auch erzwingen. Eine Unterdrückung mit repressiven Mitteln ist nicht erfolgreich und gleichzeitig werden Verhandlungen mit den Machthabern abgelehnt. Dies hat eine vollständige politische Entmachtung der Herrschaftsträger zur Folge.<sup>357</sup> Die Nelkenrevolution in Portugal von 1974 entspricht diesem Beispiel.

Verfügen sowohl das Regime als auch die Opposition über annähernd gleiche Machtressourcen, kommt es zu einem Patt. Weder können die oppositionellen Bewegungen unterdrückt werden, noch gelingt es, die Regimeeliten zu stürzen. Eine Verhandlung über die zukünftige Ausgestaltung des politischen Systems ist dann eine etwaige Lösung. In diesem Zusammenhang kommt es zu einer Neudefinition des Zugangs, der Struktur, des Anspruchs und der Art und Weise der Herrschaft.<sup>358</sup> Der Ausgang dieses Aushandlungsprozess ist dabei vollkommen offen. Die Opposition kann sich durchsetzen und einen Wandel hin zur Demokratie einläuten. Ebenso ist es möglich, dass das Regime die Oberhand gewinnt und Veränderung nur begrenzt zulässt bzw. diese vollkommen verhindert. Der Prozess der Aushandlung über die Zukunft des Staates ist dabei unter demokratischen Gesichtspunkten fragwürdig. Auf der einen Seite besitzen die autokratischen Eliten keine Legitimität mehr. Auf der anderen Seite verfügen die Oppositionsvertreter in der Regel nicht über ein Mandat, um in Verhandlungen einzutreten. Dennoch kann das Ergebnis von diesen Verhandlungen zu einer belastbaren Demokratie führen, wie die Entwicklungen in Südkorea oder Südafrika zeigen.

---

<sup>356</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 101.

<sup>357</sup> Vgl. ebd., S. 102.

<sup>358</sup> Vgl. ebd., S. 102.

Ein abruptes Ende des Regimes ist ein möglicher Weg, um aus einer Autokratie eine Demokratie zu machen. Häufig wird dies durch äußere Ereignisse, z.B. einem verlorenen Krieg, herbeigeführt. Dies war in Deutschland und Japan mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 der Fall. Die alten Eliten verlieren völlig an Bedeutung, da sie eingesperrt oder hingerichtet werden. Ebenso kann ein Regime kollabieren, ohne die Einwirkung von äußeren Faktoren. „Das tritt ein, wenn latente innere Legitimitätskrisen aufgrund veränderten außenpolitischer Konstellationen manifest werden. Wenn überdies das Regime quasi-totalitären Charakter hatte und deshalb weder die Herausbildung von Reformeliten im herrschenden Block noch handlungsfähige Akteure auf der Oppositionsseite zuließ, kommt es typischerweise zum völligen und raschen Zusammenbruch des alten Systems.“<sup>359</sup> In gewisser Art und Weise trifft dies auch auf die DDR 1989 zu.

Zerfällt ein Staat insgesamt, so endet damit auch das autokratische System. Entstehen anschließend neue Staaten, können mit ihnen demokratische Systeme errichtet werden. Mit dem Zerfall der Sowjetunion gründeten sich 15 Staaten neu, wobei Russland die Rechtsnachfolge der UdSSR antrat. In den baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen konnten Demokratien etabliert werden, welche später auch Mitglied der EU und der NATO wurden.

Die skizzierten Varianten zur Ablösung der Autokratie stellen Idealtypen dar. Bei den eigentlichen Transformationsprozessen vermischen sich diese oft. Dies ist insbesondere bei den Entwicklungen in Osteuropa zu beobachten. Die Aufgabe der Breschnew-Doktrin und dem Verzicht durch Michail Gorbatschow, andere kommunistische Regierungen zu stützen, hatten zur Folge, dass systeminterne Probleme von der Bevölkerung stärker wahrgenommen wurden und oppositionelle Bewegungen eine viel größere Möglichkeit bekamen, um Druck auf die Machthaber auszuüben.

#### **4.5.2. Demokratisierung**

Mit dem Ende des autokratischen Regimes beginnt die Phase der Demokratisierung. Folgt man der Logik von O'Donnell, Schmitter und Whitehead, so geht der Demokratisierungsphase noch eine Liberalisierungsphase voraus.<sup>360</sup> Diese Annahme erweist sich als problematisch. Denn nicht immer ist die Liberalisierung ein fester Bestandteil des Transformationsprozesses. Dies lässt sich insbesondere an der dritten Demokratisierungswelle

---

<sup>359</sup> Ebd., S. 103.

<sup>360</sup> Vgl. O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. und Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore 1986, S. 7ff.

belegen.<sup>361</sup> Es kann möglich sein, dass Liberalisierung und Demokratisierung parallel verlaufen. Dies ist der Fall, wenn ein Regime kollabiert. Ebenso kann die Liberalisierung erst das Ergebnis des Demokratisierungsprozesses sein.

Die Demokratisierung ist ein Prozess. Kennzeichnend ist, dass in diesem Prozess „die unbegrenzte, unkontrollierte und kompromisslos eingesetzte politische Macht von einer sozialen Gruppe oder Person auf institutionalisierte Verfahren verlagert wird.“<sup>362</sup> Es geht bei der Demokratisierung daher nicht nur um die bloße Übertragung der Macht, sondern auch um die Kontrolle der politischen Macht. Die institutionalisierten Verfahren müssen „die exekutive Macht begrenzen, laufend kontrollieren, regelmäßig verantwortbar machen und kontingente Ergebnisse ermöglichen.“<sup>363</sup> War zuvor (im autokratischen System) die politische Herrschaft in der Hand einer Person oder einer Gruppe, muss sie nun auf eine Ansammlung von institutionalisierten Regeln übertragen werden. Des Weiteren müssen die neuen Regeln von allen Beteiligten anerkannt werden. Dies betrifft sowohl die Regierenden, als auch die Regierten. Eine Akzeptanz von demokratischen Herrschaftsregeln wird dann leichter, wenn einflussreiche politische Akteure „keine glaubwürdigen Alternativen zur liberalen Demokratie“<sup>364</sup> aufweisen können. Der tatsächliche Beginn der Demokratisierung lässt sich dort finden, wo den autoritären Eliten des alten Systems die Kontrolle über die Entscheidungen im politischen Bereich verloren geht und diese (die Entscheidungen) in ein demokratisches Verfahren verlagert werden. Nach Manfred Schmidt ist während des demokratischen Institutionalierungsprozesses das Regierungssystem eine wichtige Determinante.<sup>365</sup> Parlamentarische Systeme eignen sich nach ihm besser für die Errichtung eines demokratischen Systems als präsidentielle oder semipräsidentielle Systeme.<sup>366</sup> Der Aspekt der Abrufbarkeit der Regierung stellt hierbei einen erheblichen Unterschied dar und ist in der parlamentarischen Demokratie leichter möglich.<sup>367</sup> Fairer Weise muss jedoch darauf verwiesen werden, dass in den parlamentarischen Demokratien die Interessen von Regierung und Parlamentsmehrheit dicht beieinander liegen. Dies liegt daran, dass die Regierung aus dem Parlament hervorgeht und die Regierungsfaktionen ein erhebliches Interesse an einem

---

<sup>361</sup> Vgl. Bunce, Valerie: Rethinking Recent Democratization – Lessons from the Postcommunist Experience, *World Politics* (55) 2, 2003, S. 167-192.

<sup>362</sup> Rüb, Friedrich W.: Die Herausbildung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung, in: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): *Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen*, 2. Auflage, Opladen 1996, S. 114.

<sup>363</sup> Ebd., S. 114.

<sup>364</sup> Brusis, Martin und Thiery, Peter: *Schlüsselfaktoren der Demokratisierung – Mittel-/Osteuropa und Lateinamerika im Vergleich*, Centrum für angewandte Politikforschung, München 2003, S. 5.

<sup>365</sup> Vgl. Schmidt, Manfred G.: *Demokratietheorien. Eine Einführung*. 5. Auflage. Wiesbaden 2010, S. 438.

<sup>366</sup> Vgl. ebd., S. 438.

<sup>367</sup> Vgl. Steffani, Winfried: *Parlamentarisches und präsidentielles Regierungssystem*, in: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): *Die westlichen Länder (Lexikon der Politik)*, Band 3, München 1992, S. 288-295.

Machterhalten haben. Die Abberufung einer Regierung erfolgt nur selten und in der Regel nur dann, wenn eine Regierungskoalition zerbricht. Demgegenüber sind in Präsidentsystemen Regierung und Legislative stärker getrennt. Dies ermöglicht es zwar dem Parlament, die Regierung kritischer zu kontrollieren, allerdings ist eine Abberufung des Präsidenten erheblicher schwieriger. „Unter Umständen hat der Präsident ein Parlament gegen sich, in dem die gegnerische Partei die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich weiß.“<sup>368</sup> Dies ist in den USA seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges regelmäßig der Fall gewesen. Bezüglich der Kontrollfunktion des Parlaments und der ggf. nötigen Abwahl der Regierung hat das parlamentarische System größere Vorteile gegenüber Präsidentsystemen. Dies ist jedoch nur dann wahr, wenn die Parlamente selbstbewusst agieren und „die konstitutionellen Spielregeln nicht von den Leidenschaften der politischen Spieler überrannt werden“<sup>369</sup>.

Die Ausgestaltung des Wahlrechts ist sowohl für die Institutionalisierung als auch die spätere Konsolidierung der Demokratie nicht zu vernachlässigen. Um Minderheiten in den Aufbau der Demokratie einzubeziehen und ihnen eine Stimme zu verschaffen, bietet sich das Verhältniswahlssystem eher an als das Mehrheitswahlssystem. Zwar birgt dies die Gefahr einer Zersplitterung des Parlaments, insbesondere dann wenn keine Sperrklausel aufgestellt wird, dennoch sollten Minderheiten die Möglichkeit bekommen, am demokratischen Prozess zu partizipieren. Andernfalls besteht das Risiko einer Abkapselung verschiedener Milieus und Gruppen, die mittel- bis langfristig eine Gefahr für die Demokratie darstellen können. Ein föderalistischer Staatsaufbau mit ggf. Elementen von Selbstverwaltung ermutigt die Zivilgesellschaft, sich in den politischen Prozess einzubringen und führt damit zu einer stärkeren Akzeptanz der demokratischen Ordnung.

Die Institutionalisierung ist dann beendet, wenn eine demokratische Verfassung in Kraft tritt. Durch sie wird der politische Prozess festgelegt. Demokratisierung meint somit die Phase, in welcher neue demokratische Institutionen aufgebaut werden. Sie stellt eine Übergangsphase zwischen dem alten und dem neuen System dar. Die alten Institutionen haben ihren Einfluss verloren bzw. besitzen nur noch begrenzte Wirksamkeit. Gleichzeitig sind neue Regeln und politische Institutionen noch nicht oder nur teilweise etabliert.<sup>370</sup> Im Unterschied zur etablierten Demokratie besitzen die Akteure in dem Zeitraum der demokratischen Institutionalisierung einen großen Handlungsspielraum. Entscheidungen können kurzfristig

---

<sup>368</sup> Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. 5. Auflage. Wiesbaden 2010, S. 292.

<sup>369</sup> Rüb, Friedrich W.: Schach dem Parlament! Regierungssysteme und Staatspräsidenten in den Demokratisierungsprozessen Osteuropas, Wiesbaden 2001, S. 483.

<sup>370</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 106.

getroffen und schnell wirksam werden. Eine Begrenzung von politischen Handlungsentscheidungen findet nicht statt bei gleichzeitiger fehlender Legitimation durch politische Normen oder Institutionen. Dies kann zwar zu einer schnellen Errichtung der demokratischen Grundordnung führen, allerdings ist auch das Risiko des Scheiterns erheblich größer.

„Eine besondere Problematik besteht darin, dass die politischen Akteure im Institutionalisierungsprozess Regeln entwerfen, nach denen sie direkt anschließend selber agieren müssen.“<sup>371</sup> Merkel verweist hier auf ein Problem, mit dem alle Demokratien konfrontiert waren. Im Demokratisierungsprozess steht der Aufbau eines langfristig tragfähigen Systems. Zukünftige Generationen müssen die Möglichkeit erhalten, anhand von allgemeinen Normen und Verfahren die politischen Prozesse zu bestimmen und Konflikte friedvoll auszutragen. Diesem langfristigen Ansinnen stehen unter Umständen kurzfristige Partikularinteressen entgegen. Ein Ausgleich zwischen den Teilinteressen von mächtigen Individuen oder Gruppen und dem Allgemeinwohl muss gefunden werden. Werden spezifische Partikularinteressen ignoriert, besteht die Gefahr, dass Vetoakteure entstehen, die eine weitere Etablierung der Demokratie verhindern. Auf der anderen Seite führt eine zu geringe Beachtung von Allgemeininteressen zu einer Nichtanerkennung des demokratischen Systems durch die Bevölkerung. Dieser Interessensausgleich ist insbesondere bei der Etablierung der Demokratie wichtig, muss jedoch auch späteren demokratischen Alltag immer wieder gefunden werden.

Ist die Verfassung verabschiedet, endet die Zeit der schnellen Veränderungen und der Demokratisierungsprozess ist beendet. Die Demokratie steht damit aber noch nicht auf sicheren Füßen und eine Rückkehr zum früheren autokratischen System ist nicht automatisch ausgeschlossen. Es folgt der Prozess der Konsolidierung. Dieser basiert auf neu errichteten Institutionen und Normen, die mehrheitlich Rückhalt genießen. Das strategische Handeln von politischen Gruppierungen und Akteuren wird beschränkt und kontrollierbar. Herrschte im Demokratisierungsprozess noch ein fast unbegrenzter Handlungsspielraum, bestimmen nun Verfassung, Normen und Institutionen die Reichweite von politischen Entscheidungsträgern. Die neuen Institutionen des demokratischen Systems stehen nun vor der Herausforderung, Stabilität zu erhalten und dadurch die Konsolidierung des gesamten Systems und der Akteure zu unterstützen.

---

<sup>371</sup> Ebd., S. 106.

### **4.5.3. Konsolidierung**

Sind die demokratischen Institutionen und die Verfassung etabliert, beginnt die Phase der Konsolidierung. In der Transformationsforschung gibt es seit Jahren unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Institutionen und gesellschaftlichen Einrichtungen auf stabilen Füßen stehen müssen, um das Überleben der Demokratie langfristig zu sichern. Des Weiteren existieren verschiedene Ansätze mit Blick auf den Schnelligkeit und die Ansätze für eine effektive Demokratiekonsolidierung. Geoffrey Pridham unterscheidet zwischen „negativer“ und „positiver“ Konsolidierung.<sup>372</sup> Eine negative Konsolidierung ist dann vorhanden, wenn alle wichtigen Akteure ihre Ziele und Interessen innerhalb der demokratischen Institutionen verfolgen, da keine erstrebenswerte Systemalternative vorhanden ist. Die Befolgung von demokratischen Entscheidungsprozessen findet daher nur aus Mangel an alternativen Systemen statt und weniger aus Überzeugung. Demgegenüber ist die positive Konsolidierung umfassender. Sie bezieht sich nicht nur auf die Eliten des Landes und ihre Einstellung zum demokratischen System, sondern legt einen Hauptfokus auf die „Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der Bürger“<sup>373</sup> gegenüber der Demokratie. Logischerweise ist bei der positiven Konsolidierung, die zeitliche Stabilisierungsdauer entsprechend länger. Die positive Konsolidierung lässt sich in vier Subsysteme unterteilen: 1. Konstitutionelle Konsolidierung, 2. Repräsentative Konsolidierung, 3. Verhaltenskonsolidierung und 4. Konsolidierung der Bürgergesellschaft. Gleichzeitig können die Subsysteme auch als zeitliche Schiene angesehen werden, da die konstitutionelle Konsolidierung am schnellsten abgeschlossen wird und eine Konsolidierung der Bürgergesellschaft sich über mehrere Jahre oder Jahrzehnte erstreckt. Sind alle vier Bereiche konsolidiert, ist das demokratische System stabil und wenig anfällig für antidemokratische Bewegungen.

#### **4.5.3.1. Konstitutionelle Konsolidierung**

Im Zentrum der konstitutionellen Konsolidierung stehen politische Verfassungsinstitutionen mit wichtigem Charakter. Diese umfassen das Staatsoberhaupt, die Regierung, die Legislative, die Judikative und das Wahlsystem.<sup>374</sup> Der Fokus liegt auf der Struktur der

---

<sup>372</sup> Vgl. Pridham, Geoffrey: The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective, in: Gunther, Richard; Diamandouros, Nikifors P. und Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective, Baltimore 1995, S. 168.

<sup>373</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 110.

<sup>374</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang und Heyne, Lea: Transformationsphasen, in: Merkel, Wolfgang und Heyne, Lea: Transformationsphase, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 736.

Makroebene des Staates. Am Anfang des Konsolidierungsprozesses steht die Verfassungsgebung. Alle ihr nachgeordneten Ebenen und die Wahrscheinlichkeit ihrer Konsolidierung werden durch sie entscheidend geprägt. Es wurde schon darauf verwiesen, dass im Prozess der Demokratisierung, die politischen Akteure über einen sehr großen Handlungsspielraum verfügen. Durch die Verabschiedung der Verfassung werden die politischen Entscheidungen durch Normen und Rechtsordnung geregelt und das Verhalten von politischen Akteuren wird berechenbarer. Dies führt insgesamt zu einer Stabilität des politischen Systems. Im dem Kapitel zur Akteurstheorie wurde bereits über die Bedeutung von Entscheidungen und Handlungen einzelner Politikakteure hingewiesen. Können sich alle Eliten auf einen Konsens bezüglich der demokratischen Spielregeln verständigen und diese befolgen, stärkt dies die Konsolidierung der Demokratie. Um keine Anreize zu schaffen, um außerhalb der Verfassungsinstitutionen die eigenen Interessen zu verfolgen, muss die Verfassungsordnung einen Charakter aufweisen, der fair und inklusiv ist. Darüber hinaus müssen effektive Lösungsmöglichkeiten für eventuelle Konflikte angeboten werden. Ist dies nicht der Fall, besteht die Gefahr, dass mittels Gewalt politische Probleme gelöst werden und die staatliche Autorität untergraben wird.

Es stellt sich die Frage, wie Verfassungen Anerkennung erlangen. Die Politikwissenschaft bietet hierfür zwei Lösungen an: Auf der einen Seite steht die formale Legitimation, welche dann zustande kommt, wenn Verfahren zur Ausarbeitung und Verabschiedung der Verfassung aus staatsrechtlicher Sicht ohne Probleme verläuft. Auf der anderen Seite kann eine Verfassung empirische Stabilität bekommen, sofern sie in der Lage ist, innergesellschaftliche Konflikte effektiv und fair zu beseitigen.<sup>375</sup>

Aus staatsrechtlicher Sicht rührt die Legitimität einer Verfassung und ebenso ihrer Stabilität von der jeweiligen Ausarbeitung und Verabschiedung her. Jon Elster unterscheidet hier zwischen drei Varianten: Legitimität von oben, interne Verfahrenslegitimität und Legitimität von unten.<sup>376</sup> Bei der Legitimität von oben muss das Zustandekommen der verfassungsgebenden Versammlung auf demokratisch legitimen Weg erfolgen. Folgen die Verfahren innerhalb der Versammlung, welche die Verfassung ausarbeitet, demokratischen Prinzipien, entsteht somit eine Verfahrenslegitimität. Die Legitimität von unten ist dann vorhanden, wenn der Entwurf einer Verfassung dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Bezüglich des Verfahrens lassen sich ebenfalls verschiedene Wege unterscheiden. Einer der

---

<sup>375</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 113.

<sup>376</sup> Vgl. Elster, Jon: Die Schaffung von Verfassungen: Analyse der allgemeinen Grundlagen, in: Preuß, Ulrich K. (Hrsg.): Zum Begriff der Verfassung, Frankfurt am Main 1994, S. 43.



demokratischsten Wege zur Verfassungsgebung besteht darin, eine Versammlung von Volk wählen zu lassen, die allein die Aufgabe besitzt, eine Verfassung auszuarbeiten und unabhängig vom amtierenden Parlament ist. Anschließend legt die Versammlung den Verfassungsentwurf dem Volk zur Abstimmung vor. Dies war in der Vierten Republik Frankreichs der Fall. Ebenso ist es möglich, dass eine separate verfassungsgebende Versammlung gewählt wird und diese eine Verfassung ausarbeitet und verabschiedet, ohne das Volk darüber abstimmen zu lassen. Als Beispiel lässt sich hier die Weimarer Republik anführen. Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass ein Staatsorgan einen Verfassungsentwurf ausarbeitet und es keine eigenständige Versammlung gibt. Am Ende dürfen die Bürger per Referendum über die neue Verfassung abstimmen. Die Verfassung der Fünften Republik Frankreichs kam so zustande. Letztlich ist es auch möglich, dass ein Staatsorgan eine Verfassung entwirft und diese nur vom Parlament abgesegnet wird, ohne dem Volk die Möglichkeit zu geben, sich per Referendum für oder gegen die Verfassung zu positionieren. Viele Staaten des ehemaligen Ostblocks wählten Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre diesen Weg.

Die Wahl des jeweiligen Verfahrens wird durch den verfügbaren Zeithorizont mitbestimmt. Ein abrupter Regimekollaps lässt möglicherweise wenig Zeit für umfangreiche demokratische Verfahren. Die Notwendigkeit der Verabschiedung einer Verfassung kann dann notwendiger sein als ein langfristiger und offener demokratischer Prozess. In früheren autokratischen Staaten ist zudem die Existenz einer gut entwickelten und aktiven Zivilgesellschaft, die sich ggf. stark im Prozess der Verfassungsgebung einbringen würde, nicht immer gegeben. Eine angestrebte Legitimität von unten würde in postautokratischen Gesellschaften zur Farce werden und somit die erwünschte Anerkennung nur äußerlich erzeugen.

Diesen Konzepten gegenüber steht die empirische Legitimation. Hierbei steht der reale Wirkungscharakter der Verfassung im Fokus. Diese muss in der Lage sein, wirkliche Veränderungen in der Gesellschaft zu ermöglichen und dadurch Unterstützung bei der Bevölkerung zu erzeugen. Insbesondere Minderheiten dürfen beim Zugang zur Macht keine Benachteiligung erfahren, andernfalls besteht die Gefahr, dass diese sich zu Vetospielern entwickeln. Die aus der Verfassung hervorgehenden Institutionen müssen politische Entscheidungen schnell umsetzen können. Insbesondere in der Anfangszeit des demokratischen Systems und in Krisenzeiten ist dies besonders wichtig, um auf etwaige Bedrohungen zeitnah reagieren zu können. Wo gesellschaftliche Probleme bestehen, müssen politische Entscheidungen zu realen Lösungen führen und die Verhältnisse verändern.

An diese Probleme knüpft sich automatisch die Frage des bestmöglichen Regierungssystems. In der Debatte entwickelten sich zwei unterschiedliche Positionen: parlamentarisches Regierungssystem gegenüber dem Präsidialsystem. Eine dritte Position um das semipräsidentiale Regierungssystem wurde später eingenommen.<sup>377</sup>

Für die Befürworter des parlamentarischen Systems ergeben sich die Vorteile aus der größeren Variation an Parteien, die die gesellschaftlichen Strukturen besser widerspiegeln. Die Parlamentsmehrheit ist stabiler und ein Regieren mittels Dekreten oder inoffiziellen Tauschgeschäften wird dadurch wirkungslos. Des Weiteren kann die wechselseitige Verbindung von Exekutive und Legislative eventuelle Regierungskrisen lösen, bevor diese das gesamte politische System lahmlegen.<sup>378</sup>

Kritiker dieser Ansicht<sup>379</sup> weisen auf die komplizierte Umwelt hin, in welcher das Regierungssystem agieren muss. Eine Konsolidierung der Demokratie hänge vielmehr davon ab, „in welcher Weise die zentralen politischen Institutionen mit dem Wahl- und Regierungssystem, dem Verbändewesen, mit der staatlichen Verwaltung, der Eliterekrutierung und der politischen Kultur harmonieren.“<sup>380</sup> Diese Argumente zeigen zwar die Schwachstellen bzw. Herausforderung der parlamentarischen Variante auf, was allerdings nicht zu einer automatischen Bevorzugung des Präsidialsystems führt.

Der Semipräsidentialismus ist für Demokratien, die sich noch in der Konsolidierungsphase befinden, die ungünstigste Variante. Sind die Trennlinien zwischen Staatspräsident und Regierungschef nicht klar gezogen, führt dies zu einer Konkurrenz innerhalb der Exekutive. Wenn es darüber hinaus noch geschieht, dass die Kompetenzen zwischen Parlament und Präsident nicht eindeutig definiert sind und von jeweils unterschiedlichen Parteien kontrolliert werden, sind permanente Machtkämpfe die Folge. Auf der anderen Seite droht der Demokratie auch eine Destabilisierung, wenn Parlament, Regierungschef und Präsident von einer einzigen Partei gestellt werden. Notwendige Kontrollfunktionen gehen dabei verloren und der Staatspräsident kann seine Machtbefugnisse außerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens ausweiten.

---

<sup>377</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 116.

<sup>378</sup> Vgl. Linz, Juan J.: The Virtues of Parliamentarism, Journal of Democracy, Vol. 1, Nr. 1, 1990, S. 84-91.

<sup>379</sup> Vgl. Thibaut, Bernhard: Präsidialismus und Demokratie in Lateinamerika, Opladen 1996.

<sup>380</sup> Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 117.

Eine Bewertung des jeweiligen Regierungssystems muss sich ebenso auf die Parteienlandschaft und das System der Verbände konzentrieren. Politische Elitenbildung und die politische Kultur als solche bedingen den Wirkungsgrad des Regierungssystems.

#### **4.5.3.2. Repräsentative Konsolidierung**

Das Verhältnis zwischen den staatlichen Instanzen auf der einen Seite und der Gesellschaft auf der anderen Seite, zeichnet sich durch Mitteilung von Interessen aus. Der Grad der Offenheit der staatlichen Institutionen und das Wahlsystem beeinflussen, wie nachhaltig Verbände ihre Interessen an die staatlichen Machtzentren herantragen können.

In jeder Demokratie übernehmen Parteien eine Vermittlerrolle zwischen der Gesellschaft und den staatlichen Institutionen. Mit Blick auf Transformationsgesellschaften lassen sich drei Einflüsse auf das Parteiensystem festhalten: 1. Transformationskonflikt zwischen demokratischer Opposition und autoritärem Regime; 2. Gesellschaftliche cleavage Strukturen; 3. das Wahlsystem.<sup>381</sup>

Der Transformationskonflikt zwischen der Opposition und dem Regime hat besonders in der Anfangsphase des Systemwechsels große Bedeutung, nimmt jedoch im Laufe der Zeit immer mehr ab. Wenn das alte Regime als gemeinsamer Gegenspieler wegfällt, ist eine Zersplitterung des oppositionellen Blocks entlang ideologischen und sozialen Differenzen wahrscheinlich.<sup>382</sup> Des Weiteren können auch persönliche Differenzen die Struktur des Parteiensystems beeinflussen, obwohl dies nur selten der Fall ist. Das Wahlsystem muss auf diese Punkte Rücksicht nehmen und so konstruiert werden, dass eine stabile und langfristige Koalitionsbildung zwischen verschiedenen Parteien möglich ist.

Es wurde schon darauf verwiesen, dass ein Mehrheitswahlrecht die Gefahr beinhaltet, größere Gruppen von Minderheiten politisch auszuschließen. Finden Minderheiten keine adäquate Repräsentanz oder Beteiligung an der politischen Macht, kann eine Entwicklung zu möglichen Vetomächten innerhalb der Demokratie erfolgen. Ein Verhältniswahlrecht kann sich günstiger auf die Stabilisierung des demokratischen Systems auswirken, sollte dafür aber über eine effektive Sperrklausel verfügen. Wenn dies nicht geschieht, sind im Parlament zahlreiche Parteien vertreten und eine stabile Regierungsbildung ist kaum möglich. In Polen zogen nach der Parlamentswahl 1991 29 Parteien und parteiähnliche Bewegungen ins Parlament ein.<sup>383</sup> Der anfängliche Wunsch, allen gesellschaftlichen Gruppen eine

---

<sup>381</sup> Vgl., ebd., S. 118.

<sup>382</sup> Vgl. Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt am Main 1994, S. 296.

<sup>383</sup> Vgl. Lundberg, Thomas: Political Transition in Hungary and Poland, Voting and Democracy Report 1995: <http://archive.fairvote.org/reports/1995/chp7/lundberg2.html>

parlamentarische Vertretung zu ermöglichen, rächte sich bald. Regierungskoalitionen hielten nicht lange, Abstimmungen wurden komplizierter und der demokratische Konsolidierungsprozess verlangsamte sich. Eine starke Fragmentierung der Parteienlandschaft mit einhergehender ideologischer Polarisierung spaltete nicht nur die Parteien, sondern auch die Gesellschaft. Die Weimarer Republik ist hierfür ein bekanntes Beispiel.

Um eine demokratische Konsolidierung zu fördern, sollten die Parteien links und rechts im politischen Spektrum nur geringe ideologische Distanzen aufweisen. Mit Blick auf die erste Demokratisierungswelle lässt sich festhalten, dass das Vorhandensein einer Antisystempartei, also einer Partei, die bewusst und aktiv gegen das demokratische System vorgeht, die Konsolidierung der Demokratie verlangsamen oder sogar aufhalten kann. Wolfgang Merkel weist jedoch richtigerweise darauf hin, dass mit Blick auf die Demokratisierung in Osteuropa die geringe gesellschaftliche Verankerung der Parteien eine größere Gefahr darstellt.<sup>384</sup>

Ein weiterer Schritt zur demokratischen Konsolidierung ist dann getan, wenn die Wählerwanderung zwischen den Parteien nur im geringen Maße stattfindet. Den Parteien muss es gelingen, sich als ein Mediator zwischen dem Staat und der Gesellschaft zu etablieren. Ist dies der Fall, führen Regierungswechsel nicht automatisch zu politischen bzw. gesellschaftlichen Krisen.

Neben den Parteien bedarf es auch eines breiten Netzwerks an Verbänden, um die Interessen zwischen Staat und Gesellschaft zu dirigieren. In Staaten, die in einer postautoritären Konsolidierungsphase stecken, ist das Angebot an Verbänden nur gering ausgeprägt. Im Zuge des Systemwechsels tritt eine weitreichende Differenzierung der Gesellschaft ein. Um aus dieser Differenzierung keine konstante gesellschaftliche Spaltung werden zu lassen, bedarf es der Organisation. „Erst die wechselseitige Akzeptanz und Organisierung der sozialen und wirtschaftlichen Interessen einer Gesellschaft befähigen diese zum kollektiven Handeln gegenüber konkurrierenden Interessen und dem Staat.“<sup>385</sup> Mittels organisierter Verbände gelingt es der Gesellschaft nicht nur, sich von zu starken staatlichen Einflüssen zu befreien, sondern sie führen auch zu einer politischen Entlastung des Staates an sich. Insbesondere in den ersten Jahren stehen das politische System und seine Akteure unter starkem Druck und kann ggf. schnell zerbrechen. Die Vermittlung und Mediation von Interessen ist zwingend notwendig, um das politische System nicht mit unzähligen Erwartungen zu bombardieren. Je

---

<sup>384</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 120.

<sup>385</sup> Ebd., S. 121.

weiter der Konsolidierungsprozess voranschreitet, desto wichtiger werden die Bedeutungen von Verbänden. Das Verbändesystem differenziert sich stärker aus und kann dadurch Interessen nachhaltiger artikulieren und vertreten.

#### **4.5.3.3. Verhaltenskonsolidierung**

Nicht nur der Zusammenbruch, sondern auch die Stabilisierung von demokratischen Systemen wird vom Verhalten zentraler Vetomächte bestimmt. Unter ihnen versteht man politische Akteure, die einen informellen Charakter haben. Dies bedeutet, dass sich ihr politisches Mandat nicht aus der Verfassung und der Struktur des politischen Systems ableitet. Beispielsweise können Militärs, große Industrievertreter, Großgrundbesitzer oder Terrororganisationen zu Vetomächten werden. Sie alle zeichnen aus, dass sie keine offizielle politische Funktion innehaben, aber über erhebliche Ressourcen oder Mobilisierungsfähigkeiten verfügen, die der demokratischen Konsolidierung entweder dienlich oder hinderlich sein können.

Informelle Akteure müssen Vertrauen haben, sowohl in die politischen Institutionen, als auch in die Parteien und Verbände, um die Konsolidierung der Demokratie nicht zu gefährden. Ist dies nicht der Fall bzw. sehen sie zentrale Interessen in Gefahr, können die Vetomächte aktiv gegen das demokratische System vorgehen. Banken können Kapital abziehen, Unternehmen schließen, oder Terrorgruppen Anschläge verüben. Dieses Verhalten erschwert den Konsolidierungsprozess bzw. kann ihn komplett stoppen.

Die Macht der Vetospieler nimmt ab, je stärker die Konsolidierung des demokratischen Systems und der offiziellen politischen Akteure voranschreitet. Dabei müssen die Vetomächte selbst keine demokratische Grundüberzeugung haben. Allerdings müssen ihre Systemalternativen keine Chance auf Akzeptanz bzw. Durchsetzung haben. Langfristig besteht jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass die rationale Zustimmung zur Demokratie sich in eine Unterstützung aus innerer Überzeugung umwandelt. Die Zusammenbrüche von demokratischen Staaten in den 1920er und 1930er Jahren zeigen jedoch auch, dass Vetomächte auch mit offiziellen politischen Akteuren zusammenarbeiten können, um die Demokratie abzuschaffen.

#### **4.5.3.4. Konsolidierung der Bürgergesellschaft**

Neben der Konsolidierung des demokratischen Systems und seiner offiziellen politischen Akteure und der Akzeptanz durch informelle Vetomächte bedarf es auch der Zustimmung der

Demokratie durch die Bevölkerung. Es muss eine „Staatsbürgerkultur“<sup>386</sup> herrschen, die das demokratische System nicht nur passiv, sondern auch aktiv unterstützt. Die Staatsbürgerkultur lässt sich in zwei Bereiche, die civic culture und die civil culture unterteilen.

Die civic culture setzt den Fokus auf die notwendigen Werte und Einstellungen bzgl. der demokratischen Konsolidierung. Almond und Verba<sup>387</sup> kommen dabei zu dem Ergebnis, dass die vorhandenen ideologischen Subkulturen einer Gesellschaft weitgehend ausbalanciert sein müssen. Unter ideologischen Subkulturen verstehen die beiden Autoren „population strata that are persistently oriented in one way toward policy inputs and outputs, but are ‚allegiantly‘ oriented toward the political structure.“<sup>388</sup> Als Beispiel beziehen sie sich auf die beiden großen Parteien in den USA. Sowohl der linke Flügel der Demokraten als auch der rechte Flügel der Republikaner haben erhebliche Differenzen in vielen Politikfeldern, akzeptieren jedoch beide das politische System der Vereinigten Staaten.

Ferner entwerfen Almond und Verba drei Idealtypen von politischer Kultur, zwischen denen ebenfalls eine Balance herrschen sollte. Zum einen die parochiale Subkultur. Diese umfasst den Wunsch der Bevölkerung nach einem zentralen Regierungssystem, welches die Herrschaftsansprüche einzelner Stämme, Dörfer und Clans zurückdrängt. In der integriert-passiven Subkultur geht es um die eigene Identifikation mit der Zentralregierung und der Befolgung von Anweisungen. Die demokratisch-partizipatorische Subkultur bezieht sich schließlich auf die aktive Teilnahme am politischen Prozess durch die Bevölkerung. Zwischen allen drei Bereichen sollte ein Gleichgewicht herrschen. In der Frühphase der demokratischen Konsolidierung kann ein Übergewicht an Partizipation zu Polarisierungen führen. Die frisch entstanden Institutionen werden dadurch belastet und Vetomächte können verunsichert werden. Je stärker jedoch der Konsolidierungsgrad der Demokratie ist, desto stärker sollte die Partizipation der Bürger zunehmen.

An den Gedanken der Bürgerbeteiligung knüpft die civil society an. Die Idee einer aktiven Zivilgesellschaft ist mehrere Jahrhunderte alt, unterscheidet sich jedoch bzgl. ihrer konkreten Ausgestaltung erheblich. So schreibt John Locke ihr eine Verteidigungsfunktion gegen staatlichen Freiheits- und Eigentumsberaubung zu.<sup>389</sup> Demgegenüber sieht Tocqueville in der Zivilgesellschaft eine wichtige demokratische Erziehungsfunktion. Sie lehren Toleranz,

---

<sup>386</sup> Merkel, Wolfgang und Heyne, Lea: Transformationsphasen, in: Merkel, Wolfgang und Heyne, Lea: Transformationsphase, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 738.

<sup>387</sup> Vgl. Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney: The Civic Culture, Newbury Park, California 1989.

<sup>388</sup> Ebd., S. 27.

<sup>389</sup> Vgl. Locke, John: Über die Regierung, Stuttgart 2008.

Vertrauen und Zuverlässigkeit. Durch sie kann auch späteres politisches Personal rekrutiert werden.<sup>390</sup>

Wie schon bei der civic society muss auch hier angeführt werden, dass ein zu hoher Grad an sozialen Bewegungen in der Anfangszeit der Demokratie die Konsolidierung behindern kann. Insbesondere dann, wenn soziale Bewegungen demokratische Entscheidungen massiv behindern, sind Konfliktsituationen unausweichlich. Das Bedrohungspotential nimmt jedoch im Laufe der Zeit immer weiter ab. „Insbesondere wenn politische und zivilgesellschaftliche Akteure sich in wechselseitiger Selbstbeschränkung immer wieder zur Kooperation bereitfinden, kann eine demokratisierte Zivilgesellschaft zur Legitimität und Effizienz der politischen Steuerung beitragen.“<sup>391</sup> Wenn die Zivilgesellschaft an diesem Punkt angekommen ist, hat sich die Demokratie konsolidiert. Der demokratische Staat ist dann gegen kurzfristige Krisen in politischen, ökonomischen oder auch sozialen Bereich immun.

#### **4.6. Besonderheiten der osteuropäischen Transformation**

Nach Samuel P. Huntington lassen sich drei große Demokratisierungswellen festhalten.<sup>392</sup> Die erste Welle dauerte von 1828 bis 1922. Wichtige Impulse kamen von der amerikanischen und französischen Revolution. Den Beginn legt Huntington auf 1828, da ab hier mehr als die Hälfte der weißen Männer in den USA wahlberechtigt waren, die Regierung in direkt wiederkehrenden Wahlen bestimmt wurde und eine Mehrheit im Parlament besitzen musste.<sup>393</sup> Mit Mussolinis Marsch auf Rom endete die Demokratisierungswelle und eine autokratische Gegenwelle setzte sich in Bewegung, die die Abkehr vieler Staaten vom demokratischen System zur Folge hatte. Noch während des Zweiten Weltkrieges begann die zweite Demokratisierungswelle (1943-1962) und führte zur Einführung der Demokratie in 25 Ländern, unter ihnen die ehemaligen Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan. Mit der Ablösung der autokratischen Regime in Spanien, Griechenland und Portugal begann ab 1974 die dritte große Demokratisierungswelle und dauerte bis 1995. In dieser Zeit wandelten sich 78 Staaten von einer Diktatur zur Demokratie, unter ihnen die kommunistischen Regime in Osteuropa und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion.<sup>394</sup>

---

<sup>390</sup> Vgl. Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1994.

<sup>391</sup> Merkel, Wolfgang und Heyne, Lea: Transformationsphasen, in: Merkel, Wolfgang und Heyne, Lea: Transformationsphase, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 738.

<sup>392</sup> Vgl. Huntington, Samuel P.: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. London 1991, S. 16.

<sup>393</sup> Vgl., ebd. S. 16.

<sup>394</sup> Vgl., ebd. S. 26.

Mit Blick auf die Transformation in Osteuropa lassen sich fundamentale Unterschiede in Bezug auf die erste und zweite Demokratisierungswelle feststellen, aber auch mit Blick auf die Transformationsstaaten der dritten Demokratisierungswelle in Südeuropa und Lateinamerika. Zum einen weisen sie eine andere Ausgangslage auf. Zum anderen ist ihr Ergebnis vielschichtiger. Von 28 ehemaligen kommunistischen Staaten gelang es nur einer Minderheit, stabile demokratische Systeme zu errichten. Die Mehrheit entwickelte sich zu defekten Demokratien oder Mischsystemen. Jon Elster<sup>395</sup> und Claus Offe<sup>396</sup> haben für die osteuropäischen Transformationsstaaten das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ attestiert. Dies bedeutet, dass die osteuropäischen Staaten mit zwei Transformationsvorgängen zur selben Zeit konfrontiert waren: die politische Transformation (Wechsel von der Diktatur zur Demokratie) und die wirtschaftliche Transformation (Umbau der Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft). Für die Nachfolgestaaten der UdSSR und somit auch für die Ukraine ergab sich ein drittes Problem, jenes der staatlichen Transformation, bei dem die (Neu)Gründung eines eigenen Nationalstaates erfolgen sollte.

Für diese komplexen Vorgänge gab es keine historischen Vorbilder. Ebenso fehlte es einer Theorie, welche das Ausmaß der Ereignisse hätte einordnen können. Dies lag nicht zuletzt daran, dass der massive Umbruch in Osteuropa in den Jahren 1989/1990 von kaum einem Politiker oder Wissenschaftler vorhergesehen wurde. Die anstehende Transformation in Osteuropa und ihre komplexe Einzigartigkeit sollte sich zu einer der größten Herausforderungen des 20. Jahrhunderts entwickeln. Im Folgenden soll daher auf die Probleme der Nationalstaatsbildung, der politischen Transformation und der wirtschaftlichen Transformation eingegangen werden.

#### **4.6.1. Staatsbildung**

Zu Zeiten der Sowjetunion gab es bereits viele Konflikte in Bezug auf Nationalitäten und Identitäten. Mit dem Zerfall des Multinationenstaates drohte die Gefahr, dass diese Konflikte in gewalttätige Auseinandersetzungen umschlagen könnten. Der Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien zeigte dies eindeutig. Eine frühe Destabilisierung des Staates kann bereits dann erfolgen, wenn es Streit über die territorialen Grenzen gibt. Wie schon in vorherigen Kapiteln erläutert, können Konflikte zwischen Minderheiten und verschiedenen Nationalitäten die Autorität des Staates untergraben und den Transformationsprozess erheblich schaden. Bereits

---

<sup>395</sup> Vgl. Elster, Jon: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform, in: Palszajski, Piotr (Hrsg.): Philosophy of Social Choice, Warschau 1990, S. 309-316.

<sup>396</sup> Vgl. Offe, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, Merkur Jahrgang. 45, Vol. 4, 1991, S. 279-292.



John Stuart Mill weist daraufhin, dass „unter einer Bevölkerung ohne ein gemeinschaftliches Gesamtgefühl, besonders wenn sie in verschiedenen Sprachen liest und spricht, [eine] [...] einheitliche öffentliche Meinung nicht bestehen [kann]“. <sup>397</sup>

Insbesondere in der Übergangsphase können frühere Konflikte aufbrechen und den Demokratisierungsprozess gefährden. Die Sowjetunion war eine Mischung aus zahlreichen nationalen, ethnischen und linguistischen Gruppen. Mit dem Niedergang der UdSSR suchten die verschiedenen Gruppierungen den Weg in die Eigenstaatlichkeit. In der Mehrzahl der Transformationsstaaten wurden die Territorialfragen friedlich und innerhalb kürzester Zeit gelöst.

Innerstaatlich standen die Nachfolgestaaten der Sowjetunion vor der Herausforderung, staatliche Strukturen neu zu errichten. Staatliche Organe, Justiz, Polizei, Verfassung, Verwaltungen und öffentliche Dienste wurden innerhalb kürzester Zeit geschaffen bzw. komplett umgebaut. In Westeuropa hatte der Prozess des Aufbaus und Wandel von Institutionen mehrere Jahrzehnte, wenn nicht sogar Jahrhunderte in Anspruch genommen. Die osteuropäischen Staaten standen vor der Herausforderung, diese Strukturen von heute auf morgen ins Leben zu rufen, oder die alten weiter zu führen

Eines der größten Probleme bestand darin, eine eigene Staatskultur aufzubauen. Die Bevölkerung in dem neuen Staatsgebiet musste über das Gefühl der Zugehörigkeit dazu gebracht werden, sich mit dem neuen Staat zu identifizieren. Diese Zugehörigkeit konnte nicht nur auf der Ablehnung des früheren sowjetischen Staates beruhen, sondern musste eine ggf. frühere Geschichte und Eigenstaatlichkeit betonen und eine eigene nationale Erzählung schaffen.

#### **4.6.2. Politische Transformation**

Das politische System der früheren sozialistischen Staaten zeichnete sich durch ein Einparteiensystem aus. Eine aktive und kritische Zivilgesellschaft gab es faktisch nicht. Die politische Gemeinschaft wurde ausschließlich durch den Parteiapparat der kommunistischen Parteien dargestellt. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR mussten in zahlreichen Staaten neue Verfassungen ausgearbeitet werden. Merkel verweist richtigerweise auf die Notwendigkeit einer vorhandenen politischen Gemeinschaft und einer gemeinsamen

---

<sup>397</sup> Mill, John Stuart: Betrachtungen über Repräsentativ-Regierung, Gesammelte Werke Bd. 8, Leipzig 1872, S. 222.

politischen Identität, um eine gültige Verfassung ausarbeiten zu können.<sup>398</sup> In Westeuropa hatte dieser Prozess lange Zeit in Anspruch genommen. Demgegenüber waren in der Sowjetunion keinerlei Strukturen vorhanden, welche die Herausbildung einer Zivilgesellschaft erlaubt hätten.

Mit der Neugründung der postsowjetischen Staaten bestand die Gefahr, dass die Ausarbeitung der Verfassung und der Aufbau der politischen Gemeinschaft nach strategischen Interessenslagen gesteuert wurden. Die politischen Akteure bestimmten bei der Erstellung der Verfassung die Regeln, nach welchen sie anschließend zu handeln hatten. Hierbei war die Chance groß, dass ein oder mehrere Parteien bzw. Politiker versuchten, Kontrahenten zu benachteiligen oder sich selbst einen Vorteil zu verschaffen. Die Politiker und Parteien bestimmen bei Verfassungsausarbeitung nicht nur über die Verfassungsnormen, sondern auch, „wer durch den Erhalt der vollen Bürgerrechte überhaupt berechtigt ist, unter gleichen Bedingungen mitzuspielen.“<sup>399</sup> Das Denken in ethnonationalistischen Kategorien kann hierbei schnell eintreten, was im Falle der baltischen Staaten auch der Fall war und zu einer Diskriminierung der russischen Bevölkerung führte. Die sowjetischen Nachfolgestaaten waren somit davon bedroht, die Verfassung nach parteiischen Interessen auszuarbeiten und nicht nach objektiven Gesichtspunkten und dem Aspekt des Allgemeinwohls.

#### **4.6.3. Wirtschaftliche Transformation**

Der Niedergang des Ostblocks hatte zum einen politische Ursachen, zum anderen lagen die Ursachen jedoch auch in der wirtschaftlichen Situation der kommunistischen Staaten. Neben dem Umbau des politischen Systems bedurfte es gleichzeitig eines grundlegenden Umbaus der wirtschaftlichen Ordnung. Die vorherige sozialistische Planwirtschaft musste zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft gewandelt werden. Betriebe wurden privatisiert und eine Unternehmerkultur aufgebaut. Der Arbeitsmarkt wurde komplett umgestellt, bei gleichzeitigem Versuch, die Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten. Die Preise waren nicht mehr staatlich vorgegeben, sondern dem Wettbewerb des Marktes freigegeben. Es mussten Anreize für ausländische Kapitalgeber geschaffen werden.

In Westeuropa hat sich dieser Prozess über Jahrhunderte hingezogen. Osteuropa musste jene Entwicklung jetzt innerhalb kürzester Zeit nachholen. Die Einführung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen musste ironischer Weise von staatlichen Strukturen und Akteuren

---

<sup>398</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 328.

<sup>399</sup> Ebd., S. 329.

vorgenommen werden. Das Gewicht von einzelnen Verantwortlichen und ihren Entscheidungen war für das Gelingen oder Scheitern der Reformen extrem hoch.

Mittels politischer Weichenstellung mussten Voraussetzungen geschaffen werden, um Unternehmer anzulocken und dem Problem des Kapitalismus ohne Kapitalisten zu entkommen. Zur selben Zeit mussten eventuelle Versorgungslücken für die Bevölkerung geschlossen werden. Da die Misswirtschaft der ehemals kommunistischen Staaten der Bevölkerung präsent war und der Westen als Sieger des Kalten Krieges hervorging, wurde der Kapitalismus als die bessere Alternative und eine Garant für schnellen Wohlstand für alle angesehen. „[Allerdings] folgten die Entscheidungsträger mit der Art und Weise der Privatisierung oftmals nicht dem Gesamtwohl, sondern dem Bereicherungsinteressen weniger, die zu Beginn der Transformation über besondere Informationen, politisches und ökonomisches Kapital und (meist) über hinreichende kriminelle Energie verfügten.“<sup>400</sup>

Der Wechsel von einem Wirtschaftssystem zum anderen verläuft kaum ohne einen Zeitraum des ökonomischen Niedergangs. Wachsende Zahl an Arbeitslosen, absinkende Lebensstandards, Verarmung und Abstiegsängste sind die Folge. Wenn der ökonomische Aufschwung zu lange auf sich warten lässt oder nicht die Mehrheit der Menschen erreicht, leidet nicht nur das Ansehen der Marktwirtschaft, sondern auch die Stabilität der aufzubauenden Demokratie. Das Beispiel der Weimarer Republik zeigt, dass wirtschaftliche Fehlentwicklungen direkt auf das politische System übertragen werden und es delegitimieren. Auf der anderen Seite lässt sich anhand der BRD zeigen, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung und „Wohlstand für alle“ sich direkt auf die Anerkennung des demokratischen Systems niederschlagen.

Anfang der 1990er Jahre gab es zwei Vorstellungen, wie der wirtschaftliche Umbau erfolgen sollte. Auf der einen Seite standen die Vertreter der schnellen und radikalen Reformen. Wirtschaftliche Reformen sollten innerhalb kürzester Zeit umgesetzt werden und ein sozialer Abstieg schnell und schonungslos erfolgen. Das Ziel besteht darin, die Auswirkungen der Marktwirtschaft freizusetzen und dadurch wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand nach kurzer Zeit zu generieren. Dieses Szenario beinhaltet jedoch das Risiko, dass ein massiver sozialer Abstieg zu großen politischen Protest führt und sich auf Stabilität der Demokratie auswirkt.

Auf der anderen Seite existiert die Idee einer langfristigen, gemäßigten Wirtschaftsumstellung. Die sozialen Verwerfungen wären zwar geringer, würden allerdings

---

<sup>400</sup> Saliba, Ilyas und Merkel, Wolfgang: Dilemmata der Gleichzeitigkeit, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 519.

länger dauern, was daran liegt, dass der Erfolg von Reformen erst nach längerer Zeit sichtbar wird. Es ist offen, wie lange die Bevölkerung bereit ist, einen abgemilderten sozialen Abstieg hinzunehmen.

So oder so ist die wirtschaftliche Transformation zwangsläufig an die politische gekoppelt und umgekehrt, denn letztendlich ist die Umstellung der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft „ein politisches Projekt“<sup>401</sup>. Die Erfahrungen der osteuropäischen Staaten zeigen, dass verschiedene Parteien dieses politische Projekt unterschiedlich weit und schnell voranbringen wollten. Die Angst vor einer möglichen Abwahl bei zu starken sozialen Verwerfungen veranlasste manche Regierung, den Wirtschaftsumbau zu verlangsamen oder den Status quo beizubehalten. Einen Königsweg für die wirtschaftliche Transformation lässt sich nicht feststellen.

---

<sup>401</sup> Ebd., S. 524.

## **5. Überblick der ukrainischen Geschichte**

Spätestens seit der gewaltsamen Eskalation in der Ostukraine ist das Interesse an der Ukraine, ihrer Politik, Gesellschaft und Geschichte stark angestiegen. Neben wissenschaftlichen Untersuchungen diskutieren auch Medienberichterstatter und Talkshows die Ereignisse in der Ukraine. Nicht selten wird dabei der Fokus auf die jüngsten historischen Entwicklungen geworfen. Längere historische Entwicklungen, die nicht nur die neuzeitliche Geschichte einbeziehen sondern auch die Zeit der Sowjetunion und die ihr vorausgehende Geschichte, werden häufig ausgeblendet bzw. nur marginal berücksichtigt. „Alte Stereotype bezeichnen das gesamte ukrainische Volk, das im Zweiten Weltkrieg mit den Nazis kollaboriert habe, als antisemitisch. Die Ukraine wird als geschichtslose Nation, als kleinrussisches Brudervolk und somit künstliche Nation verstanden.“<sup>402</sup> Dabei wird gewollt oder ungewollt die Geschichte der Ukraine, welche mehr als 1000 Jahre beträgt, abgewertet und heruntergespielt. In jedem Land ist das historische Erbe eines Landes wichtig, sowohl für die Gegenwart als auch für die Zukunft. Die ukrainische Politik und die Entwicklung des Landes kann nur verstanden werden wenn das kollektive Gedächtnis weitreichend betrachtet wird. „Von besonderer Relevanz ist das imaginierte historische Erbe für nationale Narrative, für die Konstruktion einer nationalen Ideologie, die mit anderen nationalen Erzählungen korrigieren.“<sup>403</sup>

### **5.1. Geographische Einordnung**

Das Besondere an der Geschichte eines Landes ist, dass sie sich nicht nur in einem zeitlich begrenzten Rahmen bewegt, sondern auch einem klar definierten Raum. Dabei ist die Geographie eines Landes nicht starr. Sie verändert sich im Lauf der Jahre und weist eine eigene Geschichte auf. Für die Ukraine ergeben sich dabei eigene Besonderheiten. Räumlich liegt das Land in der Tiefebene Osteuropas und zeichnet sich durch eine große Offenheit aus. Als Ausnahme können die Karpaten an der Westgrenze des Landes angesehen werden. Darüber hinaus gibt es auch die Ansicht, dass die Sumpfgebiete um den Prypjat im Nordwesten zu Weißrussland eine natürliche Grenze bilden. Der Großteil des Landes grenzt an die Steppe. „Die Lage am Steppenrand ist denn auch ein Grundelement der ukrainischen Geschichte, das manifest wurde sowohl im ständigen Einfall der Reiternomaden, wie in der

---

<sup>402</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 12.

<sup>403</sup> Kappeler, Andreas: Das historische Erbe der Ukraine – Schichten und Elemente: Ein Essay, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand, Bonn 2010, S. 9.

Vermittlung zwischen Sesshaften und turko-tatarischen islamischer Welt.“<sup>404</sup> Folglich wurde die Ukraine über viele Jahrhunderte der Schauplatz von kriegerischen Auseinandersetzungen.

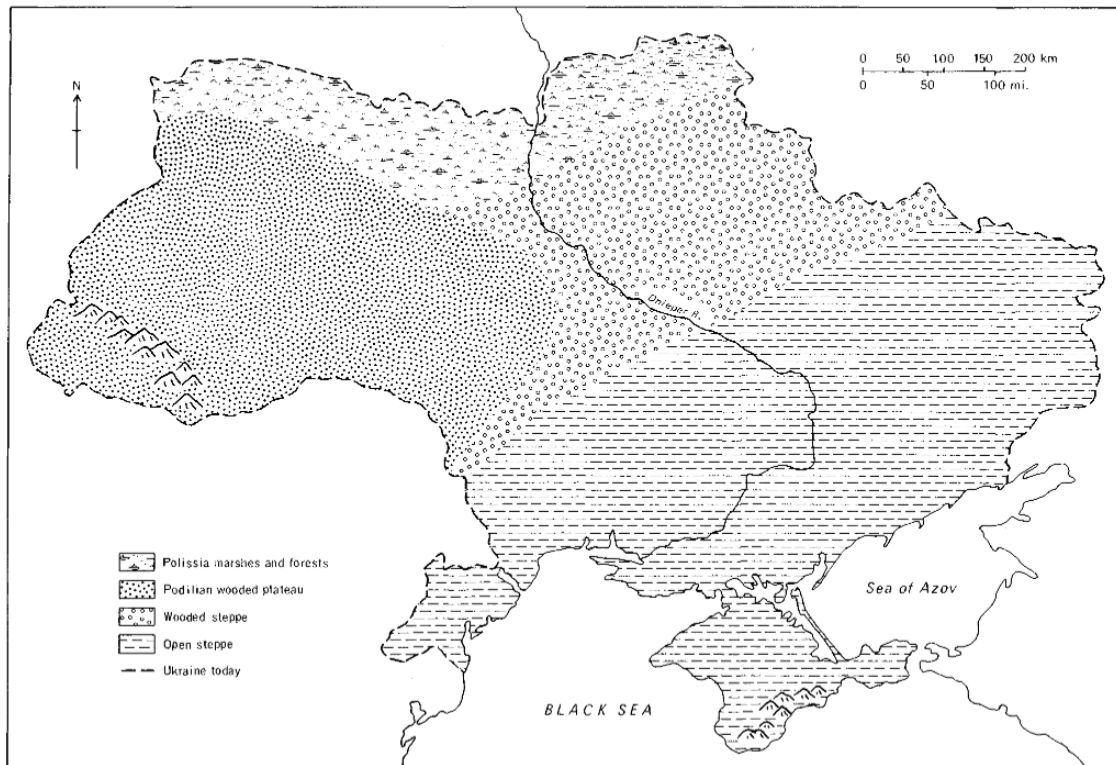


Abb. 4: Geografische Zonen der Ukraine, Quelle: Subtelny, Orest: Ukraine – A History, fourth edition, Toronto 2009, S. 4.

Auch in religiöser Hinsicht nahm das Land lange Zeit eine Grenzfunktion wahr. Die Einflussgebiete der orthodoxen Kirche, mit ihrem Haupteinflussgebiet in Russland und die der römisch-katholischen Kirche stießen in der Ukraine zusammen.

Die Siedlungen der Slaven gingen bis zum 18. Jahrhundert nicht über den Steppenrand hinaus. Der Zugang zum Schwarzen Meer und damit der Beteiligung am Fernhandel blieb der Ukraine lange verwehrt. Diese hemmte die wirtschaftliche Entwicklung. Erst mit der Gründung der Hafenstadt Odessa durch Katharina die Große bekam die Ukraine einen dauerhaften Zugang zum Schwarzen Meer.

Die Böden der Ukraine sind sehr fruchtbar. Das Klima des Landes begünstigt den Ackerbau, da die Vegetationsperioden länger andauern als die vom weiter nördlich gelegenen Russland. In Abgrenzung zu West- und Mitteleuropa ist der Winter viel kälter. Bis in das 20. Jahrhundert war die Ukraine überwiegend durch die Landwirtschaft und bäuerliche Verhältnisse geprägt.

<sup>404</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 17.

Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Bodenschätze des Landes erschlossen. Eisenerz und Steinkohle wurden überwiegend gefördert. Der Südosten der Ukraine entwickelte sich dadurch rasch zu einem Schwerindustrialgebiet. Nicht nur für das Russische Reich sondern auch für die Sowjetunion, war diese Region von elementarer Bedeutung. Auf der anderen Seite verfügt das Land über keine eigenen Gas- und Erdölvorkommen, was zur Abhängigkeit von Russland geführt hat, die bis heute andauert.

Die Flüsse der Ukraine spielten bei der historischen Entwicklung des Landes eine wichtige Rolle. Der Dnjepr ist der größte Fluss der Ukraine und nach der Wolga und der Donau der drittgrößte auf dem europäischen Kontinent. Er teilt das Land in zwei Hälften und war über Jahrhunderte ein wichtiger Handelsweg zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer.

## **5.2. Definition Ukraine**

Eine exakte Datierung auf den erstmaligen Gebrauch des Begriffs Ukraine ist nicht möglich. Im 12. und 13. Jahrhundert wurde die Bezeichnung gewählt, um die Grenzregion des Kiever Reiches zu beschreiben. Anhand der Abbildung 5 lässt sich erkennen, dass die Südgrenze der Kiever Rus auf dem Gebiet der heutigen Ukraine liegt. Der Begriff „Ukraine“ war über viele Jahrhunderte ein Synonym für die „Scheidelinie zwischen sesshaften Ackerbauern und Reiternomaden.“<sup>405</sup> Mit dem Beginn des 17. Jahrhunderts begann langsam eine Ausweitung des Begriffs der Ukraine. Neben der Bezugnahme auf die Kosaken wurde die Bezeichnung auch vermehrt für das Volk und die Sprache verwendet. An dieser Stelle lässt sich ein weiterer Unterschied zwischen der westeuropäischen Nationsgeschichte und der ukrainischen festmachen. So waren beispielsweise die Bewohner Germaniens stets die Germanen. Die Ukraine war lange Zeit nur eine Bezeichnung für eine geographische Region, während noch bis ins 17. Jahrhundert die dortigen Bewohner unter dem Kollektivbegriff Rus‘ zusammengefasst wurden. Sowohl die litauische als auch polnische Herrschaft benutzt die Bezeichnung Rus‘, um die eigene Bevölkerung und damit auch jene der Ukrainer und Weißrussen beschreiben. „In den ukrainischen Gebieten, die nicht unter russischer Herrschaft standen, blieben die Begriff Rus‘ und Rusyn bis ins 20. Jahrhundert lebendig, in der Karpaten-Ukraine bis zum heutigen Tag.“<sup>406</sup>

Neben dieser Bezeichnung gab es auch den Begriff der Ruthenen, welche die Deutschen benutzten, um sowohl Weißrussen als auch Ukrainer zu beschreiben. Im Moskauer Reich

---

<sup>405</sup> Kappeler, Andreas: Das historische Erbe der Ukraine – Schichten und Elemente: Ein Essay, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand, Bonn 2010, S. 10.

<sup>406</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 21-22.

wurden die Ostslawen als Moskowiter bezeichnet oder auch Russia als Oberbegriff für alle Slawen. Zur selben Zeit war das Wort Rus‘ und die Adjektivbezeichnung russisch ebenfalls weitverbreitet, um den Staat und die darin lebende Bevölkerung zu umschreiben. Nach Angliederung des Hetmanats entstand der Begriff „Kleinrussland“ in der Ukraine. Diese Bezeichnung wurde im Russischen Reich zum offiziellen Terminus erhoben, fand aber unter den Ukrainern selbst wenig anklang, der er als herabwürdigend angesehen wurde.



Abb. 5: Reich der Kiever Rus' im 11. Jahrhundert, Quelle: <https://02varvara.wordpress.com/2010/02/07/a-map-of-kyivan-rus-in-the-eleventh-century/>

Eine zentrale Veränderung der Wahrnehmung der Ukraine, insbesondere im Ausland, erfolgte durch den französischen Kartografen und Militäringenieur Guillaume le Vasseur de Beauplan.



Dieser veröffentlichte 1650 sein Werk „Description d’Ukraine“<sup>407</sup>, in welchem er eine intensiv die Lebensweise der Menschen beschreibt und eine detaillierte Karte<sup>408</sup> entwarf.

Mit der ukrainischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts wurden die Begriffe Ukraine und Ukrainer als dessen Bewohner weiter forciert. Der im Zuge des Ersten Weltkrieges entstandene Nationalstaat bezeichnete sich folglich als ukrainisch. Als die Ukraine 1922 Teil der Sowjetunion wurde, behielt sie die Bezeichnung ukrainisch.

Die Benutzung der Termini Ukrainer, Kleinrussen oder Ruthenen war über viele Jahre politisch motiviert. Ein überwiegender Teil der Ukrainer beharrt auf der Bezeichnung Rus‘, um eine Kontinuitätslinie von der Kiever Rus‘ bis zur heutigen Zeit zu ziehen. Auf der anderen Seite geht auch darum, eine deutliche Abgrenzung mit Blick auf die Großrussen des moskowitzischen Reiches zu erheben. Demgegenüber legt die Regierung des russischen Zarenreiches Wert auf den Begriff der Kleinrussen, um hierdurch eine unumstößliche Zugehörigkeit und Verbundenheit zum allrussischen Volk zu untermalen.

### **5.3. Geschichte der Ukraine**

Die ältesten Zeichen menschlichen Lebens in der heutigen Ukraine reichen 150.000 Jahre zurück. Über die Schwarzmeerregion und den Kaukasus gelangten die ersten Menschen in dieses Gebiet. Zwischen 5.000 und 4.000 v. Chr. entwickelten sich die ersten Siedlungen, um Ackerbau zu betreiben. Als einer der ersten Geschichtsschreiber befasste sich Herodot mit der Ukraine. Er beschrieb die Bewohner, die Skythen, als kriegerische Reiter, die vor allem geübt waren in dem Umgang mit dem Bogen.<sup>409</sup> Herodot ging noch weiter und hob die wichtige Stellung des Dnjepr hervor. Der Dnjepr sei der „fruchtbarste, da er die schönsten und dem Vieh zuträglichsten Weiden hat [...] sein Wasser schmeckt sehr süß, und er ist klar, die anderen aber sind trübe; das vortrefflichste Korn wächst an seinen Ufern, und da, wo kein Korn gesät wird, sehr hohes Gras.“<sup>410</sup> Diese Beschreibungen gab Herodot, ohne jemals selbst in der Region gewesen zu sein. Die Ukraine und ihre Deskription durch Herodot spielte für die Identitätsfindung der westlichen Welt eine wichtige Rolle. Herodots Welt hatte als Ausgangspunkt die griechischen Stadtstaaten und umfasste weite Teile Ägyptens, Vorderasiens und der ukrainischen Steppe. „If Egypt was a land of ancient culture and philosophy to study and emulate, the territory of today’s Ukraine was a quintessential frontier

---

<sup>407</sup> Vgl. le Vasseur de Beauplan, Guillaume: Description d’Ukraine qui sont plusieurs Provinces du Royaume de Pologne, Rouen 1650.

<sup>408</sup> Ein Zugriff auf die digitalisierte Variante der Karte findet sich hier:

<https://www.loc.gov/resource/g7100.ct000383/>

<sup>409</sup> Vgl.: Gerlach, Thomas und Schmidt, Gert: Ukraine – Zwischen den Karpaten und dem Schwarzen Meer, 11. aktualisierte Auflagen, Berlin 2011, S. 298.

<sup>410</sup> Güthling, Otto (Hrsg.): Die Geschichten des Herodotos, Buch 4, Melpomena, Leipzig 1885, S. 53.

where Greek civilization encountered its barbaric alter ego. It was the first frontier of a political and culture sphere that would come to be known as the Western world. That is where the West began to define itself and its other.”<sup>411</sup>

513 v. Chr. zog Dareios I. in einem Feldzug gegen die Skythen. Diese vermieden es jedoch, sich dem Perserkönig und seiner Armee im offenen Feld zu stellen und benutzten die Taktik der verbrannten Erde, um ihn sieglos zum Rückzug zu zwingen. Ab 340 v. Chr. gerieten die Skythen in militärische Konflikte mit dem aufstrebendem Makedonien. Hierdurch wurde das Reitervolk stark geschwächt. Gleichzeitig drängte das Nomadenvolk der Sarmaten von Osten her in die Ukraine und führten zum endgültigen Untergang der Skythen. Vom 2. Jh. v. Chr. bis zum Ende des 2. Jh. n. Chr. waren die Sarmaten die zentralen Herrscher im Bereich der heutigen Ukraine. Allerdings waren die Sarmaten in sich zerstritten und bekämpften sich gegenseitig. Das Vorrücken der Goten von Norden her ab dem Jahr 200 und der Einfall der Hunnen ab dem 3. Jahrhundert, brachte die Herrschaft der Sarmaten zu einem schnellen Ende. Die einsetzende Völkerwanderung fand ihren Ursprung nicht nur in der heutigen Ukraine, sondern umfasste auch weite Teile von dessen Bevölkerung.

### **5.3.1. Slawen**

„Overshadowed by the spectacular conquests of the nomads and by the sophisticated civilization of the coastal cities, the obscured population of Ukraine's northern forests, meadows, and river banks seemed for ages to be little more than a human backdrop for the fast-moving developments in the south. By the 6th century AD, however, these agrarian peoples began to make their presence felt more forcefully as the focal point of historically significant activity in Ukraine shifted slowly, yet inexorably, from the sea coast and the steppe to the wooded flatlands.”<sup>412</sup>

Die Slawen hatten ihren Ursprung im Gebiet nördlich der Karpaten und begannen ab dem 6. Jahrhundert, sich auszubreiten. Im Unterschied zu anderen Nomaden waren die Slawen friedlicher. Neue Gebiete erschlossen sie als Kolonisten und nicht als Eroberer.

---

<sup>411</sup> Plokyh, Serhii: The Gates of Europe – A History of Ukraine, New York 2015, S. 3.

<sup>412</sup> Subtelny, Orest: Ukraine – A History, fourth edition, Toronto 2009, S. 19.



Abb. 6: Slawische Verteilung, Quelle: Subtelny, Orest: Ukraine – A History, fourth edition, Toronto 2009, S. 20.

Die Ausbreitung der Slawen erfolgte langsam, aber kontinuierlich. Dies führte dazu, dass die Slawen unter sich stets in Kontakt blieben und kulturelle Traditionen über große Gebiete erhalten blieben. Dennoch ging mit der territorialen Ausbreitung langsam eine Zersplitterung der slawischen Stämme einher. Nicht zuletzt anhand der Sprachgemeinschaft entstanden ab dem 6. Jahrhundert drei Untergruppen von Slawen: Westslawen, Südslawen und Ostslawen. Zu den Westslawen zählen die heutigen Länder Polen, Tschechien und die Slowakei. Bulgarien, Mazedonien und Serbien gehören zu der Gruppe der Südslawen. Aus den Ostslawen gingen die Ukrainer, Russen und Belarussen hervor.



Abb. 7: ostslawische Stämme, Quelle: Subtelny, Orest: Ukraine – A History, fourth edition, Toronto 2009, S. 4.

Ab dem 7. Jahrhundert lag das Hauptgebiet der Ostslawen östlich des Dnjepr. Die damaligen Siedlungen waren sehr klein und umfassten nur wenige Häuser. Eine zentrale politische Führungspersonlichkeit gab es nicht. Die verschiedenen Clans und Stämme trafen meistens durch einen Konsens eine gemeinsame Entscheidung. „Although eventually a class of tribal leaders called ‘kniazzi’ did emerge, socioeconomic differentiation did not appear to be great among the tribesmen, who considered land and livestock to be the communal property of extended families.“<sup>413</sup>

<sup>413</sup> Ebd., S. 21.

Mit dem Beginn des 8. Jahrhunderts entwickelte sich ein enges Handelsgeflecht mit den Ländern des arabischen Raums. Aus dem Orient wurden Metalle und Schmuck geliefert im Austausch gegen Wachs, Honig und Felle. Das Turkvolk der Chasaren gründete im späten 8. Jahrhundert ein eigenes Khaganat. Ihr Haupteinflussgebiet lag an der Nordgrenze des Kaukasus und erstreckte sich über Teile des heutigen Kasachstan, Südrussland und der Ukraine. Die jüdische Religion spielte eine wichtige Rolle in diesem Handelsimperium. Durch das Chasarenreich konnte der Handel mit der arabischen Welt und vor allem mit dem Byzantinischen Reich weiter gefestigt werden. Gleichzeitig mussten aber auch einige Stämme der Ostslawen Tribut zahlen an die Handelsmacht im Osten.

Ab dem 9. Jahrhundert nahm der Einfluss der Waräger erheblich zu. Die Waräger waren eine im finnischen Raum ansässige Gruppe von Händlern und Kriegern. Einige Historiker ziehen Parallelen zu den Wikingern bzw. setzen sie mit ihnen gleich. Um die Bedeutung und den Einfluss der Waräger gibt es zahlreiche Debatten. Es ist historisch belegt, dass 862 durch den Waräger Rurik die Nowgoroder Rus gegründet wurde. Die Erklärung des Begriffs Rus' konnte bis heute nicht endgültig geklärt werden. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass das ukrainische Geschichtsbild stark mit diesem Begriff verknüpft ist. Eine zentrale These besagt, dass das Wort Rus' vom finnischen Begriff Ruotsi kam, der von den Finnen benutzt wurde, um ihre schwedischen Nachbarn zu beschreiben, welches sich wiederum vom schwedischen Wort *rodr* ableitet und rudern bedeutet. Da die Waräger Ruderboote benutzten, um auf den Flüssen nach Kiew zu fahren und Handel zu treiben, wurde der Begriff auf die Region um Kiew übertragen. Diese Version wird jedoch von ukrainischen Historikern abgelehnt, da dies bedeuten würde, dass die Kiewer Rus' eine Gründung von externen Mächten sei und kein Produkt der Ostslawen. Eine andere Variante geht davon aus, dass der Begriff Rus' vom Fluss Ros stammt. Nicht zuletzt wird auch die Ansicht vertreten, wonach das Wort vom sarmatischen Stamm der Roxolanen abgeleitet wurde und auf das iranische Wort *rhos*, was Licht bedeutet, zurückzuführen ist. Keine der Erklärungen konnte sich bis heute durchsetzen. Bezugnehmend auf die Benutzung des Begriffs Rus' kann jedoch festgehalten werden, dass es gebraucht für „(1) a people, that is, the Varangians/Scandinavians; then to (2) the territory of the Polianians in central Ukraine; and eventually to (3) the political entity that came to be called Kievan Rus'." <sup>414</sup> Der Historiker Omeljan Pritsak vertritt die Ansicht, dass die Frage der ethnischen Wurzeln der Kiewer Rus' irrelevant sei, da diese ein Produkt verschiedener

---

<sup>414</sup> Ebd., S. 23.

Ethnien und Sprachen sei, welche das Ziel verfolgt, die Handelswege zwischen Ostsee und Schwarzem Meer zu kontrollieren.<sup>415</sup>

Der Einfluss der skandinavischen Händler und Krieger auf die Kultur und die gesellschaftliche Konstruktion der Ostslawen wird heute von vielen Historikern als minimal angesehen. Dennoch muss attestiert werden, dass ein wichtiger Impuls zur Bildung von Herrschaftsgebieten durch die Ostslawen in der heutigen Ukraine durch die Waräger kam. „Sie stellten die Herrscherdynastie der Rurikiden, deren erste historische Gestalten Oleg (Helgi), Igor (Ingvar) und Olga (Helga) noch germanische Namen hatten, während der nächste Fürst Svjatoslav schon einen slawischen Namen trug.“<sup>416</sup> Noch bevor die Christianisierung einsetzte, konnten sich feste Herrschaftsgebiete ausbilden. Die Stammesfürsten erklärten sich zu Fürsten und Großfürsten.

Der Aufstieg Kiews in diesem Zusammenhang zu einer wichtigen Handelsstadt und dem späteren Machtzentrum der Kiewer Rus' ist vor allem ein Ergebnis seiner strategisch günstigen Lage. Kiew lag an der Grenze verschiedener Kulturzonen und zweier Klimazonen. Im Norden gab es große Waldgebiete, während an der Südgrenze der Stadt die Steppe beginnt. Die Lage am Dnjepr war ein idealer Standort, um von dort den Handel nach Norden Richtung Nowgorod und nach Süden über das Schwarze Meer nach Byzanz zu koordinieren. Kiew konnte sich so als guter Knotenpunkt zwischen verschiedenen Handelsnetzen entwickeln.

Das eigentliche Gründungsjahr der Kiewer Rus' lässt sich auf 882 n. Chr. datieren. In diesem Jahr eroberte Fürst Oleg Kiew und verlegte die Hauptstadt dorthin. „Die Kiewer Rus erstreckte sich von der Grenze des ‚Wilden Feldes‘ im Süden Kiews bis nach Wladimir-Suzdal im Norden, über das westukrainische Halicz, Brest und Grodno im Westen und musste sich im Osten gegen die permanente Bedrohung aus den Steppengebieten erwehren.“<sup>417</sup> Doch darf die Macht der Kiewer Rus' nicht überbewertet werden. Einen absoluten und weitreichenden Machanspruch konnten die Herrscher der Kiewer Rus' nie erlangen, anders als das Moskauer Reich, das sich später im Norden gründete. Die einzelnen Fürstentümer behielten weite Teile ihrer regionalen Macht und waren stets bemüht, die eigene Macht auszubauen. Lediglich bei militärischen Feldzügen gegen externe Feinde und Tributzahlungen konnte der Großfürst von Kiew auf Gehorsam hoffen.

---

<sup>415</sup> Vgl. Pritsak, Omeljan: *The Origin of Rus'*, Cambridge 1981, S. 8-33.

<sup>416</sup> Kappeler, Andreas: *Geschichte der Ukraine*, Bonn 2015, S. 29.

<sup>417</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: *Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine*, Bonn 2015, S. 14.

Eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte der Kiewer Rus' und im historischen Gedächtnis der Ukraine fand im Jahr 988 statt. Fürst Wladimir I. ließ sich orthodox taufen. Die Gründe dafür waren politisch-strategischer Natur. Durch die Taufe konnte Wladimir die Schwester des Byzantinischen Kaisers zur Frau nehmen. Die Vermählung mit einer Purpurborenen ermöglichte es der Kiewer Dynastie, in andere Adels- und Königshäuser einzuheiraten.

Die Orthodoxie wurde zum Staatsglauben erklärt. Für einige Zeit existierten das orthodoxe Christentum und die heidnischen Religion nebeneinander. Die Christianisierung erfolgt langsam aber stetig, was nicht zuletzt daran lag, dass die von Byzanz ausgesandten Missionare das Altkirchenslawische verbreiteten, was ostslawischen Völkern bekannt war. Letztendlich sollte sich die Orthodoxie als „die wichtigste Integrationskraft der Rus“<sup>418</sup> erweisen. Der orthodoxe Glaube ist für die Kollektividentität der Ukrainer einer der zentralen Bestandteile und auch „das wichtigste Kontinuum der Geschichte der Ukraine von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.“<sup>419</sup> Die Verbreitung des orthodoxen Christentums wurde auch dadurch erleichtert, dass die orthodoxe Kirche keinen eigenen Machtanspruch formulierte. Während im katholisch geprägten Europa über viele Jahrhunderte ein Machtkampf zwischen Kirche und weltlichen Herrschern entbrannte und sich der Katholizismus und der Papst zu einem starken Machtfaktor entwickelten, erlebten die orthodoxen Herrschaftshäuser eine „symbiotische Verbindung“<sup>420</sup> mit der Staatskirche.

Unter Jaroslaw dem Weisen, dem Sohn von Wladimir, erlebte die Kiewer Rus' eine Blütezeit. „Es entstanden erste Bibliotheken, Schulen, wenn auch zunächst nur für die Kinder der Oberschicht, sowie ein erstes schriftlich fixiertes Gesetzbuch – eine bemerkenswerte Sammlung rechtlicher, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Standards der Zeit.“<sup>421</sup> Gleichzeitig versuchte Jaroslaw der Rus' einen stärkeren politischen Charakter zu geben. Wie bereits erwähnt war der Zusammenhalt zwischen den einzelnen Fürstenhäusern eher lose und von regelmäßigen Machtkämpfen gezeichnet. Jaroslaw war bemüht, dem Land eine Erbfolge zu geben. Mittels eines territorial-genealogischen gegliederten Reichsaufbau wollte er die Fürsten stärker an sich binden. Die Spitze bildete das Fürstentum Kiew, Nowgorod sollte das

---

<sup>418</sup> Pickhan, Gertrud: Kiewer Rus' und Galizien-Wolhynien, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 27.

<sup>419</sup> Kappeler, Andreas: Das historische Erbe der Ukraine – Schichten und Elemente: Ein Essay, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand, Bonn 2010, S. 11.

<sup>420</sup> Pickhan, Gertrud: Kiewer Rus' und Galizien-Wolhynien, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 27.

<sup>421</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 27.

zweite Zentrum sein. Zusammen mit Kiew sollten Tschernigov und Perejaslav das Kernland der Rus' bilden. Smolensk und Vladimir-Volynsk waren nachgeordnet.<sup>422</sup> Entsprechend dem Senioratsprinzip sollten die nachgeordneten Fürstentümer durch die jüngeren Brüder der Großfürsten regiert werden. Im Falle des Todes rückte der älteste nachgeborene Bruder nach. Die Folge dieses Prinzips war, dass sich Konflikte zwischen Onkeln und Neffen entwickelten. Eine innere Befriedung der Kiewer Rus' trat nicht ein. Der langsame Untergang des Reiches war auch ein Resultat der eigenen inneren Ordnung. Immer mehr Fürstenhäuser wandten sich von Kiew ab und suchten den Weg in die Selbstständigkeit. Die innere Zerrissenheit machte es anfällig für Bedrohungen an seiner Peripherie. Moskau entwickelte sich langsam zu einem neuen Machtzentrum und verringerte dadurch die Bedeutung Kiews. Im 11. und 12. Jahrhundert stiegen Polen und Litauen, die später ein Bündnis eingingen, zu einer wichtigen Macht auf, die ihr Einflussgebiet auch auf das westliche Territorium der Rus' ausdehnte. Der Sturm der Mongolen im 13. Jahrhundert brachte den Nordosten des Landes unter die direkte Kontrolle der sogenannten Goldenen Horde. Kiew wurde mehrfach geplündert. „The total destruction inflicted on the city by the Mongols in 1240 marked the tragic conclusion to the Kievan period in Ukrainian history.“<sup>423</sup>

Die Frage nach dem Erbe der Kiewer Rus' ist bis heute aktuell. Sowohl Russen als auch Ukrainer beanspruchen für sich, die Alleinerben des Kiewer Reichs zu sein. Territorial betrachtet lässt sich festhalten, dass alle drei ethnischen Gruppen der Ostslawen zum Siedlungsgebiet der Kiewer Rus' zählten. Das politische Zentrum lag in der Hauptstadt der heutigen Ukraine. Gleichzeitig waren aber Nowgorod und Smolensk Teil des Kerngebiets. „Die nordöstlichen Gebiete lagen zunächst peripher, doch bildete sich dort in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts ein neues Machtzentrum, dessen Fürsten wiederholt Kiev in ihren Besitz brachten.“<sup>424</sup> Nach dem Zerfall der Kiewer Rus' fielen die meisten Gebiete dieses Reichs an Litauen. Im 17. und 18. Jahrhundert erlangte das Russische Reich den Großteil des früheren Territoriums und sah sich seitdem als dessen natürlicher Erbe an. Religiös gesehen spielte zwar Kiew zur Zeit der Gründung der Rus' unbestritten die zentrale Rolle, allerdings verlagerte sich das religiöse Zentrum später nach Moskau. Der Anspruch Russlands, die Kiewer Rus' allein für sich zu beanspruchen, ist aus historischer Sicht nur schwer zu halten. Auf der anderen Seite war die Kiewer Rus' auch kein ukrainischer Staat. Die damaligen Unterschiede zwischen den ostslawischen Stämmen waren zu gering, um sie als „voll

---

<sup>422</sup> Vgl. Pickhan, Gertrud: Kiewer Rus' und Galizien-Wolhynien, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 27.

<sup>423</sup> Subtelny, Orest: Ukraine – A History, fourth edition, Toronto 2009, S. 41.

<sup>424</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 38.



entwickelte ethnische Gemeinschaften“<sup>425</sup> zu betrachten. Die alleinige Bezeichnung russisch oder ukrainisch wird der geschichtlichen Entwicklung der Kiewer Rus‘ nicht gerecht. Als Ersatz sollte die Adjektivbezeichnung ostslawisch benutzt werden.

### **5.3.2. Galizien-Wolhynien als Bindeglied und die Herrschaft Polens und Litauens**

Eine wichtige Kontinuitätslinie zwischen dem Kiewer Reich und der heutigen Ukraine stellt das Fürstentum Galizien-Wolhynien dar. Die beiden Gebiete, die sich erst später vereinigen sollten, lagen an der Südwestgrenze des Reiches. Dadurch war die Region nicht so häufig Opfer von Überfällen durch nomadische Reiterhorden wie beispielsweise Kiew. Gleichzeitig waren diese beiden Fürstentümer dichter besiedelt. „This demographic fact, combined with the relative freedom from nomadic raids, allowed for the early growth of a prosperous agricultural economy, which in turn contributed to the existence of a wealthy stratum of landowning boyars.“<sup>426</sup> Beide Fürstentümer unterhielten enge Beziehungen, sowohl politisch als auch wirtschaftlich, zu mitteleuropäischen Ländern. Durch enge Handelsverflechtungen gewann die Region schnell an Wohlstand. Neue Städte, wie beispielsweise Lemberg oder Cholm, wurden gegründet. Aus dem Westen siedelten sich Kaufleute und Handwerker an, die meistens aus deutschen Gebieten kamen. Ostslawen, Juden und Armenier kamen vom Osten her und ließen sich in den Fürstentümern nieder. Ähnlich wie Wladimir ging auch der Fürst von Galizien-Wolhynien, Daniel, Verbindungen mit europäischen Fürstenhäusern ein. Allerdings starb die regierende Dynastie 1323 aus. Der letzte Neffe des ehemaligen Fürsten war sowohl verwandt mit polnischen als auch litauischen Fürstenfamilien. 1340 befahl der polnische König Kazimierz III. einen Überfall auf Lemberg. Nach mehrjährigen Kämpfen wurde schließlich eine Lösung gefunden, die vorsah, die Gebiete aufzuteilen. „Halyc, Lemberg und die Region Chelm/Cholm unterstanden fortan Polen, Wolhynien ging an das Großfürstentum Litauen, das auch die Oberhoheit über das Kiever Gebiet ausübte.“<sup>427</sup>

Im 14. Jahrhundert herrschte das Großfürstentum Litauen über die meisten Gebiete des früheren Kiewer Reichs. Es war ein großer Vielvölkerstaat, der locker organisiert war. Zwar gingen ostslawische Fürstentümer an litauische Adlige, allerdings traten diese zur Orthodoxie über. Ebenso wurde ein Teil der Rechts- und Sozialordnung aus den Zeiten der Kiewer Rus‘

---

<sup>425</sup> Ebd., S. 39.

<sup>426</sup> Magosci, Paul Robert: A history of Ukraine – The Land and Its Peoples, Second, Revised and Expanded Edition, Toronto 2010, S. 120.

<sup>427</sup> Jobst, Kerstin S.: Geschichte der Ukraine, 2., aktualisierte Auflage, Stuttgart 2015, S. 90-91.

beibehalten. Grundbesitz und Privilegien von orthodoxen ostslawischen Adligen wurden nicht angetastet.<sup>428</sup>

Die Gebiete, welche unter polnische Herrschaft fielen, waren einer weniger liberalen Politik ausgesetzt. Zwar garantierte auch Polen die Beibehaltung des Status Quo, doch wurden schon bald erhebliche Veränderungen in der religiösen und politischen Ordnung der Region vorgenommen. In Lemberg wurde ein römisch-katholisches Erzbistum errichtet. Bis heute ist die Mehrzahl der Menschen Lemberg und seiner Oblast konfessionell katholisch ausgerichtet. Galizien wurde in das polnische Königreich integriert. Adelsprivilegien gab es nur für Katholiken. „Im Laufe des 15. Jahrhunderts trat deshalb fast der gesamte höhere Adel Galiziens zum römisch-katholischen Glauben über und unterlag fortan dem Einfluss der polnischen Sprache und Kultur.“<sup>429</sup>

Mit der polnisch-litauischen Personalunion von 1385/1386 änderte sich auch die Situation der Ukrainer, die bis dahin im Großfürstentum Litauen gelebt hatten. Der litauische Großfürst Jagajlo heiratete die polnische Thronerbin Jadwiga, bestieg den polnischen Thron und nahm den katholischen Glauben an. Jene ukrainischen Gebiete, die bis dahin unter litauischer Herrschaft standen, waren fortan Teil des polnischen Reichs. Die Litauer wurden zum Katholizismus bekehrt und orthodoxe Untertanen wurden benachteiligt. Polnische Adlige besetzten immer öfter wichtige Staatsämter auf dem heutigen Gebiet der Ukraine und passten die Verwaltung polnischen Standards an.

„Bereits am Ende des 15. Jahrhunderts, vor allem aber im Ergebnis des russisch-litauischen Krieges von 1500-1503 gelangen dem Großfürstentum Moskau erhebliche Einbrüche in den litauischen Einfluss- und Herrschaftsbereich.“<sup>430</sup> Großfürst Ivan III. hatte sich zum Erben des Kiewer Reiches ernannt und beanspruchte alle ostslawischen Territorien für sich. Im Zuge des livländischen Krieges (1558-1582) rückten Polen und Litauen enger zusammen und bildeten 1569 die Union von Lublin. Litauen und Polen bildeten fortan eine Einheit. Der mittlere ukrainische Adel begrüßte die Union, erhoffte er sich doch einen besseren Schutz der Außengrenzen insbesondere gegen das Chanat der Krimtataren, welche sich von der Goldenen Horde abgespalten hatten. Die Sonderstellung des ukrainischen Adels wurde beibehalten und der orthodoxe Glaube bestätigt. In vielen Gebieten des ehemaligen Kiewer Reiches blieb die Amtssprache ostslawisch. Dennoch erfolgte spätestens ab der Lubliner Union eine stärkere Angliederung an Polen. Ukrainische Adlige traten zum katholischen

---

<sup>428</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 43.

<sup>429</sup> Ebd., S. 44.

<sup>430</sup> Angermann, Norbert und Dumschat, Sabine: Die ukrainischen Länder unter litauischer und polnischer Herrschaft (bis 1569), in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 40.

Glauben über, um dadurch mehr Privilegien zu erhalten. „Vor allem in den wolhynischen Gebieten wurde die Kluft zwischen dem privilegierten polnisch-katholischen Adel und der benachteiligten ukrainisch-orthodoxen Bevölkerung besonders deutlich.“<sup>431</sup> Die Ukraine verlor viele Angehörige ihrer sozialen und politischen Eliten. Zwar galt für den Doppelstaat Polen-Litauen „religiöse, sprachliche und kulturelle Vielfalt“<sup>432</sup>, dennoch muss festgehalten werden, dass eine Bevorzugung des Katholizismus und bewusste Benachteiligung des orthodoxen Christentums vorhanden war.

Die gelebte Koexistenz von Orthodoxie und Katholizismus ließ Überlegungen laut werden, die Kirchenspaltung zu überwinden. 1596 wurde die Brester Union geschlossen. In einer neu geschaffenen unierten Kirche wurde der Papst als symbolisches Oberhaupt anerkannt. Gleichzeitig wurde die eigene Liturgie beibehalten, ebenso die Priesterehe und eine separate Kirchenorganisation. „Doch gerade die einfachen Gläubigen lehnten, wie auch Teile des Klerus sowie des verbliebenen orthodoxen Adels [...], die Union z.T. vehement ab.“<sup>433</sup> Der Einsatz von Zwangsmitteln konnte daran ebenso wenig ändern. 1632 erkannte der polnische König die Existenz von zwei Kirchen an.

### **5.3.3. Krim-Khanat und Kosaken**

Seit der Eroberung und weitreichenden Zerstörung Kiews im Jahre 1240 beherrschte die Goldene Horde große Teile der heutigen Ukraine. Über Jahrhunderte verübte sie immer wieder Angriffe auf polnische, litauische und russische Städte. Gleichzeitig war sie intern von zahlreichen Machtkämpfen durchzogen. Die Krim entwickelte sich dabei als Zufluchtsort für jene, die erfolglos versucht hatten, sich als Anführer (Khane) zu etablieren. Haci Giray war einer von vielen, die von hieraus versuchten, ihre Macht auszubauen. „He arrived sometime in the late 1430s, proclaimed the independence of the Crimea from the Golden Horde, and after a complicated struggle against various competing political forces in the peninsula, managed to become the first khan of the Crimean Khanate, ruling from ca. 1441 to 1466 and thereby establishing the state’s Giray dynasty.“<sup>434</sup>

Um sich gegen den Rivalen im Osten, die Goldene Horde, behaupten zu können, schloss das Krim-Khanat mehrmals Bündnisse mit Polen, Litauen und dem Moskauer Reich. Nach dem Fall Konstantinopels 1453 dehnte das osmanische Reich seinen Einflussbereich nach Norden

---

<sup>431</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 31.

<sup>432</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 18.

<sup>433</sup> Jobst, Kerstin S.: Geschichte der Ukraine, 2., aktualisierte Auflage, Stuttgart 2015, S. 99.

<sup>434</sup> Magosci, Paul Robert: A history of Ukraine – The Land and Its Peoples, Second, Revised and Expanded Edition, Toronto 2010, S. 179.

aus. 1475 griffen die Ottomanen die Krim an und konnten weite Teile der Halbinsel unter ihre Kontrolle bringen. Dies hatte zur Folge, dass die Giray-Dynastie drei Jahre später die Ottomanen als Herrscher anerkennen mussten. Das Krim-Khanat behielt jedoch weite Teile seiner Autonomie und war auch außenpolitisch autark.

Im nördlichen Herrschaftsgebiet des Krim-Khanats war das Turkvolk der Tataren angesiedelt. Sie waren in verschiedenen Stämmen organisiert. Zwar waren sie offiziell den Herrschern des Krim-Khanats unterstellt, in der Realität verfolgten sie jedoch ihre eigenen Interessen. Dies wurde von der Giray-Dynastie hingenommen, da die Tataren regelmäßig Raubzüge gen Westen unternahmen und dabei Sklaven als Beute zurück brachten. „Because captured slaves represented the most important resource in the Crimean economy, much of the area south of the Bratslav and Kiev palatinates from the Southern Buh to the Dnieper River and beyond became a sparsely, settled or entirely uninhabited no-man’s-land, known as the Wild Fields.“<sup>435</sup>

Mit dem Beginn des 16. Jahrhunderts begannen sich die Kosaken, im Grenzgebiet zur Steppe zu organisieren. Der Begriff kommt aus dem Turko-tatarischen und bedeute „freie Krieger“. In ihrer Anfangszeit standen sie im Dienst verschiedener Herrscher, sowohl der Tataren als auch der Litauer und Polen. Im Laufe der Zeit suchten immer mehr Ukrainer und Russen Anschluss an die Kosaken, was zur Folge hatte, dass das Kosakentum ostslawisch geprägt wurde. Die Nähe zur Steppengrenze prägte den Lebensstil der Kosaken. Um Schutz vor den Übergriffen der Tataren zu erhalten, lebten die Kosaken in Flusswäldern. Fischfang, Bienenzucht und Jagd bildeten die wichtigsten Einnahmequellen. Auf den Inseln des Dnjepr gründeten sie befestigte Siedlungen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts schlossen sich die Kosaken zu größeren Verbänden zusammen.<sup>436</sup> Die Rada (Rat), eine Versammlung aller Kosaken, war das oberste Entscheidungsgremium. In ihr wurden die Offiziere gewählt und der Anführer des Kosakenheeres bestimmt, der Hetman, wurde ebenso durch Gericht gehalten. „Der gewählte Hetman erhielt weitgehende Kompetenzen, Recht über Leben und Tod. Ihm schuldeten alle Kosaken absoluten Gehorsam, doch konnte er wieder abgewählt werden.“<sup>437</sup> Ein oft gezogener Vergleich mit demokratischen Prinzipien bietet sich hierbei nicht an. Weder gab es Abstimmungen nach Mehrheitsprinzipien, noch durften Frauen an den Entscheidungen partizipieren. Die Organisation der Kosaken war in erster Linie ein Schutzbündnis auf Zeit.

---

<sup>435</sup> Ebd., S. 187.

<sup>436</sup> Vgl. Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 22.

<sup>437</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 55-56.

„Alles konzentrierte sich in ihren egalitären Gemeinschaften auf die Verteidigungs- und Leistungsfähigkeit des einzelnen, dessen Versagen oder mangelndes Interesse an den Gruppenzielen das Kollektiv existenziell bedrohen konnte.“<sup>438</sup>

Polen-Litauen hatte ein geteiltes Verhältnis zu ihnen. Einerseits stellten die Kosaken, die von Polen oft als unzivilisiert angesehen wurden, eine militärische Bedrohung dar. Andererseits dienten sie auch als Abwehr gegen die Einfälle der Krim-Tataren. Da die militärischen Fähigkeiten der Kosaken über die Jahre zunahmen, unternahm Polen den Versuch, die Kosaken in seinem Militär zu integrieren. Als „Register-Kosaken“ dienten sie ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts im polnischen Heer. Die Mehrzahl entzog sich jedoch diesem Versuch der Eingliederung und führte als freie Kosaken ein eigenständiges Leben.

Petro Konashevitsch-Sahajdatschnyj wurde in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts Hetman der Register-Kosaken. Er verstand sich als Beschützer der ostslawischen Orthodoxie und sorgte dafür, dass die Dnjepr-Kosaken sich mit den religiösen, politischen und kulturellen Eliten in Kiew verbanden. Der Westen der Ukraine verlor in historischer Hinsicht an Bedeutung und die Region um Kiew gewann spürbar an Bedeutung. Gleichzeitig wuchs der Unmut über die fortschreitende Polonisierung. „Polen reagierte mit einer Verstärkung der Kontrolle über das ukrainische Grenzland, nicht nur in Form der Anwerbung von Register-Kosaken, sondern auch, indem die polnischen Magnaten zunehmend Verwalter jüdischer Abstammung einstellten, deren Aufgabe darin bestand, die Bauern der Grenzgebiete in deren Abhängigkeit zu bringen.“<sup>439</sup> Immer häufiger kam es zu Aufständen gegen die polnisch-litauischen Herrscher. 1637 kam es zu einer ersten Rebellion von freien Kosaken und ukrainischen Bauern gegen Polen-Litauen, welche jedoch blutig niedergeschlagen wurde. Infolgedessen wurden die Rechte der Söldner weit beschnitten und die polnische Einflussnahme dehnte sich weiter aus. „Ein nationales politisch-religiöses Selbstbewusstsein, angeregt durch die Einflüsse von Renaissance, Humanismus und (Gegen-)Reformation der Jesuiten, begann zu entstehen.“<sup>440</sup> Sowohl religiös als auch kulturell suchten die Ukrainer eine Abgrenzung zu den polnischen Machthabern.

Unter der Führung des Hetman Bohdan Chmelnyzkyj kam es 1648 zu einem großen Volksaufstand. Durch ein Bündnis zwischen freien Kosaken und Krimtataren gelang es ihm, die militärische Schlagkraft seines Heeres zu erhöhen und den polnischen Truppen erhebliche Niederlagen beizufügen. Eine Hauptprojektionsfläche des Aufstands waren Juden, die oftmals

---

<sup>438</sup> Kumke, Carsten: Zwischen der polnischen Adelsrepublik und dem Russischen Reich (1569-1657), in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 40.

<sup>439</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 33.

<sup>440</sup> Ebd., S. 33.

eine Mittlerfunktion zwischen polnischen Adel und ärmeren Ukrainern einnehmen mussten. „Schätzungsweise 100.000 Juden wurden Opfer dieser Pogrome, die vor und während des legendären Aufstands unter Bohdan Chmelnyszkj stattfanden.“<sup>441</sup> Ein Jahr später zog er in Kiew ein und schloss mit Polen einen Vertrag, welcher die Errichtung eines Hetmanats in der Ukraine erlaubte. Das Hetmanat wurde in der Geschichtsschreibung der Ukraine häufig als Kosakenstaat bezeichnet. Polnische Adlige mussten ihre Güter verlassen und ehemals leibeigene Bauern wurden zu Landbesitzern. Es bildete sich der Mythos eines unabhängigen ukrainischen Nationalstaats. „Der Kult um die Kosaken hat im Prozess des Wiederentstehens einer ukrainischen nationalen Gemeinschaft und der Staatsgründung eine bemerkenswerte Rolle gespielt.“<sup>442</sup> In der Zeit des ersten Nationalstaates 1917-1920 wurden die Symbole des Hetmanats übernommen.

Allerdings lässt sich die mythische Stellung der Kosaken nicht lange aufrechterhalten. Kosakische Eliten zwangen ukrainische Bauern in ihre Abhängigkeit und stehen damit in einem Widerspruch zu dem gezeichnet Bild der freiheitsliebenden Kämpfer. Gleichzeitig suchte das Hetmanat nach neuen Verbündeten, um sich gegen Polen-Litauen behaupten zu können, nachdem das Bündnis mit den Krimtataren zerbrochen war. 1654 suchte das Hetmanat Schutz bei Moskau und Chmelnyszkj schwur dem russischen Zaren die Treue. Im geschlossenen Vertrag von Perejaslaw sahen die Kosaken lediglich ein militärisches Bündnis. Demgegenüber sah die russische Seite in den Abkommen, die Vereinbarung zur „Eingliederung der Kosakenheere und der Ukraine in der Moskauer Staat.“<sup>443</sup> Im Geschichtsbild mancher Ukrainer gilt Chmelnyszkj als derjenige, der die Ukraine Moskau unterwarf und eine lange Periode der Unfreiheit einleitete.

„Die Vereinbarungen des Jahres 1654 mit dem Moskauer Reich bedeuten einen wichtigen Wendepunkt in der Geschichte der Ukraine und Osteuropas: Seither ist die ukrainische Geschichte eng mit der russischen verbunden.“<sup>444</sup> Zwar wurden die Verabredungen dieses Vertrags kaum umgesetzt, dennoch gelang es Moskau, Schritt für Schritt seinen Einfluss auf die Ukraine auszubauen. Der anschließende Krieg zwischen Polen-Litauen und Moskau spielte sich in den 1650er und 1660er Jahren vorwiegend auf ukrainischem Territorium ab,

---

<sup>441</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 24-27.

<sup>442</sup> Sysyn, Frank: Die Kosaken: Akteure und Symbole der Entwicklung der modernen ukrainischen Nation, in: Hausmann, Guido und Kappeler, Andreas: Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates, 1. Auflage, Nomos Verlag, Baden-Baden 1993, S. 68.

<sup>443</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 28.

<sup>444</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 67.

was zu einer erheblichen Schwächung des Hetmanats führte. Als Resultat wurde das Kosakenreich entlang des Dnjepr geteilt.

Das 17. Jahrhundert galt und gilt trotzdem als ein wichtiges Zeitalter in der ukrainischen Geschichte. Das Hetmanat wird von vielen als ein erster Vorgängerstaat der heutigen Ukraine angesehen. Die Gründe für das Scheitern des „Kosakenstaats“ sind auf der einen Seite externe Militärkonflikte zwischen den Großmächten Polen-Litauen und Moskau. Auf der anderen Seite war das Hetmanat auch nicht frei von internen Spannungen. Soziale Konflikte schwächten den internen Zusammenhalt und sind daher ebenfalls mitverantwortlich für den Untergang des Kosakenreichs.

#### **5.3.4. Russische Vorherrschaft**

Peter der Große verfolgte das Ziel, Russland zu einer europäischen Großmacht zu entwickeln, sowohl in Hinsicht auf die Kultur als auch der Wirtschaft und dem Militär. In kriegerischen Auseinandersetzungen mit Schweden zeigte sich, dass die Kosaken der modernen schwedischen Armee wenig entgegenzusetzen hatten. „Die ukrainischen Kosaken hatten also ihre für Russland wichtigsten Qualitäten, die militärische Kampfkraft, weitgehend eingebüßt. Damit verloren auch die traditionellen Privilegien des Hetmanats ihre Berechtigung.“<sup>445</sup> Mezapan, einer der letzten Hetmane, war über viele Jahre ein treuer Verbündeter des russischen Zaren, bis er 1708 ein Bündnis mit Schweden einging, in der Hoffnung, seine eigene Machtstellung zu vergrößern. Mezapan verlor jedoch im Jahre 1709 die entscheidende Schlacht bei Poltava und musste, zusammen mit dem schwedischen König, ins Osmanische Reich fliehen. Peter der Große nutzte diese Gelegenheit, um die Integration des Hetmanats zu beschleunigen. Die sozio-politische Ordnung des Hetmanats stand im klaren Widerspruch zu den absolutistischen Vorstellungen des russischen Herrschers. Die ehemals kosakischen Eliten wurden russifiziert und mit entsprechenden Privilegien versehen. „Der Aufstieg jener Eliten fußte auf der sukzessiven Unterdrückung von Bauern und anderen Ständen.“<sup>446</sup> Die Bauern wurden nicht nur weiter benachteiligt, sondern erneut in die Leibeigenschaft gedrängt. Unter Katharina II. konnte sich Russland letztendlich als europäische Großmacht etablieren. Das Hetmanat wurde endgültig abgeschafft. „Aufgrund der neuen Kräfteverhältnisse mussten die Krimtataren den Beschützer wechseln, gerieten unter russisches Protektorat und wurden

---

<sup>445</sup> Ebd., S. 90.

<sup>446</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 35.

1783 von Katharina II. endgültig annektiert.“<sup>447</sup> Die Selbstständigkeit der ukrainischen Städte, die sich an dem Magdeburger Stadtrecht orientierten, wurde schrittweise abgeschafft. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurde die Südukraine erschlossen und wurde häufig als „Kleinrussland“ bezeichnet. Erstmals hatte die Ukraine, als Teil des Russischen Reiches, einen festen Zugang zum Schwarzen Meer. Neue Städte wie Odessa oder Sewastopol wurden in dieser Zeit gegründet, um den Einfluss Russlands in diesem Gebiet zu manifestieren. Der russische Teil der Ukraine erfuhr eine Modernisierung. Kiew konnte sich erneut zu einem urbanen Zentrum entwickeln. Der östliche und südliche Teil der Ukraine gewann als Gebiet des Bergbaus und der Schwerindustrie an enormer Bedeutung. Drei von acht Universitäten Russlands waren um 1870 in der Ukraine angesiedelt. „Die orthodoxen Ukrainer wurden in der russischen Gesellschaft nicht diskriminiert, sondern sie hatten die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs, allerdings unter Preisgabe ihrer ukrainischen Identität.“<sup>448</sup> Das kulturelle Aufblühen Russlands beschränkte sich auf den russischen Teil. Die ukrainische Sprache wurde lediglich als russischer Dialekt und nicht als eigene Sprache angesehen. Eine soziale und kulturelle eigene Entwicklung des ukrainischen Teils des Russischen Reiches fand nicht statt. Jegliche Aspekte der eigenen ukrainischen Geschichte wurden als Teil der russischen Geschichte angesehen und die Ukrainer als „Kleinrussen“ bezeichnet. Das Schicksal der Unterdrückung war jedoch nicht nur auf die Ukrainer alleine zugeschnitten, sondern betraf ebenso Polen, Litauer, Balten und Belarussen.

### **5.3.5. Österreichische Herrschaft**

Infolge der Teilung Polens kam 1772 Galizien unter die Kontrolle der Habsburger Monarchie. Die schon aus der Zeit des Fürstentums Galizien-Wolhynien herrührende Öffnung gen Westen wurde nun weiter intensiviert. Unter österreichischer Herrschaft wurde die unierte Kirche gegenüber der römisch-katholischen gleichgestellt. Die in Österreich lebenden Ukrainer wurden als Ruthenen bezeichnet. 1848 gelang es den Ruthenen nicht nur, den Frondienst aufzuheben, sondern auch eine Anerkennung als eigene Nationalität zu erwirken. Ukrainisch wurde zur Amts- und Schulsprache.

Die Verwalter in Galizien waren überwiegend deutschsprachige Österreicher, die gegenüber Ukrainern weniger herablassend agierte als der frühere polnische Adel. In Galizien kam es regelmäßig zu Spannungen zwischen ansässigen Polen und Ruthenen. „Ein Hauptanliegen der

---

<sup>447</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 29.

<sup>448</sup> Kappeler, Andreas: Das historische Erbe der Ukraine – Schichten und Elemente: Ein Essay, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand, Bonn 2010, S. 23.



Ruthenen war die Teilung Galiziens in einen polnischen und einen ruthenischen autonomen Teil – diese Forderung konnten sie bis 1918 nicht durchsetzen – und die Schaffung eines selbstständigen ruthenischen Kronlandes aus Ostgalizien, der Nordbukowina und den ungarischen karpatenruthenischen Gebieten.“<sup>449</sup>

Die Entwicklung Galiziens wurde zur Zeit der Habsburger Monarchie neben Polen und Ruthenen auch von Juden in weiten Teilen geprägt. Der Anschluss an das deutschsprachige Kaiserreich fiel den Juden durch ihre jiddische Sprache sehr viel leichter als den Ruthenen und Polen. Die über Jahrhunderte herrschende Ungleichbehandlung der jüdischen Bürger wurde schrittweise aufgehoben. Doch es gab auch weiterhin Konflikte mit den anderen beiden Bevölkerungsgruppen. Ruthenen und Polen entwickelten über Jahrzehnte eine eigene Nationalbewegung, während ein Großteil der Juden den Verbleib im Habsburger Reich befürwortete.

Zwar konnten die Ukrainer in Galizien, ebenso wie in Russland, keinen eigenen Nationalstaat errichten, dennoch war die Situation der Ukrainer in der Habsburger Monarchie sehr viel besser als im Russischen Reich. „Die Einführung einer Verfassung, eines parlamentarischen Systems und der Prinzipien des Rechtsstaats, die Zulassung von Vereinen, politischen Parteien und einer freien Presse sowie die Emanzipation der Juden schufen eine soziopolitische Ordnung, die sich erheblich von derjenigen in Russland unterschied.“<sup>450</sup>

Die rund 150 Jahre dauernde Herrschaft Österreichs über einen verhältnismäßig kleinen Teil der Ukraine hatte dennoch enorme Auswirkungen auf die Entwicklung des Landes und seiner Gesellschaft. Regelmäßig wiederkehrende Versuche der Öffnung der Ukraine Richtung Westeuropa fanden ihren Ursprung häufig in der Region um Lemberg herum. „Obwohl die Geschichte Galiziens über weite Strecken getrennt von jener der übrigen Ukrainer verlief und kein kosakisches Erbe aufweist, ist heute das nationale Bewusstsein unter den galizischen Ukrainern am tiefsten verwurzelt.“<sup>451</sup> Die ukrainische Nationalbewegung hatte ein Teil ihres Ursprungs hier und nahm ebenfalls im Widerstand gegen die sowjetischen Herrscher eine wichtige Rolle ein.

---

<sup>449</sup> Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 128.

<sup>450</sup> Kappeler, Andreas: Das historische Erbe der Ukraine – Schichten und Elemente: Ein Essay, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand, Bonn 2010, S. 24.

<sup>451</sup> Ebd., S. 25.

### **5.3.6. Anfänge der ukrainischen Nationalbewegung bis 1848**

Mit dem Wechsel vom 18. zum 19. Jahrhundert entstanden in weiten Teilen des europäischen Kontinents nationale Bewegungen, so auch in der Ukraine. Als Anstoßgeber fungierten Intellektuelle, die sich mit der Kultur, Geschichte und Sprache des Volkes auseinandersetzten. Für die Ukraine fiel der Startschuss 1798 mit dem Werk „Eneida“ von Ivan Kotljarevs’kyj, in welchem er die Ukraine unter satirischen Gesichtspunkten betrachtete. Über Jahre wurden weitere Novellen, Gedichte und Volkslieder gesammelt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde das Buch „Istorijs Rusov“ (Geschichte der Rus’) von einem anonymen Verfasser veröffentlicht. Ein wichtiges Ziel des Werkes bestand darin, eine ethnische Trennlinie zwischen Ukrainern, Russen und Polen zu ziehen. In ihm wurde historisch eine rote Linie von der Kiewer Rus’ bis hin zur Kosakenzeit, welche eine „romantisierende Überhöhung“<sup>452</sup> erfuhr, gezogen.

Die ukrainische Nationalbewegung schaffte es in den ersten Jahrzehnten jedoch nicht, zu einer Massenbewegung zu werden, sondern fand seine Anhänger unter Akademikern und Adligen. Das russische Zarenhaus unterstützte die Anfänge der „Ukrainophilie“<sup>453</sup>, schuf sie doch ein Gegengewicht gegen Polen. An der Universität von Charkiv waren die meisten Anhänger der ukrainischen Nationalbewegung.

Mit den Werken von Taras Sevcenko steuerte die Nationalbewegung ihrem ersten Höhepunkt entgegen. Sevcenko wurde als Leibeigener geboren, wurde später Maler, Schriftsteller und Forschungsreisender. Sein Lebensweg war ideal für die spätere Legendenbildung. In seinen Werken kombinierte er die ukrainische Umgangssprache mit dem Kirchenslawisch und erschuf so eine interessante Literatursprache. Thematisch legte er seinen Fokus ab den 1840er Jahren auf soziale und politische Probleme. Wegen Verbreitung von „aufrührerischen Gedanken“ wurde Sevcenko für 10 Jahre nach Kasachstan zu Arbeitshaft verurteilt. Zwar kehrte er 1859 nach Petersburg zurück, starb aber aufgrund seines schlechten gesundheitlichen Zustands 1861. „Dieses tragische Schicksal machte ihn zum nationalen Märtyrer und zusammen mit seiner leibeigenen Herkunft zu einem nationalen Mythos, zu einem Symbol für das Schicksal der geknechteten Ukraine.“<sup>454</sup>

An der Universität von Kiew gründete sich Mitte der 1840er Jahre die „Bruderschaft der Heiligen Kyrill und Method“. Sie stellten die erste pro-ukrainische Vereinigung dar, die einen politischen Charakter besaß. „In ihren Schriften und Manifesten rief sie zu einem künftigen

---

<sup>452</sup> Jobst, Kerstin S.: Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 159.

<sup>453</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 116.

<sup>454</sup> Ebd., S. 118.

Zusammenschluss gleichberechtigter slawischer Nationen auf, die sich in ihrem Befreiungskampf wechselseitig unterstützen sollten.“<sup>455</sup> Die Gruppe wurde aber bereits nach einem Jahr zerschlagen und sämtliche Mitglieder verhaftet. „Wichtiger als ihre Tätigkeit und ihre weltfremden Ideale waren ihr Prozess und ihre Bestrafung, die Märtyrer der nationalen Sache schuf.“<sup>456</sup>

In Galizien war es vor allem der griechisch-katholische Klerus, der eine Verbreitung der nationalen Idee betrieb. Ein zentrales Anliegen der 1816 gegründeten „Gesellschaft der griechisch-katholischen Geistlichen“ bestand darin, religiöse Schriften in ukrainischer Sprache zu verbreiten. Im Zuge der Revolutionen von 1848 wurde in Lemberg der „Hauptrat der Ruthenen“ gegründet, welcher Ostgalizien für ukrainisch erklärte. Es entstand eine ukrainische Zeitung und an der Universität Lemberg wurde ein Lehrstuhl für ukrainische Sprache eingerichtet. Ins Parlament von Österreich wurden 27 ukrainische Abgeordnete entsendet. Ein wichtiger Erfolg ihrer Arbeit bestand darin, dass sie es schafften, dass das Ukrainische in allen Schulstufen gestattet wurde. Zudem führte die spätere Aufhebung der Leibeigenschaft der ukrainischen Bauern dazu, dass diese für eine soziale Mobilisierung zur Verfügung standen.

### **5.3.7. Nationalbewegung bis 1914**

In den 1860er Jahren wurde das vormals absolutistische Österreich in einen Verfassungsstaat umgewandelt. „De jure fand der damit einhergehende garantierte Grundrechtskatalog auch auf die Ukrainer Galiziens Anwendung.“<sup>457</sup> Darüber hinaus wurde den Ukrainern die politische Partizipation bei Reichstags- und Landtagswahlen ermöglicht. Die politisch-nationalen Bestrebungen der Ruthenen richteten sich häufig gegen die galizischen Polen. 1868 war ihnen die politische Macht im Kronland übertragen worden, was von vielen Ruthenen negativ aufgenommen wurde. In politischer, sozialer und kultureller Hinsicht mussten die Ruthenen in Galizien sich der Vorherrschaft Polens unterordnen. Dennoch stand ihnen ein gewisses Maß an politischer Partizipation zu und sie konnten sich sprachlich und kulturell entfalten. Das Wiener Herrschaftshaus ging jedoch mit äußerster Härte gegen jegliche sozialistische Tendenzen vor.<sup>458</sup>

---

<sup>455</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 31.

<sup>456</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 121.

<sup>457</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 38.

<sup>458</sup> Vgl. Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 35.

1869 wurde in Lemberg mit Pravda (Wahrheit) erstmals eine literarische Zeitschrift verlegt, die in ukrainischer Sprache erschien. Mit Hilfe von Leseklubs wurde der Bildungsgrad der Landbevölkerung erhöht. Es folgte die 1873 gegründete Sevcenko-Gesellschaft, welche einen kulturell-wissenschaftlichen Ansatz verfolgte und die ersten ukrainischen Genossenschaften in den 1880er Jahren. Unter dem Dach der griechisch-katholischen Kirche konnte sich eine Infrastruktur der ukrainischen Nationalbewegung formieren. „Dabei erleichterten konfessionelle und ethnische Identität sowie die gemeinsame Antipathie gegen den katholisch-polnischen Adel das Engagement des ukrainischen Klerus unter den Bauern.“<sup>459</sup> Nach der Aufhebung des „Anarchistengesetzes“, welches vergleichbar war mit dem deutschen „Sozialistengesetz“, gründete sich die erste ukrainische Partei. Die Ruthenisch-Ukrainische Radikale Partei entstand 1890. Ihre Ziele bestanden darin, Produktionsmittel zu kollektivieren, allgemeines und gleiches Wahlrecht zu erkämpfen und eine ukrainische Republik zu errichten.<sup>460</sup> Ihr radikales Auftreten verschreckte jedoch viele Ruthenen und so gründete sich bereits 1899 die National-Demokratische Partei, welche gemäßigter war. Sie sollte später zur politisch einflussreichsten Partei in Galizien werden.

Die Forderungen nach einer wirklichen Unabhängigkeit der Ukraine wurden erstmals 1895/1896 in der Ukraine von Julijan Bacyns'kyj geäußert. Um die Jahrhundertwende hatte die ukrainische Nationalbewegung in Galizien den Stellenwert einer Massenbewegung eingenommen. Der lautstarken Forderung nach einer unabhängigen Ukraine stand jedoch eine Realpolitik der ukrainischen Abgeordneten gegenüber, die sich mit kleineren Verbesserungen zufrieden gab, wie etwa die Einrichtung eines Lehrstuhls für osteuropäische Geschichte an der Universität Lemberg. Gleichzeitig betrieben die Ruthenen einen Spagat zwischen der Habsburger Monarchie und den Ukrainern im Zarenreich. Diesen fühlten sie sich zwar zugehörig, dennoch wagten sie es nicht, dem österreichischen Kaiser untreu zu werden.

In Russland wurde 1861 die Leibeigenschaft aufgehoben. Die Industrialisierung des Russischen Reiches war im Osten und Süden der Ukraine deutlich zu spüren. Steinkohlevorkommen im Donezbecken wurden durch die Anbindung zur Eisenbahn schneller erschlossen. „Die Produktion von Eisen und Stahl wurde [...] in den letzten 15 Jahren des 19. Jahrhunderts in der Südukraine um das 27-Fache gesteigert und erreichte 1900 einen Anteil von 54 Prozent der Gesamtproduktion des Russischen Reiches.“<sup>461</sup> Anders als beispielsweise in Deutschland führte die Industrialisierung in der Ukraine zu keiner

---

<sup>459</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 39.

<sup>460</sup> Vgl. Jobst, Kerstin S.: Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 165.

<sup>461</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 127-128.

Entstehung einer ukrainischen Nationalbewegung. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Ukrainer bei dem Aufbau der Industrie kaum eine Rolle spielten. Polnische und russische Adlige waren verantwortlich für den kommerziellen Ackerbau, während der Handel von Russen und Juden geleitet wurde. Für Bergbauarbeiten wurden Russen und ausländische Siedler herangezogen. „In allen großen Städten der Ukraine stellten Nichtukrainer die überwiegende Bevölkerungsmehrheit.“<sup>462</sup> Gleichzeitig wurden jene Ukrainer, die es schafften, an der Modernisierung zu partizipieren, russifiziert. Nicht zuletzt muss bedacht werden, dass die gesamtrussische Opposition als ein Konkurrent der Nationalbewegung agierte und dadurch potentielle Anhänger abwarb. Darüber hinaus waren wichtige Vertreter der ukrainischen Nationalbewegung in Petersburg lokalisiert und somit vom ukrainischen Territorium weit weg. Unter Zar Alexander II. konnten sich erstmal nationale Gruppierungen gründen. Die Hromady (Gemeinde) war ein Sammelbecken für Intellektuelle und Studenten, die Wert legten auf kulturelle Unternehmungen und die Volksbildung fördern wollten.

Als eine Reaktion auf die wachsende ukrainische Kultur in Österreich reagierte der Zar mit massiven Verboten. Sowohl der Druck ukrainischer Schriften, als auch das Aufführen von ukrainisch-sprachigen Theateraufführungen wurden untersagt. Die Entwicklung der ukrainischen Kultur wurde hierdurch gehemmt. „Das Fehlen einer nationalsprachlichen Kommunikation wirkte sich auf die Nationsbildung der Ukrainer Russlands in besonderem Maße aus, weil sich ihre Nationalbewegung noch immer in der kulturellen Frühphase befand.“<sup>463</sup> Ein Teil der ukrainischen Nationalbewegung schloss sich der gesamtrussischen Opposition an, ging ins Ausland oder verschrieb sich den Methoden des Terrors.<sup>464</sup> Im Untergrund wurden zum Ende des 19. Jahrhunderts geheime Parteien gegründet. Die Revolutionäre Ukrainische Partei war eine der Ersten und hatte ihre Anhänger unter den Bauern, Studenten und Arbeitern. Später spaltete sich von ihr die Ukrainische Sozial-Demokratische Union ab und wurde Teil der russischen Sozialdemokratie.

Die Revolution von 1905 brachte für die Ukrainer mehr Freiheiten. So konnte sich die ukrainische Sprache stärker entfalten und Ukrainer waren im Parlament vertreten. Bis 1914 konnte die Rada, eine ukrainische Tageszeitung, veröffentlicht werden. Den Charakter einer Massenbewegung, wie etwa in Galizien, konnte die ukrainische Nationalbewegung in Russland nicht erreichen. Die Hauptträger der Bewegung waren Intellektuelle.

Vergleichend lässt sich festhalten, dass beide ukrainische Nationalbewegungen, die in Österreich und die in Russland, erhebliche Unterschiede aufwiesen. Sowohl die politischen

---

<sup>462</sup> Ebd., S. 129.

<sup>463</sup> Ebd., S. 134.

<sup>464</sup> Vgl. ebd., S. 134-135.

Rahmenbedingungen waren nicht homogen als auch die Reichweite der Anhängerschaft wies deutliche Differenzen auf. Gleichzeitig waren beide Bewegungen verbunden. Mit Blick auf Organisation, Personen und ideell suchten beide den ständigen Austausch und stimmten sich ab, was letztendlich das Ergebnis einer ukrainischen Nationalbewegung in zwei Staaten zulässt.

### **5.3.8. Erster Weltkrieg und Unabhängigkeit**

Das Attentat von Sarajevo vom 28. Juni 1914 wurde zum Auslöser für den Ersten Weltkrieg. Die Ukrainer waren auf beiden Seiten vertreten. Auf Seiten Österreich-Ungarns kämpften die Ruthenen und die „Kleinrussen“ waren Teil der Armee des Russischen Reiches. Schätzungsweise 250.000 Ruthenen kämpften auf Seiten der Habsburger Monarchie, während der russische Zar 3,5 Mio. Ukrainer in seine Armee einziehen ließ.<sup>465</sup> In der Folge war die Ukraine mit einem hohen Grad an Zerstörung und menschlichen Verlusten konfrontiert. Die Region Galizien war von den Kämpfen besonders stark betroffen und „was the scene of the biggest, bloodiest battles fought on the Eastern front.“<sup>466</sup> Sowohl in Österreich als auch in Russland ging der Ausbruch des Krieges mit einer Verschärfung der Repression gegen die Ukrainer einher, obwohl diese ihre Loyalität zum jeweiligen Herrschaftshaus bekräftigten. Bis 1917 gerieten rund 3 Millionen Soldaten des Russischen Reiches in deutsche Kriegsgefangenschaft. Gleichzeitig wurden galizische Ukrainer in russische Gefangenenlager gesteckt. „Der Wechsel der Fronten und das Übergehen der Territorien von einer Hand in die andere bewirkte, dass sich für viele Beteiligte die Kampf- und Haftsituationen mehrfach verkehrte, analphabetische und halbalphabetische ukrainische Bauern aus verschiedenen Territorien aufeinanderstießen, ihre verschiedenen und doch verwandten Dialekte und Traditionen erlebten, von mitgefangenen Russen und Polen oft gleichermaßen angefeindet wurden.“<sup>467</sup>

Ab September 1914 waren Vertreter der ukrainischen Volksgruppen Österreichs und jene, die aus Russland geflohen waren, im Auswärtigen Amt in Berlin, um dort für die Unabhängigkeit des ukrainischen Staates zu werben. Die deutschen Diplomaten stellten eine Millionen Kronen für Propagandaarbeit zur Verfügung. Mittels einer unabhängigen Ukraine erhoffte die deutsche Führung, die russische Seite nachhaltig zu schwächen. Ab Sommer 1915 wurde die Zeitschrift „L’Ukraine“ im schweizerischen Lausanne mit finanzieller Hilfe durch das

---

<sup>465</sup> Vgl. Subtelny, Orest: Ukraine – A History, fourth edition, Toronto 2009, S. 340.

<sup>466</sup> Ebd., S. 340.

<sup>467</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 39.

deutsche Auswärtige Amt herausgegeben.<sup>468</sup> In Österreich gelang es deutschen Soldaten zusammen mit ukrainischen Repräsentanten, für separate Lager für Ukrainer zu werben. Neben einer besseren Versorgung, Bildungsarbeit und Kulturveranstaltungen wurde auch für den Eintritt in die Legion, bewaffnete Einheiten, die gegen Russland kämpfen sollten, geworben. Ukrainische Gefangene sollten „nach ihrer Heimkehr die innenpolitische Entwicklung in der russischen Ukraine möglichst stark im deutschfreundlichen Sinne beeinflussen.“<sup>469</sup> Der ukrainische Unterricht über Nationalismus wurde flankiert durch Informationen über Fruchtfolge und Landbau. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die Landfrage für viele Ukrainer von größerer Bedeutung war. Gleichzeitig wurden den Gefangenen sozialistische Ideen beigebracht. Durch soziale Unruhen und den politischen Sozialismus erhoffte sich die deutsche Führung eine Schwächung des Gegners. In diesem Zusammenhang muss jedoch betont werden, dass „die Nationalisierung der Ukrainer [...] kein Kriegsziel Berlins, sondern ein Kriegsmittel“<sup>470</sup> war.

1916/1917 zeichnete sich eine militärische Niederlage des Russischen Reiches ab. Gleichzeitig war das zaristische Herrschaftshaus nicht mehr in der Lage, die innere Not und sozialen Konflikte zu kontrollieren. Im Februar 1917 entlud sich der Unmut in Form von Revolten und Massenstreiks. Der Zar trat zurück und in Sankt Petersburg wurde eine provisorische Übergangsregierung gebildet. Das politische und kulturelle Leben erfuhr eine Liberalisierung, dennoch gab die Regierung die Idee eines „geeinten und unteilbaren Russlands“ nicht auf. Am 13. März 1917 erreichte Kiew die Nachricht, dass sich einen Tag zuvor in Petrograd ein Exekutivkomitee der Staatsduma konstituiert habe. Die politische Öffentlichkeit Kiews wurde mobilisiert. Das Kiewer Exekutivkomitee wurde gegründet, welches „als oberstes Vollzugsorgan der Zentralregierung in der Ukraine fungieren sollte.“<sup>471</sup> Allerdings bildeten sich viele Selbstverwaltungsinstitutionen, die in direkter Konkurrenz zu ihr standen. Wenige Tage später, am 17. März 1917 wurde die Zentralrada (Zentralrat) ins Leben gerufen, welche es schaffte, zum bestimmenden politischen Organ zu werden. Dies lag insbesondere daran, weil der Historiker Michajlo Hruschewsky das Präsidium der Rada übernahm. „Dieser genoss hohes öffentliches Ansehen und überragte die übrigen national orientierten Revolutionäre, weil er ein politisch-philosophisches Konzept vorzuweisen hatte

---

<sup>468</sup> Vgl. Borowsky, Peter: Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung von Wirtschaftsfragen, Lübeck und Hamburg 1970, S. 37.

<sup>469</sup> Kuraev, Oleksyj: Der Verband „Freie Ukraine“ im Kontext der deutschen Ukraine-Politik des Ersten Weltkriegs, Osteuropa-Institut München, Mitteilungen, Nr. 35, München August 2000, S. 16.

<sup>470</sup> Stoldt, Hans-Ulrich und Wiegrefe, Klaus: Befreiungstruppen Basteln, In: Der Spiegel, Nr. 50, 2007, S. 50. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-54230886.html>

<sup>471</sup> Mark, Rudolf A.: Der gescheiterte Staatsversuch, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 173.

und sich zu dessen Verwirklichung entschlossen zeigte.“<sup>472</sup> Ein vom 19. bis zum 21. April 1917 tagender Nationalkongress, der 900 Delegierte aus allen Teilen der Ukraine umfasste, gab der Rada rückwirkend ihre Legitimation und bestimmte den zukünftigen politischen Kurs. Die Rada genoss öffentlich einen immer größeren Rückhalt und agierte folglich selbstbewusst als Parlament der Ukraine. Forderungen nach einer Autonomie innerhalb eines föderativ organisierten Russlands wurden lauter und mündeten am 10. Juni 1917 in dem Beschluss der Rada, ebene jene herbeizuführen. Ein Konflikt mit der provisorischen Regierung war unausweichlich, konnte allerdings mittels eines Kompromisses entschärft werden. Die Rada wurde als legitimierter Vertreter der ukrainischen Nation anerkannt.

Der wachsende Herrschaftsverlust der provisorischen Regierung führte auch in der Ukraine zu Unsicherheiten. Kompromisse, die bisher zwischen den ukrainischen Parteien bestanden, wurden aufgekündigt. Die Rada hatte es versäumt, eine funktionierende Verwaltung zu etablieren, was nun zu ihrem Verhängnis werden sollte. Viele ukrainische Soldaten desertierten oder wurden nur mühsam ukrainisiert. Eine Bodenreform wurde nicht durchgeführt, da keine Partei ein fundiertes Agrarprogramm besaß. Improvisation statt programmatischer Politik bestimmte zunehmend das Handeln der Rada. Ebenso gab es Streit über den weiteren Kurs in der nationalen Frage. Eine rücksichtsvolle Politik mit Blick auf Petrograd wurde durch Sozialrevolutionäre abgelehnt. Ab dem 2. November 1917 tagte der III. allukrainische Militärkongress und diskutierte dabei auch die Frage des zukünftigen Status der Autonomie.

Noch während der Kongress tagte, wurde die provisorische Regierung gestürzt und die Bolschewiken unter Lenins Führung übernahmen die Macht. Aus Angst in einen Konflikt zwischen Bolschewiken und Antibolschewiken zu geraten, entschloss sich die Rada, am 20. November 1917 die Ukrainische Volksrepublik zu gründen, die ein Teil einer föderativen Russischen Republik sein sollte. Die Ukrainische Volksrepublik konnte jedoch wenig Anhänger für sich gewinnen, vorwiegend im städtischen Bereich. Bewohner des Landes und die Mehrzahl der Soldaten waren offen für revolutionäre Veränderungen. Gleichzeitig lehnten die Bolschewiken jegliche Form des föderativen Staatsaufbaus ab. Ab Dezember 1917 begann die militärische Besetzung der Ukraine durch die Bolschewiken. Zur selben Zeit drohten deutsche und österreichische Truppen, in die Ukraine einzumarschieren. Am 15. Dezember 1917 hatte Russland in Brest-Litowsk einen Waffenstillstand geschlossen. Friedensverhandlungen mit der sowjetischen Seite standen unmittelbar bevor. Die Ukrainische Volksrepublik hatte zunächst versucht, eine Anerkennung durch die Entente zu

---

<sup>472</sup> End., S. 173.



erwirken, setzte nun aber auf Verhandlungen mit den Mittelmächten. „Es waren vor allem die Erwartungen, aus der Ukraine dringend notwendigen Rohstoffe und Agrarprodukte beziehen zu können, die Deutschland wie Österreich-Ungarn zu einem raschen Abschluss drängten.“<sup>473</sup> Die Rada wollte sich bei den anstehenden Friedensgesprächen nicht von den Bolschewiken vertreten lassen und erklärte schließlich am 12. Januar 1918 die endgültige Unabhängigkeit der Ukraine. Es lässt sich somit festhalten, dass die erste Unabhängigkeit der Ukraine, im völkerrechtlichen Sinne, ein Zufallsereignis war und dem Ziel diente, einen Separatfrieden mit den Mittelmächten des Ersten Weltkriegs zu schließen. Weder war die Unabhängigkeit das Ergebnis eines nationalen Volkswillens, noch ein erklärtes Ziel der ukrainischen Parteien. Kiew wurde am 26. Januar 1918 von bolschewistischen Truppen eingenommen. Einen Tag später schlossen die Mittelmächte und die Zentralrada den sogenannten „Brotfrieden“. In diesem verpflichtete sich die Ukrainische Volksrepublik zu umfangreichen Nahrungsmittellieferungen an die Mittelmächte, welche im Gegenzug militärischen Beistand versprachen.<sup>474</sup> Die Mittelmächte hielten sich an den Vertrag und stießen in die Ukraine vor. Kiew wurde erobert, die Zentralrada wieder eingesetzt und die spätere Russische Sowjetrepublik zur Anerkennung der Unabhängigkeit der Ukraine gezwungen. Innerhalb weniger Wochen sollte sich das Verhältnis zwischen der Rada und den Mittelmächten verschlechtern. Die verabredeten Lebensmittellieferungen konnten von ukrainischer Seite nicht erfüllt werden, woraufhin die Rada abgesetzt wurde. Pawlo Skoropads'kyj, ein Nachkomme des russifizierten Kosakengeschlechts, wurde als neuer Verwalter eingesetzt und verwandelte die Ukraine in ein Hetmanat. Er musste nicht nur die Getreidelieferungen organisieren, sondern betrieb auch einen Verwaltungsaufbau. Des Weiteren wurde unter ihm der ukrainischsprachige Schulunterricht ausgeweitet. Auf der anderen Seite gab er den früheren Gutsbesitzern ihr Land zurück, was zu Unmut bei der Landbevölkerung führte. Seine konservative Politik und Treue zu den Mittelmächten wurde von den revolutionären Ukrainern immer offensiver bekämpft. „Mit der endgültigen Niederlage und Kapitulation der Mittelmächte im November 1918, mit der Abdankung des Deutschen Kaisers und des Kaisers von Österreich schlug erneut die Stunde der Zentralrada und ihrer Politiker.“<sup>475</sup> Skoropads'kyj wurde gestürzt. Ein Direktorium übernahm die Regierungsgeschäfte.

Ab 1919 schlugen die Ereignisse des russischen Bürgerkrieges auf die Ukraine über. Bolschewiken und Antibolschewiken bekämpften sich auf ukrainischem Boden. Eine

---

<sup>473</sup> Ebd., S. 179.

<sup>474</sup> Vgl. Potjomkin, Wladimir Petrowitsch: Geschichte der Diplomatie. Band 2: Die Diplomatie der Neuzeit (1872–1919), Berlin 1948, S. 402 f.

<sup>475</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 44.

anarchistische Bewegung unter Führung von Nestor Machno machte sich im südlichen Steppengebiet breit. Polen erhob kurz nach seiner Wiedergründung Anspruch auf Lemberg und die Westukraine. Im November 1918 hatte sich die Westukrainische Volksrepublik gegründet und suchte zwei Monate später den Anschluss an die Ukrainische Volksrepublik unter Beibehaltung weitgehender Autonomie. Osteuropa wurde zu einem Konfliktfeld verschiedenster Parteien, während die Siegermächte des Ersten Weltkrieges, überfordert von der Situation, nicht intervenierten. Unter den bewaffneten Auseinandersetzungen auf dem Gebiet der Ukraine litten insbesondere die Juden, die erneut landesweiten Pogromen ausgesetzt waren.<sup>476</sup>

Kiew wurde mehrfach von unterschiedlichen Konfliktparteien besetzt. Der Militärführer Symon Petljura wurde Regierungschef der Ukraine. Um zwischen den Fronten der Antibolschewistischen und Bolschewistischen nicht zerrieben zu werden, sucht Petljura das Bündnis mit Polen unter Preisgabe Galiziens und der westlichen Wolhynien. Der Roten Armee gelang es zwar Kiew einzunehmen, allerdings wurde ihr Vorstoß kurz vor Warschau gestoppt. Die Pariser Friedensverträge und der Frieden von Riga zogen die Grenzen in Osteuropa neu. Das „nördliche Bukowina und Bessarabien wurden Rumänien, die Karpaten-Ukraine der Tschechoslowakei zugesprochen.“<sup>477</sup> Ostgalizien und Wolhynien fielen an Polen. Die restliche Ukraine ging an die Sowjetunion, unter Zusicherung einer Eigenstaatlichkeit. Darüber hinaus wurde für das polnische Territorium ein Aufenthaltsverbot für antibolschewistische Organisationen festgehalten. Das Direktorium als letzte Regierung einer unabhängigen Ukraine verlor seine Existenz. Die Ukraine war erneut aufgeteilt, zwischen Polen, der UdSSR, Rumänien und der Tschechoslowakei.

### **5.3.9. Unter sowjetischer Herrschaft**

Mehr als ein halbes Jahrzehnt war die Ukraine Schauplatz von kriegesischen Auseinandersetzungen gewesen. Die Industrie war zerstört und die Landwirtschaft lag am Boden. Infolgedessen kam es 1921 zu einer Hungersnot, die zahlreichen Ukrainern das Leben kostete. Der wirtschaftliche Wiederaufbau bei gleichzeitiger politischer Konsolidierung hatte für die sowjetische Führung oberste Priorität. Um den Kollaps der neuerrichteten kommunistischen Ordnung zu sichern, proklamierte Lenin die Neue Ökonomische Politik. Sie stellte eine flexible Wirtschafts- und Sozialordnung dar, die einen gewissen Teil an marktwirtschaftlichen Elementen zuließ. Der wirtschaftliche Wiederaufbau war erfolgreich

---

<sup>476</sup> Vgl. ebd., S. 46.

<sup>477</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 42.

und bereits 1926 war die ukrainische Industrie auf 95 Prozent der Vorkriegsindustrie angewachsen.<sup>478</sup> Ebenso konnte sich die Landwirtschaft erholen, dank der Förderung von Eigeninitiativen und dem Wegfall von Zwangsmethoden.

Gleichzeitig betrieb die sowjetische Führung eine flexible Nationalitätenpolitik. „Ziel war es, nicht-russische Ethnien durch deren rechtliche, politische und kulturelle Gleichstellung im sowjetischen Staat nachhaltig zu integrieren.“<sup>479</sup> Die einsetzende Förderung ukrainischer Literatur und Kultur wurde von der Bevölkerung wohlwollend aufgenommen. Viele Ukrainer hofften, in einer föderativen Sowjetunion „eine eigene ukrainische Identität“<sup>480</sup> haben zu können. Ukrainische Theater, Verlage und Akademien wurden gegründet. Innerhalb der Kommunistischen Partei wurden wichtige Positionen mit Ukrainern besetzt und Ukrainisch zum ersten Mal als Amts- und Schriftsprache offiziell anerkannt. Verfechter für einen echten Autonomiestatus der Ukraine wurden im kommunistischen Apparat untergebracht und damit mundtot gemacht. Jene, die außerhalb des sowjetischen Territoriums für die Unabhängigkeit der Ukraine kämpften, wurden vom sowjetischen Geheimdienst gnadenlos verfolgt.

Die mit der Politik der Flexibilität erhoffte Integration von nicht-russischen Ethnien blieb jedoch aus. Im Gegenteil: Ein neues Selbstbewusstsein unter den verschiedenen Ethnien des Sowjetreiches machte sich breit, in dessen Zusammenhang immer häufiger Ansprüche auf Führungspositionen artikuliert wurden. Stalin, der nach dem Tod von Lenin die Macht an sich gerissen hatte, vollzog am Ende der 1920er Jahre eine radikale Wende. Im Zuge des Ersten Fünfjahresplans (1928-1933) wurde die Industrialisierung forciert und die Landwirtschaft zwangskollektiviert. „Die auf dem Lande basierende hergebrachte Sozial- und Wertordnung, die den marxistischen Vorstellungen widersprach, sollte eliminiert und damit gleichzeitig potenzieller Widerstand ausgeschaltet werden.“<sup>481</sup> Im Südosten der Ukraine waren die Schwarzböden besonders fruchtbar. Ebenso waren die Steinkohle- und Eisenvorkommen in der Region des Donbass für die Industrialisierung extrem wertvoll. „Das Dniprokraftwerk mit seinem gewaltigen Staudamm, Stahlkombinate in Saporischja, die Zentren der Rüstungsindustrie in Charkiv und Dnipropetrowsk ließen die Ostukraine zum entscheidenden Zentrum der sowjetischen Schwerindustrie werden.“<sup>482</sup> Die neue Politik Moskaus stieß in der Ukraine auf Widerstand. Intellektuelle und Künstler wollten die Unterordnung unter die

---

<sup>478</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 187.

<sup>479</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 43.

<sup>480</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 48.

<sup>481</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 197.

<sup>482</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 52.

sowjetische Ideologie nicht hinnehmen. Bauern wehrten sich gegen die Kollektivierung. Stalin reagierte auf diesen Ungehorsam mit äußerster Härte. „Systematisch wurden die Bauern verfolgt, die sich gegen eine Einbeziehung ihrer Höfe in die neuen Kolchosen sträubten. Der planmäßige Einsatz des Hungers zur Disziplinierung war jedoch das grausamste Element der neuen Terrorwelle.“<sup>483</sup> 1932/1933 wurden weite Regionen im Osten und Süden der Ukraine von der Lebensmittelversorgung abgeschnitten. Allein 80.000 Menschen in der Region um Kiew fielen dem Hungertod zum Opfer.<sup>484</sup> In der gesamten Sowjetunion waren es mehrere Millionen Menschen, die durch Hunger umkamen, unter ihnen 4 bis 6 Millionen Ukrainer.<sup>485</sup> Durch Grenzabriegelungen wurde jegliche Flucht verhindert. Gleichzeitig war die sowjetische Führung darauf bedacht, ihren Lieferverpflichtungen gegenüber dem Ausland nachzukommen. Jene, die bei der Sowjetregierung Beschwerde einlegten, wurde antikomunistisches Verhalten vorgeworfen. Kannibalismus war in den abgeriegelten Gebieten ein letztes verzweifelter Mittel, um dem Hungertod zu entgehen. Ganze Dörfer wurden menschenleer und „die Ukraine verstummte.“<sup>486</sup> Der Hungertod sollte sich in das historische Gedächtnis der Ukraine auf Dauer einprägen und zu einem Trauma werden, das über Jahrzehnte mit einem Tabu belegt war.

In Sibirien wurden Gulags errichtet, um Systemfeinde und Sträflinge zu beseitigen. Ukrainer war hier überproportional vertreten. Der innersowjetische Geheimdienst verschärfte die Verfolgung aller Oppositionellen, egal, ob dies sich real in der Opposition befanden oder nicht. Die Säuberungswellen von 1937/1938 betrafen auch weite Teile der kommunistischen Führung. „Von 102 Mitgliedern und Kandidaten des ukrainischen Zentralkomitees waren 1939 noch drei in Freiheit wahrscheinlich nur wenig mehr als weitere drei am Leben geblieben.“<sup>487</sup> Weite Teile der Intelligenz, der Kirche, der Wissenschaft, der Offiziere und der ukrainischen Gesellschaft wurden ebenso Opfer der Säuberungen. Gleichzeitig wurde die Russifizierung verstärkt. Bildung und Kultur wurden landesweit gleichgeschaltet. Russisch wurde zum Pflichtfach an allen Schulen und Universitäten. Für die Ukraine war insbesondere die Deportation der eigenen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eliten verheerend. Die Zwangseingliederung unter die russische Führung verlief dadurch fast widerspruchlos und warf den ukrainischen Nationsbildungsprozess um Jahre zurück.

---

<sup>483</sup> Serczyk, Wladyslaw A.: Die sowjetische und die „polnische“ Ukraine zwischen den Weltkriegen, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 173.

<sup>484</sup> Vgl. Plokhyy, Serhii: The Gates of Europe – A History of Ukraine, New York 2015, S. 250.

<sup>485</sup> Vgl. Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach Europa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 43.

<sup>486</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 53.

<sup>487</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 203.

### **5.3.10. Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzung**

Am 24. August 1939 unterzeichnete der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop mit seinem sowjetischen Kollegen Molotow den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Neben der Zusicherung gegenseitiger Neutralität verständigten sich Deutschland und die Sowjetunion in einem geheimen Zusatzprotokoll darauf, Polen unter sich aufzuteilen: „Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staat gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Pissa, Narew, Weichsel und San abgegrenzt.“<sup>488</sup> In den Morgenstunden des 1. September 1939 überfiel Deutschland Polen, der Zweite Weltkrieg hatte begonnen. Am 17. September besetzten sowjetische Truppen Ostpolen (Ostgalizien und Westwolhynien). Im Sommer 1940 annektierte die Sowjetunion die bis dahin zu Rumänien gehörende nördliche Bukowina und Bessarabien. In den neuen Gebieten wurde die sowjetische Ordnung eingeführt. Tausende von Polen, Juden und Ukrainern wurden deportiert und moskautreue Beamte wurden in die Regionen entsendet. Mit Ausnahme der Karpaten-Ukrainer waren erstmals alle Siedlungsgebiete der Ukrainer ein Teil des sowjetischen Staatsterritoriums. Gab es in der westlichen Ukraine zum Anfang noch eine Euphorie über die „Befreiung“ von der polnischen Unterdrückung, wurde dies jedoch schnell durch Enteignungen und Verfolgungen beendet.

Bereits 1929 hatte sich die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) gegründet. Ab 1933 hatte die OUN große Hoffnungen auf das nationalsozialistische Regime in Deutschland gelegt. 1940 spaltete sich jedoch die OUN in einen Flügel, der gemäßigt war und eine Fraktion, die auf den militärischen Kampf setzte und Terrormaßnahmen unterstützte.

Als am 22. Juni 1941 deutsche Truppen die Sowjetunion angriffen, war die Rote Armee darauf schlecht vorbereitet. In der Folge waren die ersten Monate für die sowjetischen Truppen ein Desaster. „Ganze Divisionen und Armeekorps wurden überrollt, eingekesselt und zur Aufgabe gezwungen.“<sup>489</sup> Millionen von Rotarmisten gerieten in Kriegsgefangenschaft. Bei Teilen der ukrainischen Bevölkerung entstand zunächst Hoffnung auf eine verbesserte Lebenssituation. Mitglieder von zwei militärischen Einheiten der OUN waren an der Seite der Wehrmacht in die Ukraine einmarschiert. Die OUN hoffte, dass Deutschland zu einem Schutzpatron einer freien Ukraine werden würde. Hitlers Vision vom Lebensraum im Osten sah jedoch keine unabhängige Ukraine vor. Darüber hinaus waren die Ukrainer in der

---

<sup>488</sup> Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: <http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/German55.pdf>

<sup>489</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 59.

Ideologie der Nationalsozialisten, als Teil der slawischen Völker, „Untermenschen“. Bis Ende November 1941 war fast die gesamte Ukraine unter deutscher Besatzung. Weite Teile der Ukraine wurden zum Reichskommissariat erklärt, welches unter der Leitung Erich Kochs unterstand. Gebiete, die im Osten nahe an der Front waren, unterstanden der Militärverwaltung. Lebensmittel in Form von Milch, Fleisch und Getreide wurden ins Deutsche Reich transportiert und weite Teile der Bevölkerung dem Hunger überlassen. Mitglieder der OUN wurden durch die SS verhaftet und erschossen.

Die Verfolgung und Vernichtung der Juden in der Ukraine begann unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen. „Am 29. und 30. September 1941 erschossen die Nationalsozialisten 30.000 Juden in der Schlucht von Babyn Jar bei Kiew.“<sup>490</sup> An den Verfolgungen der Juden waren oftmals auch ukrainische Kollaborateure beteiligt. Die überwiegende Mehrheit der Ukrainer beteiligte sich jedoch nicht an dem deutschen Terror. Jene Juden, die nicht sofort erschossen wurden, mussten in Ghettos leben, wo sie auf ihren Tod warten mussten. „During the Holocaust, the Nazis were able to kill an estimated 850.000 to 900.000 Ukrainian Jews.“<sup>491</sup> Seit dem Mittelalter hatten Juden die geschichtliche Entwicklung der Ukraine geprägt. Sie hatten als Mittler zwischen Stadt und Land gewirkt und hatten sich zu einem festen Bestandteil des kulturellen Lebens in der Ukraine entwickelt. Mit der deutschen Besatzung und dem Holocaust kam die Geschichte der ukrainischen Juden zu einem Ende.

Um die deutschen Truppen zurückzudrängen, rief Stalin den „Großen Vaterländischen Krieg“ aus. Es bildeten sich Partisanengruppen, die von Moskau aus mitgesteuert wurden. Zwar wurde die Bedeutung der Partisanen in der späteren sowjetischen Geschichtsschreibung glorifiziert und überbewertet, dennoch lässt sich festhalten, dass die Partisanenaktionen den Wehrmachtsverbänden erheblichen Schaden zufügten. Die langen Versorgungswege an die Ostfront waren insbesondere in den Wintermonaten nur schwer aufrechtzuerhalten. Sabotage und Guerillaangriffe waren dann sehr effektiv und behinderten den weiteren Vorstoß der deutschen Armee. Als Antwort auf die Partisanen brannte die Wehrmacht ganze Dörfer nieder, verschleppte Ukrainer als Zwangsarbeit nach Deutschland und nahm Massenerschießungen vor.

Bei Stalingrad wurden die deutschen Truppen gestoppt und die Rückeroberung der Ukraine durch die Rote Armee begann. Als erste größere Stadt wurde Charkiv im August 1943

---

<sup>490</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 44.

<sup>491</sup> Magosci, Paul Robert: A history of Ukraine – The Land and Its Peoples, Second, Revised and Expanded Edition, Toronto 2010, S. 678.

zurückerobert. Im November desselben Jahres fiel Kiew und im August 1944 zogen sowjetische Truppen in Lemberg ein. Der Rückzug der Deutschen ging einher mit einer Zerstörung zahlreicher Industrieanlagen und der Deportation von vielen Ukrainern. Die gesamten von Ukrainern bewohnten Gebiete wurden im Oktober 1944 unter sowjetische Herrschaft gebracht.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges, in dem die Ukraine einer der Hauptkampfplätze war, lag das Land in Trümmern. Lediglich 19 Prozent der Industrieanlagen waren funktionsfähig und unbeschadet.<sup>492</sup> Zwischen 6 und 8 Millionen Ukrainer starben während des Zweiten Weltkrieges.<sup>493</sup> In den Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam wurden auch die Grenzen der Sowjetunion bestimmt. Polen musste seine Ostgebiete an die UdSSR abtreten und die Grenze zu Rumänien wurde ebenfalls angepasst.

### **5.3.11. Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik und Unabhängigkeit**

Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik territorial gewachsen. Erstmals waren auch alle Teile der Westukraine in der Sowjetunion integriert. Die Probleme für die sowjetische Führung zeigten sich auf zwei Ebenen: Auf der einen Seite musste die Wirtschaft neu aufgebaut werden. Auf der anderen Seite musste die Westukraine in das System der Sowjetunion integriert werden. „Die Vereinheitlichung der historisch, wirtschaftlich und politisch höchst unterschiedlich geprägten Gebiete stellte jedoch eine große Herausforderung für die neuen/alten sowjetischen Verantwortlichen dar.“<sup>494</sup> Während die Industrieproduktion auf ukrainischem Territorium sich schnell erholte, konnte die Landwirtschaft nur geringe Wachstumsraten aufweisen. Insbesondere die Kolchosen erwiesen sich in dieser Hinsicht als hinderlich. Auf dem Bildungssektor wurde kurzfristig eine Ukrainisierung zugelassen, ehe Stalin den Kampf gegen den ukrainischen Nationalismus erneut aufnahm. Die griechisch-katholische Kirche wurde 1946 aufgelöst und ihre Anhänger verfolgt. Verhaftungen, Erschießungen und Deportationen waren auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der Ukraine an der Tagesordnung, waren aber in ihrem Ausmaß weniger drastisch als der Terror der dreißiger Jahre. In den Grundschulen erfolgte der Unterricht weiter auf Ukrainisch, während an den Universitäten auf Russisch gelehrt wurde. „Zwar waren nun erstmals die Ukrainer in Ost und West in einem Staat vereint, doch der repressive,

---

<sup>492</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 224.

<sup>493</sup> Vgl. ebd., S. 224.

<sup>494</sup> Jobst, Kerstin S.: Geschichte der Ukraine, 2., aktualisierte Auflage, Stuttgart 2015, S. 223.

ideologisch engstirnige, dogmatische und zunehmende russisch-nationalistische Spätstalinismus legte der ukrainischen Gesellschaft erneut eiserne Fessel an.“<sup>495</sup>

Mit dem Tod Stalins und der Machtübernahme durch Chruschtschow nahm die repressive Politik spürbar ab. In der Folge wurde Ukrainer wieder häufiger in Führungspositionen der kommunistischen Partei gehoben „Mehr als symbolische Bedeutung hatte die 1953 eingeführte Regel, dass der Parteichef der Ukrainischen Republik Ukrainer sein musste, nachdem zuvor Nichtukrainer diese Funktion innegehabt hatten.“<sup>496</sup> Anlässlich des 300. Jahrestages der „Wiedervereinigung der Ukraine mit Russland“ wurde die autonome Krim zum Teil der Ukraine. Im Zuge des 20. Parteitags der KPdSU 1956 wurden viele politische Gefangene, darunter etliche Ukrainer, freigelassen. Chruschtschow stärkte den föderativen Aufbau der UdSSR. Die ukrainische Kultur blühte langsam auf. „Es wurde ein ukrainisches Hochschulministerium gegründet, um die Ukrainisierung nachhaltig und effizient zu fördern und ukrainische Geschichtswissenschaftler begannen vormalige Tabu-Themen wie die Ukrainische Volksrepublik von 1918 bis 1920 auf die diskurspolitische Agenda zu hieven.“<sup>497</sup> Der ständige Wechsel zwischen Liberalisierung auf der einen und Repression auf der anderen Seite wurde auch unter Breschnew fortgesetzt. Die sprachliche Russifizierung wurde fortgesetzt und hatte zum Ergebnis, dass Ukrainisch die Sprache der Unterschicht war und Russisch die der gebildeten Oberschicht. Diese betraf vor allem die Städte. Auf dem Land war das Ukrainisch eine unumstößliche Umgangssprache.

In den 1950er und 1960er Jahren entwickelte sich eine ukrainische Oppositionsbewegung. Vor allem in Lemberg und Kiew war es die städtische Intelligenz, die langsam damit begann, national-kulturelle Forderungen zu artikulieren. Diese wurde später flankiert mit dem Willen nach mehr Demokratie und der Einhaltung von Menschenrechten. Eine Abschaffung der Sowjetunion als solche war nicht das Ziel der Aktivisten, sondern eine demokratische Reform des Landes und des politischen Systems. Moskau ging jedoch mit aller Härte gegen die Oppositionellen vor.

Das Wettrüsten des Kalten Krieges ging immer mehr zu Lasten der Sowjetunion. Der militärische Sektor führte zunehmend ein Eigenleben und benötigte immer mehr Mittel, während die Modernisierung der Armee kaum erfolgte. „Die innere Blockade einer starren Plan- und Kommandowirtschaft und die Lethargie der sowjetischen Gesellschaft verhinderten trotz gigantischer Ressourcen den Übergang zu einer modernen, effizienten Wirtschaft, ließen

---

<sup>495</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 229.

<sup>496</sup> Ebd., S. 231.

<sup>497</sup> Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach EUropa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006, S. 45.



die Kolchosen-Landwirtschaft das ewige Sorgenkind der Politbürokraten bleiben.“<sup>498</sup> In Polen organisierte sich die Gewerkschaft Solidarnosc und zeigte damit, dass eine effektive und zahlenmäßig große Oppositionsbewegung in der kommunistischen Herrschaftswelt möglich war. 1985 übernahm Gorbatschow die politische Führung der Sowjetunion und „almost immediately [...] non-Russians began demanding a return to ‚Leninst nationality policy‘ [...]“.<sup>499</sup> Die wachsende Frage der Nationalitäten in der UdSSR wurde sowohl von ihm, als auch dem Rest der sowjetischen Führung, nicht beachtet. Unter den Schlagworten „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestroika“ (Umgestaltung) legte Gorbatschow seinen Fokus auf die Liberalisierung der Gesellschaft und die wirtschaftliche Modernisierung.

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 hinterließ in der Ukraine tiefe Spuren. Neben der Evakuierung und der Strahlenerkrankung tausender Ukrainer waren es vor allem die Reaktion der Behörden und der Zynismus der politischen Führung, die Empörung bei der ukrainischen Bevölkerung auslösten. Tschernobyl „wurde in der Ukraine, und nicht nur dort, zum Menetekel eines zentralistischen Systems, das in blindem Vertrauen auf den technischen Fortschritt das Land mit Risikoindustrien überzogen hatte, ohne die dort lebenden Menschen nach ihrer Zustimmung zu fragen.“<sup>500</sup> Nach Tschernobyl begann sich langsam, in der Ukraine die Opposition zu organisieren, allerdings nicht so weit fortgeschritten, wie in anderen Teilen der UdSSR. 1988 war das Baltikum eine der Hauptregionen für oppositionelle und eigenstaatliche Bewegungen. Im September 1989 trat der Parteichef der Kommunistischen Partei der Ukraine, Wladimir Schtscherbitzki, aus gesundheitlichen Gründen zurück. Schtscherbitzki war ein konservativer Hardliner und stand den Reformen Gorbatschows kritisch gegenüber. Das verhältnismäßig späte Entstehen der ukrainischen Oppositionsbewegung liegt unter anderem auch an seiner harten Führung des Landes. In den Kohlebergwerken von Donezk kam es im Sommer 1989 zu Streiks. „Es war eine Überraschung, dass sich die als passiv geltenden, kaum von der ukrainischen Nationalbewegung erfassten, stark russifizierten und von der Kommunistischen Partei kontrollierten Bergleute der Ostukraine effizient organisierten, Elemente einer Selbstverwaltung entwickelten und neben wirtschaftlichen und sozialen auch politische Forderungen gegenüber den Regierungen in Kiev und Moskau erhoben.“<sup>501</sup>

---

<sup>498</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 73.

<sup>499</sup> Kuzio, Taras: Ukraine: Perestroika to Independence, Second edition, London 2000, S. 64.

<sup>500</sup> Wendland, Veronika: Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 293.

<sup>501</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 248.

Gorbatschow geriet zunehmend in die Defensive. Konservative Kader der KPdSU lehnten die Reformpolitik ab, während enge Berater Gorbatschows auf schnellere Schritte drängten. „Der taktierende und lavierende Generalsekretär stellte sich den nationalen Fragen nur, wenn es bereits lichterloh brannte, und delegierte die Verantwortung für heikle Interventionen am liebsten von sich weg.“<sup>502</sup>

Nach einem Besuch im Vatikan im Dezember 1989 wurde die Unierte Kirche wieder zugelassen, die sich anschließend zu einem wichtigen Zentrum der nationalen Bewegung entwickeln sollte. In Lemberg und weiten Teilen der Westukraine bildeten sich erneut oppositionelle Strömungen. Zu Beginn legten sie ihr Hauptaugenmerk auf die Bewahrung ukrainischer Traditionen und der Sprache. Da die politische Führung nicht mehr so strikt gegen solche Aktivitäten vorging, nahm die Zahl der Anhänger und Unterstützer schnell zu. Im September 1989 vereinigten sich verschiedene Oppositionsgruppen in der „Volksbewegung der Ukraine für die Perestrojka“ (ukrainisch: Ruch). Die Bewegung stellte die Existenz der Sowjetunion nicht infrage und konzentrierte sich auf kulturpolitische Forderungen. Immer häufiger wurde die blau-gelbe Flagge der Ukrainischen Volksrepublik in der Öffentlichkeit getragen. Der Opposition gelang es durchzusetzen, dass zum 1. Januar 1990 Ukrainisch zur Staatssprache der Ukraine wurde.<sup>503</sup>

Bei der Wahl zum Obersten Sowjet im März 1990 gelang es Ruch, 117 von 450 Mandaten zu gewinnen. Die Monopolstellung der KPdSU wurde aufgehoben und es gründeten sich neue Parteien. Das Spektrum reichte dabei von Grünen über Kommunisten bis hin zu Nationalisten. Allerdings gelang es keiner Gruppierung, weite Teile der Bevölkerung als Anhänger zu gewinnen. Die Mehrheit des Volkes unterstützte Ruch, welche nun zunehmend die ukrainische Politik bestimmte. Leonid Krawtschuk, ein ehemaliger KPU-Funktionär, schloss sich mit anderen reformorientierten Kommunisten der Opposition an. Er wurde im Juli 1990 zum Parlamentspräsidenten gewählt. Am 16. Juli 1990 erklärte der Oberste Rat der Ukraine die Souveränität der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Diese beinhaltete keine Unabhängigkeitserklärung, betont jedoch das Recht der Ukraine auf eigene Streitkräfte. Als ein Ergebnis der Souveränitätserklärung wurde die Ukraine außenpolitisch aktiv und begann, Abkommen mit den anderen Unionsrepubliken zu schließen. Die Russische und Ukrainische Republik erkannten in einem Vertrag am 19. November 1990 ihre gegenseitigen Grenzen und Souveränität an.

---

<sup>502</sup> Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015, S. 79.

<sup>503</sup> Vgl. Wendland, Veronika: Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993, in: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993, S. 301.

Ruch orientierte sich stärker an den Entwicklungen im Baltikum und trat nun für eine Unabhängigkeit der Ukraine ein. Im Oktober 1990 zwangen Massendemonstrationen und Studentenstreiks den kommunistischen Ministerpräsidenten zum Rücktritt. Die alten Reformgegner erhöhten ab dem Frühjahr 1991 den Druck auf Kiew, die Union aufrechtzuerhalten. „Noch im März desselben Jahres hatte sich eine Mehrheit [70%] der ukrainischen Stimmberechtigten in einem (unionsweiten) Referendum für den Erhalt der Sowjetunion ausgesprochen; ein zweites Referendum über eine weitreichende ukrainische Souveränität erzielte allerdings einen wesentlich höheren Anteil an Ja-Stimmen [80%].“<sup>504</sup> Die Entscheidung über den Beitritt zum Unionsvertrag wurde auf den Herbst verschoben. Am 19. August 1991 putschten konservative Kommunisten zusammen mit Teilen des Militärs gegen Gorbatschow. Der Putsch scheiterte, da sich die Moskauer Bevölkerung den Panzern in den Weg stellte. Die Ukraine zog, ebenso wie andere Unionsrepubliken, die Konsequenzen und erklärte am 24. August ihre Unabhängigkeit. Gleichzeitig wurde ein zeitweiliges Verbot der Kommunistischen Partei verhängt. Gorbatschow wollte jedoch den Unionsvertrag nicht aufgeben. Leonid Krawtschuk setzte daraufhin für den 1. Dezember 1991 ein Referendum über die Unabhängigkeit und gleichzeitige Präsidentschaftswahlen an. 90% der Ukrainer, die ihre Stimme abgaben, stimmten für die Unabhängigkeit.<sup>505</sup>

---

<sup>504</sup> Ebd., S. 302.

<sup>505</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 253.

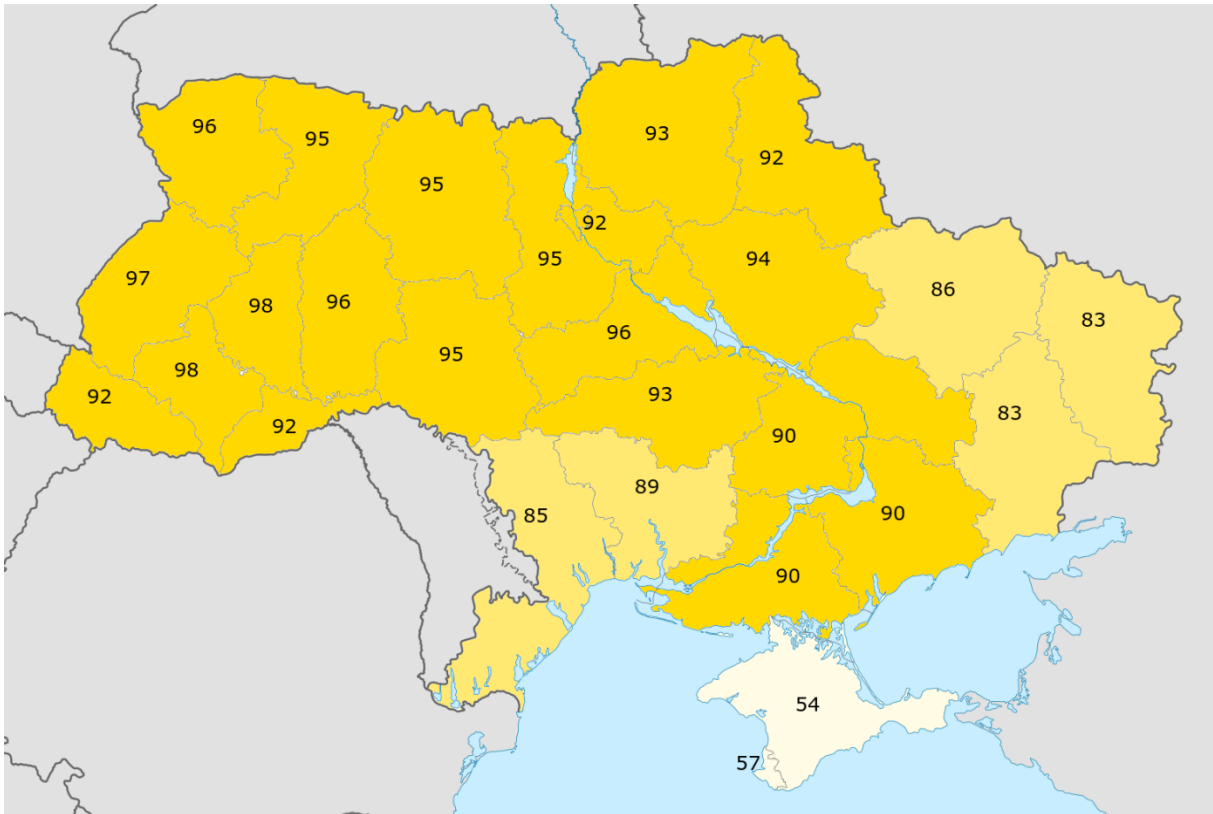


Abb. 8: Prozentualer Anteil (gerundet) an Ja-Stimmen bei dem Referendum über die Unabhängigkeit, eigene Darstellung, Quelle: <http://www.ukrweekly.com/old/archive/1991/499101.shtml>

Wie an der Grafik zu erkennen ist, lag die Zustimmung in allen Oblasten der Ukraine bei mehr als 80 Prozent. Lediglich auf der Krim und in Sewastopol fiel die Unterstützung zur Unabhängigkeit kleiner aus. Dennoch stimmte die Mehrheit der Bevölkerung, die zur Wahlurne gingen, der Unabhängigkeit der Ukrainer zu. Es muss allerdings angemerkt werden, dass sich auf der Krim nur 67,50% und in Sewastopol 63,74% der Bewohner an der Wahl beteiligten.<sup>506</sup> Die Zustimmung zur Unabhängigkeit war insbesondere in den westlichen Landesteilen der Ukraine sehr groß und ging einher mit einer Wahlbeteiligung jenseits der 90 Prozent. Im Osten und Süden der Ukraine fiel die Wahlbeteiligung und Unterstützung der ukrainischen Unabhängigkeit zwar geringer aus als im Osten, jedoch waren auch hier die Ukrainer mehrheitlich der Meinung, dass ihr Land sich von der Sowjetunion loslösen sollte. Bei der Präsidentschaftswahl erhielt Krawtschuk 61% der Stimmen, sein Gegenkandidat Tschornowil kam auf 23%.<sup>507</sup>

<sup>506</sup> Ergebnis des Unabhängigkeitsreferendums der Ukraine vom 01.12.1991: [http://www.archives.gov.ua/Sections/15r-V\\_Ref/index.php?11](http://www.archives.gov.ua/Sections/15r-V_Ref/index.php?11)

<sup>507</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 253.

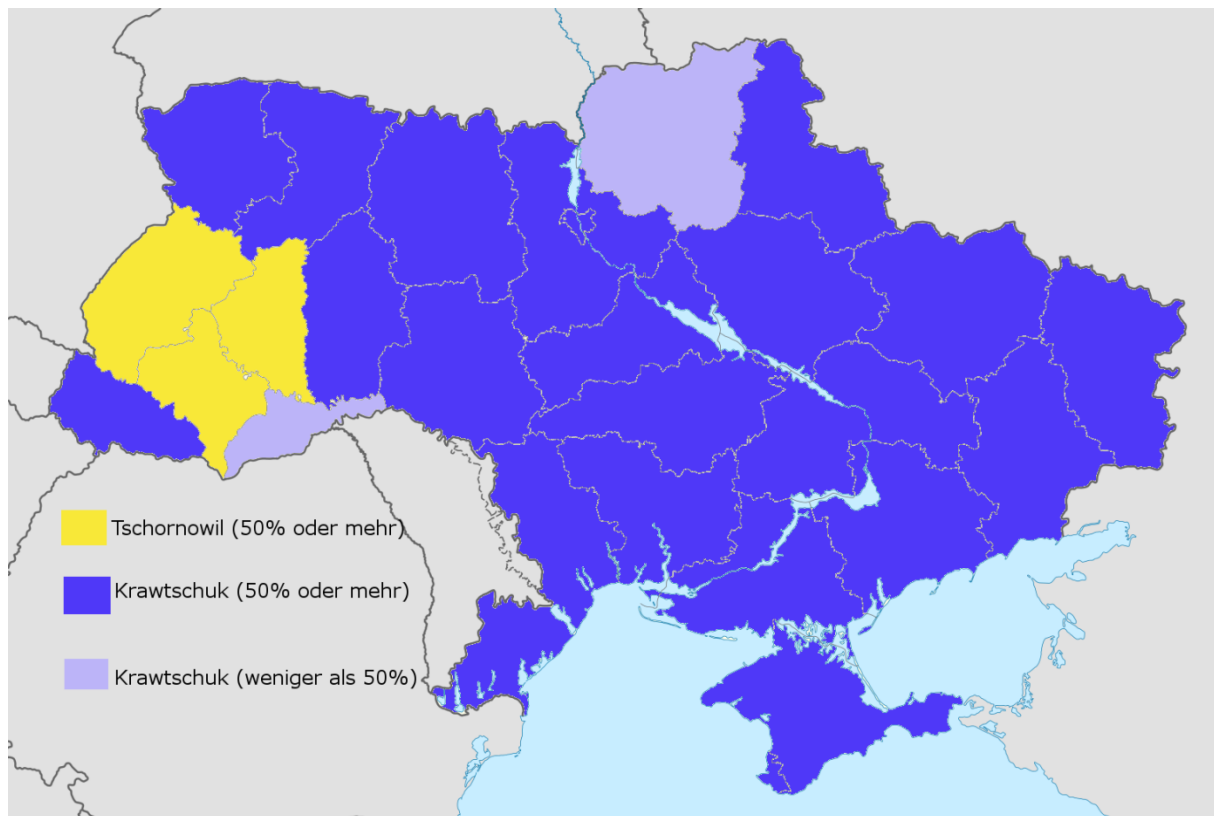


Abb. 9: Ergebnis Präsidentschaftswahl 1991, Sieger der jeweiligen Oblasten, eigene Darstellung, Quelle: Electoral Geography 2.0, Ukraine, Presidential Election 1991: <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-1991.html>

Krawtschuk gelang es, in 24 von 27 Regionen die Mehrheit der Stimmen auf sich zu vereinen. Jedoch konnte er in den Oblasten Tschernihiw und Czernowitz nicht über 50 Prozent der Stimmen gelangen.<sup>508</sup> Tschornowil gewann in drei Regionen der Westukraine die Mehrheit der Stimmen, darunter Lemberg. Die Stadt war ein Zentrum der Ruch und Tschornowil, als offizieller Präsidentschaftskandidat der Ruch, hatte in dieser Region starken Rückhalt. Mit mehr als 19 Millionen Stimmen war Krawtschuk dennoch der eindeutige Sieger der ersten ukrainischen Präsidentschaftswahl geworden.

Mit dem Abfall der Ukraine hatte die Sowjetunion das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung und der zweitstärksten Wirtschaftskraft verloren. Die Sowjetunion war am Ende. Der von 1922 stammende Vertrag über die Bildung der Sowjetunion wurde am 5. Dezember 1991 vom ukrainischen Parlament gekündigt. Die ukrainische Unabhängigkeit war schnell erkämpft und verlief ohne Blutvergießen. Das zentrale Ziel der Opposition war erreicht, weshalb diese wichtige Probleme als gelöst ansah. Diese Auffassung war jedoch falsch. Die Ukraine stand nun vor der Herausforderung, einen nachhaltigen demokratischen Staat zu

<sup>508</sup> Ergebnis der Präsidentschaftswahl der Ukraine vom 01.12.1991: <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-1991.html>

errichten. Gleichzeitig musste die Wirtschaft komplett umgebaut werden und die Bevölkerung auf die neuen Verhältnisse vorbereitet werden. Der Transformationsprozess der Ukraine hatte begonnen und sollte schon bald seine spezifischen Probleme aufweisen.

## **6. Transformation 1991-2002**

Die Ukraine stand, wie alle anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion nach der Unabhängigkeit vor der Herausforderung, ein neues politisches und wirtschaftliches System zu errichten. Politische und ökonomische Transformation bedingten sich gegenseitig. Darüber hinaus musste die Ukraine als neuentstandener Nationalstaat, sein Territorium sichern und das Staatsvolk, das auf seinem Gebiet lebte, zu einer Gemeinschaft zusammenführen. Zur selben Zeit musste eine außenpolitische Positionierung vorgenommen werden. Die Verhältnisse zu Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion mussten ebenso bestimmt werden wie die Beziehungen zur Europäischen Union und den USA.

### **6.1. Politische Transformation**

Bereits vor der Unabhängigkeit, aber insbesondere danach, war die größte Aufgabe, eine demokratische Ordnung aufzubauen. Ein Hindernis auf diesem Weg stellte die fehlende historische Erfahrung mit demokratischen Traditionen dar. Die kurze demokratische Zeit nach dem Ersten Weltkrieg und die Expertise der Westukrainer aus der Ära der österreichischen Herrschaft reichten nicht aus, um eine fundierte demokratische Ordnung zu etablieren. Die Entwicklung der politischen Parteien folgte einer eignen Dynamik und unterschied sich von jener in Westeuropa. „While parties in the West emerged in the middle of the nineteenth century as a product of natural modernization and have since traveled a long path to current patterns, the majority of parties in the post-Soviet space were created in the last twentieth century under fairly different conditions.“<sup>509</sup> Die historischen Erfahrungen der Ukraine wirkten sich auf das Parteiensystem aus. In den vorherigen Kapiteln wurde gezeigt, dass die Ukraine über Jahrhunderte unter verschiedenen Herrschaftsbereichen aufgeteilt war. Während in der Habsburger Monarchie die dort lebenden Ukrainer einen gewissen Grad an politischen Rechten genossen, ging das russische Zarenreich mit strengster Härte gegen jegliche politische Aktivitäten der Ukrainer vor. „So führte die historische Spaltung der Ukraine zu einer auch heute noch ausgeprägten regionalen Heterogenität.“<sup>510</sup> Nicht zuletzt hatte die rund 70-jährige Sowjetherrschaft ebenfalls einen nachhaltigen Einfluss auf die Einstellung der Ukrainer zu Parteien. Auf der einen Seite wurde durch das Einparteiensystem die Herausbildung eines breiten Parteienspektrums effektiv unterbunden. Auf der anderen Seite

---

<sup>509</sup> Kulik, Anatoly: Introduction. The Multidimensionality of the Context of Post-Soviet Transformation, in: Kulik, Anatoly und Pshizova, Susanna (Hrsg.): Party politics in post-Soviet Europe and the Baltics, Westport 2005, S. 1.

<sup>510</sup> Göls, Cornelia: Die politischen Parteien in der Ukraine – Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung, in: Kramer, Helmut und Kreisky, Eva (Hrsg.): Politik und Demokratie, Band 15, Peter Land, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2008, S. 19.

hat sich die Bevormundung durch die Kommunistische Partei in das Gedächtnis der Ukraine tief eingebrannt und dazu geführt, dass für viele der Begriff „Partei“ bereits negativ besetzt ist. Gleichzeitig führte der wirtschaftliche Transformationsprozess dazu, dass ein Großteil der ukrainischen Bevölkerung mit ökonomischen Fragen beschäftigt war und wenig Interesse für politische Aktivitäten hatte.

### **6.1.1. Verfassung**

Als eine seiner letzten Anordnungen wurde unter Gorbatschow im März 1990 das Präsidentenamt geschaffen. Seine Hoffnung lag darauf, einen Gegenpart zur ungeliebten Herrschaft der Kommunistischen Partei zu etablieren. Kurz vor der Unabhängigkeit der Ukraine, im Juli 1990, wurde das Präsidentenamt in die ukrainische Sowjetverfassung aufgenommen. Wie in der Mehrzahl der ehemaligen Ostblockstaaten, so sollte sich auch in der Ukraine das semipräsidentielle Regierungssystem durchsetzen. Dies war weniger ein Resultat der politischen Kultur, sondern vielmehr der „Wunsch der Verfassungsgeber, Elemente des Präzidentalismus (Autorität, Effizienz kurzer Entscheidungswege) und des Parlamentarismus (Pluralismus, Partizipation, bürgerliche Freiheiten) zu verbinden.“<sup>511</sup> Dies bedeutet jedoch nicht, dass zwangsweise nur die besten Elemente beider Systeme übernommen wurden.

Mit der Unabhängigkeit der Ukraine galt immer noch die zuletzt 1978 geänderte Verfassung aus Sowjetzeiten. Zwei Anläufe zur Ausarbeitung einer Verfassung im Juni 1992 und Oktober 1993 blieben ohne Ergebnis. Krawtschuk gelang es nicht, die unterschiedlichen politischen Akteure der Ukraine an einen Tisch zu bringen und sie zur Anfertigung einer Verfassung zu gewinnen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1994 konnte Krawtschuk zwar die meisten Stimmen im ersten Wahlgang gewinnen, musste sich jedoch in der zweiten Runde seinem Herausforderer und früheren Premierminister Kutschma geschlagen geben. Dieser setzte im Herbst 1994 eine Kommission ein, um eine „kleine“ Verfassung ausarbeiten zu lassen. Im März 1996 stand ein erster Verfassungstext und wurde ab April dem Parlament zur Debatte vorgelegt. Im Juni 1996 sollte die Verfassung angenommen werden. Kutschma übte erheblichen Druck auf die Abgeordneten aus. Dies reichte vom Stimmenkauf bis hin zur Drohung der Enteignung beim Scheitern der Abstimmung. Am 28. Juni 1996 stimmte eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Parlaments für den Verfassungsentwurf. Die Ukraine war der letzte Nachfolgestaat der UdSSR, der eine neue Verfassung verabschiedete.

---

<sup>511</sup> Bredies, Ingmar: Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? – Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006, LIT Verlag, Hamburg 2007, S. 126.



Es stellt sich die Frage, warum in der Ukraine dieser Prozess so lange Zeit in Anspruch nahm. Eine Antwort dazu können die Akteurstheorien liefern. Die deskriptiv-empirische Akteurstheorie untersucht die Rollen- und Machtverhältnisse zwischen dem autoritären Regime und der demokratischen Opposition. Im Falle der Ukraine können die beiden Positionen durch die des Präsidenten/Regierung auf der einen Seite und die des Parlaments auf der anderen Seite ausgetauscht werden. Sowohl durch das kontinuierliche Austauschen und die Parlamentswahl von 1994 kam es zu Veränderung der Zusammensetzung der handelnden Personen. So waren die Mehrheitsverhältnisse zwischen der Regierung/dem Präsidenten auf der einen Seite und den Parlamentsabgeordneten auf der anderen Seite nicht immer deutlich erkennbar. Ebenso wechselten sich die Strategien und Machtressourcen, was zur Folge hatte, dass bereits verabredete Kompromisse regelmäßig verworfen wurden.<sup>512</sup> Mit Blick auf den rational-choice-Ansatz lässt sich sagen, dass die beteiligten Akteure mehrheitlich eine eigene Nutzenmaximierung erreichen wollten. Jedoch agierten nicht alle Beteiligten durchgehend rational. Ebenso war die 1996 verabschiedete Verfassung weniger ein Kompromiss zwischen Parlament und Präsident/Regierung, sondern vielmehr das Resultat von Einschüchterung, Unterdrückung und Erpressung seitens Kutschmas. Somit kann der rational-choice-Ansatz nur bedingt benutzt werden, um den Prozess der Verfassungswendung zu erklären. Jedoch kann die Dauer von sechs Jahren nachvollzogen werden, wenn bedacht wird, dass die Zusammensetzung der Akteure sich stets veränderte, Mehrheitsverhältnisse beständig wechselten und alle Beteiligten einen größtmöglichen Eigennutzen erzielen wollten. Als ein klares Unterscheidungsmerkmal zur vorherigen sowjetischen Verfassung lässt sich festhalten, dass die Rechte und Freiheiten der Bürger zuerst genannt werden. Im Anschluss beschreibt die Verfassung den Aufbau des Staates. „Durch diese Reihenfolge soll die Vorrangigkeit der Grundrechte vor den staatlichen Gewalten ausgedrückt werden.“<sup>513</sup> Die ukrainische Verfassung orientiert sich dabei sehr stark am deutschen Grundgesetz welches, neben der französischen Verfassung, für viele Transformationsstaaten Osteuropas als Leitlinie angesehen wurde.

In ihren ersten 20 Artikeln garantiert sie Menschen- und Freiheitsrechte (Art. 3)<sup>514</sup>, beschreibt das Volk als die einzige Quelle der Souveränität und Gewalt (Art. 5)<sup>515</sup>, gewährleistet lokale

---

<sup>512</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010, S. 85.

<sup>513</sup> Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 29.

<sup>514</sup> Verfassung der Ukraine, Version vom 28.06.1996: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

<sup>515</sup> Ebd.: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

Selbstverwaltung (Art. 7)<sup>516</sup> und verpflichtet sich zum Schutz der russischen Sprache (Art. 10)<sup>517</sup>. Vom Artikel 21 bis 68 werden die Freiheiten, Pflichten und Rechte der Menschen und der ukrainischen Staatsbürger detailliert aufgezeigt. Dabei ist, wie schon angedeutet, eine starke Orientierung am deutschen Grundgesetz erkennbar. Angefangen bei Artikel 21 (gleiche Menschenwürde) über das Recht auf Freiheit (Artikel 29) und die Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 30) bis hin zur Meinungsfreiheit (Artikel 34) und Religionsfreiheit (Artikel 35) eröffnet die ukrainische Verfassung ein breites Feld an bürgerlichen Freiheiten. In den nachfolgenden Artikel werden die Bestimmungen für Wahlen (Art. 69-74), die Rechte des Parlaments (Art. 75-101), die Stellung des Präsidenten (Art. 102-112), die Aufgaben der Regierung (Art. 113-120) beschrieben. Die Sonderstellung der Autonomen Republik Krim wird dabei ebenso erläutert (Art. 134-139) wie die Funktionsweise der lokalen Selbstverwaltung (Art. 140-146). Nicht zuletzt wird in Art. 157 festgehalten, dass eine Änderung der Verfassung zum Zweck der Beseitigung von Menschenrechten und Freiheiten nicht zulässig ist. Konkret heißt es: „Die Verfassung der Ukraine darf nicht geändert werden, wenn die Änderungen die Abschaffung oder Beschränkung der Menschen- und Bürgerrechte und –freiheiten vorsehen oder auf Beseitigung der Unabhängigkeit oder Verletzung der territorialen Gesamtheit der Ukraine gerichtet sind. Die Verfassung der Ukraine darf während des Kriegs- oder Ausnahmezustandes nicht geändert werden.“<sup>518</sup>

Mit der neuen Verfassung wurden die vielschichtigen Probleme der Ukraine jedoch kaum gelöst. Zwischen dem Parlament und dem Präsidenten hatten sich erhebliche Spannungen aufgebaut. Die permanenten Konflikte zwischen Legislative und Exekutive wirkten der Akzeptanz des neuen politischen Systems entgegen. Kutschma versuchte im Jahr 2000 mittels eines Referendums, eine neue Verfassionsversion zu etablieren und die Rechte des Parlaments zu beschneiden.

In sechs Fragen sollte abgestimmt werden über:

1. Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Werchowna Rada und Auflösung durch den Präsidenten
2. Ersetzung der ukrainischen Verfassung durch ein allukrainisches Referendum
3. Auflösung des Parlaments, wenn nicht innerhalb eines Monats eine beschlussfähige Mehrheit steht oder länger als drei Monate benötigt, um den Haushaltsentwurf der Regierung zu billigen
4. Immunitätsaufhebung der Abgeordnete

---

<sup>516</sup> Ebd.: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

<sup>517</sup> Ebd.: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

<sup>518</sup> Ebd.: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

## 5. Reduzierung der Abgeordneten von 450 und 300

## 6. Aufbau einer zweiten Kammer

Das Verfassungsgericht erklärte die ersten beiden Fragen für unzulässig. Am 16. April 2000 wurde über die verbliebenden Fragen abgestimmt. 81,2% der wahlberechtigten Bevölkerung beteiligte sich an der Abstimmung und stimmten mit mehr als 80% allen Fragen zu. Der Erfolg beim Referendum lässt sich auf mehrere Faktoren zurückführen. Zum einen wurde das Referendum über viele Monate durch präsidentennahe Medien populär gemacht. Zum anderen hatte das Parlament selbst nur ein geringes Ansehen in der Bevölkerung. Die tiefe Zerstrittenheit der Legislative schuf eine wachsende Distanz zwischen Volk und Volksvertretern. Studentengruppen wurden während des Unterrichts und ganze Betriebe während der Arbeitszeit zu den Wahllokalen gebracht. „Die lokalen Wahlkommissionen riefen viele Bürger privat an, um sie zur Teilnahme aufzufordern.“<sup>519</sup> Nicht zuletzt fehlte es an einer Opposition, die ein attraktives Gegenmodell zu dem Referendum von Kutschma anbieten konnte.

Neun Tage später lag der Rada ein Gesetzentwurf von Kutschma vor. In diesen wurden nur drei der vier Fragen aufgegriffen: die Reduzierung der Abgeordnetenzahl, Aufhebung der Immunität und Auflösung des Parlaments bei fehlender parlamentarischer Mehrheit innerhalb eines Monats oder Nichtverabschiedung des Haushaltsentwurfs der Regierung nach drei Monaten. Die Einführung einer zweiten Kammer sollte es später beraten und zunächst in einer Kommission diskutiert werden. Kutschma rief selbst das Verfassungsgericht an, um eine Verfassungskonformität seines Vorschlags überprüfen zu lassen. Das Gericht billigte Kutschmas Vorschlag und sah einen Gegenentwurf des Parlaments als verfassungswidrig an. Am 13. Juli 2000 übernahm die Werchowna Rada den Gesetzesentwurf des Präsidenten. Kutschma gelang es damit nicht nur, den „konkurrierenden Alternativvorschlag zu stoppen, sondern auch seinen Änderungsentwurf doch noch vor der Sommerpause durch das Parlament zu bringen.“<sup>520</sup>

Die Umsetzung der Verfassungsänderung erfolgte jedoch nicht. Der oppositionelle Journalist Heorhij Gongadse wurde im Herbst 2000 ermordet. Es wurden Tonbadaufnahmen veröffentlicht, die eine Verstrickung Kutschmas in die Ermordung des Journalisten nahe legten. Ebenso wurde der Vorwurf laut, dass der Präsident erhebliche Steuergelder veruntreut hätte. Kutschma selbst agierte ungeschickt und entband die Vize-Premierministerin Julija

---

<sup>519</sup> Ott, Alexander: Präsident, Parlament, Regierung – Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane?, in: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001), Köln 2002, S. 92.

<sup>520</sup> Ebd., S. 96.

Tymoschenko von ihrer Position. Sie wechselte mit ihrer Fraktion in die Opposition, wodurch Kutschma seine Mehrheit im Parlament verloren hatte.

Anlässlich des 11. Jahrestages der ukrainischen Unabhängigkeit am 24.08.2002 eröffnete Kutschma einen neuen Vorschlag zur Überarbeitung der Verfassung. Machtbefugnisse des Präsidenten sollten auf das Parlament übertragen werden. Nach dem Parlamentsieg der oppositionellen Bewegung „Unsere Ukraine“ am 31.03.2002 drohte die Gefahr, dass Juschtschenko als dessen Führer die Präsidentschaftswahlen im Herbst 2004 gewinnen könnte. Der Handlungsspielraum des Präsidenten sollte dementsprechend verkleinert werden. Kutschma schlug dem Parlament im März 2003 vor, dass die Regierung vom Parlament gebildet werden sollte. Die Vorschläge zur Auflösung des Parlaments aus dem Referendum behielt er bei. Die Abgeordnetenzahl sollte von 450 auf 300 reduziert werden. Das Oberhaus sollte aus drei Vertretern aus den 27 Gebieten bestehen, die entsandt und nicht gewählt werden. Ebenso soll ihm der ehemalige Präsident auf Lebenszeit angehören. Dies hätte eine bleibende Immunität für Kutschma bedeutet. Die Mehrzahl der Kompetenzen der Rada sollten auf das Oberhaus übertragen werden. Des Weiteren wollte Kutschma die Legislaturperiode des Parlaments auf fünf Jahre ausdehnen und Präsident- und Parlamentswahl im gleichen Jahr stattfinden lassen. Hierdurch wäre Kutschmas Amtszeit bis 2007 verlängert worden.

Die Kritik an seinen Vorstellungen führte zu dem Ergebnis, dass der Vorschlag zur Einführung einer zweiten Kammer fallen gelassen wurde und auch die Zahl der Abgeordneten unverändert blieb. In einem neuen Vorschlag sollte der Premierminister auf Vorschlag des Präsidenten vom Parlament gewählt werden. Eine Auflösung des Parlaments soll dann erfolgen, wenn in einem Monat keine Mehrheit zustande kommt, falls nach 60 Tagen keine Regierung gebildet wird oder bis zum 1. Dezember das Parlament keinen Haushalt für das nächste Jahr verabschiedet. Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen sollten im selben Jahr stattfinden, allerdings unter Beibehaltung der Präsidentenwahl für das Jahr 2004. Die Verfassungsreform fand im April 2004 im Parlament jedoch keine Mehrheit und wurde bis zur Präsidentschaftswahl nicht weiter diskutiert.

Es stellt sich die Frage, ob die Verfassung eine stabile Basis für die demokratische Entwicklung der Ukraine darstellen konnte. War die Verfassung in der Lage, „die Gesamtheit der Strukturen (Institutionen) und Regeln (Verfahren), die politische und gesellschaftliche Akteure (Parteien, Verbände, Organisationen, Individuen) in regelgeleitete Interaktionen zueinander [zu setzen], um die systemerhaltenden Funktionen zu erfüllen und in einem

beständigen Kreislauf zu reproduzieren“<sup>521</sup>? Ein Hauptproblem war, dass die ersten fünf Jahre der unabhängigen Ukraine unter einer Verfassung verliefen, die keine weitreichenden demokratischen Prozesse vorsah. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahl 1994 als bedeutende Wegweiser für den zukünftigen Pfad fanden statt, ohne dass eine demokratische Verfassung in Kraft war. Grundlegendes Ziel einer Verfassung ist es, die Machtverhältnisse und Verfahrensweisen im politischen System zu regeln. Auf dieser Basis können Akteure in Erscheinung treten und politische Entscheidungen herbeiführen. Die Ukraine ging hierbei einen umgekehrten Weg. Resultierend aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion musste das politische Geschäft fortgesetzt werden. Die verabschiedete Verfassung war das Resultat eines ungelösten Machtkonflikts zwischen Parlament und Präsident. In ihr (der Verfassung) wurden die Rivalitäten nicht gelöst, sondern vielmehr verlagert und zementiert. Dies lässt sich insbesondere an der Frage der Stellung der Regierung erkennen. Nach Parson besteht der Verdienst der Demokratie in der „Vermittlung von Konsensus über die Ausübung von Macht und Herrschaft durch ganz bestimmte Personen und Gruppen“<sup>522</sup>. Dies ist nur auf Grundlage einer funktionierenden Verfassung möglich. Die ukrainische Verfassung, welche die Machtrivalitäten zwischen Exekutive und Legislative verfestigte, war folglich nicht in der Lage, einen solchen Konsens zu erwirken. Der anschließende Versuch Kutschmas, die Zuständigkeit und Bedeutung des Parlaments weiter zu verkleinern, belegt dies nachhaltig. Somit gab die Verfassung der Ukraine zwar einen demokratischen Rahmen, jedoch vermochte sie es nicht, das politische System so aufzubauen, dass die Akteure daran gehindert wurden, die vorhandenen Strukturen grundlegend zu hinterfragen und zu bekämpfen.

### **6.1.2. Parlament**

Die Werchowna Rada der Ukraine ging nahtlos aus dem sowjetischen Vorgängermodell hervor. Nach Artikel 75 der ukrainischen Verfassung besitzt sie die alleinige Macht, um Gesetze zu erlassen. Konkret heißt es: „Alleiniges Organ der gesetzgebenden Gewalt der Ukraine ist das Parlament – die Werchowna Rada der Ukraine.“<sup>523</sup> Unter Artikel 85 in der Verfassung werden konkret 36 Kompetenzen<sup>524</sup> des Parlaments aufgezählt.

Bis 1990 bestand das Parlament aus 650 Abgeordneten, danach wurde es auf 450 reduziert. Nachdem Gorbatschow im Zug der Perestroika eine Lockerung der Wahlgesetze erlassen

---

<sup>521</sup> Merkel, Wolfgang; Brückner, Julian und Wagener, Hans-Jürgen: System, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015, S. 33.

<sup>522</sup> Parsons, Talcott: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln 1971, S. 70.

<sup>523</sup> Verfassung der Ukraine, Version vom 28.06.1996: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

<sup>524</sup> Für eine detaillierte Auflistung der Kompetenzen siehe: Verfassung der Ukraine, Art. 85, Version vom 28.06.1996: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

hatte, fanden im März 1990 die nächsten Parlamentswahlen in der Ukraine statt. Zwar waren diese Wahlen im Vergleich zu früheren Wahlen offener, dennoch waren sie weit davon entfernt, als durchgehend demokratisch und transparent angesehen zu werden. Die Kommunistische Partei „had control of the media, positions of influence, means of exercising coercion, and huge financial resources“<sup>525</sup>. Zwar gewannen die Kommunisten die Mehrheit der Sitze (239), allerdings konnte die Opposition einen Achtungserfolg erzielen und 90 Abgeordnete stellen. Zum ersten Mal gab es eine echte Opposition im ukrainischen Parlament.

In den ersten Monaten befasste sich ein Großteil der politischen Arbeit im Parlament mit der Frage nach dem nationalen Status. Der Konflikt verlief dabei zwischen den Kommunisten, die einen Fortbestand der Sowjetunion anstrebten, auf der einen Seite und den Nationaldemokraten auf der anderen Seite, welche sich für eine Souveränität der Ukraine einsetzten. Die Kommunisten waren dabei selbst in zwei Gruppen gespalten; Hardliner und Softliner. Während die Hardliner jegliche Aufweichungen der sowjetischen Staatsorganisation ablehnten, setzten sich die Softliner für ein stärkeres ukrainisches Selbstverständnis und die Förderung der ukrainischen Kultur ein.

Wolodymyr Iwaschko, ein kommunistischer Hardliner, wurde zum Parlamentsvorsitzenden gewählt. Nach rund einem Monat musste er dieses Amt jedoch ablegen, da er auf dem 28. Parteitag der KPdSU zum Ersten Stellvertreter des Generalsekretärs des ZK der KPdSU gewählt wurde. Krawtschuk wurde unter Protest der Opposition mit 239 zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Dies hatte zur Folge, dass die kommunistische Fraktion von den übrigen Abgeordneten später als „Gruppe 239“ bezeichnet wurde.

Krawtschuk unternahm in kürzester Zeit eine extreme Wandlung. War er in den 1980er Jahren noch in führender Position in der Propagandaabteilung, wurde er ab 1990 zu einem der zentralen Anführer der Reformkommunisten. Er eignete sich viele Forderungen der Nationaldemokraten an und gab der ukrainischen Nationalbewegung ein bekanntes Gesicht. Bereits am 16. Juli 1990 hatte die Rada mit 355 Stimmen eine Souveränitätserklärung<sup>526</sup> verabschiedet. Hierdurch wurde eine Neufassung der ukrainischen Sowjetverfassung notwendig. Im Oktober 1990 nahm eine Verfassungskommission dafür ihre Arbeit auf, konnte jedoch in zwei Jahren keine akzeptierte Variante für eine Verfassung ausarbeiten. Die Rada vermochte es nicht in diesem Prozess konstruktiv mitzuwirken. Für viele Abgeordnete war

---

<sup>525</sup> Subtelny, Orest: Ukraine – A History, fourth edition, Toronto 2009, S. 576.

<sup>526</sup> Souveränitätserklärung der Ukraine vom 16.07.1990:

[https://web.archive.org/web/20100111101705/http://gska2.rada.gov.ua:7777/site/postanova\\_eng/Declaration\\_of\\_State\\_Sovereignty\\_of\\_Ukraine\\_rev1.htm](https://web.archive.org/web/20100111101705/http://gska2.rada.gov.ua:7777/site/postanova_eng/Declaration_of_State_Sovereignty_of_Ukraine_rev1.htm)

eine kurz- bis mittelfristige Interessenswahrung wichtiger, als eine nachhaltige Institutionen- und Werteordnung.

Am 24.08.1991 erklärte die Rada die Unabhängigkeit der Ukraine. Sechs Tage später wurde die Kommunistische Partei verboten, da von ihr eine Putschgefahr befürchtet wurde. Das Parteieigentum der Kommunisten wurde nationalisiert. Die Gruppierungen innerhalb des Parlaments hatten sich bis zur Unabhängigkeitserklärung an der Frage zur nationalen Stellung der Ukraine gebildet. Da diese Frage beantwortet war, ging das wichtigste Bindeglied zwischen den heterogenen Vereinigungen verloren und Differenzen traten stärker zutage. Gleichzeitig setzte bei vielen Kommunisten eine Entideologisierung ein, an deren Stelle die Absicht trat, persönliche Privilegien zu bewahren.

Bis zur Wahl des Präsidenten hatte die Werchowyna Rada eine Monopolstellung im institutionellen Gefüge inne. Jedoch gelang es ihr nicht, diese effektiv zu nutzen und die politischen Prozesse wirkungsvoll zu gestalten. Nur eine Minderheit war hauptberuflich als Abgeordnete tätig, was dazu führte, dass Komitee- und Plenarsitzungen wenig Teilnehmer aufwiesen. Politische Gruppen konnten sich zu Vereinigungen zusammenschließen, einem Vorgänger der Fraktionen. Benötigt wurden dafür mindestens 20 Abgeordnete, wobei man zwei Gruppen gleichzeitig angehören durfte.<sup>527</sup>

Mit dem Amtsantritt Kutschmas als Ministerpräsident 1992 wurden die Beziehungen zwischen Parlament und Regierung rauer. Um den wirtschaftlichen Reformkurs schnell umzusetzen, verlangte Kutschma Sondervollmachten und das Rechte, Dekrete zu erlassen. Diese wurden ihm für sechs Monate gewährt und erlaubten ihm weitreichende Entscheidungen in der Geld- und Finanzpolitik. Als Kutschma eine weitere Verlängerung der Sonderrechte erwirken wollte, wurde dies von der Rada blockiert und Kutschma trat zurück. Krawtschuk unterstellte sich daraufhin die Regierung direkt und erhob sich damit zum Chef der Regierung. Sämtliche Minister waren somit nicht mehr an die Weisungen des Premierministers gebunden, sondern mussten den Anweisungen des Staatspräsidenten folgen. Bedingt durch die starken ökonomischen Verwerfungen<sup>528</sup> kam es 1993 zu Massenprotesten. Dies veranlasste die Abgeordnete, vorzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen anzusetzen.

---

<sup>527</sup> Vgl. Whitmore, Sarah: State-building in Ukraine: The Ukraine Parliament, 1990-2003, London 2004, S. 50.

<sup>528</sup> Die Ukraine erlebte 1993 eine Hyperinflation. Insbesondere die Preise für Lebensmittel verteuerten sich stark. Auf die wirtschaftlichen Probleme der Ukraine Anfang der 1990er Jahre wird in späteren Kapiteln eingegangen.

Die Wahlen zum Parlament von 1994 waren die ersten demokratischen Parlamentswahlen in der Ukraine. Für die 450 Sitze im Parlament traten 5.833 Kandidaten<sup>529</sup> an. Im Schnitt bedeutet dies, dass in einem Wahlkreis 13 Bewerber um das Mandat kämpften. Lediglich 7%<sup>530</sup> der Bewerber waren Frauen. Über 60%<sup>531</sup> der Bewerber waren von Wählerbündnissen nominiert worden, während direkt Parteionominierte nur jeden zehnten Bewerber ausmachten. Dies lag nicht zuletzt an dem komplizierten Nominierungsverfahren, welches Nominierungen durch Partei erheblich schwerer machte.<sup>532</sup> Viele Parteimitglieder zogen die Nominierung durch ein Wählerbündnis vor, machten für sich aber Werbung als Angehöriger einer Partei. Rund die Hälfte der Abgeordneten verzichtete auf eine Wiederwahl. Das ukrainische Wahlsystem sah vor, dass die Wahl in zwei Runden stattfinden sollte. In der ersten Runde traten alle Kandidaten in den Wahlbezirken an. Wenn in der ersten Runde kein Kandidat mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereidigen konnte, mussten die beiden Kandidaten mit dem besten bzw. zweitbesten Ergebnis in die Stichwahl. Allerdings sah das Wahlrecht der Ukraine vor, dass für ein gültiges Ergebnis die Wahlbeteiligung im Wahlbereich mindestens 50% betragen musste. Dies hatte zur Folge, dass 112 Sitze<sup>533</sup> im Parlament nicht vergeben wurden.

15 Parteien schafften den Einzug in das Parlament. Die wiederzugelassene Kommunistische Partei konnte mit 86 Sitzen die größte Fraktion bilden. Nur vier Parteien gelang es, mit mehr als 10 Abgeordneten in die Rada einzuziehen. Ab sofort durften Abgeordnete nur noch einer Fraktion angehören. Die Mindestzahl zur Bildung einer Fraktion wurde von 20 auf 25 erhöht. Wie sich an Abb. 10 erkennen lässt, konnten zwar die Parteien des linken politischen Spektrums (KPU, Bauernpartei und SPU) mehr Sitze erlangen als die des Zentrums oder des rechten Rands, allerdings schlossen sich 163 Abgeordnete, und damit jeder zweite, keiner Fraktion an, sondern war als unabhängiger Abgeordneter im Parlament vertreten.

---

<sup>529</sup> Vgl. Bojczun, Marko: The Ukrainian Parliamentary Elections in March-April 1994, *Europe-Asia Studies*, Vol. 47, No. 2 (Mar. 1995), S. 233.

<sup>530</sup> Vgl. ebd., S. 233.

<sup>531</sup> Vgl. ebd., S. 233.

<sup>532</sup> Um eine Nominierung durch eine Partei zu erhalten, musste eine Parteiversammlung im jeweiligen Wahlbezirk durchgeführt werden. Hierbei mussten mindestens 2/3 der örtlichen Mitglieder oder mindestens 50 Delegierte anwesend sein. An das Wahlkomitee musste anschließend eine Liste mit den ersten 100 Parteimitgliedern übersandt werden. Darin musste neben dem Beruf auch die Anschrift, Ausweisnummer und eine Unterschrift zu finden sein. Demgegenüber bedurfte es für die Aufstellung durch ein Wählerbündnis nur der Unterschrift von 10 wahlberechtigten Menschen aus dem jeweiligen Wahlkreis.

<sup>533</sup> Vgl. Bredies, Ingmar: *Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? – Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006*, LIT Verlag, Hamburg 2007, S. 176.



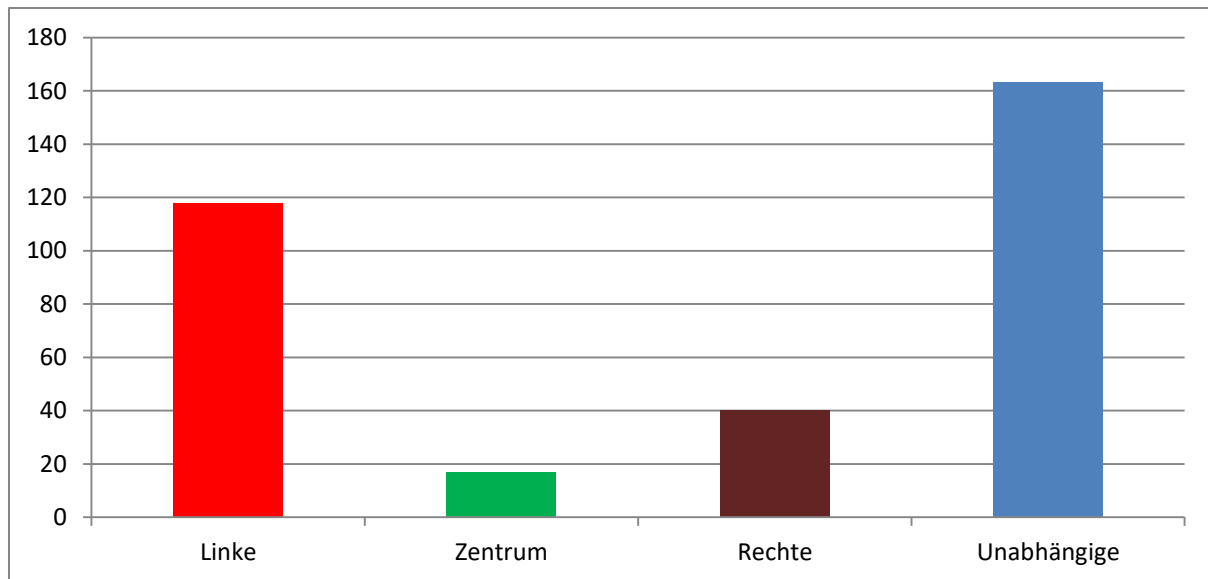


Abb. 10 Anzahl der Parlamentssitze nach politischem Spektrum nach der Parlamentswahl 1994, Linke umfasst Kommunistische Partei, Bauernpartei und die Sozialistische Partei; Zentrum umfasst Christdemokratische Partei, Arbeiterkongress, Sozialdemokratische Partei, bürgerliche Zusammenkunft, Partei der demokratischen Wiederbelebung und der Zwischenregionale Reformblock; Rechte umfasst Ukrainische Nationalversammlung, Ukrainische konservative republikanische Partei, Ruch, Ukrainische republikanische Partei, Kongress Ukrainischer Nationalisten und die demokratische Partei der Ukraine, eigene Darstellung, Quelle: <http://www.brama.com/ua-gov/el-94vrg.html>

Die kommunistischen Abgeordneten konnten die meisten Mandate im östlichen Landesteil der Ukraine erringen. Demgegenüber waren nationaldemokratischen Kräfte in der Westukraine erfolgreicher. Die extrem Rechte (KUN, Republikanische Partei, UNA) hatte ihren Ursprung in der Studentenbewegung der Westukraine und Kiews. Sie beschränkte ihre Aktivitäten jedoch nicht auf diese Regionen sondern versucht, im ganzen Land Anhänger zu gewinnen.

Die ukrainische Gesellschaft war zwar politisch interessiert, allerdings spiegelte sich dies nicht in der Parteilandschaft wider. Vielmehr waren die unterschiedlichen Parteien eine Interessensvertretung. „Parties of the intelligentsia, reflecting its internal divisions, rather than those of society at large.“<sup>534</sup> Die neuen Parteien des rechten Spektrums konnte nur wenige hundert Mitglieder anziehen, während insbesondere die Kommunistische Partei viele ihre alten Anhänger zurückgewinnen und damit leichter Wahlkampf führen konnte. Gleichzeitig waren jene die ohne Parteizugehörigkeit ins Parlament einzogen nicht automatisch unabhängig. Der Grund, warum viele als Unabhängige für die Rada kandidierten, lässt sich zurückführen auf den Kompromiss zwischen den herrschend Kommunisten und den

<sup>534</sup> Bojcun, Marko: The Ukrainian Parliamentary Elections in March-April 1994, Europe-Asia Studies, Vol. 47, No. 2 (Mar. 1995), S. 240.

Nationaldemokraten mit Blick auf die Unabhängigkeit der Ukraine. Im Zuge der Ausrufung der Unabhängigkeit stimmten führende Vertreter der Kommunistischen Partei einem Verbot ihrer Partei zu, bei gleichzeitiger Zusicherung, dass sie als Individuen weiterhin in Schlüsselpositionen des Staats und der Wirtschaft vertreten blieben. Dieses Phänomen wird auch als „party of power“<sup>535</sup> bezeichnet. Sie besagt, dass frühere Angehörige des kommunistischen Regimes ihre Ideologie fallen ließen, um den persönlichen Einfluss, Macht und Ressourcen zu sichern. Diese Gruppe war in allen Bereichen des Staates und der Wirtschaft anzutreffen - das Umfeld des Präsidenten war ebenso betroffen wie Regierung, Ministerien, Verwaltungen, die Armee und die Geheimdienste. Sie war größtenteils in der Exekutive verankert und konnte über kurze Kommunikationswege politische Entscheidungen herbeiführen. Dem Parlament war es nicht möglich, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Nach der Unabhängigkeit gelang es der „party of power“, viele der ehemaligen Vertreter der Nationalbewegung einzufangen. Um eine mögliche Gefahr für das Netzwerk zu unterbinden, wurden zahlreiche Angehörige der Gruppe als vermeidlich unabhängige Kandidaten aufgestellt, um die Kontrolle über die Legislative auszuweiten.

Beschäftigung	%
Minister, stellvertretende Minister, Vorsitzende von Komitees und Sicherheitsorgane	12,3
Vertreter des Präsidenten und offizielle Mitarbeiter	10,6
Regierungsmitarbeiter aus Städten	8,2
Mitglieder von übergeordneten Behörden	7,6
Militärangehörige	4,7
Richter und Justizangehörige	2,3
Direktoren, Manager und Vorsitzende von Staatlichen, teilstaatlichen und privaten Unternehmen und Banken	28,8
akademisches Umfeld	11,8
andere Beschäftigung	12,9

Abb. 11 Beschäftigungsverteilung der 163 unabhängigen Abgeordneten nach der Parlamentswahl 1994, eigene Darstellung, Quelle: Bojcun, Marko: The Ukrainian Parliamentary Elections in March-April 1994, *Europe-Asia Studies*, Vol. 47, No. 2 (Mar. 1995), S. 244.

<sup>535</sup> Vgl. Bredies, Ingmar: Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? – Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006, LIT Verlag, Hamburg 2007, S. 174.

Mit der Abb. 11 wird deutlich, dass mehr als 85% der unabhängigen Abgeordneten aus staatlichen Behörden, Unternehmen oder Regierungseinrichtungen kamen. Sie errangen ihre Sitze im ukrainischen Zentralland. Der erfolgreiche Einzug dieser großen Zahl an unabhängigen Kandidaten lässt sich dabei auf mehrere Faktoren zurückführen. Zum einen war das Parteiensystem der Ukraine 1994 noch im Aufbau. Abseits der Kommunistischen Partei gab es keine größere Partei, welche als attraktive Alternative wahrgenommen wurde. Zum anderen „the underdevelopment of the electorate’s independent political judgement (where local economic and political bosses could ‘buy’ their way into office).“<sup>536</sup>

Mit der Parlamentswahl 1994 bekam die Ukraine erstmals eine legitimierte Volksvertretung. Dass nur 338 der 450 Sitze vergeben wurden lag an den harten Bestimmungen des ukrainischen Wahlgesetzes. Zwar gab es auch Verstöße und irreguläre Vorkommnisse während der Wahl, jedoch waren diese nicht so groß, dass die gesamte Wahl als ungültig angesehen werden konnte. Die OSZE kam in ihrem Jahresbericht ebenfalls zu der Schlussfolgerung, dass „the first parliamentary election run on a democratic basis represents a significant step forward in establishing a parliament representative of the people's will.“<sup>537</sup> Die Ukraine hatte damit bewiesen, dass sie in der Lage war, freie Wahlen zu organisieren. Dennoch war damit der Weg zur Demokratie nicht abgeschlossen. „Ukraine’s transition is clearly not only on free elections, but also on its ability to develop political parties and harness the overwhelming desire of the population to cast off the yoke of the past.“<sup>538</sup>

Des Weiteren zeigte sich eine langsame Entwicklung hin zu einem Mehrparteiensystem auf. Bei der Wahl 1990 trat die Ruch als einzige Oppositionspartei gegen die herrschenden Kommunisten an. Vier Jahre später rangen 32 Parteien<sup>539</sup> um einen Sitz und 15 gelang der Einzug. Das gesamte politische Spektrum war im Parlament vertreten. Das erfolgreiche Abschneiden linker Parteien war ein direktes Resultat der wirtschaftlichen Krise der Ukraine. Eine vergleichbare Entwicklung durchliefen die Parlamente in Polen und Ungarn. Das gefühlte Fehlen staatlicher Regulierungen im Wirtschaftsbereich gab kommunistischen und sozialistischen Parteien die Gelegenheit für eine weitreichende Kapitalismuskritik und ließ nostalgische Gefühle für frühere Zeiten groß werden. Demgegenüber vermochte es die extremen Rechte nicht, eine überzeugende Strategie zur Überwindung der ökonomischen Krise zu

---

<sup>536</sup> Bojcun, Marko: The Ukrainian Parliamentary Elections in March-April 1994, Europe-Asia Studies, Vol. 47, No. 2 (Mar. 1995), S. 245.

<sup>537</sup> OSCE: Highlights of ODIHR activities in 1994, S. 3.

<sup>538</sup> International Republican Institute: Ukraine election observation report, preliminary statement, Marc 27, 1994, S. 5

<sup>539</sup> Vgl. Bojcun, Marko: The Ukrainian Parliamentary Elections in March-April 1994, Europe-Asia Studies, Vol. 47, No. 2 (Mar. 1995), S. 246.

liefern. Eine öffentlich unterstützte Annäherung an Russland zur Stärkung der Handelsbeziehungen, wurde von den Nationalisten nicht mitgetragen aus Angst um den Verlust der staatlichen Unabhängigkeit. Die „party of power“ war auf die Zusammenarbeit beider Lager angewiesen. Eine Kooperation mit dem linken Lager war nötig, da diese ein starkes Mandat von den Wählern erhalten hatte. Ebenso bedurfte es der Unterstützung durch die rechten Parteien, da diese durchgehend zur Verteidigung der ukrainischen Unabhängigkeit bereit waren.

Gleichzeitig zeigte die Parlamentswahl von 1994 nicht nur positive Aspekte auf. Die Zentrifugalkräfte am Rande der Ukraine waren erkennbar. Der einzig einende Punkt war, dass die Wahl im gesamten Land stattfand. Es gab keine politische Kraft, die in jedem Teil des Landes nachhaltig vertreten war. Der Osten wählte mehrheitlich die Kommunisten, während im westlichen Landesteil die nationalen Kräfte siegen konnten. Selbst den unabhängigen Kandidaten gelang es nur im Zentralland der Ukraine, stärkste Kraft zu werden. Die unterschiedlichen Parteien spiegelten dabei vor allem die verschiedenen regionalen Identitäten und Interessen wider.

Die Parlamentswahl brachte jedoch keine regierungsfähige Mehrheit zustande. Der Führer der Sozialisten, Oleksandr Moroz, wurde zum Vorsitzenden des Parlaments gewählt. In den kommenden Monaten verschärfte sich der Konflikt zwischen Parlament und Präsidenten. Jewhen Marschuk wurde im März 1995 neuer Premierminister. Dem Parlament präsentierte er im Oktober 1995 ein Programm zur Reformierung der Wirtschaft, welches viele Forderungen von Kutschma enthielt. Zu Beginn unterstützte das Parlament noch die Reformforderungen, verhinderte jedoch später die Annahme der Reformen. Die hohe Inflation hatte eine Wirtschaftskrise zur Folge, wodurch Löhne und Renten nicht gezahlt werden konnten. Es entwickelte sich eine staatliche Haushaltskrise, die nur mit Hilfe des Internationalen Währungsfonds aufgefangen werden konnte.

Im Zuge des Prozesses zur Ausarbeitung einer Verfassung (hierdrauf wurde bereits eingegangen) kam es zu erheblichen Konflikten zwischen dem Parlament und dem Präsidenten. Der Entwurf des Parlaments, welcher sich an sowjetischen Verfassungsmustern orientierte, stand der Präsidialverfassung entgegen. Kutschma gelang es nicht, seinen Entwurf durchs Parlament zu bringen und setzte ein Referendum über den Verfassungsvertrag an, wodurch das Parlament vom Prozess ausgeschlossen wurde. Die Annahme der Verfassung erfolgte, da viele Abgeordnete vom Umfeld des Präsidenten direkt bedroht oder bestochen wurden.

Mit der verabschiedeten Verfassung von 1996, wurden auch die Aufgaben und Rechte des Parlaments neu bestimmt. Die politische Macht war zwischen dem Präsidenten und dem Parlament aufgeteilt, wobei jedoch der Präsident mehr Kontrollfunktionen besaß. So konnte der Präsident Gesetze des Parlaments blockieren, welches durch das Parlament nur mittels einer 2/3-Mehrheit aufgehoben werden konnten. Die Machtverteilung führte jedoch nur scheinbar zu einer Balance und nicht selten entstanden Streitigkeiten über die konkrete Auslegung von Verfassungsartikeln. Diese zeigte sich speziell bei Fragen bzgl. der Kontrolle der Regierung. In Artikel 113 der Verfassung hieß es: „Das Ministerkabinett der Ukraine ist dem Präsidenten der Ukraine verantwortlich und in den durch die Artikel 85 und 87 der Verfassung der Ukraine bestimmten Grenzen dem Parlament der Ukraine rechenschaftspflichtig und wird von ihm kontrolliert.“<sup>540</sup> In der Realität hatte jedoch der Präsident weitreichenderen Einfluss auf die Regierung, da er Kabinettsbeschlüsse rückgängig machen, Ministerien erschaffen und auflösen und die jeweiligen Minister ernennen und absetzen konnte. Demgegenüber konnte das Parlament nur den Premierminister bestätigen und der Regierung das Vertrauen entziehen.

Gleichzeitig gelang es der Rada nicht, große Gesetzespakete zu verabschieden. Dies lag nicht zuletzt an fehlenden Mehrheiten. Gesetzesvorhaben spiegelten nicht selten den Konflikt zwischen Parlament und Präsident wider und zielten darauf ab, Machtbefugnisse zugunsten des Parlaments zu verschieben.

Ab 1995 wurden die Konflikte zwischen den Clans verstärkt im Parlament ausgetragen. Martschuk wurde 1996 als Premierminister abgelöst und durch Lazarenko ersetzt. Martschuk war ein Vertreter des Donezk-Clans. Lazarenko gehörte den Clans von Dnipropetrovsk an und unternahm nach seinem Amtsantritt eine Ressourcenverteilung zu deren Gunsten. Das bis dahin weitgehend beibehaltene Gleichgewicht zwischen den Clans war gestört und führte zu einer brutalen Auseinandersetzung. Auf Lazarenko selbst wurde 1996 ein Attentatsversuch unternommen. Andere Abgeordnete, Regierungsvertreter und wichtige Wirtschaftsvertreter wurden in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre Opfer von Attentaten und Anschlägen. Lazarenko blieb nur ein Jahr im Amt. Der Grund für seine Entlassung waren, neben dem Vorwurf der Korruption, seine möglichen Ambitionen auf das Präsidentenamt. Sowohl Martschuk, als auch Lazarenko waren ernste Rivalen für Kutschma, der sein Präsidentenamt verteidigen wollte. Beide früheren Premierminister legten ihren Fokus auf die Rada und wollten diese als Machtbasis für spätere politische Vorhaben benutzen. „Out of the government, each set about building their own faction, winning the ear of the speaker and

---

<sup>540</sup> Verfassung der Ukraine, Version vom 28.06.1996: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

influencing policy from within parliament.”<sup>541</sup> Martschuk ging in die Sozialdemokratische Partei der Ukraine, während Lazarenko in die Fraktion Einheit (Jednist) wechselte, aus der heraus er den Aufbau der Partei Hromada (Einheit) betrieb, um sich auf die Parlamentswahlen 1998 vorzubereiten.

Das Parlament von 1994-1998 war vorrangig durch Konflikte mit dem Präsidenten beschäftigt. Kutschma gelang es durch Bestechung und Bedrohung immer wieder, Mehrheiten im Parlament für wichtige Projekte von ihm zu gewinnen. Gleichzeitig führten Streitigkeiten in den Fraktionen nicht selten zu Abspaltungen. Neugründungen von Fraktionen und Parteien dienten oftmals den Vorsitzenden als Basis für spätere Ambitionen auf Parlamentsmehrheiten oder das Präsidentenamt. Eine langfristige parlamentarische Stabilität war dadurch nicht gegeben. Das Parlament wurde zum Spielball von Einzel- und Claninteressen und konnte sich nicht zu einer unabhängig agierenden Institution entwickeln.

Angesichts der Tatsache, dass es bis zum Dezember 1995 dauerte, um die letzten Parlamentssitze zu besetzen, entschieden sich die Abgeordneten, ein neues Wahlgesetz zu verabschieden. Statt dem bisherigen strengen Mehrheitswahlrecht wurde im Oktober 1997 ein Mix aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht beschlossen. 225 Sitze konnten per Direktmandat errungen werden. Die verbliebenen Sitze wurden unter allen Parteien aufgeteilt, den es gelang, mehr als 4% der Stimmen zu bekommen. Das neue Wahlgesetz führte bei der „party of power“ zu einem strategischen Umdenken. Um möglichst viele Abgeordnete zu stellen, legte sie ihren Fokus stärker auf Parteien, deren Entstehung vor der Parlamentswahl 1998 stark zunahm. Das Verhältniswahlrecht zwang die Wähler dazu, eine politische Präferenz zu äußern. Da die Kommunisten bereits als starke Partei etabliert waren und nationalistische Parteien bei der Wahl 1994 wenig Stimmen einfahren konnten, wurden neue Parteien gegründet, die sich politisch der Mitte zugehörig fühlten. Es kam allerdings auch vor, dass bereits bestehende Parteien von prominenten Politikern oder Wirtschaftsvertretern übernommen und für ihre persönlichen Wahlziele umgebaut wurden. Bekannte Beispiele waren die vom ehemaligen Ministerpräsidenten Lazarenko gegründete Partei Hromada oder die Sozialdemokratische Partei der Ukraine, welche unter der Leitung vom früheren Präsidenten Krawtschuk und dem abgesetzten Ministerpräsidenten Martschuk stand. Viele der neuen Parteien besaßen keine eigene Ideologie, sondern warben für sich „with programmes emphasizing a mixed bag of economic reform, corruption fighting and social protection.“<sup>542</sup>

---

<sup>541</sup> Whitmore, Sarah: State-building in Ukraine: The Ukraine Parliament, 1990-2003, London 2004, S. 77.

<sup>542</sup> Ebd., S. 41.

6224<sup>543</sup> Kandidaten traten zur Parlamentswahl 1998 an. Allein auf die 225 Direktwahlkreise kamen insgesamt 4259<sup>544</sup> Bewerber, wodurch im Schnitt 18,9 Anwärter für einen Wahlkreis entstanden. Im Wahlbericht der OSZE wurde die Wahl insgesamt als adäquat bewertet. Mit Blick auf den Wahlkampf verwies die OSZE jedoch auf „violence, arrests and actions against candidates and abuse of public office“<sup>545</sup>, was zu einer Hinterfragung der Neutralität des Staates führte. Insbesondere die Rolle der Medien wurde von der OSZE kritisch betrachtet. Sowohl die staatlichen als auch die privaten zeigten offen Unterstützung für spezifische Kandidaten und Parteien. Nicht zuletzt wurde berichtet von „disturbing incidents during the campaign of newspapers and TV stations experiencing pressure, such as financial inspections or legal actions, from state authorities, which served to somewhat curtail the freedom of the press.“<sup>546</sup>

70,8%<sup>547</sup> der Ukrainer beteiligten sich an Wahl. Die Bekanntgabe der Resultate dauert jedoch, da bei der Wahlkommission zahlreiche Beschwerden über Unregelmäßigkeiten eingingen. Acht Parteien gelang der Sprung über die 4%-Hürde. 11 weitere Parteien waren im Parlament vertreten, da sie mindestens ein Direktmandat gewonnen hatten. 116 Abgeordnete waren weiterhin als Unabhängige Kandidaten ins Parlament eingezogen.

Die Kommunistische Partei konnte erneut als stärkste Kraft aus der Wahl hervorgehen. Sie stellte etwas mehr als ¼ aller Abgeordneten. Insgesamt konnte das linke Lager rund 38%<sup>548</sup> der Sitze für sich beanspruchen. Die unabhängigen Kandidaten hatten bei der Wahl von 1994 noch jeden zweiten Parlamentarier gestellt, konnten jetzt aber nur noch auf 25%<sup>549</sup> der Mandate auf sich vereinen. Allerdings muss hierbei angemerkt werden, dass die Hälfte aller Direktmandate von unabhängigen Kandidaten gewonnen wurde. Das rechte Lager konnte im Vergleich zu 1994 kaum Sitze dazu gewinnen. Die Parteien, welche sich im Zentrum sahen, gelang es, viele neue Sitze zu erlangen, was größtenteils zu Lasten der unabhängigen Kandidaten erfolgte.

---

<sup>543</sup> Birch, Sarah: Elections and Democratization in Ukraine, London 2000, S. 105.

<sup>544</sup> Ebd., S. 105.

<sup>545</sup> OSCE: Ukraine, Parliament Election, 29 March 1998, Final Report, S. 3.

<sup>546</sup> Ebd., S. 3.

<sup>547</sup> Birch, Sarah und Wilson, Andrew: The Ukrainian parliamentary election of 1998, in: Electoral Studies, Vol. 18, Issue 2, June 1999, S. 280.

<sup>548</sup> Ebd., S. 281.

<sup>549</sup> Ebd., S. 281.

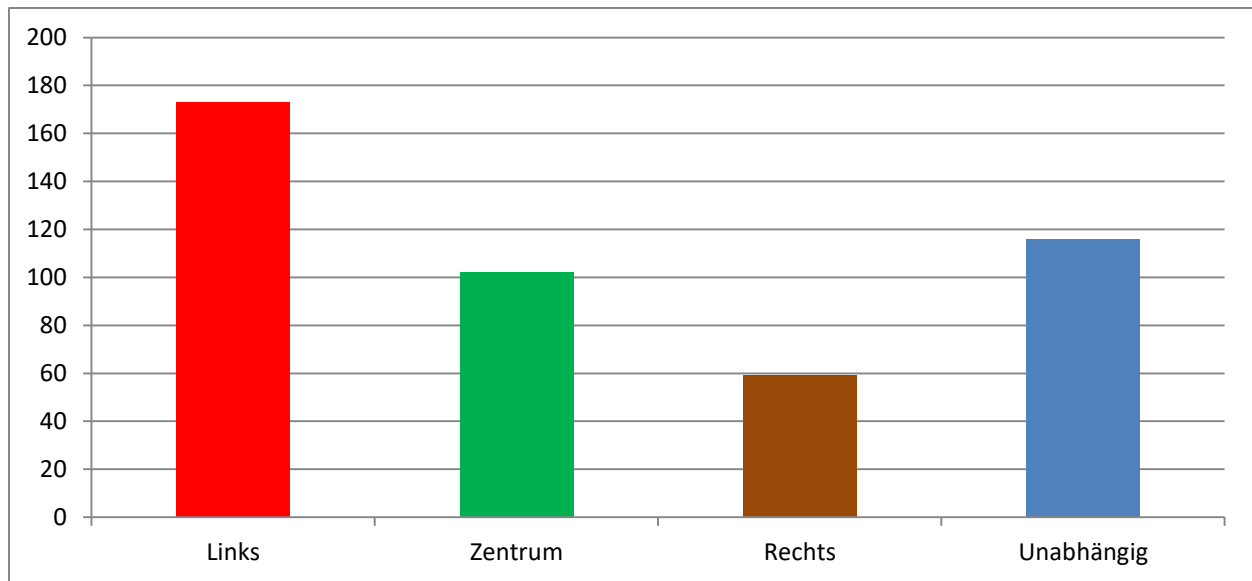


Abb. 12: Anzahl der Parlamentssitze nach politischem Spektrum nach der Parlamentswahl 1998, Links umfasst: Kommuisten, Sozialisten, Progressive Sozialisten und Arbeitende Ukraine; Zentrum umfasst: Grüne, demokratische Volkspartei, Hromoda, Vereinigte Sozialdemokratie, Bauernpartei und Partei der regionalen Wiederbelebung; Rechts umfasst: Ruch, Nationale Front, Reform und Ordnung, Vorwärts Ukraine und Christdemokratische Partei. eigene Darstellung, Quelle: Birch, Sarah: Elections and Democratization in Ukraine, London 2000, S. 106-107.

Im neuen Parlament waren mindestens 120 Abgeordnete<sup>550</sup> als Geschäftsleute oder Unternehmer tätig. Des Weiteren muss bedacht werden, dass in der Rada darüber hinaus Parlamentarier vertreten waren, welche zwar einer anderen Beschäftigung nachgingen, allerdings erhebliche Wirtschaftsinteressen hatten. Das Parlament wurde von den Interessen der Wirtschafts- und Industrievertretern vereinnahmt. Der daraus resultierende Imageverlust der Legislative war enorm.

Durch das neue Wahlgesetz hatten zwar die Parteien eine wichtigere Rolle in der Rada erhalten, allerdings führte dies auch zu einer weiteren Fragmentierung des Parlaments entlang an Parteilinien. Eine Gerichtsentscheidung vom Dezember 1998 erlaubte die Fraktionsbildung bei lediglich 14 Mitgliedern, ohne zwangsläufig derselben Partei angehören zu müssen. Ständige Wechsel zwischen Fraktionen waren die Folge und Stabilität der Werchowyna Rada wurde massiv gefährdet. Die Wahl eines Parlamentsvorsitzenden dauerte zwei Monate. Mit Oleksandr Thacenko wurde ein Parlamentspräsident gewählt, der keinerlei Ambitionen bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl hatte und somit kein Konkurrent für Kutschma war. Obwohl kein Lager über eine Parlamentsmehrheit verfügte, gelang es den linken Parteien immer wieder, Gesetze zu verabschieden. Dies lag sowohl an situativen Mehrheiten, bei

<sup>550</sup> Vgl. Bredies, Ingmar: Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? – Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006, LIT Verlag, Hamburg 2007, S. 178.



denen Abgeordnete des Zentrums bereit waren, mitzustimmen als auch der Bereitschaft des Parlamentspräsidenten, Abstimmungen zu manipulieren.

Die bevorstehende Präsidentschaftswahl wirkte sich auf die Arbeit des Parlaments aus. Streitigkeiten zwischen dem Präsidenten und dem Parlament eskalierten und entluden sich oft an der Frage der Machtbefugnisse. Hinausgezögerte bzw. fehlende Reformen wurden der Rada angelastet. Kutschma propagierte während seines Wahlkampfes die Idee eines stärkeren Präsidialsystems, ähnlich dem von Russland. Der Einfluss des Präsidenten auf den inneren Zustand des Parlaments zeigte sich besonders stark während des Wahlkampfes, da er geschickt Konflikte zwischen Fraktionen und Gruppierungen ausnutzte, um seine eigene Position zu stärken.

„Gestärkt durch die Wiederwahl unternahm Präsident Kutschma im Januar 2000 einen weiteren Versuch, in das parlamentarische Institutionengefüge der Verchowna Rada einzugreifen.“<sup>551</sup> Mittels eines Referendums wollte er die Befugnisse des Parlaments verringern. Zwar wurden Kutschmas Pläne mittels Abstimmung von der Bevölkerung mitgetragen, allerdings verweigerte das Parlament die Ratifizierung.

Gleichzeitig versuchte der Präsident auf indirektem Wege, ihm gewogene Mehrheiten in der Werchowna Rada zu organisieren. Das Parlament als Institution war nicht in der Lage, sich gegen den Einfluss des Präsidenten zu wehren. Die Schwäche der Rada zeigte sich nicht zuletzt in den „constantly shifting political allegiances in parliament“<sup>552</sup>.

Die Ernennung Wiktor Juschtschenkos, einem Reformer und Finanzexperten, zum Premierminister sollte die Kreditwürdigkeit der Ukraine im Ausland verbessern. Durch die linken Parteien war im Parlament eine Blockade entstanden, wodurch zahlreiche Reformen nicht verabschiedet werden konnten.

Der Skandal um die Ermordung des Journalisten Gongadze führte zu einem Verlust der Präsidentenmehrheit im Parlament. Wenige Monate nach der Absetzung und Verhaftung der Vizepremierministerin Julija Tymoschenko wurde die restliche Regierung beurlaubt und schließlich durch ein parlamentarisches Misstrauensvotum zum Rücktritt bezwungen.

Die Wahlperiode von 1998-2002 konnte zwar immer wieder konstruktive Mehrheiten hervorbringen, allerdings kamen diese oft durch fragwürdige Vorgänge zustande. Dies führte letztlich zu „the submission of parliament as an institution to the interests of the president and those deputies close to him.“<sup>553</sup> Mehrheiten ergaben sich oftmals durch externe Anreize und basierten kaum auf gemeinsamen Interessen. „As it did not form the government, it could not

---

<sup>551</sup> Ebd., S. 181.

<sup>552</sup> Whitmore, Sarah: State-building in Ukraine: The Ukraine Parliament, 1990-2003, London 2004, S. 44.

<sup>553</sup> Ebd., S. 46.

be held responsible for its actions, so that the existence of a majority did little to introduce much needed accountability into the constitutional arrangement.”<sup>554</sup> Gleichzeitig fehlte es im Parlament an einer echten Opposition. So gab es „lediglich beleidigte Systemverlierer und um den Zugang zu Machtressourcen konkurrierende Gruppierungen“<sup>555</sup>.

Innerhalb des Parlaments hatte das neue Wahlgesetz dafür gesorgt, dass Fraktionen sich entlang von Parteimitgliedschaften formierten, auch wenn es weiterhin oft Wechsel zwischen Fraktionen gab. In Erwartung der bevorstehenden Parlamentswahl 2002 und einem stärkeren Proportionalwahlgesetz wurden mehr Parteien gegründet. Im April 2001 existierten 111<sup>556</sup> registrierte Parteien in der Ukraine, von denen mehr als die Hälfte erst ab 1998 gegründet wurden. Programmatisch waren viele Parteien kaum zu unterscheiden. Darüber hinaus blieb die Präsenz der meisten Parteien regional begrenzt. Lediglich 12 der 111 Parteien<sup>557</sup> waren in allen Regionen der Ukraine vertreten. Die Bildung von Wahlbündnissen nahm kurz vor Wahl stark zu. Dem Parlament gelang es zwar, sich formal als Institution zu konstituieren, allerdings mangelte es an einer Rückkopplung zu weiten Teilen der Gesellschaft, was das Ansehen der Werchowna Rada schadete.

Die Rolle des Parlaments von 1990 bis 2002 mit Blick auf die demokratische Konsolidierung der Ukraine muss als gemischt gewertet werden. Insbesondere aus Sicht von System- und Strukturtheorie gab es Entwicklungen, die einem stabilen demokratischen System entgegenstanden. Die Gewährung und spätere Rücknahme der Sondervollmachten an Kutschma waren unter dem Blickwinkel der Systemtheorie nicht hilfreich. Durch die Sondervollmachten wurde der Konsens über die Machtausübung zwischen Parlament und Regierung aufgehoben. Der anschließende Konflikt über die jeweiligen Zuständigkeiten war dahingehend schädlich, da sie vorrangig dem Ziel der individuellen Machtanhäufung dienten und nur selten sachbezogen geführt wurden.

Die „party of power“, die alten Nomenklatur, muss aus Sicht des neomarxistischen Strukturalismus als klares Hindernis bei der demokratischen Entwicklung angesehen werden. Sie wird in dieser Arbeit als eigenständig agierende Klasse angesehen. Es gelang ihr, erhebliche Teile der staatlichen Macht an sich zu reißen und damit die faktische Kontrolle über den Staat an sich zu gewinnen. Eine Autonomie des Staates gegenüber Klasseninteressen war somit nicht mehr gegeben. Bezieht man das Theorem der Machtdispersion auf die Rolle der „party of power“, so kommt man zu einem ähnlichen Ergebnis. Die Machtressourcen des

---

<sup>554</sup> Ebd., S. 46.

<sup>555</sup> Bredies, Ingmar: Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? – Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006, LIT Verlag, Hamburg 2007, S. 182.

<sup>556</sup> Vgl. Whitmore, Sarah: State-building in Ukraine: The Ukraine Parliament, 1990-2003, London 2004, S. 46.

<sup>557</sup> Vgl. ebd., S. 46.

Staates waren wenig gestreut und zu einem überwiegenden Teil in den Händen der Nomenklatur. Hierdurch konnte diese eine politische Hegemonialstellung erreichen. Da die „party of power“ nicht nur in Behörden, Verwaltungen und der Wirtschaft anzutreffen war, sondern auch den Anspruch verfolgte, auf die Ebene der Legislative Einfluss zu nehmen, wurde die Bedeutung des Parlaments für das Funktionieren der ukrainischen Demokratie geschmälert. Der hohe Wirkungsgrad der Nomenklatur, die keine offiziellen Machtbefugnisse besaß, wirkte sich somit negativ auf den Demokratisierungsgrad des Landes aus. Dies zeigte sich nicht zuletzt bei der Parlamentswahl 1998, wo staatlichen Stellen dazu benutzt wurden, um Wahlwerbung zu betreiben. Die Nomenklatur hatte sich eine politische Hegemonialstellung erarbeitet und den Staat für die jeweiligen Eigeninteressen benutzt.

Des Weiteren war das Parlament, wie bereits gezeigt, nicht selten das Sprungbrett für potentielle Anwärter auf das Präsidentenamt. Wirtschafts- und Industrievertreter wollten Sitze im Parlament gewinnen, um für sie vorteilhafte Gesetze zu verabschieden. Unter Berücksichtigung von Parsons' Systemtheorie hatte dies zur Folge, dass es zu keiner funktionalen Ausdifferenzierung der sozialen Teilsysteme, insbesondere der Politik und der Wirtschaft kam. Wirtschaftsvertreter gingen ins Parlament nicht um der legislativen Arbeit Willen, sondern um individuelle Gesetzesänderungen zu erwirken. Wendet man Luhmanns autopoietische Systemtheorie an, kommt man zu dem gleichen Ergebnis und kann sogar noch einen Schritt weiter gehen. Durch die Verlagerung wirtschaftlicher und finanzieller Claninteressen in das Parlament verlor dieses seine autonome Stellung. Die funktionale Differenzierung wurde blockiert und das Parlament geriet, wie sich zeigte, in einer Effizienz- und Legitimationskrise. Für eine stabile und beständige Demokratie ist ein funktionierendes und autonom agierendes Parlament unerlässlich. Da jedoch die Rada seit der Unabhängigkeit der Ukraine zu einem Spielball der Interessen von Nomenklatur, Familienclans und Oligarchen war, konnte sie ihre systemerhaltende Funktion für die ukrainische Demokratie nur unzureichend erfüllen.

### **6.1.3. Präsident und Regierung**

Die ersten freien Präsidentschaftswahlen der Ukraine vom 01.12.1991 ließen Leonid Krawtschuk als Sieger hervorgehen. Sowohl er als auch die Regierung und das Parlament waren mit der Herausforderung der Einführung von marktwirtschaftlichen Prinzipien konfrontiert bei gleichzeitiger Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses. Zwar waren die Abkehr von veralteten sowjetischen Strukturen und die Besinnung auf nationale Alleinstellungsmerkmale ein weit geteilter Konsens, dennoch fehlte es an dem politischen

Willen, notwendige politische Maßnahmen zu unternehmen. So gelang es der Nationalbewegung beispielsweise nicht, die früheren Eliten aus Machtposition zu verdrängen. „In return for national communists supporting independence, nationalists did not attempt a revolutionary removal of the ruling elite. The same people who had run the Soviet Ukrainian economy where therefore charged with creating a market economy, about which they had little knowledge and perhaps even less enthusiasm.”<sup>558</sup> Dies hatte zur Folge, dass Krawtschuks anfängliche Versuche, zur Umsetzung wirtschaftlicher Reformen, erfolglos blieben. Die alten Eliten konnten ihre Machtposition sichern und dadurch das System zu ihren Vorteilen umbauen.

In der Folge war es weder Präsident, noch der Regierung oder dem Parlament möglich, die steigende Inflationsrate zu kontrollieren. Reformversuche des Premierministers Witold Fokin blieben ohne jeden Erfolg, was nicht zuletzt an Partikularinteressen Krawtschuks lag. Weitere Gründe für das Nichtumsetzen von Wirtschaftsreformen können zurückgeführt werden auf die hohe Beteiligung des Staates an Unternehmen und die aus der Sowjetzeit resultierende komplexe Bürokratie.<sup>559</sup>

Fokin, der von April 1990 bis Oktober 1992 Premierminister war, stärkte die Rolle des Staates im wirtschaftlichen Bereich. Der Staat regulierte die Wirtschaft in weiten Teilen und vergab Produktionsaufträge, was einer Fortsetzung der Planwirtschaft gleichkam. Ehemalige sowjetische Betriebe wurden unter ukrainische Kontrolle gestellt. Das neue Wirtschaftsministerium bestand aus dem früheren Planungskomitee. Die ukrainische Produktion wurde somit mehrheitlich von staatlichen Stellen gesteuert.

Lediglich vier Privatisierungsgesetze wurden unter Fokin vom Parlament verabschiedet jedoch nie umgesetzt.<sup>560</sup> 68 Betriebe wurden privatisiert.<sup>561</sup> Unterschiedliche Interessengruppen verhinderten einen grundlegenden Strukturwandel. Für sie war der Staat die wichtigste Einnahmequelle, in Form von Krediten, Subventionen und Lizenzen. Um eine Zementierung des Status quo zu erreichen, beharrten die Betriebe auf steigenden staatlichen Subventionen. Die ukrainische Regierung und Präsident Krawtschuk kamen dieser Forderung nach, ohne jedoch Änderung beispielweise bei der Produktivität zu verlangen. Betrieben, insbesondere in der Landwirtschaft, wurden die Schulden erlassen und Kompensationen

---

<sup>558</sup> D’Anieri, Paul; Kravchuk, Robert und Kuzio, Taras: Politics and society in Ukraine, Boulder (Colorado), Westview Press 1999, S. 188.

<sup>559</sup> Vgl. ebd., S. 166.

<sup>560</sup> 1. Gesetz zur Privatisierung von Staatseigentum (15.03.1992); 2. Gesetz über die Privatisierungspapiere (15.03.1992); 3. Gesetz über die Privatisierung kleiner Staatsunternehmen (24.04.1992); 4. Gesetz über die Privatisierung von staatlichen Wohnung Fonds (22.07.1992).

<sup>561</sup> Vgl. Volkova, Liubov: Systemtransformation in der Ukraine – Chancen und Risiken auf dem Weg zur Demokratie (1990-2010), Augsburg 2011, S. 101.

gezahlt. Infolgedessen wuchs das Haushaltsdefizit auf 35% des BIP an und erhöhte damit zwangsläufig die Inflation.<sup>562</sup> Fokin ließ die Preisliberalisierung stoppen und wollte eine Preisstabilisierung durch weitere staatliche Defizite erreichen. Mittels neuer Schulden sollten die Subventionen an die Betriebe fortgezahlt werden und dadurch die Umlegung der Produktionskosten auf die Verbraucherpreise kontrollierbar gehalten werden, was jedoch nicht gelang. Die Regierungszeit Fokins war durch eine Bevorzugung der Interessen der alten Eliten gekennzeichnet, einer Privatisierungspolitik, die nicht konsequent umgesetzt wurde und an der alten Wirtschaftsordnung festhielt, anstatt einen radikalen Wechsel in der Wirtschaftspolitik herbeizuführen. Diese verfehlte Politik führte Ende September 1992 zu Fokins Rücktritt.

Neuer Premierminister wurde Leonid Kutschma. Mit ihm wurde ein Vertreter der industriellen Elite Regierungschef. Offiziell erklärtes Ziel von Kutschma war es, das Haushaltsdefizit abzubauen und die Inflation zu bekämpfen. Die Rada unterstützte sein Programm und übergab ihm Sondervollmachten, um per Dekret zu regieren. Kutschmas Amtszeit war geprägt von dem Versuch, die Preise zu liberalisieren und die ukrainische Wirtschaft stärker an die russische zu binden. Jedoch bekämpften auf der einen Seite ehemalige Kommunisten die Preisliberalisierung und auf der anderen Seite Nationalisten eine Annäherung an Russland.

Kutschma und seine Reformpolitik gewannen in der Bevölkerung schnell an Popularität. Krawtschuk sah dieser Entwicklung skeptisch entgegen, da er Kutschma als potentiellen Rivalen für die kommenden Präsidentschaftswahlen fürchtete und unterwanderte seine Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig wuchs auch im Parlament der Widerstand gegen Kutschmas Reformen. „Als Reaktion auf den Einbruch des Außenhandels und die weiterhin steigende Inflation forderte Kutschma im Mai 1993 die Verlängerung seiner Vollmachten, die Weiterführung der Wirtschafts- und Finanzreformen und eine stabilere Geldpolitik. Das Parlament kam dem nicht nach und hob die Wirtschaftsreformen der Regierung auf.“<sup>563</sup>

Infolge des stetigen Preisverfalls und der wachsenden Inflation streikten die Bergarbeiter im Donbas. Sie forderten höhere Löhne bei gleichzeitig sinkenden Steuern und Neuwahlen. Mittels Aufnahme neuer Kredite konnten die Bergarbeiter beruhigt werden. Allerdings sah sich Kutschma durch Krawtschuks aktives Eingreifen in seine Politik nicht mehr im Stande, die Regierung weiter zu führen und gab seinen Rücktritt bekannt. Juchim Swjahilsky, der Direktor der Donbas Zeche, welcher schon erfolglos versucht hatte, im Bergarbeiterstreik zu

---

<sup>562</sup> Vgl. Wittkowsky, Andreas: Fünf Jahre ohne Plan: 1991-1996, Bremen 1997, S. 85.

<sup>563</sup> Volkova, Liubov: Systemtransformation in der Ukraine – Chancen und Risiken auf dem Weg zur Demokratie (1990-2010), Augsburg 2011, S. 104.

vermitteln, wurde neuer Premierminister. Krawtschuk hatte sich jedoch die Regierung direkt unterstellt, was zur Folge hatte, dass das Ministerkabinett in letzter Konsequenz an die Anweisungen Krawtschuks gebunden war, wodurch die reale Macht Swjahilskys als gering angesehen werden muss.

Die neue Regierung kehrte zu Fokins Ansatz der Planwirtschaft zurück. Der Einfluss des Staates auf die Betriebe wurde mittels Staatsaufträgen weiter ausgebaut, ebenso geriet die Außenwirtschaft unter steigende Kontrolle der ukrainischen Administration, da diese ihr Außenhandelsmonopol nicht aufgeben wollte. Größere Privatisierungen von Staatsbetrieben fanden unter Krawtschuk und seinen Regierungen nicht statt. Um massive Wirtschaftskrise zu unterbinden, waren Unternehmen auf Subventionen angewiesen. Diese wurden allerdings von Betriebsleitern oder Verantwortlichen in Machtpositionen dazu benutzt, die eigene Rente zu verbessern. Krawtschuks Einfluss sank dadurch rapide ab, was er durch den mehrfachen Wechsel des Premierministers versuchte zu verhindern. Krawtschuks Politik war darauf ausgerichtet, dem Interessen der Bereicherung von unterschiedlichen Akteuren nachzugeben, was den Einfluss von Wirtschaftsvertretern und ehemaligen Eliten im Staatsbetrieb ausweitete.

Der Präsidentschaftswahlkampf 1994 war stark geprägt von der Frage über die zukünftige Annäherung an Russland. Hatte bei der Wahl 1991 noch die Frage der Unabhängigkeit der Ukraine klar im Vordergrund gestanden, lag der Fokus drei Jahre später auf der wirtschaftlichen Orientierung der Ukraine. Krawtschuk als amtierender Präsident hatte als größten Herausforderer den ehemaligen Premierminister Kutschma. Insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht unterschieden sich beide Kandidaten<sup>564</sup> kaum. Krawtschuk versuchte dadurch zu punkten, indem er darauf verwies, dass er wisse wie er die Inflation beenden könne und dass er einen Plan für zukünftige Reformen habe. Jedoch lebten ca. 85%<sup>565</sup> der Ukrainer unterhalb der Armutsgrenze und waren für diese Versprechungen wenig empfänglich.

Mit Kutschma gab es einen Kandidaten, der die Wähler der politischen Mitte ansprechen konnte und ihrem Bedürfnis nach einem grundlegenden Wechsel entsprach. Die von ihm propagierte wirtschaftliche Annäherung an Russland wurde durch sein fließendes Russisch glaubwürdig unterstrichen. Er konnte nicht nur auf seine Regierungsverantwortung als ehemaliger Premierminister verweisen, sondern auch seine wirtschaftliche Expertise als

---

<sup>564</sup> Insgesamt traten sieben Kandidaten an. Es wird jedoch nur auf Krawtschuk und Kutschma eingegangen, da es ihnen gelang, in die Stichwahl zu kommen.

<sup>565</sup> Vgl. Birch, Sarah: The Ukrainian Parliamentary and Presidential Elections of 1994, in: Electoral Studies, Vol. 14, Issue 1, March 1995, S. 97.

früherer Chef von Juschmasch, dem weltgrößten Raketenhersteller. Insbesondere liberalen Ukrainern gefiel diese Mischung. Allerdings verwässerte Kutschma seine Reformpläne, als er merkte, dass die Mehrheit im politisch linken Spektrum angesiedelt war und größere Veränderungen kritisch sah.<sup>566</sup> Kutschma gelang es, den Unmut über die aktuelle Regierung für sich zu nutzen, ohne jedoch selbst weitreichende Alternative aufzuzeigen, abseits der propagierten wirtschaftlichen Annäherung an Russland.

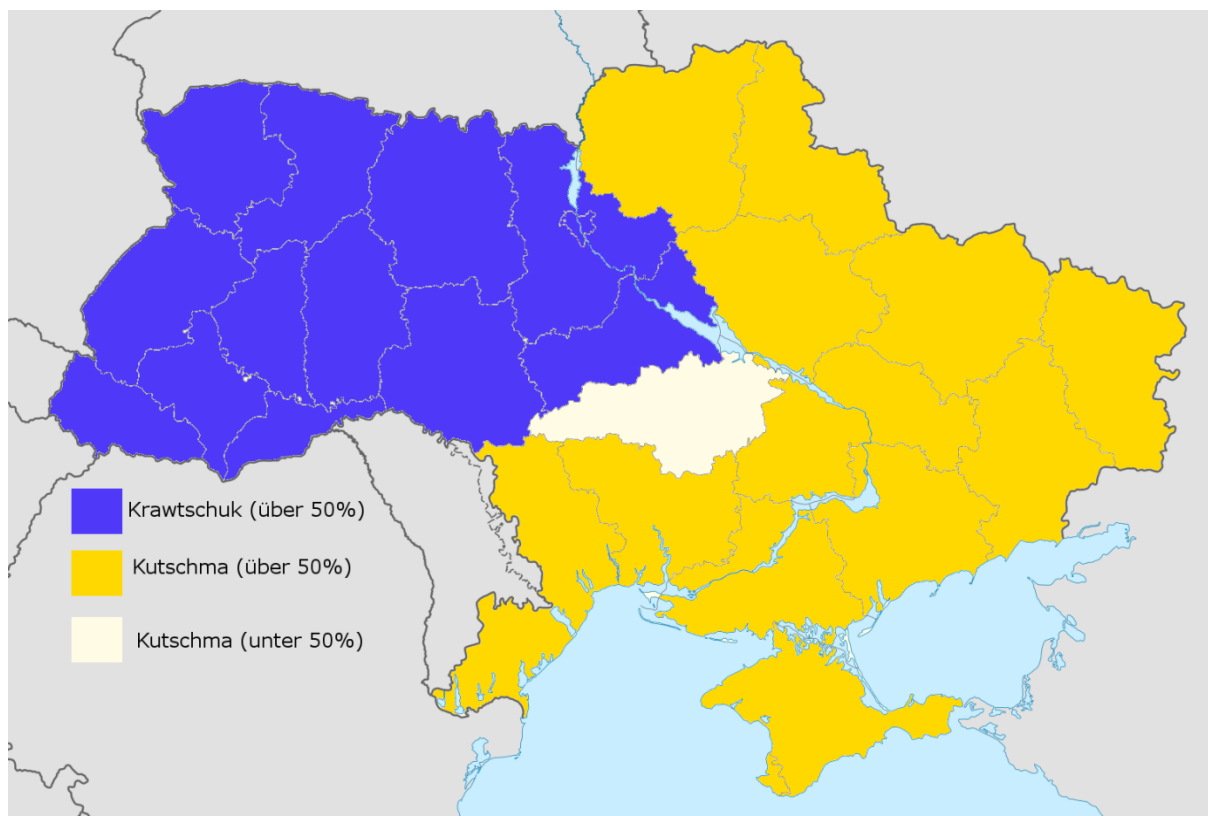


Abb. 13: Ergebnis Präsidentschaftswahl 1994, Sieger der jeweiligen Oblasten, eigene Darstellung, Quelle: Electoral Geography 2.0: Ukraine. Presidential Election 1994: <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-1994.html>

Die erste Runde der Präsidentschaftswahl gab Krawtschuk die meisten Stimmen (38,8%)<sup>567</sup> während Kutschma mit 31,1% den zweiten Platz einfuhr. Krawtschuk hatte die meiste Unterstützung in der Westukraine. Demgegenüber konnte Kutschma Wählerstimmen voranging in den Oblasten Donezk, Lugansk, der Krim und Odessa erkämpfen, da diese Regionen eine historisch enge Bindung an Russland aufwiesen. Die Wähler, die in Kiew und Lemberg für Krawtschuk gestimmt hatten, taten dies, da es aus ihrer Sicht keine besseren

<sup>566</sup> Vgl. Birch, Sarah: Elections and Democratization in Ukraine, London 2000, S. 95.

<sup>567</sup> Vgl. <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-1994.html>

Kandidaten antraten.<sup>568</sup> In der Stichwahl gelang es Kutschma, viele Stimmen der vorigen Kandidaten auf seine Seite zu ziehen. Gleichzeitig nahm die Wahlbeteiligung nochmals zu, insbesondere in Odessa und auf der Krim, was für Kutschma hilfreich war.

Der Sieg Kutschma resultierte vor allem aus dem Unmut über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine seit der Unabhängigkeit. „At a time of severe crisis and a loss of faith in the viability of economic independence, elections to Ukraine’s highest legislative and executive offices provoked an outburst of popular anger whose primary focus was the current office-holders.“<sup>569</sup> Die Wahl Kutschmas verbanden viele mit der Chance, einen Wechsel herbeizuführen.

Kutschma übernahm nach seinem Machtantritt die Amtsführung seines Vorgängers Krawtschuk und unterstellte sich die Regierung direkt, wodurch die Regierungsmitglieder an seine Anweisungen gebunden waren und im Zweifel sein Wort mehr Gewicht hatte als das des Premierministers. Hierdurch wollte er den Einfluss der Kommunisten auf die Regierung, welche das Parlament dominierten, abbauen.<sup>570</sup> Mittels eines Dekrets weitete Kutschma seine Macht auf die regionale Ebene aus. Die Vorsitzenden der Regionalparlamente waren nicht mehr automatisch die Chefs der Exekutive. Beide Positionen wurden voneinander getrennt und direkt dem Präsidenten unterstellt.<sup>571</sup> Die administrative Ebene wurde mit vielen seiner Anhänger aus dem Dnipropetrowsk-Clan besetzt.

Im Herbst 1994 präsentierte er dem Parlament ein wirtschaftliches Reformprogramm, welches vor allem eine weitere Preisliberalisierung, schnellere Privatisierung und eine umfassende Finanzreform beinhaltete. Der Besuch vom IWF-Präsidenten Michel Camdessus, welcher Kutschmas Reformpläne unterstützte und finanzielle Unterstützung anbot, führte dazu, dass sowohl der noch unter Krawtschuk eingesetzte Premierminister Massol als auch das Parlament sich hinter Kutschmas Vorstellungen stellten.<sup>572</sup>

Mit dem „Gesetz über die Macht“ vom Juni 1995 wurde der Einfluss Kutschmas weiter ausgebaut und der Spielraum potentieller Veto-Spieler eingeschränkt. Da die Verfassung der Ukraine noch nicht ausgearbeitet bzw. beschlossen war, sollte mittels dieses Gesetzes die Machtbeziehung zwischen Präsident, Parlament und Regierung geregelt werden.<sup>573</sup> Die

---

<sup>568</sup> Vgl. Birch, Sarah: The Ukrainian Parliamentary and Presidential Elections of 1994, in: Electoral Studies, Vol. 14, Issue 1, March 1995, S. 98.

<sup>569</sup> Ebd., S. 99.

<sup>570</sup> Vgl. Ott, Alexander: Die Transformation des politischen Systems in der Ukraine von 1994 bis 1998, in: Lindner, Rainer und Meissner, Boris (Hrsg.): Die Ukraine und Belarus‘ in der Transformation, Köln 2001, S. 163.

<sup>571</sup> Vgl. ebd., S. 164

<sup>572</sup> Vgl. Åslund, Anders: How Ukraine became a market economy and democracy, Washington D.C. 2009, S. 68.

<sup>573</sup> Vgl. Carrier, Martin: Institutional Change, power and political executives in Ukraine under the Kuchma presidency, in: Studies of Changing Societies: Comparative and Interdisciplinary Focus, Vol. 1’ (2) 2012, S. 90.



Lokal- und Regionalregierungen wurden dem direkten Einfluss des Präsidenten unterstellt, was für die Vorgabe politischer Zielrichtungen wichtig war. Des Weiteren erlangte Kutschma mit dem Gesetz die alleinige Macht, Regierungen zu ernennen, Dekrete zu erlassen und die Kabinettsmitglieder zu bestimmen. Das Parlament behielt das Recht, per Misstrauensvotum den Premierminister und die Regierung abzusetzen.

Der Weg zur Verfassungsfindung wurde bereits beschrieben. Im Endergebnis bildete die Verfassung von 1996 den formalen Abschluss von Kutschmas Machtzuwachs seit 1994. Durch sie wurde die Grundlage für ein semi-präsidiales Regierungssystem gelegt, welches jedoch ein Ungleichgewicht zu Gunsten des Präsidenten beinhaltete. Zwar genoss der Präsident laut der Verfassung weitreichende Befugnisse, jedoch konnte er nicht komplett unabhängig von der Regierung und dem Parlament agieren. Präsidentenerlasse durften sich nur noch auf den ökonomischen Bereich erstrecken und mussten zuvor von Ministern zugestimmt werden. Zwar ernannte der Präsident den Premierminister, dieser musste jedoch durch das Parlament bestätigt werden und war auf dessen ständiges Vertrauen angewiesen. Ebenso vergrößerte sich der Einfluss der Legislative auf den zukünftigen Regierungskurs. Die Macht des Präsidenten war zwar auf der einen Seite groß, auf der anderen Seite war sie aber auch von Parlament und Regierung abhängig. Im Vergleich zu Russland hatte der ukrainische Präsident deutlicher weniger Befugnisse.<sup>574</sup> Diese zeigten sich vor allem mit Blick auf die Innenpolitik. Während der russische Präsident die Innenpolitik maßgeblich bestimmte, oblag diese Aufgabe dem Ministerkabinett und war nicht im Zuständigkeitsbereich des ukrainischen Präsidenten angesiedelt. Gleiches traf auf die Außenpolitik zu. Zwar war der ukrainische Präsident befugt, Verträge abzuschließen, eine Richtlinienkompetenz, wie sie dem russischen Staatsoberhaupt zustand, besaß der ukrainische Staatsoberhaupt nicht.

Zwar war das Verhältnis zwischen Präsident und Regierung durch die Verfassung klar geregelt, in der Realität ergaben sich jedoch wiederholt Konflikte. So zog der erste von Kutschma selbst ernannte Premierminister Martschuk die Autorität des Präsidenten in Frage und verhinderte wiederholt die Umsetzung von Wirtschaftsreformen. Ebenso flankierte Martschuk den Prozess zur Verfassungserstellung, bis er schließlich im Mai 1996 entlassen wurde. Martschuk, als ehemaliger Mitarbeiter des KGBs, konnte auf verschiedene Verbindungen, insbesondere im Innenministerium, zurückgreifen. Dies führte dazu, dass er sich einen eigenen Anhängerkreis in der staatlichen Administration aufbauen konnte und Kutschmas Autorität verringerte.

---

<sup>574</sup> Vgl. ebd., S. 91.

Nach dessen Absetzung wurde Lasarenko zum neuen Premierminister ernannt. Dieser vertrat den Dnipropetrowsk-Clan, welcher zu Kutschmas Sieg 1994 entscheidend beigetragen hatte. Lasarenko wurde vielfach als der wahre Anführer seines Clans angesehen und nahm eine massive Umverteilung zugunsten seiner Region vor. Während seiner Amtszeit galt er oftmals mächtiger als Kutschma.<sup>575</sup> Selbst wenn diese Annahme eventuell nicht der Wirklichkeit entsprach, so wird durch sie doch die Bedeutung der informellen Faktoren, abseits der Verfassungsrichtlinien verdeutlicht.

Ähnlich wie Kutschma, so nutzte auch Lasarenko seine Zeit als Premierminister, um eine mögliche Kandidatur für die kommende Präsidentschaftswahl vorzubereiten. Zwar beteuerte Lasarenko öffentlich immer wieder seine Verbundenheit zum Präsidenten, gleichzeitig begann er jedoch damit, Anhänger im Parlament und Verwaltungen zu organisieren. Er vermied es, den Präsidenten direkt anzugreifen, sondern betrieb die Regierungsgeschäfte außerhalb des Einflusses von Kutschma. So handelte Lasarenko beispielsweise mit der russischen Regierung den Vertrag über die weitere Stationierung der Schwarzmeerflotte in Sewastopol aus, ohne den Präsidenten einzubeziehen. „Frequent public denunciations of the government’s activities by the president demonstrate that in practice, the head of state had little control over his own government, and that his constitutional prerogatives were contingent on the cooperation of the government and prime minister.“<sup>576</sup> Sowohl der Präsident, als auch andere politische Akteure, war es nicht möglich, Lasarenkos wachsenden Einfluss auf die staatlichen Strukturen einzudämmen. Dieser nahm im immer größeren Ausmaß Umverteilungen für sich und seinen Anhängerkreis vor. So versuchte er, die Kontrolle über den gesamten Energiemarkt der Ukraine zu gewinnen. Des Weiteren wurde ihm vorgeworfen, mindestens 260 Mio. US-Dollar über Geschäfte mit dem Energieversorger „Vereinigte Energiesysteme“ in sein Privatvermögen umverteilt zu haben.<sup>577</sup> Die Periode, in welcher Lasarenko die Regierung führte, wurde oft als Zeit des Stillstandes angesehen. Weite Teile von Kutschmas Reformvorstellungen waren umgesetzt, ohne das neue ausgearbeitet wurden. Auf der anderen Seite bemühten sich Lasarenko und seine Verbündeten darum, den Energiesektor stärker unter ihre Kontrolle zu bringen, was weiteren Reformvorhaben fundamental entgegenstand.

---

<sup>575</sup> Vgl. Åslund, Anders: The Ancient Regime: Kuchma and the Oligarchs, in: Åslund, Anders und McFaul, Michael (Hrsg.): Revolution in Orange: The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough, Washington D.C. 2006, S. 9-28.

<sup>576</sup> Carrier, Martin: Institutional Change, power and political executives in Ukraine under the Kuchma presidency, in: Studies of Changing Societies: Comparative and Interdisciplinary Focus, Vol. 1' (2) 2012, S. 92.

<sup>577</sup> Vgl. Hartmann, Jens: Ukrainischer Premier reicht Rücktritt ein <https://www.welt.de/print-welt/article639247/Ukrainischer-Premier-reicht-Ruecktritt-ein.html>

Im Juli 1997 wurde Lasarenko durch Walerij Pustowoitenko als Premierminister ersetzt. Das Unvermögen Lasarenkos, den Verfall von Industrieanlagen aufzuhalten, sowie die kontinuierliche Wirtschaftskrise hatten schnell zu einem Zerwürfnis zwischen Premierminister und Staatspräsidenten geführt. Die Entscheidung zur Entlassung Lasarenkos wurde durch das Agieren des IWFs mitbestimmt. Dieser koppelte die Freigabe eines Kredits in Höhe von 2,5 Mrd. US-Dollar an die Absetzung des amtierenden Regierungschefs.<sup>578</sup> Der neuer Premierminister Walerij Pustowoitenko war ein persönlicher Freund Kutschmas und veränderte das Machtgefüge wieder zugunsten des Präsidenten. Pustowoitenko widersetzte sich keiner Anordnung Kutschmas, wodurch das Parlament zum erneuten Gegenspieler des Staatsoberhauptes wurde. Die Werchowyna Rada blockierte viele Gesetzesinitiativen der Regierung. Dies hatte eine indirekte Schwächung Kutschmas zur Folge, da er sich als Teil der Regierung sah. Das Ausbleiben von größeren Reformen führte schließlich dazu, dass der IWF, welcher noch zum Amtsantritt von Kutschma große Hilfspakete auf den Weg gebracht hatte, nun seine Unterstützung einstellte. Pustowoitenko war neben seiner Rolle als Premierminister auch für den Wahlkampf Kutschmas für die Präsidentschaftswahl 1999 zuständig. Unter seine Leitung wurden große Teile der staatlichen Verwaltung dafür benutzt, Kutschma zu unterstützen. Verwaltungschefs sprachen sich öffentlich für die Wahl Kutschmas aus und Mitarbeiter in Schulen, Krankenhäusern und bei der Post machten während ihrer offiziellen Arbeitszeit aktiven Wahlkampf für Kutschma.<sup>579</sup> Zwar wurde Kutschma als Präsident wiedergewählt, jedoch weigerte das Parlament sich, Pustowoitenko erneut zum Premierminister zu ernennen.

Je näher die Wahl zum Präsidenten rückte, desto stärker wurde der Konflikt zwischen Kutschma und der Rada. Mitte September 1999 wollte das Parlament bei der Wahlkommission einen Ausschluss Kutschmas von der Präsidentschaftswahl erwirken, da dieser Teile des Staatsapparates und der Staatsmedien für seinen persönlichen Wahlkampf nutzte. Während einer der letzten Parlamentssitzungen kurz vor der Präsidentschaftswahl weigerte sich das Staatsfernsehen, welches unter Kutschmas Einfluss stand, die Debatte über die Haushaltsslage der Ukraine zu übertragen.<sup>580</sup> Dies geschah offensichtlich, um eine Profilierung anderer Präsidentschaftskandidaten zu verhindern.

Die Opposition versuchte, ein Wahlbündnis aufzubauen, um dadurch Kutschmas mögliche Wiederwahl zu unterbinden. Zwei Kandidaten sollten die Zahl der Wähler Kutschmas

---

<sup>578</sup> Vgl. ebd.

<sup>579</sup> Vgl. Helmerich, Martina: Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie: Institutionen und Akteure. Berlin 2003, S. 142.

<sup>580</sup> Vgl. Ott, Alexander: Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 1999: Ergebnisse und Konsequenzen, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analyse, Nr. 53/1999, S. 2.

mindern. Mit Olexander Moros trat der Chef der Sozialistischen Partei der Ukraine an. Seine Zielgruppe sollte die Wählerschaft des linken Spektrums sein. Mittels der Kandidatur von Martschuk erhoffte sich die Opposition, Wähler im rechten politischen Lager für sich zu gewinnen. Kurz vor der Wahl zerfiel jedoch das Bündnis. Dies lag nicht zuletzt an den Eigenambitionen der Kandidaten und zudem an mangelnder Kompromissbereitschaft zwischen den unterschiedlichen Parteien. Vor allem Moros war nicht bereit, auf eine Kandidatur zu Gunsten Martschuks zu verzichten und wollte die Chance wahrnehmen, alleine in die Stichwahl zu gelangen. Das unter dem Namen „Kaniver Vier“ bekannte Oppositionsbündnis zerbrach somit kurz vor der Präsidentschaftswahl. Potentielle Wähler wurden dadurch verschreckt und die Chancen, Kutschma abzuwählen, weiter geschwächt. Hinzu kam der Faktor, dass das mediale Umfeld für oppositionelle Kandidaten erheblichen Behinderungen ausgesetzt war. Staatsmedien berichteten überwiegend über Kutschma und warben für seine Wiederwahl. „News outlets that did present stories on opposition candidates faced harassment by the state authorities, including unwarranted raids by tax authorities, or unwarranted revocation of licenses.“<sup>581</sup>

Der erste Wahlgang ließ die vielen oppositionellen Kandidaten chancenlos. Kutschma als Amtsinhaber trat gegen den Kommunisten Symonenko an. Dies war in Kutschmas Interesse, da es zum gleichen Szenario kam, wie bei Präsidentschaftswahl 1996 in Russland: Amtsinhaber gegen Kommunisten. Kutschma konnte seinen Gegenkandidat als den Vertreter vergangener Zeiten präsentieren. Die Wähler konnten somit entscheiden zwischen einer möglichen Rückkehr zu kommunistischen Verhältnissen oder der Beibehaltung des neuen Systems der Clans und Oligarchen.

Kutschma gewann die Stichwahl, setzte dabei jedoch erneut auf die Missachtung der Wahlgesetze. So mussten Studenten und Krankenhausangestellte unter Beobachtung ihrer Vorgesetzten wählen, während gleichzeitig Staatsangestellte per Bus durch das Land fahren, um mehrmals zu wählen.<sup>582</sup>

---

<sup>581</sup> International Republican Institute: 1999 Ukraine Presidential Election Observation Mission Report October 31, 1999 and November 14, 1999, S. 12.

<sup>582</sup> Vgl. OSCE: Ukraine Presidential Elections 31 October and 14 November 1999, Final Report, S. 1.

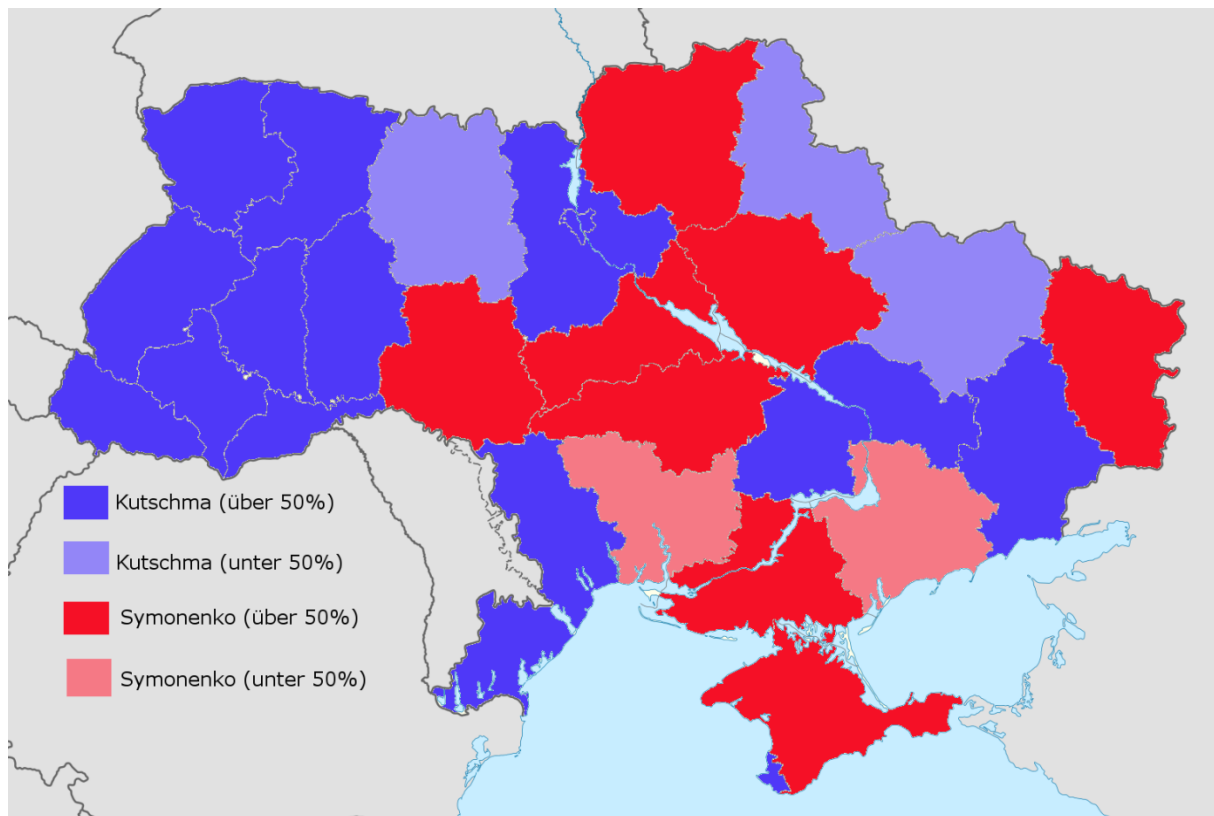


Abb. 14: Ergebnis Präsidentschaftswahl 1999, Sieger der jeweiligen Oblasten, eigene Darstellung, Quelle: Electoral Geography 2.0: Ukraine. Presidential Election 1999: <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-1999.html>

Eine Besonderheit mit Blick auf die Wiederwahl Kutschmas war die teilweise politische Neuordnung der Ukraine. Die bei den Präsidentschaftswahlen 1991 und 1994 erkennbare Spaltung der Ukraine in einen West- und einen Ostteil wurde 1999 partiell aufgehoben. Kutschma gelang es, die Oblasten Odessa und Donezk zu gewinnen, welche historisch eine enge Bindung an Russland genossen und eine Hochburg für die Kommunisten waren.

Im Dezember 1999 wurde Wiktor Juschtschenko zum neuen Premierminister gewählt. Der ehemalige Chef der ukrainischen Nationalbank war nicht zuletzt durch den Druck des IWFs in die Position gehoben worden. Juschtschenko gelang es, die Verschuldung zu reduzieren und die Kreditwürdigkeit der Ukraine zu verbessern.<sup>583</sup> Die positive wirtschaftliche Entwicklung des Landes führte zur wachsenden Popularität des Premierministers. Dies wiederum hatte wachsende Konflikte mit Kutschma zur Folge. Gleichzeitig bedrohte Juschtschenkos Energiepolitik die Bereicherungsquelle vieler Oligarchen, deren Widerstand gegen den Premierminister sich im Parlament niederschlug.

<sup>583</sup> Vgl. Åslund, Anders: The Ancient Regime: Kuchma and the Oligarchs, in: Åslund, Anders und McFaul, Michael (Hrsg.): Revolution in Orange: The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough, Washington D.C. 2006, S. 14.

Im Zuge der Ermordung des Journalisten Gongadse, welcher Kutschma angelastet wurde, verzichtete Juschtschenko darauf, sich öffentlich vom Präsidenten zu distanzieren. Dies lag nicht zuletzt auch daran, dass Juschtschenko anderenfalls mit seiner Entlassung hätte rechnen müssen.<sup>584</sup> Die ungebrochene Treue zu Kutschma hatte einen Vertrauensverlust seiner Person bei der Bevölkerung und im Parlament zur Folge. Der stellvertretende Parlamentspräsident Medwedtschuk organisierte einen parlamentarischen Widerstand gegen Juschtschenko und verlangte eine Kabinettumbildung, welcher der Premierminister allerdings nicht nachkam. Am 26. April 2001 wurden Juschtschenko als erster Regierungschef durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Das Bündnis gegen ihn bestand auf der einen Seite aus Kommunisten, welche seine Wirtschaftspolitik ablehnten. Die andere Seite bildeten vier Parteien, welche von Oligarchen angeführt wurden.<sup>585</sup> Diese bestanden aus der Vereinigten Sozialdemokratie, der Demokratischen Union, sowie der Werktätigen Ukraine und der Partei der Regionen.<sup>586</sup>

Kutschma unternahm nichts, um Juschtschenko zu schützen. Zum einen missfiel ihm die große Popularität Juschtschenkos. Zum anderen bekam Kutschma erneut die Gelegenheit, einen Premierminister zu ernennen, welcher loyal zu ihm stand, um dadurch seine Position als Präsident zu stärken. Neuer Premierminister wurde Anatolij Kinach. Seine Stärke bestand in der ungebrochenen Treue gegenüber Kutschma. Strukturierte Reformprogramme wurden unter seiner Führung nicht ausgearbeitet. Nicht zuletzt im Bereich der Wirtschaft war die Regierung Kinach von Konzeptlosigkeit geprägt.<sup>587</sup> Kutschma nutzte diese Zeit, um den Status quo zu bewahren und seine Macht auszubauen. Funktionen des Kabinetts wurden auf den Präsidenten übertragen.<sup>588</sup> Das Ansehen des Präsidenten schwand und Kutschma wurde zunehmend zur Verkörperung der ukrainischen Korruption. Die Absetzung Kinachs diente in erster Linie vermutlich dazu, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom Präsidenten abzulenken.

Nach der Parlamentswahl 2002 kontrollierten die Oligarchen große Teile des Parlaments. Zählt man alle Abgeordneten zusammen, die kurz nach der Wahl einer Partei angehörten, die von einem Oligarchen geleitet wurden bzw. unter dessen Einfluss stand, so kommt man auf

---

<sup>584</sup> Vgl. Helmerich, Martina: Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie: Institutionen und Akteure, Berlin 2003, S. 174f.

<sup>585</sup> Vgl. Volkova, Liubov: Systemtransformation in der Ukraine – Chancen und Risiken auf dem Weg zur Demokratie (1990-2010), Augsburg 2011, S. 110.

<sup>586</sup> Vgl. ebd., S. 110.

<sup>587</sup> Vgl. Durkot, Juri: Ukrainische Wirtschaft: vom Plan zum Clan, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformationen 5/2003, S. 29.

<sup>588</sup> Vgl. Carrier, Martin: Institutional Change, power and political executives in Ukraine under the Kuchma presidency, in: Studies of Changing Societies: Comparative and Interdisciplinary Focus, Vol. 1' (2) 2012, S. 95.

eine Mindestzahl von 161, rund 35% sämtlicher Parlamentarier. Wichtigste Parteien in diesem Zusammenhang waren die Vereinigte Sozialdemokratie, die Arbeitende Ukraine, die Partei der Regionen, die Volkspartei und die demokratische Volkspartei.<sup>589</sup> Eine eindeutige Bezifferung ist jedoch nicht möglich, da zum einen die unabhängigen Kandidaten sich später unterschiedlichen Fraktionen anschlossen und es zum anderen zu Wechseln von Fraktionsmitgliedern kam. Wiktor Janukowytsch als der inoffizielle Anführer der Oligarchen wurde von Kutschma zum Regierungschef ernannt. Er galt als potentieller Nachfolger Kutschmas. Zu Beginn seiner Amtszeit war auch er Kutschma treu ergeben, distanzierte sich aber im Laufe der Zeit immer öfters von ihm. Gleichzeitig schaffte es Janukowytsch aber, weite Teile der Agenda der Regierung umzusetzen. Zwar kam es auch unter seiner Leitung zu keinen größeren Reformen, dennoch konnte die ukrainische Wirtschaft während seiner Amtszeit im Jahr 2004 ein Wachstum von 12,1 Prozent<sup>590</sup> aufweisen. Im Vergleich zur Juschtschenko konnte seine Regierung weniger Erfolge vorweisen. In den Augen großer Teile der herrschenden Eliten und der Bevölkerung im Osten und Süden der Ukraine war er ein geeigneter Kandidat für das Amt der Präsidenten. Kutschma überlegte, entgegen der Verfassung, für eine dritte Amtszeit zu kandidieren, gab diesen Gedanken jedoch angesichts seiner schlechten Umfragewerte auf.<sup>591</sup>

Die Ukraine hatte von 1991 bis 2004 insgesamt neun Regierungschefs. Der ständige Wechsel des Premierministers zeigte zum einen das Fehlen einer stringenten Reformpolitik und zum anderen die Abhängigkeit dieser Position vom Staatspräsidenten. Insbesondere unter Kutschma wurde die Regierung zum ausführenden Arm der Agenda des Präsidenten. Wenn Premierminister es unternahmen, eigenständige Politik zu betreiben oder eine mögliche Konkurrenz für den Präsidenten darstellten, wurden sie ausgetauscht. Die Interessen der Clans<sup>592</sup> und der mögliche Ausgleich zwischen ihnen, nahmen in den letzten Jahren der Kutschma-Ära erheblich zu, was nicht zuletzt auf deren wachsenden Einfluss im Parlament zurückzuführen ist.

Bereits unter Krawtschuk begann der kontinuierliche Machtaufbau des Präsidenten. Nicht nur sein Machtzuwachs, sondern auch das Bedienen von Partikularinteressen kann anhand der deskriptiv-empirischen Akteurstheorie analysiert werden. Die starke Stellung der Nomenklatur blockierte bzw. erschwerte etwaige Versuche zu grundlegenden Reformen.

---

<sup>589</sup> Vgl. Kuzio, Taras: Oligarchs, Tapes and Oranges: 'Kutchmagate' to the Orange Revolution, *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 23:1, 2007, S. 47.

<sup>590</sup> Vgl. Kuzio, Taras: Everyday Ukrainians and the Orange Revolution, in: Åslund, Anders und McFaul, Michael (Hrsg.): *Revolution in Orange: The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough*, Washington D.C. 2006, S. 50.

<sup>591</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: *Geschichte der Ukraine*, Bonn 2015, S. 282.

<sup>592</sup> Auf diese wird im Kapitel „6.1.5. Eliten, Clans und Oligarchen“ genauer eingegangen.

Krawtschuk erkannte, dass die Kosten, sich den alten Eliten entgegenzustellen, deutlich höher waren als der potentielle Nutzen. Krawtschuk, der beschlossene Reformen nur zögerlich oder auch kaum umsetzte, konnte sich somit auf die persönliche Bereicherung und den eigenen Machtzuwachs konzentrieren. Unter der Regierung Fokin setzte sich diese Haltung fort. Fokin vermied es, Reformen umzusetzen, da er diesen nicht nur skeptisch gegenüberstand, sondern auch, basierend auf dem Kosten-Nutzen-Kalkül der deskriptiv-empirischen Akteurstheorie, es als gewinnbringender Ansah, eine Haltung einzunehmen, welche den Status-quo zementierte. Unter Premierminister Kutschma griff die Regierung stärker regulierend in die Wirtschaft ein. Bezugnehmend auf Luhmanns autopoietische Systemtheorie kam es nicht zuletzt durch die Sondervollmachten Kutschmas zu einer Überordnung der politischen Sphäre über die wirtschaftliche. Durch den daraus resultierenden Eingriff des politischen Systems in die Wirtschaft wurde die funktionale Differenzierung blockiert, welche nach Luhmanns Auffassung für eine funktionierende Demokratisierung notwendig ist.

Mit dem Amtsantritt Kutschmas als Präsident 1994 setzte sich der Weg zur Stärkung der Position des Staatsechfs weiter fort. Unter Berücksichtigung des neomarxistischen Strukturalismus kann festgestellt werden, dass insbesondere die beiden Premierminister Martschuk und Lasarenko als eine Gruppe von politischen Eliten begannen, eigene Interessengruppen zu bilden. Ihr Ziel bestand darin, Machtbefugnisse Kutschmas auf sich zu übertragen. Der stetige Kampf zwischen den Premierministern und dem Präsidenten um die Verteilung der Macht war somit ein klares Hindernis für die Etablierung des demokratischen Systems. Nicht zuletzt muss die Einsetzung Lasarenko als Premierminister aus Sicht von Luhmanns autopoietischer Systemtheorie kritisch gesehen werden. Lasarenko als Vertreter des Dnipropetrowsk-Clans verfolgte eine Politik, welche auf die Bevorzugung seiner Anhänger ausgerichtet. Das Bedienen spezifischer privater Wirtschaftsinteressen führte somit zwangsläufig zu einer fehlenden funktionalen Ausdifferenzierung zwischen der politischen und der ökonomischen Sphäre.

Des Weiteren zeigte nicht zuletzt der Präsidentschaftswahlkampf 1999, dass die Entwicklung eines autonomen demokratischen Staates noch in weiter Ferne lag. Der Einsatz staatlicher Stellen zur aktiven Unterstützung von Kutschmas Kampagne und die Druckausübung auf Medien standen einer demokratischen Entwicklung, entsprechend dem Verständnis des Theorems der Machtdispersion, grundlegend entgegen. Diese besagt, wie bereits ausgeführt, dass eine Demokratisierung dann erfolgreich ist, wenn es keine politische Hegemonialstellung



einer Schicht möglich ist.<sup>593</sup> Die Machtressourcen waren jedoch so stark zugunsten Kutschmas und seines Umfelds verteilt, dass diese mit Erfolg die Berichterstattung beeinflussen konnten. Somit war nicht nur die Freiheit der Presse eingeschränkt, sondern auch die demokratische Konsolidierung der Ukraine tiefgreifend beschädigt.

#### **6.1.4. Parteien**

Die Parteienlandschaft der Ukraine bildete sich mit dem einsetzenden Ende der Sowjetunion schrittweise heraus. Als erste politische Partei, neben der Kommunistischen Partei, kann die Ruch betrachtet werden. Diese wurde im Sommer 1989 gegründet und war in erster Linie eine politisch-kulturelle Bewegung. Schriftsteller, Intellektuelle und Kulturschaffende bildeten die Kernklientel dieser Bewegung. Ihre Heimat hatte sie in der Westukraine. Dort stießen ihre Forderungen nach der nationalen Unabhängig der Ukraine auf offene Ohren. Die kommunistische Ideologie der Sowjetzeit fand bei der Bevölkerung im Westen des Landes nur geringfügig Unterstützung. So war es wenig verwunderlich, dass spätere Forderungen nach einer verstärkten Umstrukturierung der ukrainischen Wirtschaft, hin zu marktwirtschaftlichen Prinzipien, vor allem von der Ruch und den Westukrainern geäußert wurden.

Ab 1990 setzte die massenhafte Gründung von Parteien ein. Allerdings waren viele Parteien nur lokal oder regional verankert. Nur wenigen gelang es, ein ganznationales Netzwerk zu errichten. Gleichzeitig blieb die Mitgliederzahl der Parteien überschaubar. Die Erfahrungen der Sowjetzeit und die Herrschaft der Kommunisten spielten dabei eine entscheidende Rolle. Ein in weiten Teilen der Bevölkerung vorhandenes Misstrauen gegenüber Parteien generell lässt sich nachweisen.<sup>594</sup> Hinzu kam der Faktor der wirtschaftlichen Probleme. Die zu Beginn der 1990er Jahre zunehmende Notwendigkeit des privaten ökonomischen Überlebens, ließ wenig Zeit und Nerven, um sich an politischen Prozessen zu beteiligen.

Dennoch fand ab 1990 eine vermehrte Gründung von politischen Parteien statt. Diese waren bis zur Parlamentswahl 1994 vor allem eine „bottom-up“ Bewegung. Dies bedeutet, dass Parteien von unten, durch „normale“ Bürger gegründet wurden. Die Mehrheit der gegründeten Parteien war im rechten politischen Spektrum angesiedelt.<sup>595</sup> Linke Parteien waren zu Beginn der Unabhängigkeit der Ukraine kaum vorhanden. Die KPdSU war nach dem Putsch im

---

<sup>593</sup> Vgl. Vanhanen, Tatu: The Level of Democratization Related to Socioeconomic Variables in 147 States, 1980-1985. Scandinavian Political Studies (Vol. 12) Issue 2. 1989, S. 102.

<sup>594</sup> Vgl. Göls, Cornelia: Die politischen Parteien in der Ukraine – Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung, in: Kramer, Helmut und Kreisky, Eva (Hrsg.): Politik und Demokratie, Band 15, Peter Land, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2008, S. 20.

<sup>595</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 6.

August 1991 verboten worden. Im Juni 1993 gründete sich die „Kommunistische Partei der Ukraine“ und ließ sich im Oktober desselben Jahres registrieren.<sup>596</sup> Die KPU gewann schnell an Bedeutung. Der Grund dafür war, dass sie auf die ehemaligen Strukturen und Ressourcen der KPdSU zurückgreifen konnte. Hierdurch wurde sie zu einer gesamtukrainischen Partei mit hohem Wirkungsgrad. Ihre größte Anhängerschaft konnte sie in den Oblasten Donezk und Lugansk akquirieren. Diese Gebiete, neben den weiteren Teilen der Ost- und Südukraine, waren lange unter russischer und später sowjetischer Herrschaft und der kommunistischen Ideologie eher zugetan.

Die Jahre 1990 und 1991 waren durch die Neugründungen von zahlreichen Parteien gekennzeichnet. Als gemeinsames Ziel hatte die überwiegende Mehrheit von ihnen, die Unabhängigkeit der Ukraine zu erkämpfen. Jedoch fokussierten sich einige Parteien ausschließlich auf dieses Projekt und geriet Anfang 1992 in tiefe Krisen. Parteien, denen es nicht gelang, weiterreichende Programme aufzustellen oder Verbündete zu finden, verschwanden wieder von der politischen Bildfläche.<sup>597</sup>

Im Zuge der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl gewannen „grüne“ Themen in der Ukraine stärker an Gehör. Als Resultat der „Green World Association“, welche 1988 auf die Folgen der nuklearen Verstrahlung aufmerksam machte, gründete sich 1990 die Grüne Partei der Ukraine (PZU). Sie schloss sich dem demokratischen Block an und beteiligte sich an der Parlamentswahl 1990. Anschließend verlor sie jedoch an Bedeutung. Erst 1998 kam es zu einer Wiederbelebung der PZU, als Oligarchen sie benutzten, um Parlamentssitze zu gewinnen.<sup>598</sup> Sie überdauerte jedoch nur eine Wahlperiode, bevor sie wieder aus dem Parlament flog und in der Bedeutungslosigkeit verschwand.

Bei der Parlamentswahl 1990, noch zu Zeiten der Sowjetunion, konnten Parteien offiziell nicht partizipieren. Allerdings waren viele der Kandidaten bzw. der späteren Abgeordneten Mitglied einer Partei. Die Zulassung von Parteien bei der Parlamentswahl 1994 hatte eine weitere Gründung von Parteien zur Folge und führte dazu, dass 14 Parteien in der Rada vertreten waren.<sup>599</sup>

Das Parteiensystem war in den ersten Jahren nach der ukrainischen Unabhängigkeit von einer Spaltung zwischen Kommunisten und Demokraten gekennzeichnet. Fundamentale

---

<sup>596</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 113.

<sup>597</sup> Vgl. Ott, Alexander: Die politischen Parteien in der Ukraine, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1995, S. 5.

<sup>598</sup> Vgl. Kuzio, Taras: Impediments to the Emergence of Political Parties in Ukraine, in: Politics, 2014, Vol. 34(4), S. 317.

<sup>599</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 7.

Differenzen bestanden bei sozioökonomischen und außenpolitischen Fragen. Während linke und kommunistische Kräfte eine Annäherung an Russland suchten und planwirtschaftliche Elemente befürworteten, setzten die Demokraten auf die Eigenstaatlichkeit der Ukraine und propagierten die Wandlung hin zur Marktwirtschaft. Die Kommunistische Partei dominierte in der ersten Hälfte der 1990er Jahre das Parteienspektrum deutlich, was vorwiegend an der Vielzahl an kleinen und regionalen Parteien lag, die zu einer Fragmentierung der ukrainischen Parteienlandschaft beitrugen.<sup>600</sup>

Nach der Parlamentswahl 1994 wandelte sich das „bottom-up“ Prinzip bei der Parteigründung langsam zu einer „top-down“ Variante. Parteien wurden ab dann öfters von reichen Geschäftsleuten und Oligarchen gegründet, um eigene Interessen zu bedienen. Bekannte Beispiel hierfür sind die „Volksdemokratische Partei der Ukraine“ (NDP) und die „Volkspartei“ (NP). Für die Entwicklung der Struktur beider Parteien, wurde auf staatliche Institutionen zurückgegriffen.<sup>601</sup> Dies bezog sich nicht nur auf lokalen und zentralen Regierungsstellen, sondern weitete sich aus bis auf Teile des industriellen Bereiches. Neben der Variante, Parteien, parallel zu bestehenden Geschäftsstrukturen zu gründen, wie z.B. die „Allukrainische Vereinigung ‚Vaterland‘“ oder die „Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine“, welche später zur „Partei der Regionen“ wurde, gab es auch die Versuche, bereits vorhandene Parteien zu übernehmen. So wurde die „Sozialdemokratische Partei der Ukraine“, später „Vereinte Sozialdemokratische Partei der Ukraine“ ab 1998 von Wiktor Medwedtschuk kontrolliert, welcher stellvertretender Vorsitzender der Rada wurde und später die Präsidialverwaltung von Kutschma leitete.<sup>602</sup> Ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre dienten Parteigründungen vermehrt der Unterstützung individueller Karrierewege von ohnehin reichen Geschäftsleuten und Unternehmern.<sup>603</sup> Parteien dienten als Sicherheitsnetz, um beispielsweise die berufliche Stellung im Regierungs- und Verwaltungsapparat zu garantieren.<sup>604</sup>

Viele Parteien nahmen für sich in Anspruch, eine bestimmte soziale, berufliche oder nationale Gruppe zu vertreten, was jedoch nur selten mit der Realität übereinstimmte. Abgesehen von der Kommunistischen Partei, vertrat noch die 1991 gegründete und 1995 offiziell registrierte

---

<sup>600</sup> Vgl. Göls, Cornelia: Die politischen Parteien in der Ukraine – Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung, in: Kramer, Helmut und Kreisky, Eva (Hrsg.): Politik und Demokratie, Band 15, Peter Land, Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2008, S. 51.

<sup>601</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 8.

<sup>602</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>603</sup> Vgl. Whitmore, Sarah: Political party development in Ukraine, GSDRC Helpdesk Research Report 1146, Birmingham 2014, S. 5.

<sup>604</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 9.

Sozial-Nationale Partei der Ukraine eine gefestigte Ideologie. Die Partei wurde später zur Allukrainischen Vereinigung „Swoboda“ (Freiheit). Sie vertrat einen rechtsradikalen und nationalistischen Kurs und benutzte als Parteilogo die Wolfsangel, welche auf den Wappen der SS-Panzerdivisionen zu finden war. Die Mehrheit der Parteien beanspruchte, die politische Mitte zu vertreten. Rhetorisch zeichneten sie sich durch eine Mischung aus sozialdemokratischer und liberaler Wortwahl aus.

Das Parteiensystem erlebte in den 1990ern und zu Beginn der 2000er eine kontinuierliche Wandlung und war dadurch instabil.<sup>605</sup> Parteien wurden neu gegründet, brachen zusammen oder kamen unter eine neue politische Führung. Ideologisch und programmatisch ließen sich jedoch kaum größere Veränderungen erkennen. Die Parlamentswahl 1998 hatte eine erneute kurzfristige Gründung von Parteien zur Folge. 40 der 52 registrierten Parteien stellten Parteilisten auf und hofften, über die 4%-Hürde zu kommen.<sup>606</sup>

Die stetige Veränderung der Parteienlandschaft wirkte sich auch auf das Parlament aus. Abgeordnete wechselten zwischen Fraktionen oder gründeten neue Fraktionen, da sie einer neuen Partei angehörten, welche erst nach der Parlamentswahl entstanden war. Der Präsident hatte dabei einen erheblichen Einfluss, da er durch ständige Fraktionswechsel versuchte, propräsidentiale Mehrheiten zu organisieren.

Mit der Verabschiedung der Verfassung 1996 wurde auch die Rolle und Funktion der Parteien erstmals klar geregelt. In Artikel 36 wurde festgehalten: „Die politischen Parteien fördern die Herausbildung und die Bekundung des politischen Willens der Bürger und nehmen an den Wahlen teil.“<sup>607</sup> Somit war die zentrale Aufgabe der Parteien, an Wahlen zu partizipieren. Mit Artikel 37 wurden Parteiaktivitäten zur Abschaffung der staatlichen Souveränität der Ukraine untersagt. Ebenso wurde es verboten, paramilitärische Einheiten zu unterhalten.<sup>608</sup>

Das Verhältnis zwischen Kutschma als Präsidenten und den politischen Kräften im Parlament, wirkte sich auch auf das Parteiensystem aus. Es war durch eine abgemilderte Form eines ideologischen Konflikts gekennzeichnet. Dieser bestand auf der einen Seite aus den linken politischen Kräften, welche eine Rückkehr zu früheren Verhältnissen erstrebten und den „Reformanhängern“<sup>609</sup> im Umkreis des Präsidenten. Kutschma und seine Regierung sahen

---

<sup>605</sup> Vgl. Mainwaring, Scott und Torcal, Mariano: Party system institutionalization and party system theory after the third wave of democratization, The Helen Kellogg Institute for International Studies, Working Paper #319, April 2005, S. 9.

<sup>606</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 10.

<sup>607</sup> Verfassung der Ukraine, Version vom 28.06.1996: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

<sup>608</sup> Verfassung der Ukraine, Version vom 28.06.1996: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

<sup>609</sup> Wie bereits im Kapitel „Präsident und Regierung“ gezeigt, bedeutete Reform in der Realität, die eigene wirtschaftlichen Interessen zu wahren und nicht eine stringente Umwandlung der sozioökonomischen Verhältnisse.

dies als die „Gefahr von links“ an.<sup>610</sup> Nicht zuletzt hatten die Ergebnisse der Parlamentswahlen belegt, dass es in der Bevölkerung gewisse Sympathien für die Vorstellungen linker Parteien gab und die Möglichkeit bestand, dass diese auf legalem Wege (Wahlen) ihre Ziele erreichen konnten. Dies hatte zur Folge, dass die Parteien der politischen „Mitte“, die Politik des Präsidenten unterstützen oder sich zumindest neutral verhielten. Insbesondere die Nationaldemokraten, welche eine ungebrochenes Interesse an der Unabhängigkeit der Ukraine hatte, wurden somit zu einer „konstruktiven Opposition“<sup>611</sup> und stellten sich bei Fragen der nationalen Souveränität hinter den Präsidenten. Mittels der ständigen Propagierung der „Gefahr von links“ versuchte Kutschma, eine bipolare Spaltung der politischen Landschaft zu bezwecken. Jedoch zielten die rechten und nationaldemokratischen Kräfte auf eine stärkere eigene Profilierung und distanzierten sich zunehmend vom Präsidenten.

Mit der Jahrtausendwende nahm die Neugründung von Parteien deutlich ab und erfolgte nach dem „top-down“ Prinzip. Zunehmend wurden die Interessen der Finanz- und Industriegruppen vertreten. Die Vereinigte Sozialdemokratie und die Partei der Regionen wurden vorrangig von Oligarchen genutzt, um politisch aktiv zu werden und ihre Interessen zu artikulieren.<sup>612</sup> Des Weiteren zeigte sich diese Tendenz an der bereits angeführten Zahl von mindestens 161 Abgeordneten, die Parteien angehörten, die Verbindungen zu Oligarchen aufwiesen bzw. von diesen geleitet wurden.<sup>613</sup> Gleichzeitig begann ein Zusammenschluss von Parteien mit ähnlichen Inhalten. So war die „Partei der regionalen Wiedergeburt der Ukraine“ eine Zusammenlegung von fünf Parteien. Parteispaltungen gab es zwar weiterhin, jedoch nicht mehr so extrem wie in den 1990er Jahren.

Mit der Parlamentswahl 2002 kam es zu einer Personalisierung der Parteipolitik. In zunehmendem Maße fokussierten sich Parteien auf einzelne Spitzenkandidaten bzw. prominente Vertreter, um Stimmen zu gewinnen. Die Parteienlandschaft spaltete sich an der jeweiligen Stellung zum Präsidenten. Die Kommunistische Partei, das Bündnis „Unsere Ukraine“ um Juschtschenko und der Block um Julija Tymoschenko positionierten sich gegen Kutschma. Das Bündnis „Für eine einige Ukraine“ gab sich pro-präsidential. Bei der Präsidentschaftswahl 2004 wurden 13 der insgesamt 24 Kandidaten von Parteien

---

<sup>610</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 11.

<sup>611</sup> Haran, Oleksij: Der regionale Faktor in der ukrainischen Politik, in: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik (1991-2001), Köln 2002, S. 105.

<sup>612</sup> Vgl. Matuszak, Sławomir: The Oligarchic Democracy: the influence of business groups on Ukrainian politics, OSW Studies, Number 42, Warschau 2012, S. 19.

<sup>613</sup> Vgl. Melnykovska, Inna: Big Business and Politics in Ukraine: the Evolution of State-Business Relations, emecon 1/2015, S. 5.

aufgestellt.<sup>614</sup> Auch hier spielte die Stellung mit Blick auf den scheidenden Präsidenten Kutschma eine wichtige Rolle.

Im April 2001 wurde ein Gesetz verabschiedet, um die Herausbildung von gesamtnationalen Parteien zu fördern und die zahlreichen regionalen Parteien zu minimieren. Der Effekt wirkte jedoch nur kurz und führte darüber hinaus nicht zu der erhofften Regulierung der Verhältnisse zu Regierungseinrichtungen. Ende 2003 wurde ein Programm zur staatlichen Finanzierung von Parteien auf den Weg gebracht, welches in der Realität jedoch nie umgesetzt wurde.

Die Oligarchen und andere Wirtschaftsvertreter gewannen immer stärker Einfluss auf die Parteien und richteten diese nach ihren Interessen aus. Die noch in den 1990er Jahren herrschende Spaltung zwischen linken und nationalen Kräften hob sich auf. Das Parteiensystem erlebte eine Transformation dahingehend, dass ideologische Faktoren fast gänzlich an Bedeutung verloren. Der neue Graben ergab sich aus der Stellung hinsichtlich des Präsidenten. Dies hatte eine immer wiederkehrende taktische Allianz zwischen linken und rechten Parteien zur Folge.<sup>615</sup>

Zur Beurteilung der Rolle der Parteien für den ukrainischen Demokratisierungsprozess eignet sich Parsons' Systemtheorie. Die von 1990-1994 nach dem Prinzip des „bottom-up“ gegründeten Parteien trug im erheblichen Maße zum Demokratisierungsprozess der Ukraine bei. Auf der einen Seite manifestierte sich durch sie das für eine moderne Gesellschaft notwendige Recht zur Assoziation<sup>616</sup>. Auf der anderen Seite zeigte sich, dass die Bürger die politischen Prozesse verfolgten und die Werte des bisherigen sowjetischen Systems hinterfragten. Infolgedessen kamen einige Ukrainer zu der Schlussfolgerung, dass neue Parteien notwendig waren, um ihre eigenen Wertevorstellung zu vertreten und das politische System weitreichend zu ändern. Des Weiteren lassen sich die Parteigründungen 1990-1994 unter dem Gesichtspunkt des Theorems der Machtdispersion analysieren. Wie gezeigt, hatte die KPdSU bis zu ihrem Verbot im August 1991 eine weitreichende Hegemonialstellung inne. Durch die Gründung neuer Parteien, auch wenn diese in vielen Fällen nur regional begrenzt waren, verlor die Kommunistische Partei ihre Vormachtstellung. Die Machtressourcen wurden breiter gestreut, was sich positiv auf die Demokratisierung des Landes auswirkte.

Die parteipolitische Entwicklung ab 1994 kann ebenfalls mittels Parsons' Systemtheorie erklärt werden. Nach der ersten freien Parlamentswahl vollzog sich ein Wandel in der Parteienlandschaft, da Parteigründungen nun vermehrt durch Oligarchen und Clans erfolgte,

---

<sup>614</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 16.

<sup>615</sup> Vgl. ebd., S. 19.

<sup>616</sup> Vgl. Parsons, Talcott: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Köln 1971, S. 55ff.

um eigene Wirtschaftsinteressen zu bedienen. Die funktionale Ausdifferenzierung der sozialen Teilsysteme Wirtschaft und Politik wurde dadurch konterkariert. Wirtschaftsvertreter versuchten aktiv, Einfluss auf politische Entscheidungen zu gewinnen, um dadurch die eigenen ökonomischen Interessen zu fördern. Die Übertragung wirtschaftlicher Bestrebungen in das politische System mittels oligarchischer Parteien muss somit als Hemmnis für die demokratische Konsolidierung der Ukraine angesehen werden.

#### **6.1.5. Eliten, Clans und Oligarchen**

Im Zuge der von Gorbatschow langsam angestoßenen marktwirtschaftlichen Reformen in den 1980er Jahren begannen Unternehmer, große private Geldmengen anzuhäufen. Dies geschah zum einen auf Grundlage gesetzlicher Grauzonen, teilweise aber auch mittels illegaler Aktivitäten. Der Finanzsektor war dabei, neben dem Außenhandel, der Bereich, in welchem die meisten Geschäfte vollzogen wurden. Dafür war politische Unterstützung notwendig. „Regulierungs- und Kontrollbehörden mussten ein Auge zudrücken. Die Nationalbank gab Vorzugskredite. Staatliche Unternehmen wurden als Kunden gewonnen.“<sup>617</sup>

So wurden staatlich subventionierte Metalle auf dem ukrainischen Binnenmarkt gekauft und für größere Preise auf dem Weltmarkt verkauft. Ebenso nutzten Banken Kredite der Zentralbank, welche nur gering verzinst waren, um diese an Kunden zu einem regulären Zinssatz weiterzugeben. Die Gewinne waren beträchtlich und wurden dazu verwendet, um Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Bei der einsetzenden Privatisierung konnten Betriebe zu günstigen Preisen gekauft werden. Gleichzeitig wurden die Schulden von Kunden genutzt, um die Kontrolle über das jeweilige Unternehmen zu erlangen. Staatliche Stellen verhielten sich entweder neutral oder halfen aktiv bei diesem Prozess mit, erwarteten jedoch entsprechende Gegenleistungen.<sup>618</sup>

Manfred G. Schmidt definiert Oligarchie wie folgt: „Oligarchie (von griech. oligoi = wenige und archein = herrschen, oligarchia = Herrschaft der Wenigen) 1) Fachausdruck der Staatsformenlehre für die Herrschaft einer kleinen Zahl von Personen, die aufgrund der Ausrichtung der Regierungspraxis an den Eigeninteressen der Herrschaft als entartete Form der Aristokratie gewertet wird“<sup>619</sup> Denkt man diese Definition um und bezieht sie nur auf die Oligarchen als Personen und nicht auf die gesamte Staatsform, so lässt sich festhalten, dass

---

<sup>617</sup> Pleines, Heiko: Demokratisierung ohne Demokraten - Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenland, Bonn 2010, S. 124.

<sup>618</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004, LIT-Verlag, Münster 2005, S. 75.

<sup>619</sup> Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Alfred Körner Verlag. Stuttgart 2010, S. 561.

Oligarchen eine begrenzte Gruppe von Menschen umfasst, welche über erhebliche wirtschaftliche Macht verfügen.

Mit dem einsetzenden Strukturwandel in der Ukraine gelang es Einzelpersonen, zahlreiche Unternehmen zu erwerben. Die Oligarchen gingen dabei geschickt vor und sicherten sich ganze Produktionsketten. Zulieferung, Herstellung und Absatz waren nicht selten in der Hand einer Person. Dies schuf nicht nur Synergieeffekte, sondern war auch ein Garant für die eigene wirtschaftliche Autonomie, da man nicht von wirtschaftlichen Unternehmen anderer Oligarchen abhängig war. Hauptinteressengebiete waren Öl, Gas und Metall, in abgeschwächtem Maße auch Nahrungsmittel und Maschinen. In diesen Bereichen konnten die Ukraine und somit auch die Oligarchen gute Gewinne erwirtschaften. Geografisch konzentrierten sich die Aktivitäten auf die Ostukraine, da hier das Herzstück der Schwerindustrie lag.<sup>620</sup> Die drei Oblaste der Ostukraine (Donezk, Luhansk und Charkiw) waren zusammen mit dem Oblast Dnipropetrowsk für rund 1/3 der gesamtukrainischen Produktion verantwortlich.<sup>621</sup> Unter russischer und später sowjetischer Herrschaft war der Ausbau der Industrie in der Region des Donbass gefördert worden. Später wurde dieses Region zum Sitz einer der größten Unternehmen der Ukraine, wie etwa die „Industrieunion Donbass“, die „Donbass-Treibstoff-Energie-Gesellschaft“ oder das von Rinat Achmetow gegründete „System Capital Management“.

Mittels der Gründungen von Holdings versuchten einige Oligarchen, ihre Investitionen langfristig abzusichern. Dank der kontinuierlichen staatlichen Zuwendungen gelang es zahlreichen Unternehmen, schwarzen Zahlen zu schreiben. „Gleichzeitig blieben die Oligarchen aufgrund der juristischen Fragwürdigkeit einiger ihrer Geschäftstätigkeiten und auch vieler ihrer Unternehmensübernahmen angreifbar. Daher verschwanden einige der Holdings genauso schnell wieder, wie sie entstanden waren.“<sup>622</sup> Der Verlust der politischen Ämter einiger Verbündeter ging einher mit dem Ende von unterschiedlichen Holdinggesellschaften. Im Zuge des einsetzenden Wirtschaftswachstums ab dem Ende der 1990er Jahre stabilisierten sich die übrigen Holdinggesellschaften und führten gleichzeitig zum Entstehen neuer Oligarchen. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich ein enges Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Wirtschaftselite und den politischen Entscheidungsträgern. Die politische Elite war auf die (finanzielle) Unterstützung der

---

<sup>620</sup> Vgl. Stewart, Susan: Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2011, S. 19.

<sup>621</sup> Vgl. State Statistics Service of Ukraine: Gross regional product: [www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/vvp/vrp/vrp2015\\_e.zip](http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/vvp/vrp/vrp2015_e.zip)

<sup>622</sup> Pleines, Heiko: Demokratisierung ohne Demokraten - Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenland, Bonn 2010, S. 125.



Wirtschaftsvertreter angewiesen, um politische Projekte zu verfolgen. Auf der anderen Seite suchte die Wirtschaftselite die Nähe und Einfluss zu Politikern, um die eigenen Interessen zu verteidigen und neuer Wirtschaftsfelder zu erschließen.<sup>623</sup>

Um die eigene politische und ökonomische Macht abzusichern, bildeten sich drei große Clans: der Kiewer, der Donezker und der Dnipropetrowsker.

Der Kiewer Clan unterstand der Führung von Wiktor Medwedtschuk und Hryhorij Surkis. Anfang der 1990er Jahre gelang es ihnen und anderen Sympathisanten, mittels eines komplexen Unternehmenssystems, große Geldmengen anzuhäufen. Ihre Wirtschaftsunternehmen bestanden „aus einer unüberschaubaren Zahl von Offshore-Firmen, Joint Ventures und Banken [...], die mit alkoholischen und nichtalkoholischen Getränken handelten, sich mit Finanzen, Elektroenergie, Öl und Gas, Metallurgie, Schiffbau, der Zuckerindustrie befassten sowie Fernsehsender und Zeitungen ihr eigenen nannten.“<sup>624</sup>

Medwedtschuk fand schnell den Weg in die Politik und benutzte die Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine dazu, weitreichenden Einfluss im Parlament zu erlangen. 1994 hatten sich Medwedtschuk und die Kiewer Clan für die Wiederwahl Krawtschuks eingesetzt, unterstützen aber sofort Kutschma, als dieser die Wahl gewinnen konnte.<sup>625</sup> Medwedtschuk zog 1997 ins Parlament ein und gehörte diesem bis 2002 an. Zwischenzeitlich fungierte er als dessen Vizepräsident. Er wurde durch ein Bündnis von Kommunisten und Nationaldemokraten abgewählt. Die Absetzung des Premierministers Juschtschenko war maßgeblich von ihm gesteuert worden, was ihn dem Unmut der Nationaldemokraten einbrachte. Auf der anderen Seite waren die Kommunisten über ein von ihm ausgearbeiteten Gesetzes erzürnt, welche den Handel mit Grund und Boden erlaubte.<sup>626</sup>

Nach der Parlamentswahl wurde Medwedtschuk zum Leiter der Präsidialverwaltung von Kutschma und dadurch einer der politisch einflussreichsten Menschen der Ukraine.

Weitere wichtige Mitglieder des Kiewer Clans waren die Surkis-Brüder. Ihor und Hryhorij gründeten im Zuge der Unabhängigkeit der Ukraine eine Aktiengesellschaft und legten ihren Fokus auf Energielieferungen, Produktverarbeitung und Investitionsprojekte.<sup>627</sup> 1993 erwarb Hryhorij Surkis den Fußballclub Dynamo Kiew. Die damit einhergehenden Vergünstigungen

---

<sup>623</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 126.

<sup>624</sup> Popov, Dmitri und Milstein, Ilia: Julia Timoschenko – Die autorisierte Biografie, 1. Auflage 2012, Redline Verlag, München 2012, S. 159.

<sup>625</sup> Vgl. ebd., S. 159.

<sup>626</sup> Vgl. Lohmann, Manfred und Durkot, Juri: Parlamentswahl in der Ukraine – Die Parteien im Koordinatensystem des Präsidenten, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2/02, 2002, S. 54.

<sup>627</sup> Vgl. Durkot, Juri: Wem gehört die Wirtschaft in der Ukraine?: <http://www.wostok.de/archiv/1-02/wirtschaft/inhaltframe.html>

beim Zoll für Importe von Tabak und Alkohol steckte er in den Ausbau seiner Wirtschaftsunternehmen.<sup>628</sup> Um seinen Einfluss in Kiew auszubauen, kandidierte Hryhorij Sorkis 1999 für das Amt des Bürgermeisters der ukrainischen Hauptstadt. Sorkis führte einen aggressiven Wahlkampf, kam jedoch nicht über 17% der Stimmen hinaus.<sup>629</sup>

Der Donezker Clan entstand Ende der 1980er Jahre. Sein Einfluss erstreckte sich auf die Donbas-Regionen, also die Oblasten Donezk und Lugansk. Wirtschaftlich fokussierte sich der Clan auf die historische wichtige Kohleindustrie, sowie die Metallurgie, die Chemie und den Maschinenbau.<sup>630</sup> Der Donezker Clan kontrolliert somit einen erheblichen Teil der ukrainischen (Schwer)Industrie. Eine Beteiligung an landesweiten Medien, wie beispielsweise beim Kiewer Clan, unternahm Donezk nicht.

Trotz seiner geografisch abgelegenen Lage gelang es dem Clan immer wieder, die Politik in Kiew zu beeinflussen. So wurde der Bergarbeiterstreik 1993 dazu benutzt, um den Direktor des Bergwerks „Kujbyschewwuhillja“, Juchym Swjahilskyj, zum stellvertretenden Premierminister zu machen. Nach dem darauffolgenden Rücktritt Kutschmas wurde Swjahilskyj amtierender Premier. Während seiner Amtszeit soll er bis zu 20 Mio. \$ unterschlagen haben und floh, aus angeblicher Angst um sein Leben, 1994 nach Israel.<sup>631</sup> Er wurde im selben Jahr ins Parlament gewählt und kehrt drei Jahre später in die Ukraine zurück, da er als Abgeordnete vor Strafverfolgung immun war. In den späteren Wahlen gelang es ihm erneut, ins Parlament einzuziehen. Nach seiner Rückkehr widmete er sich der Leitung der ihm gehörenden Kohlegrube Sassjadko, eines der größten der Welt.

Während seiner Abwesenheit wurde der Donezker Clan von Achat Bragin und Jewhen Schtscherban geleitet. Bragin war der Gründer des Clans und kontrollierte weite Teile des Marktes in der Donbas-Region. Später erwarb er den Fußballverein Schachtar Donezk. Ende 1995 wurde Bragin zusammen mit anderen Geschäftsleuten durch einen Bombenanschlag getötet. Jewhen Schtscherban war Mitgründer des Unternehmens Anton<sup>632</sup> und erwarb ebenfalls kürzester Zeit ein erhebliches Vermögen. Auf Initiative Schtscherbans und Bragins wurde 1995 die „Industrieunion des Donbass“ gegründet. Offiziell war die Coporate Identity ein Zusammenschluss der „regionalen Abteilungen der Akademie der Technischen

---

<sup>628</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 131.

<sup>629</sup> Vgl. Durkot, Juri: Wem gehört die Wirtschaft in der Ukraine?: <http://www.wostok.de/archiv/1-02/wirtschaft/inhaltframe.html>

<sup>630</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 129.

<sup>631</sup> Vgl. Kupchinsky, Roman: The clan from Donetsk, Part I: <http://www.ukrweekly.com/old/archive/2003/020304.shtml>

<sup>632</sup> Vgl. ebd.: <http://www.ukrweekly.com/old/archive/2003/020304.shtml>

Wissenschaften, der Ukrainischen Akademie der Wirtschaftswissenschaften und der Donezker Industrie- und Handelskammer“<sup>633</sup>, sowie weiterer großer Unternehmen aus der Region. Wolodymyr Schtscherban, nicht mit Jewhen Schtscherban verwandt, unterstützte als Leiter der Administration von Donezk die beiden Oligarchen in ihren Vorhaben. Nach außen hin wurde der Eindruck vertreten, dass die Industrieunion die Aufgabe verfolgte, die Wirtschaftsaktivitäten der unterschiedlichen Unternehmen zu koordinieren. Das eigentliche Ziel bestand in der weiteren finanziellen Bereicherung Schtscherbans und Bragins. Große Gewinne konnten erzielt werden durch den Verkauf von Gas an Betriebe. Ebenso sorgte die Industrieunion dafür, dass ihre Partner bei Privatisierungen von Staatsbetrieben bevorzugt behandelt wurden.<sup>634</sup> Im Sommer 1996 wurde Jewhen Schtscherban am Flughafen von Donezk erschossen. Diese und weitere Ermordungen von wichtigen Industrievertretern des Donezker Clans könnten dazu geführt haben, dass Wolodymyr Schtscherban zu dem Entschluss kam, seine Präsidentschaftsambitionen aufzugeben.

Rinat Achmetow übernahm nach der Ermordung Bragins die Leitung des Fußballclubs Schachtar Donezk. 1996 gründete er die Donezker Stadtbank und konnte als Direktor der Firma Lux weitere Unternehmen in der Region erwerben.<sup>635</sup> Er wurde dadurch innerhalb kürzester Zeit zum mächtigsten Mann innerhalb des Donezker Clans. Mittels seiner Finanzgesellschaft System Capital Management konnte Achmetow seine wirtschaftliche Kontrolle in Donezk und Umgebung weiter ausbauen. Offiziell konzentriert sich das Unternehmen auf Investitionen in den Bereichen Bergbau, Stahl und Energie.<sup>636</sup>

Mit dem Amtsantritt Kutschmas nahm die Bedeutung des Donezker Clans schrittweise ab. Die früheren Vertreter der Region wurden durch Mitglieder des Dnipropetrowsk-Clans ersetzt, da dieser die Heimat Kutschmas war. Nach der Ermordung Schtscherbans und Bragins büßte der Clan spürbar an Schlagkraft ein und konzentrierte sich auf regionale Aktivitäten. 1997 wurde Janukowytsch zum Verwaltungschef der Oblast Donezk ernannt. Unter seiner Führung gewann der Clan wieder an Einfluss und Vertreter der Region wurden in wichtige Positionen auf nationaler Ebene gehoben. Janukowytsch und die Region Donezk zeichneten sich durch eine große Loyalität gegenüber Kutschma aus. Dies lag nicht zuletzt daran, dass der Gouverneur direkt vom Präsidenten ernannt und auch wieder abgesetzt werden konnte. Die Seilschaften zwischen Kutschma und dem Donezker Clan wurden kontinuierlich

---

<sup>633</sup> Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 130.

<sup>634</sup> Vgl. ebd., S. 130.

<sup>635</sup> Vgl. Kowall, Tina und Zimmer, Kerstin: Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine - Nationale und regionale Oligarchen, Forschungsstelle Osteuropa, Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 42, Bremen 2002, S. 30.

<sup>636</sup> <http://www.scmholding.com/en/about-us/history/>

ausgebaut. Kutschma gab das Versprechen, sich aus den finanziellen Geschäften des Clans herauszuhalten<sup>637</sup>, wenn dieser im Gegenzug die öffentliche Meinung in der Region für ihn beeinflussen würde, was er auch tat.<sup>638</sup> Die Oblast Donezk stimmte 1999 für die Wiederwahl Kutschmas und bei der Parlamentswahl 2002 für die kutschmafreundliche Partei „Für eine einige Ukraine“.

Umstrukturierungen in der staatlichen Administration kamen ebenfalls den Interessen des Clans zugute. Mitte der 1990er Jahre wurde ein eigenes Kohleministerium geschaffen, welches 1999 in das Energieministerium eingegliedert wurde. Der Leiter des Kohle- bzw. Energieministeriums musste stets ein stellvertretender Premierminister sein.<sup>639</sup> Sämtliche Minister der 1990er Jahre für den Bereich Kohle kamen aus der Donbas-Region. Sie nutzen ihren Einfluss, um die Subventionen für die Kohleindustrie auszuweiten und widersetzen sich jeglichen Versuchen, marktwirtschaftliche Reformen durchzuführen.

Nach der Entlassung Tymoschenkos und der Absetzung Juschtschenkos setzte sich der Aufstieg des Donezker Clans weiter fort. Janukowytsch als wichtigster politischer Akteure des Clans wurde 2002 zum Premierminister ernannt. Mykola Asarow, seit 2001 Vorsitzender der Partei der Regionen, wurde stellvertretender Premierminister und verantwortlich für Finanzen. Andrij Kljuev als weiteres Clanmitglied war zuständig für Brennstoff und Energie und gleichzeitig stellvertretender Regierungschef. Somit war es dem Clan kurz nach der Jahrtausendwende gelungen, wichtige politische Posten in der Ukraine zu besetzen.

Der Dnipropetrowsker Clan spielte schon zu Zeiten der UdSSR eine übergeordnete Rolle. Leonid Breschnew wurde in der Region geboren und wandelte sie während seiner Regierungszeit zu einer der bedeutendsten Kaderschmieden der Sowjetunion. Enge Vertraute Breschnews stammen aus der Oblast Dnipropetrowsk. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Ukraine, Wladimir Schtscherbitzki, wuchs ebenfalls in derselben Oblast auf und wurde zu einem der einflussreichsten Politiker auf nationaler Ebene. Über Jahrzehnte spielte die Region eine wirtschaftliche Riesenrolle. In den 1920er und 1930er Jahren entwickelten sich gigantische Industriekomplexe. Der Maschinenbau war, ebenso wie der Verarbeitung von chemischen und metallurgischen Produkten, das wichtigste Standbein der dortigen Industrie.

---

<sup>637</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 130.

<sup>638</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Demokratisierung ohne Demokraten - Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenland, Bonn 2010, S. 131.

<sup>639</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Reformblockaden in der Wirtschaftspolitik – Die Rolle von Wirtschaftsakteuren in Polen, Russland und der Ukraine, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage 2008, Wiesbaden 2008, S. 182.

In späteren Jahren entwickelte sich dort auch eine militärisch-industrielle Branche und die Weltraumfahrt ließ sich nieder.<sup>640</sup>

Nach der Unabhängigkeit der Ukraine blieben die Region und die in ihr ansässigen Eliten weiterhin von Bedeutung. Die Mehrzahl der Mineralvorkommen der Ukraine fand sich in Dnipropetrowsk, ebenso wie hunderte Bergwerke. Dank der Metallurgie schaffte es die Oblast, dass 20% des BIP der Ukraine von hier stammten und sie folglich eine wichtige Rolle beim Außenhandel spielte.<sup>641</sup> 1992 wird von Ihor Kolomojskyj und Hennadij Boholjubow die „PrivatBank“ gegründet. Sie entwickelte sich schnell zu einer der größten Banken der Ukraine und war im Bereich der Mineralölförderung tätig.<sup>642</sup> Sie hatte ihren Hauptsitz in Dnipro und war mitverantwortlich bei dem Aufbau der „PrivatGruppe“. Diese umfasste metallverarbeitende Firmen, Teile der Nahrungsmittelindustrie, sowie Energieerzeuger und Medienanstalten. Kolomojskyj erwarb den lokalen Fußballverein FC Dnipro<sup>643</sup>. Ebenso war er Vorsitzender und größter Anteilshalter des Unternehmens Ukrnafta, welches nicht nur die Ausbeutung von Öl und Gas förderte, sondern auch eines der größten Tankstellennetze der Ukraine aufbaute.<sup>644</sup> Die 1990 gegründete Firma Interpipe war ein weiteres wirtschaftliches Standbein des Clans. Sie kontrollierte die Mehrheit der Röhrenfabriken<sup>645</sup> der Ukraine und wurde von Wiktor Pintschuk geführt, welcher später die zweite Tochter von Kutschma heiratete und dadurch seinen Reichtum weiter vergrößern konnte. Pintschuk gehört von 1998 bis 2006 dem Parlament an. Er nutzte sein Zeit als Abgeordneter auch dazu, um seinen wirtschaftlichen Einfluss in den Regionen von Donezk und Luhansk auszubauen und die gute Kontakte zur russischen Finanzgruppe „Alfa“ herzustellen.<sup>646</sup>

Serhij Tihipko leitet von 1991 bis 1997 die von Kolomojskyj und Boholjubow gegründete „PrivatBank“. Er arbeitet als Wirtschaftsminister und leitete für zwei Jahre die Nationalbank.

---

<sup>640</sup> Vgl. Trautmann, Ljuba: Die Wahlen in Dnipropetrovs'k : Ein Sieg der Zentristen und Kommunisten, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, BIOst 17, 1998, Köln 1998, S. 1.

<sup>641</sup> Vgl. Kowall, Tina und Zimmer, Kerstin: Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine - Nationale und regionale Oligarchen, Forschungsstelle Osteuropa, Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 42, Bremen 2002, S. 10.

<sup>642</sup> Vgl. ebd., S. 10.

<sup>643</sup> Vgl. Grytsenko, Oksana; Zhuk, Alyona und Sukhov, Oleg: Ihor Kolomoisky: Still Throwing His Weight Around, KyivPost, 28.10.2016 <https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/ihor-kolomoisky-still-throwing-his-weight-around.html>

<sup>644</sup> Vgl. Ukrnafta: Filling Stations

[https://web.archive.org/web/2016112005123/http://www.ukrnafta.com/en/business/filling\\_stations](https://web.archive.org/web/2016112005123/http://www.ukrnafta.com/en/business/filling_stations)

<sup>645</sup> Vgl. Kowall, Tina und Zimmer, Kerstin: Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine - Nationale und regionale Oligarchen, Forschungsstelle Osteuropa, Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 42, Bremen 2002, S. 10.

<sup>646</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 127.

Ab dem Jahr 2000 war er Vorsitzender der Werktätigen Ukraine<sup>647</sup> und schaffte darüber den Einzug ins Parlament. In seinen unterschiedlichen Funktionen zeichnete er sich durch eine kontinuierliche Loyalität gegenüber Kutschma aus.

Die Personen um Leonid Derkatsch bildeten eine Untergruppe des Clans. Derkatsch arbeitete viele Jahre in der Raketenfabrik Juschmasch, welche von Kutschma geleitet wurde. Ab 1998 wurde ihm die Leitung des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes übertragen, wurde aber im Zusammenhang mit der Ermordung von Georgij Gongadse seines Amtes entbunden.<sup>648</sup> Sein Sohn Andrej Derkatsch war Parlamentsabgeordneter und leitete eine Holding, welche mehrere Zeitungen herausgab. Gleichzeitig gehörte er dem Führungskreis der Partei „Werktätige Ukraine“ an, welche eine pro-präsidiale Politik vertrat.<sup>649</sup>

Der Präsident Leonid Kutschma bildete eine eigene Fraktion innerhalb des Dnipropetrowsker Clans. Durch seine Wahl zum Staatsoberhaupt konnte der Clan über viele Jahre weite Teile der ukrainischen Politik beeinflussen und zu seinen Gunsten ändern. Insbesondere die Rüstungsindustrie, zu denen er als frühere Leiter des Raketenwerks Juschmasch gute Kontakte hatte, genoss während seiner Amtszeit besondere Vorzüge. Iwan Kyrilenko, früherer stellvertretender Regierungschef und verantwortlich für Landwirtschaft und Industrie, gehörte ebenso zur Kutschma-Gruppe wie der frühere Premierminister Walerij Pustowoitenko. Weitere Mitglieder waren Jurij Smirnow (Innenminister), Aleksandr Schlapak (Wirtschaft) und der frühere Arbeitsminister Iwan Sachan.<sup>650</sup> Sie alle waren während ihrer Amtszeit eine direkte Vertretung der Rüstungskonzerne der Ukraine.

Die Gruppe Tymoschenko wurde ursprünglich von Pawlo Lasasrenko geführt. Unter seiner Aufsicht wurde die „Vereinigte Energiesysteme der Ukraine“ gegründet. Mitte der 1990er Jahre gelang es dem Unternehmen, unter Führung von Julija Tymoschenko, weite Teile des ukrainischen Gasmarktes zu kontrollieren.<sup>651</sup> Durch die Ernennung Lazarenkos zum stellvertretenden Premierminister und zuständig für Energiefragen konnte der Konzern seinen Einfluss manifestieren. Lazarenko war mit der Aufteilung des Gasmarktes beauftragt und nahm diese entlang territorialer Grenzen vor. Dies hatte zur Folge, dass die Vereinigten Energiesysteme der Ukraine nicht nur in Dnipropetrowsk agieren konnten, sondern auch in

---

<sup>647</sup> Ukrainian Center for Independent Political Research: Trudova Ukraina elects a new chairman, 2000 <http://pdc.ceu.hu/archive/00001282/01/17.pdf>

<sup>648</sup> Vgl. Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 127.

<sup>649</sup> Vgl. ebd., S. 127.

<sup>650</sup> Vgl. ebd., S. 128.

<sup>651</sup> Vgl. Perlez, Jane: On Ukraine's Capitalist Path, Clique Mans Roadblocks, New York Times, 18.10.1996, New York 1996 <http://www.nytimes.com/1996/10/18/world/on-ukraine-s-capitalist-path-clique-mans-roadblocks.html>

der Donezk.<sup>652</sup> Das Unternehmen wuchs so schnell, dass es 1997 einen Umsatz von 10 Mrd. \$ aufweisen konnte, was etwa 20% des BIP der Ukraine im gleichen Jahr entsprach, wodurch das Risiko bestand, dass es ein Staat im Staat werden könnte.<sup>653</sup> Julija Tymoschenko als Geschäftsführerin des Unternehmens unterhielt gute Kontakte zu Gazprom, der russischen Gasfirma. Unter der Regierung Juschtschenko wurde sie Energieministerin. Sie beendete die Tauschgeschäfte im Energiebereich und zwang die Firmen, ihre offene Stromrechnung zu bezahlen. Die Steuereinkünfte durch Stromunternehmen nahmen erheblich zu, wodurch ausstehende Löhne an Staatsangestellte bezahlt werden konnten. Dies wiederum brachte ihr den Unmut vieler Oligarchen ein, denen wichtige Einnahmequellen verloren gingen.<sup>654</sup> Kutschma gab dem Anliegen der anderen Oligarchen nach und entließ Anfang 2001 Tymoschenko ihres Amtes. Der Druck auf die Energiebranche, Rechnungen fristgerecht zu begleichen, nahm dadurch erheblich ab. Es kam zur Verwerfung zwischen Tymoschenko und dem Präsidenten. Bei der Parlamentswahl 2002 trat sie mit der von ihr bereits 1999 gegründeten Allukrainische Vereinigung „Vaterland“ offen gegen Kutschma und seine Anhänger an und zog in die Rada ein.

Insbesondere während der Amtszeit von Kutschma konnten die Oligarchen kontinuierlich wachsenden wirtschaftlichen und politischen Einfluss verzeichnen. Dies lag unter anderem daran, dass Kutschma aktiv den Aufbau von regionalen Seilschaften forcierte und Deals mit Oligarchen suchte. Der Präsident war umgeben von Beratern, die aus dem direkten Umfeld von Oligarchen kamen und selbst welche waren. Beispiele waren Serhij Tihipko der frühere Vorstandschef der „PrivatBank“, Jurij Boiko, welcher von 2002 bis 2005 Direktor des staatlichen Energiekonzerns „Naftohas“ war und Dmytro Firtasch, welcher Eigentümer des Konzerns „Group DF“ war.<sup>655</sup> Insbesondere im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfes 1999 waren die Beziehungen zwischen Kutschma und verschiedenen Oligarchen stark ausgeprägt. Die Oligarchen machten in den von ihnen kontrollierten Medien aktiv Werbung für ihn und

---

<sup>652</sup> Vgl. Varfolomeyev, Oleg: Yuliya Tymoshenko: Ukraine's first woman prime minister?, in: Rutland, Peter (Hrsg.): The Challenge of Integration, Annual Survey of Eastern Europe and the Former Soviet Union, EastWest Institute, New York City 1998, S. 173.

<sup>653</sup> Vgl. Wilson, Andrew: Ukraine's Orange Revolution, Yale University Press, New Haven und London 2005, S. 20.

<sup>654</sup> Vgl. Mycio, Mary: Ukraine's Deputy Premier May Be Out, but She's Not Down, Los Angeles Times, 09.02.2001, Los Angeles 2001 <http://articles.latimes.com/2001/feb/09/news/mn-23176>

<sup>655</sup> Vgl. Matuszak, Sławomir: The Oligarchic Democracy: the influence of business groups on Ukrainian politics, OSW Studies, Number 42, Warschau 2012, S. 18.



finanzierten seinen Wahlkampf. Als Gegenleistung wurden die entsprechenden Unternehmen vom Staat bevorzugt behandelt.<sup>656</sup>

Ab dem Ende der 1990er Jahre gingen die Oligarchen auch dazu über, politische Parteien zu gründen oder bestehende zu übernehmen. Wie etwa die „Volkspartei“ (NP), die von Wolodymyr Lytwyn, dem Leiter von Kutschmas Präsidialamt, geführt wurde. Weitere Beispiele waren die „Volksdemokratische Partei der Ukraine“ (NDP), welche unter der Leitung des früheren Ministerpräsidenten und stellvertretenden Direktor der „PrivatBank“, Walerij Pustowoitenko, stand und auch die Vereinte Sozialdemokratische Partei, deren Vorsitzender der spätere Leiter der Präsidialverwaltung, Wiktor Medwedtschuk, wurde. Die parlamentarische Vertretung ermöglichte es ihnen nicht nur, Mehrheiten für den Präsidenten zu organisieren, sondern auch Zugang zu Regierungsämtern zu erlangen und eigene politische Interessen aktiver zu beeinflussen. Nicht zuletzt bot die Immunität eine Absicherung gegen eventuelle Strafverfolgung. Den Oligarchen gelang es, die Verhältnisse im Parlament weitreichend zu verändern und oppositionelle Stimmen kleinzuhalten. Unter der Regierung Janukowytsch setzte sich dieser Weg fort und Oligarchen konnten weiterhin mit einer bevorzugten Behandlung bei anstehenden Privatisierungen rechnen.<sup>657</sup>

Die Ukraine und ihre demokratische Entwicklung waren, wie sich zeigte, eng geknüpft an die Beziehungen zu den Oligarchen und ihren Clans. Das im Zuge der Unabhängigkeit einsetzende gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen Oligarchen und der politischen Elite kann mittels der Systemtheorien von Luhmann und Parsons untersucht werden. Beide Gruppierungen griffen ineinander, beeinflussten sich und schafften Abhängigkeiten. Dies geschah zum gegenseitigen Nutzen. Entsprechend der beiden Systemtheorien wurde hierdurch die funktionale Ausdifferenzierung unterlaufen. Insbesondere das politische System erfuhr hierdurch eine Effizienz- und Legitimationskrise, da oligarchische Partikularinteressen dem teilweise konträr gegenüberstehenden Allgemeinwohl vorgezogen wurden. Auf der anderen Seite wurde aber auch langfristig die Effektivität des ökonomischen Systems geschwächt, da eventuell notwendige Strukturreformen blockiert wurden und die ukrainische Wirtschaft eine frühzeitige Modernisierung verpasste. Der Logik des neomarxistischen Strukturalismus folgend, kann die Staatselite als eigene Interessengruppe gesehen werden. Die besonders in materieller Hinsicht herrschende Abhängigkeit der Staatselite von der der Wirtschaftselite ist

---

<sup>656</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Demokratisierung ohne Demokraten - Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenland, Bonn 2010, S. 131.

<sup>657</sup> Vgl. ebd., S. 132.



nach Auffassung der Neomarxisten ein Garant gegen die Etablierung autoritärer Regime.<sup>658</sup> Diesem kann durchaus zugestimmt werden, allerdings trifft diese Logik nicht in umgekehrter Weise zu. Zwar kann das enge Abhängigkeitsverhältnis zwischen Staatselite und Oligarchen als Hindernis für potentielle autokratische Strukturen fungieren, umgedreht ist sie jedoch nicht für die Einführung und Festigung demokratischer Prinzipien förderlich.

Den verschiedenen Clans und Oligarchen gelang es, Parteien zu übernehmen, Ministerposten innezuhaben und sich im Umfeld des Präsident Kutschma zu etablieren. Nicht zuletzt kann letzter als ein direkter Vertreter des Clans Dnipropetrowsk angesehen werden. Basierend auf den Annahmen der Systemtheorien von Parsons und Luhmann lässt sich eine fehlende funktionale Ausdifferenzierung der Teilsysteme Politik und Wirtschaft attestieren. Die Wirtschaftsvertreter suchten den Einfluss auf die Politik und die politischen Entscheidungsträger waren an guten Beziehungen zu ökonomischen Schwergewichten interessiert. Die wirtschaftliche Sphäre erhielt somit weitreichenden Einfluss auf die Politik und benutzt diese zur Befriedigung eigener Interessen. Folglich sank das Ansehen der politischen Entscheidungsträger in weiten Teilen der Bevölkerung und der demokratische Konsolidierungsprozess wurde beschädigt. Ebenso muss aus Sicht des neomarxistischen Strukturalismus festgehalten werden, dass der ukrainische Staat über nicht genügend Autonomie verfügte, um sich gegen die dominante Klasse der Oligarchen und Familienclass effektiv zu Wehr zu setzen.

#### **6.1.6. Zusammenfassung**

Der politische Transformationsprozess der Ukraine, vom Beginn ihrer Unabhängigkeit bis in die frühen Jahre der 2000er, lässt sich differenziert analysieren. Mit Blick auf die Institutionen kann festgehalten werden, die ersten Monate und Jahre in der Eigenstaatlichkeit von Unsicherheiten und verschiedenen politischen Zielstellungen geprägt waren. Die Versuche, 1992 und 1994 eine Verfassung zu verabschieden, scheiterten. Erst 1996, fünf Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine, war die politische Führung im Stande, sich auf einen Verfassungstext zu verständigen. Die „institutionelle Transformation“<sup>659</sup>, d.h. die Errichtung der Institutionen Parlament, Präsident, Regierung, Gerichte begann bereits in den letzten Jahren der UdSSR und war formal abgeschlossen mit dem Inkrafttreten der Verfassung. Jedoch war der Weg dorthin nur im geringen Maße von demokratischen Spielregeln

---

<sup>658</sup> Vgl. Brückner, Julian: Strukturalismus, in: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015, S. 107.

<sup>659</sup> Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 152.

gekennzeichnet. Präsident Kutschma setzte auf Mittel der Einschüchterung und Bestechung, um die notwendige Mehrheit im Parlament zu organisieren. Der verabschiedete Verfassungstext gab der Ukraine als Staat eine zentralistische Ausrichtung. Das Verhältnis zwischen Parlament und Präsidenten sollte ausbalanciert sein. In der Realität flammten jedoch immer wieder Konflikte zwischen beiden Institutionen auf, die sich häufig an der Frage nach der Kontrolle der Regierung entzündeten. Auch nach Verabschiedung der Verfassung, versuchte Kutschma immer wieder Verfassungsänderungen zu erwirken, um seine eigene Macht auszubauen. Aus strukturtheoretischer Sicht muss das nicht geregelte Machtverhältnis bzw. die ständige Kampf um die Verschiebung der Machtverhältnisse als klares Hindernis für die demokratische Konsolidierung angesehen werden. Eine erfolgreiche Demokratisierung zeichnet sich durch eine akzeptierte Machtverteilung zwischen verschiedenen Eliten aus. Dies war in der Ukraine nicht der Fall, wodurch man dem Land bereits an diesem Punkt ein demokratisches Defizit konstatieren muss.

Das Parlament, von der Verfassung als Gegengewicht zum Präsidenten gedacht, wurde innerhalb kürzester Zeit zum Spielball unterschiedlichster Interessensgruppen. Die ersten freien Parlamentswahlen 1994 ließen die Kommunisten als stärkste Fraktion hervorgehen. Allerdings war jeder zweite Abgeordnete als „unabhängiger“ Kandidat ins Parlament eingezogen. Mit Blick auf den beruflichen Hintergrund der unabhängigen Kandidaten muss festgehalten werden, dass die Mehrheit bei staatlichen Institutionen angestellt war und oftmals ein verlängerter Arm des Präsidenten und der alten Nomenklatur war. Vier Jahre später schafften es die Kommunisten, wieder stärkste Fraktion zu werden, gleichzeitig begann aber eine Verschiebung in der politischen Landschaft. Viele vormals unabhängige Kandidaten hatten sich Regional- und Kleinstparteien angeschlossen, welche sich dem politischen Zentrum zuordneten. In der Realität waren sie jedoch weiterhin eine Interessensvertretung von Oligarchen, staatlichen Einrichtungen und des Präsidenten. Die Entwicklung des Parlaments kann unter Heranziehung sowohl der System- als auch der Strukturtheorie als wenig demokratieförderlich beschrieben werden. Der Einzug der Nomenklatur und ihres Umfeldes ins Parlament hatte eine Verschiebung der Machtstrukturen zur Folge. Alte Eliten kontrollierten nicht nur wichtige Teile der Wirtschaft und Verwaltung, sondern konnten auch auf legislativer Ebene Einfluss gewinnen. Die nach dem Theorem der Machtdispersion für eine erfolgreiche Demokratisierung notwendige breite Streuung der Machtressourcen war somit nicht gegeben. Ebenso wirkte sich die parlamentarische Vertretung von Clans und Oligarchen negativ auf die demokratische Konsolidierung der Ukraine aus, da nach

Auffassung der Systemtheoretiker die funktionale Ausdifferenzierung der Teilsysteme Wirtschaft und Politik unterlaufen wurde.

Mit Blick auf den Präsidenten lässt sich festhalten, dass dieser nicht nur durch die spätere Verfassung eine herausgehobene Position innehatte, sondern mit Krawtschuk und Kutschma zwei Männer das Amt bekleideten, die äußerst Machtbewusst waren. Krawtschuk konzentrierte sich während seiner Amtszeit auf die Verteidigung der noch jungen Unabhängigkeit der Ukraine. Die Beibehaltung der Machtbefugnisse der alten Eliten wurde von ihm ohne Widerstand hingenommen. Unter Kutschma änderte sich in dieser Hinsicht nur wenig. Allerdings ging er noch weiter als sein Vorgänger, denn „sein politisches Kalkül konzentrierte sich nicht mehr auf die politischen Lager [...], sondern auf regionale Seilschaften.“<sup>660</sup> Er suchte die Nähe zu mehreren Oligarchen und war selbst ein Vertreter des Clans von Dnipropetrowsk. Im Gegenzug für wirtschaftliche Unterstützung bei Wahlkämpfen, begünstigte Kutschma die Oligarchen bei der Privatisierung von Staatsbetrieben. Die informelle Macht der Oligarchen wurde somit von Kutschma nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern darüber hinaus aktiv gefördert. Die Regierungschefs wurden durch den Präsidenten direkt ernannt und konnten durch ihn ebenso abgesetzt werden. Dies hatte zur Folge, dass Premierminister ihres Amtes enthoben wurden, wenn sie sich dem Präsidenten widersetzen oder eine mögliche Konkurrenz für ihn darstellten. In den ersten 11 Jahren seit Unabhängigkeit gab es 10 verschiedene Regierungschefs. Die durchschnittliche Verweildauer von rund einem Jahr als Premierminister war für die Festigung des politischen Systems nicht hilfreich. Insbesondere die enge Beziehung zwischen Kutschma und den Oligarchen war unter dem Gesichtspunkt der System- und Strukturtheorie ein negativer Gesichtspunkt für die demokratische Entwicklung des Landes. Wie schon im Punkt zur Entwicklung des Parlaments angesprochen, so kam es auch in diesem Bereich zu einer Vermischung der politischen und ökonomischen Sphäre. Insbesondere Wirtschaftsvertretern gelang es, weitreichenden Einfluss auf die Politik zu erhalten, was nach Auffassung der Systemtheorie nach Luhmann eine Effizienzkrise des politischen Systems zur Folge hatte. Nicht zuletzt gestand Kutschma den Oligarchen eine politische Macht zu, die verfassungsgemäß nicht vorgesehen war. Hierdurch wurde das ohnehin schon fragile Machtverhältnis in der Ukraine weiter ins Ungleichgewicht gebracht. Der Gesichtspunkt der zu vermeidenden Hegemonialstellung nach Meinung der Strukturtheoretiker wurde hier nicht erfüllt.

---

<sup>660</sup> Pleines, Heiko: Demokratisierung ohne Demokraten - Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenland, Bonn 2010, S. 130.

Die Gründung politischer Parteien in der Ukraine erfolgte zu Beginn der 1990er Jahre noch nach dem „button-up“ Prinzip. Dies bedeutet, dass Bürgerbewegungen oder einfache Bürger sich dazu entschlossen, Parteien zu gründen. Allerdings blieb die Mehrzahl von ihnen schwach was die Mitgliedzahl betraf oder nur regional vertreten. Der Grund dafür war, dass viele Ukrainer durch die Jahre der kommunistischen Herrschaft negativ geprägt waren und Parteien skeptisch bis ablehnend gegenüber standen. Den Kommunisten gelang es, nach einer kurzen Periode des Verbots, sich als gesamtukrainische Partei zu etablieren und eine Alternative zum angestrebten Modell der Marktwirtschaft anzubieten. Ab Mitte der 1990er begannen die Oligarchen, eigene Parteien zu gründen oder übernahmen bereits bestehende. Viele der daraus resultierenden Kleinstparteien unterschieden sich programmatisch kaum voneinander. Was sie einte war die eigene Verordnung im politischen Zentrum und die Loyalität gegenüber dem Präsidenten Kutschma. Die Mehrheit der Parteien war somit nicht in der Lage oder willens, sich als eine Interessensvertretung größere sozialer Gruppierungen zu etablieren. Ukrainer, die nicht für die Kommunisten stimmen wollten und die politischen Überzeugungen der rechtsnationalen bis rechtsextremen Parteien ablehnten, konnte nur in einem Meer von gleichartigen Parteien auswählen, welche Interessensvertretung von Oligarchen sie bevorzugen wollten.

Die Oligarchen selbst konnten, durch die Situation zum Ende der Sowjetunion, große Vermögen anhäufen. Ihre wirtschaftliche Macht nutzten sie geschickt dazu, um politischen Einfluss, abseits der formalen Verfahrenswege zu erlangen. In Kiew, Donezk und Dnipropetrowsk entwickelten sich drei Clans, die Banken, Zeitungen, Fernsehsender, Tankstellen und andere Unternehmen kontrollieren. Die wirtschaftliche Schlagkraft der Ukraine lag viele Jahre in den Händen der Oligarchen in den drei genannten Regionen. Mit Kutschma hatten sie einen Präsidenten, der offen an guten Verhältnissen zu ihnen interessiert war. Zur weiteren Absicherung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Macht gingen die Oligarchen später dazu über, Parteien zu gründen und Parlamentssitze zu gewinnen. Ein positiver Nebeneffekt war dabei, dass die Immunität sie vor mögliche Strafverfolgung schützte. Sowohl was die Parteiengründung angeht, als auch der Aufstieg der Oligarchen, können mittels der System- und Strukturtheorie die negativen Aspekte dieser Entwicklung für die demokratische Konsolidierung aufgezeigt werden. Die Aspekte gleichen sich dabei denen, auf die schon im Absatz zum Präsidenten und dem Parlament eingegangen wurde. Den Oligarchen gelang es, nicht zuletzt durch ihre eigenen Parteien, Einfluss auf die Sphäre zu bekommen. Diesen nutzen sie, um private ökonomische Interessen zu befriedigen. Der Eingriff des wirtschaftlichen Bereichs in den politischen hatte, der Logik der

Systemtheoretiker folgend, eine Effizienz- und Legitimationskrise des politischen Systems zur Folge. Unter Einbeziehung der Strukturtheorie lässt sich konstatieren, dass es den Oligarchen gelang, eine Machtverschiebung innerhalb der Eliten zu ihren Gunsten herbeizuführen. Die Konzentrierung weitreichender Machtressourcen in den Händen weniger wirkte sich negativ auf den Demokratisierungsgrad der Ukraine aus und behinderte die Konsolidierung der jungen Demokratie.

Somit muss konstatiert werden, dass die Ukraine in der ersten Dekade nach ihrer Unabhängigkeit als „defekte Demokratie illiberaler Form“<sup>661</sup> betrachtet werden muss. Das Agieren von Interessengruppen, die keine institutionelle oder verfassungsmäßige Legitimierung besaßen, ist kennzeichnend für die Ukraine, entspricht jedoch nicht dem Standard etablierter Demokratien. Informelle Akteure griffen regelmäßig in die staatlichen Institutionen ein, um Eigeninteressen durchzusetzen. Darüber hinaus kam es immer wieder zu einer gegenseitigen Bekämpfung und Übergriffe der einen staatliche Einrichtung auf die andere (Parlament vs. Präsident). Der politische Transformationsprozess war somit noch nicht abgeschlossen und belegte, dass die Ukraine keineswegs sich in Richtung einer stabilen Demokratie entwickelte.

## **6.2. Wirtschaftliche Transformation**

Die Unabhängigkeit der Ukraine im Dezember 1991 gab nicht nur den Anstoß für einen politischen Transformationsprozess, sondern stellte das Land auch vor die Herausforderung, die eigene Wirtschaft grundlegend zu reformieren. Unter der von Gorbatschow ausgerufenen Politik der Perestroika begann bereits ab 1986 eine leichte Öffnung der Planwirtschaft. Durch den zaghaften Versuch des wirtschaftlichen Wettbewerbs, sollte die UdSSR auf Augenhöhe mit den westlichen Mächten, vor allem den USA, gehalten werden. Der wirtschaftliche Niedergang der Ostblockstaaten ließ sich jedoch nicht mehr aufhalten. Gleichzeitig gewannen politische Bewegungen an Zuspruch, die neben einer Veränderung der Wirtschaft auch politische Veränderungen, in Form von Mehrparteiensystemen und freien Wahlen, einforderten. Die politischen Führungen der UdSSR und anderer kommunistischer Staaten brachen unter diesem Druck zusammen und eröffneten dadurch, z.T. in kürzester Zeit, den Weg hin zu einem anderen politischen und ökonomischen System.

Im Zuge der Unabhängigkeit erwarteten viele Ukrainer einen wirtschaftlichen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt hatte im Jahr 1990 mit rund 290 Mrd. US-Dollar einen neuen

---

<sup>661</sup> Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 153.

Spitzenwert erreicht.<sup>662</sup> Die Ukraine hatte eine führende Stellung bei der Produktion von sowjetischen Raketen und Kommunikationsanlagen. Dass die ökonomischen Strukturschwächen der Sowjetunion sich nicht nur auf Russland beschränkten, sondern auch in weiten Teilen der ukrainischen Wirtschaft anzufinden war, wurde von vielen Seiten ignoriert. Es gab unterschiedliche Vorstellungen über die zukünftige Ausrichtung der Wirtschaft. Während insbesondere Anhänger der Kommunisten die wirtschaftliche Zukunft des Landes an die von Russland gekoppelt sahen, vertraten Nationalisten die Auffassung, dass die Ukraine bisher von Russland ausgebeutet worden sei und jetzt die Möglichkeit habe, sein ganzes wirtschaftliches Potential auszunutzen.<sup>663</sup> Hinzu kam ein Bericht der Deutschen Bank im Jahre 1991, welcher der Ukraine unter allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion die besten Entwicklungschancen einräumte. Die vielen Bodenschätze, die Erfahrung in der Metallverarbeitung und dem Maschinenbau bildeten nach Überzeugung der Deutschen Bank eine gute Basis für Exporte.<sup>664</sup> Folglich wurde ein Wirtschaftswunder in der ehemaligen Sowjetrepublik erwartet, welches die ökonomischen Realitäten weitestgehend ausblendete. Kennzeichnend, sowohl für den Beginn als auch den späteren Verlauf des wirtschaftlichen Wandlungsprozesses, war die gravierende Differenz zwischen der Rhetorik der politischen Akteure und der realen Politik. So wurde beispielsweise der Begriff „Reform“ von Regierungsmitgliedern verwendet, um eine Verbesserung des bestehenden Systems zu beschreiben, anstatt einen wirklichen Wandel zu marktwirtschaftlichen Prinzipien anzustoßen.<sup>665</sup> Unter Krawtschuk fanden so gut wie keine größeren Reformprogramme statt. Vereinzelt wurden marktwirtschaftliche Elemente eingeführt, dies änderte jedoch nichts daran, dass die Wirtschaft weiterhin bürokratisch organisiert und größtenteils unter staatlicher Kontrolle stand. Reformen, die verabschiedet wurden, widersprachen sich teilweise oder hatten zur Folge, dass die herrschende Elite sich bereichern konnte.

### **6.2.1. Finanzen**

Eine der größten Herausforderungen stellte die Liberalisierung der Preise dar. Die Ukraine benutzte nach ihrer Unabhängigkeit den Rubel weiterhin als offizielles Zahlungsmittel und war somit an die Wirtschaftspolitik Russlands gekoppelt. Moskau hatte 1991 einseitig eine Preisliberalisierung angestoßen, welche in der Ukraine zu einer wachsenden Inflation

---

<sup>662</sup> Vgl. World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

<sup>663</sup> Vgl. van Zon, Hans: The Political Economy of Independent Ukraine, London 2000, S. 1.

<sup>664</sup> Vgl. Wilson, Andrew: Ukraine's Orange Revolution, Yale University Press, New Haven und London 2005, S. 37.

<sup>665</sup> Vgl. van Zon, Hans: The Political Economy of Independent Ukraine, London 2000, S. 50.

föhrte.<sup>666</sup> Im Dezember 1990 hatte die Rada ein Gesetz „Über Preise und Preisgestaltung“ verabschiedet, um dadurch aktiv in die Preisbildung eingreifen zu können.<sup>667</sup> 1992 kam es zu ersten großen Änderungen im Preissystem der Ukraine. Der staatliche Einfluss auf die Preise zeigte sich nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf lokaler. Bürgermeister und Regionalregionen griffen ein, um die Preise für Milch, Brot und die Verkehrsmittel zu begrenzen.<sup>668</sup> Nach Art. 13 des Gesetzes „Über Preise und Preisgestaltung“ wurde den lokalen Behörden die Zuständigkeit zur Kontrolle über die Einhaltung der Preise übertragen.<sup>669</sup> Hinzu kam, dass Unternehmer von staatlichen Behörden und Angestellten unter Druck gesetzt wurden, die Preise auf einem „vernünftigen“ Niveau zu halten.<sup>670</sup> Ziel der Preiskontrolle war die Herstellung „gleicher ökonomischer Bedingungen [...] [und] sozialer Garantien [...] für Geringverdiener und nicht abgesicherte Bürger“<sup>671</sup>. Der Staat legte die Preise bei der Energieversorgung, den Mieten und den Grundnahrungsmitteln fest. Unternehmen, die Produkte außerhalb dieser Bereiche produzierten, waren weitestgehend frei, ihre Preise selbst zu bestimmen.

Im Januar 1992 beschloss die ukrainische Regierung, eine gewisse Preisfreiheit zu erlauben. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums waren 26% der Preis im Großhandel frei gesetzt, im Einzelhandel betrug dieser 21%. Die direkte Festsetzung der Preise durch die Regierung umfasste 17% im Großhandel und 12% im Einzelhandel. Wie schon erwähnt bezog sich dies vorwiegend auf den Energie- und Transportsektor. Die übrigen 57% im Groß- und 67% im Einzelhandel wurden nicht direkt durch die Regierung festgesetzt, wurden allerdings durch sie beeinflusst.<sup>672</sup> Dies ergab sich dadurch, dass Krawtschuk Ende Januar 1992 ein Dekret verabschiedete, welche den Gewinn zwischen 25 und 40 Prozent limitierte. Hauptziel waren hierbei Großunternehmen, die eine Monopolstellung in der Produktion hatten.

Allerdings gestaltete sich die Umsetzung der neuen Preispolitik schwierig. Der zentralistisch ausgerichtete Staat hatte Probleme, die dezentrale Preisfestsetzung effektiv zu kontrollieren. Hinzu kam, dass die Informationen über die Preise nur langsam eingesammelt wurden. Nicht zuletzt fanden Unternehmen Wege, um ihre eigenen Kosten und daraus resultierend die Preise zu erhöhen. So wurde beispielsweise angegeben, dass die Löhne der Arbeiter angehoben

---

<sup>666</sup> Vgl. ebd., S. 51.

<sup>667</sup> Siehe Anhang: Gesetz der Ukraine „Über Preise und Preisgestaltung“.

<sup>668</sup> Vgl. Sundakov, Alexander; Ossowski, Rolando und Lane, Timothy D.: Shortages under free prices: The case of Ukraine in 1992, IMF Staff Papers, Vol. 41, No. 3. (September 1994), S. 413.

<sup>669</sup> Vgl. „Über Preise und Preisgestaltung“, Art. 13 Kontrolle über die Einhaltung der staatlichen Preisordnung. (siehe Anhang).

<sup>670</sup> Vgl. van Zon, Hans: The Political Economy of Independent Ukraine, London 2000, S. 51.

<sup>671</sup> Gesetz der Ukraine „Über Preise und Preisgestaltung“, Artikel 3 Preisbildungspolitik. (siehe Anhang).

<sup>672</sup> Vgl. Sundakov, Alexander; Ossowski, Rolando und Lane, Timothy D.: Shortages under free prices: The case of Ukraine in 1992, IMF Staff Papers, Vol. 41, No. 3. (September 1994), S. 414.

wurden und dementsprechend eine Preisanpassung notwendig war.<sup>673</sup> Möglich war dies durch eine Regelung im Gesetz, die es den Unternehmen ermöglichte, Änderungen bei den staatlich festgelegten Preisen vorzunehmen, wenn diese „im Zusammenhang mit der Änderung von Herstellungsbedingungen und Produktionsrealisierungen“<sup>674</sup> standen.

Im Juli 1992 wurde die Profitgrenze für viele Unternehmen aufgehoben. Eine befürchtete Explosion der Preise blieb jedoch aus. Die größere Freiheit für Unternehmen und die Preisfestsetzung bestand jedoch nur bis Ende des Jahres. Krawtschuk ließ sich größere ökonomische Kompetenzen geben und griff erneut in die Preispolitik ein. Während die staatlich vorgeschriebenen Preise nur noch auf etwa 10% der Gesamtproduktion zutrafen, wurde der staatliche Einfluss auf die Preisfestlegung massiv ausgeweitet. Unternehmen mit wichtigen Produkten mussten Preiserhöhungen bei der Regierung ankündigen und mussten damit rechnen, dass ihnen diese verboten wurden.<sup>675</sup> Dies betraf 30-40 Prozent des Einzelhandels. Insgesamt war in der Ukraine ein massiver Preisanstieg zu verzeichnen, auch bei den Preisen, die der Festsetzung durch den Staat unterlagen. Gleichzeitig begann ab der Unabhängigkeit die Inflation einzusetzen, welche enorme Ausmaße annahm.

Die staatliche Regulierung der Preise durch Behörden war aus Sicht der autopoietischen Systemtheorie Luhmanns ein klares Hindernis für die demokratische Entwicklung. Die politische Sphäre ordnete sich der ökonomischen über und setzte somit nahtlos einen großen Teil der Wirtschaftspolitik der Sowjetunion fort, welche ein Grund für deren Untergang war. Eine frühzeitige Umstrukturierung der ukrainischen Wirtschaft hin zu marktwirtschaftlichen Prinzipien wurde bereits an diesem Punkt unterbunden. Der wirtschaftliche Bereich diente weiterhin dazu, politische Zielvorgaben zu erfüllen und nicht, eigene Ambitionen zu entwickeln. Die funktionale Differenzierung zwischen Politik und Ökonomie fand nicht statt, wodurch es der Wirtschaft nicht gelang, ihr volles Potential auszuschöpfen. Die folglich sich fortsetzende Effizienzkrise des ökonomischen Systems wandelte sich in Unmut über die politische Führung. Das politische System war somit bereits zu Beginn mit einer tiefgreifenden Krise konfrontiert und zeigte, dass es nicht durchgehend in der Lage war, auf diese entsprechend zu reagieren.

Die Ukraine hatte ab Januar 1992 eine Übergangswährung in Form des Kupon-Karbowanez eingeführt, um sich vom russischen Rubel zu lösen. Die Umtauschrate war zu Beginn sehr hoch. Am 8. Januar bekam man für ein Kupon 8 Rubel, zwei Wochen später allerdings nur

---

<sup>673</sup> Vgl. ebd., S. 414.

<sup>674</sup> Gesetz der Ukraine „Über Preise und Preisgestaltung“, Artikel 10 Änderung staatlicher fixierter und regulierter Preise und Tarife. (siehe Anhang).

<sup>675</sup> Vgl. Sundakov, Alexander; Ossowski, Rolando und Lane, Timothy D.: Shortages under free prices: The case of Ukraine in 1992, IMF Staff Papers, Vol. 41, No. 3. (September 1994), S. 416.



noch 2 Rubel und Ende Februar bestand ein Tauschverhältnis von 1:1.<sup>676</sup> Ab November 1992 war es üblich, die meisten Käufe mit dem Kupon vorzunehmen. Der Rubel blieb jedoch auf dem Schwarzmarkt ein gängiges Zahlungsmittel und wurde auch sonst als Ersatzzahlung akzeptiert. Im Oktober 1992 hatte die russische Zentralbank die ukrainische Regierung unter Druck gesetzt und sie vor die Option gestellt, entweder die Vorgaben der russischen Währungspolitik zu befolgen, oder den Rubel endgültig als Zahlungsmittel aufzugeben.<sup>677</sup> Kiew gab dem Druck nach und verkündete am 12. November 1992, dass es die Rubelzone verlassen, einen bargeldlosen Kupon einführen werde und der Rubel kein reguläres Zahlungsmittel mehr in der Ukraine sei. In den Banken konnte der bargeldlose Rubel gegen den bargeldlosen Kupon in einem Verhältnis von 1:1 getauscht werden. Für alle anderen Transaktionen wurde festgelegt, dass man für 1 Rubel 1,45 Kupon bekommen konnte.<sup>678</sup> Die Tauschverhältnisse auf dem Schwarzmarkt, nach Untersuchungen von Simon Johnson und Oleg Ustenko, zeigen, dass vom 12.-14. November 1992 1,4 Kupon für 1 Rubel zu erwerben war.<sup>679</sup> Allerdings betrug die Umtauschrate bereits am 15. November 1,5 Kupon und einen Tag später 1,55. Die Abb. 15 verdeutlicht, wie sich die Schwarzmarktpreise für den Kauf von Rubel entwickelten.

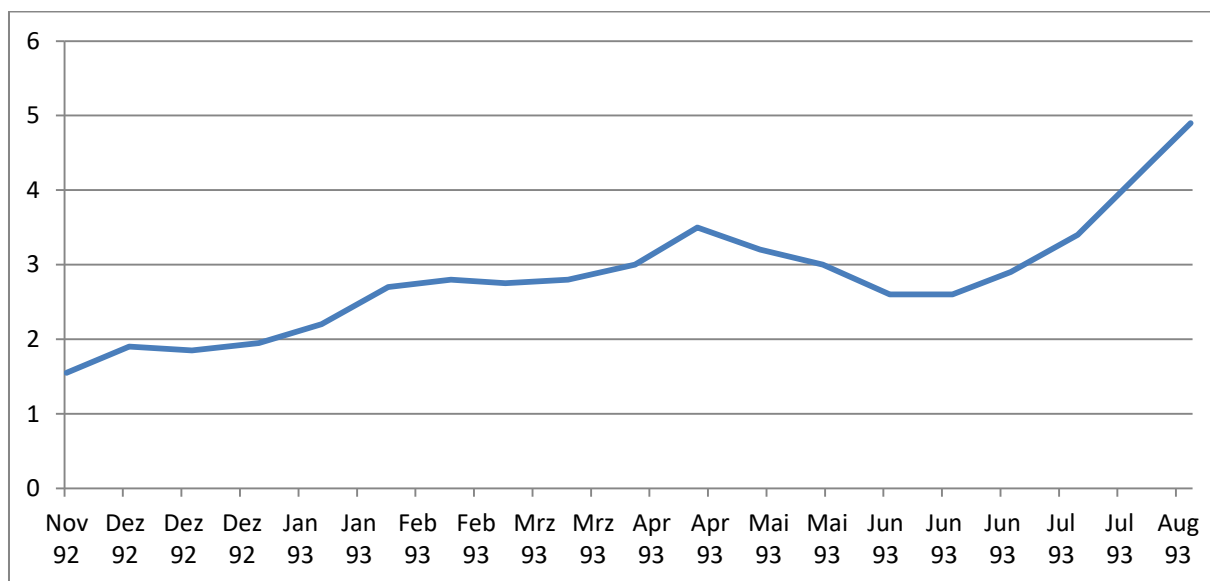


Abb. 15: Kaufpreise Kupon je Rubel (Schwarzmarktpreise), eigene Darstellung, erste Monatsnennung bezieht sich auf den jeweils 2. des Monats (außer November) und die zweite Monatsnennung auf den jeweils 17. des Monats: Quelle: Johnson, Simon und Ustenko, Oleg: *The Road to Hyperinflation: Economic Independence in Ukraine, 1991-93*, Washington D.C. 1993, S.30-31.

<sup>676</sup> Vgl. Johnson, Simon und Ustenko, Oleg: *The Road to Hyperinflation: Economic Independence in Ukraine, 1991-93*, Washington D.C. 1993, S. 9.

<sup>677</sup> Vgl. Johnson, Simon und Ustenko, Oleg: *Ukraine Slips into Hyperinflation*, Washington D.C. 1993, S. 3.

<sup>678</sup> Vgl. ebd., S. 3.

<sup>679</sup> Vgl. Johnson, Simon und Ustenko, Oleg: *The Road to Hyperinflation: Economic Independence in Ukraine, 1991-93*, Washington D.C. 1993, S.15.

Mittels der Abb. 15 lässt sich bereits ein Trend zur Inflation erkennen. Denn während zu Beginn der Einführung des Kupon im November 1992 das Tauschverhältnis zum Rubel noch bei 1:1,5 lag, betrug es bereits im April 1993, also fünf Monate später, 1:3 und hatte sich somit verdoppelt. Noch deutlicher wird der Trend zur Inflation mit der Abb. 16, die zeigt, wie viel Kupon man für einen Dollar investieren musste.

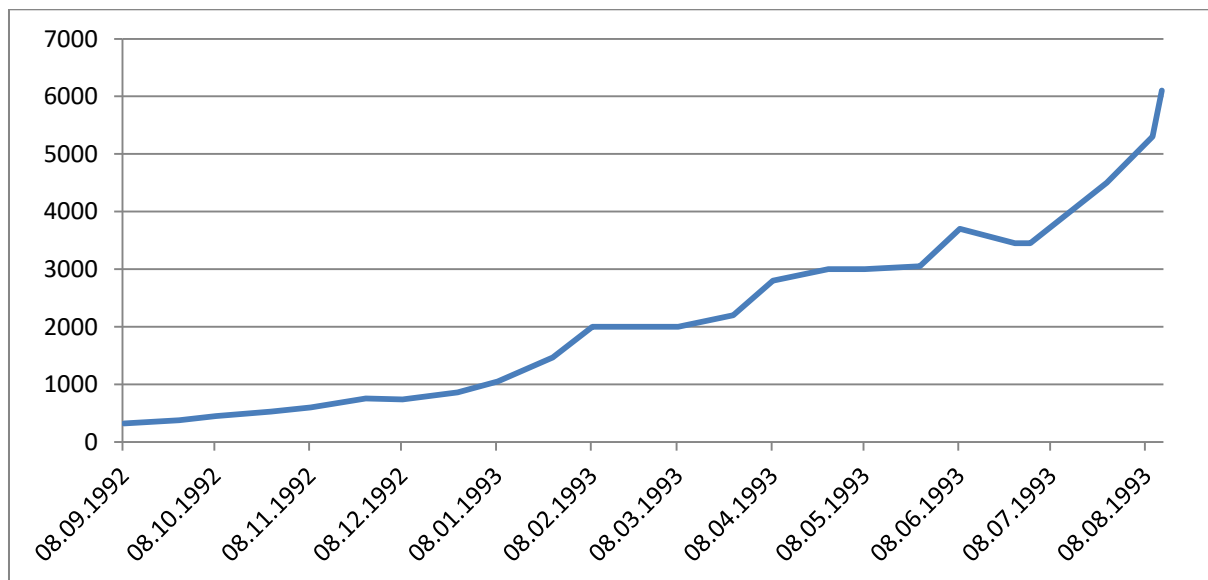


Abb. 16 Kaufpreis Kupon je Dollar (Schwarzmarktpreise), eigene Darstellung, Quelle: Johnson, Simon und Ustenko, Oleg: The Road to Hyperinflation: Economic Independence in Ukraine, 1991-93, Washington D.C. 1993, S.30-31.

Die beiden Abbildungen verdeutlichen klar, dass sich die Ukraine mit der Einführung ihrer Übergangswährung auf einen Weg in die Inflation begab. Zwar ließ sich die Regierung von Kutschma Sonderrechte geben, um ökonomische Reformen durchzusetzen, allerdings gelang es ihr nicht, die einsetzende Inflation aufzuhalten. Gleichzeitig gab die Zentralbank, obwohl sie der Regierung unterstand, mehr Kredite an Staatsunternehmen, als ihr zugestanden wurde.<sup>680</sup> Der Geldumlauf nahm somit zu und unterlag keiner wirksamen Kontrolle. Mangels einer fehlenden Stabilisierungspolitik stieg die Inflation weiter an. Die wachsende Teuerungsrate machte sich insbesondere bei Brot und Milch erkennbar. Mittels der Abb. 17 lässt sich der Preisverlauf für die beiden Produkte nachvollziehen.

<sup>680</sup> Vgl. ebd., S. 16.

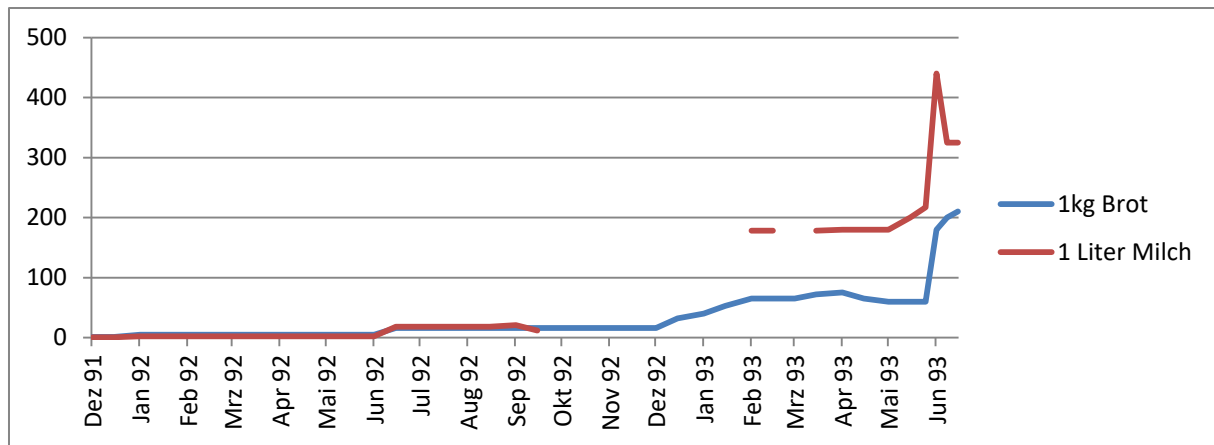


Abb. 17 Preis (Kupon) für 1kg Brot bzw. 1 Liter Milch in staatlichen Läden, eigene Darstellung, Quelle: Johnson, Simon und Ustenko, Oleg: *The Road to Hyperinflation: Economic Independence in Ukraine, 1991-93*, Washington D.C. 1993, S.32-33.

Bis Mitte Juni 1992 stiegen die Preise für Milch und Brot moderat an und konnten auch für das Brot auf einem relativ konstanten Niveau gehalten werden. Von Oktober 1992 bis Januar 1993 war auf Grund erheblichen Mangels ein Erwerb von Milch in offiziellen Verkaufsstellen nicht mehr möglich. Selbiges traf auf manche Fleischprodukte zu. Die Preise für Lebensmittel fluktuieren von Woche zu Woche. Anfang Juni 1993 gab die Regierung bekannt, zeitnah die Subventionierung für Fleisch-, Milch- und Brotprodukte einzustellen.<sup>681</sup> Folglich explodierten die Preise für Lebensmittel. Die Menschen begannen, in Panik Essen zu kaufen und zu horten. Sowohl die steigenden Preise als auch der Engpass beim Milchverkauf zeigten, aus Sicht der Modernisierungstheorie, ein klares Hindernis für den Demokratisierungsprozess auf. Die in der Systemtheorie einzuordnende Modernisierungstheorie besagt, dass eine Demokratie an ihr wirtschaftliches Entwicklungsniveau gekoppelt ist.<sup>682</sup> Lipset brachte dies mit der Formel „the more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy“<sup>683</sup> auf den Punkt. Der Beginn der demokratischen Konsolidierung fiel zusammen mit einer wirtschaftlichen Krise. Die dargestellten Lieferschwierigkeiten bei der Milchproduktion und der Anstieg der Lebensmittelpreise nahm, besonders für die Unterschicht, eine existenzielle Bedrohung an. Gegner der Demokratisierung und einer grundlegenden wirtschaftlichen Umstrukturierung griffen diesen Aspekt auf, um auf vermeintlichen Schwachstellen der Marktwirtschaft hinzuweisen. Einer Sowjetnostalgie, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, wurde dadurch Vorschub geleistet. Die ökonomische Notlage wirkte sich zwar kaum auf die

<sup>681</sup> Vgl. ebd., S. 17.

<sup>682</sup> Vgl. Lipset, Martin Seymour: *Political Man – The Social Bases of Politics*, Garden City, New York 1960, S. 48.

<sup>683</sup> Ebd., S. 48-50.

Akzeptanz des neuen demokratischen Systems aus, ließ jedoch Stimmen, die weitreichende staatliche Eingriffe in die Wirtschaft forderten, laut werden. Hierdurch wurde eine grundlegende Transformation, welche auch den ökonomischen Sektor betraf, erschwert.

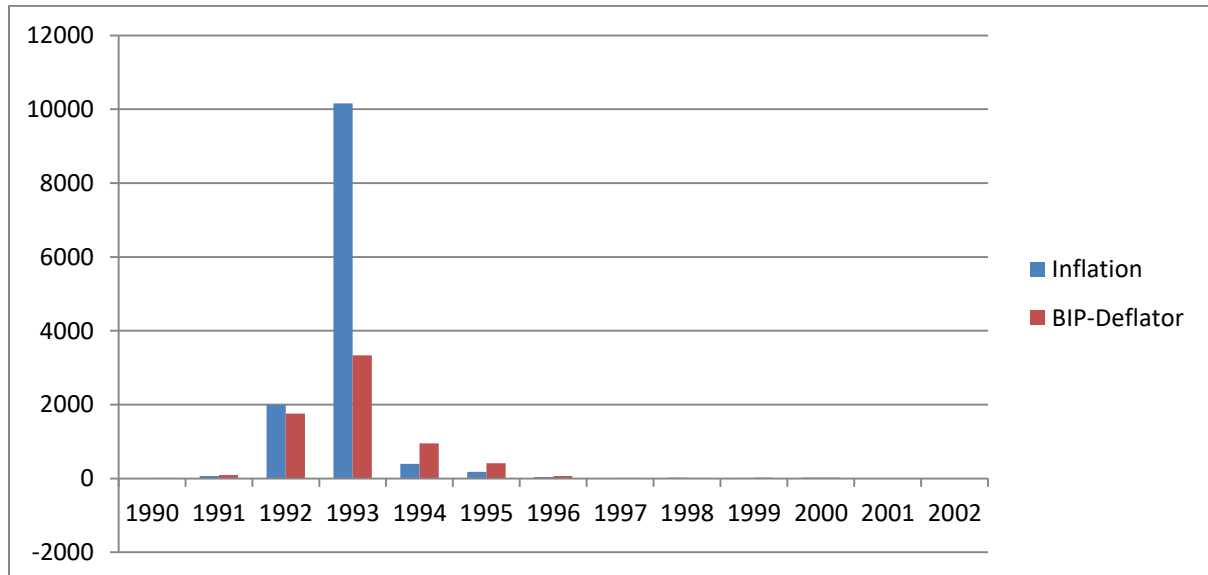


Abb. 18 Inflation und BIP-Deflator (in Prozent), eigene Darstellung, Quelle (Inflation): Bureau of Statistics: Ukraine Annual and Monthly Inflation Tables: <https://www.statbureau.org/en/ukraine/inflation-tables> ; Quelle (BIP-Deflator): World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Die Abbildung 18 verdeutlicht, dass die erste Hälfte der 1990er Jahre für die Ukraine gekennzeichnet war von einer Hyperinflation einerseits und einem starken Preisanstieg (BIP-Deflator) andererseits. Das Jahr 1993 mit seinem Rekordwert mit einer Inflation von 10.000% stellte dabei die Spitze des Eisberges dar. Zwar fiel diese im darauffolgenden Jahr auf „nur noch“ 400%, lag damit aber immer noch weit über dem gesunden Maß. Bis zur Jahrtausendwende blieb die Inflation bei rund 20% und konnte erst 2001 erstmals auf unter 10% gesenkt werden und wandelte sich 2002 sogar in eine leichte Deflation von -0,57%. Der BIP-Deflator, welcher die Änderung aller Preise anzeigt, entwickelte sich entsprechend der Inflation und hatte ebenfalls im Jahr 1993 seinen größten Wert mit 3334% erreicht.

Die Inflation und allgemeine Teuerungsrate gingen einher mit einer Mangelwirtschaft zu Beginn der 1990er Jahre. Deren Ursachen waren vielfältig. Ein zentraler Punkt stellte dabei das Verhältnis von Unternehmern und dem Staat dar. Nicht nur durch die Reformen unter Gorbatschow hatten Unternehmer mehr Freiheiten gewonnen, sondern auch durch die ukrainische Unabhängigkeit selbst. Des Weiteren war durch das Verbot der Kommunistischen Partei ein wichtiger früherer Kontrolleur der Unternehmen eliminiert worden. Die staatlichen

Vorgaben für Produkte und Rohstoffen wurden drastisch reduziert, von 20.000 auf 1.200.<sup>684</sup> Den staatlichen Behörden fehlte die Autorität, die verbliebenen Vorgaben durchzusetzen. Nicht selten weigerten sich Unternehmen, insbesondere in der Landwirtschaft, die geforderten Produkte zu liefern, insbesondere da sie die späteren Verkaufspreise als zu niedrig ansahen.<sup>685</sup> Selbst Betriebe, die offiziell noch in staatlicher Hand waren, entzogen sich zunehmend der Kontrolle der Administration. Zwar bestand noch ein gewisser Grad des Austauschs zwischen staatlichen Behörden und den Unternehmensleitungen, allerdings konnten diese eher angesehen werden als „a fairly subtle process of give and take between enterprises and authorities, rather than a clear administrative hierarchy running from sectoral ministries to enterprise management.“<sup>686</sup> An vielen Stellen kehrte sich das Verhältnis sogar um und Unternehmen suchten Wege, um Schlupflöcher in der staatlichen Administration zu finden, um Steuern zu sparen oder Handelserleichterung zu erwirken.

In der einsetzenden Gesellschaft des freien Unternehmertums griffen die Regeln der Selbstfinanzierung voll durch. Der Verkaufserlös und möglich Kredite mussten ausreichend vorhanden sein, um den Zahlungsforderungen (Steuern, Löhne, etc.) nachzukommen. Zu Sowjetzeiten wurde der Geldstrom entsprechend der Vorgaben des Jahresplans angepasst. Unternehmen mussten jetzt selbst für frisches Kapital sorgen. Die Finanzwelt der Ukraine war zu Beginn der Unabhängigkeit weitgehend ungeordnet und hatte zur Folge, dass nicht jeder Unternehmer an Kredite herankam. Die Insolvenz von Betrieben, welche zu Beginn der 1990er Jahre stark zunahm, führte dazu, dass Zahlungen an die Belegschaft und Zulieferer ausfielen. Während die Angestellten teilweise bereit waren, für eine gewisse Zeit auf Löhne zu verzichten, resultierten ausstehende Zahlungen an Zulieferer in Kürzung oder sogar kompletten Ausfällen von Lieferungen. Dies wiederum brachte Fabriken dazu, dass sie keine Produkte herstellen konnten und dadurch oft in einen Teufelskreis gerieten.

Im Zuge der abklingenden Hyperinflation und des bevorstehenden fünften Jahrestages der ukrainischen Unabhängigkeit, erklärte Präsident Kutschma am 24. August 1996 die Einführung der Nationalwährung Hrywnja. Die neue Währung war nicht nur in der Verfassung vorgesehen, sondern musste auch aus einer ökonomischen Logik heraus eingeführt werden. Die Hyperinflation hatte dazu geführt, dass Zahlungen in Millionen von Kupon erfolgen mussten. Dies bedeute nicht nur, dass Käufer stets darauf angewiesen waren, große Summen an Bargeld mitzunehmen, sondern auch Zahlungsvorgänge sehr lange

---

<sup>684</sup> Vgl. Sundakov, Alexander; Ossowski, Rolando und Lane, Timothy D.: Shortages Under Free Prices: The Case of Ukraine in 1992, IMF Staff Papers, Vol. 41, No. 3 (September 1994), S. 419.

<sup>685</sup> Vgl. ebd., S. 419.

<sup>686</sup> Ebd., S. 419.

dauerten und anfällig waren für Fehlkalkulationen.<sup>687</sup> Da die Inflation im Juni und Juli 1996 bei 0,1%<sup>688</sup> lag, war eine Währungsumstellung attraktiv, um die Benachteiligungen bei dem Umtausch gering zu halten. Am 2. September 1996 wurde die neue Währung offiziell eingeführt. Der Umtauschkurs lag bei 100.000:1. Bis zum 16. September 1996 waren alle Bewohner der Ukraine aufgerufen, ihr Geld umzutauschen. Geldbeträge, die mehr als 100 Mio. Kupon betrugen, mussten in speziellen Konten angelegt werden. Eine Limitierung der zu tauschenden Geldsummen wurde nicht eingeführt.<sup>689</sup> Nach offiziellen Angaben der ukrainischen Nationalbank waren am 16. September 1996 3.169 Millionen Hrywnja in Bargeldform in Umlauf.<sup>690</sup> Der Umtausch verlief ohne größere Störungen und wurde bis Mitte Oktober desselben Jahres verlängert. Die Verbraucherpreise wuchsen im September und Oktober nur um jeweils 2%, entsprechend der Absprachen mit dem IWF. Das Wechselverhältnis von Hrywnja zu Dollar wurde bei dessen Einführung auf 1,76:1 festgelegt und wuchs bis zum schrittweise 01.12.1996 auf 1,88:1.<sup>691</sup> Des Weiteren nahmen die Spareinlagen sowohl der Privatpersonen als auch der Unternehmen zu und erhöhten dadurch den Liquiditätsgrad der Banken.

Die finanzielle und geldpolitische Entwicklung der Ukraine war in den ersten Jahren der Unabhängigkeit von weitreichenden Schwierigkeiten gekennzeichnet. Insbesondere die Hyperinflation war ein belastender Faktor, der sich auf den demokratischen Konsolidierungsgrad negativ auswirkte. Die Unfähigkeit der ukrainischen Führung, die Inflation frühzeitig einzudämmen, ließ deren Reputation und Fähigkeit zum Krisenmanagement leiden. Eine nach Auffassung der Modernisierungstheoretiker notwendige stabile sozioökonomische Entwicklung, fand somit nicht statt und konnte den Demokratisierungsprozess der Ukraine nicht positiv flankieren. Des Weiteren verdeutlichte die späte Einführung der Nationalwährung das immanente Problem der Ukraine, Entscheidungen lange hinauszuzögern. Zwar war die Verbreitung der Nationalwährung Hrywnja im Jahr 1996 aus ökonomischer Sicht sinnvoll, allerdings hätte eine frühzeitigere Währungsumstellung das Vertrauen der Ukrainer in die eigene Wirtschaft und die politischen Entscheidungsträger nachhaltiger beeinflusst.

---

<sup>687</sup> Vgl. Kravchuk, Robert S.: Budget Deficits, Hyperinflation, and Stabilization in Ukraine, 1991-96, in: Public Budgeting & Finance, Vol. 18, Issue 4, Dezember 1998, S. 61.

<sup>688</sup> Bureau of Statistics: Ukraine Annual and Monthly Inflation Tables:

<https://www.statbureau.org/en/ukraine/inflation-tables>

<sup>689</sup> Vgl. Kravchuk, Robert S.: Budget Deficits, Hyperinflation, and Stabilization in Ukraine, 1991-96, in: Public Budgeting & Finance, Vol. 18, Issue 4, Dezember 1998, S. 62.

<sup>690</sup> Vgl. ebd., S. 63.

<sup>691</sup> Vgl. ebd., S. 63.

### **6.2.2. Privatisierungen**

Der langsame Prozess der Finanzreform war auch bei der generellen Privatisierung erkennbar. Insbesondere westliche Staaten übten Druck auf die Ukraine aus, eine Vielzahl an Unternehmen zur Privatisierung freizugeben. Generell wurde die Ansicht vertreten, dass private Unternehmer ressourcenschonender und profitabler agieren würden als die bisherigen staatlichen Akteure. Ab 1992 setzte der Prozess der Privatisierung schrittweise ein. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit 1991 waren in der Ukraine etwa 18.000 mittlere und große Unternehmen ansässig sowie 45.000 kleine Betriebe.<sup>692</sup> Bis Ende 1994 waren nur 3.000 der großen und mittleren Unternehmen in privater Hand. Auf der Ebene der kleinen Unternehmen wurden runden 7.000 privatisiert.<sup>693</sup> In den ersten drei Jahren der Unabhängigkeit waren lediglich 15% aller Betriebe aus der staatlichen Obhut freigegeben worden.

Die Hindernisse auf dem Weg zur weitreichenden Privatisierung waren vielfältig. Stephen White zeigte beispielsweise in einem Artikel auf, dass die teilweise fest verankerten nostalgischen Einstellungen bzgl. der Sowjetzeit Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse hatten.<sup>694</sup> Wie im Kapitel zu den Parlamentswahlen gesehen, war die Kommunistische Partei in den 1990er Jahre stets die stärkste Fraktion im Parlament und stand einer großangelegten Privatisierung ablehnend gegenüber. Insbesondere Frauen, Industrie- und Landarbeiter und ältere Menschen ordneten sich mehrheitlich dem politisch linken Spektrum zu und favorisierten, bis zu einem gewissen Grad, den Fortbestand staatlicher Regulierungskontrollen über die Wirtschaft. Der Ukraine fehlte es an „wide-scale popularly based oppositional class movements [...] in support of the market and privatization.“<sup>695</sup> Die nach der Unabhängigkeit der Ukraine einsetzende Hyperinflation war für die Akzeptanz der wirtschaftlichen Umgestaltung im Sinne des Kapitalismus wenig dienlich. Insbesondere in den unteren sozialen Schichten schlug sich der ökonomische Abwärtstrend durch und beflügelte Zukunftsängste, die automatisch zu einer Anti-Reformhaltung führten.

Daneben wurde die Privatisierung durch formale Vorgänge erschwert. Bis 1995 konnte das Arbeitskollektiv (Manager und Belegschaft) entscheiden, ob es zur Privatisierung kommen sollte. Der Wert der Firma wurde extern festgelegt. Dies hatte zur Folge, dass das Arbeitskollektiv nur schwer abschätzen konnte, ob eine Privatisierung durchgeführt werden

---

<sup>692</sup> Vgl. van Zon, Hans: The Political Economy of Independent Ukraine, London 2000, S. 59.

<sup>693</sup> Vgl. ebd., S. 59.

<sup>694</sup> Vgl. White, Stephen: Communist Nostalgia and its Consequences in Russia, Belarus and Ukraine, in: Lane, David (Hrsg.): The Transformation of State Socialism – System Change, Capitalism or Something Else?, New York 2007, S. 35-56.

<sup>695</sup> Lane, David: The Social Bases of Reform and anti-Reform in Russia and Ukraine, in: Lane, David (Hrsg.): The Transformation of State Socialism – System Change, Capitalism or Something Else?, New York 2007, S. 73.

konnte oder nicht. Um eine Firma zu privatisieren, musste der Firmenwert durch private Voucher aufgebracht werden, die zuvor von der Regierung ausgegeben worden waren. In der Realität führte dies dazu, dass ganze Familien ihre Schuldscheine einsetzen, um eine mögliche Privatisierung herbeizuführen. Die ersten Privatisierungen verliefen somit in Form eines gemieteten Aufkaufs. Das Arbeitskollektiv erkaufte sich die Firma, in der es arbeitete und verpfändete die zukünftigen Profite, um die Anteilszahlungen zu begleichen.<sup>696</sup> Etwa 70% aller Privatisierung verliefen in der ersten Hälfte der 1990er in dieser Form. Die Einbeziehung von externen<sup>697</sup> Investoren wurde weitgehend abgelehnt. Der genaue Verlauf der Privatisierung lässt sich nur schwer nachverfolgen und Privatisierung musste nicht immer bedeuten, dass die staatliche Beteiligung komplett aufgegeben wurde. Ebenso kam es zu Mixformen, bei denen nur ein Teil der Firmen in private Hand überging, der Großteil aber unter staatlicher Kontrolle blieb. Gleichzeitig war die Höhe der „Mietzahlungen“ an den Staat für die Übernahme der Betriebe entscheidend für Wahrscheinlichkeit der Privatisierung. Wurden die Zahlungen sehr niedrig angesetzt gewann das Arbeitskollektiv die faktische Kontrolle über die Firma. Gleichzeitig war die Nomenklatur, also die alten Eliten, tief im Privatisierungsprozess verwickelt.<sup>698</sup> Es entwickelte sich ein System, in welchem bestimmte Betriebe die Möglichkeit zur schnellen Bereicherung eingeräumt wurden, während die staatliche Administration entweder wegsah oder unterstützend tätig war.<sup>699</sup>

Das Parlament stellte sich wiederholt gegen weitreichende Privatisierungsbeschlüsse und ging damit in einen offenen Konfrontationskurs gegen den ab 1994 regierenden Präsidenten Kutschma. Die Ausstellung der Schuldscheine an die Bevölkerung entwickelte sich zu einem langatmigen Prozess. Bis Mitte 1997 hatten 86% aller Ukrainer ein Voucher erhalten. 45% nutzen diese, um Anteile an Kapitalgesellschaften zu erlangen.<sup>700</sup> Im April 1997 waren von den rund 18.000 großen und mittleren Unternehmen 9.600 privatisiert, wobei 6.300 einen Privatanteil von 70% und mehr aufwiesen. Bei den kleinen Betrieben waren 38.600 der früheren 45.000 Firmen in private Hand übergegangen.<sup>701</sup> Mit Hilfe der Abb. 19 lässt sich erkennen, dass die Mehrheit der mittleren und großen Unternehmen in den ersten drei Jahren nach der Unabhängigkeit unter der Obhut des Staates war. Des Weiteren ist ersichtlich, dass

---

<sup>696</sup> Vgl. Hare, Paul; Ishaq, Mohammed und Estrin, Saul: *The Legacies of Central Planning and the Transition to a Market Economy: Ukrainian Contradictions*, Edinburgh 1996, S. 14.

<sup>697</sup> Externe bedeutet hier sowohl ausländische, als auch konkurrierende Firmen.

<sup>698</sup> Vgl. van Zon, Hans: *The Political Economy of Independent Ukraine*, London 2000, S. 60.

<sup>699</sup> Vgl. Gisselquist, David: *How To Encourage Government Decentralization*, in: *Transition*, Volume 5, Number 7, 1994, S. 7.

<sup>700</sup> Vgl. van Zon, Hans: *The Political Economy of Independent Ukraine*, London 2000, S. 60.

<sup>701</sup> Vgl. ebd., S. 60.



wenn die Zahl der staatlichen und privaten Unternehmen addiert wird, die Anzahl der Großunternehmen kontinuierlich zunahm.

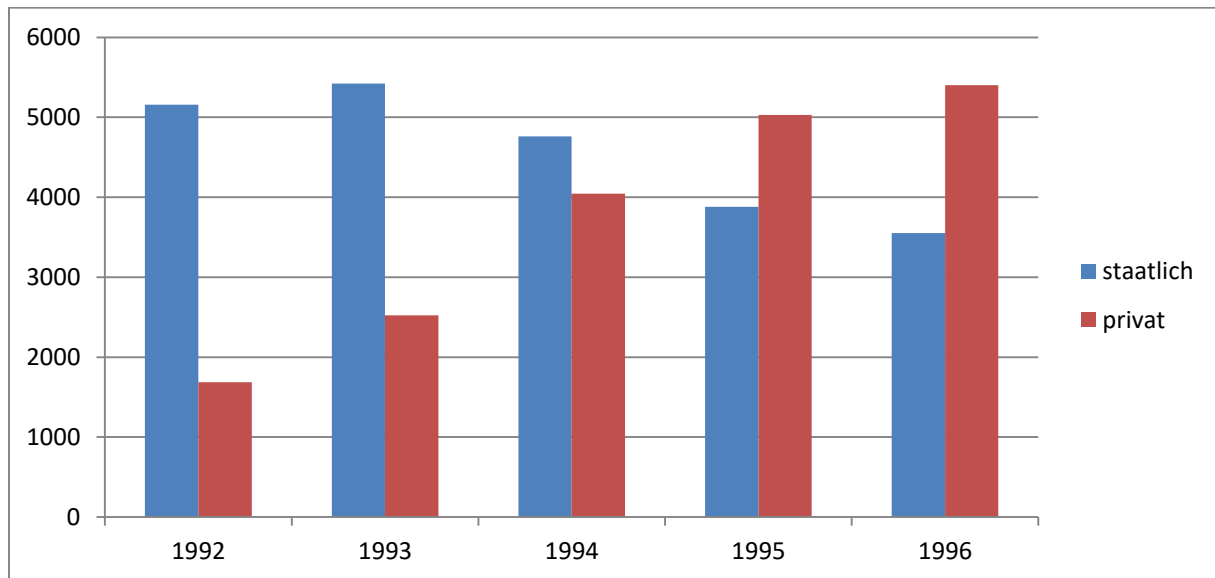


Abb. 19: Anzahl der staatlichen und privaten Unternehmen von mittlerer und großer Größe, eigene Darstellung, Quelle: Hirschhausen, Christian von: Industrial Restructuring in Ukraine: from socialism to a planned economy?, German Institute for Economic Research, Discussion Paper Nr. 144, Berlin 1996, S. 19.

Betrachtet man den prozentualen Anteil der privaten großen und mittleren Unternehmen so lässt sich ein kontinuierlicher Zuwachs erkennen. Allerdings waren erst ab 1995 mehr als die Hälfte der großen Unternehmen und privater Hand. Mit Blick auf den Anteil an Produktion ist ersichtlich, dass die privaten Großunternehmen bis 1996 nicht an den staatlichen Unternehmen vorbeiziehen konnten. Der Staat gab zwar zahlreiche große und mittlere Betriebe in private Hand, behielt aber lange Zeit die Kontrolle über jene Firmen, die einen erheblichen Teil der gesamtwirtschaftlichen Produktion ausmachten. Dies wird durch die Abb. 20 verdeutlicht.

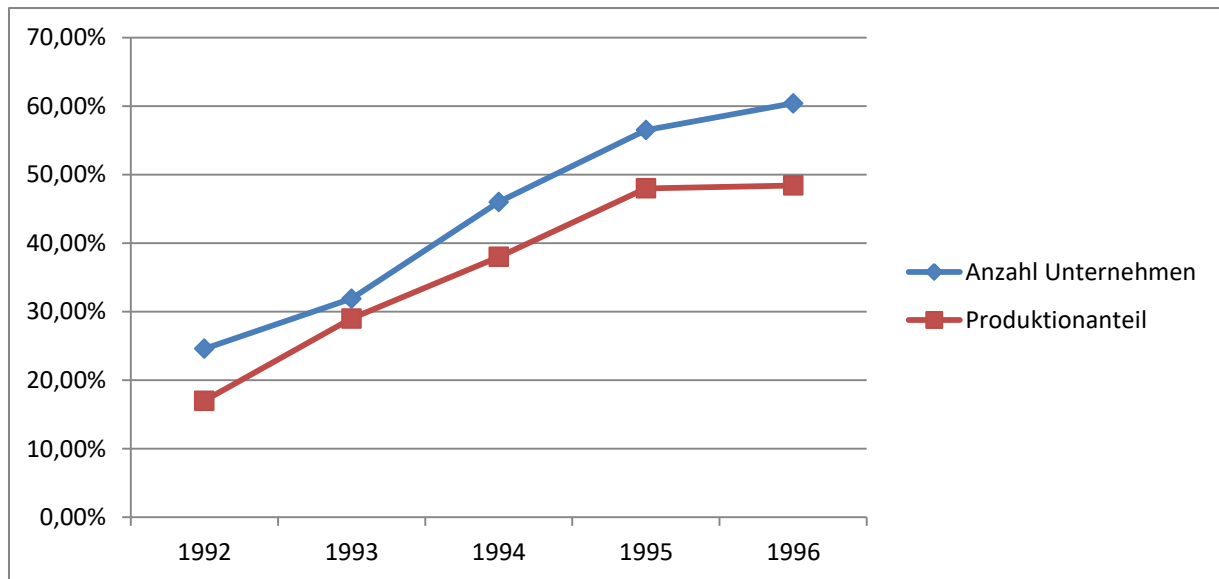


Abb. 20: Prozentualer Anteil der großen und mittleren Unternehmen in privater Hand und prozentualer Anteil jener Betriebe an der gesamten wirtschaftlichen Produktion, eigene Darstellung, Quelle: Hirschhausen, Christian von: *Industrial Restructuring in Ukraine: from socialism to a planned economy?*, German Institute for Economic Research, Discussion Paper Nr. 144, Berlin 1996, S. 19.

Der Staat behielt somit lange Zeit die Kontrolle über wichtige Bereiche der Wirtschaft. Dies wurde zusätzlich dadurch untermauert, dass der Energiesektor komplett von der Privatisierung ausgeklammert war. Darüber hinaus bestand ein Verbot für einzelne Betriebe im militärisch-industriellen Komplex, die als „strategisch“ eingestuft wurden. Nach welchen Kriterien die 6110 strategischen Unternehmen eingestuft wurden bleibt ungeklärt.<sup>702</sup> Festzuhalten bleibt, dass der ukrainische Staat Monopolunternehmen in seiner Hand behielt und jene, die große Gewinne abwarfen. So waren 1998 9 der 10 umsatzreichsten Firmen des Landes in staatlicher Hand.<sup>703</sup> Bis 1996 waren ausländische Unternehmen kaum daran interessiert, frühere sozialistische Betriebe zu übernehmen. Die gesetzliche Grundlage für die Übernahme ukrainischer Betriebe durch ausländische Investoren wurde im September 1991 geschaffen. In dem Gesetz „Über den Schutz von Auslandsinvestitionen in der Ukraine“. In dem Gesetz wurde zwar die Beschlagnahmung ausländischer Investitionen ausgeschlossen<sup>704</sup>, jedoch wurden in ihr keine Anreizfaktoren aufgeführt, die genutzt werden konnten, um Investoren ins Land zu holen. Somit blieb der Privatisierungsprozess in den ersten Jahren weitgehend von externen Einflüssen unberührt. Dies hatte zur Folge, dass der Vorgang, Unternehmen zu privatisieren, sehr langatmig und bürokratisch war. Nicht zuletzt liegt die Vermutung nahe,

<sup>702</sup> Vgl. van Zon, Hans: *The Political Economy of Independent Ukraine*, London 2000, S. 60.

<sup>703</sup> Vgl. ebd., S. 60.

<sup>704</sup> Ausnahmen konnten erfolgen bei Naturkatastrophen, Unfällen, Epidemien oder Tierseuche. Siehe Gesetz „Über den Schutz von Auslandsinvestitionen in der Ukraine“ Artikel 3. (siehe Anhang).

dass dies auch geschah, damit sich Einzelpersonen auf unterschiedlichen Ebenen bereichern konnten.<sup>705</sup>

Ein weiteres Problem ergab sich aus der Art und Weise, wie Firmen erworben werden konnten, welche das Arbeitskollektiv bevorzugt behandelte. Zum einen konnten Manager bis zu 5% der Firmenanteile gratis erwerben. Zum anderen wurde bei den Auktionen für den Anteilserwerb zwischen den Beschäftigten und externen Bietern unterschieden. Wenn eine hohe Nachfrage nach Firmenanteilen bestand, so stieg der Preis für die Allgemeinheit, während der Preis für das Arbeitskollektiv bei dem Wert der ausgegebenen Schuldscheine (5\$) fixiert blieb. Wenn das Angebot jedoch über der Nachfrage lag, so führte dies nicht zu einem absenken der Preise, sondern dazu, dass die übrigen Anteile zurück an den staatlichen Fonds gingen. Was hierbei auf den ersten Blick wie eine Bevorzugung der internen Belegschaft aussah, hatte jedoch auch eine Schattenseite. Wenn der Wert einer Firma hoch angesetzt wurde reichten die fixierten Vouchers des Kollektivs nicht aus, um die Mehrheit der Firmenanteile zu erwerben.<sup>706</sup> Dies hatte in der Realität zur Folge, dass nur kleine und wirtschaftliche schwache Unternehmen privatisiert wurden, während wirtschaftliche Schwergewichte weiter in der Hand des Staates blieben. Der Fokus auf die strategischen Großunternehmen darf jedoch nicht zur Folge haben, den gesamten Privatisierungsprozess der Ukraine zu hinterfragen. 1996 befanden sich rund 90% der kleinen Unternehmen in privater Hand.<sup>707</sup> Des Weiteren sollte nicht vergessen werden, dass diese Prozesse in einer Zeit des makroökonomischen Chaos stattfanden, die in erster Linie eine weitverbreitete Verunsicherung mit sich brachte. Dieses Chaos resultierte aus drei Gegebenheiten: 1. fehlenden gesetzlichen Regelungen; 2. Widersprüchen zwischen Gesetzen und Erlassen des Präsidenten; 3. Missachtung der Gesetze.<sup>708</sup>

Die Umsetzung der sich ständig ändernden Regeln bzgl. der Privatisierung mussten von den lokalen Behörden umgesetzt und überwacht werden. Diese waren jedoch oftmals überfordert oder ignorierten die Anweisungen aus Kiew und trafen eigene Abkommen mit den Firmen vor Ort. Das daraus resultierende Klima der rechtlichen Unsicherheit führte ebenfalls dazu, dass ausländische Investoren nur zögerlich in der Ukraine aktiv wurden. Nicht zuletzt belegten die ersten Jahre der Privatisierung, dass privatisierte Firmen nicht zwangsläufig besser und effektiver funktionieren mussten als ihre staatlichen Gegenmodelle. Dies lag zum einen an der

---

<sup>705</sup> Vgl. Hare, Paul; Ishaq, Mohammed und Estrin, Saul: The Legacies of Central Planning and the Transition to a Market Economy: Ukrainian Contradictions, Edinburgh 1996, S. 15.

<sup>706</sup> Vgl. ebd., S. 15-16.

<sup>707</sup> Vgl. Hirschhausen, Christian von: Industrial Restructuring in Ukraine: from socialism to a planned economy?, German Institute for Economic Research, Discussion Paper Nr. 144, Berlin 1996, S. 19.

<sup>708</sup> Vgl. Hare, Paul; Ishaq, Mohammed und Estrin, Saul: The Legacies of Central Planning and the Transition to a Market Economy: Ukrainian Contradictions, Edinburgh 1996, S. 17.

allgemein schlechten wirtschaftlichen Situation der Ukraine, zum anderen daran, dass die neuen Firmenchefs aus dem alten Management bestanden und nicht über die notwendige Expertise für ein Unternehmertum in der Wettbewerbswirtschaft verfügten. Legt man noch einmal den Blick auf die mittleren und großen Unternehmen, so lässt sich eine Aussage von Hare, Ishaq und Estrin aufgreifen, welche die Essenz der Privatisierung treffend zusammenfasst: „Privatisation [was] often about power and distribution of property to those already close to power – the nomenklatura.“<sup>709</sup> Nicht zuletzt das Entstehen der Oligarchen und Clans gab dieser Formulierung einen gewissen Wahrheitscharakter. Wirtschaftliche Großunternehmen und ganze Produktionsketten wurden nicht allein aus Gründen des Profits von einzelnen Individuen oder Gruppen aufgekauft, sondern auch, um weitreichenden Einfluss auf politische Entscheidungen auf lokaler und nationaler Ebene haben zu können.

Die schleppende und teilweise undurchsichtige Privatisierung zeigte nicht nur eine weit verbreitete Sehnsucht nach der Beibehaltung alter ökonomischer Muster, sondern auch das Bedürfnis der politischen Elite nach weitreichender wirtschaftlicher Macht. Basierend auf den Annahmen der Systemtheorie kann festgehalten werden, dass der Privatisierungsprozess nur teilweise zu einer funktionalen Ausdifferenzierung zwischen Politik und Wirtschaft führte. Der Einfluss der politischen auf die ökonomische Ebene blieb in vielen Bereichen erhalten und verhinderte somit eine sozioökonomische Entwicklung, die sich auf den Demokratisierungsprozess positiv hätte auswirken können.

### **6.2.3. Unternehmertum**

Neben der Privatisierung bereits bestehender Staatsbetriebe entstanden auch neue private Unternehmen. Die Grundlage dafür wurde noch unter Gorbatschow und seiner Politik der Perestroika gelegt. Dies hatte zur Folge, dass am Vorabend der Unabhängigkeit etwa 19.600 kleine private Betriebe in der Ukraine ansässig waren.<sup>710</sup> In den ersten Monaten und Jahren nach der staatlichen Eigenständigkeit wurden viele kleine Unternehmen von Ukrainern gegründet und wuchs bis 1995 auf 91.000 an.<sup>711</sup> In diesen waren rund 1,1 Mio. Angestellte beschäftigt; addiert man dazu noch die 860.000 Freiberufler, so ergeben sich daraus 2 Mio. Arbeitnehmer, die selbständig waren oder in kleinen Firmen arbeitet und rund 10% der Gesamtzahl der Beschäftigten ausmachten.<sup>712</sup> Der explosionsartige Anstieg von

---

<sup>709</sup> Ebd., S. 18.

<sup>710</sup> Vgl. van Zon, Hans: The Political Economy of Independent Ukraine, London 2000, S. 62.

<sup>711</sup> Vgl. ebd., S. 62.

<sup>712</sup> Vgl. Conrad, Jürgen: Kleine und mittlere Unternehmen in der Ukraine: Entwicklungshemmnisse und Fördermaßnahmen, in: Hoffmann, Lutz und Siedenberg, Axel (Hrsg.): Aufbruch in die Marktwirtschaft – Reformen in der Ukraine von innen betrachtet, Campus Verlag, Frankfurt (am Main)/New York 1997, S. 194.

Firmengründungen dauerte jedoch nur bis Mitte der 1990er Jahre an, denn 1998 gab es rund 93.000 kleine Unternehmen, nur 2.000 mehr als drei Jahre zuvor.<sup>713</sup> Ein überwiegender Teil dieser kleinen Unternehmen war im Dienstleistungsbereich und Handel angesiedelt, die Industrie und das Baugewerbe blieben den Großunternehmen überlassen und gerieten schnell in die Hände von Clans und Oligarchen. Einzelhandelsläden und Restaurants prägten das Bild der kleinen privaten Unternehmen. Insbesondere für Betriebe mit wenigen Angestellten lohnten sich Aktivitäten in der Schattenwirtschaft und die Vermeidung von Steuerzahlungen. Kleine Unternehmen hatten es im Vergleich zu großen Unternehmen schwerer, Fuß zu fassen. Der Hauptgrund war die Chancenungleichheit. Großunternehmen hatten, nicht zuletzt durch ihre sowjetische Vergangenheit, exzellente Netzwerke in staatliche Administrationsstellen und zu politischen Entscheidungsträgern. Umgekehrt war der Staat bereit, weitreichende Subventionen an Industriegiganten auszus zahlen, unabhängig von deren Wirtschaftlichkeit. Zulieferer waren oftmals bei mittleren und großen Unternehmen angesiedelt und konnten von kleinen Firmen ferngehalten werden. Die Erschließung ausländischer Märkte war für viele Einzelhändler faktisch unmöglich.

Daneben etablierte sich von Beginn der ukrainischen Unabhängigkeit an eine Politik der Gängelung seitens der lokalen Behörden gegenüber kleinen Unternehmen. Der Erwerb von Lizenzen zur Unternehmensgründung war ohne Bestechung praktisch ausgeschlossen.<sup>714</sup> Gleiches traf für die Installation von Telekommunikationsanlagen und Importgenehmigungen zu. Behördenvertreter suchten die Unternehmen auf und erhoben zahlreiche Gebühren. Dies lag nicht zuletzt daran, dass viele Behörden sich zu einem gewissen Teil selbstfinanzieren mussten, wodurch ein Anreiz zur maximalen Auspressung der lokalen Kleinbetriebe geschaffen wurde.<sup>715</sup> So musste pro Besuch des Feuerinspektors 42US\$ und 87US\$ für den Steuerprüfer bezahlt werden. Die Kosten für die Bewilligung von Exportlizenzen konnten bis zu 123US\$ betragen, während für Importgenehmigungen 278US\$ aufgebracht werden mussten.<sup>716</sup>

Eine Gründung von kleinen Unternehmen wurde durch die willkürlichen Gebühren stark behindert. Des Weiteren vergab der ukrainische Staat für Unternehmungsgründungen im Einzelhandelsbereich keine Subventionen. Staatliche Förderungen gingen durchweg an große Betriebe. Die teilweise widersprüchliche Gesetzgebung verunsicherte viele potentielle

---

<sup>713</sup> Vgl. van Zon, Hans: *The Political Economy of Independent Ukraine*, London 2000, S. 62.

<sup>714</sup> Vgl. ebd., S. 63.

<sup>715</sup> Vgl. ebd., S. 63.

<sup>716</sup> Vgl. Kaufmann, Daniel: *The Missing Pillar of a Growth Strategy for Ukraine: Reforms for Private Sector Development*, in: Cornelius, Peter und Lenain, Patrick (Hrsg.): *Ukraine: Accelerating the Transition to Market*, IMF, Washington (D.C.) 1997, S. 242.

Unternehmer, eine eigene Firma zu gründen. Nicht zuletzt fehlte es der Ukraine auch an Beratungsstellen für kleine und mittlere Unternehmen und wie diese ihre Produkte zielbringend auf dem Markt platzieren konnten. Neben der finanziellen Gängelung hielt auch der zeitliche Aufwand bei den Behörden viele Ukrainer von der Unternehmensgründung ab. Rund 37% der Zeit verbrachte ein Firmenmanager im April 1996 mit behördlichen Angelegenheiten. Zur gleichen Zeit betrug diese in Litauen nur 15%.<sup>717</sup>

Ebenso bestand über viele Jahre das Problem, passende Geschäftsräume zu finden. Der Erwerb von Lizenzen zur Ausübung von spezifischen Berufen gestaltete sich ebenfalls als schwierig. Hinzu kamen Herausforderungen, welche mit der Qualifikation der Arbeitnehmer zu tun hatten. Hare und seine Kollegen weisen darauf hin, dass die ukrainischen Arbeiter sich mit einer beruflichen Immobilität auszeichneten.<sup>718</sup> Dies bedeutet, dass Arbeitnehmer nicht dorthin zogen, wo es für sie die besten Berufschancen gab, sondern in der Regel in dem Umfeld blieben, in welchem sie aufgewachsen waren. Darüber hinaus verfügten viele Ukrainer nur über eine gut ausgebildete Qualifikation und konnten somit nicht in anderen Berufsfeldern tätig werden. Kleine Firmen gingen daher dazu über, Familienangehörige und Freunde anzustellen, was für die Qualität der Arbeit nicht förderlich war.

Die staatliche Gängelung kleiner Betriebe war nicht nur für die ökonomische, sondern auch für die politische Entwicklung der Ukraine von Nachteil. Es zeigt sich erneut, dass die Vermischung zwischen Politik und Wirtschaft weitreichend verbreitet war. Die nach den Systemtheoretikern Parsons und Luhmann geforderte Trennung bzw. Ausdifferenzierung der politischen und wirtschaftlichen Teilsysteme fand hier nicht statt. Ein eigenständiges Kleinstunternehmertum wurde durch die Behörden, zwecks eigener Bereicherung, massiv gestört. Hierdurch wurde auf der einen Seite die Entwicklung einer vielfältigen Unternehmenslandschaft, abseits der industriellen Großbetriebe, erschwert. Auf der anderen Seite verloren jene Ukrainer, die als Unternehmer tätig werden wollten, das Vertrauen in die staatlichen Institutionen. Darüber hinaus nahmen ausländische Investoren die Vorgehensweise der Behörden war und vermieden es, Geld in ukrainischen Geschäften anzulegen.

#### **6.2.4. Makroökonomische Veränderungen**

Die Struktur des Wirtschaftssystems der UdSSR wirkte sich erheblich auf die ökonomische Situation der Ukraine aus. Sowohl das System der Planwirtschaft, als auch die grundsätzliche Ausrichtung der sowjetischen Wirtschaft, konnten nicht innerhalb weniger Monate komplett

---

<sup>717</sup> Vgl. ebd., S. 240.

<sup>718</sup> Vgl. Hare, Paul; Ishaq, Mohammed und Estrin, Saul: The Legacies of Central Planning and the Transition to a Market Economy: Ukrainian Contradictions, Edinburgh 1996, S. 17.

überworfen und neu erfunden werden. Die Schwerindustrie büßte ab den 1980er Jahren zunehmend an Wert ein. Infolge der Planwirtschaft wurden zahlreiche Produkte erzeugt, die auf dem freien Weltmarkt keinen Abnehmer fanden. Der militärisch-industrielle Komplex, der eines der größten Symbole des Kalten Krieges war, hatte in der neu einsetzenden Ära seine Bedeutung verloren. Wirtschaftsbereiche, welche eng an den sowjetischen Staat, dessen Ideologie und Funktionen geknüpft waren, fielen mit der Loslösung der Ukraine aus der UdSSR in sich zusammen. Gleichzeitig war der Dienstleistungsbereich unterentwickelt.

Westliche Wirtschaftsexperten gingen davon aus, dass der industrielle Bereich, insbesondere die Schwerindustrie, eine lange Krise vor sich haben würde, während der nun befreite Sektor der Konsumgüter einen Aufschwung erleben könnte. Das Gegenteil trat ein. Die eisenverarbeitende Industrie konnte ihren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Produktion weiter ausbauen. Dies wird durch die Abb. 21 verdeutlicht.

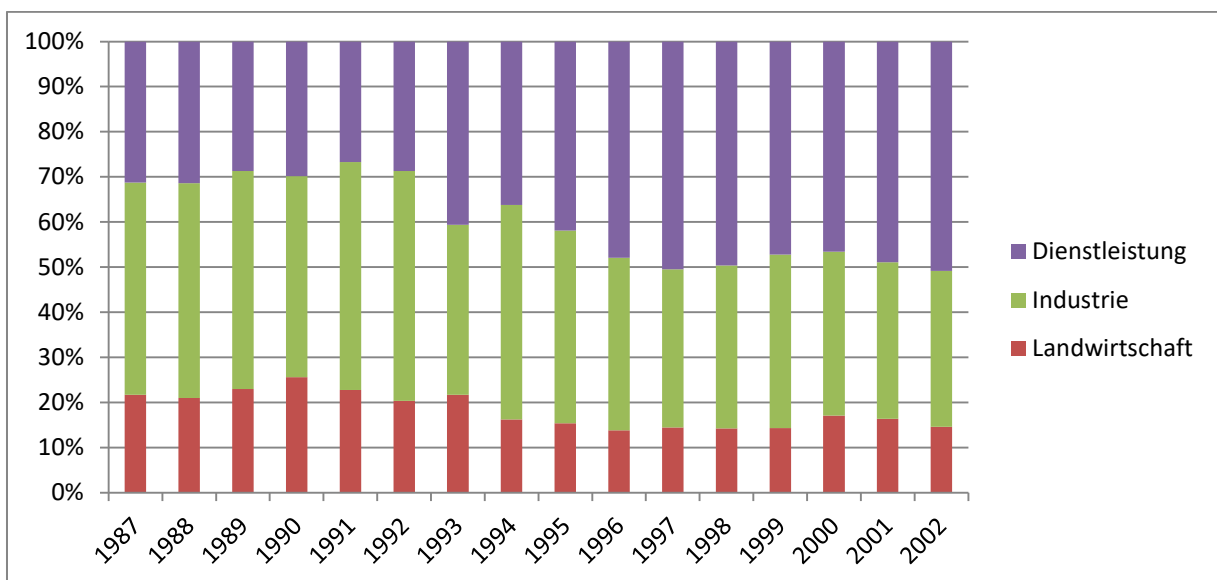


Abb. 21: Prozentanteil von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung am BIP, eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Durch sie wird sichtlich, dass die industrielle Ausrichtung der Ukraine ein Produkt der Sowjetzeit war. Ein überwiegender Teil des Bruttoinlandsprodukts der Ukraine speiste sich aus der Industrie. Im ersten Jahr der Unabhängigkeit erreichte dieser Wert seinen Höchststand mit 50,90%. In den folgenden Jahren variierte der Industrieanteil am BIP erheblich, blieb jedoch durchgehend bei mehr als 30%. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die ukrainische Industrie von Krisen unberührt blieb. Anhand der Abb. 22 wird sichtbar, dass die Industrie der Ukraine einen erheblichen Wertverlust hinnehmen musste.

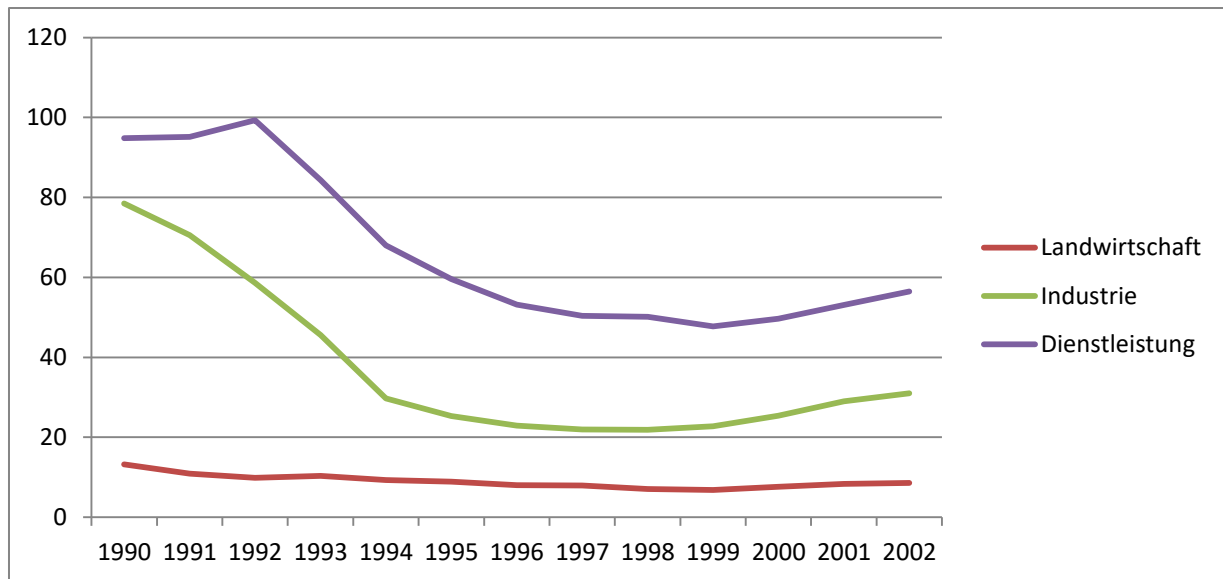


Abb. 22: Wert von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung (Mrd. US\$ 2010), eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

1990 kam die ukrainische Industrie auf einen Wert von rund 80 Mrd. US\$. Innerhalb von 7 Jahren büßte sie  $\frac{3}{4}$  ihres Werts ein und kam 1997 nur noch auf 21,9 Mrd. US\$. Insbesondere der Sektor des Maschinenbaus hatte erhebliche Einbußen zu verzeichnen und verringerte seinen Anteil an der gesamtdindustriellen Produktion von 29,8% im Jahr 1990 auf 8,3% im Jahr 1999.<sup>719</sup> Durch den Wegfall der Jahrespläne war der Bedarf nach Maschinen verschwunden. Gleichzeitig konnte sie sich qualitativ gegen Konkurrenzprodukt aus dem Westen oder dem asiatischen Markt nicht behaupten. Anders sah die Entwicklung bei der Stahlproduktion aus (siehe Abb. 23). Der Fakt, dass die Ukraine der fünftgrößte Produzent von Eisenerz und der zweitgrößte Erzeuger von Magnesium war, zusammen mit den zahlreichen Kohlevorkommen im Donbas, machte die Ukraine zu einem natürlichen Stahlproduzenten.

<sup>719</sup> Vgl. van Zon, Hans: The Political Economy of Independent Ukraine, London 2000, S. 75.



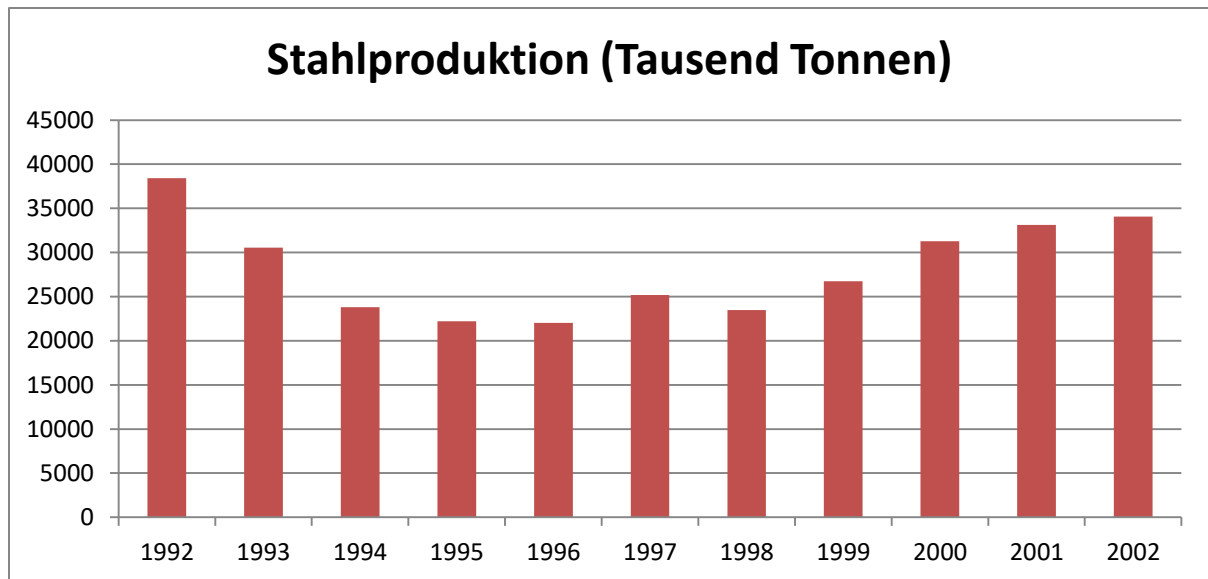


Abb. 23: jährliche Stahlproduktion (in Tausend Tonnen), eigene Darstellung, Quelle: Trading Economics: <https://tradingeconomics.com/ukraine/steel-production>

Zwar verzeichnete auch die ukrainische Stahlbranche einen Rückgang in der ersten Hälfte der 1990er Jahre. Dieser resultierte nicht zuletzt aus dem Zusammenbruch des ukrainischen Maschinenbausektors. Zentraler Grund für die Abnahme der Maschinenproduktion war die schwache Wettbewerbsfähigkeit der Produkte, vor allem in qualitativer Hinsicht. Nicht zuletzt waren frühere Absatzmärkte in der UdSSR verschwunden und Lieferketten waren durch den Zusammenbruch der Sowjetunion zerstört worden. Der rückgehende Bedarf an Maschinen in der Ukraine drosselte die Produktion des Stahls. Allerdings gelang es den Unternehmen ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, den eigenen Stahl zu günstigen Preisen auf dem Weltmarkt anzubieten, was die Produktion anstiegen ließ und gleichzeitig den gesamten Industriewert verbesserte. So wurden 1998 rund 70% der Stahlerzeugnisse exportiert.<sup>720</sup> Allerdings zeichnete sich der ukrainische Stahl nur durch eine geringe Qualität aus. Der Markt Südasiens war lange Zeit ein Abnehmer, verringerte jedoch seine Nachfrage im Zuge der Asienkrise deutlich und setzte ab der Jahrtausendwende zunehmend auf qualitativ höherwertigen Stahl, welche die Ukraine nicht liefern konnte. Notwendige Innovationen im Stahlsektor blieben aus und Anpassungen an potentielle Abnehmer wurden nicht vorgenommen. Dies lag nicht zuletzt daran, dass der Staat in 11 von 12 Stahlwerken die Mehrheit der Anteile hielt. Bei Absatzschwierigkeiten griff die Regierung unterstützend ein, so etwa 1998, als dem Stahlwerk in Kirowograd von Steuerzahlungen befreit wurde, um weiter zu arbeiten.<sup>721</sup>

<sup>720</sup> Vgl. ebd., S. 78.

<sup>721</sup> Vgl. ebd., S. 80-81.

Eng verbunden mit dem Stahlsektor war der militärisch-industrielle Komplex. 1991 produzierten rund 1,3 Mio. Ukrainer in 700 Unternehmen Rüstungsgüter.<sup>722</sup> Weitere 1,4 Mio. Beschäftigte, etwa Stahlproduzenten und Zulieferer standen in einem engen Abhängigkeitsverhältnis zum militärisch-industriellen Sektor. Bis zu 25% aller sowjetischen Panzer und Raketen wurden in ukrainischen Werken gefertigt und jedes fünfte sowjetische Kriegsschiff hatte seine Kiellegung in der Ukraine. Insbesondere im Bereich der Elektronik war die Ukraine für die Rote Armee von großem Wert.<sup>723</sup> Nach dem Zusammenbruch der UdSSR gelang es der Rüstungsindustrie, ihre Produkte in Indien, Pakistan und dem Iran abzusetzen. Traditionell verfügten die Rüstungsunternehmen nicht nur über weitreichende Ressourcen, sondern wurden darüber hinaus von erfahrenen Managern geleitet. So gelang es dem ukrainischen Rüstungssektor schnell, auf dem Weltmarkt präsent zu sein. Allerdings blieben auch hier tiefgreifende Umstrukturierungen und Modernisierungen aus, welche ab der Jahrtausendwende dazu führten, dass der Anschluss an andere Rüstungsfirmen, insbesondere der westeuropäischen Staaten, sowie jenen in den USA und China, verloren ging und der Absatz sich verringerte. Valentin Badrak weist daraufhin, dass die Ukraine die Chance hatte, eigene Flugabwehrsysteme, Aufklärungssatelliten und Militärtechnik zu entwickeln, diese aber verstreichen ließ.<sup>724</sup> Hauptgrund dafür war, dass die Rüstungsbetriebe jeweils bei verschiedenen Ministerien (Industrieministerium, Verteidigungsministerium, Weltraumagentur) angesiedelt waren und ein zentrales Koordinierungsgremium fehlte. Die ukrainische Führung war bemüht, nach der Auflösung der Sowjetunion, geschlossene Produktionsketten aufzubauen. Dies scheiterte jedoch nach kurzer Zeit. Grund hierfür waren Lücken in der Technologie. Sowohl bei komplexen Waffensystemen, wie Luft-Luft-Raketen, aber auch einfachen Munitionsgeschossen, war die Ukraine stets auf internationale Kooperation angewiesen. Jedoch vermied es die Führung des Landes, in diesem Bereich nachhaltige Entwicklungen anzuschieben.

Die Abhängigkeit der ukrainischen Wirtschaft von Russland zeigte sich hier im besonderen Maße. Moskau war nach dem Zusammenbruch der UdSSR der Hauptpartner in der militärtechnischen Zusammenarbeit. Rüstungsunternehmen aus dem Westen suchten daher nur zögerlich die Zusammenarbeit mit ukrainischen Partnern. Zwar unterstützte der Staat die Rüstungsfirmen, etwa durch den Kauf von Panzern, allerdings wurde die Rüstungsproduktion

---

<sup>722</sup> Vgl. ebd., S. 77.

<sup>723</sup> Vgl. ebd., S. 78.

<sup>724</sup> Vgl. Badrak, Valentin: Exportorientiert – Der Rüstungskomplex, die Politik und der Markt, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand. Bonn 2010, S. 288-289.

auf den realen Bedarf der Streitkräfte nicht umgestellt.<sup>725</sup> Innovationen in Forschung und Entwicklung kamen somit nicht zum Tragen. Produktionsmaschinen litten (bis heute) unter einem massiven Verschleiß und die Steuerung von Prozessen wurden nicht überarbeitet. Nicht zuletzt hatte die russlandnahe Militärlobby stets gute Verbindungen zu allen ukrainischen Regierungen und verhinderte eine etwaige grundlegende Neuausrichtung der militärtechnischen Zusammenarbeit.

Trotz der späteren guten Entwicklung geriet die gesamte ukrainische Wirtschaft ab dem Jahr 1990 in eine tiefgreifende Wirtschaftskrise. Mittels der Abb. 24 und Abb. 25 wird das Ausmaß des wirtschaftlichen Rückgangs der Ukraine deutlich.

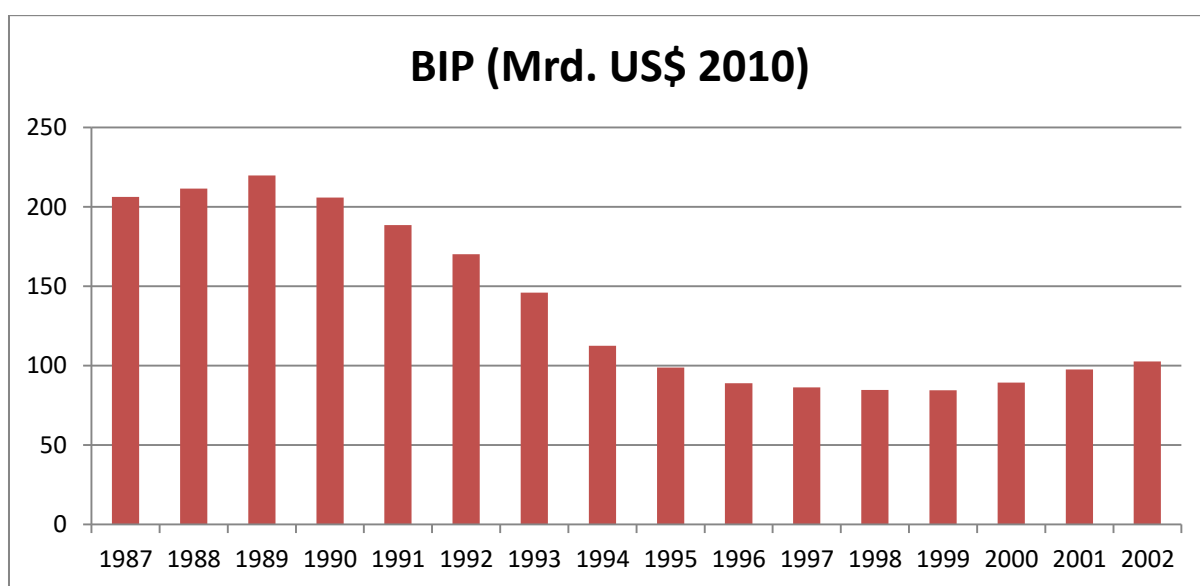


Abb. 24: BIP der Ukraine (Mrd. US\$ 2010), eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

<sup>725</sup> Vgl. ebd., S. 290.

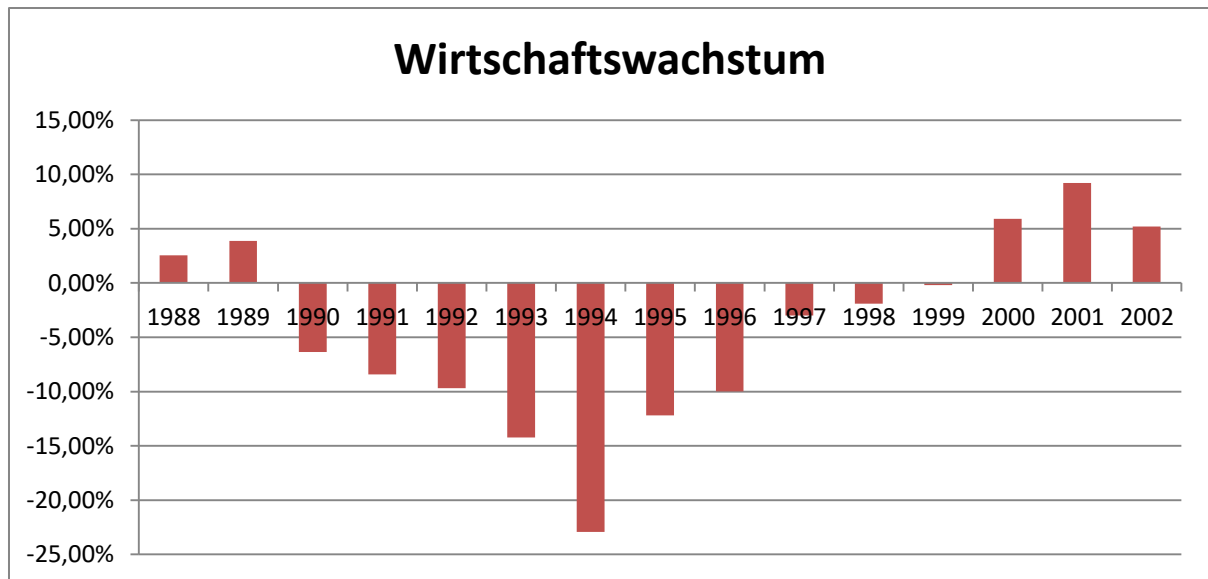


Abb. 25: prozentuales Wirtschaftswachstum, eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

1989 betrug das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine 219 Mrd. US\$ (Wert von 2010). Das Ende des Wettrüstens, das Scheitern der Planwirtschaft und der Zusammenbruch der UdSSR führten zu einem massiven Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ukraine. Die ukrainische Wirtschaft, die zu großen Teilen auf die Einhaltung der Zielstellungen der Jahrespläne ausgerichtet war, verlor mit dem sowjetischen Staat ihren wichtigsten Abnehmer. Der unabhängige ukrainische Nationalstaat hatte nicht den Bedarf für viele Produkte (Maschinen, Rüstungsgüter). Gleichzeitig waren die ukrainischen Unternehmen nicht in anderen Märkten präsent und mussten sich erst Schrittweise neue Absatzmärkte erschließen. Die hohe Inflation der frühen 1990er Jahre verschärfte an vielen Stellen die wirtschaftliche Situation. Folglich schrumpfte die Wirtschaft der Ukraine Jahr für Jahr und erreichte 1994 einen Höhepunkt mit einem negativen Wachstum von 22,93%. Bis 1999 ging die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes stetig zurück und lag ein Jahr vor der Jahrtausendwende bei nur noch 84 Mrd. US\$. Innerhalb einer Dekade hatte sich das BIP der Ukraine um fast 2/3 verkleinert. Der Arbeitsmarkt des Landes blieb davon nicht unberührt. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre konnte die Arbeitslosenzahlen auf einem niedrigen Niveau gehalten werden, was nicht zuletzt an den üppigen Subventionen lag, welche der Staat den Unternehmen zukommen ließ. Ab 1996 schlug sich die wirtschaftliche Krise auch auf die Beschäftigungszahlen nieder, wie in der Abb. 26 zu erkennen ist.

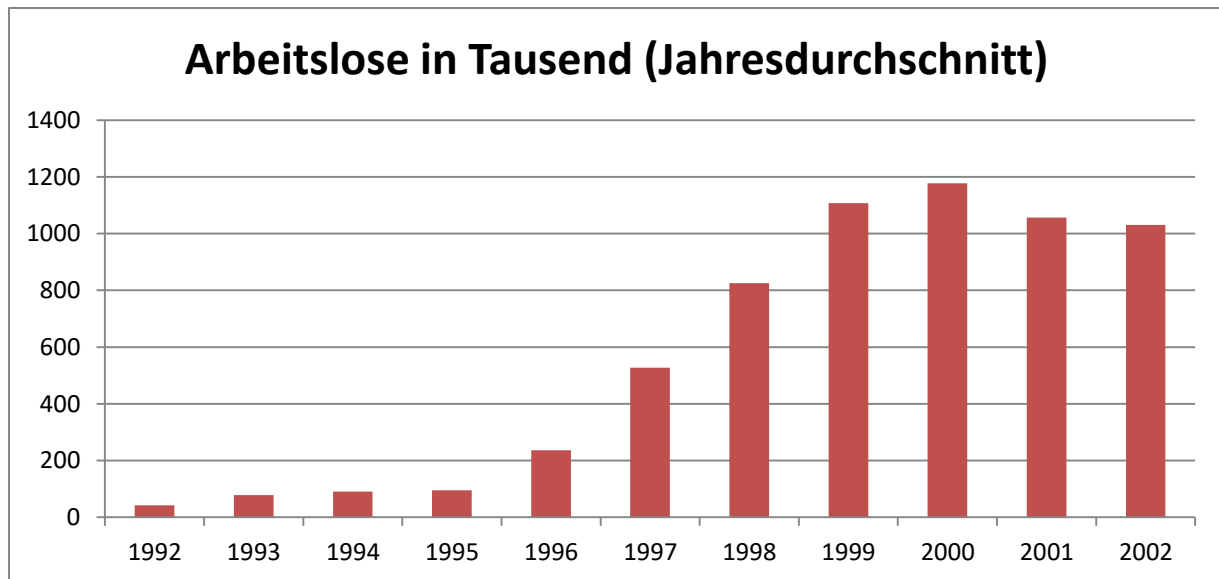


Abb. 26: Arbeitslosenzahlen in Tausenden (Jahresdurchschnitt), eigene Darstellung, Quelle: Trading Economics <https://tradingeconomics.com/ukraine/unemployed-persons>

Waren im Jahr 1995 durchschnittlich 95.000 Ukrainer arbeitslos, so wurde vier Jahre später erstmals die Marke von 1 Mio. überschritten und hatte sich somit nahezu verzehnfacht. Im April 2000 wurde der Höchststand mit 1,2 Mio. Beschäftigungslosen erreicht. Die Wirtschaftskrise der Ukraine wirkte sich zwar erst zeitlich versetzt auf den Arbeitsmarkt aus, traf diesen aber mit ungeminderter Härte. Ein weiterer Grund für den starken Anstieg der Arbeitslosenzahlen lag in der Beschäftigungsstruktur des Landes. „Instead of changing its employment structure in the direction of most developed market economies, employment structures began to resemble the less developed economies.”<sup>726</sup> Dies lag daran, dass die ukrainische Führung kontinuierlich auf der Förderung der Industrie, insbesondere der Schwerindustrie, beharrte. Eine frühzeitige und intensive Entwicklung des Dienstleistungssektors wurde verpasst bzw. bewusst ignoriert. Somit verlor die Ukraine die Chance auf eine rasche und nachhaltige Umstrukturierung der Wirtschaft. Investitionen in die ukrainische Wirtschaft konzentrierten sich auf die Schwerindustrie. Ausländische Kapitalanleger zögerten mit Investitionen in den Standort Ukraine. Zwar konnte die Summe der ausländischen Direktinvestitionen in den 1990ern insgesamt gesteigert werden (siehe Abb. 27), brach jedoch zum Ende des Jahrtausends um 1/3 ein.

<sup>726</sup> Vgl. van Zon, Hans: The Political Economy of Independent Ukraine, London 2000, S. 75.

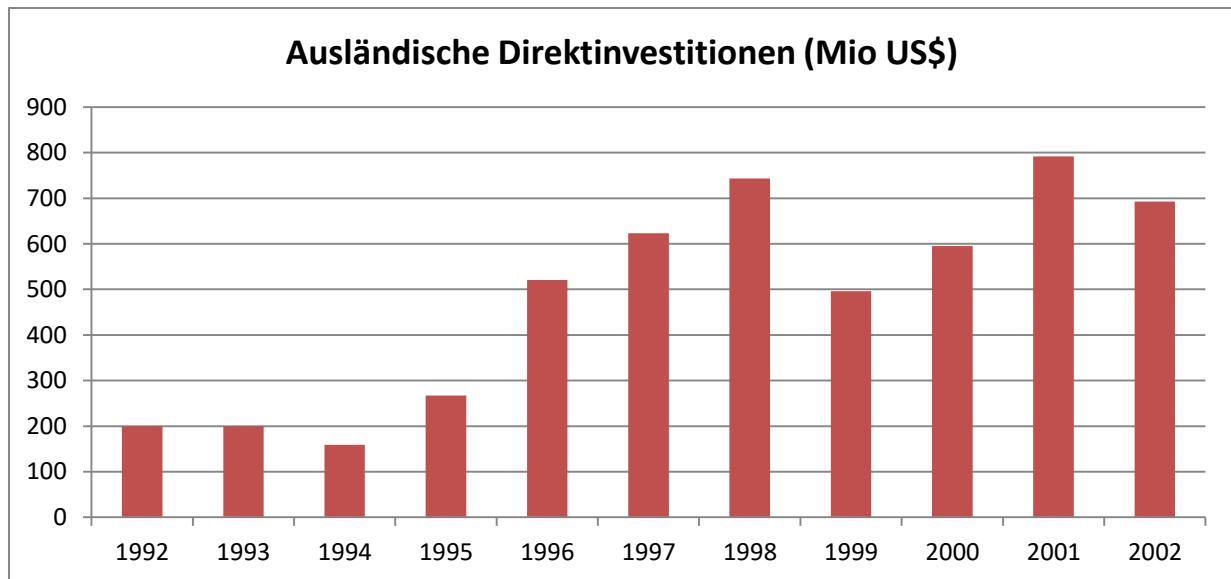


Abb. 27: ausländische Direktinvestitionen (Mio. US\$), eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Von den insgesamt 101 Mrd. US\$, welche bis 1999 in die ehemaligen Ostblockstaaten<sup>727</sup>, sowie Kroatien, Mazedonien, Russland und der Ukraine von ausländischen Geldgebern investiert wurden, entfielen auf letztere 3,1 Mrd.<sup>728</sup> Ein noch stärkerer Unterschied ergab sich bei der Pro-Kopf-Investition. Während dieser in Ungarn bei 1919US\$ lag und auch in Tschechien mit 1580US\$ starke Werte aufzeigte, bildete die Ukraine das Schlusslicht mit 64US\$. Selbst in Mazedonien lag die Pro-Kopf-Investition mit 98US\$ deutlich höher. In Russland kamen auf einen Einwohner 128US\$ ausländischer Investoren, doppelt so viele wie in der Ukraine.<sup>729</sup> Investitionen fokussierten sich auf die Nahrungsmittelindustrie, Maschinenbau und Metallverarbeitung. In einem von Felicitas Möllers durchgeführten Interview mit 21 Firmen, welche von ausländischen Geldgebern gegründet wurden, waren die beiden Hauptgründe, warum in die Ukraine investiert wurde: 1. Um potentielle Absatzmärkte zu sichern. 2. Um neue Absatzmärkte zu entwickeln.<sup>730</sup> Demgegenüber waren für Investoren in Tschechien die niedrigen Arbeitskosten ein wichtiger Anreizpunkt. Für die Gründung neuer Firmen war oftmals auch der Aspekt der Sicherung bereits bestehender Absatzmärkte von großer Bedeutung, während dieser für Anleger in der Ukraine kaum eine Rolle spielte. In der

<sup>727</sup> Gemeint sind hierbei die tschechische Republik, Ungarn, Polen, die slowakische Republik, Slowenien, Bulgarien und Rumänien.

<sup>728</sup> Vgl. Havlik, Peter et al.: The Transition Countries in Early 2000: Improved Outlook for Growth, But Unemployment Is Still Rising, WIIW Research Reports, No. 266 June 2000, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Wien 2000, S. 19.

<sup>729</sup> Vgl. ebd., S. 19.

<sup>730</sup> Vgl. Möllers, Felicitas: Foreign Direct Investment in Ukraine – Experiences Taken from Reality, in: Siedenber, Axel und Hoffmann, Lutz (Hrsg.): Ukraine at the Crossroads – Economic Reforms in International Perspective, Physica-Verlag Heidelberg, New York 1999, S. 145.

gleichen Umfrage gaben alle Befragten an, dass rechtliche Unsicherheiten in der Ukraine sie von weiteren Kapitalanlagen abhielten. Weitere Hindernisse waren aus Sicht der Investoren die unzureichende Infrastruktur, die fehlende Unterstützung durch die Regierung bei gleichzeitiger weitreichender Überwachung durch eben jene, sowie die allgemeine Korruption und die lange Wartezeit bis zu Genehmigung von Investitionen.<sup>731</sup> Die Widersprüchlichkeit vonseiten der Regierung zeigte sich beispielsweise darin, dass allen Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Anteilseignern, die vor dem 01.01.1995 registriert waren, eine Steuerbefreiung für fünf Jahre durch den Präsidenten versprochen wurde. Das Parlament nahm diese Sondergenehmigung jedoch am 01.07.1997 wieder zurück.<sup>732</sup> Dieses widersprüchliche Verhalten verunsicherte viele ausländische Investoren und hielt sie von größeren Kapitalanlagen in die Ukraine ab. Somit blieb das Land über einen langen Zeitraum ein unattraktiver Platz für ausländische Investoren.

Mit Blick auf den Außenhandel lässt sich festhalten, dass die Ukraine als einer der Nachfolgestaaten der Sowjetunion traditionell enge Beziehungen zu anderen ehemaligen Staaten der UdSSR pflegte. Der überwiegende Teil der ukrainischen Exporte ging in diese Region, größter Abnehmer war Russland. Gleiches lässt sich für die Importe sagen. Insbesondere Russland mit seinen Gaslieferungen wurde für die Ukraine sofort nach der Unabhängigkeit zum wichtigsten Handelspartner. Die Ukraine hatte in der ersten Hälfte der 1990er Jahre ein Handelsdefizit zu verzeichnen (siehe Abb. 28). Dieses ergab sich aus den restriktiven Exportvorschriften und Preiskontrollen.<sup>733</sup> Der zurückgehende Export im Jahre 1993 war ein Resultat der sich nur langsam liberalisierenden Exportpolitik des Landes.

---

<sup>731</sup> Vgl. ebd., S. 146.

<sup>732</sup> Vgl. ebd., S. 152.

<sup>733</sup> Vgl. Thießen, Ulrich: Außenwirtschaftliche Aspekte des Transformations- und Entwicklungsprozesses in der Ukraine, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Vol. 65, Iss. 2, Berlin 1996, S. 221.

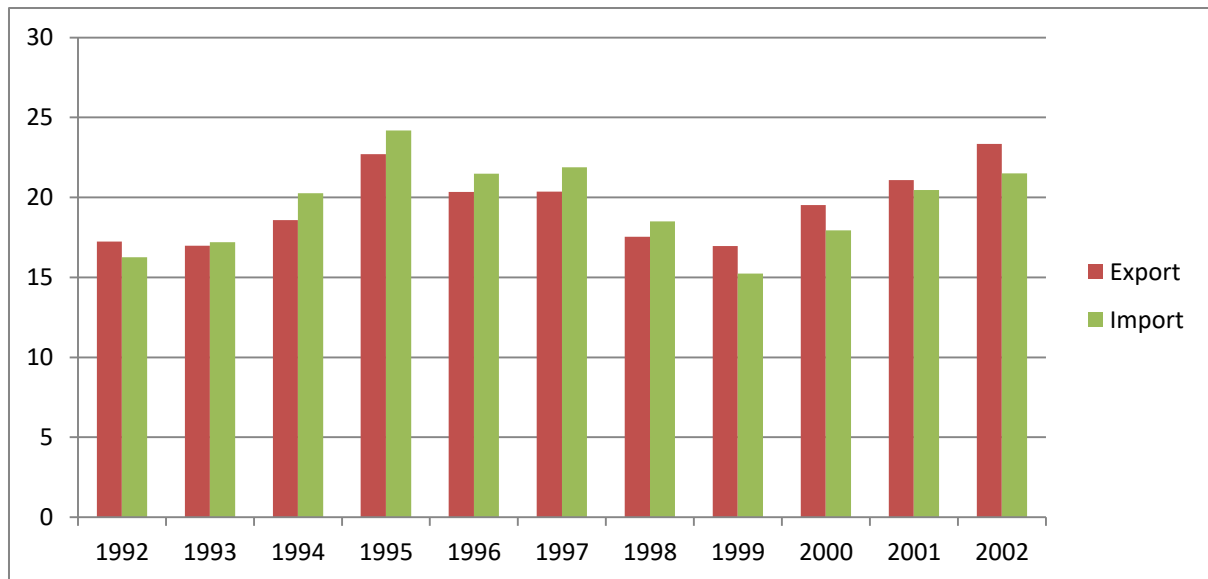


Abb. 28: ukrainische Importe und Exporte (in Mrd. US\$ 2017), eigene Darstellung, Quelle: TheGlobalEconomy: [http://www.theglobaleconomy.com/index\\_api.php?cid=227#availableData](http://www.theglobaleconomy.com/index_api.php?cid=227#availableData)

Der Handel mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wuchs seit 1993, verlor aber stetig seinen Anteil am gesamtukrainischen Außenhandel. Das Handelspotential insbesondere mit Ländern Westeuropas und den USA wurde nur zögerlich genutzt. Anders als bei der ehemaligen Sowjetstaaten erzielte die Ukraine mit westlichen Staaten durchweg einen Außenhandelsüberschuss. 1998 war das gesamte Handelsvolumen mit den Nachfolgestaaten der UdSSR kleiner als das mit der übrigen Welt.<sup>734</sup> Nichtsdestotrotz stellte die abrupte Einführung der ukrainischen Wirtschaft auf den internationalen Markt diese vor erhebliche Herausforderungen. Die konkurrierenden Firmen, insbesondere die aus westlichen Industrieländern, hatten Vorsprünge im Bereich der Vernetzung und Technologie. Ukrainische Unternehmen produzierten meist Waren von niedriger Qualität, vorwiegend Stahl und Aluminium. „Since the start of the liberalization of foreign economic relations, Ukraine has been subject to an exposure to foreign competition in which it remained largely passive. Penetration through markets took place rather than an outward dynamism of Ukrainian enterprises. Foreign competition contributed to the steep industrial decline, while industrial enterprises hardly adjusted.“<sup>735</sup> Der ukrainische Markt wurde internationalisiert jedoch nicht die Strukturen innerhalb der Produktionsabläufe. Die Einfuhr potentieller neuer Technologien wurde auf vielen Ebenen verhindert, was die Wettbewerbsfähigkeit mit ausländischen Produkten erschwerte. Somit blieb die Ukraine für lange Zeit ein Land, das subventionierten Eisen, Stahl und Aluminium von geringer Qualität exportierte.

<sup>734</sup> Vgl. van Zon, Hans: The Political Economy of Independent Ukraine, London 2000, S. 112.

<sup>735</sup> Ebd., S. 134.



Unter Bezugnahme der Modernisierungstheorie kann festgehalten werden, dass es der Ukraine in der ersten Dekade ihrer Unabhängigkeit nicht gelang, einen hohen sozioökonomischen Entwicklungsstand zu erreichen. Grundlegende Strukturreformen im wirtschaftlichen Bereich blieben aus, wodurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes keine signifikante Verbesserung erfahren konnte. Der nach Lipset wichtigste Faktor für die Wahrscheinlichkeit der demokratischen Konsolidierung ist das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf.<sup>736</sup> Ein zwingender Zusammenhang zwischen dem BIP/pro Kopf und der Demokratisierung wird in dieser Arbeit nicht gesehen, dennoch sollte dieser Aspekt nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben.

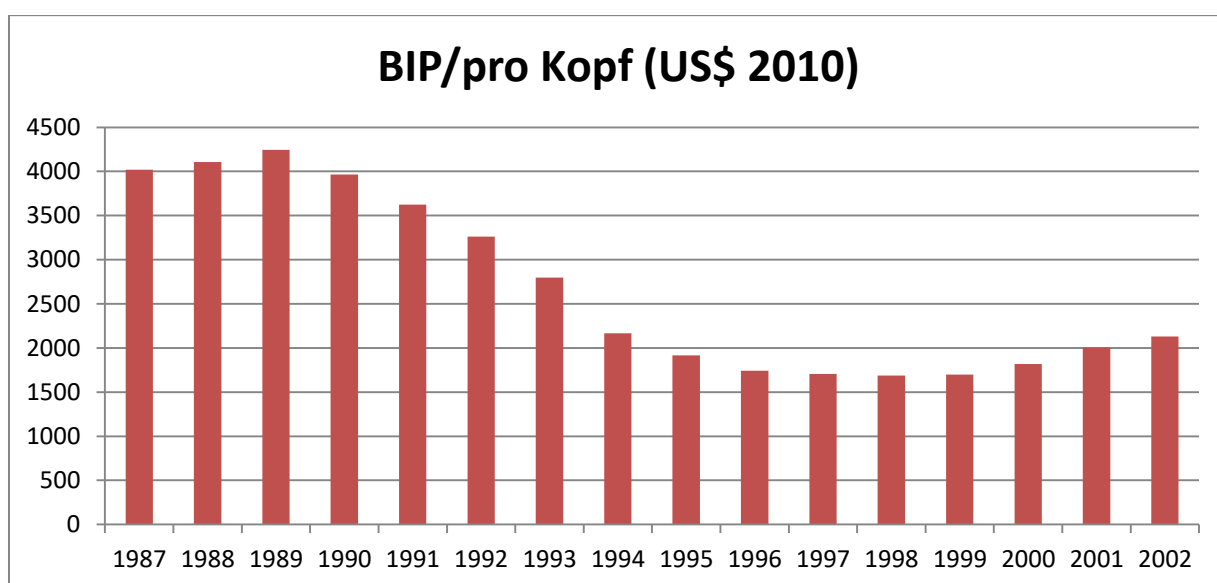


Abb. 29: BIP/pro Kopf (US\$ 2010), eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Die Abb. 29 zeigt, dass das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der Zeit von 1989 bis 1998 durchgehend rückläufig war. Entsprechend der allgemeinen negativen Entwicklung der ukrainischen Wirtschaft verringerte sich auch das BIP/pro Kopf um mehr als 50%. Erst mit dem zur Jahrtausendwende einsetzenden Wirtschaftswachstum, konnte auch das BIP/pro Kopf gesteigert werden. Anderen ehemals kommunistischen Staaten, wie beispielsweise Polen, Tschechien oder Ungarn gelang es, das BIP/pro Kopf auf dem gleichen Niveau zu halten, oder sogar ein Wachstum zu erzeugen. Eine nachhaltige demokratische Konsolidierung hätte durch ein gleichbleibendes Level im Bereich des BIP/pro Kopf eine unterstützende Wirkung erfahren. Dies war in der Ukraine jedoch nicht der Fall. Eine zur

<sup>736</sup> Vgl. Lipset, Martin Seymour: Political Man – The Social Bases of Politics, Garden City, New York 1960, S. 45-72.

Unterstützung der Demokratisierung notwendige Mittelschicht konnte sich nicht entwickeln. Große Teile der ukrainischen Bevölkerung rutschten in die Armut ab. 1996 hatten 57,4% aller Ukrainer weniger als 5,50\$ pro Tag zur Verfügung.<sup>737</sup> Ab dem Jahr 2002 fing die ukrainische Regierung an, eine eigene Armutsgrenze zu definieren. Im ersten Jahr der Aufzeichnung fielen 83% aller Ukrainer unter die bezeichnete Armutsgrenze, während es in Russland nur jeder vierte war.<sup>738</sup> Zwar belegt das Beispiel Indien, dass Demokratie und weit verbreitete Armut keine Gegensätze sein müssen, dennoch wird eine umfassende Systemtransformation durch eine positive sozioökonomische Entwicklung unterstützend flankiert. Die in der Ukraine ohnehin weit verbreiteten Ressentiments gegen grundlegende wirtschaftliche Umstrukturierungen wurden durch das hohe Armutsniveau weiter verstärkt. Hierdurch wurde letztlich auch das Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger und ihre Fähigkeit, die Wirtschaft des Landes zu stärken, weitreichend geschädigt.

#### **6.2.5. Zusammenfassung**

Das Ende der Sowjetunion und die plötzliche Einführung von kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen führten in der Ukraine zu einer tiefen ökonomischen Krise. Basierend auf der alten Sowjetideologie wollte die ukrainische Führung ebenfalls weite Teile der Wirtschaftswelt kontrollieren. Vor allem die Festlegung der Preise wurde hierbei als effizientes Mittel angesehen. Allerdings gelang die angestrebte Kontrolle nur teilweise. Unternehmen entzogen sich der staatlichen Aufsicht oder lokale Behörden, die für die Umsetzung zuständig waren. Ebenso kam es vor, dass die regionalen Verwaltungen nicht den Anweisungen aus Kiew folgten und bilaterale Absprache mit den Wirtschaftsvertretern vor Ort trafen.

Nach der politischen Loslösung der Ukraine von Russland blieb die finanzpolitische Abhängigkeit jedoch weiter bestehen. Der Kupon wurde als Übergangslösung eingeführt, da Moskau die Kopplung an den Rubel nicht länger hinnehmen wollte. Die Übergangswährung katapultierte die Ukraine allerdings in eine Hyperinflation, die aufgrund einer fehlenden Stabilisierungspolitik maximale Wirkung zeigen konnte. Selbst Grundnahrungsmittel wie Brot und Milch verzeichneten massive Teuerungsraten und es kam an einigen Tagen zu Engpässen. Erst nach dem Abklingen der Inflation wurde 1996 die eigene Währung Hrywnja eingeführt.

---

<sup>737</sup> Vgl. World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

<sup>738</sup> Vgl. ebd.

Das eigentliche Herzstück der kapitalistischen Wirtschaft, die Privatisierung von Unternehmen, wurde nur zögerlich angegangen. Die besonders bei den unteren Schichten weit verbreitete Sowjetnostalgie führte zu einer extremen Verlangsamung von Privatisierungsprozessen. Das Parlament fungierte oft als Bremser und verhinderte weitreichende Privatisierungen. Hinzu kam, dass der Staat sehr genau wusste, welche Betriebe er aus der Hand geben wollte und welche nicht. Unternehmen von strategischer Bedeutung, insbesondere im Rüstungsbereich und jenen mit hohen Umsätzen, wurden weiterhin als Staatsbetriebe geführt. Wenn Privatisierungen zustande kamen, so bedeutete dies oft, dass die frühere Belegschaft die Firma erwarb. Externe Interessenten hatten es in der Regel schwer, entsprechende Unternehmen zu erwerben. Dies hatte jedoch zur Folge, dass Betriebe von Managern geführt wurden, die von den Strukturen und Funktionsweisen der Marktwirtschaft nur wenig verstanden und die Effektivität minderten.

Die Ukraine hatte sich unter sowjetischer Herrschaft zu einem Land entwickelt, dessen Hauptstandbein auf der Schwerindustrie beruhte. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR war der Dienstleistungssektor nur gering ausgebildet und mit denen der westlichen Länder nicht konkurrenzfähig. Eine weitreichende Umstrukturierung und Erneuerung der Wirtschaft fand nicht statt. Die Industrie war in den 1990er Jahren weiterhin die Hauptwirtschaftskraft der Ukraine. Insbesondere der Eisen- und Stahlsektor war hierbei von zentraler Bedeutung. Zwar musste auch dieser in der ersten Hälfte der 1990er Rückgänge verbuchen, dennoch gelang es dem Land in diesem Bereich, auf den internationalen Markt vorzudringen und Gewinne einzufahren. Insbesondere in Südostasien war über viele Jahre der billige Stahl (sowohl mit Blick auf den Preis als auch die Qualität) sehr begehrt. Potentiale im militärisch-industriellen Sektor wurden hingegen vergeben. Die Zusammenarbeit mit Russland wurde Kooperationen mit westlichen Partnern vorgezogen. Eine mögliche Entwicklung neuer Antriebs- und Raketentechnologien wurde somit verspielt.

Ausländische Investoren verfolgten diese Entwicklungen und investierten nur im begrenzten Maße in die Ukraine. Die weit verbreitete Korruption, die fehlende Unterstützung seitens der Regierung und die hohen bürokratischen Hürden machten das Land als Investitionsstandort unattraktiv. Von allen Kapitalanlagen, welche in den 1990ern im ehemaligen Ostblock getätigt wurden, gingen nur 3% in die Ukraine. Das Land wurde vor allem als zukünftiger Absatzmarkt gesehen und nicht als ein wichtiges Teilstück einer neuen Produktionskette.

Wie fast alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion, so hatte auch die Ukraine ein sinkendes Bruttoinlandsprodukt zu verzeichnen. Die Intensität der schrumpfenden Wirtschaft war jedoch beträchtlich. Gründe hierfür waren die protektionistische Haltung beim Außenhandel,

die schleppende Privatisierung und der Nichtwille zur wirtschaftlichen Umgestaltung. Bis zur Unabhängigkeit war der sowjetische Staat der wichtigste Abnehmer für die meisten Produkte. Die Ukraine konnte dies nicht kompensieren, war jedoch gleichzeitig auch nicht gewillt notwendige Umstrukturierungen im makroökonomischen Bereich vorzunehmen. Somit produzierte die Ukraine hauptsächlich Stahl und Nahrungsmittel, die erst allmählich ihre Marktlücke finden mussten. Resultierend aus der schrumpfenden Wirtschaftskraft gingen Betriebe Pleite und Mitarbeiter verloren ihre Anstellung. 1999 waren 1,2 Mio. Ukrainer als Arbeitslos gemeldet. Neben den makroökonomischen Gegebenheiten war es aber auch die berufliche Immobilität ein Grund für diesen hohen Anstieg. Die Ukrainer waren nur selten bereit, ihren Arbeitsplatz zu wechseln und brachten häufig nur eine spezielle Berufsausbildung mit. Folglich war es Praxis, dass Firmenbesitzer Familienangehörige und Freunde einstellten, ohne auf deren Qualifikationen zu achten.

Somit lässt sich festhalten, dass eine grundlegende Umgestaltung der ukrainischen Wirtschaft in den 1990er Jahren nicht stattfand. Es war in erster Linie der fehlende politische Wille auf verschiedenen Ebenen der dazu führte, dass die Ukraine eine Mischform aus alter Planwirtschaft und kapitalistischer Marktwirtschaft entwickelte. Die Abkehr von der Schwerindustrie und die Entwicklung eines effizienten Dienstleistungssektors wurden abgelehnt bzw. sehr schleppend angegangen. Somit intensivierte die Ukraine die ohnehin schon gravierende Wirtschaftskrise. Folglich wurde nicht nur der Hang zur Vetternwirtschaft und Korruption vergrößert, sondern auch das Vertrauen in die politischen und ökonomischen Entscheidungsträger weiter beschädigt.

### **6.3. Zwischenbilanz**

Betrachtet man sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Transformation der Ukraine von 1990 bis 2002 ergibt sich ein gemischtes Bild, welches jedoch überwiegend einen negativen Charakter aufweist. Die anfängliche Euphorie über die Möglichkeit zur Eigenstaatlichkeit währte nur kurz und konnte nicht in ein breites politisches Engagement der ukrainischen Bürger umgewandelt werden. Der alten Nomenklatur gelang es, in ihren bisherigen Positionen zu verharren. Hierdurch konnte sie ihren Einfluss in Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Militär behalten und Veränderungen zu ihren Ungunsten verhindern. Gleichzeitig verharrten weite Teile der Bevölkerung in einer nostalgischen Haltung, insbesondere bei ökonomischen Fragen. Der Unwille, die staatliche Kontrolle über weite Teile der Wirtschaft aufzugeben, sowie die Skepsis gegenüber weitreichenden Reformen im Sinne der Marktwirtschaft, verdeutlichten sich in dem starken Abschneiden der

Kommunistischen Partei bei den Parlamentswahlen 1994 und 1998. Parteien, die eine grundsätzlich neue wirtschaftliche Ordnung herbeiführen wollten, gab es so gut wie nicht. Nicht zuletzt standen viele Ukrainer Parteien generell ablehnend gegenüber. Ein breites Parteienspektrum mit unterschiedlichen politischen Vorstellungen konnte sich somit nicht entwickeln. Ebenso vermochten es Parteien nicht, sich als Interessenvermittler zwischen der Gesellschaft auf der einen und den staatlichen Institutionen auf der anderen Seite zu etablieren. Folglich fiel es Clans und Oligarchen leicht, Parteien für ihre Zwecke zu okkupieren und ins Parlament zu bringen. Die Einflussnahme der Nomenklatur und Wirtschaftsvertreter auf das politische Geschäft, abseits der verfassungsrechtlichen Ordnung, muss als demokratische Fehlentwicklung gekennzeichnet werden. Nicht zuletzt wurde unter Präsident Kutschma die Nähe zu Oligarchen offen gesucht und dadurch die Möglichkeit zur politischen Beeinflussung weiter ausgebaut. Die innergesellschaftlichen Machtverhältnisse verharrten somit auf der Seite eines engen elitären Kreises. Für eine demokratische Konsolidierung hätten die Machtressourcen breiter gestreut und die zivilgesellschaftliche Ebene stärker in politische Prozesse eingebunden werden müssen. Dies fand in der Ukraine jedoch nicht statt. Ein ausschlaggebender Grund hierfür war die fehlende Entwicklung einer kritischen Zivilgesellschaft. Die weitverbreitete apathische Haltung der Ukrainer bei politischen Prozessen, ermöglichte es alten Eliten und neuen Oligarchen, die Machtressourcen auf ihrer Seite zu zementieren.

Die 1996 verabschiedete Verfassung vermochte es nicht, die Machtverhältnisse grundlegend zu ändern. Zwar erlangte die Ukraine durch sie (die Verfassung) einen formalen demokratischen Charakter, jedoch gelang es ihr nicht, Machttrivalitäten zwischen verschiedenen Institutionen zu regeln. Insbesondere Parlament und Präsident befanden sich fast durchgängig in Konflikten. Selten ging es dabei um inhaltliche Differenzen, sondern vielmehr um den Zuwachs an politischer Macht auf der jeweiligen Seite. Der beständige Kampf zwischen zwei zentralen Strukturen des demokratischen Staates diente somit vorrangig dem eignen Prestigegewinn und nicht der Festigung demokratischer Verhältnisse. Gerade dieser Punkt wirkte sich in erheblicher Weise negativ auf die Konsolidierung der ukrainischen Demokratie aus. Kutschma gelang es wiederholt, die öffentliche Wahrnehmung der Legislative in ein negatives Bild zu rücken. Nicht zuletzt verstärkten etliche Parlamentarier durch ihr Verhalten den Eindruck einer elitären Klasse, welche vorrangig auf die eigene Bereicherung aus war.

Die mit der Unabhängigkeit der Ukraine einsetzende Wirtschaftskrise erschwerte die demokratische Konsolidierung zusätzlich. Zum einen hatte sie ein solches Ausmaß, dass

große Teile der Bevölkerung sich auf das pure wirtschaftliche Überleben konzentrieren mussten und daher keine zeitlichen Ressourcen für ein etwaiges politisches Engagement übrig hatten. Zum anderen war die politische Führung des Landes nicht fähig und willens, krisenmildernde Maßnahmen durchzusetzen. Das Beibehalten staatlicher Kontrollen über etliche Betriebe, sowie die Subventionierung von Unternehmen mit negativen Bilanzen, erinnerte an die Fortsetzung der gescheiterten sowjetischen Wirtschaftspolitik. Der mangelnde Wille zur grundsätzlichen und tiefgreifenden Umstrukturierung der Ökonomie, im Sinne der kapitalistischen Marktwirtschaft, wurde insbesondere von ausländischen Investoren negativ wahrgenommen und hielt sie davon ab, größere Kapitalanlagen in der Ukraine zu tätigen. Modernisierungsfördernde Impulse von externen Akteuren hielten somit kaum Einzug in das Land.

Aus systemtheoretischer und strukturtheoretischer Sicht muss der Transformationsprozess der Ukraine bis 2002 als negativ titulierte werden. Die von Luhmann und Parsons geforderte funktionale Ausdifferenzierung der sozialen Teilsysteme fand nur unzureichend statt. Insbesondere in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit behielt die Regierung weitgehende Kontrolle über große Teile der Wirtschaft. Zwar gab sie diese schrittweise auf, allerdings war sie nicht bereit, Industriezweige von strategischer Bedeutung aus der Hand zu lassen. Durch den Aufstieg von Clans und Oligarchen gelang es der ökonomischen Sphäre, Einfluss auf die politische zu erlangen. Das daraus resultierende Netz der gegenseitigen Abhängigkeit und Einflussnahme führte zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten eines elitären Zirkels. Die nach dem Theorem der Machtdispersion für eine erfolgreiche Demokratisierung notwendige breite Streuung der Machtressourcen wurde hierdurch konterkariert und die politische und ökonomische Führungsschicht konnte sich eine Hegemonialstellung erkämpfen.

Des Weiteren zeigte der Unwille zur wirtschaftlichen Umstrukturierung, dass die Ukrainer mit dem alten Sowjetsystem nicht gänzlich brechen wollten. Die fortwährende Fokussierung auf die Schwerindustrie bei gleichzeitiger Subventionierung von defizitären Großbetrieben und Gängelung von Kleinunternehmen erschwerte den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Folglich wirkte sich die wirtschaftliche Krise des Landes besonders stark auf die Bevölkerung aus. Hyperinflation, Schrumpfung der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit und eine weit verbreitete Armut waren die Folge. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung hätte den demokratischen Konsolidierungsprozess nachhaltig unterstützen können. Jedoch nahm der sozioökonomische Entwicklungsstand ab und zahlreiche Ukrainer fanden sich Mitte der 1990er Jahre in einer schlechteren wirtschaftlichen Situation als zum Ende des Kalten

Krieges. Der ökonomische Abstieg der meisten Ukrainer entwickelte sich zu einem zentralen Hindernis für die Demokratisierung. Korruption und Nepotismus wurde für viele Menschen eine attraktive Lösung, um die eigene Armut zu lindern.

Mit Blick auf die vier Ebene der Konsolidierung (konstitutionell, repräsentativ, Verhalten, Bürgergesellschaft) kann festgehalten werden, dass die Ukraine 10 Jahre nach ihrer Unabhängigkeit nur geringe Fortschritte aufzuweisen hatte. Der fortwährende Verfassungskonflikt und der Streit zwischen Präsident und Rada belegen, dass selbst die konstitutionelle Konsolidierung noch nicht abgeschlossen war. Ebenso war die repräsentative Konsolidierung unzureichend ausgebildet, da Parteien nur in Ausnahmefälle als Vermittler zwischen der Gesellschaft und den staatlichen Institutionen fungierten. Insbesondere auf der Ebene der Verhaltenskonsolidierung zeigte sich ein negatives Bild. Unterschiedlichste Vetomächte nutzen ihren Einfluss, um etwaige Entwicklungen zu ihren Ungunsten zu unterbinden. Als größte und mächtigste Vetospieler müssen die Clans und Oligarchen angesehen werden. Ihr wirtschaftlicher und politischer Einfluss wirkten sich in erheblicher Weise negative auf die demokratische Konsolidierung der Ukraine aus. Nicht zuletzt erfolgte die Konsolidierung der Bürgergesellschaft nur zögerlich, was nicht zuletzt aus der wirtschaftlichen Notlage der Mehrheit der Ukrainer resultierte.

Somit kann die Ukraine 10 Jahre nach ihrer Unabhängig als defekte Demokratie bezeichnet werden. Es gelang ihr nicht, alte sowjetische Denk- und Handelsweise komplett abzuschaffen. Zwar wurde der Aufbruch in ein demokratisches System kaum aktiv bekämpft, jedoch zeigte das Verhalten, insbesondere der Elite, dass es kein durchgehendes Verständnis und Akzeptanz von demokratischen Spiel- und Verhaltensregeln gab. Der formale Rahmen der ukrainischen Demokratie wurde nicht durch eine demokratische Geisteshaltung ausgefüllt.

## **7. Transformation 2003-2013**

In ökonomischer Hinsicht hatte die Ukraine seit ihrer Loslösung aus der Sowjetunion mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Die neue politische Führung des Landes war kaum bereit, die weitreichende staatliche Kontrolle über die Wirtschaft aufzugeben. Der traditionelle Fokus auf die Schwerindustrie wurde auch in den 1990er Jahren beibehalten. Großbetriebe mit defizitären Leistungsbilanzen wurden großzügig vom Staat unterstützt. Eine grundlegende Umstrukturierung hin zu marktwirtschaftlichen Prinzipien fand nur teilweise statt. Folglich nahmen ökonomische Krise erhebliche Ausmaße an und eine Hyperinflation katapultierte zahlreiche Ukrainer in die Armut. Vetternwirtschaft und Korruption breitete sich aus und wurden für viele Menschen die einzige Möglichkeit, um den eigenen Lebensunterhalt zu sichern. Gleichzeitig vermieden es ausländische Investoren, größere Kapitalanlagen in der Ukraine zu tätigen. Geringe Wachstumsaussichten, staatliche Gängelung und hohe bürokratische Hürden hatten eine abschreckende Wirkung. Erst zur Jahrtausendwende gelang es dem Land, ein Wirtschaftswachstum zu generieren und den Wohlstand zu vergrößern. Dennoch blieb das ökonomische Profil einseitig orientiert und konnte bei Krise wieder schnell in sich zusammenbrechen.

### **7.1. Politische Transformation**

Die erste Dekade seit der Unabhängigkeit zeichnete sich für die Ukraine durch zahlreiche politische und ökonomische Probleme aus. Der Nomenklatur war es gelungen, ihre alten Machtpositionen in Verwaltung, Betrieben und Militär zu behaupten. Die politische Landschaft zeichnete sich durch eine Vielzahl an Kleinst- und Splitterparteien aus, sowie jenen, die von Oligarchen zur eigenen Interessensvertretung gegründet wurden. Ein fortwährender Machtkonflikt zwischen Präsident und Parlament hatte das Vertrauen, insbesondere in die Legislative, nachhaltig beschädigt. Der ukrainischen Verfassung gelang es nicht, die Machtverteilung zwischen den Institutionen auf ein tragfähiges Fundament zu bauen. Das politische System des Landes hatte sich somit noch nicht konsolidiert und war für größere Konflikte anfällig.

#### **7.1.1. Parlament**

Die Parlamentswahlen 2002 brachten einige Veränderungen mit sich. Noch ein Jahr zuvor hatte die Rada verschiedene Gesetze verabschiedet, um die Zusammensetzung des Parlaments neu zu regeln. Eine im Januar 2001 beschlossene Variante sah vor, dass sämtliche



Abgeordneten nach Parteilisten gewählt werden sollten.<sup>739</sup> Dies setzte allerdings eine landesweit vorhandene Parteistruktur voraus, über welche damals nur die Kommunisten verfügten und folglich alleinige Profiteure des Gesetzes waren. Im Juli 2001 wurde das Gesetz überarbeitet. Die neue Regelung sah vor, dass 75% der Abgeordneten nach dem Prinzip der Parteilisten gewählt wurden und 25% aus Direktwahlkreisen bestehen sollten. Jedoch bezog sich das Gesetz auf die Abgeordnetenzahl von 450. Kutschma strebte allerdings eine Verkleinerung des Parlaments an und legte ein Veto gegen das Gesetz ein, mit der Begründung, dass die Direktwahlkreise zu groß wären. Am 18.10.2001 beschloss das Parlament ein Wahlgesetz, welches weitestgehend der alten und von Kutschma favorisierten Variante entsprach. Die Hälfte der 450 Abgeordneten wurde auch weiterhin durch Direktwahlmandat errungen. Hierdurch konnten Oligarchen und regionale Behörden leichter Einfluss auf die Kandidatenaufstellung und den Wahlkampf nehmen.<sup>740</sup> Neu war, dass für die Aufstellung von Kandidaten keine Unterschriften mehr benötigt wurden, sondern eine Kautions fällig wurde. Direktkandidaten mussten 1020 Hrywnja hinterlegen und Listenkandidaten 255.000 Hrywnja. Wenn es dem Kandidaten oder der Partei gelang, ins Parlament einzuziehen, wurde die Kautions zurückgezahlt.

Insgesamt bewarben sich 7.508 Direktkandidaten um einen Parlamentssitz, sowie 22 Parteien und 13 Wahlblöcke.<sup>741</sup> Der Wahlkampf folgte den bisherigen Mustern. Staatliche Behörden wurden benutzt, um aktiv in den Wahlkampf einzugreifen. Die OSZE kam in ihrem Abschlussbericht zur folgenden Einschätzung: „The abuse of State resources (so called administrative resources) has been a common feature of election campaigns in Ukraine that, once again, created an uneven campaign environment. In over half of all constituencies visited, observers received allegations of improper or preferential use of State owned resources for campaign purposes.“<sup>742</sup> Der Zugang zu Massenmedien unterlag einer selektiven Steuerung, welche darauf ausgerichtet war, das Wahlbündnis „Unsere Ukraine“ weitestgehend aus den Medien herauszuhalten.<sup>743</sup> Im Osten des Landes mussten oppositionelle Parteien mit plötzlichen „Stromausfällen“ rechnen, während ihrer Auftritte. Ebenso war es gängige Praxis, dass Bestechung und Druck auf Wähler ausgeübt wurde. In Lemberg verteilte der Vorsitzende der regionalen Vertretung des Wählerbündnisses „Für eine geeinte Ukraine“ kostenlose Kohle. In den Oblasten Donezk und Lugansk wurden Arbeiter

---

<sup>739</sup> Vgl. Schneider, Eberhard und Reimer, Alexander: Die ukrainischen Parlamentswahlen und die neue Werchowyna Rada, SWP-Aktuell, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2002, S. 1.

<sup>740</sup> Vgl. ebd., S. 2.

<sup>741</sup> Vgl. ebd., S. 1.

<sup>742</sup> OSCE: Ukraine, Parliamentary elections, 31 March 2002, Final Report, S. 12.

<sup>743</sup> Vgl. Bredies, Ingmar: Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? – Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006, LIT Verlag, Hamburg 2007, S. 183.

angewiesen, Gewerkschaften zu verlassen, welche Julija Tymoschenko unterstützten. Andernfalls drohte ihnen die Entlassung.<sup>744</sup> Eine neue Methode stellte das Kandidaten-cloning dar. Hierbei wurden in Wahlbezirken Kandidaten mit dem gleichen Namen aufgestellt, um Wähler zu verwirren. Die cloning-Methode wurde ebenso bei Parteien und Wählerbündnissen angewendet. So trat beispielsweise die Bewegung „Im Namen Wiktor Juschtschenko“ an, ohne etwaige Verbindungen zu ihm aufweisen zu können.<sup>745</sup> Des Weiteren nahm der Einfluss russischer Berater im Wahlkampf stark zu. Berater der „Stiftung für effektiv Politik“ wurden von der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei angestellt. Die Stiftung wurde von Gleb Pawlowski geführt, der entscheidenden Anteil an der Wiederwahl Jelzins 1996 und der Wahl Putins im Jahre 2000 hatte.<sup>746</sup>

Unter Berücksichtigung des neomarxistischen Strukturalismus muss der erneute Eingriff staatlicher Institutionen in den Wahlkampf, zugunsten einer Partei, als demokratisches Defizit gekennzeichnet werden. Der Staat war nicht stark genug, um seine Autonomie gegen Kutschma und seine Anhänger zu behaupten. Ein Sieg von Juschtschenko und seiner Bewegung „Unsere Ukraine“ hätte den Einfluss des Präsidenten im Parlament beendet und eine Machtverteilung zu Lasten Kutschmas zur Folge gehabt.

Dem Wahlblock „Unsere Ukraine“ gelang es, die meisten Stimmen der Parteilisten einzufahren. Mit 23,6% konnte sich die Bewegung um Wiktor Juschtschenko zwar nur knapp vor den Kommunisten behaupten, welche auf 20% kamen (siehe Abb. 30). Jedoch war der Vorsprung zum Wählerbündnis „Für eine geeinte Ukraine“ sehr viel deutlicher, da jene nur 11,8% der Stimmen einfahren konnte.

---

<sup>744</sup> Vgl. OSCE: Ukraine, Parliamentary elections 31 march 2002, Final Report, S. 13.

<sup>745</sup> Vgl. Diuk, Nadia und Gongadze, Myroslava: Post-Election Blues in Ukraine, Journal of Democracy, Vol. 13, No. 4, Johns Hopkins University Press, October 2002, S. 161.

<sup>746</sup> Vgl. ebd., S. 161.

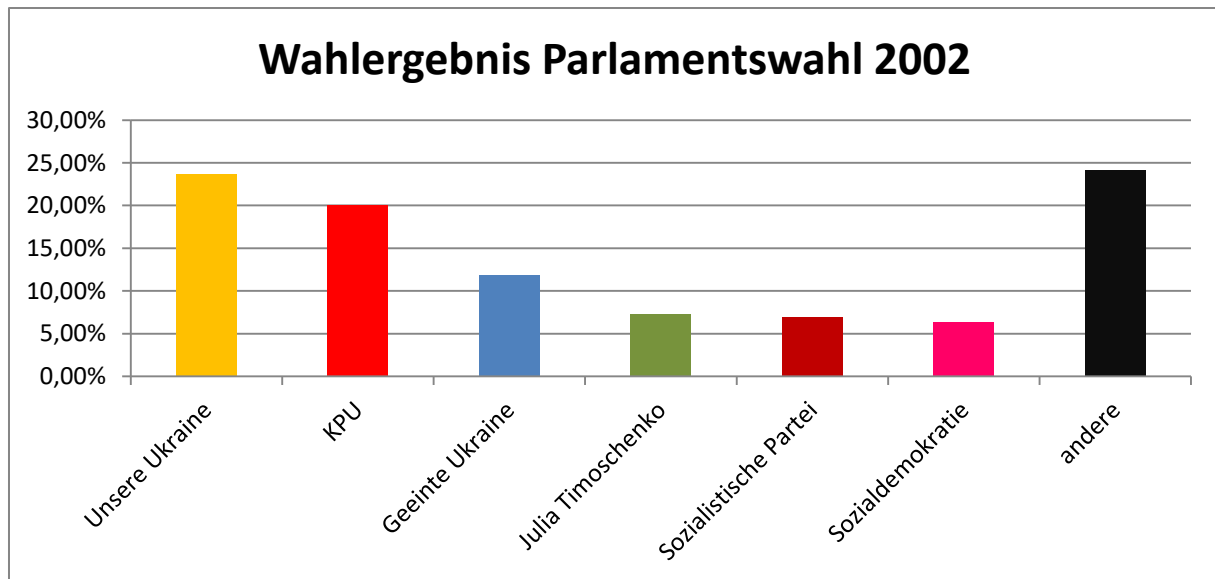


Abb. 30: Wahlergebnis der Parlamentswahlen vom 31.03.2002, eigene Darstellung, Quelle: Diuk, Nadia und Gongadze, Myroslava: Post-Election Blues in Ukraine, Journal of Democracy, Vol. 13, No. 4, Johns Hopkins University Press, October 2002, S. 159.

Der Vorsprung des Wahlblocks „Unsere Ukraine“ bei den Listenmandaten reichte jedoch nicht aus, um eine parlamentarische Mehrheit zu erringen. Die tatsächliche Sitzverteilung ließ die Fraktion „Für eine geeinte Ukraine“ zur stärksten Kraft werden (siehe Abb. 31). Die lag auf der einen Seite daran, dass es dem Wahlbündnis gelang, 86 Direktmandate zu gewinnen, doppelt so viele wie der Juschtschenko-Bewegung. Auf der anderen Seite liefen viele unabhängige Kandidaten bzw. jene ohne Parteizugehörigkeit zur propräsidialen Fraktion über. Dem Reformblock um Wiktor Juschtschenko war es somit nicht gelungen, eine parlamentarische Mehrheit gegen den Präsident Kutschma aufzubauen.

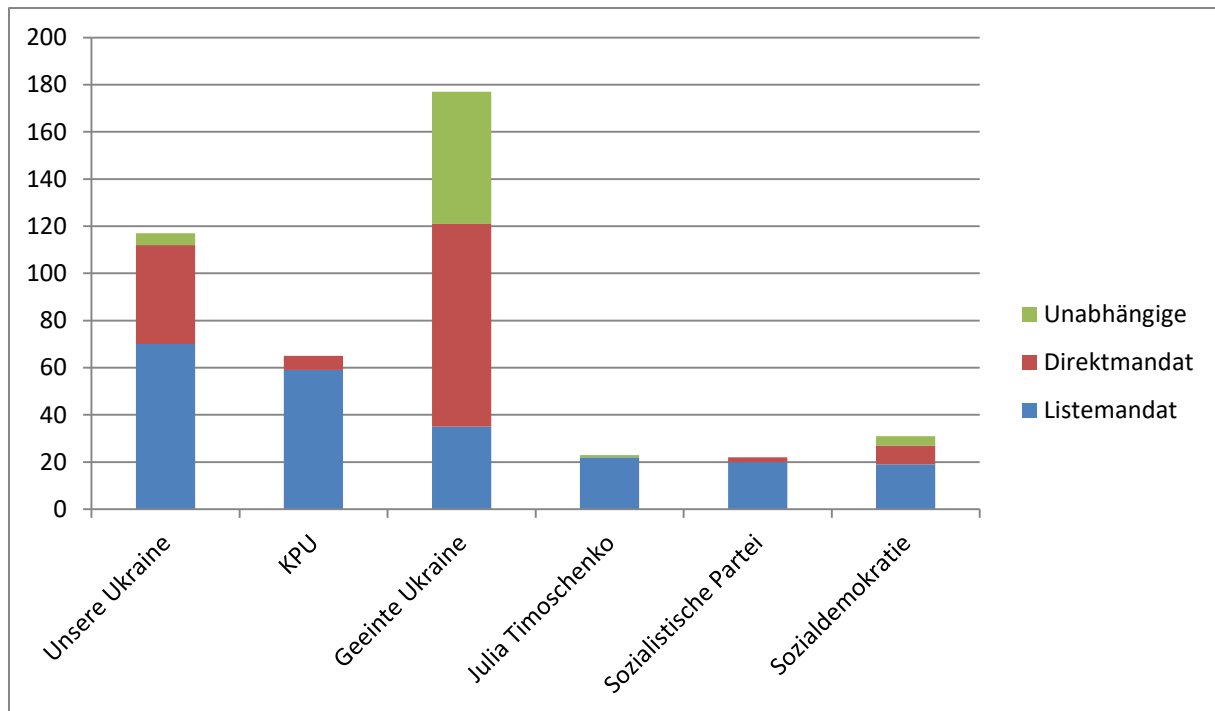


Abb. 31: Sitzverteilung nach der Parlamentswahl vom 31.03.2002, eigene Darstellung, Quelle: Diuk, Nadia und Gongadze, Myroslava: Post-Election Blues in Ukraine, Journal of Democracy, Vol. 13, No. 4, Johns Hopkins University Press, October 2002, S. 159.

Als deutlicher Verlierer muss die Kommunistische Partei angesehen werden. Sie büßte nahezu die Hälfte ihrer Sitze ein. Dies lässt sich als ein Zeichen für das langsame Abklingen der Sowjetnostalgie interpretieren.<sup>747</sup> Eine grundlegende Änderung der parlamentarischen Arbeit war aus dem Wahlergebnis nicht abzuleiten. Maryana Oliynyk von der englischen Wochenzeitung „Den“ kommentierte den Wahlausgang wie folgt: „Considering the new Verkhovna Rada membership, we are in for an exciting political show rather than a systemic breakthrough [...] It is also true, however, that no actually democratic standards have set in. Our concepts and aspirations are curious mix of nostalgia (courtesy of CPU), belief that someone big and powerful will come and make every Ukrainian man in the street happy (courtesy of Our Ukraine), conformism of the so-called bloc in power, and hatred of the regime (courtesy of the Yulia Tymoshenko bloc and Socialist Party). Let us hope that this curious mix will not turn into a Molotov cocktail.“<sup>748</sup>

Erneut zeigte sich die politische Spaltung der Ukraine. Der Wahlblock „Unsere Ukraine“ und die Bewegung um Julija Tymoschenko konnten die meisten Mandate im Westen des Landes

<sup>747</sup> Vgl. Siemers, Wilhelm Johann: Im Schatten des Präsidenten: Die Parlamentswahl in der Ukraine vom 31. März 2002, Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformationen 4/02, S. 24.

<sup>748</sup> Oliynyk, Maryana: How about reform?, in: Day, No. 11, 2. April 2002 <http://day.kyiv.ua/en/article/day-after-day/how-about-reform>

erringen. Im Osten waren die Kommunisten und das Bündnis „Für eine geeinte Ukraine“ stärkste Kraft. „Der Grund dafür [lag] weniger im sprachlichen oder religiösen Regionalismus der Ukraine, sondern in der Kernfrage der postsowjetischen Transformationen, ob man die Modernisierung der Ökonomie mit mehr oder weniger Staat bewältigen [wollte]. Hinzu [kam]; welches Verhältnis zu Russland und Europa angestrebt werden [sollte].“<sup>749</sup>

Im neu gewählten Parlament setzte sich die Tradition des Wechsels von Parlamentariern zwischen Fraktionen fort. Um die Wahl des Chefs der Präsidialadministration Wolodymyr Lytwyn zum Parlamentspräsidenten sicherzustellen, wurden einzelnen Abgeordneten bis zu 200.000\$ geboten, um in die propräsidiäre Fraktion zu wechseln.<sup>750</sup> Nachdem es dem Bündnis „Für eine geeinte Ukraine“ gelungen war, wichtige Positionen im Parlament zu besetzen, zerbrach die Fraktion. Nichtsdestotrotz waren Fraktionen stärker diszipliniert als noch in den 1990er Jahren, insbesondere was ihr Abstimmungsverhalten und Transparenz anging.

Kutschma zementierte seine Einflussmöglichkeiten auf die Rada. In der neuen Wahlperiode gab es einen „Koordinator der parlamentarischen Mehrheit“, sowie einen „Ständigen Vertreter des Präsidenten in der Werchowna Rada“.<sup>751</sup> Ihre Aufgabe bestand darin, propräsidiäre Mehrheiten im Parlament zu organisieren. Durch einen extra geschaffenen „Minister für die Verbindungen mit der Werchowna Rada“ versuchte Kutschma, seinem Eingriff in die Legislative einen rechtsstaatlichen Charakter zu verleihen.<sup>752</sup> Entsprechend dem Theorem der Machtdispersion muss Kutschmas kontinuierlicher Eingriff in die parlamentarischen Vorgänge als hinderlich für die demokratische Konsolidierung angesehen werden. Zwar stand es ihm rechtlich zu, eigene Ministerposten auszustellen, jedoch tat er dies vorrangig, um das Ungleichgewicht in den Machtstrukturen zu seinen Gunsten weiter auszubauen.

In der neuen Legislaturperiode wurde eine weitreichende Politreform diskutiert. Anschübe dafür wurden nicht zuletzt von Kutschma selbst geliefert. Für die kommende Präsidentschaftswahl musste mit einem Sieg der Opposition gerechnet werden. Folglich wollte die propräsidiäre Mehrheit zahlreiche Kompetenzen des Präsidenten auf den Premierminister übertragen. In einem entsprechenden Entwurf sollte der Präsident durch das Parlament gewählt werden, bei automatischer Angleichung der Amtszeit des Präsidenten an die jeweilige Legislaturperiode. Dies hätte zur Folge gehabt, dass Kutschma eine, entgegen der Verfassung, dritte Amtszeit hätte anvisieren können. Der Gesetzentwurf erlangte jedoch

---

<sup>749</sup> Siemers, Wilhelm Johann: Im Schatten des Präsidenten: Die Parlamentswahl in der Ukraine vom 31. März 2002, Konrad-Adenauer-Stiftung, Auslandsinformationen 4/02, S. 25.

<sup>750</sup> Vgl. Whitmore, Sarah: State-building in Ukraine: The Ukraine Parliament, 1990-2003, London 2004, S. 159.

<sup>751</sup> Vgl. Bredies, Ingmar: Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? – Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006, LIT Verlag, Hamburg 2007, S. 184.

<sup>752</sup> Vgl. ebd., S. 185.

nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit und markierte das Ende der propräsidentialen Mehrheit im Parlament. Viele Parlamentarier hatten dem Regime um Kutschma keine Zukunftsperspektiven eingeräumt und versuchten, eine positive Stellung unter der zukünftigen Führung zu erhalten. Im Zuge der Präsidentschaftswahlen 2004 sagten Julija Tymoschenko, Anatolij Kinach und Olexander Moros Juschtschenko ihre Unterstützung zu, wenn er im Gegenzug die Verfassungsreform umsetzen würde. Der unter internationaler Vermittlung geschlossener Verfassungskompromiss sah eine erhebliche Aufwertung des Parlaments vor:

- ➔ Verlängerung der Wahlperiode von vier auf fünf Jahre
- ➔ Kopplung der Amtszeit des Ministerkabinetts an die jeweilige Legislaturperiode
- ➔ der Premierminister wird auf Vorschlag des Präsidenten durch das Parlament bestätigt
- ➔ das Parlament kann mit einfacher Mehrheit einzelnen Ministern ein Misstrauen aussprechen und deren Rücktritt veranlassen
- ➔ die Ressorts Verteidigung, Außen- und Innenpolitik und der Geheimdienstchef werden durch das Parlament, auf Vorschlag des Präsidenten, gewählt
- ➔ Regierungsmitglieder dürfen gleichzeitig ein Abgeordnetenmandat innehaben
- ➔ Abgeordnete verlieren ihr Mandat, wenn er die Parteifraktion verlässt, über deren Liste er ins Parlament eingezogen ist<sup>753</sup>

Die erfolgreiche „Orangene Revolution“, auf welche noch eingegangen werden soll, brachte Juschtschenko ins Präsidentenamt. Jedoch zeichneten sich in der neuen Führung tiefgreifende Konflikte ab, welche im September 2005 zur Entlassung Julija Tymoschenkos als Premierministerin führten. Juschtschenko war mit dem Versprechen, die weit verbreitete Korruption in der Ukraine zu beenden, in den Wahlkampf gezogen. Jedoch belegten unterschiedliche Personalien im Umfeld des Präsidenten, dass Oligarchen und Clans auch weiterhin Einfluss auf die Politik des Landes hatten. Insbesondere Petro Poroschenko war als Vorsitzender des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates in den Augen vieler Ukrainer die Verkörperung der kontinuierlichen oligarchischen Korruption.

Das Verhältnis zwischen dem neuen Präsidenten und dem Parlament verbesserte sich nicht, was nicht zuletzt an der Unfähigkeit Juschtschenko zu einer ausgeglichenen Kommunikation zwischen Kabinett und Fraktionen lag. In der Folge verkleinerte sich die Fraktion „Unsere Ukraine“ von ehemals 119 Mitgliedern auf 42 zum Ende des Jahres 2005.<sup>754</sup>

---

<sup>753</sup> Vgl. ebd., S. 187-188.

<sup>754</sup> Vgl. ebd., S. 190.

Differenzen bzgl. des Inkrafttretens der Verfassungsänderung vom Dezember 2004 vergrößerten die Spannungen zwischen Parlament und Präsidenten. Juschtschenko sah ein Inkrafttreten der Verfassungsänderung zum 1. Januar 2006 kritisch. Die Einbeziehung internationaler Vermittler bei gleichzeitigem Ausschluss der Öffentlichkeit im Zuge der Ausarbeitung des Verfassungskompromisses ließ Juschtschenko zu dem Ergebnis kommen, dass dieser Prozess gegen die Verfassung verstoße. Mittels eines Referendums sollte über die tatsächliche Einführung eines Regierungssystems nach parlamentarisch-präsidentiellen Gesichtspunkten entschieden werden. Hierfür war ein Urteil des Verfassungsgerichts notwendig. Die Einberufung neuer Verfassungsrichter wurde jedoch durch die Rada blockiert, was zur Handlungsunfähigkeit des Verfassungsorgans führte. Juschtschenko hatte seine Mehrheit im Parlament verloren und die Verfassungsänderung trat planmäßig in Kraft. Die neuen parlamentarischen Befugnisse wurden von einer Mehrheit der Abgeordneten genutzt, um im Januar 2006 eine Entlassung des Ministerkabinetts herbeizuführen. Die Legislaturperiode 2002-2006 war, wie all jene zuvor, von einem kontinuierlichen Konflikt zwischen Exekutive und Legislativ gekennzeichnet. Ein geschlossenes Auftreten gab es nur in Ausnahmefällen.

Für den 26.03.2006 wurden neuen Parlamentswahlen angesetzt. Diese waren nicht nur die ersten seit der „Orangen Revolution“, sondern brachten auch ein weitgehende Neuerung im Wahlsystem mit sich. Sämtliche 450 Abgeordneten wurden nach dem Verhältniswahlrecht gewählt und landeseinheitlichen Parteilinien. Die Sperrklausel wurde auf 3% festgesetzt. Rund 7.700 Ukrainer bewarben sich um einen Parlamentssitz.<sup>755</sup> Die Verfassungsänderung hatte die Parteien gestärkt. Um möglichst viele Wähler anzusprechen, setzten zahlreiche Parteien auf einen personalisierten Wahlkampf. Die OSZE kam in ihrem Abschlussbericht zu dem gleichen Ergebnis: „The campaign focussed more on personalities rather than on policy content. The majority of campaign rallies [...] focused on criticism rather than concrete policy platforms.“<sup>756</sup> Mit Blick auf den Wahlkampf ließen sich deutliche Verbesserungen im Vergleich zu vorherigen Wahlen festhalten. Im Bericht der OSZE wurde mit Blick auf den Wahlkampf festgehalten: „The election campaign was held in a competitive environment that was generally free from incidents. Parties and blocs were able to meet with voters throughout the country and the OSCE [...] received no information of state authorities acting to prevent candidates from meeting with voters. Legal guarantees to enable parties and blocs to compete on an equal basis were respected, and voters had a considerable amount of time (about three

---

<sup>755</sup> Vgl. ebd., S. 239.

<sup>756</sup> OSCE: Ukraine, Parliamentary elections, 26 March 2006, S. 13.

and a half months) and information to accustom themselves with the wide array of choices available.”<sup>757</sup>

Lediglich fünf Parteien gelang es, über die 3% Sperre zu springen (siehe Abb. 32). Janukowytsch schaffte es, sich nach der verlorenen Präsidentschaftswahl 2004 als Oppositionsführer zu etablieren. Die Partei der Regionen wurde zu einem Sammelbecken für Oppositionelle und ehemalige Mitglieder aus dem Umfeld von Kutschma. Demgegenüber war es den Parteien der „Orangen Revolution“ nicht möglich, den Impuls vom Dezember 2004 bis zur Parlamentswahl im Frühjahr 2006 mitzunehmen. Die Entlassung Julija Tymoschenkos als Premierministerin und die Verkleinerung der präsidentennahen Fraktion „Unsere Ukraine“ zeigten, dass die Zerwürfnisse im Regierungslager erhebliche Ausmaße hatten. Folglich splitterte sich die ehemalige Koalition um die „Orangene Revolution“ in verschiedene Gruppierungen auf und verringerte dadurch ihre Chancen, stark im Parlament vertreten zu sein.

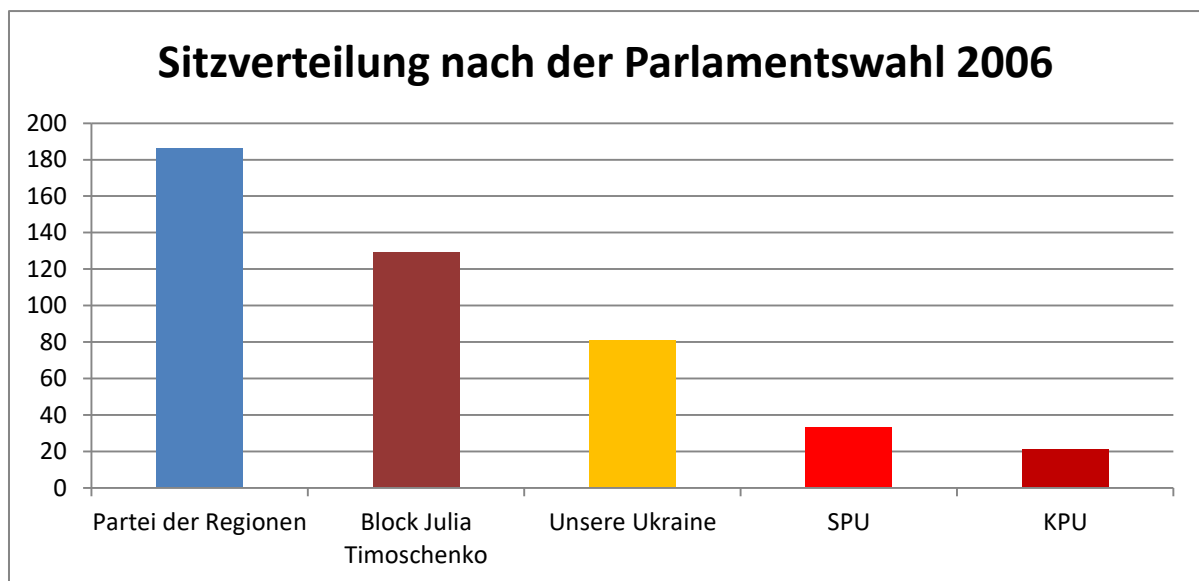


Abb. 32: Sitzverteilung nach der Parlamentswahl vom 26.03.2006, eigene Darstellung, Quelle: Bredies, Ingmar: Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? – Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006, LIT Verlag, Hamburg 2007, S. 243.

Das neu gewählte Parlament belegte zwar, dass die Ukraine im Stande war, Wahlen nach internationalen demokratischen Standards durchzuführen, dennoch war das Land von einer demokratischen Konsolidierung weit entfernt. Scheinbar gleichgesinnte Politiker waren nicht in der Lage, eine Zusammenarbeit herbeizuführen, um die 3%-Hürde zu überwinden. Des Weiteren muss erwähnt werden, dass der „Block Julija Tymoschenko“ und „Unsere Ukraine“

<sup>757</sup> Ebd., S. 13.



über wenig innere Stabilität verfügten und der Zusammenhalt vorrangig auf der Popularität der jeweiligen Anführer beruhte und weniger auf einer geteilten programmatischen Zielausrichtung.<sup>758</sup> Gleichzeitig markierte die Wahl einen wichtigen Einschnitt in der demokratischen Entwicklung der Ukraine. Die Kommunistische Partei erlebte eine Marginalisierung. Dies lag nicht zuletzt daran, dass es Janukowytsch gelang, seine „Partei der Regionen“ als attraktive Oppositionspartei zu verkaufen. Des Weiteren verschwand die „Vereinigte Sozialdemokratische Partei der Ukraine“ in der Bedeutungslosigkeit. Sie war über viele Jahre die politische Basis des Kiewer Clans und unterstand der Führung des Oligarchen Wiktor Medwedtschuk. Sie trat mit anderen Parteien im Oppositionsblock „Ne Tak“ an, konnte jedoch nur rund 1% der Stimmen erlangen und verpasste den Einzug ins Parlament. Das Lager der ehemaligen „Orangen Revolution“ (Block Julija Tymoschenko, Unsere Ukraine, SPU) hatten zwar eine Mehrheit von 243 gegenüber 207 Sitzen, dennoch gestalteten sich die Koalitionsgespräche schwierig und dauerten mehrere Monate. Der Anspruch Tymoschenkos, erneut Premierministerin zu werden, ließ Juschtschenko die angestrebte Zusammenarbeit mehrfach anzweifeln. Letztlich scheiterten die Koalitionsverhandlungen an der Frage des Postens des Parlamentspräsidenten. Die Sozialistische Partei wollte Olexander Moros zum Parlamentspräsidenten wählen lassen. Juschtschenko beabsichtigte jedoch, seinen Vertrauten Petro Poroschenko auf die Position zu bringen.<sup>759</sup> Folglich entschieden sich die Sozialisten, die Verhandlungen zu verlassen. Es entstand eine Koalition aus der Partei der Regionen, den Sozialisten und Kommunisten. Juschtschenkos Partei „Unsere Ukraine“ schloss sich partiell der Regierung an, unter anderem besetzte sie das Außen-, Justiz- und Verteidigungsministerium. Die Zusammenarbeit zwischen den ehemaligen Kontrahenten Janukowytsch und Juschtschenko wurden unterschiedlich wahrgenommen. Auf der einen Seite existierten Stimmen, welche die neue Regierungskoalition als Verrat an der Orangen Revolution betrachteten. Auf der anderen Seite begrüßten auch viele Ukrainer die Kooperation, da sie „als Sieg des pragmatischen Konsenses“<sup>760</sup> angesehen wurde. Tymoschenko und ihre Anhänger wurden somit zur einzig wahrnehmbaren Oppositionspartei. Das Duo Juschtschenko-Janukowytsch war nicht in der Lage, eine tragfähige Zusammenarbeit aufzubauen. Machtkämpfe von beiden Seiten prägten die Beziehungen zwischen Präsident und Premierminister. Janukowytsch hatte dabei einen klaren Vorteil, da er nicht nur in den Meinungsumfragen einen deutlichen Vorsprung vor Juschtschenko genoss, sondern auch über

---

<sup>758</sup> Vgl. Whitmore, Sarah: „Damit müssen wir leben“: Das neue Parlament und das neue Regierungssystem der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 5, 11.04.2006, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2006, S. 2.

<sup>759</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 291.

<sup>760</sup> Ebd., S. 291.

eine weitreichende wirtschaftliche Unterstützung verfügte und seine Partei der Regionen im Parlament eine dominierende Kraft war.<sup>761</sup> Durch das Gesetz „Über das Ministerkabinett“ versuchte Janukowytsch, die Machtbalance zwischen Premierminister und Präsident zu seinen Gunsten zu entscheiden. Juschtschenko griff, wie bereits sein Vorgänger Kutschma, zu dem Mittel des Vetos und schob dadurch das Inkrafttreten des Gesetzes auf. Das Veto des Präsidenten wurde jedoch am 12.01.2007 durch eine Parlamentsmehrheit gekippt. Julija Tymoschenko und ihr Block lieferten die notwendigen Stimmen. Im Gegenzug wurde ihr Unterstützung für das Gesetz über das „imperative Mandat“ und das Gesetz über die Opposition zugesagt. Durch das imperative Mandat sollte der Verlust des Mandats im Lokalrat herbeigeführt werden, wenn ein Abgeordneter die Partei verließ, über deren Liste er eingezogen war.

„Obwohl die Verfassung einen Fraktionswechsel untersagte, traten im März 2007 mehr als ein Dutzend oppositionelle Abgeordnete unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Kinach zur Regierungskoalition über, was die Stellung der orangen Kräfte schwächte und die Parlamentsmehrheit nahe an die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit brachte.“<sup>762</sup> Juschtschenko löste daraufhin am 02.04.2007 das Parlament auf und ließ für Ende Mai Neuwahlen ausrufen. Als Reaktion darauf riefen einige Abgeordnete der Regierungskoalition das Verfassungsgericht an, um zu klären, ob die Auflösung des Parlaments gegen die Verfassung verstoße. Gleichzeitig fanden Massenkundgebungen von beiden Seiten statt, was letztlich zu einer Verzögerung der Parlamentswahlen bis zum 30.09.2007 führte.

Der fortlaufende Konflikt, sowohl zwischen Regierung und Präsidenten als auch zwischen dem Parlament und dem Präsidenten, spiegelte eine fundamentale Existenzkrise der ukrainischen Demokratie wider. Das Parlament erfuhr in dem Machtkampf zwischen Juschtschenko und Janukowytsch nur eine scheinbare Stärkung und war letztlich ein Spielball zwischen den rivalisierenden Seiten. Die Auflösung des Parlaments in Folge des Konflikts innerhalb der Exekutive führte zu einem weiteren Autoritätsverlust der Legislativen.<sup>763</sup> Nach dem Theorem der Machtdispersion sollten die Machtstrukturen zugunsten des Premierministers verlagert werden. Das Parlament hatte zwar durch den Verfassungskompromiss vom Dezember 2004 mehr Kompetenzen erhalten, war jedoch in den seit 2006 neu aufbrechenden Machtkonflikt erneut zum verlängerten Arm der jeweiligen

---

<sup>761</sup> Vgl. Whitmore, Sarah: Man spielt mit den Regeln und nicht nach den Regeln. Politische Ungewissheit in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 19, 13.02.2007, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2007, S. 2.

<sup>762</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 292.

<sup>763</sup> Vgl. Rahr, Alexander: Zurück zur Präsidialrepublik?, in: Ukraine-Analysen, Nr. 22, 24.04.2007, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2007, S. 8-9.

Konfliktparteien verkommen. Eine Streuung der Machtressourcen hin zur parlamentarischen Ebene war weder von Juschtschenko und Janukowytsch vorgesehen, noch wurde sie aktiv von Parlamentariern eingefordert. Die Legislative gab sich mit der Rolle des Spielballs der Interessengruppen zufrieden und war 15 Jahre nach der Unabhängigkeit des Landes immer noch nicht in der Lage, eine eigenständige Rolle im politischen System der Ukraine einzunehmen und sich gegen dominante Klassen zu behaupten.

Trotz der politischen Spannung verlief der Wahlkampf friedlich. Die OSZE-Wahlbeobachter bestätigten in ihren Bericht, dass die Wahlen und der Wahlkampf in der Ukraine unter demokratischen Gesichtspunkten stattfanden: „Overall and throughout the course of campaigning, the campaign environment remained peaceful, calm and without significant incidents.“<sup>764</sup> Des Weiteren hieß es: „The campaign was competitive, presenting voters with a broad range of political choices, and took place in an atmosphere of respect for the freedom of assembly and of expression.“<sup>765</sup>

Das Wahlergebnis brachte für die Lager über Juschtschenko und Janukowytsch kaum Veränderungen (siehe Abb. 33). Zwar verloren sowohl die Partei der Regionen, als auch Unsere Ukraine jeweils 10 Mandate, jedoch konnte sich die Janukowytschs Partei erneut zur stärksten Kraft aufschwingen. Die Kommunistische Partei konnte ihr Ergebnis leicht verbessern, war allerdings weit entfernt von ihrer ehemaligen Stärke. Der Gruppierung um den ehemaligen Parlamentspräsidenten Lytwyn gelang der Sprung ins Parlament, während die Sozialisten an der 3%-Hürde scheiterten. Die klare Gewinnerin der vorgezogenen Parlamentswahl war Julija Tymoschenko. Sie konnte das Ergebnis ihrer Partei um mehr als 8 Prozent verbessern. Ihrem Block war es gelungen, sich als deutlich erkennbare Oppositionspartei zu etablieren und damit unzufriedene Wähler anzuziehen. Im Gegensatz zu Juschtschenko und Janukowytsch, die einen Fokus auf regionale und ethnisch-ukrainische Parolen setzten, formulierte sie (Tymoschenko) gesamtukrainische Forderungen und gewann dadurch in weiten Teilen des Landes Unterstützung.<sup>766</sup>

---

<sup>764</sup> OSCE: Ukraine, pre-term parliamentary elections, 30 September 2007, final report, S. 12.

<sup>765</sup> Ebd., S. 12.

<sup>766</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 293.

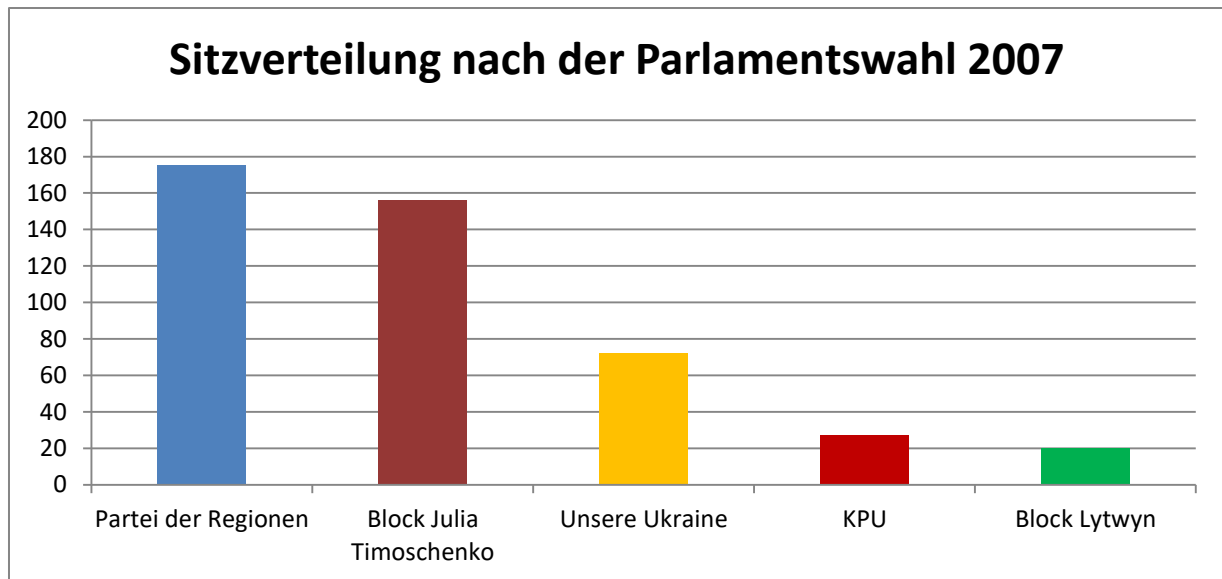


Abb. 33: Sitzverteilung nach der Parlamentswahl vom 30.09.2007, eigene Darstellung, Quelle: OSCE: Ukraine, pre-term parliamentary elections, 30 September 2007, final report, S. 31.

Für das ehemalige Lager der „Orangen Revolution“ ergab sich eine knappe Mehrheit von 228 gegenüber den 222 Abgeordneten der restlichen drei Parteien. Eine erneute Zusammenarbeit zwischen Juschtschenko und Janukowytsch kam nicht zustande. Nach langen Verhandlungen bildeten der „Block Julija Tymoschenko“ und „Unsere Ukraine“ eine Koalition. Jedoch beruhte ihre Mehrheit auf nur drei Stimmen. Zwar war durch das Verbot des Fraktionswechsels eine gewisse Stabilität gegeben, allerdings konnte die Abwesenheit einer kleinen Zahl an Abgeordneten zum Scheitern größerer Vorhaben führen.<sup>767</sup>

Ungeachtet der engen Mehrheitsverhältnisse setzten sich die Konflikte innerhalb des Orangen Lagers fort. Auf der ersten Sitzung im September 2008 brachte die Fraktion um Julija Tymoschenko zusammen mit der oppositionellen Partei der Regionen mehrere Gesetze durch das Parlament, um die Macht des Präsidenten einzuschränken.<sup>768</sup> „Unsere Ukraine“ kündigte daraufhin den Koalitionsvertrag auf und die Regierung verlor ihre Parlamentsmehrheit. Mitte September 2008 verkündete der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk seinen Rücktritt blieb jedoch bis zu seiner Abwahl am 12. November 2008 weiter im Amt. Das Parlament, dem es nicht gelang sofort einen Nachfolger zu wählen, schwächte sich dadurch selbst. Zur Rechtskräftigkeit der Parlamentsbeschlüsse war stets die Unterschrift des Parlamentspräsidenten nötig. Da dieser jedoch fehlte, war die Handlungsfähigkeit der

<sup>767</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Ein Sieg für die Demokratie – hoffentlich mal wieder, in: Ukraine-Analysen, Nr. 28, 08.10.2007, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2007, S. 6.

<sup>768</sup> Vgl. Umland, Andreas: Much Ado About Nothing: Die Normalisierung der ukrainischen Politik und die Parlamentskrise 2008, in: Ukraine-Analysen, Nr. 43, 09.09.2008, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2008, S. 2.

Legislative, bis zur Wahl Lytwyns einen Monat später, nicht gegeben.<sup>769</sup> Gleichzeitig war die Regierung auf situative Mehrheiten angewiesen, um Gesetze durchs Parlament zu bringen. Die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010 sorgten zusätzlich dafür, dass das Parlament zunehmend als Plattform der politischen Profilierung für potentielle Anwärter benutzt wurde. Gegenseitige Blockaden kennzeichneten das Alltagsgeschäft der Rada. So gelang es dem Parlament beispielsweise nicht, Nachfolger für das Finanz-, Transport- und Verteidigungsministerium zu wählen.<sup>770</sup> Das durchgehende Phänomen, des Verlagerns von (politischen) Konflikten auf die legislative Ebene, setzte sich ungemindert fort. Etwaige Reformen wurden von der jeweiligen Gegenseite blockiert. „Die Verchovna Rada bot erneut das Bild von Instabilität und Chaos. Blockaden der Rednertribüne, Rangeleien, Unklarheiten über die Auslegung von Verfassungsbestimmungen und Gesetzen waren an der Tagesordnung.“<sup>771</sup> Insbesondere die Handgreiflichkeiten verminderten das ohnehin geringe Ansehen der Abgeordneten und des Parlaments an sich.

Entsprechend dem Theorem der Machtdispersion, wonach das Überleben des (demokratischen) Systems von der Gleichheit zwischen den Machtstrukturen und den innergesellschaftlichen Machtverhältnissen abhängt, muss das Agieren des Parlaments als demokratiehinderlich kategorisiert werden. Die neuen Befugnisse der Abgeordneten, die nach dem vermittelten Kompromiss vom Dezember 2004 erzielt wurden, nahmen die Parlamentarier nicht gänzlich in Anspruch. Seit der Parlamentswahl 2006 war die Bildung einer Regierung im stärkeren Maße auf das Parlament angewiesen. Jedoch vermochte es die Rada nicht, sich als autonome Institution zu etablieren und sich dadurch den Machtkonflikten innerhalb der Exekutive zu entziehen. Das Agieren der Parlamentarier als jeweils verlängerter Arm der Fraktionen Juschtschenko, Janukowytsch und Tymoschenko behinderten die Entwicklung eines eigenständigen Bildes der Institution. Die vorhandene Möglichkeit zur Umwandlung des politischen Systems hin zu einer parlamentarischen Demokratie und die damit einhergehende größere Balance zwischen den unterschiedlichen Institutionen ließen die Mitglieder der Rada verstreichen. Ein eigenständiges Handeln des Parlaments, jenseits der Konflikte zwischen Juschtschenko, Janukowytsch und Tymoschenko kam nicht zustande. Somit blieb, insbesondere in der öffentlichen Wahrnehmung, das Bild eines arbeitsunfähigen Parlaments haften.

---

<sup>769</sup> Vgl. Simon, Gerhard: Die politische Krise in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 49, 09.12.2008, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2008, S. 3.

<sup>770</sup> Vgl. Lange, Nico und Reismann, Anna: Die politische Dauerkrise und Probleme der ukrainischen Verfassungsordnung, in: Ukraine-Analysen, Nr. 64, 10.11.2009, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2009, S. 2.

<sup>771</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 294.

Nach der Wahl Janukowytschs zum Präsidenten der Ukraine Anfang 2010 änderte sich die Situation im Parlament. 16 Parlamentarier wechselten die Seiten und verschafften dadurch der Partei der Regionen zusammen mit den Kommunisten und dem Block Lytwyn eine Regierungsmehrheit. „Dies verletzte die Verfassung, die vorsah, dass einer Mehrheit nur durch eine Koalition von Fraktionen, nicht durch eine Mehrheit der Abgeordneten gebildet werden könne, und verfälscht nachträglich die Ergebnisse der Parlamentswahl von 2007.“<sup>772</sup> Mykola Asarow wurde daraufhin zum Regierungschef gewählt. Weiterhin entschied das Parlament, dass die Verfassungsreformen von 2004 und 2006 verfassungswidrig zustande kamen. Das Verfassungsgericht folgte dem Beschluss der Parlamentarier und ordnete eine Rückkehr zur ursprünglichen Version von 1996 an. Folglich wurde die Macht des Präsidenten gestärkt, welcher erneut den Premierminister ohne Zustimmung der Rada ernennen und absetzen konnte.

Am 17.11.2011 nahm das Parlament ein neues Wahlgesetz an, welches in weiten Teilen jenem für die Wahlen von 1998 und 2002 entsprach. Die Hälfte der Sitze wurde mittels Verhältniswahlrecht nach landeseinheitlichen Parteilisten gewählt. Das Bilden von Wahlblöcken wurde untersagt, die Sperrklausel von 3% auf 5% erhöht. Die andere Hälfte der Abgeordneten sollte aus Direktkandidaten, die ihren jeweiligen Wahlkreis gewann, bestehen. Das System der Wahlkreise hatte in der Ukraine jedoch dazu geführt, dass vermehrt Bestechung und Einschüchterung benutzt wurden, um Stimmen zu kaufen. Dies lag daran, dass es im Wahlkreis nur einen Sieger geben konnte und folglich der Stimmenkauf gewinnbringender war, als im reinen Verhältniswahlrecht.<sup>773</sup>

Seit dem Amtsantritt Janukowytschs gewann das Parlament zwar an Funktionalität, büßte dafür jedoch weite Teile der eigenen Unabhängigkeit ein. Durch die Rückkehr zur Verfassung von 1996 verlor die Rada viele Befugnisse, blieb aber gleichzeitig unter Kontrolle des Staatspräsidenten und seines Umfeldes. Sämtliche Entscheidungsfindungen im Parlament fanden unter Steuerung durch die Exekutive statt. Ebenfalls wurde es Praxis, für nicht anwesende Abgeordnete mitabzustimmen. Zwar geschah dies bereits unter Juschtschenko, jedoch nahm dieses Verhalten unter Janukowytsch größere Ausmaße an. Bei allen zwischen Mai 2011 und Mai 2012 verabschiedeten Gesetzen waren nur in 14% der Fälle alle abstimmenden Parlamentarier auch tatsächlich anwesend.<sup>774</sup>

---

<sup>772</sup> Ebd., S. 297.

<sup>773</sup> Vgl. Jilge, Wilfried: Das neue ukrainische Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen, in: Ukraine-Analysen, Nr. 99, 24.01.2012, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2012, S. 3-4.

<sup>774</sup> Vgl. Malygina, Katerina: Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowytsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit, in: Ukraine-Analysen, Nr. 109, 13.11.2012, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2012, S. 2.

Für den 28.10.2012 wurden Parlamentswahlen angesetzt. Hatten die Wahlen 2006 und 2007 noch den internationalen Standards entsprochen, so erlebte die Ukraine fünf Jahre später einen Rückschritt. Wie bereits unter Kutschma, so nutzte auch Janukowytsch staatliche Institutionen, um aktiv in den Wahlkampf einzugreifen. Ein gängiges Mittel war dabei die Verwendung öffentlicher Budgets zur Finanzierung des individuellen Wahlkampfes.<sup>775</sup> Die OSZE kritisierte in ihrem Abschlussbericht, dass staatliche Strukturen vorrangig zur Unterstützung für die „Partei der Regionen“ genutzt wurden. „The election campaign was visible and active overall, and competitive in most of the country. However, cases of harassment, intimidation and abuse of administrative resources were observed in a significant number of electoral districts, which negatively affected the ability of candidates to get their messages to voters and to compete under equal conditions [...]. The abuse of administrative resources, mainly to the benefit of Party of Regions candidates, demonstrated the absence of a clear distinction between the State and the ruling party in some parts of the country [...]. Campaign finance rules did not provide for sufficient transparency and did not address the extensive use of charitable organizations by candidates to provide voters with material goods or services.“<sup>776</sup> Ein wichtiges Thema im Wahlkampf spielte das im August 2012 in Kraft getretene Sprachengesetz, welche es ermöglichte, dass Russisch zur Regionalsprache werden konnte. Sowohl die Partei der Regionen als auch die Opposition versuchten, durch das Thema zu polarisieren und die jeweiligen Anhänger zu mobilisieren. Jedoch hatte für die Mehrheit der Ukrainer die Frage der Sprache nur eine untergeordnete Rolle, im Gegensatz zu den Themen Arbeitsplätze und Wirtschaftsentwicklung.<sup>777</sup>

Die Wahl ließ die „Partei der Regionen“ erneut zur stärksten Kraft werden (siehe Abb. 34). Alleine 113 ihrer insgesamt 185 Mandate konnte sie mittels Direktwahlkreise gewinnen. Die von Julija Tymoschenko neu gegründete „Allukrainische Vereinigung Vaterland“ musste zwar Verlust von rund 5% hinnehmen, konnte jedoch als zweitstärkste Fraktion erneut ins Parlament einziehen. Neu im Parlament vertreten war die Vitali Klitschko geführte Partei UDAR (Ukrainische demokratische Allianz für Reform), sowie die nationalistische und zum Teil rechtsextremistische „allukrainische Vereinigung Freiheit“ (Swoboda).

---

<sup>775</sup> Vgl. Baumann, Gabriele; Rosenberger, Christine; Portnova, Anna und Ziegler, Juliane: Wahlhandbuch Ukraine 2012, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2012, S. 22-23.

<sup>776</sup> OSCE: Ukraine, Parliamentary Elections, 28 October 2012, Finale Report, S. 2.

<sup>777</sup> Vgl. Koch-Laugwitz, Ursula: Parteien ohne Programm – Politik ohne Vertrauen: Die Ukraine vor den Parlamentswahlen, Friedrich-Ebert-Stiftung, Kiew 2012, S. 3-4.

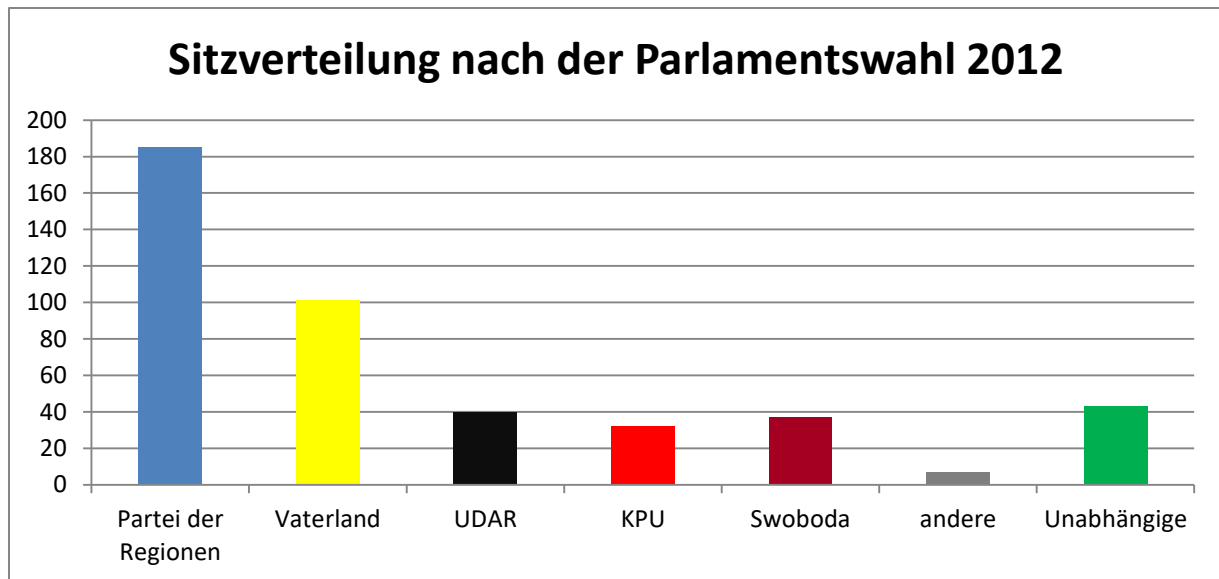


Abb. 34: Sitzverteilung nach der Parlamentswahl vom 28.10.2012, eigene Darstellung, Quelle: OSCE: Ukraine, Parliamentary Elections, 28 October 2012, Finale Report, S. 38.

Juschtschenkos Partei „Unsere Ukraine“ erlebte einen Absturz, stürzte um 13% auf nur noch 1,1% ab und verschwand vollständig von der politischen Bühne. 43 Kandidaten ohne Parteibindung gelang es ebenfalls, Direktmandate zu gewinnen, jedoch schloss sich die Mehrheit von ihnen später der „Partei der Regionen“ an. Die Kommunistische Partei konnte ein kleines Comeback feiern. Vor allem ihre anti-oligarchische Rhetorik, trotz der Zusammenarbeit mit der „Partei der Regionen“, wurde von den Wählern honoriert. Gleichzeitig hatte die Kommunistische Partei eine Verjüngung ihrer Parteiliste vorgenommen und führte einen Wahlkampf, der sich weniger durch ideologische Grabenkämpfe, sondern mehr durch eine teure Kampagne und Geschenke auszeichnete.<sup>778</sup>

Das starke Abschneiden der Swoboda hatte viele Beobachter überrascht. Wählerumfragen wiesen jedoch darauf hin, dass nur eine Minderheit der Swoboda-Wähler dies aus ideologischen Gründen tat. So gaben beispielsweise im September 2012 64% der Swoboda-Unterstützer an, dass sie einen Beitritt der Ukraine zur EU unterstützen würden.<sup>779</sup> Ein erheblicher Teil der Swoboda-Wähler verfügte über einen akademischen Abschluss und wohnte in den jeweiligen Regionalstädten. Die vor allem in der Westukraine als antiukrainische Politik von Janukowytsch wahrgenommenen Entscheidungen, ließen viele Ukrainer in der Region der Partei ihre Stimme geben, die sich am lautesten als

<sup>778</sup> Vgl. Malygina, Katerina: Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowytsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit, in: Ukraine-Analysen, Nr. 109, 13.11.2012, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2012, S. 4.

<sup>779</sup> Vgl. Umland, Andreas: Nichtideologische Motivationen der Swoboda-Wähler: Hypothesen zum Elektorat der ukrainischen radikalen Nationalisten bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2012, in: Ukraine-Analysen, Nr. 109, 13.11.2012, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2012, S. 8.



„proukrainisch“ darstellte. Nicht zuletzt hatte der Wechsel einiger Abgeordneter aus dem Orangen Lager zu der „Partei der Regionen“ zu Vertrauensverlusten geführt. Swoboda wurde als Partei wahrgenommen, welche die Fraktionsdisziplin eisern beibehalten würde und somit eine verlässliche Oppositionspartei sein könnte.<sup>780</sup>

Die konstituierende Sitzung der Rada zeichnete sich erneute durch Schlägereien aus. Diese entzündeten sich daran, dass zwei Abgeordnete der Partei Vaterland sich nicht der entsprechenden Fraktion anschlossen, obwohl sie zuvor eine Erklärung unterschrieben hatten, in welcher sie sich zum Beitritt in die entsprechende Fraktion verpflichteten. Des Weiteren entbrannte ein Streit über die Frage, ob „bei Parlamentsabstimmungen nur die abgegebenen Stimmen von persönlich im Plenarsaal anwesenden Abgeordneten gezählt werden sollten.“<sup>781</sup> Insbesondere Swoboda Abgeordnete beteiligten sich intensiv an den körperlichen Auseinandersetzungen.

Mittels der Stimmen der Partei der Regionen, der Kommunisten und einiger unabhängiger Abgeordneter wurde Mykola Asarow erneut zum Premierminister gewählt. Jedoch waren die Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht von durchgehender Stabilität gekennzeichnet. Eine weitreichende Umstrukturierung der politischen Agenda konnte somit nicht erfolgen. Das Parlament ging die Lösung der sozialen und ökonomischen Probleme des Landes nur zögerlich an und war folglich weiterhin vorrangig der verlängerte Arm der Exekutive unter Führung von Janukowytsch.<sup>782</sup> In einer seiner letzten Sitzungen vor dem Ausbruch der Majdanproteste folgte das Parlament dem Wunsch Janukowytschs und stimmte für Gesetze, welche für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU notwendig gewesen wären.<sup>783</sup>

Es lässt sich somit festhalten, dass das ukrainische Parlament es nicht vermochte, sich zu einem eigenständigen Organ im demokratischen Staat zu entwickeln. Wandelt man die Systemtheorien von Parsons und Luhmann ab, dahingehend, dass eine funktionale Ausdifferenzierung innerhalb der politischen Sphäre zwischen exekutiver und legislativer Ebene vorgenommen wird, so kommt man zu dem Ergebnis, dass das Parlament fast durchgehend dem Präsidenten oder dem Regierungschef untergeordnet war. Durch die Überordnung der Exekutive über die Legislative konnte letztere nie eine Gleichrangigkeit im politischen System erringen. Die weitgehende Bereitschaft der Parlamentarier, sich den

---

<sup>780</sup> Vgl. ebd., S. 8.

<sup>781</sup> Rosenberger, Christine und Baumann, Gabriele: Konstituierung der Werchowna Rada und Regierungsbildung in der Ukraine, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2013, S. 2.

<sup>782</sup> Vgl. Koch-Laugwitz, Ursula: Ein strategischer Partner auf Irrwegen? Perspektiven für die Ukraine 2013, Friedrich-Ebert-Stiftung, Kiew 2013, S. 4.

<sup>783</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 336.

Anweisungen der Exekutive zu beugen, verhinderte die Herausbildung einer autonomen Stellung der Rada. Das für die demokratische Konsolidierung notwendige Korrektiv der Legislative gegenüber dem Handeln der Exekutive wurde von dem ukrainischen Parlament nicht herausgebildet. Durch das stete Eingreifen der Regierung und des Präsidenten in die Abläufe und Beschlüsse des Parlaments wurde die Effizienz eben jener Institution gemindert. Die geringe Wertschätzung der parlamentarischen Arbeit von Seiten der Bevölkerung war eine logische Folge. Dementsprechend muss aus Sicht der Systemtheorie festgehalten werden, dass die Arbeit des ukrainischen Parlaments nicht zur erfolgreichen Transformation hin zur konsolidierten Demokratie beitrug.

Des Weiteren lässt sich anhand des Theorems der Machtdispersion feststellen, dass im politischen System der Ukraine ein Ungleichgewicht zwischen Institutionen mit Blick auf die Machtstrukturen bestand. Nach dem Verfassungskompromiss vom Dezember 2004 konnte das Parlament einen Zuwachs an Funktionen für sich verbuchen. Jedoch nutzte sie diesen nicht konsequent, um nachhaltige Veränderungen in der politischen Konstellation des Landes herbeizuführen. In der Rada bestand kaum der Anspruch, das Machtgefüge auf Dauer auszubalancieren, oder eine Vormachtstellung des Parlaments zu erreichen. Die vom Parlament selbst vorgenommene Entmachtung, durch die beschlossene Rückkehr zur Verfassung von 1996, fügt sich dann jedoch ins Bild einer Legislative ohne Selbstbewusstsein. Eine breite Streuung der Machtressourcen, welche für eine erfolgreiche Demokratisierung notwendig gewesen wäre, wurde durch die Parlamentarier nicht nachhaltig eingefordert. Die Abgeordneten gaben sich mit Rolle des verlängerten Arms der jeweiligen Exekutive zufrieden, nicht zuletzt da ein „loyales“ Verhalten mit persönlicher Bereicherung verbunden war. Folglich kann man unter Anwendung der Strukturtheorie zu dem Ergebnis kommen, dass die Stellung des Parlaments im politischen System eine demokratische Konsolidierung erheblich erschwerte und durch das Agieren der überwiegenden Mehrheit der Parlamentarier nicht erleichtert wurde.

### **7.1.2. Präsident und Regierung**

Die 1996 verabschiedete Verfassung beschränkte die Amtszeit des Präsidenten auf zwei Perioden. Folglich war es Kutschma nicht mehr möglich, bei den Wahlen für das Jahr 2004 erneut zu kandidieren. „Die führenden Politiker und Oligarchen hatten nun einen Kandidaten zu finden, der ihre politische und wirtschaftliche Macht nicht antasten und ihre illegalen Machenschaften nicht aufdecken würde.“<sup>784</sup> Wiktor Janukowytsch als amtierender

---

<sup>784</sup> Ebd., S. 282.

Premierminister brachte nicht nur langjährige Regierungserfahrung mit, sondern hatte auch den Donezker Clan als Unterstützung hinter sich. Kutschmas Anhänger konnten davon ausgehen, dass unter einem Präsidenten Janukowytsch die Linie der bisherigen Administration fortgesetzt werden würde und die „party of power“ auch zukünftig die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes maßgeblich bestimmen konnte.

Die oppositionelle Bewegung „Unsere Ukraine“ entschied sich, den ehemaligen Premierminister Wiktor Juschtschenko aufzustellen. „In seiner fünfjährigen Tätigkeit als Leiter der ukrainischen Nationalbank sicherte er die nationale Währung Hrywnja in Zeiten des Finanzkollapses in Russland im Jahre 1998.“<sup>785</sup> Juschtschenko gelang es, andere bekannte Politiker hinter seiner Kandidatur zu versammeln. Julija Tymoschenko unterstützte ihn und sollte im Gegenzug zur Ministerpräsidenten ernannt werden. Ebenso sprachen sich Anatolij Kinach, Juschtschenkos Nachfolger im Amt des Regierungschefs und der Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Ukraine, Olexander Moros, für Juschtschenko aus.

Trotz der Kandidatur von 22 weiteren Ukrainern war eine Wahl zwischen Janukowytsch und Juschtschenko die wahrscheinlichste Variante. Janukowytsch stand für die Fortsetzung der Politik Kutschmas, sowie einem weiteren Ausbau des Wohlfahrtsstaates und der kontinuierlichen Annäherung an Russland. Insbesondere die Ukrainer im Süden und Westen des Landes unterstützten diese Haltung, da diese Regionen über Jahrhunderte Teil des russischen Staates waren und eine kulturelle Prägung aufwiesen, die sich traditionell an Russland orientierte. Demgegenüber verkörperte Juschtschenko die Hoffnung auf einen Wandel in der ukrainischen Politik. Weitreichende Wirtschaftsreformen, Korruptionsbekämpfung und eine engere Bindung an Europa waren die Markenzeichen seines Wahlkampfes. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Kontrahenten wurde mit äußerster Härte geführt. Während eines Abendessens mit dem Vorsitzenden von Kutschmas Sicherheitsdienst wurde Juschtschenko mit einer hohen Dosis Dioxin vergiftet. Dies weckte bei vielen Ukrainern Erinnerungen an Fall des ermordeten Journalisten Gongadze und ließ Stimmen laut werden, welche Kutschma und Janukowytsch für die Tat verantwortlich machten. Gleichzeitig wurden staatliche Strukturen und Medien benutzt, um den in den Umfragen hinten liegenden Janukowytsch zum Wahlsieg zu verhelfen.<sup>786</sup>

Der erste Wahlgang bestätigte das erwartete gute Abschneiden von Juschtschenko und Janukowytsch. Nachdem das Ergebnis mehrmals revidiert wurde stand letztlich fest, dass

---

<sup>785</sup> Volkova, Liubov: Systemtransformation in der Ukraine – Chancen und Risiken auf dem Weg zur Demokratie (1990-2010), Augsburg 2011, S. 145.

<sup>786</sup> Vgl. OSCE: Ukraine, Presidential Election 31 October, 21 November and 26 December 2004, Final Report, S. 1-2.

ersterer auf 39,9% und letzterer auf 39,3% der Stimmen kam.<sup>787</sup> Jedoch vermuteten Wahlbeobachter, dass die Resultate zu Gunsten Janukowytschs manipuliert waren. Gleichzeitig stellte die OSZE erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Stimmabgabe fest.<sup>788</sup> Die Stichwahl wurde für den 21. November 2004 angesetzt. Erneut wurden Mittel wie Bestechung und Einschüchterung benutzt, um möglichst viele Stimmen für das jeweilige Lager zu akquirieren. Janukowytsch gelang es, die Oblasten im Osten und Süden zu gewinnen. Juschtschenko siegte im Osten, Norden und der Zentralukraine (siehe Abb. 35).

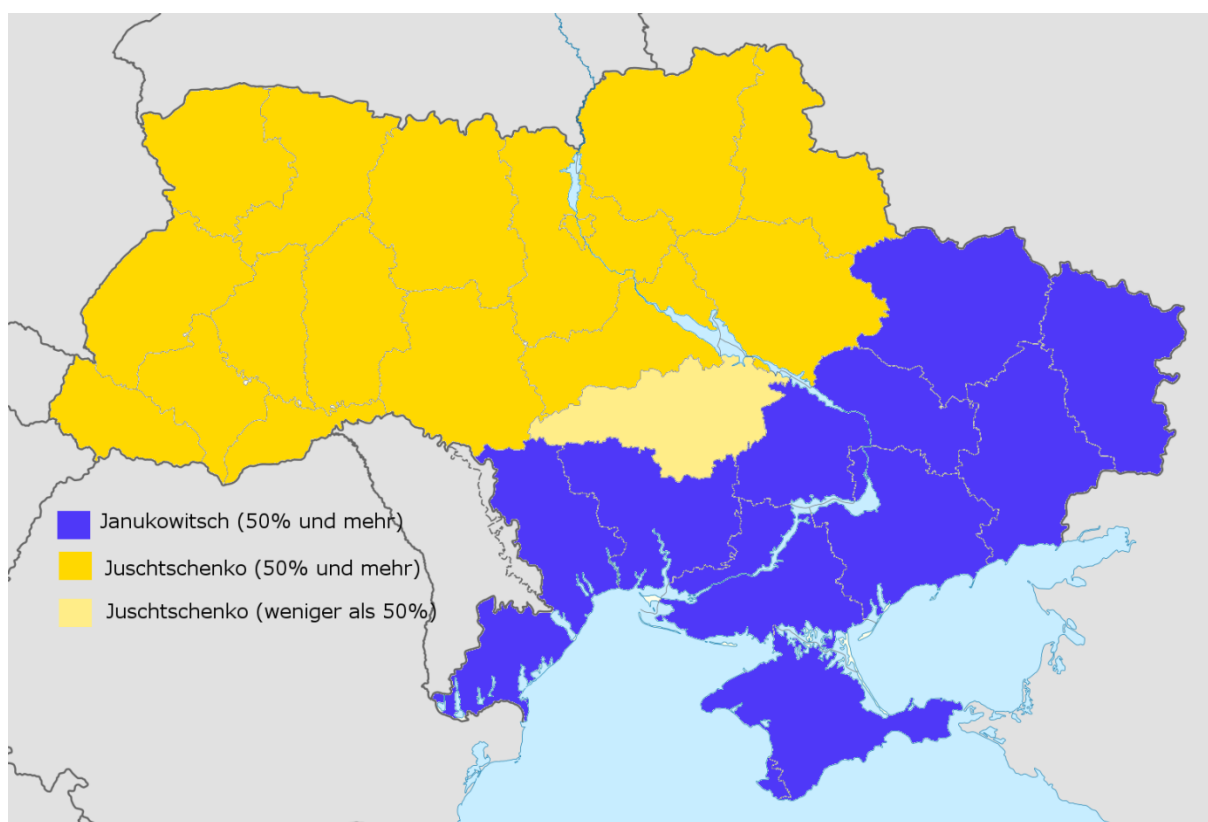


Abb. 35: Ergebnis Präsidentschaftswahl vom 21.11. 2004, eigene Darstellung, Quelle: Electoral Geography 2.0, Ukraine. Presidential Election 2004: <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-2004.html>

Einen Tag später wurde bereits das offizielle Wahlergebnis verkündet. Demnach hatte Janukowytsch mit 49,46% die Wahl gewonnen, gegenüber Juschtschenko, der auf 46,61% der Stimmen kam.<sup>789</sup> Jedoch weigerten sich mehrere Mitglieder der Zentralen Wahlkommission, das Ergebnis zu unterschreiben.<sup>790</sup> Seriöse Umfrageinstitute hatten einen deutlichen Sieg

<sup>787</sup> Vgl. ebd., S. 45.

<sup>788</sup> Vgl. ebd., S. 25-27.

<sup>789</sup> Vgl. ebd., S. 45.

<sup>790</sup> Vgl. Klocka, Marzena: Die „Orangene Revolution“ – Ein Überblick, in: Der Bürger im Staat, 55. Jahrgang, Heft 4 2005, Stuttgart 2005, S. 165.

Juschtschenkos prognostiziert. Bereits am Wahlabend wurden Meldungen über weitreichende Wahlmanipulationen durch das Janukowytsch-Lager öffentlich. So wurden im Osten des Landes nach Schließung der Wahllokale 1 Million Wahlzettel in Wahllokale gebracht.<sup>791</sup> Gleichzeitig wiesen die östlichen Landesregionen ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligungen von bis zu 99% oder sogar 100% auf. Die OSZE erklärt, dass sie das offizielle Wahlergebnis nicht anerkennen würde.

Die weitreichende Wahlfälschung war ein Beleg für die fehlende demokratische Konsolidierung der Ukraine. Aus Sicht des neomarxistischen Strukturalismus handelte es sich dabei um einen Kampf der um Kutschma ansässigen Clique um die zukünftige Macht im ukrainischen Staat. Ein Wahlsieg Juschtschenkos hätte den Machtverlust und möglicherweise auch eine Strafverfolgung der alten Eliten bedeutet. Diese waren jedoch nicht bereit, die Möglichkeit der Machtreduzierung mittels einer freien und demokratischen Wahl einzugehen. Gleichzeitig offenbarte sich, dass die staatlichen Institutionen über zu wenig Autonomie verfügten, um sich gegen die Klasse der „party of power“ zu wehren. Folglich wurden staatlichen Einrichtungen (erneut) missbraucht, um den Ausgang der Wahl entsprechend zu beeinflussen. Diese Aspekte belegen, dass am Vorabend der „Orangen Revolution“ das demokratische System der Ukraine nicht konsolidiert war.

Einen Tag nach der Stichwahl versammelten sich über 100.000 Ukrainer, um gegen die Wahlfälschung zu demonstrieren. Sie trugen orangene Kleidungsstücke, um ihre Verbundenheit mit Juschtschenko zu symbolisieren. Dies sollte später der Grund für die Bezeichnung „Orangene Revolution“ sein. Der Majdan, der Unabhängigkeitsplatz in Kiew, wurde zum zentralen Versammlungspunkt. Trotz der regelmäßigen Versammlungen von bis zu 1 Million Ukrainern blieben die Proteste friedlich. Zwar blockierten Demonstranten das Parlament und Regierungsgebäude, jedoch lehnten sie die Anwendung von Gewalt ihrerseits ab. Gleichzeitig mussten sich Protestierende registrieren lassen und durften auf den Majdan kein Alkohol mitbringen. Der Bürgermeister der Stadt Kiew erlaubte den Demonstranten, das Rathaus und andere öffentliche Gebäude zu nutzen.<sup>792</sup> Die staatlichen Sicherheitskräfte hatten somit keinen Anlass, Gewalt anzuwenden.

Im Ausland wurden die Vorgänge in der Ukraine mit großem Interesse verfolgt. Die EU und die USA erkannten das Wahlergebnis nicht an. Der EU-Russland-Gipfel am 25.11.2004 wurde von der Thematik über den Ausgang der Wahl und den innerukrainischen Konflikt dominiert. Am 26.11.2004 initiierte die EU eine Vermittlungskommission zwischen beiden

---

<sup>791</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 285.

<sup>792</sup> Vgl. Klocka, Marzena: Die „Orangene Revolution“ – Ein Überblick, in: Der Bürger im Staat, 55. Jahrgang, Heft 4 2005, Stuttgart 2005, S. 165.

Präsidentschaftskandidaten. Neben Janukowytsch und Juschtschenko nahmen auch Leonid Kutschma, Javier Solana (Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik), Alexander Kwasniewski (Präsident Polens), Valdas Adamkus (Präsident Litauens) und Boris Gryslow (Vorsitzender der Duma) teil.<sup>793</sup> In den drei Verhandlungsrunden (26.11., 01.12. und 06.12.) wurde nicht nur über eine Wiederholung der Wahl debattiert, sondern auch über weitreichende Änderungen im politischen System der Ukraine. Einen Tag nach der ersten Verhandlungsrunde beschloss das Parlament, die Stichwahl zu annullieren und die Wahlkommission abzusetzen. Zwar hatte dieser Beschluss keine rechtliche Bindung, war jedoch in politischer Hinsicht von großer Bedeutung. Die Rada ging Anfang Dezember noch einen Schritt weiter sprach der Regierung Janukowytsch das Misstrauen aus. Dieser erklärte den Beschluss jedoch für illegal und lehnte einen Rücktritt ab. Am 3. Dezember hob das oberste Gericht der Ukraine das Ergebnis der Stichwahl auf und setzte für den 26.12.2004 eine Wiederholung der Wahl an. Als Resultat der drei Verhandlungsrunden verabschiedete das ukrainische Parlament am 08.12.2004 mit 402 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen den ausgehandelten Verfassungskompromiss. Die Ablehnung kam von der Fraktion um Julija Tymoschenko, da sie eine Verkleinerung der präsidentialen Kompetenzen ablehnten.<sup>794</sup> Für die Position des Präsidenten und des Premierministers ergaben sich folgende Neuerungen:

- der Präsident kann das Parlament auflösen, wenn es nach einem Monat keine Koalition gebildet hat
- der Premierminister wird durch das Parlament gewählt
- der Präsident darf die Hälfte des Vorstands der Nationalbank ernennen und absetzen
- bis zu 1/3 der Verfassungsrichter dürfen durch den Präsidenten abgesetzt und ernannt werden
- Gesetze, die vom Parlament verabschiedet werden, um die Verfassung zu ergänzen, können vom Präsidenten nicht abgelehnt werden
- der Premierminister und sein Kabinett sind dem Präsidenten und dem Parlament verantwortlich<sup>795</sup>

---

<sup>793</sup> Vgl. De Bellis, Donato: Quo vadis Ukraine? : die Ukraine im nationalen und internationalen Aufbruch, in: Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e.V. (KFIBS), KFIBS-Analysis 1/05, Brühl 2005, S. 7.

<sup>794</sup> Vgl. Schneider, Eberhard und Saurenbach, Christoph: Ukraine – die zweite Transformation, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 59, Berlin 2004, S. 4.

<sup>795</sup> Vgl. Gesetz der Ukraine: On Amending the Constitution of Ukraine, Kiew 08.12.2004: <http://zakon3.rada.gov.ua/laws/annot/2222-15>

Die Reformen sollten am 01.09.2005 in Kraft treten, wenn das Parlament bis dahin ein Reformgesetz auf den Weg bringen würde, um die Selbstverwaltung und kommunale Administration neu zu strukturieren. Andernfalls würde die Verfassungsänderung am 01.01.2006 automatisch Gültigkeit erlangen. Zwar regelte der Verfassungskompromiss große Teile des Verhältnisses zwischen Parlament, Präsident und Premierminister, jedoch gelang es nicht, eine klare Kompetenzbeschreibung der jeweiligen Institutionen uneindeutig abzuliefern. So blieb beispielsweise die Frage offen, was die Verantwortung des Premierministers gegenüber Parlament und Präsident in letzter Konsequenz bedeutete. Grundlegende Fragen, wie etwa die Koalitionsbildung oder der Mandatsentzug beim Verlassen der Fraktion, sollten mittels einfacher Gesetze geregelt werden.<sup>796</sup> Somit beschriftet die Ukraine durch den Verfassungskompromiss einen großen Schritt hin zur demokratischen Konsolidierung und Stärkung der Legislative, kam jedoch nicht umhin weitreichende Konkretisierungen der Verfassungsänderungen vorzunehmen.

Die erneute Stichwahl am 26.12.2004 fand unter den Augen von 12.000 Wahlbeobachtern statt, welche keine systematische Wahlfälschung dokumentieren konnten.<sup>797</sup> Der Sieg der Kandidaten in den jeweiligen Oblasten unterschied sich zu der Wahl im November nicht.

---

<sup>796</sup> Vgl. Strasser-Gackenhömer, Christian: Von der ‚schweren Geburt‘ bis zur ‚oranzen Revolution‘: Zehn Jahre ukrainische Verfassung, in: Jahrbuch für Ostrecht 2006, 2, S. 183.

<sup>797</sup> Vgl. Volkova, Liubov: Systemtransformation in der Ukraine – Chancen und Risiken auf dem Weg zur Demokratie (1990-2010), Augsburg 2011, S. 147.

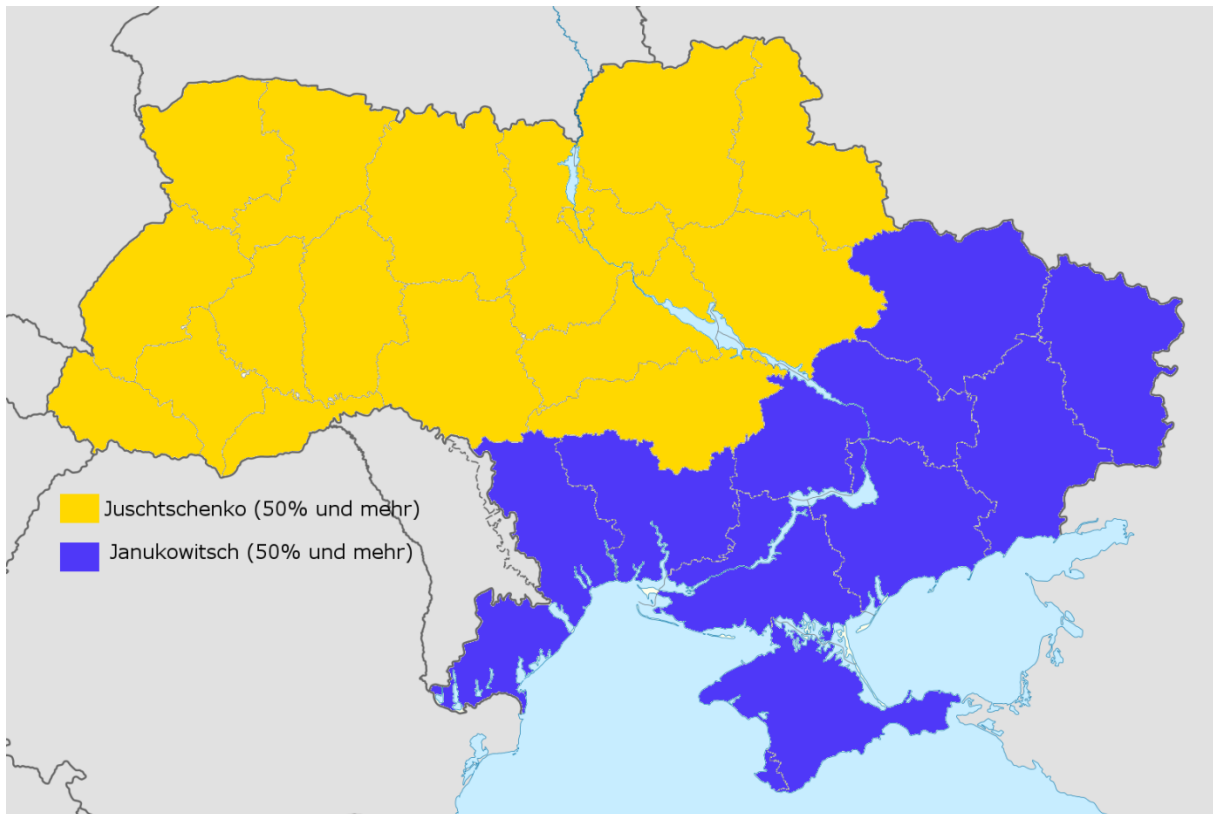


Abb. 36: Ergebnis Präsidentschaftswahl vom 26.12. 2004, eigene Darstellung, Quelle: Electoral Geography 2.0, Ukraine. Presidential Election 2004: <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-2004.html>

Juschtschenko konnte die Wahl deutlich für sich entscheiden. Er vereinigte 52% aller Stimmen auf, Janukowytsch kam auf 44%.<sup>798</sup> Die Anhänger Janukowytschs reichten beim Obersten Gerichtshof Klage gegen die Wahlwiederholung ein. Zwar wurde diese abgelehnt, jedoch führte die Prüfung zur Verzögerung der Amtseinführung. Am 31.12.2004 trat Janukowytsch als Regierungschef zurück. 23 Tage später leistete Juschtschenko dem Amtseid ab und die „Orangene Revolution“ war beendet.

An diesem Punkt stellt sich die Frage, ob die „Orangene Revolution“ zu Recht die Bezeichnung Revolution verdient. Manfred Schmidt definiert Revolution wie folgt: „Revolution (von lat. revolutio = Zurückwälzen, Umdrehung insb. der Himmelskörper), ursprünglich ein [...] herbeigeführter Wechsel in der politischen Führung eines Staatswesens. Im modernen Sprachgebrauch Vorgang oder Ergebnis einer sich in relativ kurzer Zeit vollziehende tief greifende Umgestaltung der politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse in einem Gemeinwesen.“<sup>799</sup> Sowohl der Aspekt der politischen

<sup>798</sup> Vgl. OSCE: Ukraine, Presidential Election 31 October, 21 November and 26 December 2004, Final Report, S. 45.

<sup>799</sup> Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Alfred Körner Verlag, Stuttgart 2010, S. 695.



Führung, als auch der Punkt der tiefgreifenden Umgestaltung der politischen Verhältnisse treffen für die „Orangene Revolution“ nicht zu. Den Demonstranten auf dem Majdan ging es um die Anfechtung des gefälschten Wahlergebnisses. Eine grundlegende Neujustierung des politischen Systems der Ukraine strebten sie nicht an. Jack Goldstone, einer der profiliertesten Wissenschaftler auf dem Gebiet der Revolutionsforschung, geht noch einen Schritt weiter. Für ihn ist der Gebrauch des Begriffs Revolution im Zusammenhang mit dem Staatszusammenbruch dann gerechtfertigt, wenn „state breakdown is followed by substantial changes in political and social institutions and in the ideology used to justify those institutions.“<sup>800</sup> Der Gesichtspunkt des Staatszusammenbruchs kann jedoch aus der Definition ausgeklammert werden, ohne dass die Aussage Goldstones an sich Gültigkeit verliert. Goldstone bricht seine Definition in verschiedene Unterkategorien auf, um eine tragfähige Differenzierung zwischen einer politischen Krise oder einer Revolution vornehmen zu können:

1. ein unter den Eliten oder der Allgemeinheit weit verbreiteter Glaube, dass der Staat ungerecht, ineffektiv oder überflüssig ist
2. eine Revolte der Eliten gegen den Staat
3. Revolte des Volkes gegen den Staat oder Eliten
4. weitreichende Gewalt oder Bürgerkrieg
5. ein Wandel in den politischen Institutionen
6. ein Wandel im Status und der Macht von traditionellen Eliten
7. ein Wandel in grundlegenden Formen der Wirtschaftsorganisation und des Eigentums
8. ein Wandel in Symbolen und Überzeugungen, welche die Verteilung von Macht, gesellschaftlicher Stellung und Wohlstand rechtfertigen<sup>801</sup>

Wendet man diese 8 Kategorien auf die Orangene Revolution an, so stellt man fest, dass nur Punkt 2 und 3, und dabei auch nur teilweise, zutreffen. Die Proteste auf dem Majdan müssen allein wegen ihrer großen Teilnehmerzahl als Massenbewegung eingestuft werden. Allerdings strebten sie nicht eine grundlegende Änderung der staatlichen Ordnung an. „Zwar wurde die Führungsmannschaft ausgewechselt, das seit 1991 etablierte politische System blieb aber ebenso erhalten wie die wirtschaftlichen und politischen Eliten.“<sup>802</sup> Insbesondere die fehlende Forderung und Durchsetzung eines weitreichenden Elitenwechsels war ein grundlegendes

---

<sup>800</sup> Goldstone, Jack A.: Revolution and rebellion in the early modern world, University of California Press, Berkeley 1991, S. 10.

<sup>801</sup> Vgl. ebd., S. 10-11.

<sup>802</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 288.

Kennzeichen der „Orangen Revolution“.<sup>803</sup> Folglich kann die Majdan-Bewegung des Jahres 2004 nicht als Revolution bezeichnet werden. Dies verringert jedoch nicht die weitreichende Bedeutung der Protestbewegung. Große Teile der Bevölkerung hatten bewiesen, dass sie innerhalb kürzester Zeit Proteste organisieren und die Einhaltung demokratischer Standards erwirken konnten. Besonders aus Sicht des Theorems der Machtdispersion hatte die „Orange Revolution“ einen großen Anteil an der demokratischen Konsolidierung des Landes. Die Bevölkerung wollte die Wahlmanipulation durch die Gruppe um Janukowytsch und Kutschma nicht widerspruchlos hinnehmen. Den Protestierenden ging es nicht nur um die Einhaltung demokratischer Spielregeln, sondern auch um die Akzeptanz der innergesellschaftlichen Machtverhältnisse, die sich in der Wahl Juschtschenkos widerspiegeln. Gleichzeitig trug auch der ausgehandelte Verfassungskompromiss zu einer Stabilisierung der Demokratie bei. Zum einen, weil dieser von allen beteiligten Konfliktparteien ausgearbeitet und mitgetragen wurde. Hierdurch war keine Gruppe ausgeschlossen und konnte die Legitimität des Kompromisses nicht grundlegend in Frage stellen. Zum anderen wurden durch die Verfassungsänderung die Machtstrukturen im politischen System im erheblichen Maße umverteilt und dadurch eine größere Gleichheit zwischen den Machtstrukturen erzeugt. Zwar waren zahlreiche Detailfragen ungeklärt und boten das Potential für erneute Konflikte, jedoch hatte das Parlament eine grundlegende Aufwertung erfahren und damit eine mögliche Entwicklung hin zu einem präsidentenparlamentarischen Regierungssystem ermöglicht.

Die anfängliche Euphorie über den Sieg der „Orangen Revolution“ hielt nur kurz. Weitreichende ökonomische Probleme und tagespolitische Entscheidungen ließen großangelegte visionäre Projekte in den Hintergrund treten. Julija Tymoschenko bildete eine Regierungskoalition aus dem nach ihr benannten Block, der Partei um Juschtschenko „Unsere Ukraine“ und der Sozialistischen Partei. Zahlreiche Beamte, die unter Kutschma einflussreiche Stellungen bekommen hatten, wurden durch Anhänger der „Orangen Revolution“ ausgetauscht. Tymoschenko ließ die Sozialleistungen und Renten erhöhen, bei gleichzeitiger Aufhebung von Steuervergünstigungen. Ausländische Investoren wandten sich jedoch zunehmend von der Ukraine ab. Die zusätzlich steigende Inflation führte zu einem Einbruch des Wirtschaftswachstums. Nicht zuletzt hatten sinkende Stahlpreise und höhere Gaspreise den Staatshaushalt massiv belastet. Der von Juschtschenko (und Tymoschenko) angekündigte Kampf gegen die Korruption erfolgte nur in minimalen Schritten und spiegelte

---

<sup>803</sup> Vgl. Grodeland, Ase Berit: Kulturelle Konstanten, Korruption und die Orange Revolution, in: Besters-Dilger, Juliane und Woldan, Alois (Hrsg.): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa – Die Ära Juschtschenko, Peter Land Internationaler Verlag der Wissenschaften, Frankfurt am Main 2011, S. 101.

nicht die Hoffnung auf eine grundlegende Erneuerung der ukrainischen Politik wider. Dem neuen Staatspräsidenten gelang es nicht, die bald aufbrechenden Konflikte in seiner Regierung einzudämmen.<sup>804</sup> Der Vorsitzende des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Petro Poroschenko, der Juschtschenko nahe stand, hatte Ambitionen auf den Posten des Premierministers. Eine zufriedenstellende Vermittlung zwischen den konkurrierenden Seiten Tymoschenko und Poroschenko gelang Juschtschenko nicht. Eine angekündigte Reform der Justiz blieb aus. Wie bereits unter Kutschma und seinen Regierungen, so wurde auch unter den Gewinnern der „Orangen Revolution“ die Justiz für die eigenen Zwecke instrumentalisiert. Die staatliche Beeinflussung der Medienberichterstattung wurde reduziert, wodurch die Pressefreiheit eine Aufwertung erfuhr. Jedoch führte dies auch zu Reportagen über den teilweise luxuriösen Lebensstil des Umfelds Juschtschenkos.<sup>805</sup> Dies war ein weiterer Grund für den schnellen Abfall der Popularität des Präsidenten und seiner Regierung. Das als Zweckbündnis gestartete Duo Tymoschenko-Juschtschenko hielt nicht lange und zerbrach im September 2005. Die unterschiedliche Herkunft wirkte sich belastend auf die Zusammenarbeit aus. Tymoschenko konnte sich nach dem Zusammenbruch der Ukraine schnell eine einflussreiche Position als Oligarchin und Chefin der „Vereinigten Energiesysteme der Ukraine“ erarbeiten. Juschtschenko hingegen hatte eine erfolgreiche Karriere im Bankensektor hinter sich und hatte sich den Ruf eines Technokraten erworben. Beide teilten jedoch ein großes Bedürfnis zur Ausübung und Erwerbung von Macht und gerieten folglich immer öfters in Konflikte.<sup>806</sup> Nachdem Korruptionsvorwürfe gegen enge Vertraute Juschtschenkos durch Olexandr Sintschenko, dem Staatssekretär des Präsidenten, offengelegt wurden, entließ Juschtschenko Anfang September Tymoschenko als Regierungschefin.<sup>807</sup> Die durchgehende Konkurrenz in der Regierung hatte die Möglichkeiten für große Reformprogramme zunichte gemacht. Juri Jechanurow wurde zum neuen Premierminister, konnte sich jedoch nicht als starke Führungspersönlichkeit etablieren. Bereits Anfang Januar 2006 sprach das Parlament ihm das Misstrauen aus, er blieb jedoch bis zur Wahl eines neuen Premierministers durch die Rada kommissarisch im Amt. Tymoschenko versuchte sich als verbliebene Kämpferin der Ziele der „Orangen Revolution“ zu profilieren. Dies wurde ihr dadurch erleichtert, dass Juschtschenko zunehmend die Nähe zu Oligarchen und ehemaligen Vertrauten von Kutschma suchte. Die „Partei der Regionen“ von

---

<sup>804</sup> Vgl. Åslund, Anders: Ukraine – What Went Wrong and How to Fix It, Peterson Institute for International Economics, Washington D.C. 2015, S. 69.

<sup>805</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 289.

<sup>806</sup> Vgl. Lindner, Rainer: Das Ende von Orange – Die Ukraine in der Transformationskrise, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2006, S. 9.

<sup>807</sup> Vgl. Deutsche Welle: Tymoschenko bricht mit ukrainischem Präsidenten Juschtschenko, 09.09.2005: <http://www.dw.com/de/timoschenko-bricht-mit-ukrainischem-pr%C3%A4sidenten-juschtschenko/a-1705534>

Janukowytsch nutzte den Regierungsstreit, um sich als attraktive Oppositionspartei zu etablieren.

Am 01.01.2006 trat die Verfassungsänderung in Kraft. Der Präsident musste viele Kompetenzen an das Parlament abgeben und verlor somit an legalen Einflussmöglichkeiten. Gleichzeitig nahm die Zustimmung der Bevölkerung zu Juschtschenko und seiner Regierung stetig ab. Das Ausbleiben der großen Reformversprechen und die Konkurrenz innerhalb der Regierung ließen den Rückhalt der „Orangen Revolution“ innerhalb der Bevölkerung schnell aufbrauchen. „Der Regierungswechsel konnte nicht verhindern, dass verfestigte Handlungsmuster der Eliten ebenso wie Korruption als Steuerungsform politischer Herrschaft und wirtschaftlicher Entscheidungen wirksam [blieben] und die Praxis informeller Kommunikation zur politischen Einflussnahme genutzt [wurde].“<sup>808</sup>

Die Parlamentswahlen am 26.03.2006 führten zu einem annähernden Gleichgewicht zwischen der Opposition um Janukowytsch und dem Präsidenten Juschtschenko. Zwar musste die Präsidentenpartei „Unsere Ukraine“ Verluste hinnehmen, welche den Rückgang der Popularität Juschtschenkos zeigten, dennoch kamen die Parteien der „Orangen Revolution“ auf eine parlamentarische Mehrheit. Tymoschenko erhob den Anspruch, erneut Premierministerin zu werden. Nachdem Moroz, dem Chef der Sozialisten, das Amt des Parlamentspräsidenten verweigert wurde, verließ dieser mit seiner Fraktion die Koalitionsverhandlungen. Eine Koalition bestehend aus der „Partei der Regionen“, den Sozialisten und Kommunisten bildete die Regierung. Janukowytsch, der einstige Gegenkandidat Juschtschenko und Kristallisationspunkt der Proteste vom November und Dezember 2004, wurde zum neuen Regierungschef. Für viele der ehemaligen Protestierenden auf dem Majdan wurde dies als Verrat an der Orangen Revolution betrachtet.<sup>809</sup>

An diesem Punkt soll eine kurze Zwischenbilanz über den demokratischen Konsolidierungsgrad gezogen werden. Die „Orangene Revolution“ hatte gezeigt, dass die Anprangerung der Nichteinhaltung von demokratischen Spielregeln und der Wechsel des legitim gewählten Staatsoberhauptes auf friedlichem Wege erfolgen konnte. Somit stellte der Erfolg der Protestbewegung der „Orangen Revolution“ einen wichtigen Meilenstein auf der Entwicklung hin zu einer stabilen Demokratie dar. Die Ernennung Janukowytschs zum Premierminister muss jedoch noch als bedeutenderer Schritt zur demokratischen Konsolidierung angesehen werden. Durch die Wahl Juschtschenkos zum Präsidenten und der

---

<sup>808</sup> Lindner, Rainer: Das Ende von Orange – Die Ukraine in der Transformationskrise, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2006, S. 9.

<sup>809</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Demokratie lernen, in: Ukraine-Analysen, Nr. 11, 12.09.2006, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2006, S. 2.

Ernennung Tymoschenkos zur Regierungschefin wurde ein erster friedlicher Regierungswechsel eingeleitet. Demgegenüber kann die Wahl Janukowytschs zum Premierminister unter dem Präsidenten Juschtschenko als zweiter Regierungswechsel angesehen werden. Laut Huntington ist gerade der zweite (friedliche) Regierungswechsel ein Gradmesser über die tatsächliche demokratische Konsolidierung eines Landes.<sup>810</sup> Die Einbindung Janukowytschs in die Regierung gab die Möglichkeit zur gegenseitigen Kontrolle zwischen den ehemaligen Rivalen. Insbesondere aus strukturtheoretischer Sicht muss diese Entscheidung positiv bewertet werden. Sie gab die Möglichkeit, den Kampf zwischen den beiden Gruppierungen um die machtpolitische Ausgestaltung der Ukraine zu beenden. Sowohl die Anhänger der „Orangen Revolution“, als auch ihre Gegner bekamen die Chance, in annähernd gleicher Weise an den Machtstrukturen zu partizipieren. Hierdurch hätten sich die innergesellschaftlichen Machtverhältnisse im vergleichbaren Maße in dem politischen System wiedergefunden. „In diesem Sinne [war] die Ernennung von Janukowitsch zum Ministerpräsidenten nicht das Ende der Orangen Revolution, sondern ihre zentrale Bewährungsprobe.“<sup>811</sup> Nichtsdestotrotz blieben grundlegende Probleme in der ukrainischen Demokratie bestehen, vor allem was die Akzeptanz getroffener Entscheidungen betraf. Unter dem Premierminister Janukowytsch, der es lernen musste, das Wahlergebnis vom 26.12.2004 zu akzeptieren, bestand Möglichkeit, dass ein weitreichendes Umdenken in der politischen Kultur des Landes einsetzen könnte, die im Ergebnis die Anerkennung und Einhaltung der geltenden Verfahrensregeln hätte.

Die erhoffte Zusammenarbeit zwischen den beiden ehemals verfeindeten Lagern blieb jedoch aus. Bereits nach kurzer Zeit kam es zu Machtkämpfen zwischen Premierminister und Präsident. Zentrale Streitpunkte betrafen etwa die Haushaltsgestaltung, die außenpolitische Rolle des Ministerpräsidenten, sowie das einseitige Erlassen von Dekreten durch den Präsidenten.<sup>812</sup> Mittels des „Gesetz über das Ministerkabinett“ sollte Janukowytschs Stellung gegenüber Juschtschenko auch formal ausgebaut und gefestigt werden. Dieses nahm zwar die parlamentarische Hürde, wurde jedoch von Juschtschenko per Dekret gestoppt. Insgesamt zeigte sich, dass der Einfluss des Präsidenten erkennbar nachließ. Die Partei Juschtschenkos, „Unsere Ukraine“, wurde für die Regierungsarbeit des Premierministers Janukowytsch nicht benötigt. Eine potentiell abweichende Haltung der Minister die von „Unsere Ukraine“ gestellt

---

<sup>810</sup> Vgl. Huntington, Samuel P.: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, London 1991, S. 267.

<sup>811</sup> Pleines, Heiko: Demokratie lernen, in: Ukraine-Analysen, Nr. 11, 12.09.2006, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2006, S. 2.

<sup>812</sup> Vgl. Whitmore, Sarah: Man spielt mit den Regeln und nicht nach den Regeln. Politische Ungewissheit in der Ukraine, in: Ukraine-Analysen, Nr. 19, 13.02.2007, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2007, S. 3.

wurden, hat folglich keine Auswirkung auf das Handeln der Regierung.<sup>813</sup> Am 02.04.2007 löste Juschtschenko die Rada auf und setzte für Ende Mai desselben Jahres Neuwahlen an. Vorausgegangen war ein Wechsel zahlreicher Oppositionsabgeordneter in die Regierungsfractionen, entgegen der geltenden Verfassung. Janukowytsch war dadurch näher an eine notwendige 2/3 Mehrheit für eine Verfassungsänderung gekommen. Mehrere Parlamentarier zogen vor Gericht, um gegen die Parlamentsauflösung zu klagen. Juschtschenko entband mehrere Richter ihres Amts und beschnitt dadurch die Handlungsfähigkeit der Judikative. Letztlich einigten sich der Premierminister und Präsident auf Neuwahlen für den 30.09.2007. Diese brachten einen Stimmenzuwachs für den Block Julija Tymoschenko. Präsident Juschtschenko ging geschwächt aus der Wahl hervor. Seine Partei „Unsere Ukraine“ konnte erneut nur als Juniorpartner in eine Koalition eintreten, entweder unter der Führung Janukowytschs oder Tymoschenkos.<sup>814</sup> Nach den gescheiterten Sondierungen mit der „Partei der Regionen“ bildeten der „Block Julija Tymoschenko“ und „Unsere Ukraine“ eine Regierung. Obwohl die Machtbefugnisse des Premierministers durch die 2006 geltende Verfassung ausgeweitet wurden, war Tymoschenko auf die Kooperation mit der Präsidentenpartei angewiesen, um die knappe Regierungsmehrheit aufrechtzuerhalten. Dem ungeachtet gingen die Konflikte in der Orangen Koalition weiter. Personelle Fragen, wie etwa die Besetzung des Generalstaatsanwalts, lähmten die Arbeit der Regierung. Gleichzeitig lotete Juschtschenko seine Kompetenzen als Staatsoberhaupt maximal aus. Mittels Erlasse, Vorgaben und öffentlichen Rügen, wollte er das bis dahin öffentliche Bild eines wenig entscheidungsfreudigen Präsidenten ins Gegenteil verkehren.<sup>815</sup> Tymoschenko verlor ihre Parlamentsmehrheit, als einzelne Abgeordnete im Juni 2008 die Regierungskoalition verließen. Auf der ersten Sitzung des Parlaments nach der Sommerpause verabschiedete der „Block Julija Tymoschenko“ zusammen mit der Partei der Regionen und den Kommunisten eine Reihe von Gesetzen, um die Macht des Präsidenten zu verkleinern. Mittels der Novellierung des „Gesetzes über das Ministerkabinett“ verlor Juschtschenko weitreichenden Einfluss auf die Regierungsarbeit. Erlasse des Präsidenten hatten folglich keine Bindung mehr für die Regierung. Ebenso verlor der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat seine Weisungsbefugnis gegenüber dem Ministerkabinett.<sup>816</sup> Gleichzeitig wurde ein mögliches Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten erleichtert und das zweimalige Veto des

---

<sup>813</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Der politische Machtkampf in der Ukraine. Kurzsichtigkeit mit langfristigen Folgen, in: Ukraine-Analysen, Nr. 21, 13.03.2007, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2007, S. 2.

<sup>814</sup> Vgl. Linder, Reiner: Ukraine: Verzögerte Regierungsbildung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 57, Berlin 2007, S. 3.

<sup>815</sup> Vgl. Lange, Nico: Kiew kommt einfach nicht zur Ruhe: Deutliche Bruchstellen in der ukrainischen Innen- und Außenpolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2008, S. 2.

<sup>816</sup> Vgl. Lange, Nico: Kiewer Machtkonflikt bricht wieder offen, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2008, S. 1.

Staatsoberhaupt gegen Gesetze aufgehoben.<sup>817</sup> Die Abgeordneten der Partei „Unsere Ukraine“ kündigten daraufhin die Koalition mit Tymoschenko auf. Am 08.10.2008 ordnete Juschtschenko die Auflösung des Parlaments an und rief Neuwahlen für den 07.12.2008 aus. Zur gleichen Zeit zeigten sich ersten Auswirkungen der internationalen Finanz- und Bankenkrise vom Herbst 2008. Die ukrainische Währung verlor einen erheblichen Teil ihres Wertes und deutete dadurch an, dass die Ukraine in eine erneute Rezession rutschen könnte. Tymoschenko nutzte die Finanzkrise als Argument gegen mögliche Neuwahlen. Alle Fraktionen sollten sich an der Regierung beteiligen, um die Ukraine zu retten. Vordergründig ging es ihr jedoch um die Sicherung der eigenen Position. Eine aktive Politik zur Krisenbewältigung wurde von ihr nicht vorangetrieben.<sup>818</sup> Drei Tage nach der angekündigten Parlamentsauflösung stoppte jedoch das Kiewer Bezirksverwaltungsgericht die angesetzten Neuwahlen. Zur Begründung hieß es, dass der Erlass des Präsidenten zur Auflösung des Parlaments zu früh veranlasst wurde. Dies wäre erst ein Jahr (23.11.2008) nach dem Zusammentreten des neugewählten Parlaments möglich gewesen.<sup>819</sup> Die weiter stattfindende Suche nach einer neuen Regierungskoalition führte zum Aufschub des Präsidentendekrets bzgl. Neuwahlen. Am 16.12.2008 unterzeichneten der „Block Julija Tymoschenko“, der „Block Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung (NU – NS)“ und der „Block Lytvyn“ einen neuen Koalitionsvertrag und machten dadurch Neuwahlen unnötig.

Trotz der neuen Regierungsmehrheit änderte sich nur wenig am Verhältnis zwischen Präsident und Premierministerin. Streitigkeiten mit Blick auf personelle Fragen, gegenseitige Beschuldigungen und kontinuierliche Machtkämpfen prägten die öffentliche Wahrnehmung der beiden Kontrahenten. Die Finanzkrise hatte sich inzwischen in eine Wirtschaftskrise entwickelt und deutliche Spuren in der Ukraine hinterlassen. Weder dem Präsidenten, noch der Regierung oder dem Parlament gelang es, sich auf krisenmildernde Maßnahmen zu verständigen. Debatten über neue Koalitionen oder das parallele Stattfinden von Präsident- und Parlamentswahlen bestimmten die Tagesordnung.<sup>820</sup> Insgesamt warf die für 2010 angesetzte Wahl eines neuen Staatsoberhauptes ihre Schatten voraus und gab der Profilierungslust einzelner Politik Vorschub. Eine parteiübergreifende Politik im Parlament war dadurch faktisch unmöglich.

---

<sup>817</sup> Vgl. Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, 2. Auflage, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2014, S. 144.

<sup>818</sup> Vgl. Lange, Nico: Die ukrainische Dauerkrise setzt sich fort: Keine Kompromisse in Kiew, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2008, S. 2.

<sup>819</sup> Vgl. Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, 2. Auflage, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2014, S. 149.

<sup>820</sup> Vgl. Lange, Nico: Ukraine: Weiterhin Stillstand und Blockaden statt politischem Handeln, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2009, S. 1.

Nach fünf Jahren hatten die Akteure der „Orangen Revolution“ erhebliche Teile des politischen Vertrauens verspielt. Juschtschenko als die zentrale Kristallisationsfigur der Majdan-Proteste vom November/Dezember 2004 wurden große Teile der Fehlentwicklung angelastet. Zwar war es ihm gelungen, demokratischere Verhältnisse in der Ukraine herbeizuführen, jedoch war er „zu schwach, um das Land zu regieren, die Ost- mit der Westukraine zu versöhnen, die Wirtschaft anzukurbeln, seiner Politik eine klare Richtung zu geben und entschlossen machtpolitisch zu agieren.“<sup>821</sup> Nicht zuletzt wurde das große Versprechen der Beseitigung der Korruption von Juschtschenko nicht eingelöst, sondern mit veränderten Akteuren fortgesetzt. Insbesondere dieser Punkt wurde ihm von seinen ehemaligen Anhängern negativ angehaftet. Die Wirtschaftskrise 2008/2009 ließ die Unterstützung für Juschtschenko gänzlich zusammenbrechen.

Der IWF vergab während der Finanzkrise Kredite in Milliardenhöhe an die Ukraine und bewahrte das Land dadurch vor einem drohenden Staatsbankrott. Tymoschenko nutzte Teile der IWF-Kredite, um die hohe Sozialausgaben aufrechtzuhalten und die Wirtschaft aus der Rezession zu führen. Des Weiteren gelang es ihr, den Gaskonflikt mit Russland zu lösen, was ihr Ansehen in der Bevölkerung der Ostukraine erheblich verbesserte.<sup>822</sup> Tymoschenko konnte sich somit als potentielle Anwärtlerin für das Amt des Präsidenten etablieren. Janukowytsch als Gegenspieler von Juschtschenko und Tymoschenko war der weitere aussichtsreiche Kandidat für die Position des Staatsoberhauptes. Insgesamt traten 18 Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen Anfang 2010 an. Im Vorfeld wurde über die Festlegung des genauen Wahltermins gestritten. Das Parlament setzte, entsprechend der Regelung der Wahl von 2004, die Wahl für den 25.10.2009 an. Juschtschenko ließ das Verfassungsgericht den Beschluss prüfen. Schließlich kam es zu dem Urteil, das als Ausgangspunkt zur Terminfestlegung der Tag des Amtsantritts (23.01.2005) heranzuziehen sei.<sup>823</sup> Folglich wurde die Wahl auf den 17.01.2010 datiert.

Die erste Präsidentschaftswahl nach der „Orangen Revolution“ galt als weiterer Gradmesser für den demokratischen Stabilisierungsgrad der Ukraine. Dementsprechend wurde sowohl der Wahlkampf, als auch die Wahl an sich, genau observiert. Die OSZE stellte erhebliche Verbesserungen im Vergleich zu der Wahl von 2004 fest. „The campaign was conducted in a

---

<sup>821</sup> Kunze, Thomas und Vogel, Thomas: Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit – Eine Reise durch die 15 früheren Sowjetrepubliken, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2011, S. 152.

<sup>822</sup> Vgl. Rahr, Alexander: Fünf Jahre nach der Orangen Revolution in der Ukraine, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAPaktuell Nr. 7, Berlin 2009, S. 1.

<sup>823</sup> Vgl. Andrijko, Vasyli und Mykhalniuk, Taras: Die Ukraine hat die Wahl – vor der Präsidentschaftswahl am 17. Januar 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung, Kiew 2010, S. 3



free and calm atmosphere respecting civil and political rights.”<sup>824</sup> Ebenso unterlag die mediale Berichterstattung keiner Beeinflussung. Die Wahlen waren frei von jeglicher Manipulation. Im ersten Wahlgang konnten sich Janukowytsch mit 35,3% und Tymoschenko mit 25,1% durchsetzen.<sup>825</sup> Amtsinhaber Juschtschenko fuhr lediglich 5,5%<sup>826</sup> ein und landete abgeschlagen auf dem fünften Platz. Die Stichwahl am 07.02.2010 konnte Janukowytsch für sich entscheiden. 49% aller abgegebenen Stimmen entfielen auf ihn, während Tymoschenko 45,5% der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte.<sup>827</sup> Erneut zeigte sich eine Differenz zwischen der Zentral- und Westukraine, die mehrheitlich für Tymoschenko stimmte und der Ost- und Südukraine, die Janukowytsch unterstützte (siehe Abb. 37). Die Verteilung entsprach exakt dem Ergebnis von 2004.

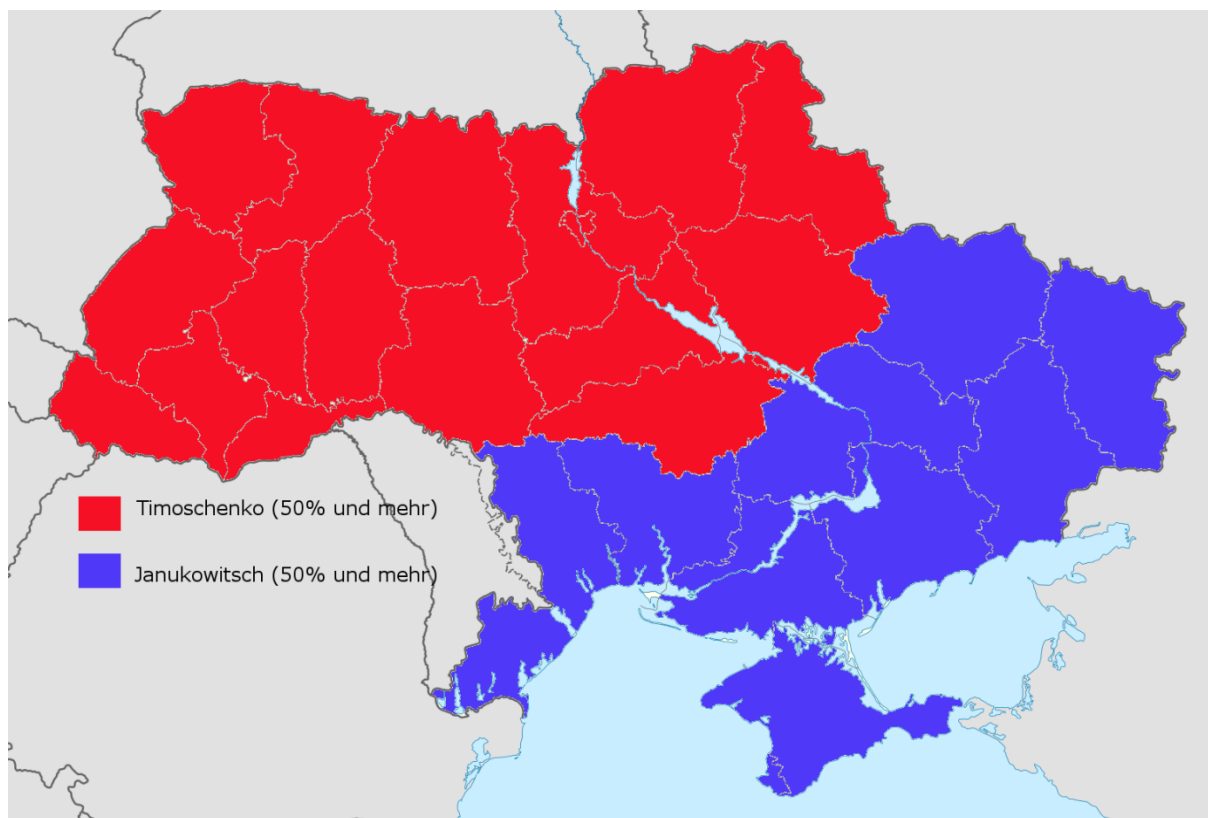


Abb. 37: Ergebnis Präsidentschaftswahl vom 07.02.2010, eigene Darstellung, Quelle: Electoral Geography 2.0, Ukraine. Presidential Election 2010: <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-2010.html/nggallery/page/3>

Zwar versuchte Julija Tymoschenko noch das Ergebnis anzufechten, scheiterte jedoch nach kurzer Zeit vor Gericht. Die Premierministerin konnte sich bei der Wahl nicht durchsetzen, da

<sup>824</sup> OSCE: Ukraine, Presidential Election 17 January and 7 February 2010, Final Report, S. 2.

<sup>825</sup> Vgl. ebd., S. 31.

<sup>826</sup> Vgl. ebd., S. 31.

<sup>827</sup> Vgl. ebd., S. 31.

sie für die politische Krise des Landes und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht wurde.<sup>828</sup> Den Vorteil als Amtsinhaberin konnte sie nicht gewinnbringend ausspielen. Durch den Amtsantritt Janukowytschs hatte die Ukraine erneut einen friedlichen Machtwechsel herbeigeführt.<sup>829</sup>

Der neue Präsident setzte alles daran, um Julija Tymoschenko als Premierministerin abzusetzen und einen ihm getreuen Regierungschef zu ernennen. Am 10.02.2010 nahm die Rada ein Gesetz zur Änderung der Geschäftsordnung an. In dieser wurde festgelegt, dass zur Bildung einer Koalition nicht die Mehrheit der Fraktionen, sondern die Mehrheit der Abgeordneten nötig sei. Diese Regelung verstieß zwar gegen die Verfassung, wurde jedoch später vom Verfassungsgericht, entgegen früherer Urteile, für rechtmäßig anerkannt. Anfang März stimmten 243 Parlamentarier für einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Tymoschenko. Unter ihnen waren auch sieben Abgeordnete des Blocks um die Premierministerin.<sup>830</sup> Da jedoch Janukowytsch keine Mehrheit für die Einsetzung eines neuen Regierungschefs hatte, wurde am 09.03.2010 ein Gesetz im Parlament verabschiedet, welches den Abgeordneten erlaubte, einer Regierungskoalition beizutreten. Der Wechsel einzelner Parlamentarier in das neue Regierungslager erfolgte nach Auffassung des Fraktionsvorsitzenden der NU-NS, Mykola Martynenko, mittels Bestechung.<sup>831</sup> Zwei Tage später hatte sich eine neue Koalition gebildet. Sie bestand aus der „Partei der Regionen“, der „Kommunistischen Partei“, dem „Block Lytvyn“ und aus einzelnen Abgeordneten, welcher früher dem „Block Julija Tymoschenko“ und der NU-NS angehörten. Insgesamt kam die neue Regierung auf eine Mehrheit von 235 Stimmen. Dadurch war die politische Pattsituation im Parlament beendet. Mykola Asarow wurde zum neuen Premierminister gewählt.<sup>832</sup> Dieser war ein enger Vertrauter Janukowytschs als dieser noch Gouverneur der Oblast Donezk war. Unter Kutschma leitete Asarow die Steuerverwaltung und übernahm zweimal das Amt des Finanzministers.

Die neue Regierung besetzte zahlreiche Positionen mit Personen aus dem Osten und Süden der Ukraine. Ministerien, Verwaltungen und Behörden durchliefen eine weitläufige personelle „Erneuerung“. Gleichzeitig wurden Institutionen, welche unter Juschtschenko entstanden

---

<sup>828</sup> Vgl. Koch-Laugwitz, Ursula, Andrijko, Vasyl und Mykhalniuk, Taras: Die Ukraine hat gewählt – Mehr Stabilität und Reformen mit Janukowytsch?, Friedrich-Ebert-Stiftung, Kiew 2010, S. 1.

<sup>829</sup> Vgl. Dörrenbächer, Heike: „The Winner Takes It all“ – Die Präsidentschaftswahlen und die Folgen, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand. Bonn 2010, S. 149.

<sup>830</sup> Vgl. Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union, 2. Auflage, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2014, S. 187.

<sup>831</sup> Vgl. ebd., S. 195.

<sup>832</sup> Vgl. ebd., S. 197.

waren, aufgelöst, beispielweise das Koordinierungsbüro für Euroatlantische Integration.<sup>833</sup> Das Kabinett wurde erweitert und zum überwiegenden Teil mit Mitgliedern der „Partei der Regionen“ besetzt. Ebenfalls nahm der Druck auf die Judikative zu. Mehrere Richter des Verfassungsgerichts traten von ihrem Posten zurück und wurden durch Richter, welche sich durch eine große Loyalität gegenüber Janukowytsch auszeichneten, ersetzt. Erst hierdurch gelang die Entscheidung des Gerichts, die bisherigen Verfassungsänderungen für unrechtmäßig zu erklären. Folglich kehrte die Ukraine zur Verfassung von 1996 zurück und stärkte dadurch die Macht des Präsidenten in erheblicher Weise.

Die unter Juschtschenko und Tymoschenko entstandene Pressefreiheit wurde kontinuierlich rückgängig gemacht. Zensur und Eingriffe der Regierung auf die Berichterstattung nahmen zu. Blogger und Journalisten wurden zunehmend verfolgt.<sup>834</sup> Einschüchterungsversuche mittels Vorladungen zu Geheimdiensten gehörten zur Tagesordnung, wobei auch nicht vor Auslandsbüros, wie etwa der Konrad-Adenauer-Stiftung, zurückgeschreckt wurde.<sup>835</sup>

Der Opposition gelang es nicht, die neuen Verhältnisse effektiv anzuprangern. Zum einen waren vielen von der Geschwindigkeit der weitreichenden personellen Ersetzung überrascht. Zum anderen hemmte die Zerstrittenheit der einzelnen Lager die Schlagkraft der gesamten Opposition. Julija Tymoschenko, gegen die am 12.05.2010 ein Kriminalverfahren aus dem Jahr 2005 neu eröffnet wurde, fehlte die Kraft, um sich als wahrnehmbare Gegenkraft zu Janukowytsch zu etablieren. Zahlreiche politische Gegner, insbesondere jene, die an der „Orangen Revolution“ beteiligt waren, wurden mit unterschiedlichen Gerichtsverfahren konfrontiert und mussten teilweise lange Haftstrafen verbüßen. Dieses Vorgehen interpretierten viele Ukrainer als „einen persönlichen Rachefeldzug“<sup>836</sup> Janukowytschs gegen jene, die ihn um den Sieg im November 2004 brachten. Prominente Opfer der selektiven Justiz waren Bohdan Danylyschyn (Wirtschaftsminister unter Tymoschenko), Heorhij Filipitschuk (Umweltminister unter Tymoschenko) und Jurij Luzenko (Innenminister unter Tymoschenko).<sup>837</sup>

Somit trifft Heike Dörrenbächers Fazit, wonach der mit dem Amtsantritt Janukowytschs stattgefundene Machtwechsel kein programmatischer Wechsel bedeutete, sondern die

---

<sup>833</sup> Vgl. Lange, Nico: 100 Tage nach dem Machtwechsel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2010, S. 2.

<sup>834</sup> Vgl. Cicero: Geld und Politik gehören zusammen <https://www.cicero.de/aussenpolitik/geld-und-politik-gehoeren-zusammen/49580>

<sup>835</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 298.

<sup>836</sup> Ebd., S. 299.

<sup>837</sup> Vgl. ebd., S. 299-300.

Machtübergabe einer Interessensgruppe an die andere darstellte, nur teilweise zu.<sup>838</sup> Der formale Charakter der reinen Übertragung der Macht von einer Gruppe auf die andere ist korrekt. Jedoch sollte mit Blick auf die programmatische Orientierung eine differenzierte Analyse vorgenommen werden. Die Festigung und der Ausbau demokratischer Regeln und Verfahrensweisen war ein ausgesprochenes Ziel der Juschtschenko/Tymoschenko-Administration. Die Parlamentswahlen 2006 und 2007, sowie die Präsidentschaftswahl 2010, erfüllten den Anspruch demokratischer Wahlen. Nicht zuletzt erfuhr die Pressefreiheit eine bedeutende Aufwertung. Demgegenüber interessierte sich Janukowytsch nicht für eine fortsetzende demokratische Konsolidierung der Ukraine. Persönliche Machtvergrößerung und Einflussnahme waren das vordergründige Ziel seiner politischen Tätigkeit. Somit erfolgte mit dem Amtsantritt Janukowytschs ein umfassender (programmatischer) Machtwechsel.

Dem neuen Staatspräsidenten war es gelungen, sich innerhalb kürzester Zeit umfängliche Machtbefugnisse anzueignen. Um diese weiter zu zementieren wurde im Schnellverfahren das Gesetz für die Durchführung der Kommunalwahlen geändert. Innerhalb weniger Wochen beschloss die Rada ein Gesetz welches besagte, dass Wahlblöcke nicht mehr zulässig waren. Die Änderung betraf vor allem den „Block Julija Tymoschenko“. Unterschiedliche europäische Institutionen sahen diese Entwicklungen kritisch und befürchteten eine kontinuierliche Abkehr der Ukraine von demokratischen Prinzipien.<sup>839</sup>

Außenpolitisch suchte der neue Präsident die Annäherung an Russland, ohne sich jedoch gänzlich von der EU abzuwenden. In einem Tauschgeschäft gelang es Janukowytsch, die Preise für russische Gaslieferungen an die Ukraine zu senken. Gleichzeitig wurde der Pachtvertrag für die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte bis 2042 verlängert. Die daraus resultierenden Haushaltserleichterungen öffneten den Weg für neue IWF-Kredite.<sup>840</sup> Mit Blick auf die EU setzte die neue Staatsführung die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine fort. Insbesondere die Aussicht der Visumsfreiheit war ein attraktiver Anreiz, um die Gespräche zwischen Kiew und Brüssel fortzusetzen.

Die Parlamentswahl am 28.10.2012, welche erhebliche Rückschritte im Vergleich zu vergangenen Wahlen aufwies, führte zu keinem Regierungswechsel. Asarow wurde erneut zum Premierminister gewählt. Janukowytschs Machtstellung war gefestigt. Die Korruption

---

<sup>838</sup> Vgl. Dörrenbächer, Heike: „The Winner Takes It all“ – Die Präsidentschaftswahlen und die Folgen, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand. Bonn 2010, S. 150.

<sup>839</sup> Vgl. Stewart, Susan: Überraschungen in der Ukraine – Die Demokratie auf dem Rückzug, Russland auf dem Vormarsch, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell 73, Berlin 2010, S. 2-3.

<sup>840</sup> Vgl. ebd., S. 3.

nahm weiter zu. Das Umfeld des Präsidenten, speziell sein familiäres, konnte sich stark bereichern. Der Begriff „Familie“ wurde medial verwendet, „um das Netzwerk der persönlichen Geschäftspartner des Präsidenten zu kennzeichnen.“<sup>841</sup> Olexandr Janukowytsch, der Sohn des Staatspräsidenten, gelang innerhalb kürzester Zeit zu großem Reichtum. Positionen in Verwaltung und Regierung wurden durch Vertraute von Olexandr Janukowytsch besetzt. Insbesondere die Besetzung des Ministeriums für Zölle und Steuern, sowie das Finanzministerium und die Nationalbank mit Mitgliedern aus der Familie ließ Befürchtungen aufkommen, dass der staatliche Haushalt privatisiert werden könnte.<sup>842</sup> Diese Entwicklung ging zu Lasten der Oligarchen. Janukowytsch drängten ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluss zurück und konzentrierte die Macht in der Präsidialverwaltung. Er unterschied sich damit von Kutschma. „Während Präsident Kutschma in neo-feudaler Manier den Oligarchen gegen politische Loyalität – und Finanzierung seiner Wahlkämpfe – die Lizenz zur Privatisierung staatlicher Unternehmen unter Wert erteilte, fordert[e] Präsident Janukowytsch von ihnen für die privilegierte Privatisierung einen Anteil für ‚die Familie‘“.<sup>843</sup> Manche Beobachter sahen Parallelen zu den Entwicklungen in Russland. Allerdings erwarteten sie, dass die Oligarchen die Vorgänge nicht unwidersprochen hinnehmen, sondern im Zweifelsfall eine Absetzung Janukowytschs herbeiführen würden.

Neben den Oligarchen verlor der Präsident auch zunehmend Rückhalt in der ukrainischen Bevölkerung.<sup>844</sup> Die angekündigte Aufwertung der sozialen und wirtschaftlichen Situation erfüllte sich nicht. Im Zuge der neuen IWF-Kredite mussten soziale und wirtschaftliche Leistungen gekürzt werden, was vor allem ärmere Ukrainer zu spüren bekamen. Jedoch wurde der allgemeine Unmut der Bevölkerung nicht unter einer oppositionellen Bewegung gebündelt. Tymoschenko war zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden und hatte den Ruf als Vertreterin der alten Eliten. Klitschko gehörte zwar den bekanntesten Ukrainern, brachte jedoch keine Regierungserfahrung mit. Folglich musste Janukowytsch im Herbst 2013, eineinhalb Jahre vor der nächsten Präsidentschaftswahl, keine größere Konkurrenz fürchten.

---

<sup>841</sup> Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 305.

<sup>842</sup> Vgl. Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012 – „Die Familie“ übernimmt die Regierung, in: Ukraine-Analysen, Nr. 115, 23.04.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 4.

<sup>843</sup> Ebd., S. 6.

<sup>844</sup> In einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom April 2013 gaben 26,5% aller Befragten an, dass sie für Janukowytsch bei der kommenden Präsidentschaftswahl stimmen würden. Gefragt nach dem Vertrauen in die Politiker gaben 65,8% der Befragten an, dass sie Janukowytsch gar nicht bis wenig vertrauen, während 30,8% der Präsidenten teilweise oder ganz vertrauen. Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 117, 28.05.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 11-12. In einer Umfrage vom Oktober 2013 der Forschungsgruppe „Rating“ wollten nur 21% der Befragten für Janukowytsch als Staatsoberhaupt stimmen. Vgl. Ratinggroup: Electoral Moods in Ukraine: October 2013

[http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/elektoralnye\\_nastroeniya\\_grazhdan\\_oktyabr\\_2013.html](http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/elektoralnye_nastroeniya_grazhdan_oktyabr_2013.html)

Unter Präsident Janukowytsch wurden die entscheidenden Passagen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine ausgehandelt. Janukowytsch hatte sich durchgehend für ein Abkommen mit der EU ausgesprochen. Zwar wurde im Dezember 2011 der Vertrag erfolgreich abgeschlossen, jedoch nicht unterzeichnet. Vor allem die Inhaftierung Julija Tymoschenkos war ein ausschlaggebender Grund für das Ausbleiben der notwendigen Unterschriften. Janukowytsch sah sich durch innenpolitischen Druck gezwungen, die Verhandlungen fortzusetzen. Die Mehrheit der Ukraine zeigte sich in Umfragen wiederholt offen für engere Beziehungen zur EU. Einflussreiche Geschäftsleute wollten ihre Produkte einfacher auf dem europäischen Markt absetzen, der deutlich größer als der russische war. Ein nichtunterzeichnetes Assoziierungsabkommen hätte Janukowytsch bei der Wahl 2015 Schwierigkeiten bereiten können.<sup>845</sup> Russland beobachtete diese Entwicklung zunächst zurückhaltend, agiert jedoch zunehmend aggressiver. Handelssanktionen wurden auferlegt. Die Einfuhr des Schokoladenherstellers Roschen, dessen Inhaber der Oligarch Poroschenko war, fiel dieser restriktiven Haltung zum Opfer. Im August 2013 gelangten keinerlei ukrainische Importe mehr nach Russland, aufgrund verstärkter Kontrollen. Zwei Monate später wiederholte sich dieser Vorgang.<sup>846</sup> Die russische Seite wollte der Ukraine verdeutlichen, welche Folgen eine Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens haben würde.

Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten beinhaltete das Abkommen Vereinbarungen, welche zu Lasten der Ukraine gingen. Im Bereich des Handels wurde gleich im ersten Artikel des entsprechenden Kapitels (Titel IV, Artikel 25) das angestrebte Ziel festgeschrieben: „The Parties shall progressively establish a free trade area over a transitional period of a maximum of 10 years“<sup>847</sup>. Zum Erreichen dieser Freihandelszone wäre eine fast vollständige Abschaffung der Zölle nötig gewesen: „Each Party shall reduce or eliminate customs duties on originating goods of the other Party“<sup>848</sup>. Die Europäische Kommission ging ihrerseits davon aus, dass 99,1% der Zölle auf ukrainischer Seite und 98,1% der europäischen Zölle

---

<sup>845</sup> Vgl. Åslund, Anders: Ukraine – What Went Wrong and How to Fix It, Peterson Institute for International Economics, Washington D.C. 2015, S. 95.

<sup>846</sup> Vgl. Malygina, Katerina: Die Ukraine vor dem EU-Gipfel in Vilnius: Einflussversuche externer Akteure, abrupter Kurswechsel der Regierung und die Volksversammlung zugunsten der europäischen Integration, in: Ukraine-Analysen, Nr. 124, 26.11.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 2.

<sup>847</sup> Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the One Part, and Ukraine, of the other part, Titel IV (trade and trade-related matters), Chapter 1 (national treatment and market access for goods), Section 1 (common provisions), Article 25 (Objective), S. 32.

<sup>848</sup> Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the One Part, and Ukraine, of the other part, Titel IV (trade and trade-related matters), Chapter 1 (national treatment and market access for goods), Section 1 (common provisions), Article 29 (Elimination of customs duties on imports), S. 35.

abgesenkt würden.<sup>849</sup> Eine spätere Erhöhung oder Neuauflage von Zöllen wurde ebenso ausgeschlossen: „Neither Party may increase any existing customs duty, or adopt any new customs duty, on a good originating in the territory of the other Party.“<sup>850</sup> Des Weiteren schrieb der Vertrag das Verbot jeglicher Art von nichttarifären Handelshemmnisse fest: „No Party shall adopt or maintain any prohibition or restriction or any measure having an equivalent effect on the import of any good of the other Party or on the export or sale for export of any good destined for the territory of the other Party“<sup>851</sup>. Nicht zuletzt sah das Abkommen vor, dass die Ukraine die EU-Standards im Bereich der Produktion und Zertifizierung übernehmen sollte: „Ukraine shall take the necessary measures in order to gradually achieve conformity with EU technical regulations and EU standardisation, metrology, accreditation, conformity assessment procedures and the market surveillance system“<sup>852</sup>.

Aus Sicht der EU hätte das Abkommen die Wettbewerbsfähigkeit der ukrainischen Wirtschaft gesteigert und zu einem erheblichen Wirtschaftswachstum geführt. Kritiker befürchteten jedoch, dass insbesondere durch den Abbau der Zölle die ukrainischen Produkte vom eigenen Markt verdrängt werden könnten. Des Weiteren meldeten sich auch auf europäischer Seite Stimmen zu Wort, welche die Einführung europäischer Produktions- und Zertifizierungsstandards in der Ukraine mit erheblichen Problemen verbunden sahen. Die deutsche Agentur für Außenwirtschaft „Germany Trade & Invest“ stellte fest: „Die Übernahme von EU-Standards und das Bestehen im Freihandel mit der Europäischen Union erfordern allerdings bei den ukrainischen Unternehmen vielfach immense Modernisierungsanstrengungen. Insbesondere die Nahrungsmittelindustrie muss sich noch vielfach an die neuen Standards anpassen. Die Finanzierung stellt für ukrainische Unternehmen oft eine kaum zu nehmende Hürde dar.“<sup>853</sup>

---

<sup>849</sup> Vgl. Wagner, Jürgen: Der lange Arm der EU, in: Thoden, Ronald und Schiffer, Sabine (Hrsg.): Ukraine im Visier – Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen, Selbrund Verlag, Frankfurt am Main 2014, S. 65.

<sup>850</sup> Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the One Part, and Ukraine, of the other part, Titel IV (trade and trade-related matters), Chapter 1 (national treatment and market access for goods), Section 1 (common provisions), Article 30 (Standstill), S. 36.

<sup>851</sup> Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the One Part, and Ukraine, of the other part, Titel IV (trade and trade-related matters), Chapter 1 (national treatment and market access for goods), Section 1 (common provisions), Article 35 (Import and export restrictions), S. 39.

<sup>852</sup> Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the One Part, and Ukraine, of the other part, Titel IV (trade and trade-related matters), Chapter 1 (national treatment and market access for goods), Section 1 (common provisions), Article 56 (Approximation of technical regulations, standards, and conformity assessment), Paragraph 1, S. 39.

<sup>853</sup> Overhoff, Christian: In der Ukraine stehen Modernisierungen an, in: Germany Trade & Invest, Bonn 2014, S. 1: [http://ukraine.ahk.de/fileadmin/ahk\\_ukraine/GTAI/In\\_der\\_Ukraine\\_stehen\\_Modernisierungen\\_an.pdf](http://ukraine.ahk.de/fileadmin/ahk_ukraine/GTAI/In_der_Ukraine_stehen_Modernisierungen_an.pdf)

Mittels der angestrebten Teilintegration der Ukraine in den EU-Binnenmarkt hätte das Land ein enges Abhängigkeitsverhältnis zur EU aufgebaut und die Handelsbeziehungen zu Russland nachhaltig beschädigt. Nicht zuletzt wäre mit dem Assoziierungsabkommen eine weitreichende Deindustrialisierung verbunden gewesen. Janukowytsch versuchte, in Nachverhandlungen unterschiedliche Schutzregeln für die ukrainische Wirtschaft zu erreichen, welche die EU jedoch ablehnte. Moskau drohte im Oktober 2013 mit der Einführung einer Visumpflicht für alle Ukrainer bei Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens. Zahlreiche Ostukrainer, die regelmäßig nach Russland fuhren, um ihrer beruflichen Tätigkeit nachzugehen, wären hiervon bedroht gewesen. Neben Drohungen gab Russland der Ukraine auch Anreize für einen Beitritt in die Zollunion mit Moskau. Russische Banken gewährten Ende September 2013 der Ukraine einen Kredit im Umfang von 750 Mio. Euro. Des Weiteren war Gazprom bereit, Preisnachlässe für zukünftige Gaslieferungen zu erteilen.<sup>854</sup>

Janukowytsch selbst sandte in der zweiten Jahreshälfte 2013 widersprüchliche Signale aus. Am Unabhängigkeitstag betonte er die Wichtigkeit des Abkommens mit der EU, war jedoch gleichzeitig bestrebt, die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland und anderen eurasischen Staaten zu intensivieren. Anfang September bat er das Parlament, jegliche Gesetze zu beschließen, welche für Unterzeichnung des Abkommens notwendig waren. Mitte Oktober stellte sich das Ministerkabinett geschlossen hinter den Assoziierungsvertrag. Die Unterzeichnung des Abkommens war für den 21.11.2013 vorgesehen. Noch einen Tag zuvor hatte Premierminister Asarow die Zustimmung der Ukraine zum Vertragswerk zugesichert. Am 21.11.2013 distanzierte sich jedoch das ukrainische Ministerkabinett vom Assoziierungsabkommen. Der Rückgang des Handelsvolums mit Russland um 25% hatte die ukrainische Führung zum Umdenken bewogen. Kurz zuvor hatten russische Vertreter der Ukraine den Kauf von Staatsanleihen in Höhe von 15 Mrd. Euro in Aussicht gestellt, 3 Mrd. waren umgehend eingelöst worden. Des Weiteren war Gazprom bereit, für eine begrenzte Zeit, den Kubikmeter-Preis für Gaslieferungen von 400 auf 270 Dollar zu senken.<sup>855</sup> Die ukrainische Führung bekräftigte, dass die Entscheidung zur Nichtunterzeichnung des Vertrags lediglich ein taktisches Manöver sein und keinen Kurswechsel des Landes bedeute.

Einen Tag später kam es in verschiedenen Regionen der Ukraine zu Protesten gegen die ausgesetzte Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens. Während zu Beginn noch die

---

<sup>854</sup> Vgl. Malygina, Katerina: Die Ukraine vor dem EU-Gipfel in Vilnius: Einflussversuche externer Akteure, abrupter Kurswechsel der Regierung und die Volksversammlung zugunsten der europäischen Integration, in: Ukraine-Analysen, Nr. 124, 26.11.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 3.

<sup>855</sup> Vgl. Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine, Bonn 2015, S. 337.



Forderungen nach einer vertiefenden Zusammenarbeit mit der EU überwogen, nahmen im Lauf der Zeit Stimmen zu, welche die allgemeine Korruption anprangerten und ihren Unmut über die Regierung öffentlich machten. Nach einem gewaltsamen Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten auf dem Majdan-Platz in Kiew am 30.11.2013 gewann die Protestbewegung an deutlichem Zulauf. Janukowytsch und seine Regierung gerieten zunehmend in den Fokus der Proteste. Es kam zur Besetzung von Verwaltungseinrichtungen und regelmäßigen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten. Ein am 16.01.2014 beschlossenes Gesetz hatte eine weitreichende Beschneidung von Demonstrationsrechten zur Folge, was zu einer weiteren Eskalation der politischen Krise führte. Verschiedene Treffen zwischen Janukowytsch und Oppositionsvertretern, in welchem unter anderem über eine Rückkehr zur Verfassung von 2004 beraten wurde, blieben am Ende ohne spezifische Ergebnisse. Die teilweise Rücknahme der Gesetze zur Beschränkung der Demonstrationsrechte und der Rücktritt Asarows am 28.01.2014 trugen ebenfalls nicht zur Beruhigung der Lage bei. Im Februar 2014 eskalierte die Situation auf Majdan-Platz. „Die Polizei setzte Tränengas und Blendgranaten ein und postierte Scharfschützen auf den Dächern, die Demonstranten warfen mit Steinen, Feuerwerkskörpern und Molotov-Cocktails und zerstörten das Hauptquartier der Partei der Regionen.“<sup>856</sup> Am 22.02.2014 erklärte das Parlament mehrheitlich Janukowytsch für abgesetzt.

Unter der Präsidentschaft Janukowytschs stoppte die Ukraine ihren demokratischen Konsolidierungsprozess. Die im Zuge der „Orangen Revolution“ 2004 erkämpften Fortschritte im Bereich der Presse- und Meinungsfreiheit sowie der Machtverteilung zwischen den staatlichen Institutionen wurde im großen Maße rückgängig gemacht. Unter strukturtheoretischen Gesichtspunkten wirkte sich die Amtszeit Janukowytschs negativ auf den Konsolidierungsgrad der ukrainischen Demokratie aus. Die mittels des Verfassungskompromisses vom Dezember 2004 vereinbarte machtpolitische Ausbalancierung zwischen Legislative und Exekutive wurde beseitigt. Durch die Rückkehr zur Verfassung von 1996 erfuhr die Position des Präsidenten erneut eine übergeordnete Stellung. Das Parlament büßte seine Funktion als Korrektiv der Exekutive ein und entwickelte sich wieder zum verlängerten Arm der Regierung. Eine demokratische Debattenkultur konnte sich dadurch nicht entwickeln. Janukowytsch besetzte zahlreiche Positionen in der staatlichen Administration mit seinen persönlichen Vertrauten. Die in den ukrainischen Medien als „Familie“ bezeichnete Clique um den Staatspräsidenten erarbeitete sich dadurch eine politische Hegemonialstellung, welche nach dem Theorem der Machtdispersion für die

---

<sup>856</sup> Ebd., S. 342.

Demokratisierung eines Landes schädlich war. Eine unter der „Orangen Revolution“ schrittweise eingeleitete breitere Streuung der Machtressourcen wurde rückgängig gemacht. Des Weiteren muss die wirtschaftliche Tätigkeit der „Familie“ unter systemtheoretischer Betrachtung negativ bewertet werden. Das privatwirtschaftliche Agieren politischer Akteure lief der funktionalen Ausdifferenzierung der sozialen Teilsysteme von Politik und Wirtschaft zuwider. Zahlreiche politische Entscheidungen Janukowytschs und seines Umfelds im wirtschaftlichen Bereich bedurften folglich einer kritischen Betrachtungsweise, da nicht auszuschließen war, dass diese vorrangig dem Nutzen der privaten Bereicherung dienten. Zwar begann Janukowytsch damit, die Macht der Oligarchen zurückzudrängen, jedoch tat er dies nicht, um diese Macht im politischen System gleichmäßig zu verteilen, sondern um seine Machtposition auszubauen und den eigenen ökonomischen Nutzen zu vermehren. Somit kam es unter ihm zum einen zu einer Vermischung von politischer und ökonomischer Sphäre und zum anderen auch zu einer Überordnung des politischen Systems über die anderen.

Am Ende der Präsidentschaft Janukowytschs stand die Ukraine dennoch vor der Herausforderung eines strukturellen Systemproblems. Janukowytsch hatte es geschafft, sich innerhalb kurzer Zeit weitreichende Machtbefugnisse anzueignen und die demokratische Balance in der Ukraine zu zerstören. Das Land war mit der Aufgabe konfrontiert, zwei grundlegende Probleme des politischen Systems zu lösen. Auf der einen Seite stand das konstitutionelle Problem. Die Verfassung von 1996 räumte dem Präsidenten eine gehobene Stellung in der politischen Machtkonstellation ein. Im Zuge der Verfassungsreform 2004 gab dieser Befugnisse an den Premierminister und das Parlament ab. Dies trug zu einer Machtbalance und demokratischen Konsolidierung bei. Um die Gleichheit zwischen den Machtstrukturen zu verstetigen hätte die Arbeit an der Verfassung an sich fortgesetzt werden müssen. Die Reform von 2004 bot gute Ansätze, ließ jedoch viele Punkte offen, welche sich später zu neuen Streitpunkten entwickelten. Eine grundlegende Überarbeitung der Verfassung und der in ihr beschriebenen Stellung und Funktion des Präsidenten wäre nötig, um zum Gelingen des Systemwechsels beizutragen. Auf der anderen Seite kennzeichnete die Ukraine ein Verhaltensproblem der politischen Akteure. Sämtliche Präsidenten teilten den Anspruch, weitreichende Machtbefugnisse auf sich zu vereinen. Die Aufgabe des Parlaments wäre es gewesen, diese Entwicklungen kritisch zu begleiten und ggf. zu stoppen. Jedoch brachten nur wenige Parlamentarier ein demokratisches Verständnis mit, welches diesen Anspruch erfüllt hätte. Da der überwiegende Teil der Abgeordneten das Mandat vorrangig zum Schutz vor Strafverfolgung oder zur persönlichen Bereicherung nutzte, war es für den Präsidenten leicht, mittels Bestechung notwendige Mehrheiten zu erkaufen. Jenseits der konstitutionellen

Ausgestaltung der Demokratie fehlt es der Ukraine vor allem an einer inneren demokratischen Grundhaltung und Überzeugung. Selbst- und machtbewussten Präsidenten und Premierministern fiel es somit leicht, das politische System für die eigenen Zwecke zu missbrauchen.

Somit lässt sich festhalten, dass sowohl das Amt als auch die Amtsführung des Präsidenten der Ukraine maßgeblichen Einfluss auf den (Miss)Erfolg der Systemtransformation hatten. Unter Juschtschenko wurde der staatliche Druck auf die Medienberichterstattung und den Ablauf von Wahlen stark zurückgebaut. Zwar wurden strukturelle Probleme des politischen System nur zögerlich angegangen und blieben auf Grund von Rivalitäten mit Tymoschenko bald stecken, dennoch war ein erkennbarer demokratischer Fortschritt erkennbar. Mit der Wahl Janukowytschs kehrte die Ukraine in die Zeiten von Kutschma zurück und verzeichnete einen Abbau von vorher erkämpften demokratischen Fortschritten. Insbesondere die Presse und die Stellung der Opposition fielen diesen Entwicklungen zum Opfer. Die Absetzung Janukowytschs stoppte zwar die antidemokratische Entwicklung, löste jedoch nicht die grundlegenden Probleme der Stellung des Präsidenten innerhalb des politischen Systems.

### **7.1.3. Parteien**

Ab der Jahrtausendwende setzte eine Verlangsamung der Parteigründungen ein. An dem seit Mitte der 1990er Jahre stattgefundenen Prozess der top-down Gründung einer Partei änderte sich nichts. Parteien entstanden, um die Interessen der Finanzindustrie und einzelner Geschäftsleute zu vertreten.<sup>857</sup> Vereinzelt setzte der Trend zum Klonen ein. Im Kapitel zu den Parlamentswahlen wurde bereits darauf eingegangen. Neben dem Aufstellen von Kandidaten mit gleichen Namen kam es auch vor, dass Parteien gegründet wurden, die im Namen einer anderen Partei ähnelten, sich jedoch inhaltlich von ihr grundlegend unterschieden. Parallel zu dieser Entwicklung kam es zu der Zusammenlegung einzelner Parteien. Ein prominentes Beispiel für diesen Prozess war die „Partei der Regionen“, welche ein Bündnis von fünf Parteien darstellte.

Im Zuge der Parlamentswahl 2002 traten vermehrt Wahlblöcke an. Eine Tendenz hin zur Personalisierung von Parteien und der Politik im Ganzen ließ sich erkennen. So schafften es der „Block Wiktor Juschtschenko“ und der „Block Julija Tymoschenko“ den Sprung ins Parlament. Neben inhaltlichen Differenzen war der Wahlkampf vor allem durch die Stellung der Parteien zum Präsidenten geprägt. Insbesondere die Wahlblöcke um Tymoschenko und

---

<sup>857</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 14.

Juschtschenko zeichneten sich durch eine kritische bis hin zur prinzipiell ablehnenden Haltung gegenüber Präsident Kutschma aus. Zwei Jahre später, im Zuge der Präsidentschaftswahlen, verstärkte sich diese Entwicklung nochmals. Die grundlegende Frage bzgl. der Position zum scheidenden Präsidenten spielte im Wahlkampf eine maßgebliche Rolle. Janukowytsch und seine „Partei der Regionen“ standen für Kontinuität im Sinne der Administration unter der Prägung Kutschmas. Wiktor Juschtschenko, dem der Einzug in die Stichwahl gelang, war für viele Ukrainer die Verkörperung eines möglichen Umbruchs in der ukrainischen Politik. Dementsprechend positionierten sich die einzelnen Parteien um die beiden Kandidaten, um dadurch letztendlich ihre Haltung gegenüber Kutschma Ausdruck zu verleihen.

Gleichzeitig entwickelte sich eine Spaltung der Bevölkerung mit Blick auf die Einstellung gegenüber der Regierung, die mit der Teilung entlang sozio-kultureller Merkmale einherging.<sup>858</sup> So war die Bewegung „Unsere Ukraine“ um Juschtschenko besonders stark im Westen des Landes und der Zentralukraine und zeichnete sich durch ihre oppositionelle Haltung gegenüber Kutschma aus. Im Ost und Süden der Ukraine gelang es ihr kaum, größere Unterstützung zu akquirieren. Demgegenüber hatte die pro-präsidiale „Partei der Regionen“ in der Süd- und Ostukraine ihre Hochburgen, während im Zentrum und Westen der Ukraine diese Partei nur selten gewählt wurde. Diese Entwicklung zeigte sich insbesondere bei der Wahl 2004. „Since the 2002 elections sociocultural orientations of residents from different regions became a factor exerting the greatest influence on the configuration of the Ukrainian party system.”<sup>859</sup> In der Folge traten die Unterschiede zwischen „linken“ und „rechten“ Kategorien im politischen Spektrum zurück und wurden ersetzt durch die grundsätzliche Stellung gegenüber der Regierung. Dies führt zu der Etablierung von taktischen Allianzen zwischen linken und rechten Parteien, um die jeweiligen Seite zu unterstützen.

Die „Orangene Revolution“ wirkte sich auch auf die Entwicklung des Parteienspektrums aus. Parteien wie „Unsere Ukraine“ und der „Block Julija Tymoschenko“ hatten gezeigt, dass zur Erreichung persönlicher Ziele eine Parteigründung hilfreich sein konnte. So gründete etwa Mykola Katerynychuk die „Euopäische Partei der Ukraine“ und Vasyl Volha nach seinem Ausschluss aus der „Sozialistischen Partei“ die „Vereinigung der Linken“. Vorrangiges Ziel solcher Parteien war es, den Gründern der Parteien bei den kommenden Parlamentswahlen einen Sitz im Parlament zu sichern. Eine ideologische Einordnung im politischen System erfolgte in der Regel anhand der Stellung zu den Ergebnissen der „Orangen Revolution“. Nur

---

<sup>858</sup> Vgl. ebd., S. 18.

<sup>859</sup> Ebd., S. 18.

selten kam es vor, dass sich eine Partei als dritte Kraft verstand und keine Position zu den Vorgängen im November/Dezember 2004 einnahm.

Die Parlamentswahl 2006 war immer noch von den Nachwirkungen von der Präsidentschaftswahl zwei Jahre zuvor geprägt. Ideologische Differenzen spielten weniger eine Rolle als vielmehr die jeweilige Unterstützung für Juschtschenko oder Janukowytsch. Es zeigte sich erneut, dass die inhaltliche Unterscheidung zwischen den Parteien fast vollständig durch die Positionierung um die jeweiligen Spitzenkandidaten und Führungspersonen abgelöst war. Dies verdeutlichte sich insbesondere am Ergebnis der Parlamentswahlen 2006. Die Kommunistische Partei musste einen Stimmenverlust von vormals 20% auf nur noch 3,6% verkraften. Trotz dieses massiven Rückgangs an Wählern gelang es nur fünf Parteien, ins Parlament einzuziehen. Parteien mit starken und bekannten Führungspersonen konnten gute Stimmenergebnisse erzielen. Die politische Polarisierung setzte sich fort. Janukowytsch und seine „Partei der Regionen“ bildeten die eine Seite, Julija Tymoschenko und der nach ihr benannte Block und Juschtschenkos „Unsere Ukraine“ formierten sich auf der anderen Seite. Der Trend zur Personalisierung der Parteienlandschaft hatte sich manifestiert. Von den Parteien, die den Einzug ins Parlament verpassten waren auf den vordersten drei Plätze der „Block Natalia Vitrenko“, der „Blok Lytwyn“ und der „Blok Kostenko und Pljuschtsch“.

Der im Zuge der „Orangen Revolution“ ausgehandelte Verfassungskompromiss wirkte sich auch auf die Rolle der Parteien im politischen System aus. Parteien besaßen nun das Recht, anhand von Fraktionen, Regierungskoalitionen zu bilden. Dadurch vergrößerten die Parteien ihren Einfluss auf die Besetzung der Ministerposten. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Parteien erstreckten sich nicht nur auf die legislative, sondern auch auf die exekutive Ebene. Der geänderte Artikel 81 der Verfassung verbot den Wechsel von Abgeordneten zwischen Fraktionen. Konkret hieß es im Absatz 6: „Die Befugnisse der Volksabgeordneten der Ukraine enden vorzeitig im Falle des Austritts eines Volksabgeordneten der Ukraine aus der politischen Partei (Wahlbündnis von politischen Parteien), auf deren Liste er gewählt wurde oder aus der Fraktion der entsprechenden politischen Partei (Wahlbündnis von politischen Parteien) oder bei dem Ausschluß aus dieser Fraktion.“<sup>860</sup> Hierdurch wurde die Kontrolle der Parteien über ihre Parlamentsangehörigen weiter ausgebaut, obwohl diese Regelung später erneut gebrochen werden sollte.

Bei der Parlamentswahl 2007 setzte sich der Trend zur Personalisierung der Parteien weiter fort. Zwar entwarfen die Parteien umfangreiche Wahlprogramme, blieben jedoch in vielen

---

<sup>860</sup> Verfassung der Ukraine, Versions vom 28.06.1996 mit den entsprechenden Änderungen vom 08.12.2004: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

Punkten unkonkret. So verschrieben sich die „Partei der Regionen“, „Unsere Ukraine“ und der „Block Julija Tymoschenko“ durchgehend der Korruptionsbekämpfung und traten allesamt für die Stärkung der lokalen Verwaltung ein. Wesentliche Unterschiede waren bei der Außenpolitik erkennbar. Während Janukowytsch und seine Partei eine Balance zwischen der Ost-West-Orientierung der Ukraine suchten, favorisierte Juschtschenko mit seinen Anhängern den Aufbau einer Freihandelszone mit der EU. Alle drei Parteien zeichneten sich durch populistische Forderungen in unterschiedlichen Bereichen aus. So wollte die „Partei der Regionen“ kleine und mittlere Unternehmen fünf Jahre von Steuerabgaben befreien und die Agrarinvestitionen verdoppeln. „Unsere Ukraine“ versprach die Steigerung des Mindestlohns um 68% und der „Block Julija Tymoschenko“ garantierte die Kostenübernahme für Miete, Strom und Krankenversicherung durch den Staat für Ukraine mit niedrigem Einkommen.<sup>861</sup> Trotz dieser inhaltlichen Forderungen handelte es sich nicht um Programmparteien im klassischen Sinne. Eine stabilisierende Wirkung von programmatischen Parteien, wie es sie beispielsweise in Westeuropa gab, fand in der Ukraine nie statt. Nicht zuletzt verhinderten persönliche Streitigkeiten die Verwirklichung von Erwartungen, welche durch die Zivilgesellschaft geäußert wurden.<sup>862</sup> Gleichzeitig führte der wachsende Einfluss der Parteien auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung zu Konflikten zwischen Parteien und Verwaltung. Führende Politiker versuchten, ihre politischen Vorstellungen in die Administration zu bringen und stießen dabei auf den Widerstand von führenden Beamten. Die Präsidentschaftswahl 2010 führte abermals zu einem stärkeren Fokus auf die Führungspersonen der Parteien. Nach dem Sieg Janukowytschs kehrte die Ukraine zu der Verfassung von 1996 zurück, wodurch auch der Spielraum der Parteien gemildert wurde. Der Einfluss der finanziellen und industriellen Interessensgruppen dehnte sich auf alle größeren Parteien aus, unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung. Da die Regierungsbildung auf inhaltliche Differenzen kaum Rücksicht nahm, weitete die Industrie- und Finanzlobby ihren Einfluss auf einen größeren Parteienkreis aus, um sicherzustellen, an jeder möglichen Regierung beteiligt zu sein. Zwar erfuhr die Parteienlandschaft im Zuge der Präsidentschaftswahl 2010 eine erneut bipolare Zuspitzung, allerdings kam es auch zu Parteigründungen, die eine Positionierung für eine der beiden Kandidaten ablehnte.<sup>863</sup>

---

<sup>861</sup> Vgl. Kokhan, Halyna: Die Wahlprogramme der drei großen Parteien, in: Ukraine-Analysen, Nr. 27, 25.09.2007, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2007, S. 5-10.

<sup>862</sup> Vgl. Göls, Cornelia: Die politischen Parteien der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? in: Ukraine-Analysen, Nr. 52, 23.02.2009, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2009, S. 5.

<sup>863</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 26.

Nichtsdestotrotz blieben die Parteien an sich schwach. Ihre Mitgliederbasis war gering und eine Teilnahme am politischen Willensbildungsprozess fand nicht statt. Die Organisationsstruktur der Parteien reichte nur selten aus, um im ganzen Land präsent zu sein. Eine langfristige themenorientierte Arbeit geschah nur in den seltensten Fällen. Transparenz herrschte nicht. Autoritäre Führungsstile sicherten die Fokussierung auf die leitenden Personen der Parteien und die dahinter stehenden Interessensgruppen.<sup>864</sup>

Die Wahl 2012 zeigte eine erneute Zuspitzung zwischen der Front „Regierung“ auf der einen und der „Opposition“ auf der anderen Seite. Erneut gelang es keiner Partei, eine landesweite Unterstützung aufzubauen. UDAR war mit diesem Ziel angetreten, jedoch klar gescheitert. Die bipolare Ausrichtung des Wahlkampfes ließ die Positionierung als eine dritte Kraft, außerhalb des gelten Schemas „Regierung-Opposition“ nicht zu. Der Einzug der UDAR ins Parlament brachte jedoch keine grundlegenden Änderungen der Parteienlandschaft mit sich. Bei ihr handelte es sich ebenfalls um eine Partei, die ausschließlich auf die Führungsperson fokussiert war. Klitschko hatte die Partei im Jahre 2010 übernommen und sie für seine persönlichen Ambitionen umgebaut. Mittels des Anwerbers von bekannten Persönlichkeiten anderer Parteien gelang es der Partei, ihren Wiedererkennungswert zu steigern und letztlich ins Parlament einzuziehen.<sup>865</sup> Selbst der Einzug der rechtsextremen Swoboda (Freiheit) bedeutete letztlich keine weitreichende Verschiebung im politischen Koordinatensystem der Ukraine. Andreas Umland bezeichnete sie als „Spiegelbild der Kommunistischen Partei der Ukraine“<sup>866</sup>. Kommunisten hatten ihre Wählerschaft im Osten und Süden der Ukraine, Nationalisten genossen im Zentrum und Westen des Landes Unterstützung. Das gute Abschneiden der Partei war letztlich auf die zivilgesellschaftliche Vernetzung ihrer Mitglieder im Westen des Landes zurückzuführen. Des Weiteren war die Angst vor einer äußeren Gefahr, in Form Putins, ein weiterer Katalysator für den Rückhalt der Partei in der Bevölkerung, da diese entschlossen für die Verteidigung der ukrainischen Eigenstaatlichkeit einstand. Die langen Jahre der kommunistischen Herrschaft waren vielen Ukrainern in Westen des Landes noch präsent und eine Russophobie weit verbreitet. Zwar gab es in der Swoboda auch antisemitische Überzeugungen, allerdings traten diese hinter der feindlichen Haltung gegenüber Russland zurück. Der Einzug der Swoboda schreckte zwar viele Europäer und auch Ukrainer auf, bedeute jedoch nicht eine grundlegende Umwälzung der

---

<sup>864</sup> Vgl. Sander, Florian: Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012, Friedrich-Ebert-Stiftung, Kiew 2012, S. 7.

<sup>865</sup> Vgl. Bader, Max und Meleshevich, Andrey: UDAR – Charakterisierung einer neuen politischen Kraft, in: : Ukraine-Analysen, Nr. 117, 28.05.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 2-4.

<sup>866</sup> Umland, Andreas: Eine typische Spielart von europäischem Rechtsradikalismus? - Drei Besonderheiten der ukrainischen Freiheitspartei aus vergleichender Perspektive, in: Ukraine-Analysen, Nr. 117, 28.05.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 6.

Parteienlandschaft. Gravierender war hingegen die Konzentration der Macht auf Janukowytsch und sein Umfeld. Diese ließ die „Partei der Regionen“ zu einem Akteur von übergeordneter Bedeutung aufsteigen. Sämtliche wichtige Entscheidungspositionen wurden durch ihre Parteimitglieder besetzt. Hierdurch erlangt die Partei zuletzt auch Einfluss auf die judikative Ebene und nutzte staatliche Strukturen, um die politische Opposition unter Druck zu setzen. Iuliia Skok bezeichnete die Entwicklung als einen Trend hin zu einem hegemonialen Parteiensystem.<sup>867</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ukraine am Vorband des Euromajdan über kein gefestigtes Parteiensystem verfügt. Diese hätten sich durch ein „Minimum an Extremismus, klare Struktur von Konfliktlinien, Aufgabentrennung zwischen Parteien und Interessenverbänden, geringe Anzahl an Flügelkämpfen innerhalb der Parteien, niedrige Volatilität, die Existenz realer Möglichkeiten von Koalitionsbildungen“<sup>868</sup> ausgezeichnet. Lediglich der Aspekt des geringen politischen Extremismus traf auf die Ukraine zu. Dies lag daran, dass die überwiegende Mehrheit der Parteien sich im politischen Zentrum verortete. Die Konfliktlinien zwischen den Parteien ergaben sich vorrangig aus deren geographischer Einordnung und der Stellung zur jeweiligen amtierenden Regierung. Grundlegende inhaltliche Differenzen gab es nur selten und waren auf einzelne Politikfelder (außenpolitische Orientierung und Frage der Stellung der Russischen Sprache) begrenzt. Eine klare Trennung der Aufgaben zwischen Parteien und Interessensverbänden war kaum vorhanden, was zurückzuführen war auf die nur unzureichend ausgebildete Zivilgesellschaft in der Ukraine. Definiert man den Begriff der Interessenverbände jedoch weiter und bezieht dabei auch die Finanzwelt und Industrie mit ein, so führt dies im Ergebnis zu einem deutlichen Konflikt. Wie aufgezeigt, gewannen Lobbyisten aus dem Finanz- und Industriesektor erheblichen Einfluss auf die Parteien der Ukraine. Die tatsächliche finanzielle Unterstützung der Parteien durch Lobbykreise blieb durchgehend undurchsichtig, war jedoch stets mit dem Ziel der Politikbeeinflussung verbunden. Nicht zuletzt passierte es regelmäßig, dass entsprechende Vertreter auf vorderen Listenplätzen zu finden waren und ein Abgeordnetenmandat errangen. Aus systemtheoretischer Sicht zeigte sich hierbei erneut eine hinderliche Entwicklung auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung. Die funktionale Ausdifferenzierung zwischen Politik und Wirtschaft wurde durch die Einflussnahme der Finanz- und Industrielobby auf die Parteien aufgehoben. Wirtschaftsvertreter versuchten, über Parteien ins Parlament zu

---

<sup>867</sup> Vgl. Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre, Kiew 2017, S. 36.

<sup>868</sup> Göls, Cornelia: Die politischen Parteien der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich? in: Ukraine-Analysen, Nr. 52, 23.02.2009, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2009, S. 6.



kommen, um dadurch politische Entscheidungen herbeizuführen, die in ihrer Konsequenz zur eigenen Wohlstandsvermehrung beitragen sollten.

Trotz der Ausrichtung vieler Parteien auf eine Spitzenperson waren große Teile von Flügelkämpfen gekennzeichnet. Das Auftreten als Wahlblock sollte die inneren Machtkämpfe kaschieren und nach außen das Bild einer geeinten Partei abgeben.<sup>869</sup> Der Wählerwechsel nahm zuletzt ab und sicherte somit einigen Parteien den kontinuierlichen Wiedereinzug ins Parlament. Mit Blick auf die etwaigen Koalitionsbildungen wurde dies jedoch zu einem Hindernis. Grundlegend verfeindete Kräfte, wie etwa Janukowytsch und Tymoschenko, konnten aufgrund persönlicher Konflikte nie an eine Regierungszusammenarbeit denken und blockierten oftmals gegenseitig politische Entscheidungsprozesse.

Die in den letzten Jahren unter Janukowytsch betriebene Machtzentrierung muss unter strukturtheoretischen Gesichtspunkten als demokratiefeindlich betrachtet werden. Die Besetzung sämtlicher Schlüsselpositionen mit seinen Anhängern und die staatliche Gängelung der Opposition verdeutlichte eine Verschiebung der Macht hin zur Exekutive. Eine Spiegelung der tatsächlichen innergesellschaftlichen Machtverhältnisse hätte die Einbeziehung oppositioneller Parteien bedeuten müssen. Diese repräsentierten nicht nur einen großen Teil der Wähler, sondern auch den zentralen und westlichen Teil der Ukraine. Jedoch wurden die Machtressourcen in Janukowytschs Präsidialverwaltung und die ihm unterstellte „Partei der Regionen“ zusammengeführt. Die Ostukraine, speziell die Oblast Donezk und die in ihr ansässigen Oligarchen und Clans, errangen eine politische Hegemonialstellung, welche über jene zu Zeiten Kutschmas hinausging. Abseits dieser Entwicklungen zeigte sich, dass die ukrainischen Parteien kaum in der Lage waren, fundamentale Funktionen zu erfüllen. Das parlamentarische Agieren der Parteien trug schwerlich zu ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz bei. Sie blockierten das Parlament, wenn sich Mehrheiten abzeichneten, die Entscheidungen trafen, die ihnen nicht gefielen.

Eine demokratische Konsolidierung der Ukraine wäre auf ein funktionierendes Parteiensystem zwingend angewiesen. Die Parteien hätten die gesellschaftlichen Interessen artikulieren und in aktive Politik umsetzen können, waren dazu aber nicht im Stande. Interne Differenzen und persönliche Ambitionen waren kennzeichnend für viele ukrainische Parteien. So ist es wenig verwunderlich, dass in einer Umfrage des Razumkow-Zentrums bis zu 70% der Befragten angaben, dass sie politischen Parteien nicht vertrauten.<sup>870</sup> Eine flankierende

---

<sup>869</sup> Vgl. ebd., S. 6

<sup>870</sup> Vgl. Ukraine-Analysen, Nr. 102, 27.03.2012, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2012, S. 6.

Wirkung für die demokratische Konsolidierung der Ukraine konnten die politischen Parteien nicht entwickeln.

#### **7.1.4. Oligarchen**

Im Laufe der 1990er Jahre war es einer Gruppe von Großunternehmer gelungen, sich als indirekte zentrale politische Akteure zu etablieren. Kutschma hatte diese Entwicklung aktiv unterstützt, indem er die Nähe zu den Oligarchen suchte und den Aufbau regionaler Seilschaften förderte. Mittels der Schaffung von Holdings versuchten die Oligarchen, langfristig von ökonomischer Bedeutung zu bleiben. Die erste Dekade der ukrainischen Eigenstaatlichkeit war von dem Aufbau und der Stabilisierung der Holdinggesellschaften geprägt. Ab der Jahrtausendwende setzte in der Ukraine ein spürbares Wirtschaftswachstum ein, was wiederum zum Aufstieg neuer Oligarchen führte. Es begann eine Expansionsphase, in welcher die Oligarchen eigene Betriebe modernisierten und in Unternehmen außerhalb der Ukraine investierten. Einigen Holdings gelang die Integration in die Weltwirtschaft, während andere sich vor allem als Investoren auf dem westeuropäischen Markt hervortaten. Die Holdings und andere wirtschaftliche Aktivitäten der Oligarchen hatten nachhaltige positive Auswirkungen auf die ukrainische Wirtschaft. Insbesondere der Kapitaleinsatz zur Betriebsmodernisierung hatte hierbei eine spezielle Wirkung. Untersuchungen von Gorodnichenko<sup>871</sup>, Perotti<sup>872</sup> und Shleifer<sup>873</sup> belegten, dass nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Russland und anderen Ländern, die Oligarchen ihr Kapital dazu verwendeten, um die eigenen Betriebe zu modernisieren und dadurch die Leistung der jeweiligen Volkswirtschaft positiv beeinflussten. Gleichzeitig vergrößerte sich das Privatvermögen der Oligarchen rasant und ließ aus Millionären Milliardäre werden. In der von dem Magazin Forbes jährlich veröffentlichten Liste der weltweiten Milliardäre tauchten 2005 erstmal Ukrainer auf. Rinat Achmetow wurde als reichster Ukraine mit einem geschätzten Vermögen von 2,4 Mrd. US-Dollar aufgeführt.<sup>874</sup> Eine genaue Bezifferung der tatsächlichen privaten Vermögen der Oligarchen war jedoch faktisch unmöglich, bedingt durch kurzfristige Wertänderungen und der schlechten Transparenz.

---

<sup>871</sup> Vgl. Gorodnichenko, Yuri und Grygorenko, Yegor: Are oligarchs productive? Theory and Evidence, Discussion Paper No. 3282, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn 2008, S. 1-48.

<sup>872</sup> Vgl. Perotti, Enrico C. und Gelfer, Stanislav: Red Barons or Robber Barons? Governance and Financing in Russian FIGS, Discussion Paper No. 2204, Centre for Economic Policy Research, London 1999, S. 2-22.

<sup>873</sup> Vgl. Shleifer, Andrei und Treisman, Daniel: A Normal Country: Russia After Communism, Journal of Economic Perspectives, Vol. 19, No. 1, Winter 2005, S. 151-174.

<sup>874</sup> Vgl. Forbes: The complete list of world's billionaires 2005:

[http://stats.areppim.com/listes/list\\_billionairesx05xwor.htm](http://stats.areppim.com/listes/list_billionairesx05xwor.htm)

Der Einfluss der Oligarchen auf die ukrainische Politik konnte sich ab der Jahrtausendwende manifestieren. Mittels der Eingruppierung einzelner Medienunternehmen in Mischholdings konnten einige Oligarchen die Berichterstattung steuern. Für einen Großteil der Ukrainer war das Fernsehen mit politischen Nachrichten die wichtigste Informationsquelle. 77% aller Fernsehsender die im Jahr 2007 Nachrichten ausstrahlten, wurden von Oligarchen gehalten. Die beiden größten Anteile bildeten dabei „Inter“ mit 22%, welches von Walerij Choroschkowskyj gehalten wurde und „1+1“ (20%) welches Eigentum von Oleksandr Rodnjanskyj war.<sup>875</sup> Im Sektor der Printmedien waren die Oligarchen hingegen nicht so stark vertreten. Lediglich zwei der vier Zeitungen, die eine Auflage von mehr als 200.000 Exemplare hatten, wurden von Oligarchen kontrolliert. „Fakty i komentarii“ gehörte Wiktor Pintschuk und „Sewodnja“ war in der Hand von Rinat Achmetow.<sup>876</sup> Die regionalen Unterschiede in der Ukraine spiegelten sich auch in der Medienkontrolle der Oligarchen wider. Überregionale Fernsehsender und Zeitungen waren zwar in den Händen von Großunternehmen, dienten aber oftmals nur zum Beleg der seriösen Nachrichtenbetreuung. Eine wirksame politische Beeinflussung wurde mittels regionaler Fernsehsender und kleinerer Printmedien erreicht. Diese zeichneten sich durch ihre überschaubare Reichweite aus, konnte jedoch effektiv eingesetzt werden, um spezielle Gruppen gezielt zu beeinflussen. Die unter Präsident Kutschma etablierten regionalen Seilschaften bildeten hierbei ein vorteilhaftes Instrument. Diese wurden benutzt, um in den Medien der jeweiligen Region das öffentliche Bild von Kutschma zu verbessern. Im Gegenzug erhielten die Unternehmen eine wirtschaftspolitische Vorzugsbehandlung, welche zu erheblichen Gewinnen führte. Ein weiterer Weg, um sich Einfluss zu sichern, bildete die Übernahme politischer Ämter. Sowohl in der Legislative als auch in der Exekutive nahmen Oligarchen unterschiedliche Funktionen wahr. Die überwiegende Mehrheit gehörte dabei Parteien und Fraktionen an, welche sich als Kutschma-treu definierten. Die „Orangene Revolution“ änderte an dem Einfluss der Oligarchen wenig. Julija Tymoschenko hatte angekündigt, sämtliche größeren Privatisierungen überprüfen und ggf. wieder rückgängig machen zu lassen. Eine Umsetzung dieses zentralen Versprechens blieb jedoch aus, nicht zuletzt weil Juschtschenko Widerstand leistete. Lediglich die Privatisierung des Eisenlegierungswerkes „Nikopol `skij“ wurde durch das Oberste Wirtschaftsgericht für ungültig erklärt.<sup>877</sup> Die Machtposition der Oligarchen blieb unangetastet. Ebenso gab es keine nachhaltigen Veränderungen mit Blick auf die

<sup>875</sup> Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 40, 27.05.2008, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2008, S. 7.

<sup>876</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik, in: Ukraine-Analysen Nr. 40, 27.05.2008, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2008, S. 3.

<sup>877</sup> Vgl. Engelking, Olga: Die Revision der Privatisierung in der Ukraine und der Russischen Föderation, Pro Universitate Verlag, Berlin 2013, S. 102.

Medienkontrolle der Oligarchen. Selbst das ab dem Jahr 2005 geltende Verbot der Gleichzeitigkeit von Wirtschaftsaktivität und Parlamentszugehörigkeit konnte den Einfluss der Oligarchen nicht eindämmen. Einige entschieden sich, die formale Aufsicht über ihre Unternehmen abzutreten, ohne jedoch die faktische Kontrolle einzubüßen. Andere zogen sich aus der aktiven Politik zurück und ließen sich durch enge Vertraute indirekt vertreten.<sup>878</sup>

Die „Orangene Revolution“ führte zwar zu keiner grundlegenden Änderung der Hegemonialstellung der Oligarchen, allerdings begann mit ihr eine Neujustierung. Das Ende des Kutschma-Regimes hatte einen erheblichen Bedeutungsverlust der regionalen Seilschaften zur Folge. Bis 2004 war Kutschma der einzige Fokuspunkt für die Aktivitäten der Oligarchen. Ab 2005 wurde der Blick auf verschiedene Lager ausgeweitet. Der Donezker Clan um Janukowytsch und die „Partei der Regionen“ gewann als eigenständige politische Gruppierung im Osten der Ukraine erneut an Bedeutung. Insbesondere Achmetow unterstützte diese Entwicklung. Bereits bei der Präsidentschaftswahl 2004 hatte er die Kampagne von Janukowytsch großzügig unterstützt. Gleichzeitig gewannen Oligarchen, welche sich auf die Seite von Tymoschenko und Juschtschenko geschlagen hatten, an politischem Einfluss und konnten ihre wirtschaftlichen Aktivitäten verbessern. Ein prominentes Beispiel war Petro Poroschenko, welcher ab 2005 den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat leitete.

Vor der „Orangen Revolution“ dienten die Oligarchen dem Machterhalt Kutschmas und trugen zur Behinderung oppositioneller Bewegungen bei. Ab 2005 nahmen diese Einfluss auf sämtliche politischen Lager. Dies führte nicht selten zur gegenseitigen Neutralisierung. Erstmals konnten nun alle größeren Parteien auf hohe Wahlkampfgelder zugreifen. Ein positiver Nebeneffekt der Medienkontrolle der Oligarchen war die ab 2005 einsetzende breitere Berichterstattung. Diese war nun nicht mehr auf eine Einzelperson zugeschnitten, sondern spiegelte die Unterstützung des jeweiligen Oligarchen für eine spezifische Partei oder einen Politiker wider. Somit waren es nicht zuletzt die Oligarchen selbst, welche die Medienvielfalt der Ukraine positiv prägten und damit auch zur Festigung der Meinungsfreiheit beitrugen. Dies sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Großunternehmen als indirekte Akteure im politischen System etablieren konnten und auch die „Orangene Revolution“ nichts an diesem Zustand änderte. Die im Zuge der „Orangen

---

<sup>878</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Demokratisierung ohne Demokraten - Die Oligarchen in der ukrainischen Politik, in: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenland, Bonn 2010, S. 132.

Revolution“ entstandene Pluralisierung der politischen Lager bewirkte letztlich „eine Pluralisierung der oligarchischen Interessenvertretung“<sup>879</sup>.

Im Zuge der Banken- und Wirtschaftskrise 2008/2009 büßten viele Oligarchen große Teile ihrer Vermögen ein. Rinat Achmetow besaß 2006 circa 11,8 Mrd. US-Dollar, verlor jedoch über die Hälfte und kam 2009 auf ein Vermögen von 3,9 Mrd. US-Dollar.<sup>880</sup> Neben dem Privatvermögen gerieten auch Unternehmen von Oligarchen in wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die „Industrieunion Donbass“ (ISD) gehörte Serhij Taruta. Sie war in Donezk ansässig und in der Schwerindustrie tätig. Eine frühere Übernahme von anderen Stahlunternehmen hatte die ISD mittels ausländischer Kredite finanziert. Im Zuge der Wirtschaftskrise brachen die Stahlpreise ein, wodurch die Liquidität des Unternehmens erheblich litt. Ein Umdenken in der Betriebsführung oder der Unternehmenskultur fand auch nach der Banken- und Wirtschaftskrise nicht statt. Weitreichende Modernisierungen wurden nicht durchgeführt. „Das Hauptbestreben der meisten Geschäftsleute [war] es, innerhalb des bestehenden Systems möglich viel von diesem zu profitieren.“<sup>881</sup> Folglich blieben auch die wirtschaftlichen Kooperationen mit der EU auf einem verhaltenen Niveau. Die Europäische Union forderte wiederholt einen weitreichenden Umbau der Wirtschaftsstrukturen. Diese hätten in den Augen vieler Oligarchen kurzfristig zu einer negativen ökonomischen Entwicklung geführt, während positive Ergebnisse nur schwer zu erkennen waren. Dementsprechend wurden Wirtschaftsverbindungen zu russischen Partnern oftmals bevorzugt. Dort existierten vergleichbare Arbeitsweise und Netzwerke, wie es sie in der Ukraine gab. Gleichzeitig beharrte die russische Seite nicht auf eine Modernisierung der Wirtschaftsstruktur.

Mit dem Amtsantritt Janukowytschs änderte sich ebenfalls nichts an der Machtposition der Oligarchen. Während beispielsweise Tymoschenko bereits nach kurzer Zeit juristischer Verfolgung ausgesetzt war, mussten einflussreiche Oligarchen, die Teil der „Orangen Revolution“ waren, nicht mit einer Minderung ihres Einflusses rechnen. Von März bis Dezember 2012 diente z.B. Petro Poroschenko als Wirtschaftsminister im Kabinett von Asarow. Die herrschende Balance der Oligarchen wurde nicht angetastet, was erneut die herausgehobene Stellung der großen Unternehmer im politischen System der Ukraine unterstreicht. Erst im Zuge der Parlamentswahl 2012 geriet dieses Gleichgewicht ins Wanken.

---

<sup>879</sup> Ebd., S. 134.

<sup>880</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Ukrainische Oligarchen 2000-2016, Datensatz herunterladbar unter:

[https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/4/20110606112640/20110624180346/Politischer\\_Einfluss\\_von\\_Oligarchen\\_in\\_der\\_Ukraine\\_.html](https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/4/20110606112640/20110624180346/Politischer_Einfluss_von_Oligarchen_in_der_Ukraine_.html)

<sup>881</sup> Stewart, Susan: Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2011, S. 24.

Das neue Kabinett wurde nun vermehrt durch Mitglieder der „Familie“ besetzt. Diese zeichneten sich durch eine enge persönliche oder finanzielle Verbindung zu Janukowytsch und vor allem seinem Sohn Olexandr aus. Mykola Prisjaschnjuk und Witalij Sachartschenko, beide Mitglied der „Familie“, erhielten Regierungsposten bzw. wurden in ihren bisherigen Funktionen bestätigt. Prisjaschnjuk fungierte als Minister für Landwirtschaft und Ernährung. Sachartschenko übernahm die Leitung des Innenministeriums. Ihm wurde später ein Großteil der Verantwortung des Vorgehens der Polizei bei den Protesten während des „Euromajdan“ angehaftet. Janukowytsch achtete darauf, dass sämtliche Ministerien, die für die Vormachtstellung seines Umfeldes förderlich waren, in der Hand der „Familie“ waren. Neben dem Finanzministerium betraf dies auch das Finanzministerium, das Ministerium für Steuern und Zölle, das Ministerium für Energie und Kohleindustrie, sowie das Ministerium für Ökologie und natürliche Ressourcen.<sup>882</sup> Auf dem internationalen Parkett präsentierten sich die neuen Minister als „Jungreformer“ und die kommende Herrschaftselite der Ukraine. Wie schon im Kapitel zur Regierung angesprochen, verfolgten einige der „Jungreformer“ durchaus Umstrukturierungen im herrschenden System, welche zu einem Abbau der Einflussnahme seitens der Oligarchen geführt hatten. Andererseits ermöglichte die Besetzung des Finanzministeriums, dem Ministerium für Steuern und Zölle und nicht zuletzt der Nationalbank mit Personen aus der „Familie“, dass staatliche Haushaltsgelder in das Umfeld von Janukowytsch umgeleitet werden konnten. So baute sich der Fraktionsvorsitzende der „Partei der Regionen“, Olexander Jefremow, mehrere Holdinggesellschaften auf. In diesen waren Industrieunternehmen zusammengefasst, welche regelmäßig mit Staatsaufträgen versorgt wurden. Ein ähnliches Vorgehen gab es bei den Brüdern Andrij Kljufew (2012-2014 Sekretär des Nationaler Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine) und Serhij Kljufew (seit 2006 Parlamentsabgeordneter), welche für ihre rund 70 Unternehmen zahlreiche Staatsaufträge organisierten.<sup>883</sup> „Mit seiner ‚Kaderpolitik‘ [hatte] Präsident Janukowytsch ‚der Familie‘ die Kontrolle über die ‚staatliche‘ Sicherheit, d.h., die Sicherheit seines Regimes, und über die staatlichen Finanzen verschafft.“<sup>884</sup> Hierdurch versucht Janukowytsch, seine Hegemonialstellung innerhalb des politischen und wirtschaftlichen Systems seines Landes weiter zu manifestieren. Das Zurückdrängen der Machtstellung der Oligarchen sollte

---

<sup>882</sup> Vgl. Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012 – „Die Familie“ übernimmt die Regierung, in: Ukraine-Analysen, Nr. 115, 23.04.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 4.

<sup>883</sup> Vgl. Tagesanzeiger: Das versteckte Imperium von Janukowitschs „Familie“, 01.03.2014

<https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/Das-versteckte-Imperium-von-Janukowitschs-Familie/story/23787227>

<sup>884</sup> Vgl. Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012 – „Die Familie“ übernimmt die Regierung, in: Ukraine-Analysen, Nr. 115, 23.04.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 5.

nicht zugunsten der demokratischen Konsolidierung erfolgen, sondern lediglich seine eigene Position stärken.

Der Machtverlust der Oligarchen stellte diese wenige Monate vor dem Ausbrechen des „Euromajdan“ vor ein Dilemma. Mit Blick auf die (damals geplante) Präsidentschaftswahl 2015 konnte ein etwaiger Sieg Tymoschenkos nicht angestrebt werden. Dieser hätte unter Umständen zu einer weitreichenden Enteignung führen können. Andererseits zeigte sich unter Janukowytsch, dass ihr Einfluss und Vermögen ebenfalls nicht durchgehend geschützt waren. Das radikale Vordringen Janukowytschs in den Kreis der Oligarchen, mit der klaren Absicht, einen vergleichbaren Wohlstand anzuhäufen, setzte diese unter Druck und führte zu einer schleichenden Distanzierung der Großunternehmer vom Staatspräsidenten. Die verschwundene Loyalität zeigte sich deutlich beim Ausbruch der Majdanproteste. Kaum ein Oligarch war bereit, dem Regime von Janukowytsch unterstützende Hilfe zu leisten. Selbst Achmetow distanzierte sich vom Staatspräsidenten und gab den Abgeordneten aus seiner Region die Anweisung, für Absetzung Janukowytschs zu stimmen. Somit trug Achmetow selbst zum Ende des Regimes um den Staatspräsidenten bei und verdeutlichte dadurch die Entfremdung zwischen Janukowytsch und den Oligarchen.<sup>885</sup>

Die Machtstellung der Oligarchen forcierte sich aber seit der Jahrtausendwende weiter. Aus strukturtheoretischer Sicht widersprach diese Entwicklung den Anforderungen an einen demokratischen Konsolidierungsprozess. Die Oligarchen hatten sich als eine dominante Klasse innerhalb des Staates etabliert. Sowohl unter Kutschma als auch unter Juschtschenko und den ersten Monaten des Präsidenten Janukowytsch änderte sich nichts an diesem Verhältnis. Eine Politik entgegen dem Interesse der Oligarchen, insbesondere in wirtschaftspolitischer Hinsicht, war nur schwer möglich. Der Staat verfügte über nicht genügend Autonomie, um sich gegen die dominante Klasse der Oligarchen zu behaupten. Die Machtressourcen waren größtenteils in der Hand der Oligarchen gebündelt und nicht, wie in einer gefestigten Demokratie üblich, breit gestreut. Unter Janukowytsch setzte eine schrittweise Entmachtung der Oligarchen ein. Diese diente jedoch der Untermauerung der politischen Hegemonialstellung seiner eigenen Person. Letztlich verfolgte er das Ziel, die Machtressourcen in seiner Hand zu konzentrieren. Hierdurch wurde die Entwicklung zu einem autokratischen System gefördert.

Unter Berücksichtigung der Systemtheorie weist die Vormachtstellung der Oligarchen eine fehlende Ausdifferenzierung des wirtschaftlichen und politischen Teilsystems auf. Die

---

<sup>885</sup> Vgl. Sacher, Tomas: Der Oligarch, der zwischen Moskau und Kiew tanzt, Cicero, 15.04.2014: <https://www.cicero.de/aussenpolitik/rinat-achmetow-der-oligarch-der-zwischen-moskau-und-kiew-tanzt/57412>

Akteure des wirtschaftlichen Bereichs nahmen durchgehend Einfluss auf politische Entscheidungen. Der vorwiegende Grund dafür lag in der Sicherung der eigenen privatwirtschaftlichen Bereicherung. Etwaige Entscheidungen, die sich negativ auf die jeweiligen Unternehmen ausgewirkt hätten, sollte frühzeitig unterbunden werden. Das Übernehmen von Parlaments- oder Regierungstätigkeiten erfolgte vorrangig, um die eigenen Interessen durchzusetzen und nicht, um den Wählerwillen zu repräsentieren. Folglich litt das Ansehen der demokratischen Institutionen insgesamt. Viele Ukrainer verloren das Vertrauen in zentrale Einrichtungen der ukrainischen Demokratie (Parlament, Parteien, Regierung). Auf der anderen Seite litt unter diesem Verhältnis auch das ökonomische System. Mögliche Umstrukturierungen wirtschaftlicher Bereiche wurden blockiert und hierdurch etwaige ökonomische Verbesserungen verhindert. Die unter Janukowytsch einsetzende Zurückdrängung der Oligarchen führte ebenfalls nicht zu einer Konsolidierung des demokratischen Systems. Die aus der Abkopplung der Oligarchen aus dem politischen System freiwerdende Macht führte Janukowytsch seinem eigenen Umfeld zu, um dadurch seine privaten wirtschaftlichen Unternehmen zu fördern. An diesem Punkt zeigte sich ebenfalls die enge Verflechtung zwischen der ökonomischen und politischen Sphäre. Janukowytsch nutzte seine politische Position, ebenso wie die Oligarchen, um seine privatwirtschaftlichen Unternehmen positiv zu flankieren. Die funktionale Ausdifferenzierung zwischen Politik und Wirtschaft wurde somit auch von Seiten des Staatsoberhauptes unterlaufen. Folglich trugen sowohl die Oligarchen als auch Janukowytsch durch ihr Agieren zu einer Entwicklung weg von der Demokratie hin zu einem autokratischen System bei. Einerseits wurde durch fehlende Ausdifferenzierung des politischen und ökonomischen Systems die Effizienz beider Teilsysteme gemildert. Andererseits verstetigte sich die Legitimationskrise des politischen Systems. Insbesondere dieser Aspekt war über Jahre für die Entwicklung der ukrainischen Demokratie prägend und war ein Grund für den Ausbruch der Proteste auf dem Majdan im November 2013.

#### **7.1.5. Zusammenfassung**

Die politische Entwicklung der Ukraine ab dem Beginn des 21. Jahrhunderts belegte, dass die Konsolidierung des demokratischen Systems noch nicht abgeschlossen war. Im Vergleich zu anderen ehemals kommunistisch regierten Staaten, war die Demokratie in der Ukraine nicht Krisenfest. Legislative und Exekutive versuchten, die Kompetenzen der jeweils anderen Seite zu beschneiden. Parlamentswahlen wurden unter der Aufsicht des Staatspräsidenten Kutschma regelmäßig beeinflusst. Der staatliche Eingriff zwecks Manipulierung der



Wahlergebnisse muss aus strukturtheoretischer Sicht als klares Hindernis für die demokratische Konsolidierung postuliert werden. Der Staat verfügte nicht über genügend Autonomie, um sich gegen die Einflussnahme Kutschmas und seines Umfelds zu behaupten. Die im Zuge des Verfassungskompromisses vom Dezember 2004 ausgehandelte Stärkung der Rolle des Parlaments hatte keinen nachhaltigen Effekt. Grundlegende Aufgaben der Legislative, wie etwa die Kontrolle der Regierungsarbeit, wurden nur teilweise verfolgt. Wechsel zwischen Fraktionen fanden, trotz eines in der Verfassung festgeschriebenen Verbotes, durchgehend statt. Aussichten auf persönliche Bereicherung oder lukrative Posten wogen schwerer als die Fraktionsdisziplin oder der Wählerauftrag. Konflikte zwischen Parlament und Regierung bzw. Präsident stellten lediglich eine Verlagerung der Streitigkeiten zwischen Juschtschenko, Janukowytsch und Tymoschenko dar. Die Rada und die in ihr vertretenen Fraktionen waren wiederholt der Spielball der Interessen von zentralen politischen Akteuren. Ein über Fraktionsgrenzen hinausreichendes Verständnis der parlamentarischen Arbeit und der Aufgabe von Abgeordneten ließ die Ukraine vermissen. Mandate dienten in vielen Fällen der persönlichen Bereicherung oder dem Schutz vor etwaiger Strafverfolgung. Gegenseitige Blockaden, Diffamierungen bis hin zu körperlichen Auseinandersetzungen prägten die öffentliche Wahrnehmung der Rada. Nach dem Wahlsieg Janukowytschs geriet das Parlament zunehmend unter die Kontrolle der Exekutive, wodurch die ohnehin schlecht ausgebauten Kontrollfunktionen des Parlaments noch weiter abgebaut wurden. Folglich muss konstatiert werden, dass das ukrainische Parlament rund 20 Jahre nach der Unabhängigkeit es nicht vermocht hatte, sich zu einem eigenständigen Organ im politischen System des Landes zu etablieren. Ein zentraler Eckpfeiler einer jeden Demokratie war und ist das Parlament. Diese war in der Ukraine durchgehend der Einflussnahme durch die Exekutive und Oligarchen ausgesetzt. Der überwiegende Teil der Parlamentarier erfüllten die ihn anvertrauten Aufgaben nur unzureichend. Die fehlende Konsolidierung der ukrainischen Demokratie wurde zu einem erheblichen Teil durch das Agieren des Parlaments bedingt. Mit Blick auf die Regierung und das Amt des Präsidenten lässt sich ein vergleichbares Urteil fällen. Präsident Kutschma nahm massiven Einfluss auf die Parlamentswahl 2002, um das Überleben seines Umfelds nach seinem Amtsabtritt sicherzustellen. Die Verfassungsreform, welche während der „Orangen Revolution“ ausgehandelt wurde, sah eine Stärkung des Postens des Premierministers vor, zu Lasten des Präsidenten. Die neuen Machtverhältnisse wurden jedoch von keinem der Beteiligten widerspruchsfrei akzeptiert. Streitigkeiten zwischen Präsident und Premierminister war zwar auch inhaltlich begründet, eskalierten aber regelmäßig an Kompetenz- und Machtfragen. Unter der Präsidentschaft Juschtschenkos

änderte sich an dem Verhalten zentraler Eliten wenig. Der ab 2005 regierende Staatspräsident war ebenfalls an guten Beziehungen zu Oligarchen interessiert und sein Umfeld zeichnete sich durch tiefgreifende Korruption aus. Mit der Ernennung Janukowytschs zum Regierungschef hatte die Ukraine die Chance, den ehemaligen Kontrahenten Juschtschenkos in eine verantwortliche Position zu bringen und dadurch einen nachhaltigen Beitrag zur demokratischen Konsolidierung zu leisten. Jedoch war das Verhältnis zwischen Premierminister und Präsident durch Misstrauen geprägt und beiden versuchten, sich gegenseitig die Kompetenzen zu beschneiden. Als positive Entwicklung muss vermerkt werden, dass unter Juschtschenko als Staatsoberhaupt, die Einflussnahme des Staates auf den Ausgang von Wahlen ausblieb. Ebenso erfuhr die Pressefreiheit eine erhebliche Aufwertung. Diese Fortschritte wurden jedoch mit der Amtsübernahme Janukowytschs wieder rückgängig gemacht. Janukowytsch nutzt seine Machtposition nicht nur zur Beeinflussung der Arbeit der Legislative, sondern auch zum Ausbau seiner wirtschaftlichen Tätigkeiten. Hierdurch wurde die nach der Systemtheorie geforderte funktionale Ausdifferenzierung der ökonomischen und politischen Sphäre bewusst unterlaufen. Der wirtschaftliche Sektor hatte ohnehin weitreichenden Einfluss auf politische Prozesse. Durch Janukowytschs ökonomische Unternehmungen wurde diese Entwicklung von der anderen Seite nur noch verstärkt. Die Exekutive trug somit nicht zur Festigung der ukrainischen Demokratie bei. Der kontinuierliche Eingriff in die Arbeit der Legislative schadete am Ende dem demokratischen System.

Das Parteiensystem der Ukraine war ab der Jahrtausendwende durch eine zunehmende Personalisierung gekennzeichnet. Einzelne Individuen prägten die Ausrichtung von Parteien und nutzten diese, zur Erreichung persönlicher politischer und ökonomischer Ziele. Eine Positionierung von Parteien im politischen Spektrum erfolgte nicht nach inhaltlichen Gesichtspunkten, sondern an der Frage nach der jeweiligen Stellung zum Präsidenten. Die Rolle der Parteien wurde durch den Verfassungskompromiss von 2004 weitgehend gestärkt. Parteien gewannen größeren Einfluss auf ihre Abgeordneten im Parlament. Allerdings änderte sich an der Einflussnahme durch die Finanz- und Industrielobby nichts. Es war lediglich erkennbar, dass nach dem Ausscheiden Kutschmas nun alle größeren Parteien unter den Einfluss von Interessengruppen gerieten. Abgesehen von der Kommunistischen Partei gelang es keiner Partei, eine landesweite Verankerung aufzubauen. Der Osten und Süden der Ukraine unterstützte bei Wahlen jene Kräfte, die sich um Kutschma und später Janukowytsch formierten. Der West und das Zentrum des Landes bildeten die Kernklientel der Beteiligten der „Orangen Revolution“. An dieser Aufteilung änderte sich kaum etwas. Gleichzeitig

geschah es, dass bewährte Parteien aus dem Parlament flogen, wie etwa „Unsere Ukraine“ und neue Parteien den Sprung über die wechselnde Prozhürde schafften. Die Ukraine verfügte somit über kein gefestigtes Parteiensystem.

Die Macht und Einflussnahme der Oligarchen manifestierte sich mit dem Beginn des 21. Jahrhunderts weiter. Eine Lenkung politischer Prozesse erfolgte mittels der Kontrolle über die mediale Berichterstattung. Fernseh- und Radiosender sowie Zeitungen waren oftmals in der Hand von Oligarchen. Diese wurden genutzt, um Botschaften an ausgewählte Zielgruppen weiterzuleiten. Daneben übernahmen Oligarchen selbst politische Ämter und konnten dadurch direkt, gewünschte Entscheidungen herbeiführen. Neben Abgeordnetenmandaten ließen sich Oligarchen auch Regierungsverantwortung übertragen. Die Trennung zwischen der ökonomischen und politischen Sphäre wurde sowohl auf der Ebene der Legislative, als auch auf im Bereich der Exekutive durch diese Entwicklung unterlaufen. Dies war unter Berücksichtigung der Systemtheorien eine schädliche Entwicklung für den Konsolidierungsprozess. Selbst unter der Herrschaft von Präsident Juschtschenko, welcher angetreten war, um die Korruption und die Einflussnahme durch die Oligarchen zu beenden, änderte sich nichts an diesen Zuständen. Lediglich unter Janukowytsch wurden manche Oligarchen aus einigen Funktionsbereichen herausgedrängt. Dies erfolgte jedoch nur, damit der neue Staatspräsident die als „Familie“ bekannte Gruppe um ihn herum in wichtige Positionen bringen konnte und dadurch seinen privaten Reichtum vermehren konnte. Dennoch lässt sich festhalten, dass es den Oligarchen gelungen war, sich als inoffiziellen Teil des politischen Systems zu etablieren. Eine grundlegende Politik entgegen den Interessen der Oligarchen war in der Ukraine faktisch ausgeschlossen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die demokratische Konsolidierung der Ukraine am Vorabend des „Euromajdan“ nicht abgeschlossen war. Das Parlament war ein Spielball verschiedenster Akteure und Interessensgruppen und agierte nicht eigenständig. Die Exekutive griff regelmäßig in die Kompetenzen der Legislative ein und zeichnete sich intern durch Machtkonflikte aus. Das Parteiensystem hatte sich auch 20 Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine nicht gefestigt. Parteien wurden von Einzelpersonen okkupiert, um individuelle Ambitionen zu verwirklichen. Eine Widerspiegelung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen fand kaum statt. Oligarchen beeinflussten sämtliche Bereiche des politischen Systems und prägten die ukrainische Politik in negativer Weise. Das Aufbrechen einer neuen Protestwelle, neun Jahre nach der „Orangen Revolution“ entzündete sich zwar an der Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU, war jedoch Ausdruck einer weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der Ausgestaltung des politischen Systems.

Parlament, Präsident, Regierung und Parteien genossen in der Bevölkerung nur unzureichenden Rückhalt. Das Verhalten politisch verantwortlicher Personen hatte sich im Gedächtnis vieler Ukrainer negativ verankert. Der nicht abgeschlossene Konsolidierungsprozess der ukrainischen Demokratie machte das Land folglich anfällig für größere Demonstrationen, die sich schnell zu einer politischen Krise entwickeln konnten, wie dies bei der „Orangen Revolution“ und dem „Euromaidan“ der Fall war. Am Vorabend jener Proteste, die in ihrer Konsequenz zur Absetzung Janukowytschs führen sollten, war die Ukraine keine gefestigte Demokratie.

## **7.2. Wirtschaftliche Transformation**

Die 1990er Jahre waren in der Ukraine von einer schweren wirtschaftlichen Krise gekennzeichnet. Sowjetische Strukturen wurden nur zögerlich verworfen. Der Staat behielt die Kontrolle über große Teile der Ökonomie. Privatisierungen wurden hinausgezögert oder klammerten beispielsweise den Energiebereich oder den militärisch-industriellen Komplex gänzlich aus. In den Fällen wo Betriebe von staatlicher in private Hand übergingen, gelang es einigen Unternehmern, ganze Produktionsketten zu erwerben und dadurch zu Oligarchen aufzusteigen. Der Großteil der ukrainischen Bevölkerung befand sich Mitte der 1990er Jahre in einer wirtschaftlich schwierigeren Situation als zum Ende der UdSSR. Abstieg in die Armut und Arbeitslosigkeit wurden zu einem weit verbreiteten Phänomen der Ukraine. Folglich wuchs die Skepsis gegenüber der Umwandlung des ökonomischen Systems hin zu marktwirtschaftlichen Prinzipien. Während viele Ukrainer in politischer Hinsicht den erworbenen demokratischen Grundrechten aufgeschlossen gegenüberstanden, herrschte auf der ökonomischen Ebene eine allgemeine Sowjetnostalgia vor. Erst zur Jahrtausendwende konnte das Schrumpfen der Wirtschaft gestoppt werden. Eine positive Flankierung des demokratischen Konsolidierungsprozesses mittels einer breiten Wohlstandsvermehrung hatte nicht stattgefunden.

### **7.2.1. Finanzen**

Für viele Ukrainer war bereits im Zuge der Inflation des Jahres 1993 mit seinem Spitzenwert von rund 10.000% das Vertrauen in eine erfolgreiche und gewinnbringende Umgestaltung der ukrainischen Wirtschaft verloren gegangen. Die Teuerungsrate und Versorgungsengpässe trafen insbesondere Ukrainer hart, die am Existenzminimum lebten. Zu Beginn der 2000er war es der ukrainischen Führung gelungen, die Inflation deutlich zu reduzieren (siehe Abb. 38). Zwar nahm die Teuerungsrate ab dem Jahr 2002 nicht mehr so stark zu wie noch in den

1990er Jahren, dennoch blieb so deutlich höher als in anderen Nationen. Im Euro-Raum bewegte sich beispielsweise die Inflation in den Jahren von 2003 bis 2008 zwischen 2 und 3 Prozent.<sup>886</sup> In der Ukraine hingegen lag im selben Zeitraum die Inflation bei durchschnittlich 13,5%, fünfmal so hoch wie im Euro-Raum. Auf der anderen Seite fügte sich die Ukraine in den postsowjetischen Raum ein, der insgesamt durch eine zweistellige Inflation gekennzeichnet war.

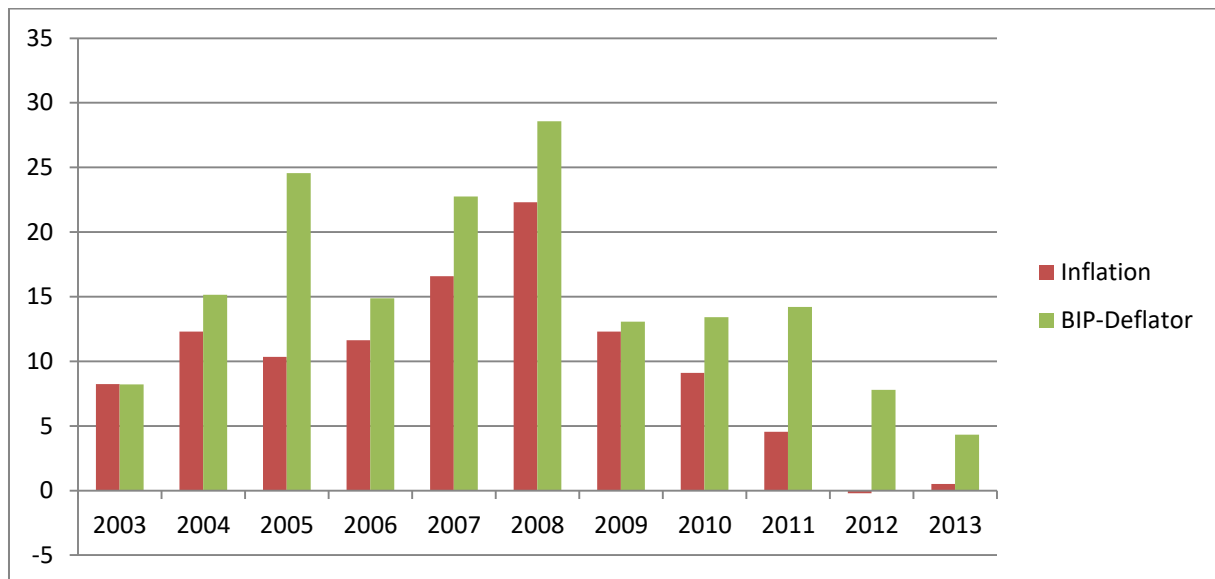


Abb. 38: Inflation und BIP-Deflator (in Prozent), eigene Darstellung, Quelle (Inflation): Bureau of Statistics: Ukraine Annual and Monthly Inflation Tables: <https://www.statbureau.org/en/ukraine/inflation-tables> ; Quelle (BIP-Deflator): World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Staatliche Stellen der Ukraine verwiesen auf den globalen Anstieg der Lebensmittelpreise und die Erhöhung der Energiepreise.<sup>887</sup> Mit Blick auf die Nahrungsmittel war diese Erklärung teilweise schlüssig. Über die Hälfte des Preisanstiegs des Jahres 2005 ging auf die Preiserhöhung für Fleisch und Geflügel zurück.<sup>888</sup> Gleichzeitig trug jedoch auch die prozyklische Politik der Regierung zum Anstieg der Inflation bei. So wurde 2008 unter Tymoschenko der Mindestlohn erhöht, die Renten aufgestockt und wohlfahrtsstaatliche Leistungen ausgebaut. Der Geldumlauf nahm dadurch zu und trug, zusammen mit ausländischen Investitionen, zur Preiserhöhung bei.

<sup>886</sup> Vgl. Trading Economics: <https://tradingeconomics.com/euro-area/inflation-cpi>

<sup>887</sup> Vgl. The Economist: Rampant inflation in Ukraine: <https://www.economist.com/node/10987650>

<sup>888</sup> Vgl. Kirchner, Robert; Weber, Enzo und Giucci, Ricardo: Inflation in Ukraine: Results and Policy Implications of an Empirical Study, Institute for Economic Research and Policy Consulting, Policy Paper Series [PP/05/2008], Berlin 2008, S. 2.

Die Haushaltspolitik der ukrainischen Regierung zeichnete durch sich ein kontinuierliches Defizit aus. Unter sämtlichen Premierministern lag das Haushaltssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im negativen Bereich (siehe Abb. 39). Eine defizitäre Haushaltsführung bildete jedoch kein Alleinstellungsmerkmal der Ukraine, sondern fand sich auch in anderen postsowjetischen Staaten und war bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kennzeichnend für die Fiskalpolitik westlicher Industrienationen.

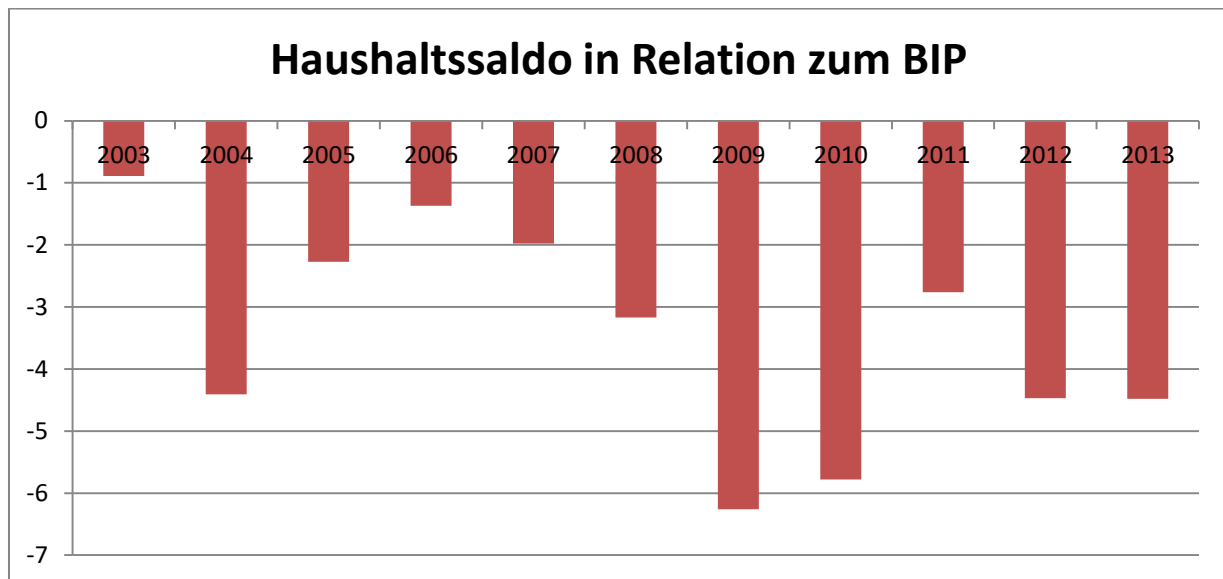


Abb. 39: Haushaltssaldo in Relation zum BIP, eigene Darstellung, Quelle: Handelsblatt: Ukraine in Zahlen: <http://www.handelsblatt.com/infografiken/infografik-ukraine-in-zahlen/10648486.html>

Mit Blick auf die Staatsverschuldung in Relation zum BIP profitierte die Ukraine von dem starken Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2000. Dies hatte zur Folge, dass bei geringer Neuverschuldung die gesamte Staatsverschuldung in Relation zum BIP abnahm.



Abb. 40: Staatsverschuldung in Relation zum BIP, eigene Darstellung, Quelle: Handelsblatt: Ukraine in Zahlen: <http://www.handelsblatt.com/infografiken/infografik-ukraine-in-zahlen/10648486.html>

Der niedrigste Wert wurde 2007 mit 12,31% erreicht (siehe Abb. 40). Die ab 2008 steigende Staatsverschuldung war das Resultat der bereits erwähnten Mindestlohnerhöhungen und Ausbau von wohlfahrtstaatlichen Leistungen unter Premierministerin Tymoschenko. Diese wurden mittels neuer Schulden aufgebracht, welche zu einem überwiegenden Teil Auslandverschuldungen waren. Beim Ausbruch der Banken- und Finanzkrise hatte die Ukraine 100 Mrd. US\$ Auslandsschulden.<sup>889</sup> Liquiditätsprobleme auf Seiten der Ukraine führten dazu, dass die Heranziehung ausländischer Kredite zur Schuldenrefinanzierung schwieriger wurde. Ratingagenturen wie Fitch, Moody's oder Standard & Poor's senkten die Kreditwürdigkeit der Ukraine. So vergab Fitch der Ukraine am 25.09.2008 ein Rating von BB-, senkte diese jedoch bereits auf eine B+ Wertung am 17.10.2008.<sup>890</sup> Die Darlehnszinsen für ukrainische Banken stiegen an, wodurch eine ausländische Finanzierung mittels neuer Kredite teurer wurde. Mehrere Banken, wie etwa Prominvest, Nadra oder auch die Ukrgasbank gerieten in erhebliche Zahlungsschwierigkeiten und mussten sich unter die Aufsicht der Nationalbank der Ukraine stellen. Ukrainische Banken wiesen oftmals nur eine niedrige Eigenkapitalquote auf und gerieten durch das Ausbleiben europäischer Kredite in erhebliche Schwierigkeiten. Zudem hatten viele Ukrainer mit Einsetzen der Finanzkrise ihre Sparguthaben abgehoben und diese in feste Währungen (Euro und US-Dollar) umgetauscht. Um einen Absturz der Hrywnja zu verhindern, musste die Nationalbank der Ukraine wiederholt auf Reserven zurückgreifen. So wurden Anfang Oktober 2008 ca. 350 Mio. US-

<sup>889</sup> Vgl. Malygina, Katerina: Geldblase: Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die Ukraine, in: Ukraine-Analysen Nr. 46, 28.10.2008, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2008, S. 3.

<sup>890</sup> Vgl. CountryEconomy: Rating: Ukraine Credit Rating: <https://countryeconomy.com/ratings/ukraine>

Dollar verwendet, um die Nationalwährung stabil zu halten.<sup>891</sup> Anhand der Abb. 41 ist erkennbar, dass mehr als 95% Währungsreserven der Ukraine in Fremdwährungen angelegt waren. Eine signifikante Aufstockung der Reserven durch die landeseigene Währung fand so gut wie nicht statt. Im Zuge der Banken- und Finanzkrise 2008 verringerten sich die Reserven um mehr als 33%. Bis zum Sommer 2011 gelang es der Ukraine, die Währungsreserven auf das Niveau vor Beginn der Krise des Jahres 2008 anzuheben. Allerdings begann anschließend eine kontinuierliche Reduzierung der Reserven, die sich bis zum Vorabend der Majdanproteste um rund 50% verkleinerten und nur bei etwa 20 Mrd. US-Dollar lagen.

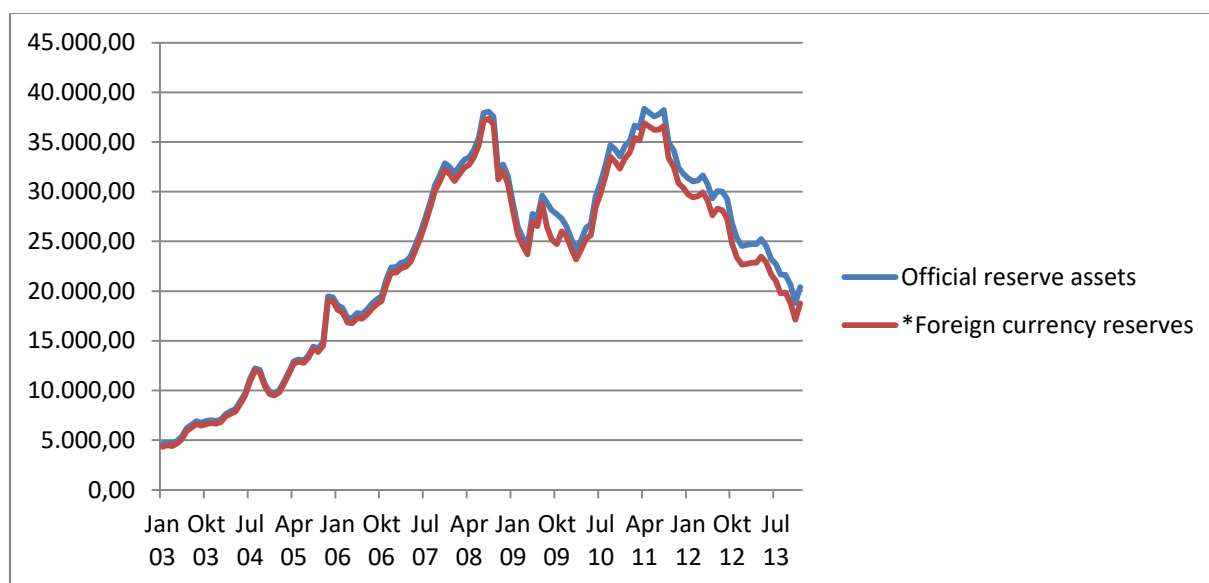


Abb. 41: Währungsreserven der Ukraine (Mio. US\$), eigene Darstellung, Quelle: National Bank of Ukraine: International Reserves – official reserves assets: [https://bank.gov.ua/control/en/publish/category?cat\\_id=7693073](https://bank.gov.ua/control/en/publish/category?cat_id=7693073)

Während ein massiver Anstieg der Inflation verhindert werden konnte, brach der ukrainische Aktienmarkt fast gänzlich zusammen. Der Leitindex für die Ukraine lag im Mai 2008 noch bei 972 Punkten ging jedoch bis Ende Oktober desselben Jahres auf 231 Punkten zurück, was einem Rückgang von mehr als 70% entsprach.<sup>892</sup> In Reaktion auf den Einbruch des Aktienkurses wurde die Börse in Kiew für mehrere Tage geschlossen. Jedoch waren die Folgen des massiven Absinkens des ukrainischen Leitindex für die Volkswirtschaft des Landes nur von geringer Bedeutung. Zum einen spielte der Aktienmarkt für die Performance der ukrainischen Wirtschaft eine kleine Rolle. Dies war ein deutlicher Unterschied gegenüber den ökonomischen Systemen westlicher Industriestaaten. Zum anderen war die ukrainische

<sup>891</sup> Vgl. Lange, Nico: Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Ukraine, Konrad-Adenauer-Stiftung, Kiew 2008, S. 1.

<sup>892</sup> Vgl. Trading Economics: <https://tradingeconomics.com/ukraine/stock-market>



Börse nur begrenzt von ausländischen Investoren und Aktienhändlern durchzogen. Wie bereits aufgezeigt, vermieden ausländische Unternehmen größere Investitionen in die Ukraine. Diese hatte zwar die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine in den 1990er Jahren gehemmt, zeigte jedoch in diesem Fall einen positiven Nebeneffekt. Bedingt durch das Fehlen größerer ausländischer Geldanleger war ein massiver Kapitalabzug von ausländischen Anlegern faktisch ausgeschlossen, wodurch eine weitere Verstärkung der Finanz- und späteren Wirtschaftskrise vermieden wurde.

Mit Blick auf die ausländischen Direktinvestitionen unterlag die Ukraine wenige Jahre nach der Jahrtausendwende erheblichen Schwankungen. Im Jahr 2004 beliefen sich sämtliche Direktinvestitionen in der Ukraine, die von ausländischen Geldgebern getätigt wurden, auf 1,7 Mrd. US-Dollar. Bereits ein Jahr später hatte sich dieser Wert auf 7,8 Mrd. erhöht und somit mehr als verfünffacht (siehe Abb. 42)

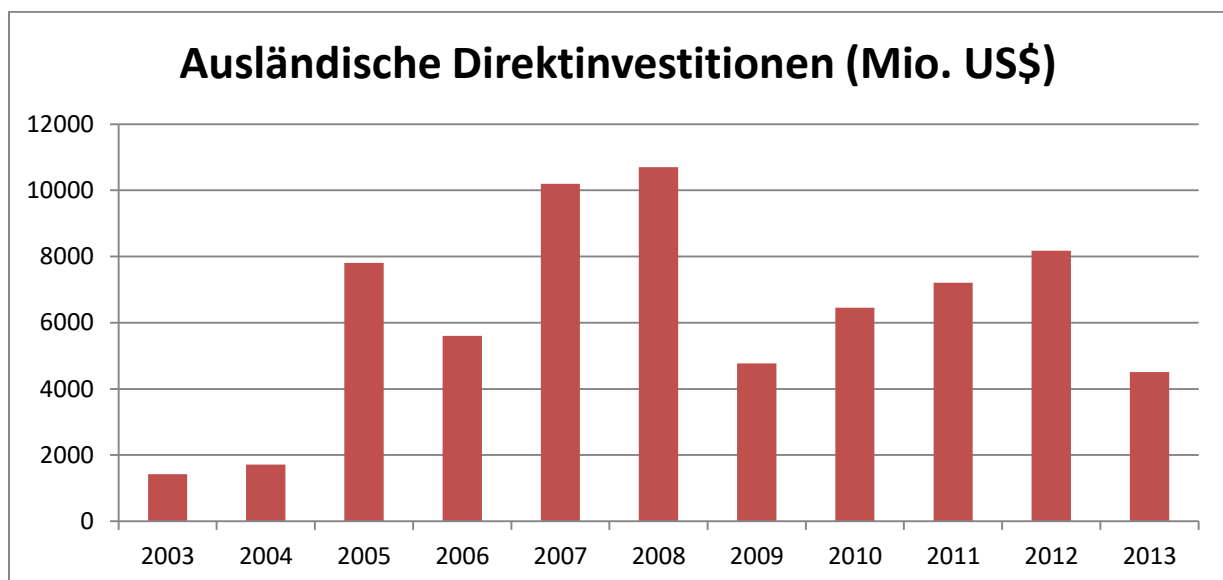


Abb. 42: ausländische Direktinvestitionen (Mio. US\$), eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Ein zentraler Grund für diesen Anstieg lag in der „Orangen Revolution“. Durch die Wahl Juschtschenkos zum Staatspräsidenten und der Ernennung Tymoschenkos zur Regierungschefin erwarteten viele Unternehmer eine stärkere Orientierung der Ukraine hin zur EU. Insbesondere europäische Anleger investierten nun verstärkt in die Ukraine. Der von Juschtschenko und Tymoschenko versprochene Kampf gegen die Korruption wurde auch im Ausland positiv aufgenommen und ließ das Land für Kapitalanleger attraktiver erscheinen. Bis 2008 konnte dieser Wert auf bis zu 10,7 Mrd. US-Dollar gesteigert werden. Im Zuge der Finanzkrise gingen jedoch die Investitionen zurück und betrugen 2009 nur noch 4,7 Mrd. US-

Dollar, was einem Rückgang von 50 Prozent entsprach. In den folgenden Jahren konnten zwar die Investitionen durch ausländische Kapitalanleger kontinuierlich gesteigert werden, jedoch blieben sprunghafte Anstiege, wie etwa nach der „Orangen Revolution“, aus. Die Ukraine war für ausländische Investoren in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums interessant. Setzte jedoch eine globale Rezession ein, vermieden Kapitalanleger größere Investitionen in der Ukraine. Wie schon erwähnt, drohte die Nationalwährung der Ukraine im Zuge der Finanzkrise einzubrechen. Mittels des Agierens der Nationalbank der Ukraine und der Freigabe von Reserven konnte ein weitreichender Wertverlust des nationalen Zahlungsmittels verhindert werden. Dennoch war die Hrywnja eine anfällige Währung und verlor im Zuge von schwierigen ökonomischen und politischen Situationen schnell an Wert. Der Wechselkurs zwischen Euro und Hrywnja verdeutlicht dies. Ende September 2008 konnten für 1 Euro 7,17 Hrywnja erworben werden (siehe Abb. 43). Ende Dezember 2009 hatte sich dieser Wert auf fast 12 Hrywnja erhöht, was einem Anstieg von mehr als 2/3 innerhalb eines Jahres entsprach.

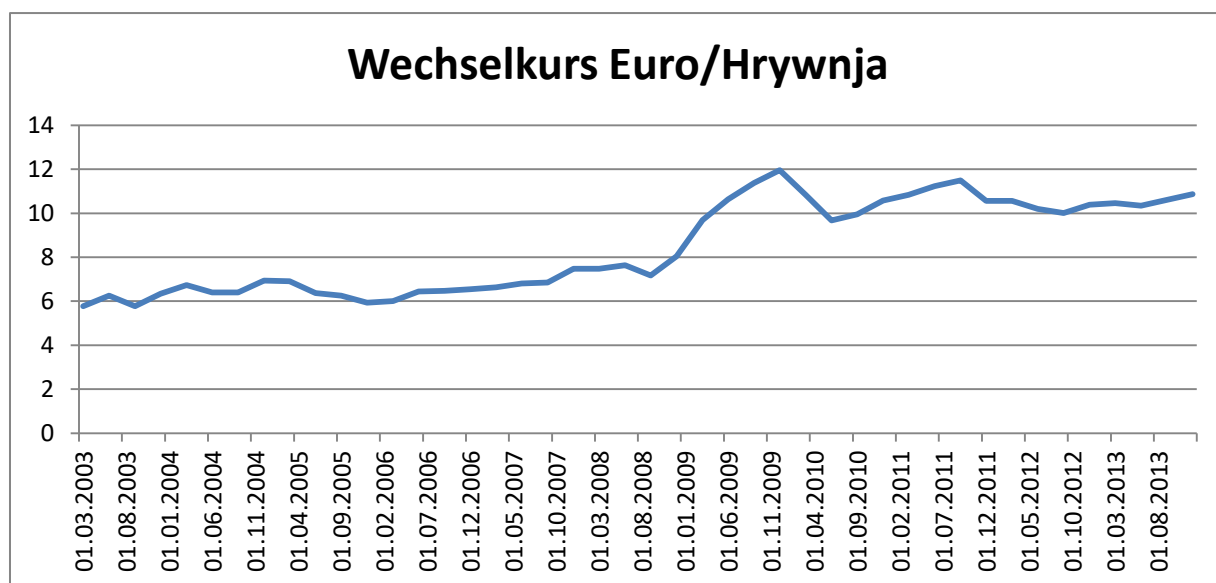


Abb. 43: Wechselkurs Euro/Hrywnja, eigene Darstellung, Quelle: Europäische Kommission: Inforeuro – Monatlicher Buchungskurs des Euro:  
[http://ec.europa.eu/budget/contracts\\_grants/info\\_contracts/inforeuro/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/inforeuro/index_de.cfm)

Diese deutliche Abwertung der ukrainischen Währung resultierte zum einen aus der einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Zum anderen war sie Ausdruck des geringen Vertrauens in die politische Führung der Ukraine. Die Schwäche der Hrywnja im Jahr 2009 war unter anderem bedingt durch die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen des Jahres 2010. Viele Ukrainer erwarteten in diesem Zusammenhang eine erneute politische Destabilisierung

und folglich eine schwächere Währung. Fremdwährungen, insbesondere Euro und US-Dollar, wurden stärker gefragt und der Wechselkurs führte zu einer Abwertung der Hrywnja.<sup>893</sup>

### **7.2.2. Unternehmen und Privatisierung**

Insbesondere die weit verbreitete Korruption und bürokratischen Hürden für Unternehmensgründungen verstärkte ihre negative Wirkung während wirtschaftlicher Krisen. So betrug die gesamte Wartezeit zur Gründung eines Unternehmens in der Ukraine im Jahr 2008 27 Tag. Ein Jahr später erstreckte sich die erforderliche Zeit auf 134 Tage.<sup>894</sup> Im gleichen Zeitraum verzögerte sich auf in Deutschland die Zeit für eine Unternehmensgründung (2008 18 Tage und 2009 50 Tage), jedoch zeichnete sich dieser nicht durch einen so drastischen Anstieg aus. Andere postsowjetischen Staaten, wie etwa Armenien oder Georgien, konnten einen sprunghaften Anstieg der Wartezeit für Unternehmensgründungen weitgehend verhindern. In Georgien war diese mit drei Tagen sehr schnell und hatte sich ein Jahr später auf nur fünf Tage erhöht. Armenien brauchte 2008 rund 18 Tage, um eine Unternehmensgründung zu bewilligen. 2009 hatte sich dieser Prozess nur auf 21 Tage verlängert.<sup>895</sup> Neben der langen Wartezeit für den Erwerb einer Lizenz, zwecks Gründung eines privaten Betriebs, war vor allem die Korruption ein durchgängiges Problem für Unternehmer. In einer Unternehmensstudie des Jahres 2013 bei dem 1.002 Unternehmen analysiert wurden, gaben rund 50% aller Befragten an, dass „Geschenke“ für Vertreter der Steuerbehörden erbracht werden mussten, um eine positive Steuerprüfung zu erzielen. Für die Sicherstellung eines staatlichen Auftrags gaben sogar mehr als 90% der Befragten an, dass zur Auftragssicherung „Geschenke“ erbracht werden mussten.<sup>896</sup> Speziell im Baugewerbe hatte sich die Korruption über Jahre verfestigt. 75% aller befragten Unternehmen gab an, dass der Erwerb einer Baulizenz ohne Bestechungsgelder faktisch ausgeschlossen war.<sup>897</sup> Gleichzeitig wurde der fehlende Zugang zu Krediten von 21% der Unternehmer als Haupthindernis für geschäftliche Tätigkeiten angegeben. Für 19% stellte die Korruption die größte Herausforderung dar, während 16% die hohen Steuern als wichtigsten Grund für Nichtinvestitionen in die Ukraine angaben. Nicht zuletzt war auch die politische Instabilität ein wichtiger Faktor, der sich direkt auf die Aktivitäten von Unternehmen auswirkte. 14% der der Unternehmer identifizierten die fehlende Stabilität im politischen System als größtes

---

<sup>893</sup> Vgl. Giucci, Ricardo und Kirchner, Robert: Die ukrainische Wirtschaft im Spannungsfeld externer und interner Risikofaktoren, in: Ukraine-Analysen Nr. 62, 13.10.2009, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2009, S. 3.

<sup>894</sup> Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung: Ukraine in the world, Kiew 2010, S. 9.

<sup>895</sup> Vgl. ebd., S. 9.

<sup>896</sup> Vgl. International Finance Corporation: Enterprise Surveys - Ukraine Country Profile 2013, S. 9.

<sup>897</sup> Vgl. ebd., S. 9.

Problem für ihre wirtschaftlichen Tätigkeiten.<sup>898</sup> Aufgeteilt nach kleinen, mittleren und großen Unternehmen<sup>899</sup> ergab sich dabei eine differenzierte Wahrnehmung. Kleine Firmen gab als die drei wichtigsten Haupthindernisse für ihre Tätigkeit Korruption (18%), Zugang zu Krediten (15%) und politische Instabilität (14%) an. Demgegenüber waren für mittlere Unternehmen der Zugang zu Krediten das Haupthindernis (35%), gefolgt von der Korruption (22%) und der steuerlichen Belastung (19%). Große Unternehmen teilten die Wahrnehmung der kleinen Betriebe. Für sie stand die Korruption ebenfalls an erster Stelle (25%), an zweiter Position war der Zugang zu Krediten (18%) und schließlich die politische Instabilität (17%).<sup>900</sup>

Mit Blick auf die „Orangene Revolution“ muss insbesondere die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen betont werden. Aus den kleinen und mittleren Betrieben hatte sich langsam die ukrainische Mittelschicht gebildet. Diese fühlten sich ab der Jahrtausendwende durch staatliche Behörden zunehmend unter Druck gesetzt. Juschtschenko wurde als Kandidaten wahrgenommen, welcher die ökonomische Politik Kutschmas grundlegend ändern würde. Eine Beteiligung an den Majdanprotesten im Herbst 2004 erfolgte in der Regel mittels finanzieller und logistischer Unterstützung. Bei einer Umfrage des Jahres 2005 gab rund jeder zweite befragte Protestteilnehmer an, dass er der Mittelschicht angehöre.<sup>901</sup> Die Erwartungen bzgl. einer weitgehend anderen Wirtschaftspolitik wurden jedoch nicht erfüllt. So antworteten im Jahre 2008 bei einer Umfrage nur 12,4% der Teilnehmer, dass die Wirtschaftspolitik nach der „Orangen Revolution“ auf die Stärkung der Mittelschicht ausgerichtet sei. Für 47,4%, fast jeder zweite, stand fest, dass die Bewegung um Juschtschenko in erster Linie auf Unterstützung des Großkapitals ausgerichtet war.<sup>902</sup> Die Proteste des Jahres 2010 waren zu einem erheblichen Teil durch Angehörige von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Hauptgrund für die Proteste war der neue Steuerekodex. Im Zuge der Parlamentswahl 2012 nahmen Demonstrationen erneut zu. Fast jeder zweite Protest rührte dabei aus Unzufriedenheit über sozioökonomische Verhältnisse her.<sup>903</sup> Dabei war auffallend, dass politische Parteien und andere zivilgesellschaftliche Organisationen kaum eine Rolle spielten. Die Mittelschicht versuchte vielmehr, „ökonomische Fragen durch

---

<sup>898</sup> Vgl. ebd., S. 4.

<sup>899</sup> Kleine Unternehmen wurden in der Studie mit einer Angestelltenzahl zwischen 1 und 19 definiert. Mittlere Unternehmen beschäftigten 20-99 Arbeitnehmer. Firmen mit mehr als 100 Angestellten fielen in die Kategorie der Großunternehmen.

<sup>900</sup> Vgl. International Finance Corporation: Enterprise Surveys - Ukraine Country Profile 2013, S. 4.

<sup>901</sup> Vgl. Yevtukh, Volodymyr: Der Orange Geist der Freiheit: Profil und Motiv der Revolutionsbewegung, in: Bredies, Ingmar (Hrsg.): Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine: Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus?, Stuttgart 2012, S. 39.

<sup>902</sup> Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 116, 14.05.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 5.

<sup>903</sup> Vgl. ebd., S. 7.

nichtinstitutionalisierte Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements an die Öffentlichkeit zu tragen.“<sup>904</sup>

Aus Sicht der Modernisierungstheorie ist für die erfolgreiche Demokratisierung eine starke Mittelschicht nötig. In der Ukraine hatte sich diese ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre herausgebildet. Ihre politische Macht war zwar geringer als die der Oligarchen und anderer Großunternehmer, dennoch zeigte sich anhand verschiedener Proteste, dass sie willens und fähig war, ihre Forderungen zu artikulieren. Zwar waren die meisten Proteste der Mittelschicht auf Verbesserungen im sozioökonomischen Bereich ausgerichtet, dennoch verdeutlichten diese, dass die Mittelschicht politisiert war und sich ins politische System einmischte. Somit trug der Mittelschicht, insbesondere im Umfeld der „Orangen Revolution“, zur demokratischen Konsolidierung bei. Anders als die Oligarchen versuchte sie nicht, legislative und exekutive Entscheidungen frühzeitig zu beeinflussen, sondern legte einen Fokus auf zivilgesellschaftliche Aktivitäten.

Mit Blick auf die Privatisierungen kann festgehalten werden, dass ab der Jahrtausendwende ein neues System angewendet wurde. Wie in Russland, so ging auch die Ukraine zu dem Modell der Auktion über. Hierbei wurden ausländische Bieter systematisch benachteiligt, da eine vorrangige Behandlung für jene Investoren eingeräumt wurde, die über mindestens drei Jahre Erfahrung auf dem relevanten Markt verfügten. Als relevanter Markt galt in der Regel der ukrainische. Folglich hatten ausländische Bieter keine Chance auf den Erwerb von Betrieben, und ukrainische Holdings, die unter der Kontrolle von Oligarchen waren, erhielten den Zuschlag.<sup>905</sup> Zudem mussten die Mitglieder der Kommission, die für die jeweilige Privatisierungsauktion zuständig waren, den Verlierern der Auktion keine Begründung für ihre Entscheidung mitteilen. Die fehlende Rechenschaftspflicht bot somit die Möglichkeit, eine Auswahl noch vor der eigentlichen Auktion zu treffen. Nicht zuletzt waren Ausschreibungen so konzipiert, dass viele potentielle Auktionsteilnehmer ausgeschlossen wurden. „Die Frist bis zur Angebotsabgabe betrug im Extremfall nur wenige Wochen, was nicht ausreichte, um den Wert des angebotenen Unternehmens abzuschätzen, einen Investitionsplan zu entwickeln und bei Bedarf ein Konsortium zur Gebotsabgabe zu bilden.“<sup>906</sup> Eine weitere negative Behandlung von externen Investoren ergab sich daraus, dass privaten Firmen zugestanden wurde, den Staatsanteil des zu privatisierenden Unternehmens

---

<sup>904</sup> Banakh, Mykhaylo: Die KMU und postkommunistische Transformation – Zur zivilgesellschaftlichen Rolle der Kleinen und Mittleren Unternehmen sowie der Eigentum besitzenden Mittelschicht, in: Ukraine-Analysen Nr. 116, 14.05.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 3.

<sup>905</sup> Vgl. Pleines, Heiko: Privatisierungsauktionen zwischen Manipulationen, Skandalen und Renationalisierungen, in: Ukraine-Analysen Nr. 8, 23.05.2006, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2006, S. 4.

<sup>906</sup> Ebd., S. 4.

vorab zu verwalten. Hierdurch erwarben diese nicht nur einen erheblichen Informationsvorsprung, sondern dies führte auch dazu, dass über Kredite Gläubiger Anteile kauften und folglich größeren Einfluss auf die Auktion erhielten und diese zu ihren Gunsten manipulierten. Die Profiteure dieser Vorgänge waren die Oligarchen, welche ihre Unternehmensanteile kontinuierlich ausbauen konnten.

Unter Präsident Juschtschenko wurde eine Überprüfung größerer Auktionen angekündigt. Tymoschenko ging noch weiter und wollte bis zu 3.000 Unternehmen zurück in die staatliche Hand bringen. Die Diskussion um die Privatisierungsauktionen schränkte ausländische Investoren ab. Eine grundlegende und systematische Überprüfung bzw. Rücknahme von Privatisierungen fand jedoch nicht statt. Ebenso erfolgte nach der „Orangen Revolution“ keine weitreichende Privatisierung von staatlichen Betrieben. Die Abb. 44 verdeutlicht dies. Seit der Jahrtausendwende bestand in der Ukraine ein Verhältnis von 1/3 zu 2/3 in Bezug auf die Verteilung von staatlichen und privaten Unternehmen.

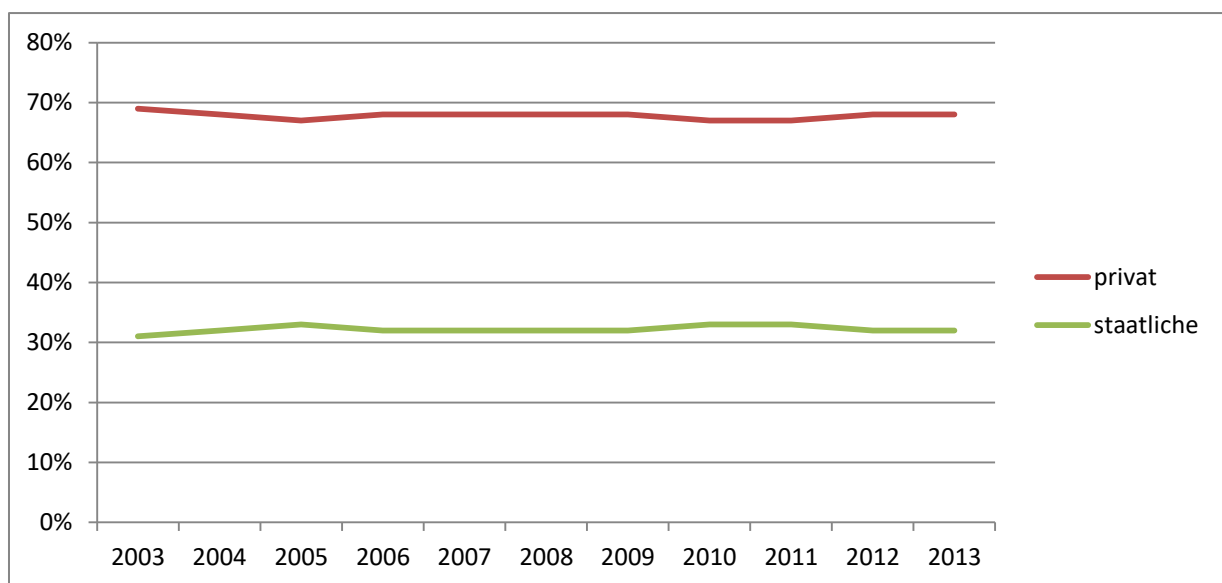


Abb. 44: Anteil privater und staatlicher Firmen in der Ukraine, eigene Darstellung, Quelle: Brown, David; Earle, John S.; Shpak, Solomiya und Vakhitov, Volodymyr: Is Privatization Working in Ukraine? New Estimates from Comprehensive Manufacturing Firm Data, 1989-2013, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Discussion Paper No. 9261, Bonn 2015, S. 24.

Sowohl unter Präsident Juschtschenko, als auch unter Janukowytsch, änderte sich an diesem Verhältnis nichts. Eine Untersuchung von Scott Gehlbach und John Earle fand jedoch heraus, dass nach der „Orangen Revolution“ Firmen, die privatisiert wurden, eine höhere Produktivität aufwiesen, wenn sie in Regionen angesiedelt waren, die Juschtschenko bei seiner Kandidatur unterstützt hatten. Als mögliche Erklärung führten die Wissenschaftler zwei

Alternativen an. Zum einen nutzte Juschtschenko „his presidential power to alter business-state relations after the Orange Revolution, with business environment for privatized firms worsening in regions that opposed his election, relative to those that supported it.“<sup>907</sup> Zum anderen strebte Juschtschenko eine verstärkte Orientierung in Richtung westeuropäischer Staaten an. Diese Neuausrichtung ging zu Lasten jener Firmen die auf Handelsbeziehungen zu Russland angewiesen waren.<sup>908</sup> Grundlegend kann jedoch konstatiert werden, dass nach der Ablösung Kutschmas keine größeren Privatisierungswellen erfolgten und rund 1/3 aller ukrainischen Firmen mehrheitlich vom Staat kontrolliert wurden.

Unter Bezugnahme der Auffassungen von Luhmanns autopoietischer Systemtheorie ist hierbei eine fehlende Trennung der politischen und ökonomischen Sphäre klar erkennbar. In 30% aller Betriebe waren staatlichen Stellen für Unternehmensführung zuständig. Die von Parsons und Luhmann geforderte funktionale Differenzierung wurde blockiert. Dies hatte eine Effizienzminderung zur Folge. Aus dieser Annahme heraus ist die schwache wirtschaftliche Leistung der Ukraine teilweise erklärbar. Die Aufrechterhaltung von Staatsbetrieben in weiten Teilen des Landes verdeutlicht, dass sowohl unter Juschtschenko als auch Janukowytsch die Überordnung der politischen Sphäre offensiv gefördert wurde. Eine autonome Entwicklung des ökonomischen Bereichs wurde somit in vielen Bereich unterlaufen und mögliche Potentiale für ein größeres Wirtschaftswachstum vergeben.

### **7.2.3. Makroökonomische Veränderungen**

Zu Beginn der 2000er unterschied sich die wirtschaftliche Struktur der Ukraine in weiten Teilen von jener aus den letzten Jahren der Sowjetära. Dennoch war die ökonomische Umstrukturierung noch nicht abgeschlossen. Wie sich anhand der Abb. 45 erkennen lässt, war der Dienstleistungssektor in der Ukraine für mehr als Hälfte des erzeugten BIPs verantwortlich. Der Bereich der Industrie erzeugte zum Ende der Amtszeit Kutschmas noch gut 1/3 der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise geriet der ukrainische Industriesektor erneut in einer Krise und büßte kontinuierlich an Bedeutung ein.

---

<sup>907</sup> Gehlbach, Scott und Earle, John S.: The Institutional Basis of Successful Economic Reform: Privatization Effectiveness and Regime Change After Ukraine's Orange Revolution, Madison (Wisconsin) 2010, S. 12.

<sup>908</sup> Vgl. ebd., S. 12.

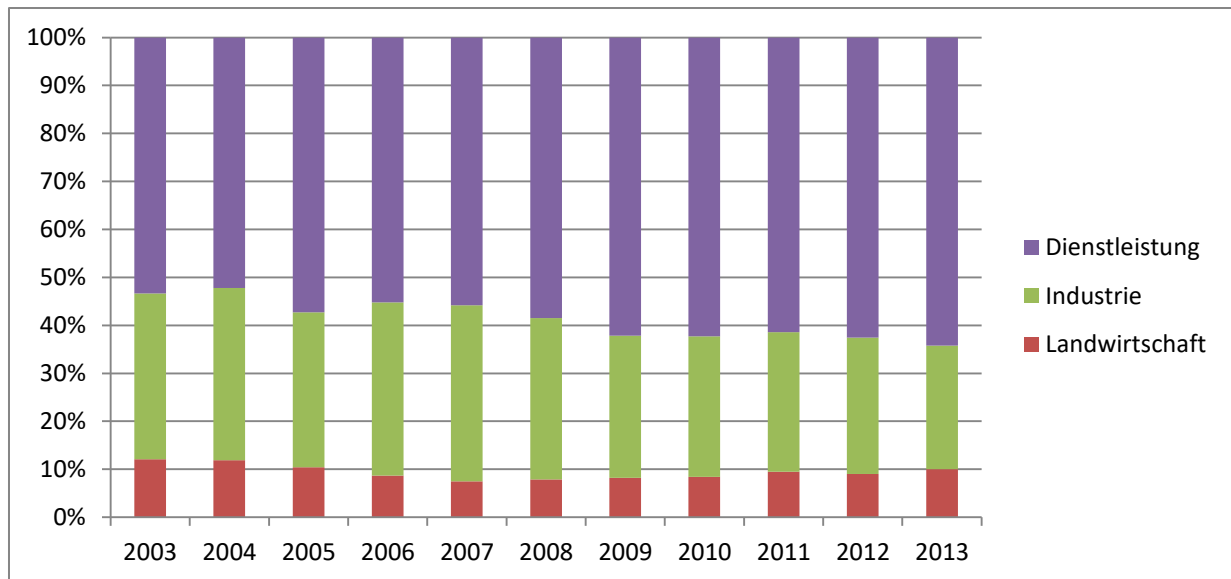


Abb. 45: Prozentanteil von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung am BIP, eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Im Jahre 2013 betrug der Anteil der Industrie am BIP der Ukraine nur noch 25,75%. Als sich die Ukraine 1991 für unabhängig erklärte lag dieser Wert noch bei 50%, also doppelt so hoch. Der Dienstleistungssektor war der klare Gewinner dieser Entwicklung. Sein Anteil am BIP wurde kontinuierlich erhöht und betrug 2013 64,21%. Im gleichen Jahr betrug der Anteil des Dienstleistungssektors am BIP in Russland 63% und in Polen 64%. Die Ukraine hatte somit eine vergleichbare Wirtschaftsstruktur wie andere postkommunistische Staaten.

Mit Blick auf die realen Werte der Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung ist mittels der Abb. 46 erkennbar, dass der Dienstleistungsbereich eine erhebliche Aufwertung erfuhr. Seinen höchsten Wert erreichte er 2008 mit 85 Mrd. US-Dollar. Im Zuge der Wirtschaftskrise brach dieser jedoch ein Jahr später auf 72 Mrd. US-Dollar ein, konnte aber in den folgenden Jahren durchgehend ausgebaut werden.



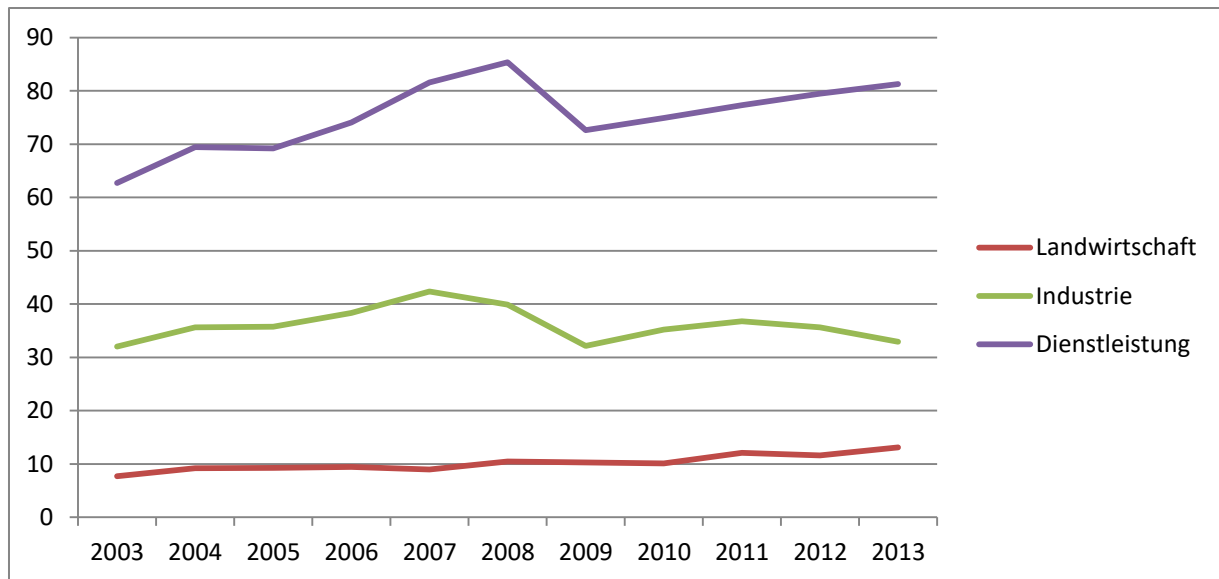


Abb. 46: Wert von Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung (Mrd. US\$ 2010), eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Demgegenüber konnte der Industriebereich keine größeren Zugewinne verzeichnen. 2003 erzeugte die ukrainische Industrie Produkte im Wert von 32 Mrd. US-Dollar. Noch vor Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise verringert der ukrainische Industriesektor seine Wertschöpfung und kam 2009 erneut nur noch auf einen Gesamtproduktionswert von 32 Mrd. US-Dollar. Bis zum Ausbruch des Euromajdan konnte der Industriesektor keine größeren Veränderungen hervorbringen. Somit zeigt sich an diesem Punkt erneut, dass die Ukraine schrittweise eine Umwandlung von der Industrie- hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft verfolgt und Erfolge aufweisen konnte.

Die ukrainische Industrie bestand seit Jahrzehnten zu einem erheblichen Teil aus den landeseigenen Stahlproduktionen. Diese enge Verknüpfung führte dazu, dass ein Rückgang in der Nachfrage bzgl. Stahls sich automatisch auf die Leistung des gesamten Industriebereichs der Ukraine auswirkte und dadurch die wirtschaftliche Leistung schmälerte. Wie bereits angesprochen entsprach der ukrainische Stahl nicht den qualitativen Anforderungen westlicher Unternehmen. Folglich war die Ukraine auf Absatzmärkte in Südostasien angewiesen, um seinen „billigen“ Stahl zu verkaufen. Die geringe Qualität des Stahls drückte dessen Nachfrage, weshalb ein Ausbau der Stahlproduktion ab der Jahrtausendwende so gut wie nicht mehr stattfand. Die Abb. 47 verdeutlicht dies. 2007 kam die Ukraine noch auf eine Jahresgesamtproduktion von 42.747 Tonnen Stahl. Mit einsetzen der Wirtschaftskrise ging die weltweite Nachfrage in Bezug auf Stahl drastisch zurück und führte dazu, dass die Ukraine 2009 nur noch 29.757 Tonnen Stahl erzeugte, ein Minus von mehr als 25%.

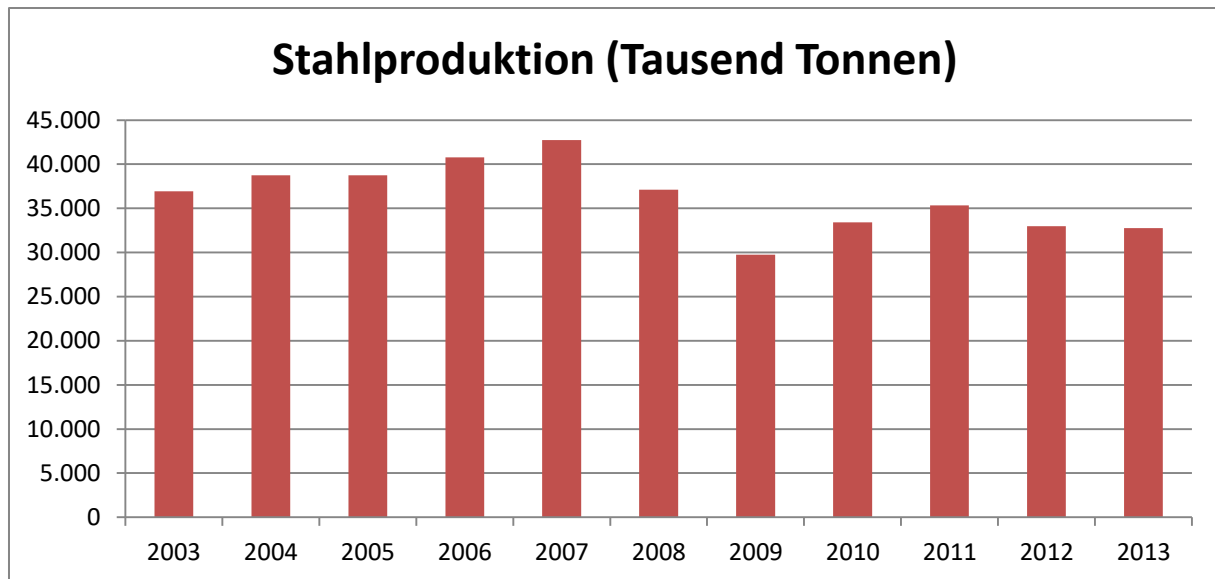


Abb. 47: Stahlproduktion (in Tausend Tonnen), eigene Darstellung, Quelle: Trading Economics: <https://tradingeconomics.com/ukraine/steel-production>

Diese Entwicklung fällt noch drastischer aus, wenn man sich die Monatsproduktion ansieht. Im November 2007 erzeugten ukrainische Fabriken 3,5 Mio. Tonnen Stahl. 12 Monate später wurden nur noch 1,5 Mio. Tonnen produziert, was einem Rückgang von mehr als 50% entsprach.<sup>909</sup> Zwar muss erwähnt werden, dass die ukrainische Stahlproduktion regelmäßig großen Schwankungen unterlag und es zu Produktionsunterschieden von bis zu 500.000 Tonnen innerhalb eines Monats kommen konnte, dennoch zeigt sich, dass die Stahlbranche des Landes ein Limit erreicht hatte und es nicht gelang, die Nachfrage nach ukrainischem Stahl auszubauen.

Mit Hilfe der Abb. 48 und 49 lässt sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Ukraine nachvollziehen. Bis zur Banken- und Finanzkrise im Herbst 2008 konnte die Ukraine ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum vorweisen. Im Jahr 2004 betrug dieses sogar 12%. Die globale Rezession traf auch die Ukraine und führt 2009 zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistungskraft von fast 15%.

<sup>909</sup> Vgl. Trading Economics: <https://tradingeconomics.com/ukraine/steel-production>

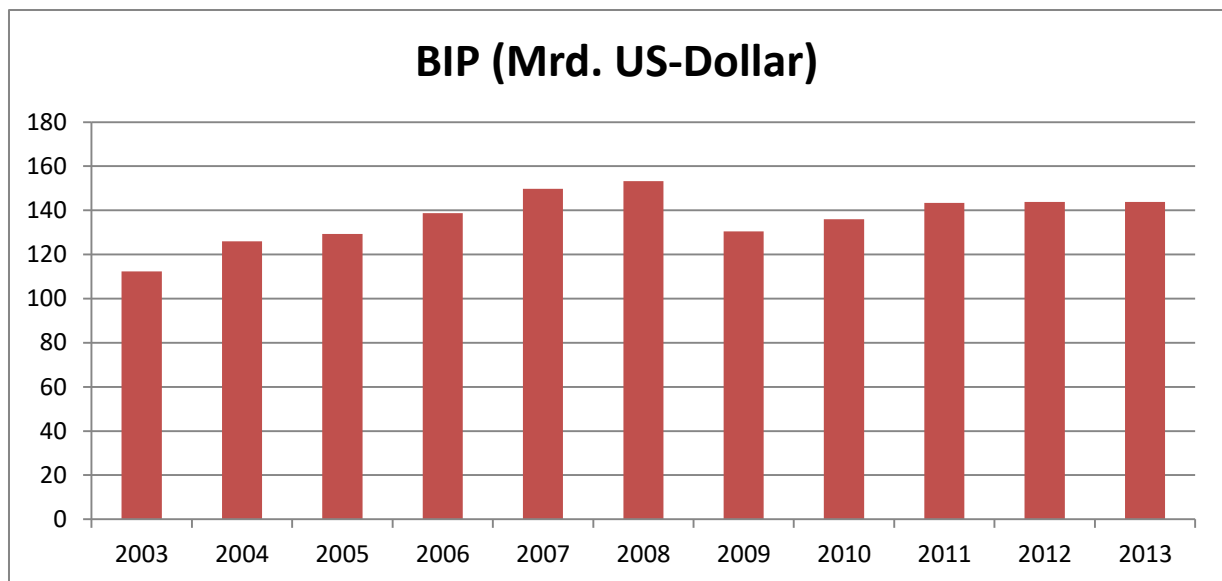


Abb. 48: BIP der Ukraine (Mrd. US\$ 2010), eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

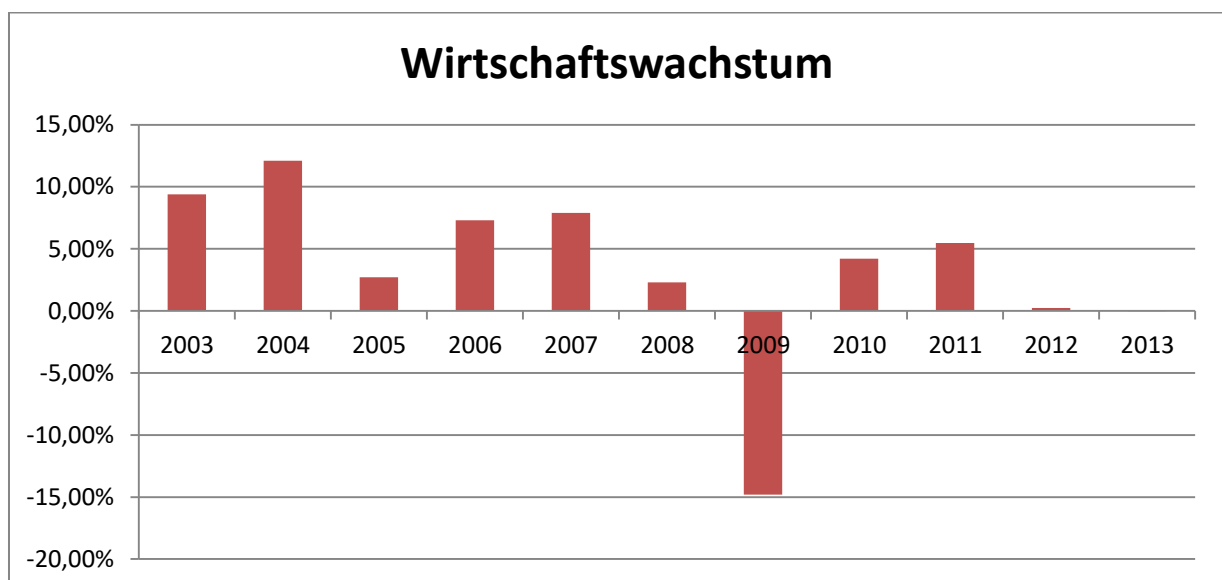


Abb. 49: prozentuales Wirtschaftswachstum, eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Am Ende des Jahres 2013 hatte die ukrainische Wirtschaft ihre Verluste, die sich durch die Wirtschaftskrise erfahren hatte, immer noch nicht kompensiert. 2008 kam das Land auf ein BIP von 153 Mrd. US-Dollar. 2013 betrug die gesamte wirtschaftliche Leistungskraft der Ukraine 143 Mrd. US-Dollar. Noch deutlicher wird die langsame wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine, wenn man bedenkt, dass das BIP des Landes im Jahr 1989 219 Mrd. US-Dollar betrug. Somit war es der Ukraine nicht gelungen, innerhalb von zwei Jahrzehnten ein wirtschaftliches Niveau vergleichbar mit dem zu Beginn der eigenen Unabhängigkeit zu erreichen. Dies war jedoch durchaus möglich. Russland wies 1989 ein BIP von 1.457 Mrd.

US-Dollar auf und durchlief in den 1990er Jahren ebenfalls eine Wirtschaftskrise. Jedoch gelang es dem Land, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu generieren und konnte 2013 ein BIP im Wert von 1.666 Mrd. US-Dollar aufweisen. Polen gelang es, seine Wirtschaftsleistung zu verdoppeln. 1990 betrug das Bruttoinlandsprodukt hier 226 Mrd. US-Dollar. Lediglich 1991 ging die Wirtschaftskraft des Landes zurück und konnte in den folgenden Jahren kontinuierlich gesteigert werden und führte dazu, dass Polens BIP 2013 einen Wert von 518 Mrd. US-Dollar hatte.<sup>910</sup> Daraus lässt sich ableiten, dass eine wirtschaftliche Transformation auch innerhalb eines kurzen Zeitraums abgeschlossen werden kann und sich folglich ein Wirtschaftswachstum generiert, welches den allgemeinen Wohlstand des Landes vergrößert. Der Ukraine gelang es jedoch nicht, diesen Weg konsequent zu verfolgen. Die Transformation der Wirtschaft wurde über viele Jahre gestreckt und war 2013 noch nicht abgeschlossen. Im Zuge der Wirtschaftskrise zeigte sich, dass die zuvor groß generierten Wachstumsraten sich ins Gegenteil umschlagen konnten. Der Einbruch der ukrainischen Wirtschaft um 15% bezeugte, dass die ökonomische Basis des Landes nicht gefestigt war. Die globale Rezession musste nicht zwangsläufig in allen Staaten zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit führen. An diesem Punkt kann erneut auf Polen verwiesen werden. Im Jahr 2009 wuchs die polnische Wirtschaft um 2,8%.<sup>911</sup> Dies belegt, dass eine erfolgreiche Transformation der Ökonomie im besten Fall krisenmildernd oder sogar krisenverhindernd agieren kann. Je größer der Einbruch der Wirtschaftskraft eines Landes, insbesondere eines Transformationsstaates ist, desto deutlicher wird die fehlende ökonomische Basis der jeweiligen Nation. Dies hat die Ukraine klar aufgezeigt.

Der ukrainische Arbeitsmarkt begann sich ab der Jahrtausendwende zu stabilisieren (siehe Abb. 50). Bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 konnten die Arbeitslosenzahlen von Jahr zu Jahr gesenkt werden. Gleichzeitig entwickelten sich auf dem ukrainischen Arbeitsmarkt Zyklen, die sich jährlich wiederholten. Von November bis März stieg die Erwerbslosenquote an, während sie im Frühjahr und Sommer erheblich sank.

---

<sup>910</sup> Vgl. World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

<sup>911</sup> Vgl. ebd.

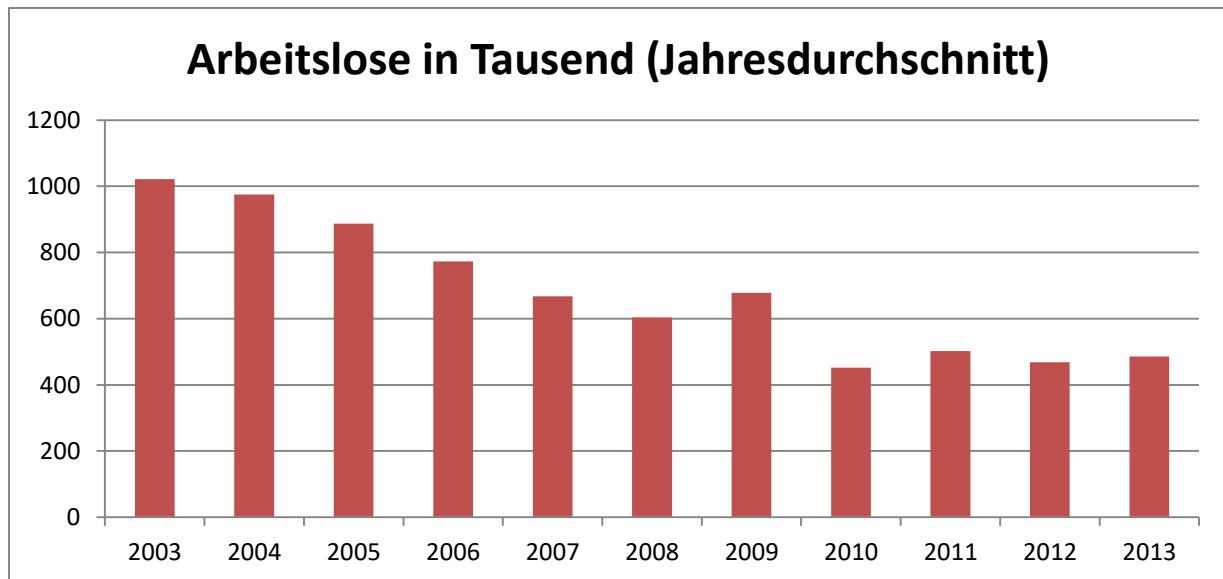


Abb. 50: Arbeitslosenzahlen in Tausenden (Jahresdurchschnitt.), eigene Darstellung, Quelle: Trading Economics <https://tradingeconomics.com/ukraine/unemployed-persons>

Im Abschnitt zum Wirtschaftswachstum war ersichtlich, dass die Ökonomie der Ukraine aufgrund ihrer strukturellen Schwäche besonders hart von der globalen Rezession im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 getroffen wurde. Die Arbeitslosenzahlen stiegen folglich. Im August 2008 waren in der Ukraine 510.000 Menschen als Arbeitslos gemeldet. Sechs Monate später hatte sich dieser Wert um rund 75% erhöht und lag im Februar 2009 bei 906.000 Arbeitslosen. Allerdings gelang es der Ukraine, die Arbeitslosenzahlen im Oktober desselben Jahres auf 508.000 zu senken. An diesem Punkt verdeutlicht sich, dass die mangelnde Festigung der ökonomischen Basis der Ukraine Licht- und Schattenseiten besaß. Auf der einen Seite führte die Wirtschaftskrise zu einem erheblichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Auf der anderen Seite konnten solche Entwicklungen durch einzelne Veränderungen schnell ins Gegenteil verändert werden. Die Senkung der Reallöhne um 10%<sup>912</sup> im Jahr 2009 spielte bei der raschen Senkung der Erwerbslosenquote eine gewichtige Rolle. Nicht zuletzt ging der Rückgang der Arbeitslosenzahlen auf einen Anstieg der externen Nachfrage zurück, während Impulse aus der inländischen Nachfrage im Jahr 2009 nur begrenzt auftraten. Somit zeigte sich ebenfalls, dass die ukrainische Wirtschaft eng gekoppelt war an die weltwirtschaftliche Entwicklung. Unter Präsident Janukowytsch änderte sich an der generellen Struktur des ukrainischen Arbeitsmarkts wenig. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen klagten über ein „schwieriges Geschäftsumfeld, eine hohe Regulierungsdichte, ein schlecht funktionierendes Justizwesen [und] ausufernde

<sup>912</sup> Vgl. Gucci, Ricardo und Kirchner, Robert: Wirtschaftlicher Ausblick für 2010: Langsame Erholung zu erwarten, in: Ukraine-Analysen Nr. 69, 23.02.2010, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2010, S. 2.

Korruption“<sup>913</sup>. Folglich blieb die Anzahl der kleinen und mittleren Unternehmen in der Ukraine gering, wodurch weitreichende Impulse zum Anheben der Beschäftigungsquote nicht greifen konnten. Während Janukowytschs Amtszeit verharrten die jährlichen Arbeitslosenzahlen im Durchschnitt zwischen 450.000 und 500.000.

Der ab 1999 erzielte Außenhandelsüberschuss konnte nur bis 2005 aufrechterhalten werden. Ab den folgenden Jahren importierte die Ukraine mehr Güter, als sie exportierte (siehe Abb. 51).

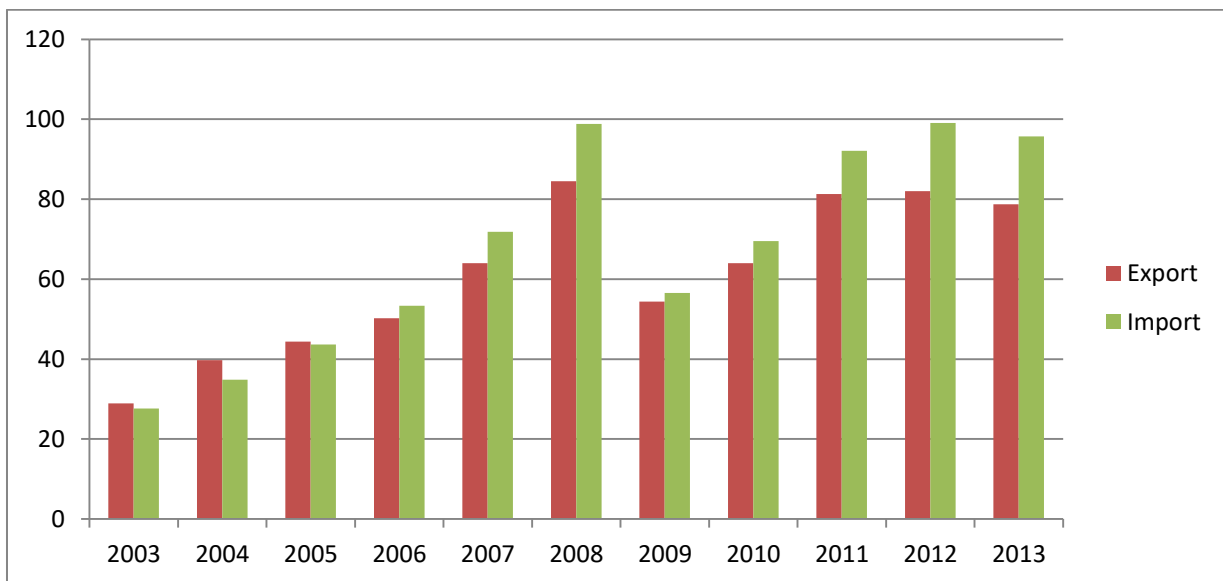


Abb. 51: ukrainische Importe und Exporte (in Mrd. US\$ 2017), eigene Darstellung, Quelle: TheGlobalEconomy: [http://www.theglobaleconomy.com/index\\_api.php?cid=227#availableData](http://www.theglobaleconomy.com/index_api.php?cid=227#availableData)

Hauptabnehmerland für ukrainische Produkte, vor allem für Metalle und andere Industrieprodukte, war Russland. Die EU als Importeur von ukrainischen Waren verringerte ab der Jahrtausendwende kontinuierlich ihren Anteil an dem Export des Landes. 2003 ging noch 37,5% aller Exporte aus der Ukraine in die EU. Bis 2012 ging dieser Anteil auf nur noch 25% zurück und dies obwohl die EU im Jahr 2004 und 2007 neue Mitgliedsstaaten aufnahm. Russland war ein erheblicher Profiteur dieser Entwicklung und konnte seinen Anteil an den ukrainischen Exporten von 18% im Jahr 2003 auf 26% im Jahr 2012 deutlich steigern. Warenimporte kamen 2003 zu etwa 35% aus der EU und 37% aus Russland. Bis 2012 sanken diese Werte auf jeweils rund 32% ab. Dies lag daran, dass Asien seinen Anteil an den ukrainischen Importen erheblich steigern konnte. 2003 stammten lediglich 9% der Importe

<sup>913</sup> Deuber, Gunter und Schwabe, Andreas: Der wirtschaftspolitische Fortschritt bleibt aus – Weder Reformen noch nachhaltiges Wachstum sind in Sicht, in: Ukraine-Analysen Nr. 94, 13.09.2011, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2011, S. 2.

aus dem asiatischen Raum. 2012 hatte sich dieser Wert verdoppelt und lag nun bei 20%.<sup>914</sup> Hauptimportgüter waren chemische Produkte, Maschinen und Industriegüter. Die Ukraine hatte in der Weltwirtschaft die Stellung eines Zwischenproduzenten. Vor allem im Bereich der industriellen Vorfertigung und der Nahrungsmittel hatte die Ukraine ihre Stellung in der globalen Ökonomie gefunden. Jedoch schaffte es das Land nicht, sich im Bereich der Produktendfertigung oder des Vertriebs zu etablieren. Die Überalterung der Fabriken und die zum Teil langen Produktionsvorgänge machten das Land in diesem Bereich unattraktiv. Entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Situation entwickelte sich auf das BIP/pro Kopf (siehe Abb. 52). Parallel zum allgemeinen Wirtschaftswachstum stieg auch das BIP/pro Kopf an und erreicht 2008 einen Spitzenwert von 3311\$. Im folgenden Jahr brach dieses auf 2834\$ ein und konnte auch in den kommenden Jahren nicht mehr an den Wert von 2008 herangeführt werden.

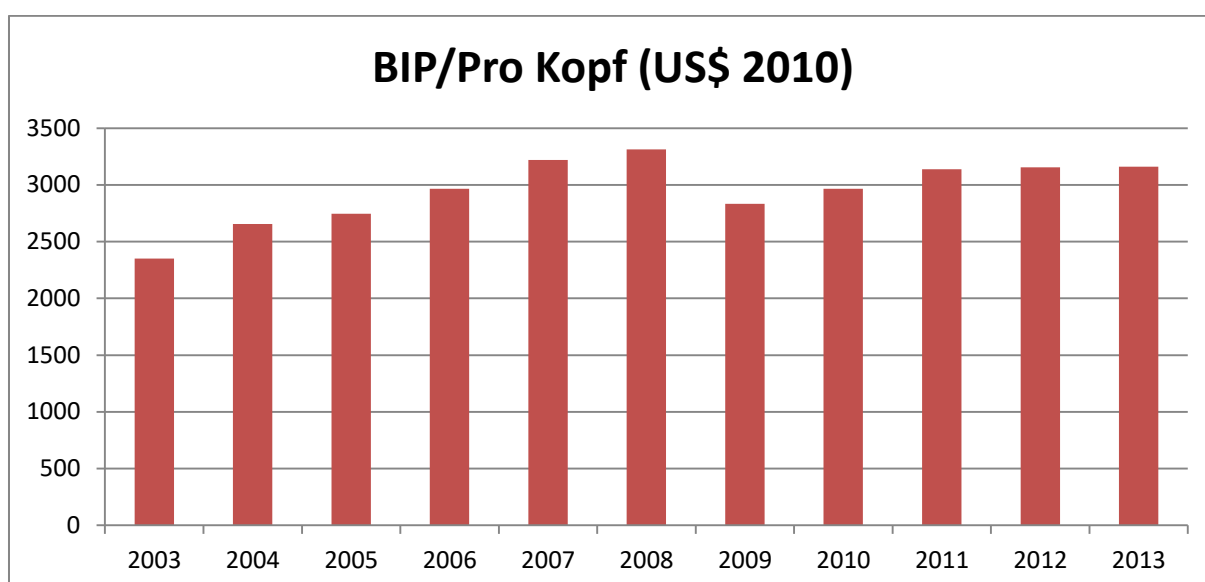


Abb. 52: BIP/pro Kopf (US\$ 2010), eigene Darstellung, Quelle: World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

Gleichzeitig verringerte sich die Armut in der Ukraine insgesamt. 2003 hatte noch jeder zehnte Ukrainer weniger als 5,50\$ täglich zum Leben zur Verfügung. 2008 betraf dies nur noch 1,4% der Einwohner und stieg auch im Zuge der Wirtschaftskrise auf lediglich 1,7% an. Am Vorabend des Euromajdan fielen 0,5% der Ukrainer unter diese Armutsdefinition.<sup>915</sup> In der Ukraine etablierte sich schrittweise ein Mittelschicht die, wie im Kapitel zu Unternehmen

<sup>914</sup> Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 123, 12.11.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 9.

<sup>915</sup> Vgl. World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators>

und Privatisierung gezeigt, Druck auf die Politik mittels Demonstrationen ausübten, um ihre sozioökonomische Situation zu verbessern.

Somit kann die Annahme der Modernisierungstheorie, wonach für die erfolgreiche Demokratisierung eines Landes eine starke Mittelschicht notwendig ist, an diesem Punkt teilweise belegt werden. Die allgemeine positive Wirtschaftsentwicklung der Ukraine hatte viele Ukrainer aus der absoluten Armut befreit. Jedoch verharrten zahlreiche Menschen in der relativen Armut. Bezieht man die nationale Definition der Ukraine bzgl. der Armut ein, so waren 2003 76% aller Ukrainer arm. Dieser Wert konnte bis 2009 auf 5,8% reduziert werden und stieg bis 2013 auf 8,3%.<sup>916</sup> Die Befreiung aus der Armut bedeutete jedoch nicht, dass die Einkommen ausreichten, um einen guten Lebensstil zu finanzieren. Ein erheblicher Teil der Menschen lebte nur knapp über der definierten Armutsgrenze. Selbst die Mittelschicht war oft von ökonomischen Sorgen betroffen, was die regelmäßigen Proteste zur Verbesserung der ökonomischen Situation erklärte. Somit ergab sich für die Ukraine aus dieser Entwicklung eine zwiespältige Situation. Auf der einen Seite war die gravierende Armut in weiten Teilen des Landes beseitigt. Es hatte sich eine Mittelschicht entwickelt, welche die Demokratie als grundsätzliche Organisationsform des politischen Systems unterstützte. Auf der anderen Seite war die Mittelschicht von Abstiegsängsten geprägt und beteiligte sich an Protesten die, wie am Beispiel der „Orangen Revolution“ belegt, zum Austausch der Staatsführung führen konnten. Die ökonomische Situation ließ somit eine weitreichende Kritik an der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierung nicht verstummen und konnte in extremen Situationen auch zu Protesten gegen die Regierung an sich führen. Dies war in Teilen auch bei den Euromajdan-Demonstrationen der Fall.

Der wirtschaftliche Wandlungsprozess der Ukraine war am Vorabend der Euromajdan-Proteste noch nicht abgeschlossen. Zwar hatten sich weite Teile der wirtschaftlichen Struktur des Landes weitreichend geändert, allerdings bestanden, insbesondere im industriellen Bereich, weiterhin erhebliche Defizite. Im globalen Wirtschaftskreislauf war es einzelnen Unternehmen gelungen, eine einflussreiche Position zu erringen. Die ukrainische Volkswirtschaft blieb jedoch mehrheitlich der Rohstofflieferant für andere Industrieländer oder übernahm die Vorproduktion. Der exportorientierte Stahlsektor der Ukraine reagierte stets empfindlich auf Preissenkungen. Russland als der wichtigste Abnehmer ukrainischer Produkte verlangsamte 2013 sein Wirtschaftswachstum, was nicht zuletzt den Bereich des Maschinenbaus unter Druck setzte. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hatte die

---

<sup>916</sup> Vgl. World Bank: Ukraine: Poverty headcount ratio at national poverty lines (% of population): <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC?locations=UA>



Verwundbarkeit der Ökonomie des Landes aufgezeigt. 2012 kam das Wirtschaftswachstum faktisch zum Erliegen und war 2013 sogar rückläufig. Das reale BIP blieb hinter dem von 2008. Europäische Investoren mit einer langfristigen Kapitalanlage kehrten der Ukraine zunehmend den Rücken. Konflikte mit Zoll- und Wettbewerbsbehörden, Enteignung, sowie Handelsstreitigkeiten und politische Risiken unter Präsident Janukowytsch waren die wesentlichen Gründe für den Rückzug westlicher Großkonzerne.<sup>917</sup> Gleichzeitig nahmen Verflechtungen im Kapitalbereich mit Zypern und Russland zu, welche jedoch oftmals als Offshoring für ukrainische und russische Oligarchen dienten. Mit Blick auf den Anteil ausländischer Banken ergab sich ein vergleichbarer Trend. 2008 waren 40% aller Banken des Landes in der Hand von nicht-russischen Auslandsbanken. 2013 lag dieser Wert bei nur noch 17%. Die freiwerdenden Anteile wurden entweder von russischen Kreditanstalten oder lokalen und staatlichen Banken übernommen.<sup>918</sup>

Die gesamtwirtschaftliche Situation der Ukraine war kurz vor dem Ausbruch der Majdanproteste im November 2013 nicht komfortabel. Der Rückgang des BIPs, der kurzfristige Handelskonflikt mit Russland, sowie die allgegenwärtige Möglichkeit einer erneuten politischen Krise, erhöhten Ende 2013 den wirtschaftlichen Druck auf die ukrainische Elite. Die Eventualität einer erneuten Wirtschaftskrise, weitgehend losgelöst von der Entwicklung der globalen Ökonomie, war durchaus wahrscheinlich. Strukturelle Defizite waren über Jahrzehnte verschleppt worden und hätten zu einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung führen können, welche die Stabilität des politischen Systems erneut auf die Probe hätte stellen können. Die an der Frage der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens entbrannten Majdanproteste kamen somit möglichen, auf ökonomischen Forderungen basierenden, Protesten zuvor und führten in ihrer Konsequenz zur Absetzung Janukowytschs und seiner Regierung. Abseits davon war die wirtschaftliche Transformation der Ukraine im Jahr 2013 nicht abgeschlossen und zeigte die Notwendigkeit grundlegender Reformen klar auf.

#### **7.2.4. Zusammenfassung**

Die erste Dekade der ukrainischen Unabhängigkeit war in wirtschaftlicher Hinsicht von tiefgreifenden Problemen gekennzeichnet. Ab der Jahrtausendwende setzte eine ökonomische Entspannungsphase ein. Die Inflation des Jahres 1993 mit seinem Wert von 10.000% war

---

<sup>917</sup> Vgl. Deuber, Gunter und Schwabe, Andreas: Zyklischer Aufschwung, strukturelle Schwächen und Eigenrisiken – droht eine neue Wirtschaftskrise?, in: Ukraine-Analysen Nr. 123, 12.11.2013, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 2013, S. 4.

<sup>918</sup> Vgl. ebd., 4.

vorüber. Mit durchschnittlich 13,5% war die Inflation verglichen mit dem der Europäischen Union zwar immer noch sehr hoch, im Umfeld des postsowjetischen Raums lag die Ukraine damit aber im Durchschnitt. Die Preiserhöhungen waren nicht zuletzt Resultat der prozyklischen Politik sämtlicher ukrainischer Regierungen. Mit Blick auf Haushaltspolitik kann festgehalten werden, dass diese durchgehend defizitär war. Vor allem unter Ministerpräsidentin Tymoschenko wurden Sozialleistungen ausgebaut und mittels neuer Schulden finanziert. Anzumerken ist hierbei, dass die Staatsverschuldung in der gesamten Zeit unter 45% des BIPs blieb. Die Schulden der Ukraine waren zu einem überwiegenden Teil in Fremdwährungen angelegt. Ausländische Direktinvestoren beobachteten die Entwicklungen in der Ukraine genau und reagierten auf entsprechende Änderungen. Politische Krisen führten folglich zu einem Rückgang der Direktinvestitionen. Diese Entwicklungen hatten zur Folge, dass die Hrywnja, die Nationalwährung der Ukraine, stetig an Wert verlor und selbst Ukrainer ausländische Währungen als sichere Geldanlage bevorzugten.

Neue Unternehmen konnten auch nach dem Ende der Amtszeit von Kutschma nur schwer gegründet werden. Kleine und mittlere Unternehmen wurden gegenüber Großunternehmen strukturelle benachteiligt. Ausländische Investoren hatten es auch nach der „Orangen Revolution“ schwer, eigene Unternehmen anzusiedeln, oder bestehende zu übernehmen. Privatisierungen wurden so arrangiert, dass eine zuvor favorisierte Gruppe oder Einzelperson mit großer Wahrscheinlichkeit den Zuschlag für die Übernahme des Betriebs erhielt. Auffallend ist, dass der Anteil von staatlichen und privaten sowohl unter Präsident Juschtschenko als auch Janukowytsch keine signifikante Änderung erfuhr. Unter beiden Staatsoberhäuptern blieben gut 33% aller Unternehmen mehrheitlich in staatlicher Hand. Eine weitreichende Überprüfung oder auch Rücknahme von Privatisierungen, wie sie von Tymoschenko angekündigt wurde, fand nicht statt.

Mit Blick auf die einzelnen Wirtschaftssektoren kann festgehalten werden, dass die Sparte der Dienstleistungen kontinuierlich wuchs. Demgegenüber stagnierte der Bereich der Industrie. Dies war zu einem wesentlich Teil auf den Rückgang der Stahlproduktion zurückzuführen. Ukrainischer Stahl war von geringer Qualität und fand seine Hauptabnehmer in Südostasien und Russland. Rückläufige Nachfragen in diesen Ländern führten automatisch zu einer verminderten Produktion in der Ukraine. Das Bruttoinlandsprodukt des Landes wuchs bis zum Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 stetig an, brach jedoch in diesem Zuge um gut 15% ein. In den folgenden Jahren gelang es der Wirtschaft nicht, dieses Defizit wieder auszugleichen. Dies belegt, dass die Basis der ukrainischen Ökonomie noch nicht gefestigt

war und wirtschaftliche Krisen weitreichende Folgen für das Land haben konnten. Unter dem Gesichtspunkt des Außenhandels hatte die Ukraine ab 2006 ein durchgehendes Defizit zu verzeichnen. Jedoch muss dabei beachtet werden, dass unter die Importe auch die russischen Gaslieferungen an die Ukraine fielen, welche in der Regel zwischen 10 und 15 Prozent der gesamten Importe ausmachten.<sup>919</sup> Werden diese rausgerechnet ergibt sich lediglich für die Jahre 2007, 2008 und 2013 ein klares Außenhandelsdefizit. Nichtsdestotrotz lässt sich festhalten, dass die ukrainischen Exporte nicht ausreichten, um das durch die Einfuhr russischen Gases entstandene Handelsdefizit auszugleichen. Die noch in den 1990er Jahren weitreichende Armut konnte stetig reduziert werden. Es entwickelte sich eine Mittelschicht, welche sich intensiver in politische Prozesse einmischte. Dennoch war ihre Existenz nicht durchgehend gesichert, weshalb von ihr ausgehende Demonstrationen oftmals auf ökonomische Verbesserungen abzielten und nur selten mit konkreten Forderungen nach Veränderungen im politischen System verbunden waren.

Somit hatte die ukrainische Wirtschaft eine vergleichsweise positive Entwicklung durchlaufen, ohne jedoch strukturelle Probleme grundlegend zu lösen. Die Ökonomie des Landes war für politische und wirtschaftliche Krisen anfällig und konnte die großen Werte des Wirtschaftswachstums auch schnell umkehren. Sowohl unter Juschtschenko als auch Janukowytsch fand keine weitreichende Änderung der wirtschaftlichen Struktur des Landes statt. Akzentverschiebungen dienten in erster Linie dazu, die eigene Klientel zu bedienen und nicht, um die Wirtschaft des Landes zukunftsweisend auszurichten. Ende 2013 zeichnete sich eine potentielle Wirtschaftskrise ab, welche durch den Sturz Janukowytschs und dem folgenden Bürgerkrieg die Ukraine umso härter traf.

### **7.3. Zwischenbilanz**

In politischer und wirtschaftlicher Hinsicht waren die Jahre zwischen 2002 und 2013 für die Ukraine sehr prägend. Die „Orangene Revolution“ 2004 hatte gezeigt, dass der staatlich organisierte Wahlbetrug von vielen Ukrainern nicht widerspruchlos hingenommen wurde und führte in seiner Konsequenz zur Änderung der Verfassung und Wahl Juschtschenkos. Er und Tymoschenko verkörperten die Hoffnung auf einen Umbruch im politischen System. Allerdings wurden diese nicht erfüllt. Zwar ging der staatliche Einfluss auf Medien erheblich zurück und die folgenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen entsprachen demokratischen Standards, allerdings blieb der Einfluss von Oligarchen und Großunternehmen im politischen Bereich bestehen. Sie waren nicht nur in vielen Parteien

---

<sup>919</sup> Vgl. the observatory of economic complexity: <https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/ukr/>

präsent, sondern hatten ebenso Abgeordnetenmandate inne oder übernahmen Regierungsämter. Sowohl aus systemtheoretischer als auch strukturtheoretischer Sicht muss dieser Zustand als grundlegend hinderlich für die demokratische Konsolidierung der Ukraine betrachtet werden. Unter Heranziehung der Systemtheorie lässt konstatieren, dass die weitreichende Präsenz von Oligarchen im politischen System der funktionalen Ausdifferenzierung der politischen und wirtschaftlichen Sphäre zuwiderlief. Wirtschaftliche Akteure waren im politischen System präsent und nutzen ihren Einfluss, um Entscheidungen zu Gunsten ihrer Privatunternehmen zu beeinflussen. Speziell bei Privatisierungen hatte dies eine weitere Bereicherung der Oligarchen zur Folge und verhinderte die Ansiedlung ausländischer Investoren. Gleichzeitig hatte diese Entwicklung auch aus strukturtheoretischer Sicht negative Auswirkungen auf die demokratische Konsolidierung gehabt. Die Macht der Clans und Oligarchen war sowohl unter Juschtschenko als auch Janukowytsch so groß, dass in vielen Bereichen Entscheidungen gegen den Willen der Großunternehmer praktisch unmöglich waren. Der Staat verfügte somit nicht über genügend Autonomie, um sich gegen diese dominante Klasse zu behaupten. Darüber hinaus verdeutlichte die erfolgreiche Einflussnahme der Oligarchen auf politische Entscheidungsprozesse, dass diese weite Teile der Machtressourcen in ihren Umkreis konzentriert hatten. Dadurch gerieten die innergesellschaftlichen Machtverhältnisse in ein Ungleichgewicht, was im Widerspruch zu einem hohen Demokratisierungsgrad stand.

Mit Blick auf die demokratischen Institutionen lässt sich festhalten, dass es zu keiner grundlegenden Verhaltensänderung kam. Speziell das Parlament, welches seit der Verfassungsreform im Zuge der „Orangen Revolution“ eine gewichtigere Rolle innehatte, kam seiner eigentlichen Funktion nur unzureichend nach. Oligarchische Interessenvertretungen und die Austragung von Stellvertreterkriegen zwischen Präsident, Premierminister und zentralen politischen Akteuren prägten die Arbeit der Rada. Ihre Funktion als Kontrollorgan der Regierung und Vertretung des Wählerwillens erfüllte sie nur selten. Das geringe Ansehen der Parlamentsabgeordneten war eine logische Konsequenz. Das Verhältnis zwischen Präsident und Premierminister zeichnete sich in vielen Jahren durch gegenseitige Konkurrenz und den Versuch zur Kompetenzbeschneidung aus. Erst unter Präsident Janukowytsch und Premierminister Asarow hörten diese Konflikte auf. Der Streit innerhalb der Exekutive ging dabei zu Lasten des politischen Systems an sich, da Entscheidungen hinausgezögert, widerrufen und die gegnerische Seite öffentlich in Verruf gebracht wurde. Die Parteienlandschaft war ebenfalls durch die weitreichende Präsenz von Oligarchen geprägt. Inhaltliche unterschieden sich die Parteien nur marginal und zeichneten

sich eher durch unterschiedliche Führungspersönlichkeiten und Spitzenkandidaten aus. Dies erklärt auch, warum ab 2002 Wahlblöcke unter dem Namen bekannter Politiker spürbar in der Wählergunst gewannen. Parteien waren weniger ein Instrument zu Widerspiegelung gesellschaftlicher Interessen, als vielmehr zur Befriedigung individueller Karriereziele von einzelnen Oligarchen und Spitzenpolitikern.

In ökonomischer Hinsicht konnte die ukrainische Wirtschaft bis zum Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008 stabile Wachstumszahl vermerken. Zwar gelang es dem Land nicht, die Verluste aus den 1990er Jahren zu begleichen, dennoch zeigten sich in einzelnen Bereichen Wachstumspotentiale. Insbesondere der kontinuierliche Ausbau des Dienstleistungssektors belegte, dass es Versuche gab, die Wirtschaftsstruktur des Landes auf eine nachhaltige Basis zu bringen. Im Zuge der Wirtschaftskrise zeigten sich jedoch die weitreichenden Defizite der ukrainischen Ökonomie. Speziell der überalterte industrielle Sektor hatte erhebliche Produktionsrückgänge zu verzeichnen. Eine weitreichende Erneuerung der Industriebranche wurde nicht vollzogen. Dies hatte zur Folge, dass die Kreditwürdigkeit der Ukraine herabgesenkt wurde, wodurch der Zugang zu ausländischen Krediten, auf welche das Land angewiesen war, erschwert wurde. Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit der EU gerieten ins Stocken oder waren teilweise rückläufig. Besonders europäische Anleger zogen ihre Direktinvestitionen kurz nach der Wahl Janukowytschs zurück. Russische Investoren nutzten diese Entwicklung und übernahmen Fabriken, Banken und Geschäfte. Die daraus resultierende engere wirtschaftliche Abhängigkeit der Ukraine von Russland war ein ausschlaggebender Grund dafür, warum Janukowytsch sich entschied, dass Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen.

Es lässt sich somit festhalten, dass die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Ukraine bis zum Ausbruch des Euromajdan als gemischt betrachtet werden kann, jedoch in den Jahre 2012 und 2013 eindeutig einen negativen Charakter aufwies. Die politischen und wirtschaftlichen Krisen hatten belegt, dass die Ukraine ihren Transformationsprozess noch nicht abgeschlossen hatte. Das politische System war weiterhin anfällig für Manipulation einflussreicher Akteure und besaß nicht genügend Autonomie, um sich gegen diese Prozesse zu behaupten. Aus ökonomischer Sicht hatte zwar die wirtschaftliche Entwicklung zur Entstehung einer selbstbewussten Mittelschicht geführt, jedoch war die ökonomische Basis des Landes nicht stabil und konnte bei größeren Krisen viele Ukrainer in die Armut stürzen. Der Ausbruch der Majdan-Proteste, welcher sich an der Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens entzündete, war letztlich auch ein Ausdruck der Unzufriedenheit über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes.

## **8. Schlussbetrachtung**

Die Entwicklung der Ukraine hat belegt, dass die Transformation politischer und ökonomischer Systeme komplexe Vorgänge umfasst, die sich über mehrere Jahrzehnte erstrecken können und dabei nicht zwangsläufig zu der Etablierung eines neuen Systems führen müssen. Wie schnell und umfassend der Wechsel eines politischen, gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Systems erfolgt, unterscheidet sich nicht nur zwischen unterschiedlichen Staaten, sondern kann auch innerhalb einer Nation in verschiedenen Regionen erheblich variieren. Der Wechsel zwischen politischen Herrschaftsformen gehört ebenso zur Geschichte der Menschheit wie die Frage nach der besten Staatsform. Transformation, verstanden als ein grundlegender Wechsel eines politischen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Systems, einhergehend mit einem umfassenden Bewusstseinswechsel, vollzog sich in fast allen Regionen der Erde. Dabei umfasst sie (die Transformation) nicht nur die Umwandlung einer Autokratie in eine Demokratie, sondern auch den genau umgekehrten Prozess. Der Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft in der UdSSR oder der Umbau der Weimarer Republik zur Diktatur der Nationalsozialisten fallen ebenfalls unter diese Definition. Jedoch hat sich allgemein die Annahme durchgesetzt, dass unter Transformationsforschung der Übergang von einer Autokratie hin zur Demokratie verstanden wird. Die teilweise einseitige Fokussierung auf die Demokratie als notwendiges Endprodukt des Transformationsprozess stellt dabei eine klare Schwäche dar.<sup>920</sup> Ebenso lassen sich Schnittmengen mit der Entwicklungsforschung erkennen, welche vor allem an der Orientierung auf die Demokratie als zu erreichendes Ziel und der Notwendigkeit des sozialen Wandels zutage treten.<sup>921</sup> Nicht zuletzt mit dem Untergang des Ostblocks setzte sich die Annahme durch, dass Demokratie (nach westlicher Prägung) und die kapitalistische Marktwirtschaft eine „ethische Überlegenheit“<sup>922</sup> besaßen und folglich zur normativen Zielstellung ausgerufen wurden. Selbst Entwicklungen auf dem Balkan oder Russland, welche belegen, dass die Entwicklung hin zur Demokratie zum Teil gänzlich aufgehört hat, konnten der (begrifflichen) Fokussierung auf die Demokratie nichts anhaben. Begriffe wie unvollständige oder defekte Demokratie bezeugen „die Grundorientierung auf das Paradigma der Demokratie“<sup>923</sup>. Jedoch haben die Transformationsprozesse in Lateinamerika, Südeuropa und vielen Staaten Osteuropas bewiesen, dass wenn ein autokratischer Staat am Anfang des Wandlungsprozesses steht, die

---

<sup>920</sup> Vgl. Hensell, Stephan: Die Willkür des Staates – Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa, 1. Auflage, VS Verlag, Wiesbaden 2009, S. 23-29.

<sup>921</sup> Vgl. Schlichte, Klaus: Ende der Theorie oder Theorien ohne Ende? Gesellschaft- und Geschichtsauffassungen in der Entwicklungs- und Transitionsforschung, in: Asien, Afrika, Lateinamerika, Vol. 26, S. 526ff.

<sup>922</sup> Hensell, Stephan: Die Willkür des Staates – Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa, 1. Auflage, VS Verlag, Wiesbaden 2009, S. 24.

<sup>923</sup> Ebd., S. 27.

Wahrscheinlichkeit groß ist, dass am Ende dieses Prozesses die Demokratie als Ergebnis stehen wird. Ob dies, wie von Jowitt als „dizzy with democracy“<sup>924</sup> beschrieben werden kann, ist dennoch fraglich. Allgemein definiert kann Transformation verstanden werden als eine Veränderung der Merkmale eines Staats- und Systemtyps, in Kombination mit einer grundlegenden Bewusstseinsänderung. Dies bedeutet, dass die geänderten Regeln des neuen Systems gesellschaftlich akzeptiert, respektiert und eingehalten werden müssen. Mittels dieser Definition ist es zum einen möglich, Transformationsprozesse in unterschiedliche Richtungen zu analysieren und zum anderen die gesamtstaatliche Entwicklung, jenseits der Fokussierung auf die alleinige Frage der prozessualen Umwandlung hin zur Demokratie, zu betrachten. Dennoch sollte die Heranziehung demokratischer Standards zur Beurteilung des Fortschritts der Transformation nicht gänzlich verworfen werden. Insbesondere wenn zentrale Akteure und große gesellschaftliche Bewegungen die Einführung eines demokratischen Systems beabsichtigen, sollten diese Zielvorgaben nicht ignoriert werden. In dieser Arbeit wurde der ukrainische Transformationsprozess des politischen Systems ebenfalls an der Frage der jeweiligen Nützlichkeit für die demokratische Gesamtentwicklung gespiegelt, da der Aufbau und die Festigung einer Demokratie das erklärte Ziel aller beteiligten Akteure war.

Die Transformation der Ukraine weist keinen festen Anfangspunkt auf. In den Jahren der sowjetischen Herrschaft wechselten sich Perioden größerer politischer Freiheit mit Zeiten der Unterdrückung oppositioneller und eigenstaatlicher Bewegungen immer wieder ab. Eine größere Politisierung der ukrainischen Bevölkerung erfolgte im Zuge der Nuklearkatastrophe von Tschernobyl 1986. Das zögerliche Agieren der Behörden und die unzureichende Informationspolitik ließen den Rückhalt der kommunistischen Herrscher in der Ukraine deutlich schwinden. Gleichzeitig konnten Forderungen nach mehr Autonomie immer mehr Gehör finden. Die im August 1991 ausgerufene Unabhängigkeit der Ukraine fand schnell Rückhalt bei der Bevölkerung, welche diese Entscheidung im Dezember desselben Jahres mit einer Volksabstimmung klar unterstützte. Für das Land ergab sich das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Auf der einen Seite musste das Sowjetsystem mit seiner Vormachtstellung der Kommunistischen Partei in ein demokratisches und pluralistisches System umgewandelt werden. Auf der anderen Seite war das System der Planwirtschaft gescheitert und ließ Annahmen in der Ukraine entstehen, wonach der Kapitalismus eine gewinnbringende Alternative darstellen könnte. Jedoch konnten die ukrainischen Akteure auf keine Vorerfahrungen im Bereich der Staatsorganisation im Sinne einer funktionierenden Demokratie zurückgreifen. Ebenso mangelte es an Erkenntnissen hinsichtlich der Einführung

---

<sup>924</sup> Jowitt, Kenneth: Dizzy with Democracy, in: Problems of Post-Communism, Vol. 43, No. 1, 1996, S. 3-8.

kapitalistischer Marktstrukturen. Das Problem des Kapitalismus ohne Kapitalisten begrenzte sich dabei jedoch nicht nur auf die Ukraine, sondern war im gesamten postkommunistischen Raum eine Herausforderung.

Die virulenten Probleme der ukrainischen Transformation zeigten sich am Beispiel der Verabschiedung einer neuen Verfassung. Verschiedene Anläufe zur Ausarbeitung eines Verfassungstextes scheiterten wiederholt. Erst 1996, fünf Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine, trat eine neue Verfassung in Kraft. Diese war jedoch nicht der Ausdruck eines Kompromisses bzw. geteilten Verständnisses über die Ausgestaltung des demokratischen Systems, sondern kam durch Bestechung und Erpressung Seitens des Staatspräsidenten Kutschma zustande. Zwar gab die Verfassung der Ukraine einen demokratischen Rahmen, jedoch verfestigten sich in ihr auch die ungelösten Machtkonflikte zwischen verschiedenen Institutionen. Bereits die konstitutionelle Konsolidierung war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Eine empirische Legitimation der Verfassung, wonach diese im Stande sein muss, innergesellschaftliche Konflikte zu lösen, trat nicht ein. Zum einen wurden unterschiedliche Akteure nicht dazu gebracht, sich an die festgeschriebenen Regeln zu halten. Zum anderen war die Verfassung an sich immer wieder Angriffspunkt von politischen Auseinandersetzungen. Zwar sind Streitigkeiten um eine etwaige Änderung der Verfassung generell kein Anzeichen für die Schwäche eines demokratischen Systems. Jedoch zeigte sich bei der Ukraine, dass Verfassungsänderungen vor allem von Seiten der Exekutive angestoßen wurden, um das Ungleichgewicht im politischen System zu Lasten der Legislative weiter zu zementieren. Dies war insbesondere unter der von Kutschma ausgearbeiteten aber nicht in Kraft getretenen Verfassungsreform der Fall. Der im Zuge der „Orangen Revolution“ erzielte Kompromiss zum Umbau der Verfassung wurde nach dem Amtsantritt Janukowytschs verworfen und die Ukraine kehrte zu ihrer ursprünglichen Verfassung und der in ihr festgeschriebenen Vormachtstellung des Staatsoberhauptes zurück. Der Aspekt des permanenten Verfassungskonflikts sollte nicht vernachlässigt werden. In der Regel steht die Verfassungsgebung am Anfang eines demokratischen Konsolidierungsprozesses. Die Verfassung setzt den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Institutionen und Akteure die politische Entwicklung des Landes bestimmen. In der Ukraine dauerte dieser Prozess zum einen sehr lange. Zum anderen stand an dessen Ende keine allgemein akzeptierten Handlungsanweisungen. Eine Befolgung der verfassungsmäßigen Vorgaben erfolgte von politischen Akteuren nur solange, wie sie der eigenen Zielsetzung nicht widersprachen. Die konstitutionelle Konsolidierung der ukrainischen Demokratie war somit bereits an diesem



frühen und entscheidenden Punkt erheblich belastet und wirkte sich negativ auf die weiteren Subsysteme aus.

Mit Blick auf die Werchowna Rada und die in ihr vertretenen Abgeordneten lässt sich festhalten, dass in diesem Bereich eine nachhaltige Wirkung, im Sinne der Konsolidierung des demokratischen Systems, ausblieb. Das Parlament war seit der Unabhängigkeit des Landes ein Spielball verschiedener Clans und Interessensgruppen. Gesetzesentwürfe spiegelten oftmals auf der einen Seite den Konflikt mit dem jeweiligen Staatsoberhaupt wider, auf der anderen Seite dienten sie dazu, Streitigkeiten zwischen Clans auszutragen. Eine parlamentarische Stabilität konnte sich aufgrund der ständigen Wechsel von Abgeordneten zwischen verschiedenen Fraktionen nicht entwickeln. Dem Parlament gelang es nicht, sich zu einer unabhängig agierenden Institution zu entwickeln. Mehrheiten im Parlament entstanden nicht selten mittels externer Anreize. Die offen erkennbare Verbindung von Abgeordneten zu Wirtschaftsunternehmen und Oligarchen hatte nicht nur einen Ansehensverlust dieser wichtigen Institution zur Folge, sondern widersprach auch den Annahmen der Systemtheorien, wonach eine Trennung der Teilsysteme von Politik und Wirtschaft für eine stabile Demokratie notwendig ist. Ebenso muss aus strukturtheoretischen Überlegungen konstatiert werden, dass die Parlamentsangehörigkeit von Oligarchen und die massive Einflussnahme der Exekutive auf die Legislative die für einen hohen Demokratisierungsgrad notwendige breite Streuung der Machtressourcen zuwiderliefen. Insgesamt gelang es der Rada nicht, sich zu einem Korrektiv der Exekutive und einer eigenständigen Institution innerhalb des politischen Systems zu entwickeln. Die Parlamentsabgeordneten als Teil der Elite hatten bei der Annahme demokratischer Spielregeln eine besondere Rolle.<sup>925</sup> Ihrer Vorbildfunktion im Sinne der Akzeptanz des demokratischen Handlungsrahmens kam die Mehrheit der Parlamentarier nicht nach. Die weitgehende Zerstrittenheit unter den Abgeordneten und das nicht geeinte Auftreten bei zentralen politischen Entscheidungen, wie etwa Verfassungsfragen, ließ das Vertrauen der Bevölkerung in diese grundlegende Institution des demokratischen Systems absinken.

Die Ukraine führte im Zuge ihrer Unabhängigkeit ein semipräsidentielles Regierungssystem ein. Manfred Schmidt hält dieses System für weniger geeignet, um aus einem früheren autokratischen ein stabiles demokratisches System entstehen zu lassen.<sup>926</sup> Für die Ukraine lässt sich festhalten, dass diese Annahme Bestätigung erfuhr. Einerseits war es der Verfassung nicht gelungen, die Kompetenzen zwischen Parlament, Premierminister und Präsident

---

<sup>925</sup> Vgl. Rustow, Dankwart: Transitions to Democracy – Toward a Dynamic Model, Comparative Politics, Vol. 2 No. 3, New York 1970.

<sup>926</sup> Vgl. Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. 5. Auflage. Wiesbaden 2010, S. 438.

eindeutig zu klären. Dies hatte regelmäßige Auseinandersetzungen über die endgültige Zuständigkeit zur Folge. Andererseits waren sämtliche Staatsoberhäupter an einem kontinuierlichen Ausbau ihres machtpolitischen Einflusses interessiert. Premierminister unter Krawtschuk und Kutschma wurden, beim ersten Anzeichen möglicher Illoyalität oder potentiellen Interessen auf den Posten des Staatspräsidenten, ausgetauscht. Der ständige Kampf zwischen Premierministern und Präsidenten um die jeweiligen Machtbefugnisse hatte letztlich eine Schwächung des demokratischen Systems an sich zur Folge. Insbesondere Kutschma nutzte verschiedene Mittel, um in die Arbeit der Legislative zu intervenieren und zentrale Machtinstrumente bei sich anzusiedeln. Ebenso etablierte sich unter ihm das Prinzip der regionalen Seilschaften. Oligarchen und Clans wurde eine wirtschaftliche Vorzugsbehandlung und politische Mitsprache, außerhalb des verfassungsmäßigen Rahmens, zugestanden, wenn diese im Gegenzug Unterstützung für Kutschma bei Wahlkämpfen leisteten. Mit dem Amtsantritt Juschtschenkos hörte zwar die unter seinem Vorgänger etablierte staatliche Wahlmanipulation auf, an dem Verhalten zentraler politischer Akteure änderte sich jedoch nichts. Die Fortsetzung alter Handlungsmuster und die ausbleibende Bekämpfung der Korruption sorgten dafür, dass die Unterstützung der Beteiligten der „Orangen Revolution“ schnell einbrach. Ob mit der Wahl Juschtschenkos zum Staatsoberhaupt und der Ernennung Tymoschenkos zur Regierungschefin ein erster richtungspolitischer Wechsel in der Regierung erfolgte und somit als ein Gradmesser für die Konsolidierung des demokratischen Systems fungierte, ist fraglich.<sup>927</sup> Auf der einen Seite erfuhr die Pressefreiheit eine Aufwertung. Ebenso hörte die staatlich organisierte Wahlmanipulation auf und der ausgehandelte Verfassungskompromiss stärkte die Rolle der Legislative erheblich. Auf der anderen Seite blieb der Praxis der informellen Einflussnahme auf politische Prozesse weiter bestehen. Ebenso war das Verhältnis zwischen Präsident und Regierung durch Streits bei personellen Fragen, gegenseitigen Beschuldigungen und Machtkämpfen gekennzeichnet, die sich wenig von jenen unter Krawtschuk und Kutschma unterschieden. Die Einbindung Janukowytschs in die Regierung unter Juschtschenko bot die Möglichkeit, dass beide politischen Lager, das der „Orangen Revolution“ und das Gegenlager, gleichermaßen an den Machtstrukturen partizipieren und sich gegenseitig kontrollieren konnten. Ein arbeitsfähiges Duo Juschtschenko-Janukowytsch hätte die demokratische Entwicklung der Ukraine nachhaltig gestärkt. Dies war jedoch nicht der Fall und belegte, dass es tiefgehende Differenzen innerhalb der Eliten gab. Jene bestanden weniger

---

<sup>927</sup> Vgl. Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010, S. 63.

in ideologischer Hinsicht, als vielmehr auf persönlichen Abneigungen. Unter der Präsidentschaft Janukowytschs hörte die demokratische Konsolidierung auf. Weite Teile der früheren Juschtschenko-Administration wurden entlassen und gegen Mitglieder der Regierung Tymoschenko wurden Prozesse wegen Bestechung und Korruption eingeleitet. Die Pressefreiheit erfuhr eine erneute Beschneidung und weitreichende Machtbefugnisse wurden in Janukowytschs Präsidialverwaltung oder seinem engeren Bekanntenkreis angesiedelt. Die ohnehin geringe demokratische Balance der Ukraine wurde unter seiner Herrschaft noch weiter abgebaut. Speziell aus strukturtheoretischer Sicht müssen die Stellung und das Agieren des Staatspräsidenten als hinderlich für den demokratischen Transformationsprozess angesehen werden. Die Machtbefugnisse des Präsidenten waren bereits durch die Verfassung ausgebaut. Sämtliche Präsidenten versuchten, über den verfassungsmäßigen Rahmen hinaus, ihre Kompetenzen zu erweitern und auf andere Institutionen Einfluss zu erlangen. Die Konzentrierung der Machtressourcen in einer Position bzw. einer Person lief zwangsläufig der demokratischen Konsolidierung zuwider.

Die politischen Parteien der Ukraine waren nicht in der Lage, sich als Vermittler zwischen den staatlichen Instanzen und der Gesellschaft zu etablieren. Zu Beginn der Unabhängigkeit wurden Parteien aus entsprechenden Bürgerbewegungen heraus gegründet und wiesen unterschiedliche programmatische Ausrichtungen auf. Jedoch wandelte sich dieser Prozess ab Mitte der 1990er Jahre. Parteien wurden zunehmend von Oligarchen gegründet bzw. übernommen. Insgesamt zeichnete sich die Ukraine durch ein Parteiensystem aus, was aus vielen kleinen und regional verteilten Parteien bestand. Eine gesamtstaatliche Struktur konnten nur die wenigsten aufbauen. Die lag nicht zuletzt an der großen regionalen Verschiedenheit innerhalb des Landes. So war der Ost und Süden der Ukraine, bedingt durch deren lange Zugehörigkeit zu Russland und später der Sowjetunion, eher den Kommunisten zugetan und befürwortete eine stärkere Rolle des Staates bei wirtschaftlichen Prozessen. Demgegenüber waren die Menschen in der Westukraine eher bereit, nationalistische Parteien zu unterstützen und begrüßten marktwirtschaftliche Reformen. Die 1990er Jahre ließen viele Parteien neu entstehen, gleichzeitig verschwanden aber auch viele Parteien in der Bedeutungslosigkeit. Ab der Jahrtausendwende traten inhaltliche Differenzen zwischen den Parteien zunehmend in den Hintergrund und wurden ersetzt durch eine Fokussierung auf das jeweilige Spitzenpersonal. Parteien bzw. Wahlblöcke wurden nach bekannten Politikern benannt. Der Einfluss von Wirtschaftsvertretern nahm nach dem Ende der Amtszeit Kutschmas deutlich zu. Alle größeren Parteien erhielten Spenden von Oligarchen oder setzten diese auf vordere Listenplätze, um sie mit einem Abgeordnetenmandat zu versorgen.

Klassische Programmparteien, wie es sie in Westeuropa gibt, entwickelten sich in der Ukraine nicht. Ihre interne Organisationsstruktur blieb schwach, die Mitgliedszahlen überschaubar und die Parteiführung war oftmals autoritär. Ein gefestigtes Parteiensystem konnte die Ukraine in den mehr als 20 Jahren ihrer Unabhängigkeit nicht aufbauen. Insbesondere die repräsentative Konsolidierung, für deren Verwirklichung funktionierende Parteien zuständig sind, fand in der Ukraine nur mangelhaft statt. Parteien spiegelten oligarchische Partikularinteressen wider und vermochten es nicht, ihre Rolle als Vertreter von gesellschaftlichen Meinungsbildern auszufüllen.

Kennzeichnend für die Schwäche der ukrainischen Demokratie war die Stärke der Oligarchen. Diese konnten zu Beginn der 1990er Jahre nicht nur große wirtschaftliche Macht erlangen, sondern auch weitreichenden Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse. Präsident Kutschma suchte aktiv die Nähe zu ihnen und band sie, im Gegenzug für Wahlkampfunterstützung, in das politische System ein. Daneben gründeten sie Parteien, um sich einen Sitz im Parlament und dadurch Immunität vor eventueller Strafverfolgung zu sichern. Darüber hinaus versuchten sie, mittels regionaler Zeitung und Fernsehsender, dass Meinungsbild in den jeweiligen Regionen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Nach der „Orangen Revolution“ änderte sich am Einfluss der Oligarchen wenig, obwohl Juschtschenko und Tymoschenko mit dem Ziel angetreten waren, die Macht der Clans und Oligarchen zu beenden. Nach dem Ende der Amtszeit Kutschmas weiteten die Oligarchen ihren politischen Einfluss auf alle größeren Parteien aus. Die Vormachtstellung der Oligarchen wurde unter Janukowytsch zwar etwas zurückgedrängt, allerdings konzentrierte er die freiwerdende Macht in seinem persönlichen Umfeld an. Den Oligarchen war es somit gelungen, sich zu einer dominierenden Macht im politischen System der Ukraine zu etablieren. Sie fallen in das System der Verhaltenskonsolidierung, da es sich bei ihnen um zentrale Vetomächte mit informellem Charakter handelt. Ihre Bedeutung für den politischen Transformationsprozess muss dabei zweigeteilt betrachtet werden. Auf der einen Seite bekämpften sie die Errichtung der ukrainischen Demokratie nicht aktiv. Ihre Gründungen von Parteien belegen, dass sie bereit waren, sich im demokratischen System aktiv einzubringen. Auf der anderen Seite hemmten sie die demokratische Entwicklung des Landes. Mittels ihres großen Einflusses in Parteien, Legislative und Exekutive verhinderten sie Entscheidungen, die ihren Interessen widersprachen. Das politische System wurde von ihnen okkupiert, um ihre ökonomischen Vorhaben zu verwirklichen. Dies widersprach den Annahmen der Systemtheorien, wonach die politische und ökonomische Sphäre nicht ineinandergreifen sollten. Die fehlende Ausdifferenzierung der beiden Subsysteme hatte insbesondere im politischen Bereich eine

Effizienz- und Legitimationskrise zur Folge. Des Weiteren kann aus strukturalistischer Sicht konstatiert werden, dass die Oligarchen aufgrund ihres Einflusses eine politische Hegemonialstellung innerhalb des demokratischen Systems innehatten, worunter der Demokratisierungsgrad des Landes insgesamt litt.

Die Einführung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen gestaltete sich nicht nur wegen des Fehlens erfahrener Unternehmer schwierig, sondern wurde zusätzlich erschwert durch die Diskrepanz zwischen politischer Rhetorik und realer Politik. Groß angekündigte Reformprogramme wurden nur selten in die Tat umgesetzt. Die aus der Sowjetzeit resultierende bürokratische Organisation und unter Kontrolle des Staates befindlichen Wirtschaft wurde nur zögerlich aufgegeben. Kiew versuchte, die ehemalige Rolle Moskaus auszufüllen und baute Vorgaben für diverse Wirtschaftssektoren nur langsam ab. Der politischen Führung fehlte es jedoch an effektiven Kontrollmechanismen, um die Einhaltung der staatlichen Vorgaben bei Produktion und Preise zu kontrollieren. Nicht zuletzt entwickelten sich inoffizielle Tauschgeschäfte zwischen einzelnen Betrieben und staatlichen Behörden, bei denen staatliche Zielsetzungen bewusst umgegangen wurden. Während die Ukrainer in politischer Hinsicht die Einführung eines demokratischen Systems vorbehaltlos unterstützten, herrschte auf ökonomischer Ebene eine verbreitete Sowjetnostalgie. Die staatliche Administration war nicht bereit, die Aufsicht über weite Teile der Wirtschaft aufzugeben. Gleichzeitig sorgte eine hohe Inflation dafür, dass viele Ukrainer in die Armut abstiegen und dem Projekt der kapitalistischen Marktwirtschaft kritisch bis ablehnend gegenüberstanden. Die fehlende breite Unterstützung für Marktreformen und Privatisierungen behinderten eine schnelle Umstrukturierung des ökonomischen Systems. Privatisierungsprozesse dauerten lange und benachteiligten ausländische Interessenten systematisch. Die ökonomische Situation der Ukraine in den 1990er Jahren war durch einen Dreiklang geprägt. Auf der einen Seite fehlte es an Gesetzen, um weitreichende Veränderungen in der wirtschaftlichen Struktur des Landes herbeizuführen. Auf der anderen Seite kam es vor, dass die Gesetze, welche erlassen wurden, teilweise den Präsidentenerlassen widersprachen. Die daraus resultierende rechtliche Unsicherheit schlug sich im Verhalten ausländischer Direktinvestoren nieder, die es vermieden, größere Kapitalbeträge in der Ukraine anzulegen. Nicht zuletzt kam es sowohl auf staatlicher Seite als auch bei den Betrieben zu regelmäßigen Gesetzesmissachtungen. Darüber hinaus erfuhren kleine und mittlere Unternehmen eine Diskriminierung durch staatliche Stellen. Der Fokus des Staates lag durchgehend auf Großunternehmen, welche im Industriebereich tätig waren. Diese wurde mit großzügigen Subventionen versehen, ohne auf deren reale Wirtschaftlichkeit zu achten.

Die staatliche Finanzierung defizitärer Unternehmen ließ das Haushaltsdefizit folglich ansteigen. Eine Umstrukturierung der Wirtschaft erfolgte nur zögerlich. Der Industriesektor mit seinen überalterten Maschinen und Produktionsabläufen wurde mittels staatlicher Unterstützung über seinem eigentlich Wert gehalten. Gleichzeitig wurden Modernisierungen nicht durchgeführt. Speziell der militärisch-industrielle Sektor, der unter staatlicher Kontrolle stand, litt erheblich darunter. Die fehlende wirtschaftliche Anpassung forderte ihren Preis, indem das BIP um 2/3 einbrach und die Arbeitslosenzahlen stetig wuchsen. Die sinkenden Einkommen ließ viele Ukrainer in die Armut abrutschen, die folglich auf ihre wirtschaftliche Existenz fokussiert waren und keine Kapazitäten für Teilnahmen am demokratischen Prozess hatten. Der ökonomische Abstieg weiter Teile der Bevölkerung erschwerte die demokratische Konsolidierung und gab Entwicklungen hin zu Korruption und Nepotismus Vorschub. Erst ab der Jahrtausendwende konnte die Ukraine ein stetiges Wirtschaftswachstum verzeichnen. Es bildete sich eine Mittelschicht heraus und der Dienstleistungssektor konnte seine Bedeutung für die Struktur der Gesamtwirtschaft ausbauen. Dennoch blieb die Korruption in Behörden eines der größten Hindernisse für potentielle Investoren. Der Wirtschaftseinbruch des Landes im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 zeigte, dass die ökonomische Basis der Ukraine nicht gefestigt und anfällig für Krisen war. Mit Blick auf den Außenhandel verfestigte sich die Abhängigkeit vom russischen Markt. Dieser wurde zum wichtigsten Abnehmer von ukrainischen Waren und war gleichzeitig von zentraler Bedeutung im Bereich der Gaslieferungen. Insgesamt hatten es zwar einzelne Unternehmen geschafft, ihren Platz auf dem Weltmarkt zu finden, im globalen Produktionsprozess fungierte die Ukraine jedoch vorrangig als Rohstofflieferant und als Vor- und Zwischenproduzent. Eine grundlegende Umstrukturierung der Wirtschaft hatte nicht stattgefunden. In den Bereichen wo es Wachstum gab, führte dies oftmals zum Aufstieg von Großunternehmen und Oligarchen. Das ungleich verteilte Wachstum spaltete die Gesellschaft in eine kleine Gruppe mit hohem Reichtum und eine Mehrheit, die von realen Abstiegsängsten bedroht war. Die Institutionen der Ukraine waren nicht in der Lage, diesen Prozess ausgleichend zu moderieren, wodurch der Unmut über die politischen Institutionen und Akteure kontinuierlich wuchs und sich letztlich in regelmäßigen Protesten niederschlug, die in ihrer letzten Konsequenz zur Absetzung Janukowytschs führten.

Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, des Umbaus des politischen Systems auf der einen Seite und der Ökonomie auf der anderen Seite kam in der Ukraine voll zum Tragen. Die politische Führung des Landes war nicht im Stande, diesen komplexen Vorgang adäquat zu begleiten. Eine institutionelle Transformation in Form neuer Normen, Regeln, Mechanismen und

Verhaltensweisen fand zwar statt, schlug sich aber nicht in den Handlungen der politisch und ökonomisch Verantwortlichen nieder. Zentrale Eckpfeiler des politischen Systems unterlagen einer ständigen Hinterfragung durch die politisch Handelnden. Dies hatte zur Folge, dass das System eine kontinuierliche Schwäche aufwies und dementsprechend nicht in der Lage war, sich an Wandlungsprozesse seiner Umwelt anzupassen und sich gegen dominante Klassen zur Wehr zu setzen. Das grundlegende Problem der ukrainischen Demokratie bestand und besteht bis heute aus dem Verhalten zentraler Akteure. Eine erfolgreiche Konsolidierung der Demokratie ist nur dann möglich, wenn alle Akteure sich auf gemeinsame Regeln einigen können und diese auch befolgen. In der Ukraine war dies nicht der Fall. Mitglieder der Legislative und Exekutive befolgten die verabredeten Regeln nur solange, wie sie den eigenen politischen Vorstellungen nicht widersprachen. Der kontinuierliche Wechsel zwischen Fraktionen oder die Bestechung von Abgeordneten gehörten zum politischen Alltag des Landes, sind jedoch mit demokratischen Standards unvereinbar. Mit Blick auf die unterschiedlichen Ebenen der Konsolidierung kann festgehalten, dass selbst die negative Konsolidierung, nach der alle wichtigen Akteure innerhalb der demokratischen Institutionen ihre Ziele verfolgen, nur unzureichend vorhanden war. Zwar war kein größerer Akteur an der Abschaffung der Demokratie an sich interessiert, dennoch verliefen viele politischen Handlungen außerhalb der entsprechenden Institutionen und Verfahren. Die staatlich organisierte Wahlbeeinflussung muss in diesem Zusammenhang genauso genannt werden, wie der weitreichende Einfluss von Oligarchen und Großunternehmer auf politische Entscheidungsprozesse. Auf der Ebene der positiven Konsolidierung fällt das Ergebnis noch verheerender aus. Die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster passten sich nur ungenügend an die neue politische Realität an. Im Zuge des Zusammenbruchs der Sowjetunion hatte sich eine Mentalität der persönlichen Bereicherung und Vorteilsnahme im politischen Geschäft etabliert, welche das politische System der Ukraine über viele Jahre negativ belastete. Speziell die repräsentative Konsolidierung und Verhaltenskonsolidierung waren in der Ukraine nur unzureichend ausgebildet. Gleichzeitig war ein gewisser Grad einer Konsolidierung der Bürgergesellschaft erkennbar. Insbesondere im Zuge der „Orangen Revolution“ und des „Euromajdan“ zeigte sich, dass große Teile der Bevölkerung die Einhaltung demokratischer Regeln forderte. Die Attestierung einer aktiven Staatsbürgerkultur ist zwar fraglich, dennoch bleibt festzuhalten, dass die Ukrainer die Entscheidungen der politischen Führungsschicht kritisch begleiteten und bereit waren ggf. Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Zwar ist für das Funktionieren einer Demokratie eine kritische und aktive Zivilgesellschaft nötig, dennoch darf die Ebene der zentralen politischen Akteure, welche die

täglichen Entscheidungen treffen, dabei nicht vernachlässigt werden. Sie sind es, welche für politische Prozesse von übergeordneter Bedeutung sind. Ihre Entscheidungen und Verhalten schlagen sich nicht nur in konkreter Politik nieder, sondern wirken sich auch auf das Agieren der nachgeordneten Zivilgesellschaft aus. Für die Ukraine muss konstatiert werden, dass es die Akteure im Bereich der Legislative und Exekutive waren, die durch die Missachtung der von ihnen vereinbarten Regeln, zur Schädigung des Konsolidierungsprozesses zentral beitrugen. Die neuen Regeln des demokratischen Systems wurden von Parlamentsabgeordneten, Regierungsmitgliedern und Staatsoberhäuptern regelmäßig gebrochen. Somit kamen die staatlichen Eliten ihrer Vorbildfunktion bei der Annahme der demokratischen Spielregeln nicht nach. Ein System, in welchem sich die Akteure nicht an die sich selbst auferlegten Regeln halten, hat kaum eine Chance, langfristige Stabilität zu erhalten. Für die Ukraine war dies ein dauerhafter Zustand.

Somit hatte die Ukraine an entscheidenden Punkten ihren Transformationsprozess blockiert. Das Verhalten der politischen Führungsschicht hatte kontinuierlich zu einem Ansehensverlust von Parlament, Regierung und Parteien geführt und das Land einer durchgehenden politischen Krise ausgesetzt, welche im Zuge der Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens zu Tage trat. Die ukrainische Demokratie und ihre Ökonomie waren rund 20 Jahre nach Ausrufung der Unabhängigkeit des Landes nicht krisenfest und nicht konsolidiert. Der Transformationsprozess war ins Stocken geraten, wenn nicht sogar weitestgehend gescheitert. Zwar waren die Zustände mit jenen in Belarus nicht vergleichbar, dennoch konnte von einer gefestigten Demokratie wie etwa in den baltischen Staaten oder Tschechien keine Rede sein. Die Ukraine wies am Vorabend des „Euromajdan“ zahlreiche Aspekte einer defekten Demokratie auf und ließ keinerlei Anzeichen erkennen, Schritte einzuleiten, um diesen Zustand grundlegend zu ändern.



## **9. Ausblick**

Wie sich gezeigt hat, ist der Transformationsprozess der Ukraine nicht abgeschlossen und hat in seiner Konsequenz das Land zu einer defekten Demokratie mit einem instabilen ökonomischen System werden lassen. Die Entwicklungen vom Beginn der Unabhängigkeit des Landes bis zum Ausbruch der Majdanproteste haben gezeigt, dass das politische und wirtschaftliche System der Ukraine grundsätzliche Probleme aufweist, die behoben werden sollten, um eine langfristige Stabilität zu erreichen. Zweifellos kam es seit der Absetzung Janukowytschs und dem darauffolgenden Bürgerkrieg zu Entwicklungen des Landes, die sich unterschiedlich stark auf die weitere demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklung des Landes auswirkten und in dieser Arbeit keine Berücksichtigung fanden. Dennoch weist das Land im politischen und wirtschaftlichen Bereich strukturelle Defizite auf, welche einer fundamentalen Überarbeitung bedürfen.

Die Verfassung des Landes ist dabei einer der wesentlichen Punkte, welche angepasst werden sollten. Zwar kehrte die Ukraine am 21. Februar 2014 zur Verfassungsverfession von 2004 zurück<sup>928</sup>, dennoch weist diese immer noch Schwächen auf. Die exakten Machtbefugnisse des Präsidenten, Premierministers und Parlaments sind teilweise widersprüchlich. Dies zeigt sich nicht zuletzt am Art. 113 der Verfassung, in welchem es heißt: „Das Ministerkabinett der Ukraine ist dem Präsidenten und der Parlament der Ukraine verantwortlich“<sup>929</sup>. Es stellt sich die Frage nach der letztendlichen und entscheidenden Verantwortlichkeit. Dieser Aspekt war in der Geschichte des Landes wiederholt Ausgangspunkt für Konflikte zwischen Parlament und Präsident. Eine eindeutige Klärung, entweder zugunsten des Präsidenten oder des Parlaments, wäre wünschenswert. Generell sollten unklare Machtverteilungen im politischen System im Zuge einer grundsätzlichen Verfassungsüberarbeitung eindeutig definiert und geregelt werden.

Mit Blick auf die Werchowyna Rada lässt sich festhalten, dass das Einkammersystem keinen positiven nachhaltigen Effekt für die demokratische Konsolidierung des Landes hatte. Die skandinavischen Staaten haben belegt, dass eine gefestigte Demokratie nicht zwingenderweise auf zwei Kammern angewiesen sein muss. Im Fall der Ukraine zeigte sich jedoch, dass ein einziges Parlament der demokratischen Entwicklung eines Landes im Wege stehen kann, wenn es seine Kernfunktionen nur unzureichend wahrnimmt. Die Ukraine sollte folglich darüber nachdenken, ein zweites Parlament einzurichten. Dieses könnte sich anhand der Oblaste konstituieren. Die Anzahl der Abgeordneten könnte dabei entweder entsprechend

---

<sup>928</sup> Neue Osnabrücker Zeitung: Rückkehr zur alten Verfassung besiegelt: <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/453138/ukraine-parlament-bereitet-freilassung-timoschenkos-vor#undefined>

<sup>929</sup> Verfassung der Ukraine, Version vom 22.02.2014: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm>

dem System des deutschen Bundesrates erfolgen, also basierend auf der Einwohnerzahl, oder dem Prinzip des US-Senats folgend, pro Oblast gleichviele Abgeordnete entsenden. Das zweite Parlament hätte nicht nur Mitspracherecht bei Verfassungsänderungen, sondern auch bei Gesetzen, welche die Kompetenzen der Oblaste berühren. Der Vorteil des zweiten Parlaments würde darin bestehen, dass die regionale Heterogenität des Landes stärker Niederschlag in der ukrainischen Politik finden würde. Zwar ist nicht auszuschließen, dass ein zweites Parlament in seinem Verhalten dem der Abgeordneten der Rada ähneln könnte. Dennoch würde eine Volksvertretung den Föderalismus der Ukraine nachhaltig beeinflussen und hätte die Chance, das politische System des Landes zu stärken.

Für die Ebene der Exekutive ist zu vermerken, dass der Semipräsidentialismus für die demokratische Konsolidierung nicht förderlich war. Die weitreichenden Kompetenzen des Staatsoberhauptes haben dieser Institution, auch nach der Verfassungsreform 2004, so viele Kompetenzen zukommen lassen, dass die Machtbalance im politischen System des Landes sich in einem durchgehend Ungleichgewicht befand. Grundsätzlich sei vermerkt, dass eine starke Stellung des Präsidenten kein grundsätzliches Hindernis für die demokratische Entwicklung des Landes darstellen muss, wie die Beispiele der USA und Frankreichs belegen. Die demokratische Konsolidierung der Ukraine litt jedoch unter der Vormachtstellung des Präsidenten. Folglich würde es sich anbieten, dem Staatsoberhaupt eine durchgehend repräsentative Funktion zukommen zu lassen und die aktive Einmischung in politische Abläufe auf ein Minimum zu reduzieren. Selbstverständlich muss bedacht werden, dass jedes Amt durch den jeweiligen Inhaber geprägt wird und die Ukraine bisher Präsidenten hatte, die durchweg machtbewusst agierten. Eine verfassungsmäßige Beschränkung der Kompetenzen des Staatsoberhauptes würde diesen Vorgang allerdings erschweren und könnte die Machtbalance im politischen System positiv beeinflussen.

Speziell für die ukrainischen Parteien hat sich gezeigt, dass diese keine gesellschaftliche Verankerung aufweisen. Die kleinen und regionalen Parteien spiegeln dabei die regionale Diversität wider. Dennoch bedarf es Parteien, die eine gesamtstaatliche Verankerung besitzen. Ebenso bietet sich eine stärkere Fokussierung auf inhaltliche Differenzen und weniger auf die Ausrichtung nach den jeweiligen Spitzenkandidaten an. Die Fokussierung auf politische „Gallionsfiguren“ ist dabei kein spezifisch ukrainisches Phänomen. Eine klare Unterscheidung anhand inhaltlicher Gesichtspunkte hätte die Chance, neue Mitglieder in Parteien zu bringen. Nicht zuletzt sollten sich die Parteien mit zivilgesellschaftlichen Bewegungen stärker vernetzen. Dies würde den Rückhalt der Parteien in der Bevölkerung erhöhen. Des Weiteren bedarf das Parteiensystem einer Reform im Sinne weitreichender

Transparenz. Speziell im Bereich der Parteispenden sollten Zahlungen von Einzelpersonen und Vereinen offengelegt werden.

Für den ökonomischen Bereich lässt sich konstatieren, dass die Fokussierung des Staates auf den industriellen Sektor eine grundlegende Umstrukturierung des ökonomischen Systems verhinderte. Frühzeitige Chance für Innovationen im Bereich der Dienstleistungen und Digitalisierung wurden vergeben, was folglich dazu führte, dass die Ukraine zu einem Rohstofflieferant wurde in Produktionsvorgängen lediglich die Vor- bzw. Zwischenproduktion übernahm. Eine Umstrukturierung der wirtschaftlichen Sektoren müsste mit einem Ende der staatlichen Subventionen für veraltete und defizitäre Industrieriesen einhergehen. Die bisherige staatliche Unterstützung wurde nicht genutzt, um Maschinen und Produktionsabläufe zu modernisieren. Private Investoren böten hierbei die Chance, Modernisierungen herbeizuführen. Speziell im Bereich der Stahlproduktion sollte die Ukraine über Erneuerungen nachdenken, da es ansonsten zunehmend schwieriger wird, den qualitativ minderwertigen Stahl gewinnbringend auf Weltmarkt anzubieten. Der Dienstleistungssektor verzeichnete über die letzten Jahre einen kontinuierlichen Zuwachs. Mittels staatlicher Beihilfen könnten hier weitere Wachstumsimpulse generiert werden. Speziell im Softwarebereich weisen ukrainische Firmen gutes Know-how auf. Zu nennen wären etwa die Spieleentwickler „4A Games“ und „GSC Game World“, die international große Anerkennung genießen. Eine Vernetzung mit europäischen und anderen Partnern der Dienstleistungsbranche würde nicht nur den Wissensaustausch fördern, sondern auch ausländische Investoren anlocken.

Insbesondere im Bereich der ausländischen Kapitalanleger weist die Ukraine erheblichen Nachholbedarf auf. Strukturelle Diskriminierung, hohe bürokratische Hürden und die weitreichende Korruption haben das Land für Investoren aus dem (europäischen) Ausland unattraktiv werden lassen. Eine Entbürokratisierung bei Firmengründung bzw. –übernahmen ist dringend geboten. Ebenso sollte die Ukraine anerkennen, dass Investitionen vom Investor nicht zu trennen sind. Die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes wird auch durch den Umfang an ausländischen Investitionen (mit)bestimmt. Neben dem nötigen Kapital bringen diese auch Netzwerke, Ideen und Arbeitskräfte mit, welche ebenfalls zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung beitragen können.

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass neben diesen Aspekten, die Ukraine in erster Linie auf eine Verhaltensänderung der politischen Akteure angewiesen ist. Der formale Rahmen des politischen Systems der Ukraine bot durchaus die Möglichkeit, dass das Land sich zu einer gefestigten Demokratie entwickeln konnte. Allerdings war es das Agieren der politischen

Eliten, welches sich durch eine kontinuierliche Missachtung der demokratischen Spielregeln auszeichnete, das dazu führte, dass die Konsolidierung der Demokratie ausblieb. Die Transformation beginnt zwar mit dem formalen Umbau des politischen Ordnungsrahmens, aber sie endet erst mit einer grundlegenden Bewusstseinsänderung. Diese Wandlung im Bewusstsein der politischen Akteure hat weitestgehend nicht stattgefunden. Ein Staat mit einem demokratischen Rahmen, in dessen Innern die politisch Verantwortlichen grundlegende Regeln missachten, bleibt eine leere Hülle. Die vergangenen 25 Jahre haben belegt, dass es der politischen Elite an einem grundsätzlichen Verständnis über die eigene staatspolitische Verantwortung mangelt. Ein demokratisches System kann nicht funktionieren, wenn Abgeordnetenmandate aus dem Beweggrund der persönlichen Bereicherung bzw. dem Schutz vor potentieller Strafverfolgung angestrebt werden. Das Funktionieren einer Demokratie hängt auch davon ab, dass die Parlamentarier und Regierungsmitglieder sich ihrer Rolle im politischen System bewusst sind und sich an die verabredeten Regeln halten. Eine neue Generation von jungen Ukrainern bietet hierbei das Potential, eine solche Geisteshaltung in den politischen Betrieb zu bringen. Der Konsolidierungsprozess der ukrainischen Demokratie ist nicht gänzlich verloren und kann durch kommende Generationen zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden. Es ist der Ukraine zu wünschen, dass ihr dies gelingt. Andernfalls ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass das politische System dauerhaft geschwächt ist und damit der Status einer ungefestigten Demokratie auf absehbare Zeit nicht überwunden werden kann.

## **10. Abkürzungsverzeichnis**

BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EU	Europäische Union
GB	Great Britain
ISD	Industrial`nyj sojuz Donbasu (Industrieunion Donbass)
IWF	Internationale Währungsfonds
KGB	Komitet Gossudarstwennoi Besopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPU	Kommunistische Partei der Ukraine
KUN	Kongress Ukrainischer Nationalisten
n. Chr.	nach Christus
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDP	Narodno-Demokratychna Partiya (Volksdemokratische Partei der Ukraine)
NP	Narodna Partiya (Volkspartei)
NU – NS	Nascha Ukrajina – Narodna samooborona (Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OUN	Organisation Ukrainischer Nationalisten
PZU	Partija Zelenykh Ukrainy (Grüne Partei der Ukraine)
SPU	Sozialistische Partei der Ukraine
SS	Schutzstaffel
UDAR	Ukrainische demokratische Allianz für Reform
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

UNA	Ukrainischen Nationalversammlung
USA	United States of America
v. Chr.	vor Christus
ZK	Zentralkomitee

## **11. Quellen und verwendete Literatur**

Almond, Gabriel A. und Powell, Jr., G. Bingham: Comparative Politics: A Developmental Approach. Boston 1966.

Almond, Gabriel A. und Verba, Sidney: The Civic Culture. Newbury Park. California 1989.

Andrijko, Vasyl und Mykhalniuk, Taras: Die Ukraine hat die Wahl – vor der Präsidentschaftswahl am 17. Januar 2010. Friedrich-Ebert-Stiftung. Kiew 2010.

Angermann, Norbert und Dumschat, Sabine: Die ukrainischen Länder unter litauischer und polnischer Herrschaft (bis 1569). In: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993.

Anter, Andreas: Im Schatten des Leviathan – Staatlichkeit als Ordnungsidee und Ordnungsinstrument. In: Bendel, Petra (Hrsg.): Demokratie und Staatlichkeit – Systemwechsel zwischen Staatsreform und Staatskollaps. Wiesbaden 2003.

Aristoteles: Politik. Zürich 1970.

Åslund, Anders: How Ukraine became a market economy and democracy. Washington D.C. 2009.

Åslund, Anders: The Ancient Regime: Kuchma and the Oligarchs. In: Åslund, Anders und McFaul, Michael (Hrsg.): Revolution in Orange: The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C. 2006.

Åslund, Anders: Ukraine – What Went Wrong and How to Fix It. Peterson Institute for International Economics. Washington D.C. 2015.

Association Agreement between the European Union and the European Atomic Energy Community and their Member States, of the One Part, and Ukraine, of the other part.

Bader, Max und Meleshevich, Andrey: UDAR – Charakterisierung einer neuen politischen Kraft. In: : Ukraine-Analysen, Nr. 117. 28.05.2013. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2013.

Badrak, Valentin: Exportorientiert – Der Rüstungskomplex, die Politik und der Markt. In: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand. Bonn 2010.

Banakh, Mykhaylo: Die KMU und postkommunistische Transformation – Zur zivilgesellschaftlichen Rolle der Kleinen und Mittleren Unternehmen sowie der Eigentum besitzenden Mittelschicht. In: Ukraine-Analysen Nr. 116. 14.05.2013. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2013.

Baraldi, Claudio; Corsi, Giancarlo und Esposito, Elena: GLU. Glossar zu Niklas Luhmanns Theorie sozialer Systeme. 1. Auflage (Nachdruck). Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main 2006.

Baumann, Gabriele; Rosenberger, Christine; Portnova, Anna und Ziegler, Juliane: Wahlhandbuch Ukraine 2012. Konrad-Adenauer-Stiftung. Kiew 2012.

Bertelsmann Transformation Index: <https://www.bti-project.org/de/daten/rankings/status-index/> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Beyme, Klaus von: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt am Main 1994.

Bihl, Wolfdieter: Aufgegangen in Großreichen: Die Ukraine als österreichische und russische Provinz. In: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993.

Birch, Sarah: Elections and Democratization in Ukraine. London 2000.

Birch, Sarah: The Ukrainian Parliamentary and Presidential Elections of 1994. In: Electoral Studies. Vol. 14. Issue 1. March 1995.



Birch, Sarah und Wilson, Andrew: The Ukrainian parliamentary election of 1998. In: Electoral Studies. Vol. 18. Issue 2. June 1999.

Blok, Zbigniew: Systemtransformation in Polen – Einige theoretische Reflexionen. WeltTrends – Zeitschrift für internationale Politik. Nr. 46. 13. Jahrgang. Potsdam 2005.

Bohnet, A. und Ohly, C.: Zum gegenwärtigen Stand der Transformation – Eine Literaturstudie. Zeitschrift für Wirtschaftspolitik. Jg. 41. Heft 1. Köln 1991.

Boix, Carles und Strokes, Susan Carol: Endogene Democracies. World Politics 55 (July). 2003.

Bojcun, Marko: The Ukrainian Parliamentary Elections in March-April 1994. Europe-Asia Studies. Vol. 47. No. 2 (Mar. 1995).

Bollen, Kenneth: World System Position, Dependency, and Democracy: The Cross-National Evidence. American Sociological Review 48(4). 1983.

Borowsky, Peter: Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung von Wirtschaftsfragen. Lübeck und Hamburg 1970.

Bos, Ellen: Die Rolle von Eliten und kollektiven Akteuren in Transformationsprozessen. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transformationsforschung. Opladen 1996.

Bredies, Ingmar: Institutionenwandel ohne Elitenwechsel? – Das ukrainische Parlament im Kontext des politischen Systemwechsels 1990-2006. LIT Verlag. Hamburg 2007.

Brown, David; Earle, John S.; Shpak, Solomiya und Vakhitov, Volodymyr: Is Privatization Working in Ukraine? New Estimates from Comprehensive Manufacturing Firm Data, 1989-2013. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. Discussion Paper No. 9261. Bonn 2015.

Brückner, Julian: Strukturalismus. In: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015.

Brusis, Martin und Thiery, Peter: Schlüsselfaktoren der Demokratisierung – Mittel-/Osteuropa und Lateinamerika im Vergleich. Centrum für angewandte Politikforschung. München 2003.

Bucharin, Nikolai: Die Ökonomik der Transformationsperioden. Dietz-Verlag. Berlin 1990.

Bunce, Valerie: Rethinking Recent Democratization – Lessons from the Postcommunist Experience. World Politics (55) 2, 2003.

Bureau of Statistics: Ukraine Annual and Monthly Inflation Tables: <https://www.statbureau.org/en/ukraine/inflation-tables> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Cardoso, Fernando Henrique und Faletto, Enzo: Dependency and Development in Latin America. Berkeley. CA: University of California Press. Berkeley 1979.

Carrier, Martin: Institutional Change, power and political executives in Ukraine under the Kuchma presidency. In: Studies of Changing Societies: Comparative and Interdisciplinary Focus. Vol. 1' (2) 2012.

CBS: <http://www.cbsnews.com/news/text-of-bush-speech-01-05-2003/> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Center for Systemic Peace: Global Report Series: <http://www.systemicpeace.org/globalreport.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Cicero: Geld und Politik gehören zusammen <https://www.cicero.de/aussenpolitik/geld-und-politik-gehoren-zusammen/49580> (letzte Einsicht 18.05.2018)

Conrad, Jürgen: Kleine und mittlere Unternehmen in der Ukraine: Entwicklungshemmnisse und Fördermaßnahmen. In: Hoffmann, Lutz und Siedenber, Axel (Hrsg.): Aufbruch in die Marktwirtschaft – Reformen in der Ukraine von innen betrachtet. Campus Verlag. Frankfurt (am Main)/New York 1997.

CountryEcnomy: Rating: Ukraine Credit Rating: <https://countryeconomy.com/ratings/ukraine> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Cutright, Philips: National Political Development – Its Measurement and Social Correlates. In: Polsby, Nelson W.; Dentler, Robert A. und Smith, Pauls A. (Hrsg.): Politics and Social Life. Boston 1963.

D’Anieri, Paul; Kravchuk, Robert und Kuzio, Taras: Politics and society in Ukraine. Boulder (Colorado). Westview Press 1999.

Dahl, Robert A.: Polyarchy - Participation and Opposition. New Haven/London 1971.

Daskalovski, Židas: Elite Transformation and Democratic Transition in Macedonia and Slovenia, Balkanologie, Vol. III, n°1, 1999.

De Bellis, Donato: Quo vadis Ukraine? : die Ukraine im nationalen und internationalen Aufbruch. In: Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik e.V. (KFIBS). KFIBS-Analysis 1/05. Brühl 2005.

Deuber, Gunter und Schwabe, Andreas: Der wirtschaftspolitische Fortschritt bleibt aus – Weder Reformen noch nachhaltiges Wachstum sind in Sicht. In: Ukraine-Analysen Nr. 94. 13.09.2011. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2011.

Deuber, Gunter und Schwabe, Andreas: Zyklischer Aufschwung, strukturelle Schwächen und Eigenrisiken – droht eine neue Wirtschaftskrise?. In: Ukraine-Analysen Nr. 123. 12.11.2013. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2013.

Deutsche Welle: Timoschenko bricht mit ukrainischem Präsidenten Juschtschenko, 09.09.2005: <http://www.dw.com/de/timoschenko-bricht-mit-ukrainischem-pr%C3%A4sidenten-juschtschenko/a-1705534> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Deutschlandfunk: Über Revolutionen im 20. Jahrhundert. In: Aus Kultur- und Sozialwissenschaften. Sendung vom 23.03.2017 von 20:10 Uhr bis 21:00 Uhr [http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2017/03/23/ueber\\_revolutionen\\_im\\_20jahrhundert\\_dlf\\_20170323\\_2030\\_cd33d4ab.mp3](http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2017/03/23/ueber_revolutionen_im_20jahrhundert_dlf_20170323_2030_cd33d4ab.mp3) (letzte Einsicht 24.03.2017)

Deutschmann, Christoph: Capitalism as a Religion? An Unorthodox Analysis of Entrepreneurship. *European Journal of Social Theory* 4(4): 387-403. Tübingen 2001.

Diamond, Larry: Economic Development and Democracy Reconsidered. In: *American Behavioral Scientist*. Vol. 35. (March/June 1992) 4/5. 1992.

Diuk, Nadia und Gongadze, Myroslava: Post-Election Blues in Ukraine. *Journal of Democracy*. Vol. 13. No. 4. Johns Hopkins University Press. October 2002.

Dörrenbächer, Heike: „The Winner Takes It all“ – Die Präsidentschaftswahlen und die Folgen. In: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): *Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand*. Bonn 2010.

Durkot, Juri: Ukrainische Wirtschaft: vom Plan zum Clan. In: Konrad-Adenauer-Stiftung, *Auslandsinformationen* 5/2003.

Durkot, Juri: Wem gehört die Wirtschaft in der Ukraine? <http://www.wostok.de/archiv/1-02/wirtschaft/inhaltframe.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Easton, David: *World Politics*. Vol. 9. No. 3. Cambridge 1957.

Eckert, Florian: *Vom Plan zum Markt – Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa*. 1. Auflage. Verlag für Sozialwissenschaft. Wiesbaden 2008.

Ehlers, Kai: Eurasische vs. Europäische Union. In: Dathe, Claudia und Rostek, Andreas (Hrsg.): *Majdan! Ukraine, Europa*. Bonn 2014.

Electoral Geography 2.0: Ukraine. Presidential Election 1991: <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-1991.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Electoral Geography 2.0: Ukraine. Presidential Election 1994: <https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-1994.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Electoral Geography 2.0: Ukraine. Presidential Election 1999:  
<https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-1999.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Electoral Geography 2.0, Ukraine. Presidential Election 2004:  
<https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-2004.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Electoral Geography 2.0, Ukraine. Presidential Election 2010:  
<https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-2010.html/nggallery/page/3> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Elster, Jon: Die Schaffung von Verfassungen: Analyse der allgemeinen Grundlagen. In: Preuß, Ulrich K. (Hrsg.): Zum Begriff der Verfassung. Frankfurt (am Main) 1994.

Elster, Jon: The Necessity and Impossibility of Simultaneous Economic and Political Reform. In: Polszajski, Piotr (Hrsg.): Philosophy of Social Choice. Warschau 1990.

Engelking, Olga: Die Revision der Privatisierung in der Ukraine und der Russischen Föderation. Pro Universitate Verlag. Berlin 2013.

Erdmann, Anja: Städtische Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa – Stadtentwicklung zwischen Wachstum und Schrumpfung am Beispiel Łódź und Gdańsk. Wiesbaden 2014.

Ergebnis der Präsidentschaftswahl der Ukraine vom 01.12.1991:  
<https://www.electoralgeography.com/new/en/countries/u/ukraine/ukraine-presidential-election-1991.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Ergebnis des Unabhängigkeitsreferendums der Ukraine vom 01.12.1991:  
[http://www.archives.gov.ua/Sections/15r-V\\_Ref/index.php?11](http://www.archives.gov.ua/Sections/15r-V_Ref/index.php?11) (letzte Einsicht 25.04.2018)

Europäische Kommission: Inforeuro – Monatlicher Buchungskurs des Euro: [http://ec.europa.eu/budget/contracts\\_grants/info\\_contracts/inforeuro/index\\_de.cfm](http://ec.europa.eu/budget/contracts_grants/info_contracts/inforeuro/index_de.cfm) (letzte Einsicht 25.04.2018)

Fishman, Robert M.: Rethinking State and Regime: Southern Europe's Transition to Democracy. World Politics. Vol. 42. No. 3. Cambridge 1990.

Forbes: The complete list of world's billionaires 2005: [http://stats.areppim.com/listes/list\\_billionairesx05xwor.htm](http://stats.areppim.com/listes/list_billionairesx05xwor.htm) (letzte Einsicht 25.04.2018)

Frank, André Gunder: Capitalism and Underdevelopment in Latin America: Historical Studies of Chile and Brazil. New York: Monthly Review Press. 2. überarb. und erw. Aufl. New York 1969.

Frank, André Gunder: The Development of Underdevelopment. Monthly Review 18(4). 1966.

Freedom House: Freedom in the world <https://freedomhouse.org/report/freedom-world/freedom-world-2018> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Friedrich-Ebert-Stiftung: Büro Kiew <http://fes.kiev.ua/n/cms/42/?L=1> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Fruchtmann, Jakob: Transformation als Monetarisierungsprozess. Bremen 2015.

Fuhrmann, Wilfried: Verbraucherschutz im Transformationsprozess. Potsdam 2001.

Fukuyama, Francis: Confucianism and Democracy. Journal of Democracy (6) 2. 1995.

Geertz, Clifford: The Interpretation of Cultures. New York 1973.

Gehlbach, Scott und Earle, John S.: The Institutional Basis of Successful Economic Reform: Privatization Effectiveness and Regime Change After Ukraine's Orange Revolution. Madison (Wisconsin) 2010.

Gerlach, Thomas und Schmidt, Gert: Ukraine – Zwischen den Karpaten und dem Schwarzen Meer, 11. aktualisierte Auflagen. Berlin 2011.

Gesetz der Ukraine: On Amending the Constitution of Ukraine. Kiew 08.12.2004: <http://zakon3.rada.gov.ua/laws/annot/2222-15> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Ghani, Ashraf: Fixing failed states. Oxford 2008.

Giucci, Ricardo und Kirchner, Robert: Die ukrainische Wirtschaft im Spannungsfeld externer und interner Risikofaktoren. In: Ukraine-Analysen Nr. 62. 13.10.2009. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2009.

Giucci, Ricardo und Kirchner, Robert: Wirtschaftlicher Ausblick für 2010: Langsame Erholung zu erwarten. In: Ukraine-Analysen Nr. 69. 23.02.2010. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2010.

Giddens, Anthony: Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt am Main 1992.

Gisselquist, David: How To Encourage Government Decentralization. In: Transition. Volume 5. Number 7. 1994.

Göls, Cornelia: Die politischen Parteien in der Ukraine – Eine Analyse ihrer Funktionsfähigkeit in Wahlen, Parlament, Regierung. In: Kramer, Helmut und Kreisky, Eva (Hrsg.): Politik und Demokratie. Band 15. Peter Land, Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main 2008.

Göls, Cornelia: Die politischen Parteien der Ukraine – (wie) funktionieren sie wirklich?. In: Ukraine-Analysen. Nr. 52. 23.02.2009. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2009.

Goldstone, Jack A.: Revolution and rebellion in the early modern world. University of California Press. Berkeley 1991.

Goldstone, Jack A.: Why Trump: A quick primer for the world's elite. Russia Direct. 11.11.2016. <http://www.russia-direct.org/opinion/why-trump-quick-primer-worlds-elite> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Gorodnichenko, Yuri und Grygorenko, Yegor: Are oligarchs productive? Theory and Evidence, Discussion Paper No. 3282. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit. Bonn 2008.

Gregory, Paul R.: Ten Years of Transformation. Frankfurter Institut für Transformationsstudien. Arbeitsberichte Nr. 12/99. Frankfurt (Oder) 1999.

Grodeland, Ase Berit: Kulturelle Konstanten, Korruption und die Orange Revolution. In: Besters-Dilger, Juliane und Woldan, Alois (Hrsg.): Die Ukraine auf dem Weg nach Europa – Die Ära Juschtschenko. Peter Land Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main 2011.

Grytsenko, Oksana; Zhuk, Alyona und Sukhov, Oleg: Ihor Kolomoisky: Still Throwing His Weight Around. KyivPost. 28.10.2016 <https://www.kyivpost.com/ukraine-politics/ihor-kolomoisky-still-throwing-his-weight-around.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Günther, Mirco: Die Ukraine auf dem Weg nach Europa – Eindrücke und Betrachtungen aus historischer und gegenwartspolitischer Sicht. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin 2006.

Güthling, Otto (Hrsg.): Die Geschichten des Herodotos. Buch 4. Melpomena. Leipzig 1885.

Handelsblatt: Ukraine in Zahlen: <http://www.handelsblatt.com/infografiken/infografik-ukraine-in-zahlen/10648486.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Haran, Oleksij: Der regionale Faktor in der ukrainischen Politik. In: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik (1991-2001). Köln 2002.

Hare, Paul; Ishaq, Mohammed und Estrin, Saul: The Legacies of Central Planning and the Transition to a Market Economy: Ukrainian Contradictions. Edinburgh 1996.



Hartmann, Jens: Ukrainischer Premier reicht Rücktritt ein <https://www.welt.de/print-welt/article639247/Ukrainischer-Premier-reicht-Ruecktritt-ein.html> (letzte Einsicht 13.05.2018)

Havlik, Peter et al.: The Transition Countries in Early 2000: Improved Outlook for Growth, But Unemployment Is Still Rising. WIIW Research Reports. No. 266 June 2000. Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche. Wien 2000.

Helmerich, Martina: Die Ukraine zwischen Autokratie und Demokratie: Institutionen und Akteure. Berlin 2003.

Hensell, Stephan: Die Willkür des Staates – Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa. 1. Auflage. VS Verlag. Wiesbaden 2009.

Higley, John und Burton, Michael: Democratic Transitions and Democratic Breakdowns – The Elite Variable. Austin (Texas) 1988.

Higley, John und Burton, Michael: The Elite Variable in Democratic Transitions and Breakdowns. American Sociological Review. No. 54. 1989.

Hirschhausen, Christian von: Industrial Restructuring in Ukraine: from socialism to a planned economy?. German Institute for Economic Research. Discussion Paper Nr. 144. Berlin 1996.

Hirschman, Albert O.: Engagement und Enttäuschung. Über das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl. Frankfurt am Main 1988.

Huntington, Samuel P.: Democracy's Third Wave. Journal for Democracy 2(2). 1991.

Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen – Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Spiegel-Verlag. Hamburg 2007.

Huntington, Samuel P.: Political Orders in Changing Societies. Seventh Printing. Yale University 1968.

Huntington, Samuel P.: The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century. London 1991.

Huntington, Samuel P.: Will more Countries become Democratic?. In: Political Science Quarterly. Vol. 99. (Summer 1984) 2. 1984.

International Finance Corporation: Enterprise Surveys - Ukraine Country Profile 2013.

International Republican Institute: Ukraine election observation report, preliminary statement, March 27, 1994.

International Republican Institute: 1999 Ukraine Presidential Election Observation Mission Report October 31, 1999 and November 14, 1999.

Jilge, Wilfried: Das neue ukrainische Wahlgesetz zu den Parlamentswahlen. In: Ukraine-Analysen. Nr. 99. 24.01.2012. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2012.

Jobst, Kerstin S.: Die ukrainische Nationalbewegung bis 1917. In: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993.

Jobst, Kerstin S.: Geschichte der Ukraine. 2. aktualisierte Auflage. Stuttgart 2015.

Johnson, Simon und Ustenko, Oleg: The Road to Hyperinflation: Economic Independence in Ukraine, 1991-93. Washington D.C. 1993.

Johnson, Simon und Ustenko, Oleg: Ukraine Slips into Hyperinflation. Washington D.C. 1993.

Jowitt, Kenneth: Dizzy with Democracy, in: Problems of Post-Communism. Vol. 43. No. 1. 1996.

Kappeler, Andreas: Das historische Erbe der Ukraine – Schichten und Elemente: Ein Essay. In: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenstand. Bonn 2010.

Kappeler, Andreas: Geschichte der Ukraine. Bonn 2015.

Karl, Terry L. und Schmitter, Philippe C.: Modes of Transition in Latin America, Southern and Eastern Europe. International Science Journal 128. 1991.

Kaufmann, Daniel: The Missing Pillar of a Growth Strategy for Ukraine: Reforms for Private Sector Development. In: Cornelius, Peter und Lenain, Patrick (Hrsg.): Ukraine: Accelerating the Transition to Market. IMF. Washington (D.C.) 1997.

Keane, John und Merkel, Wolfgang: Zivilgesellschaft. In: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Springer VS, Wiesbaden 2015.

Khan, Muqtedar: Demokratie und islamische Staatlichkeit. APuZ 26-27/2007.

Kirchner, Robert; Weber, Enzo und Giucci, Ricardo: Inflation in Ukraine: Results and Policy Implications of an Empirical Study. Institute for Economic Research and Policy Consulting. Policy Paper Series [PP/05/2008]. Berlin 2008.

Klenner, Christina und Leiber, Simone (Hrsg.): Wohlfahrtsstaaten und Geschlechterungleichheit in Mittel- und Osteuropa: Kontinuität und postsozialistische Transformation in den EU-Mitgliedsstaaten. 1. Auflage. Verlag für Sozialwissenschaft. Wiesbaden 2009.

Kloka, Marzena: Die „Orangene Revolution“ – Ein Überblick. In: Der Bürger im Staat. 55. Jahrgang. Heft 4 2005. Stuttgart 2005.

Kloten, Norbert: Die Transformation von Wirtschaftsordnungen. Tübingen 1991.

Koch-Laugwitz, Ursula: Ein strategischer Partner auf Irrwegen? Perspektiven für die Ukraine 2013. Friedrich-Ebert-Stiftung. Kiew 2013.

Koch-Laugwitz, Ursula: Parteien ohne Programm – Politik ohne Vertrauen: Die Ukraine vor den Parlamentswahlen. Friedrich-Ebert-Stiftung. Kiew 2012.

Koch-Laugwitz, Ursula, Andrijko, Vasyl und Mykhalniuk, Taras: Die Ukraine hat gewählt – Mehr Stabilität und Reformen mit Janukowytsch?. Friedrich-Ebert-Stiftung. Kiew 2010.

Kokhan, Halyna: Die Wahlprogramme der drei großen Parteien. In: Ukraine-Analysen. Nr. 27. 25.09.2007. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2007.

Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015.

Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen: Transformation und Transformationsforschung: Zur Einführung. In: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Springer VS, Wiesbaden 2015.

Konrad-Adenauer-Stiftung: Auslandsbüro Ukraine <http://www.kas.de/ukraine/> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Konrad-Adenauer-Stiftung: Ukraine in the world. Kiew 2010.

Kowall, Tina und Zimmer, Kerstin: Der politische Einfluss von Wirtschaftseliten in der Ukraine - Nationale und regionale Oligarchen. Forschungsstelle Osteuropa. Arbeitspapiere und Materialien. Nr. 42. Bremen 2002.

Kravchuk, Robert S.: Budget Deficits, Hyperinflation, and Stabilization in Ukraine, 1991-96. In: Public Budgeting & Finance. Vol. 18. Issue 4. Dezember 1998.

Kubtk, Jan: Kulturtheoretische Ansätze. In: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden 2015.

Kulik, Anatoly: Introduction. The Multidimensionality of the Context of Post-Soviet Transformation. In: Kulik, Anatoly und Pshizova, Susanna (Hrsg.): Party politics in post-Soviet Europe and the Baltics. Westport 2005.

Kumke, Carsten: Zwischen der polnischen Adelsrepublik und dem Russischen Reich (1569-1657). In: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993.

Kunze, Thomas und Vogel, Thomas: Von der Sowjetunion in die Unabhängigkeit – Eine Reise durch die 15 früheren Sowjetrepubliken. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2011.

Kupchinsky, Roman: The clan from Donetsk, Part I: <http://www.ukrweekly.com/old/archive/2003/020304.shtml> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Kuraev, Oleksyj: Der Verband „Freie Ukraine“ im Kontext der deutschen Ukraine-Politik des Ersten Weltkriegs. Osteuropa-Institut München. Mitteilungen, Nr. 35. München August 2000.

Kuzio, Taras: Everyday Ukrainians and the Orange Revolution. In: Åslund, Anders und McFaul, Michael (Hrsg.): Revolution in Orange: The Origins of Ukraine's Democratic Breakthrough. Washington D.C. 2006.

Kuzio, Taras: Impediments to the Emergence of Political Parties in Ukraine. In: Politics, 2014. Vol. 34(4).

Kuzio, Taras: Oligarchs, Tapes and Oranges: 'Kutchmagate' to the Orange Revolution. Journal of Communist Studies and Transition Politics. 23:1. 2007.

Kuzio, Taras: Ukraine: Perestroika to Independence. Second edition. London 2000.

Lane, David: The Social Bases of Reform and anti-Reform in Russia and Ukraine. In: Lane, David (Hrsg.): The Transformation of State Socialism – System Change, Capitalism or Something Else?. New York 2007.

Lange, Nico: 100 Tage nach dem Machtwechsel. Konrad-Adenauer-Stiftung. Kiew 2010.

Lange, Nico: Die Auswirkungen der globalen Finanzkrise auf die Ukraine. Konrad-Adenauer-Stiftung. Kiew 2008.

Lange, Nico: Die ukrainische Dauerkrise setzt sich fort: Keine Kompromisse in Kiew. Konrad-Adenauer-Stiftung. Kiew 2008.

Lange, Nico: Kiew kommt einfach nicht zur Ruhe: Deutliche Bruchstellen in der ukrainischen Innen- und Außenpolitik. Konrad-Adenauer-Stiftung. Kiew 2008.

Lange, Nico: Kiewer Machtkonflikt bricht wieder offen. Konrad-Adenauer-Stiftung. Kiew 2008.

Lange, Nico: Ukraine: Weiterhin Stillstand und Blockaden statt politischem Handeln. Konrad-Adenauer-Stiftung. Kiew 2009.

Lange, Nico und Reismann, Anna: Die politische Dauerkrise und Probleme der ukrainischen Verfassungsordnung. In: Ukraine-Analysen. Nr. 64. 10.11.2009. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2009.

le Vasseur de Beauplan, Guillaume: Description d'Ukraine qui sont plusieurs Provinces du Royaume de Pologne. Rouen 1650.

Lee, Duck Ho: Die Umwandlung von sozialistischen zu kapitalistischen Gesellschaften in den postkommunistischen Ländern und die koreanische Einheit. Berlin 2002.

Lindblom, Charles Edward: Politics and Markets. The World's Political-Economic System. New York 1977.

Lindner, Rainer: Das Ende von Orange – Die Ukraine in der Transformationskrise. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin 2006.

Linder, Reiner: Ukraine: Verzögerte Regierungsbildung. Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP-Aktuell 57. Berlin 2007.

Linz, Juan J.: The Virtues of Parlamentarism, Jounal of Democracy. Vol. 1. Nr. 1. 1990.

Linz, Juan J. und Stephan, Alfred C.: Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe. Baltimore 1996.

Lipset, Seymour: Political Man – The Social Bases of Politics. Garden City. New York 1960.

Lipset, Seymour: Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy. The American Political Science Review. Vol 53. No. 1. Berkeley 1959.

Lipset, Seymour: Soziologie der Demokratie. Neuwied 1962.

Lipset, Seymour: The Social Requisites of Democracy Revisited. In: Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.): Einigung und Zerfall. Deutschland und Europa nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Leske + Budrich. Opladen 1995.

Lipset, Seymour Martin; Kyung-Ryung, Seong und Torres, John C.: A Comparative Analysis of the Social Requisites of Democracy. International Journal Science (45) 2. 1993.

Locke, John: Über die Regierung. Stuttgart 2008.

Locke, John: Zwei Abhandlungen über die Regierung. 5. Auflage. Suhrkamp. Frankfurt (am Main) 1992.

Lohmann, Manfred und Durkot, Juri: Parlamentswahl in der Ukraine – Die Parteien im Koordinatensystem des Präsidenten. Konrad-Adenauer-Stiftung. 2/02, 2002.

Luhmann, Niklas: Ökologische Kommunikation - Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?. Opladen 1990.

Lundberg, Thomas: Political Transition in Hungary and Poland, Voting and Democracy Report 1995: <http://archive.fairvote.org/reports/1995/chp7/lundberg2.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Magosci, Paul Robert: A history of Ukraine – The Land and Its Peoples. Second, Revised and Expanded Edition. Toronto 2010.

Mainwaring, Scott und Torcal, Mariano: Party system institutionalization and party system theory after the third wave of democratization, The Helen Kellogg Institute for International Studies. Working Paper #319. April 2005.

Malygina, Katerina: Die Ukraine vor dem EU-Gipfel in Vilnius: Einflussversuche externer Akteure, abrupter Kurswechsel der Regierung und die Volksversammlung zugunsten der europäischen Integration. In: Ukraine-Analysen, Nr. 124. 26.11.2013. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2013.

Malygina, Katerina: Geldblase: Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf die Ukraine. In: Ukraine-Analysen Nr. 46. 28.10.2008. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2008.

Malygina, Katerina: Parlamentswahlen 2012 in der Ukraine: Wahlsieg für Janukowytsch ohne Unterstützung der Wählermehrheit. In: Ukraine-Analysen. Nr. 109. 13.11.2012. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2012.

Mann, Michael: The Source of Social Power. Vol. II: The Rise of Classes and Nation-states. 1760-1914. Cambridge 1993.

Mark, Rudolf A.: Der gescheiterte Staatsversuch. In: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993.

Marx, Karl: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin 1961.

Marx, Karl und Engels, Friedrich: Manifest der Kommunisten Partei. Ausgabe von 1890. Dietz Verlag. Berlin 1982.

Matuszak, Sławomir: The Oligarchic Democracy: the influence of business groups on Ukrainian politics, OSW Studies, Number 42, Warschau 2012.



Melnykovska, Inna: Big Business and Politics in Ukraine: the Evolution of State-Business Relations. *emecon* 1/2015.

Merkel, Wolfgang: Gibt es einen Königsweg in der Transformationsforschung?. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1: Theorien, Ansätze und Konzepte der Transitionsforschung. Opladen 1996.

Merkel, Wolfgang: Systemtransformation – Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2010.

Merkel, Wolfgang: Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften. In: von Beyme, Klaus und Offe, Claus (Hrsg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation. PVS-Sonderheft 25. Opladen 1996.

Merkel, Wolfgang; Brückner, Julian und Wagener, Hans-Jürgen: System. In: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015.

Merkel, Wolfgang; Puhle, Hans-Jürgen; Croissant, Aurel; Eicher, Claudia und Thiery, Peter: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen 2003.

Merkel, Wolfgang und Heyne, Lea: Transformationsphase. In: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015.

Merkel, Wolfgang und Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozess. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost. Politikwissenschaftliche Standpunkte. Bd. 3. Mainz 1997.

Merkel, Wolfgang und Puhle, Hans-Jürgen: Von der Diktatur zur Demokratie – Transformationen. Erfolgsbildungen. Entwicklungspfade. Opladen 1999.

Meyers Enzyklopädisches Lexikon in 25 Bänden. Bd. 22. Mannheim 1978.

Mill, John Stuart: Betrachtungen über Repräsentativ-Regierung. Gesammelte Werke Bd. 8. Leipzig 1872.

Möllers, Felicitas: Foreign Direct Investment in Ukraine – Experiences Taken from Reality. In: Siedenberg, Axel und Hoffmann, Lutz (Hrsg.): Ukraine at the Crossroads – Economic Reforms in International Perspective. Physica-Verlag Heidelberg. New York 1999.

Moore, Barrington: Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie: Die Rolle von Grundbesitzern und Bauern bei der Entstehung der modernen Welt. Frankfurt (am Main) 1987.

Moore, Mick: Democracy and Development in Cross-National Perspective: A New Look at the Statistics. Democratization (Vol. 2) Issue 2. 1995.

Montesquieu, Charles-Louis de: Vom Geist der Gesetze. Stuttgart 1965.

Muno, Wolfgang: Demokratie und Entwicklung: Eine Analyse neuer Studien. in: Nord-Süd aktuell 2001. XV(1). 2001.

Mutschler, Alexander: Eine Frage der Herrschaft. LIT Verlag. Münster 2002.

Mycio, Mary: Ukraine's Deputy Premier May Be Out, but She's Not Down. Los Angeles Times. 09.02.2001. Los Angeles 2001 <http://articles.latimes.com/2001/feb/09/news/mn-23176> (letzte Einsicht 25.04.2018)

National Bank of Ukraine: International Reserves – official reserves assets: [https://bank.gov.ua/control/en/publish/category?cat\\_id=7693073](https://bank.gov.ua/control/en/publish/category?cat_id=7693073) (letzte Einsicht 25.04.2018)

Neue Osnabrücker Zeitung: Rückkehr zur alten Verfassung besiegelt: <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/453138/ukraine-parlament-bereitet-freilassung-timoschenkos-vor#undefined> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: <http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/German55.pdf> (letzte Einsicht 25.04.2018)

O'Donnell, Guillermo: Bureaucratic Authoritarianism: Argentina, 1966-1973, in Comparative Perspective. Berkeley, CA: University of California Press. Berkeley 1988.

O'Donnell, Guillermo: Tensions in the Bureaucratic-Authoritarian State and the Question of Democracy. In: Collier, David (Hrsg.): The New Authoritarianism in Latin America. Princeton University Press. Princeton 1979.

O'Donnell, Guillermo; Schmitter, Philippe C. und Whitehead, Laurence (Hrsg.): Transition from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies. Baltimore 1986.

Offe, Claus: Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa, Merkur Jahrgang. 45, Vol. 4, 1991.

Offe, Claus: Der Tunnel am Ende des Lichts. Frankfurt am Main 1994.

Oliynyk, Maryana: How about reform?. In: Day. No. 11. 2. April 2002 <http://day.kyiv.ua/en/article/day-after-day/how-about-reform> (letzte Einsicht 25.04.2018)

OSCE: Highlights of ODIHR activities in 1994.

OSCE: Ukraine, Parliament Election. 29 March 1998. Final Report.

OSCE: Ukraine, Parliamentary elections. 31 March 2002. Final Report.

OSCE: Ukraine, Parliamentary Elections. 26 March 2006. Final Report.

OSCE: Ukraine, pre-term Parliamentary Elections. 30 September 2007. Final Report.

OSCE: Ukraine, Parliamentary elections. 28 October 2012. Finale Report.

OSCE: Ukraine, Presidential Elections 31 October and 14 November 1999. Final Report.

OSCE: Ukraine, Presidential Election 31 October, 21 November and 26 December 2004. Final Report.

OSCE: Ukraine, Presidential Election 17 January and 7 February 2010. Final Report.

Ott, Alexander: Die politischen Parteien in der Ukraine. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Köln 1995.

Ott, Alexander: Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine 1999: Ergebnisse und Konsequenzen. In: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analyse. Nr. 53/1999.

Ott, Alexander: Die Transformation des politischen Systems in der Ukraine von 1994 bis 1998. In: Lindner, Rainer und Meissner, Boris (Hrsg.): Die Ukraine und Belarus‘ in der Transformation. Köln 2001.

Ott, Alexander: Präsident, Parlament, Regierung – Wie konsolidiert ist das System der obersten Machtorgane?. In: Simon, Gerhard (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (1991-2001). Köln 2002.

Overhoff, Christian: In der Ukraine stehen Modernisierungen an. In: Germany Trade & Invest. Bonn 2014.  
[http://ukraine.ahk.de/fileadmin/ahk\\_ukraine/GTAI/In\\_der\\_Ukraine\\_stehen\\_Modernisierungen\\_an.pdf](http://ukraine.ahk.de/fileadmin/ahk_ukraine/GTAI/In_der_Ukraine_stehen_Modernisierungen_an.pdf) (letzte Einsicht 25.04.2018)

Parsons, Talcott: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels. Köln 1971.

Parsons, Talcott: The Social System. New edition first published 1991. London 1991.

Pempel, T.J.: Regime Shift: Comparative Dynamics of the Japanese Political Economy. Ithaca 1998.

Perlez, Jane: On Ukraine's Capitalist Path. Clique Mans Roadblocks. New York Times. 18.10.1996. New York 1996 <http://www.nytimes.com/1996/10/18/world/on-ukraine-s-capitalist-path-clique-mans-roadblocks.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Perotti, Enrico C. und Gelfer, Stanislav: Red Barons or Robber Barons? Governance and Financing in Russian FIGS. Discussion Paper No. 2204. Centre for Economic Policy Research. London 1999.

Pickhan, Gertrud: Kiewer Rus' und Galizien-Wolhynien. In: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine, Göttingen 1993.

Pleines, Heiko: Demokratie lernen. In: Ukraine-Analysen. Nr. 11. 12.09.2006. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2006.

Pleines, Heiko: Demokratisierung ohne Demokraten - Die Oligarchen in der ukrainischen Politik. In: Sapper, Manfred und Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Ukraine im Wandel – Stabile Instabilität in einem Zwischenland. Bonn 2010.

Pleines, Heiko: Der politische Machtkampf in der Ukraine. Kurzsichtigkeit mit langfristigen Folgen. In: Ukraine-Analysen. Nr. 21. 13.03.2007. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2007.

Pleines, Heiko: Die Macht der Oligarchen. Großunternehmer in der ukrainischen Politik. In: Ukraine-Analysen. Nr. 40. 27.05.2008. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2008.

Pleines, Heiko: Ein Sieg für die Demokratie – hoffentlich mal wieder. In: Ukraine-Analysen. Nr. 28. 08.10.2007. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2007.

Pleines, Heiko: Privatisierungsauktionen zwischen Manipulationen, Skandalen und Renationalisierungen. In: Ukraine-Analysen. Nr. 8. 23.05.2006. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2006.

Pleines, Heiko: Reformblockaden in der Wirtschaftspolitik – Die Rolle von Wirtschaftsakteuren in Polen, Russland und der Ukraine. VS Verlag für Sozialwissenschaften. 1. Auflage 2008. Wiesbaden 2008.

Pleines, Heiko: Ukrainische Oligarchen 2000-2016: [https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/4/20110606112640/20110624180346/Politischer\\_Einfluss\\_von\\_Oligarchen\\_in\\_der\\_Ukraine\\_.html](https://www.forschungsstelle.uni-bremen.de/de/4/20110606112640/20110624180346/Politischer_Einfluss_von_Oligarchen_in_der_Ukraine_.html) (letzte Einsicht 25.04.2018)

Pleines, Heiko: Ukrainische Seilschaften. Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992-2004. LIT-Verlag. Münster 2005.

Plokhyy, Serhii: The Gates of Europe – A History of Ukraine. New York 2015.

Płoszajski, Piotr: Polnische Reformen. Die schwere Kunst des Lernens und Vergessens. Lublin 1995.

Pollack, Detlef: Das Ende einer Organisationsgesellschaft – Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR. Zeitschrift für Soziologie. Jg. 19. Heft 4. Stuttgart 1990.

Popov, Dmitri und Milstein, Ilia: Julia Timoschenko – Die autorisierte Biografie, 1. Auflage 2012. Redline Verlag. München 2012.

Potjomkin, Wladimir Petrowitsch: Geschichte der Diplomatie. Band 2: Die Diplomatie der Neuzeit (1872–1919). Berlin 1948.

Pridham, Geoffrey: The International Context of Democratic Consolidation: Southern Europe in Comparative Perspective. In: Gunther, Richard; Diamandouros, Nikifors P. und Puhle, Hans-Jürgen (Hrsg.): The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective. Baltimore 1995.

Pritsak, Omeljan: The Origin of Rus'. Cambridge 1981.

Przeworski, Adam: Democracy and the Market – Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America. Cambridge 1991.

Przeworski, Adam: The Games of Transition. In: Mainwaring, Scott/ O'Donnell, Guillermo/ Valenzuela, J. Samuel: Issues in Democratic Consolidation. The New South American Democracies in Comparative Perspective. Notre Dame 1992.

Przeworski, Adam; Alvarez, Michael E.; Cheibub, José A. und Limogi, Fernando: Democracy and Development: Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990. Cambridge University Press. Cambridge 2000.

Przeworski, Adam; Alvarez, Michael E.; Cheibub, José A. und Limogi, Fernando: What Makes Democracies Endure?. Journal of Democracy (Vol. 7) 1. 1996.

Putnam, Robert D.: Making Democracy Work - Civic Tradition in Modern Italy. Princeton 1993.

Rahr, Alexander: Fünf Jahre nach der Orangen Revolution in der Ukraine. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. DGAPaktuell Nr. 7. Berlin 2009.

Rahr, Alexander: Zurück zur Präsidialrepublik?. In: Ukraine-Analysen. Nr. 22. 24.04.2007. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2007.

Ratinggroup: Electoral Moods in Ukraine: October 2013  
[http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/elektoralnye\\_nastroeniya\\_grazhdan\\_oktyabr\\_2013.html](http://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/elektoralnye_nastroeniya_grazhdan_oktyabr_2013.html) (letzte Einsicht 18.05.2018)

Richter, Clemens: Collapsed States: Perspektiven nach dem Wegfall von Staatlichkeit. 1. Auflage 2001. Nomos Verlagsgesellschaft. Leipzig 2011.

Riklin, Alois: Machtteilung, Geschichte der Mischverfassung. Darmstadt 2006.

Rosenberger, Christine und Baumann, Gabriele: Konstituierung der Werchowna Rada und Regierungsbildung in der Ukraine. Konrad-Adenauer-Stiftung. Kiew 2013.

Rousseau, Jean-Jacques: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts. Stuttgart 1986.

Rüb, Friedrich W.: Die Herausbildung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. 2. Auflage. Opladen 1996.

Rüb, Friedrich W.: Schach dem Parlament! Regierungssysteme und Staatspräsidenten in den Demokratisierungsprozessen Osteuropas. Wiesbaden 2001.

Rüb, Friedbert W.: Zur Funktion und Bedeutung politischer Institutionen in Systemwechselprozessen. Eine vergleichende Betrachtung. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 2 – Die Institutionalisierung der Demokratie. Wiesbaden 1996.

Rueschemeyer, Dietrich; Huber Stephens, Evelyn und Stephens, John D.: Capitalist Development and Democracy. Chicago: University of Chicago Press. Chicago 1992.

Rustow, Dankwart: Transitions to Democracy – Toward a Dynamic Model. Comparative Politics. Vol. 2 No. 3. New York 1970.

Sacher, Tomas: Der Oligarch, der zwischen Moskau und Kiew tanzt, Cicero, 15.04.2014: <https://www.cicero.de/aussenpolitik/rinat-achmetow-der-oligarch-der-zwischen-moskau-und-kiew-tanzt/57412> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Saliba, Ilyas und Merkel, Wolfgang: Dilemmata der Gleichzeitigkeit. In: Kollmorgen, Raj; Merkel, Wolfgang und Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.): Handbuch Transformationsforschung. Wiesbaden 2015.

Sander, Florian: Kleine Schritte zu mehr Demokratie? Wahlen, Wahlrecht und Parteien in der Ukraine 2012. Friedrich-Ebert-Stiftung. Kiew 2012.

Sandschneider, Eberhard: Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung. Opladen: Leske + Budrich 1995.



Schlichte, Klaus: Ende der Theorie oder Theorien ohne Ende? Gesellschaft- und Geschichtsauffassungen in der Entwicklungs- und Transitionsforschung. In: Asien, Afrika, Lateinamerika. Vol. 26.

Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. 3. Auflage. Wiesbaden 2006.

Schmidt, Manfred G.: Demokratietheorien. Eine Einführung. 5. Auflage. Wiesbaden 2010.

Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Alfred Körner Verlag. Stuttgart 2004.

Schmidt, Manfred G.: Wörterbuch zur Politik. 3., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Alfred Körner Verlag. Stuttgart 2010.

Schmidt, Siegmund: Menschenrechte und Demokratie. In: Ihne, Hartmut und Wilhelm, Jürgen (Hrsg.): Einführung in die Entwicklungspolitik. Bundeszentrale für politische Bildung. Band 1338. Bonn 2013.

Schmitter, Philippe C.: The Consolidation of Political Democracies. Stanford 1994.

Schneekener, Ulrich: Fragile Staatlichkeit. 1. Auflage 2006. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2006.

Schneider, Eberhard: Das politische System der Ukraine – Eine Einführung, 1. Auflage Juli 2005. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005.

Schneider, Eberhard und Reimer, Alexander: Die ukrainischen Parlamentswahlen und die neue Werchowna Rada. SWP-Aktuell. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin 2002.

Schneider, Eberhard und Saurenbach, Christoph: Ukraine – die zweite Transformation. Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP-Aktuell 59. Berlin 2004.

Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine: Machtvakuum zwischen Russland und der Europäischen Union. 2. Auflage. Berliner Wissenschafts-Verlag. Berlin 2014.

Schneider-Deters, Winfried: Die Ukraine nach der Parlamentswahl 2012 – „Die Familie“ übernimmt die Regierung. In: Ukraine-Analysen. Nr. 115. 23.04.2013. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2013.

Schröder, Hinrich: Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit failed und failing states. 1. Auflage 2007. Nomos Verlagsgesellschaft. Baden-Baden 2007.

Schubert, Christiane und Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern – Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine. Bonn 2015.

Schubert, Gunter und Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): Blockierte Demokratien in der Dritten Welt. Opladen 1998.

Schubert, Ulf-Manuel: Staatszerfall als Problem des internationalen Systems. Tectum Verlag. Marburg 2005.

Schüller, Alfred: Problem des Übergangs von Staatswirtschaft zur Marktwirtschaft. In: Schüller, Alfred: Zur Transformation von Wirtschaftssystemen: Von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft. Arbeitsbericht zum Systemvergleich. Nr. 15. Marburg 1990.

Schwanitz, Simone: Transformationsforschung – Area Studies versus Politikwissenschaft? Plädoyer für einen akteurstheoretischen Ansatz. Berlin 1997.

Seidl, Bernhard: Failing states – Der Kollaps staatlicher Institutionen und sozialer Regelungssysteme. In: Straßner, Alexander (Hrsg.): Wenn Staaten scheitern – Theorie und Empirie des Staatszerfalls. 1. Auflage März 2007. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2007.

Serczyk, Wladyslaw A.: Die sowjetische und die „polnische“ Ukraine zwischen den Weltkriegen. In: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993.

Share, Donald und Mainwaring, Scott: Transition through Transaction: Democratization in Brazil and Spain. In: Selcher, Wayne A. (Hrsg.): Political Liberalization in Brazil: Dynamics, Dilemmas, and Future Prospects. Boulder, CO 1984. S. 175-216.

Sharp, Gene: Von der Diktatur zur Demokratie – Ein Leitfaden für die Befreiung. München 2008.

Shleifer, Andrei und Treisman, Daniel: A Normal Country: Russia After Communism. Journal of Economic Perspectives. Vol. 19. No. 1. Winter 2005.

Siemers, Wilhelm Johann: Im Schatten des Präsidenten: Die Parlamentswahl in der Ukraine vom 31. März 2002. Konrad-Adenauer-Stiftung. Auslandsinformationen 4/02.

Simon, Gerhard: Die politische Krise in der Ukraine. In: Ukraine-Analysen. Nr. 49. 09.12.2008. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2008.

Skaaning, Svend-Erik: Political Regimes and Their Changes: A Conceptual Framework. Working Papers. Number 55. Center on Democracy, Development, and The Rule of Law. Stanford 2006.

Skocpol, Theda: A Critical Review of Barrington Moore's Social Origins of Dictatorship and Democracy. Politics & Society 4(1). 1973.

Skok, Iuliia: Ukraine's party system development: 1990-2017. In: Konrad-Adenauer-Stiftung, Razumkov Centre. Kiew 2017.

Souveränitätserklärung der Ukraine vom 16.07.1990:  
[https://web.archive.org/web/20100111101705/http://gska2.rada.gov.ua:7777/site/postanova\\_eng/Declaration\\_of\\_State\\_Sovereignty\\_of\\_Ukraine\\_rev1.htm](https://web.archive.org/web/20100111101705/http://gska2.rada.gov.ua:7777/site/postanova_eng/Declaration_of_State_Sovereignty_of_Ukraine_rev1.htm) (letzte Einsicht 25.04.2018)

State Statistics Service of Ukraine: Gross regional product:  
[www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/vvp/vrp/vrp2015\\_e.zip](http://www.ukrstat.gov.ua/operativ/operativ2008/vvp/vrp/vrp2015_e.zip) (letzte Einsicht 14.05.2018)

Statistikamt der Ukraine: <https://ukrstat.org/en> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Steffani, Winfried: Parlamentarisches und präsidentielles Regierungssystem. In: Schmidt, Manfred G. (Hrsg.): Die westlichen Länder (Lexikon der Politik). Band 3. München 1992.

Stewart, Susan: Regionen und Oligarchen: Einflüsse auf die ukrainische Außenpolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin 2011.

Stewart, Susan: Überraschungen in der Ukraine – Die Demokratie auf dem Rückzug, Russland auf dem Vormarsch. Stiftung Wissenschaft und Politik. SWP-Aktuell 73. Berlin 2010.

Stoldt, Hans-Ulrich und Wiegrefe, Klaus: Befreiungstruppen Basteln. In: Der Spiegel, Nr. 50. 2007. S. 50. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-54230886.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Strasser-Gackenheimer, Christian: Von der ‚schweren Geburt‘ bis zur ‚oranzenen Revolution‘: Zehn Jahre ukrainische Verfassung. In: Jahrbuch für Ostrecht 2006. Nr. 2.

Subtelny, Orest: Ukraine – A History, fourth edition. Toronto 2009.

Sundakov, Alexander; Ossowski, Rolando und Lane, Timothy D.: Shortages under free prices: The case of Ukraine in 1992. IMF Staff Papers. Vol. 41. No. 3. (September 1994).

System Capital Management: History <http://www.scmholding.com/en/about-us/history/> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Sysyn, Frank: Die Kosaken: Akteure und Symbole der Entwicklung der modernen ukrainischen Nation. In: Hausmann, Guido und Kappeler, Andreas: Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates. 1. Auflage. Nomos Verlag. Baden-Baden 1993.

Tagesanzeiger: Das versteckte Imperium von Janukowitschs „Familie“, 01.03.2014 <https://www.tagesanzeiger.ch/wirtschaft/Das-versteckte-Imperium-von-Janukowitschs-Familie/story/23787227> (letzte Einsicht 18.05.2018)

Tagesschau: Kuba teste Internet für Privathaushalte. Artikel von Anne Demmer. 27.12.2016  
<http://www.tagesschau.de/ausland/kuba-internet-101.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

The Economist: Rampant inflation in Ukraine: <https://www.economist.com/node/10987650>  
(letzte Einsicht 25.04.2018)

The Economist Intelligence Unit's Democracy Index:  
<https://infographics.economist.com/2018/DemocracyIndex/> (letzte Einsicht 25.04.2018)

TheGlobalEconomy:  
[http://www.theglobaleconomy.com/index\\_api.php?cid=227#availableData](http://www.theglobaleconomy.com/index_api.php?cid=227#availableData) (letzte Einsicht 25.04.2018)

The observatory of economic complexity: <https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/ukr/>  
(letzte Einsicht 25.04.2018)

The Ukrainian Weekly: <http://www.ukrweekly.com/old/archive/1991/499101.shtml>

The World Bank Group: Worldwide Governance Indicators:  
<http://info.worldbank.org/governance/WGI/#reports> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Therborn, Göran: The Rule of Capital and the Rise of Democracy. New Left Review 103. 1977.

Thibaut, Bernhard: Präsidentialismus und Demokratie in Lateinamerika. Opladen 1996.

Thießen, Ulrich: Außenwirtschaftliche Aspekte des Transformations- und Entwicklungsprozesses in der Ukraine. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung. Vol. 65. Iss. 2. Berlin 1996.

Tocqueville, Alexis de: Über die Demokratie in Amerika. Stuttgart 1994.

Trading Economics: <https://tradingeconomics.com/ukraine/steel-production> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Trading Economics: <https://tradingeconomics.com/euro-area/inflation-cpi> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Trading Economics: <https://tradingeconomics.com/ukraine/stock-market> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Trautmann, Ljuba: Die Wahlen in Dnipropetrovs'k : Ein Sieg der Zentristen und Kommunisten. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Aktuelle Analysen. BIOst 17, 1998. Köln 1998.

Treibel, Annette: Einführung in soziologische Theorien der Gegenwart. 7. aktualisierte Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2006.

Tylor, Edward Burnett: Primitive Culture – Researches into the development of mythology, philosophy, religion, art and custom. Vol. 1. London 1871.

Ukraine-Analysen <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Ukraine-Analysen Nr. 116. 14.05.2013. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2013.

Ukraine-Analysen Nr. 117. 28.05.2013. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2013.

Ukraine-Analysen Nr. 123, 12.11.2013. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2013.

Ukrainian Center for Independent Political Research: Trudova Ukraina elects a new chairman, 2000 <http://pdc.ceu.hu/archive/00001282/01/17.pdf> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Ukrnafta: Filling Stations

[https://web.archive.org/web/20161112005123/http://www.ukrnafta.com/en/business/filling\\_stations](https://web.archive.org/web/20161112005123/http://www.ukrnafta.com/en/business/filling_stations) (letzte Einsicht 25.04.2018)

Umland, Andreas: Eine typische Spielart von europäischem Rechtsradikalismus? - Drei Besonderheiten der ukrainischen Freiheitspartei aus vergleichender Perspektive. In: Ukraine-Analysen. Nr. 117. 28.05.2013. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2013.

Umland, Andreas: Much Ado About Nothing: Die Normalisierung der ukrainischen Politik und die Parlamentskrise 2008. In: Ukraine-Analysen. Nr. 43. 09.09.2008. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2008.

Umland, Andreas: Nichtideologische Motivationen der Swoboda-Wähler: Hypothesen zum Elektorat der ukrainischen radikalen Nationalisten bei den Parlamentswahlen vom Oktober 2012. In: Ukraine-Analysen. Nr. 109. 13.11.2012. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2012.

van Zon, Hans: The Political Economy of Independent Ukraine. London 2000.

Vanhanen, Tatu: Democratization and Power Resources 1850-2000 (dataset). University of Tampere:

[https://services.fsd.uta.fi/catalogue/FSD1216?tab=download&lang=en&study\\_language=en](https://services.fsd.uta.fi/catalogue/FSD1216?tab=download&lang=en&study_language=en)

(letzte Einsicht 25.04.2018)

Vanhanen, Tatu: FSD1216 Democratization and Power Resources 1850-2000: <http://www.fsd.uta.fi/en/data/catalogue/FSD1216/meF1216e.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Vanhanen, Tatu (Hrsg.): Strategies of Democratization. Taylor & Francis. Washington DC 1992.

Vanhanen, Tatu: The Emergence of Democracy: A Comparative Study of 119 States, 1850-1979. Societas Scientiarum Fennica. Helsinki 1984.

Vanhanen, Tatu: The Level of Democratization Related to Socioeconomic Variables in 147 States, 1980-1985. Scandinavian Political Studies (Vol. 12) Issue 2. 1989.

Varfolomeyev, Oleg: Yuliya Tymoshenko: Ukraine's first woman prime minister?. In: Rutland, Peter (Hrsg.): The Challenge of Integration. Annual Survey of Eastern Europe and the Former Soviet Union. EastWest Institute. New York City 1998.

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (vom 7. Oktober 1949) <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html#b1> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Verfassung der Ukraine, Version vom 28.06.1996: <http://www.verfassungen.net/ua/verf96-i.htm> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Voices from Russia: <https://02varvara.wordpress.com/2010/02/07/a-map-of-kievan-rus-in-the-eleventh-century/> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Volkova, Liubov: Systemtransformation in der Ukraine – Chancen und Risiken auf dem Weg zur Demokratie (1990-2010). Augsburg 2011.

Wagner, Jürgen: Der lange Arm der EU. In: Thoden, Ronald und Schiffer, Sabine (Hrsg.): Ukraine im Visier – Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen. Selbrund Verlag. Frankfurt am Main 2014.

Wahlergebnisse der Parlamentswahl von 1994: <http://www.brama.com/ua-gov/el-94vrg.html> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990. 4. Auflage. Oldenburg 2006.

Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen 1980.

Welzel, Christian: Systemwechsel in der globalen Systemkonkurrenz: Ein evolutionstheoretischer Erklärungsversuch. In: Merkel, Wolfgang (Hrsg.): Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. 2. Auflage. Opladen 1996.

Wendland, Veronika: Die ukrainischen Länder von 1945 bis 1993. In: Golczewski, Frank (Hrsg.): Geschichte der Ukraine. Göttingen 1993.

White, Stephen: Communist Nostalgia and its Consequences in Russia, Belarus and Ukraine. In: Lane, David (Hrsg.): The Transformation of State Socialism – System Change, Capitalism or Something Else?. New York 2007.

Whitmore, Sarah: „Damit müssen wir leben“: Das neue Parlament und das neue Regierungssystem der Ukraine. In: Ukraine-Analysen. Nr. 5. 11.04.2006. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2006.



Whitmore, Sarah: Man spielt mit den Regeln und nicht nach den Regeln. Politische Ungewissheit in der Ukraine. In: Ukraine-Analysen. Nr. 19. 13.02.2007. Forschungsstelle Osteuropa. Bremen 2007.

Whitmore, Sarah: Political party development in Ukraine. GSDRC Helpdesk Research Report 1146. Birmingham 2014.

Whitmore, Sarah: State-building in Ukraine: The Ukraine Parliament, 1990-2003. London 2004.

Wilson, Andrew: Ukraine's Orange Revolution, Yale University Press, New Haven und London 2005.

Wittkowsky, Andreas: Fünf Jahre ohne Plan: 1991-1996. Bremen 1997.

World Bank: Ukraine: Poverty headcount ratio at national poverty lines (% of population): <https://data.worldbank.org/indicator/SI.POV.NAHC?locations=UA> (letzte Einsicht 25.04.2018)

World Development Indicators: <https://data.worldbank.org/data-catalog/world-development-indicators> (auf der rechten Seite, unter Downloads klicken auf „WDI (Excel)-ZIP (59MB)“ (letzte Einsicht 25.04.2018)

World Mining Congress <http://www.wmc.org.pl/> (letzte Einsicht 25.04.2018)

Yevtukh, Volodymyr: Der Orange Geist der Freiheit: Profil und Motiv der Revolutionsbewegung. In: Bredies, Ingmar (Hrsg.): Zur Anatomie der Orange Revolution in der Ukraine: Wechsel des Elitenregimes oder Triumph des Parlamentarismus?. Stuttgart 2012.

Zeitler, Benjamin: Verbandliche Interessenvertretung und Mitgestaltung in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten. 1. Auflage. Verlag für Sozialwissenschaft. Wiesbaden 2011.

## **12. Danksagung**

Am Ende der rund fünfjährigen Forschungsarbeit und dieser Dissertation möchte ich meinen Dank an alle Menschen richten, die zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben.

An erster Stelle sei mein Doktorvater PD MDg. Dr. habil. Friedhelm Meyer zu Natrup genannt. Er hat mir nicht nur die Gelegenheit gegeben, diese Doktorarbeit zu verfassen, sondern zeigte auch stets Forschungsfelder auf, die anschließend untersucht wurden und Einfluss in diese Arbeit fanden. Seine kritisch-konstruktive Begleitung in den letzten fünf Jahren war eine Bereicherung.

Annegret Becker von der Universität Greifswald danke ich für die Übersetzung ukrainischer Texte und Gesetze.

Mit meinen Kommilitonen Alessandro Tripolone und Elena Dozorceva konnte ich mich stets über die Forschungsansätze und den Stand der Arbeit austauschen und gewann dadurch Einblicke in Themenfelder, die dazu führten, manche Aspekte meiner Arbeit aus anderen Blickwinkeln zu betrachten.

Stefan Hatz sei gedankt für die Korrekturlesung.

Stefan Posselt hat mir dabei geholfen, die konkreten Forschungsfragen festzulegen und hat immer wieder neue Impulse geliefert.

Für die finanzielle Unterstützung in dieser Zeit danke ich den Landtagsabgeordneten Susann Wippermann und Mathias Brodkorb.

Schlussendlich danke ich meiner Familie und meinen Freunden. Sie haben mich in den ganzen Jahren unterstützt, motiviert und auch immer für die nötige Ablenkung gesorgt.

## **13. Anhang**

### **Gesetz der Ukraine**

*{ Das Gesetz hat seine Gültigkeit verloren auf der Grundlage des Gesetzes*

*N 5007-VI ( [5007-17](#) ) vom 21.06.2012, VVR [Bekanntmachung der Verchovna Rada A.d.Ü.], 2013, N 19-20, Art.190 }*

### **Über Preise und Preisgestaltung**

*( Bekanntmachung der Verchovna Rada der USSR [Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik A.d.Ü.] (VVR), 1990, N 52, Art. 650 )*

*{ Tritt in Kraft durch die Instanz der VR [Verchovna Rada A.d.Ü.]*

*N 508-XII ( [508-12](#) ) vom 03.12.90, VVR, 1990, N 52, Art.651 }*

*{ Mit Änderungen, die eingebracht wurden gemäß der Gesetze*

*N 2032-XII ( [2032-12](#) ) vom 04.01.92, VVR, 1992, N 17, Art.209*

*N [642/97-VR](#) vom 18.11.97, VVR, 1998, N 10, Art.36*

*N [184/98-VR](#) vom 05.03.98, VVR, 1998, N 33, Art.225*

*N 495-XIV ( [495-14](#) ) vom 17.03.99, VVR, 1999, N 24, Art.210 }*

*{ Zur Erklärung einzelner Regelungen für nicht-konstitutionell siehe  
Entscheidung des Verfassungsgerichts  
N 2-rp/2000 ( [v002p710-00](#) ) vom 10.02.2000 }*

*{ Mit Änderungen, die eingebracht wurden gemäß der Gesetze*

*N 3047-III ( [3047-14](#) ) vom 07.02.2002, VVR, 2002, N 29, Art.194*

*N 762-IV ( [762-15](#) ) vom 15.05.2003, VVR, 2003, N 30, Art.247*

*N 1280-IV ( [1280-15](#) ) vom 18.11.2003, VVR, 2004, N 12, Art.155*

*N 1294-IV ( [1294-15](#) ) vom 20.11.2003, VVR, 2004, N 13, Art.181*

*N 189-V ( [189-16](#) ) vom 22.09.2006, VVR, 2006, N 47, Art.462*

*N 2404-VI ( [2404-17](#) ) vom 01.07.2010, VVR, 2010, N 40, Art.524*

*N 2479-VI ( [2479-17](#) ) vom 09.07.2010, VVR, 2010, N 49, Art.571 }*

*{ Im Gesetz wurden die Begriffe „Ukrainische SSR“ und „Ministerrat der Ukrainischen SSR“ in allen ihren Formen durch die Wörter „Ukraine“ und „Ministerkabinett der Ukraine“ in den entsprechenden Formen ersetzt, doch die Wörter „Volksabgeordneter“ wurden gemäß dem Gesetz N [184/98-VR](#) vom 05.03.98 ausgeschlossen.}*

Die Ukraine setzt entsprechend der Deklaration über die staatliche Souveränität der Ukraine ( [55-12](#) ) und dem Gesetz der Ukraine „Über die ökonomische Selbstständigkeit der Ukrainischen SSR“ ( [142-12](#) ) die

Preispolitik selbstständig um. Das Gesetz definiert die Grundprinzipien der Aufstellung und Einführung von Preisen und Tarifen und die Organisation zur Kontrolle ihrer Einhaltung auf dem Gebiet der Republik.

## **Abschnitt I**

### **ALLGEMEINE REGELUNGEN**

#### **Artikel 1. Gesetzgebung der Ukraine über die Preisbildung**

Die Gesetzgebung der Ukraine über die Preisbildung besteht aus diesem Gesetz und anderen Akten der Gesetzgebung der Ukraine, die dieser entsprechend herausgegeben werden.

#### **Artikel 2. Anwendungsbereich des Gesetzes**

Dieses Gesetz gilt für alle Unternehmen und Organisationen unabhängig von ihrer Eigentumsform, ihrem Unterstellungsverhältnis und ihren Methoden zur Organisation von Arbeit und Produktion.

#### **Artikel 3. Preisbildungspolitik**

Die Preisbildungspolitik ist Bestandteil der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Ukraine und ausgerichtet auf die Sicherung:

gleicher ökonomischer Bedingungen und Anreize zur Entwicklung aller Eigentumsformen, ökonomischer Selbstständigkeit von Unternehmen, Organisationen und administrativ-territorialen Regionen der Republik;

eines ausbalancierten Marktes für Produktionsmittel, Waren und Leistungen;

von Gegenmaßnahmen gegen Monopolisierungstendenzen der Hersteller von Produktionen, Waren und Leistungen;

objektiver Korrelationen bei Preisen für Industrie- und Landwirtschaftsproduktion, die die Äquivalenz des Austauschs sicherstellt;

der Ausbreitung des Anwendungsbereichs freier Preise;

der Qualitätssteigerung der Produktion;

sozialer Garantien in erster Linie für Geringverdiener und nicht abgesicherte Bürger, einschließlich des Systems der Kompensationszahlungen im Zusammenhang mit dem Anstieg von Preisen und Tarifen;

der Schaffung notwendiger ökonomischer Garantien für Hersteller;

der Preisorientierung des Binnenmarktes am Niveau des Weltmarktes.

#### **Artikel 4.** Vollmachten des Ministerkabinetts der Ukraine im Bereich der Preisbildung

Das Ministerkabinett der Ukraine:

sichert die Umsetzung der staatlichen Preispolitik in der Republik.

[nicht übersetzt]

definiert die Vollmachten der staatlichen Regierungsorgane im Bereich der Aufstellung und Einführung von Preisen (Tarifen) sowie die Kontrolle über die Preise (Tarife).

#### **Artikel 5.** Sozialer Schutz der Bevölkerung vor Preis- und Tariferhöhungen

Die Organe der Staatsmacht und die Regierung der Ukraine führen sukzessive Maßnahmen zur Unterstützung des Lebensniveaus der Bevölkerung ein, in erster Linie für Geringverdiener und nicht abgesicherte Bürger, mittels der Einführung von Verlustkompensation im Zusammenhang mit Preis- und Tariferhöhungen sowie mit Hilfe der Indexierung von Einkünften in Bezug auf sozial-ökonomische Bevölkerungsgruppen.

[nicht übersetzt]

Bürger haben das Recht, unrechtmäßige Handlungen von Staatsorganen, Unternehmen und anderen juristischen und natürlichen Personen vor Gericht anzufechten und Entschädigung für ihnen zugefügten Schaden zu fordern, falls die Realisierung von Waren und Leistungen für sie mit der Verletzung von Anforderungen der Gesetzgebung in Bezug auf Preise einherging.

## **Abschnitt II**

### **AUFSTELLUNG UND ANWENDUNG VON PREISEN UND TARIFEN**

#### **Artikel 6.** Arten von Preisen und Tarifen

In der Volkswirtschaft werden freie Preise und Tarife, staatliche fixierte und regulierte Preise und Tarife angewendet.

#### **Artikel 7.** Freie Preise und Tarife

Freie Preise und Tarife werden für alle Arten von Produktionen, Waren und Leistungen aufgestellt, mit Ausnahme derer, für die eine staatliche Regulierung der Preise und Tarife umgesetzt wird.

#### **Artikel 8.** Staatliche Regulierung von Preisen und Tarifen

Die staatliche Regulierung von Preisen und Tarifen erfolgt über die Aufstellung von:

staatlichen fixierten Preisen (Tarifen);

Niveau-Grenzen für Preise (Tarife) oder Abweichungsgrenzen von staatlichen fixierten Preisen und Tarifen.

Im Falle eines übermäßigen Preisanstiegs, kontrolliert ausgelöst durch eine Entscheidung des Ministerkabinetts der Ukraine, exekutiver Komitees der Oblast- oder Stadträte (der Hauptstädte der Republiken [Hauptstädte der Republiken Ukraine und Krim = Kiew, Sewastopol<sup>930</sup>, A.d.Ü.]), ist eine vorübergehende Rückkehr zur staatlichen Preis- und Tarifregulierung zulässig.

Durch die Regierung der Ukraine können andere Methoden staatlicher Preis- und Tarifregulierung eingeführt werden ( 932-2011-п ).

#### **Artikel 9.** Staatliche fixierte und regulierte Preise und Tarife

[nicht übersetzt]

Staatliche fixierte und regulierte Preise und Tarife werden durch Staatsorgane der Ukraine aufgestellt.

*(Der dritte Abschnitt des Artikels 9 hat seine Gültigkeit verloren auf Grundlage des Gesetzes N [2032-12](#) vom 04.01.92.)*

[nicht übersetzt]

[nicht übersetzt]

[nicht übersetzt]

[nicht übersetzt]

[nicht übersetzt]

#### **Artikel 10.** Änderung staatlicher fixierter und regulierter Preise und Tarife

---

930 "Система адміністративно-територіального поділу України побудована на базі координації та субординації, створення структурних рівнів (ланок). Для сучасної системи адміністративно-територіального устрою України характерні три структурні рівні: вища ланка — Автономна Республіка Крим, область, міста республіканського підпорядкування (міста Київ і Севастополь);" Aus: <http://uristinfo.net/2010-12-18-14-34-28/9-2010-12-18-14-33-20/168-roz22.html?start=2>

Die Niveau-Änderung staatlicher fixierter und regulierter Preise und Tarife für einzelne Arten von Produktionen, Waren und Leistungen wird nach der Ordnung und in Phasen umgesetzt, die von jenen Organen definiert werden, welche entsprechend dieses Gesetzes die Preise (Tarife) bestätigen oder regulieren.

Die Änderung staatlicher fixierter und regulierter Preise und Tarife kann umgesetzt werden im Zusammenhang mit der Änderung von Herstellungsbedingungen und Produktionsrealisierungen, die nicht von der wirtschaftlichen Tätigkeit der Unternehmen abhängen.

#### **Artikel 11.** Preisbildung bei der Umsetzung von Export- und Importoperationen und bei inländischem Austausch

Bei der Umsetzung von Export- und Importoperationen, unmittelbar oder über einen Außenhandelsvertreter sind in der Abrechnung mit ausländischen Partnern Vertrags- (Außenhandels-) preise zu verwenden, die den Preisen und Bedingungen des Weltmarktes entsprechend gebildet werden.

Die Regulierung der inneren Preisbildung für Export- und Importproduktion (Leistungen) wird vom Ministerkabinett der Ukraine definiert.

Produktionsaustausch zwischen den Republiken wird nach vertraglich geregelten Preisen umgesetzt.

#### **Artikel 12.** Staatliche Organe zur Verwaltung der Preisbildung

Die Koordination der Arbeit an der Umsetzung der Preispolitik, die Durchführung einer ökonomischen Analyse von Preisniveau und -dynamik sowie die Anwendung von Preis- und Tarifregulierungsinstrumenten wird durchgeführt von den entsprechenden staatlichen Verwaltungsorganen der Ukraine und ihren strukturellen Unterabteilungen.

[nicht übersetzt]

### **Abschnitt III**

#### **KONTROLLE ÜBER DIE PREISE**

#### **Artikel 13.** Kontrolle über die Einhaltung der staatlichen Preisordnung

[nicht übersetzt]

Die Kontrolle über die Einhaltung der staatlichen Preisordnung wird von Organen umgesetzt, die diese Funktion von der Regierung der Ukraine aufgelegt bekommen haben. Die angeführten Organe führen die Kontrolle in Zusammenarbeit mit Fachkreisen, Verbraucherkreisen und anderen gesellschaftlichen Organisationen durch.

Die staatlichen Organe, die die Kontrolle über die Preise ausüben, und ihre Vorsitzenden haben die Rechte, erfüllen ihre Verpflichtungen und tragen die Verantwortung, wie im Gesetz der Ukraine „Über den staatlichen Steuerdienst in der Ukraine“ ( [509-12](#) ) vorgesehen, mit Ausnahme der Vollmachten, die unter den Punkten 6 bis 9 in Artikel 11 des betreffenden Gesetzes vorgesehen sind.

Wirtschaftssubjekte sind verpflichtet, die notwendigen Informationen nach der aufgestellten Ordnung für die Umsetzung der Kontrolle über die Richtigkeit der Aufstellung und Anwendung von Preisen zur Verfügung zu stellen.

*( Der fünfte Abschnitt des Artikels 13 wurde auf Grundlage des Gesetzes N 3047-III ( [3047-14](#) ) vom 07.02.2002 ausgeschlossen. )*

#### **Artikel 14.** Verantwortlichkeit bei Verletzung der staatlichen Preisordnung

[nicht übersetzt]

[nicht übersetzt]

Preise und Tarife, die nachweislich gegen dieses Gesetz und gegen Entscheidungen der Regierung der Republik über die Preisbildung verstoßen, werden vom Preiskomitee im Ministerkabinett der Ukraine für ungültig erklärt.

Personen, die des Verstoßes gegen die Ordnung zur Aufstellung und Anwendung von Preisen schuldig sind, werden zur verwaltungsrechtlichen oder strafrechtlichen Verantwortung gezogen.

Vorsitzender der Verchovna Rada der Ukraine

L. Krawtschuk

Stadt Kiew, 3. Dezember 1990

N 507-XII



## GESETZ DER UKRAINE

### Über den Schutz von Auslandsinvestitionen in der Ukraine

*(Bekanntmachung der Verchovna Rada der Ukraine (VVR), 1991, N 46, Art. 616)*

**Artikel 1.** Investitionen, Einkünfte, gesetzliche Rechte und Interessen ausländischer Investoren auf dem Territorium der Ukraine unterliegen deren Gesetzen.

**Artikel 2.** Ausländische Investoren haben sich an die Gesetzgebung der Ukraine zu halten und deren staatlichen, sozialen und ökonomischen Interessen keinen Schaden zuzufügen.

**Artikel 3.** Der Staat kann ausländische Investitionen nicht beschlagnahmen, außer im Falle einer Naturkatastrophe, eines Unfalls, einer Epidemie, einer Tierseuche. Die Entscheidung über eine Beschlagnahme ausländischer Investitionen trifft das Ministerkabinett der Ukraine. Die Entschädigung, die dem Investor in solchen Fällen ausgezahlt wird, muss angemessen und effektiv sein.

**Artikel 4.** Ausländischen Investoren wird die Anrechnung ihrer Einkünfte und anderer Summen im Ausland garantiert, sowohl in Karbowanez, als auch in ausländischer Währung, die auf gesetzlicher Grundlage erhalten worden sind.

**Artikel 5.** Ausländische Investoren können Einkünfte auf dem Territorium der Ukraine reinvestieren.

**Artikel 6.** Ausländische Investoren zahlen Steuern gemäß der Gesetzgebung der Ukraine.

**Artikel 7.** Das Ministerkabinett der Ukraine soll bis zum 17. September 1991 Vorschläge zu einer Auflistung der Arten von Tätigkeiten vorbereiten und in die Verchovna Rada einbringen, die von ausländischen Investoren mit

spezieller Erlaubnis (Lizenz) ausgeübt werden, sowie eine Ordnung dieser Lizenzierung erstellen.

Vorsitzender der Verchovna Rada der Ukraine

L. Krawtschuk

Stadt Kiew, 10. September 1991

N 1540a-XII

#### **14. Eidesstaatliche Versicherung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit ohne unzulässige Hilfe Dritter und ohne Benutzung andere als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher weder im Inland noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer Prüfungsbehörde zur Erlangung eines akademischen Grades vorgelegt.

Rostock, 23.05.2018